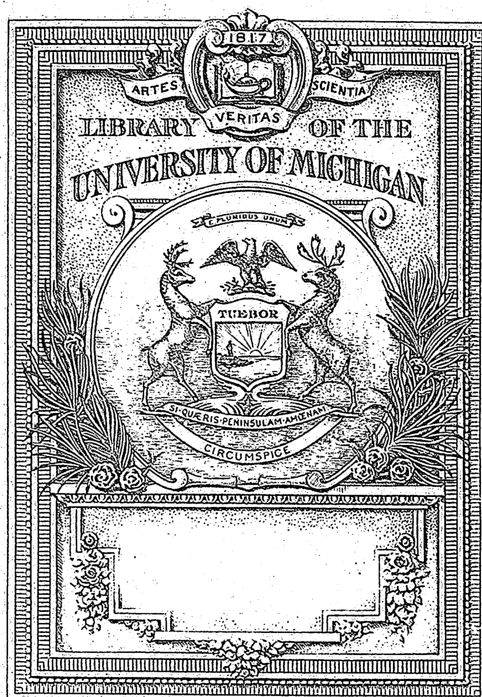
Archiv für Soz. Hygiene

Neue Folge

14


1817
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
E PLURIBUS UNUM
TUEBOR
SI QUÆRIS PENINSULAM AMŒNAM
CIRCUMSPICE

ARCHIV

FÜR

SOZIALE HYGIENE UND DEMOGRAPHIE

NEUE FOLGE DER ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALE MEDIZIN

IN VERBINDUNG MIT

Prof. Dr. C. GINI PADUA · **Minist.-Dir. Prof. Dr. A. GOTTSTEIN** CHARLOTTENBURG · **Sanitätsarzt Dr. L. B. GRANOWSKY** MOSKAU

Prof. Dr. A. GROTJAHN BERLIN · **O.-Med.-Rat Prof. Dr. M. v. GRUBER** MÜNCHEN · **Prof. Dr. J. KAUP** MÜNCHEN

Commonwealth Statistician G. H. KNIBBS MELBOURNE · **Stadtrat Dr. F. KRIEGEL** BERLIN

Sanitätsarzt Dr. P. I. KURKIN MOSKAU · **Prof. Dr. W. PRAUSNITZ** GRAZ · **Sanitätsrat Dr. F. PRINZING** ULM A. D.

Dr. S. ROSENFELD WIEN · **Hofrat Dr. A. SZANA** BUDAPEST · **San.-Rat Dr. W. WEINBERG** STUTTGART

Prof. Dr. H. WESTERGAARD KOPENHAGEN · **Prof. Dr. W. J. WILLCOX** ITHACA, NEW JERSEY

HERAUSGEGEBEN VON

Dr. med. E. ROESLE

REGIERUNGSRAT UND MITGLIED DES REICHSGESUNDHEITSAMTS BERLIN

VIERZEHNTER BAND



LEIPZIG

VERLAG VON F. C. W. VOGEL

1921

Inhaltsverzeichnis des XIV. Bandes.

Originalabhandlungen.

Miszellen.

Kritische Besprechungen.

Verzeichnis der eingesandten Druckschriften.

Mitteilungen.

Sozialhygienische Gegenwartsströmungen.

(Mit besonderer Berücksichtigung der neuen Verfassung.)

Von Dr. FISCHER-DEFOY, Stadtschularzt in Frankfurt a. M.

Der Lebensmut des deutschen Volkes, das, seiner Besten beraubt, an Leib und Seele geschädigt, von der Höhe seiner Kraft herabgesunken ist, ist zwar in seinen Grundfesten erschüttert, gebrochen jedoch nicht. Ein Hagelschauer vermag wohl die Bäume ihrer Blätter, ja ihrer Zweige berauben, sie mit Gewalt zu Boden reißend, entwurzeln wird er sie nicht, und neu wird das Leben aus dem Stamme hervorbrechen. Auch das deutsche Volk wird genesen von dem Leiden, dem es seine Gesundheit opfern mußte. Wie schon rührige Hände beginnen, das Reich wieder aufzubauen, so sind auch schon Schritte getan, die Volkskraft wieder zu erwecken. Trotz allem Unerfreulichen, auf das der Blick heute auf Schritt und Tritt fällt, trotz allem Widerwärtigen, das eitler Siegerhochmut uns bereitet, um uns den Kelch bis zur Neige auskosten zu lassen, finden wir doch allenthalben Grund zu frischen Hoffnungen, zu neuem Glauben an eine ersprießliche Zukunft. Der Grundstein zum Neubau ist gelegt, dem neuen Reich ist eine Verfassung gegeben, wurzelnd auf demokratischen Grundsätzen, geboren aus sozialem Geist. In ihr treten Strömungen zutage, die ihren Ursprung nicht erst in den Novembertagen des vorigen Jahres nahmen, sondern in die Zeit des Krieges, als man das Unheil kommen sah, zum Teil aber auch in die letzten Friedensjahre zurückreichen. Zum ersten Male kommen auch sozialhygienische Bestrebungen zum Ausdruck, die darauf gerichtet sind, der niedergelegten Volkskraft wieder aufzuhelfen.

Die Hygiene hatte große Aufgaben während des Krieges übernommen. Daß sie nicht alle gelöst werden konnten, lag nicht an ihr. Es waren im Laufe der Jahre Verhältnisse eingetreten, die ihre Wirksamkeit in weiter Ausdehnung lahmlegten. Die Kriegsseuchen hielt sie, abgesehen von Pockenepidemien, die aber, verglichen mit denen vergangener Kriege, harmlos waren, von den Grenzen fern. Daß später, als es an den wichtigsten Nahrungsmitteln gebrach, die Tuberkulosesterblichkeit eine erschreckende Ausdehnung nahm, die allgemeine Sterblichkeit besonders der Kinder beträchtlich stieg und der Grippe besonders viele Opfer anheimfielen, war nicht ihre Schuld. Was geleistet ist, darüber wird vielleicht erst später ein richtiges Urteil gefällt werden. Aber alles dürfte in den Schatten treten gegenüber dem, was der sozialen Hygiene jetzt bevorsteht. Sie muß aus Trümmern neu aufbauen, muß Daniederliegendes aufrichten, neue Werte schaffen. Es soll unsere Aufgabe sein, einen Blick auf die sozialhygienischen Gegenwartsströmungen zu werfen, zu betrachten, was geplant ist, um das öffentliche Gesundheitswesen auf eine neue Grundlage zu stellen, um dem Volke wieder zu seiner alten Kraft zu verhelfen, es körperlich und geistig so zu festigen, daß es dereinst wieder eine geachtete Stelle einnehmen kann. In erster Linie werden wir dabei immer wieder auf die bevölkerungshygienischen Bestrebungen der neuen Verfassung zurückkommen müssen, die naturgemäß Einzelheiten nicht berücksichtigen konnte, aber allgemeine Richtlinien für spätere Verordnungen gibt.

Der Artikel 7 der Verfassung sagt, daß das Reich die Gesetzgebung über das Gesundheitswesen, der Artikel 9, daß, soweit ein Bedürfnis für den Erlaß einheitlicher Vorschriften vorhanden ist, es auch die Gesetzgebung über die Wohlfahrtspflege hat. Das Reichsgesundheitsamt sowie der Reichsgesundheitsrat bleiben bestehen, haben auch bisher eine Erweiterung nicht erfahren. Dagegen sind eine Anzahl von Bundesstaaten, darunter Preußen, dazu übergegangen, Ministerien für Volkswohlfahrt zu errichten. Das preußische umfaßt drei Abteilungen: die Wohlfahrtspflege und die Jugendfürsorge, das Wohnungswesen, das Medizinalwesen, und vereinigt Befugnisse in sich, die früher verschiedenen anderen Ministerien zustanden. Vom Verein für öffentliche Gesundheitspflege wird erstrebt, ihm in der Gestalt eines Gesundheitsrats gewissermaßen ein Parlament zur Seite zu stellen, das ihm in der Prüfung der verschiedensten praktischen Fragen hilfreich zur Hand gehen könnte. Als dringend wünschenswert erscheint aber eine Organisa-

tion des Gesundheitswesens auch an der Peripherie. Ascher möchte, daß der Gesundheitsbeamte Zweckverbände für Gesundheitsfürsorge, in erster Linie aus der werktätigen Bevölkerung sich zusammensetzend, zur Seite hat. Demgemäß hat er vorgeschlagen, in den Kreisen Kreis-, in den großen Städten Ortsgesundheitsräte, einzurichten, nach Art der Kreisgesundheitsräte aber den Provinzialverwaltungen Provinzialgesundheitsräte beizugeben. Die weitere Folge wäre, den schon bestehenden Reichsgesundheitsrat durch ein unpolitisches Reichsministerium zu ergänzen. Der Gedanke hat etwas Bestechendes für sich, und vielleicht ist seine Verwirklichung wenigstens an der Peripherie nicht fern, denn bei der Verbreitung des Rätesystems ergibt sich eigentlich die Einrichtung eines Kreisgesundheitsrats von selbst. Ein auf Einrichtung eines Reichsgesundheitsministeriums hinzielender Antrag A. Hoffmann's wurde bekanntlich abgelehnt.

Das Reich behält sich nach Artikel 7 ferner die Gesetzgebung über die Bevölkerungspolitik, die Mutterschafts-, Säuglings-, Kinder- und Jugendfürsorge vor. Die großen Verluste des Krieges, die nach Millionen zählen, die Entkräftung des Volkes, an dem die jahrelange Unterernährung zehrt, benötigen dringend eine energische Bevölkerungshygiene, die sich nicht nur auf die Kräftigung des Einzelnen, sondern auch auf die zahlenmäßige Vermehrung richten muß. Es machen sich gegenwärtig Strömungen bemerkbar, die den Geburtenrückgang, der während des Krieges einen unheimlichen Umfang angenommen hat, so daß jetzt die Sterblichkeitsziffer den Bevölkerungszugang bei weitem übertrifft, als willkommen betrachten, um unserer daniederliegenden Volkskraft wieder aufzuhelfen. Die Verfechter dieser Ansicht denken aber nicht daran, daß der augenblickliche Überschuß an Menschen, vielmehr an Arbeitskräften, wie er sich z. B. in der großen Zahl der Erwerbslosen kundgibt, nur ein scheinbarer, bedingt durch den Mangel an Arbeitsgelegenheit, und ein vorübergehender ist, daß unser ganzes Land, unser wirtschaftliches Leben nicht nur auf eine bestimmte Bewohnerzahl, sondern auch auf einen regelmäßigen Zuwachs eingestellt ist. Der beträchtliche Ausfall, den die Volkszahl durch die Kriegsverluste der Kämpfer und Nichtkämpfer, durch den Geburtenrückgang erlitten hat, wird durch die Rückwanderung der Flüchtlinge nicht ausgeglichen. Nicht außer acht gelassen werden darf auch, daß dieser nur die Gegenwart, der Geburtenrückgang aber die Zukunft betrifft. Die Zeit ist hoffentlich nicht fern, in der uns bewußt wird, daß wir Menschen brauchen, die, an die

richtige Stelle gesetzt, ihre Kraft in den Dienst der Allgemeinheit stellen und Werte schaffen müssen, die unser Ansehen unter den Völkern wieder auf die Höhe bringen, die es einst eingenommen.

Es ist sehr zu begrüßen, daß die Verfassung ein besonderes Augenmerk auf die Mutterschaft und ihren Schutz gerichtet hat. Artikel 119 sagt: „Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates." Im Mutterschutz enthalten ist aber die Sorge für das Ungeborene, und darin liegt seine große bevölkerungspolitische Bedeutung. Sobald ein neues Leben im Mutterschoße erwächst, muß alles getan werden, um es zu erhalten und seine Entwicklung zu fördern. Ob dabei in diesem oder jenem Falle ein Keim großgezogen wird, der zum Besten der Allgemeinheit vielleicht besser hätte unterdrückt werden müssen, darf uns nicht bekümmern. In der Annahme, daß die weitaus meisten Früchte dereinst einen willkommenen Zuwachs der Menschheit bilden werden, müssen wir unsere Sorge auch einer jeden Mutter zuwenden, wenn nicht für ihre Gesundheit und ihr Leben daraus eine Gefahr entsteht. Nur in den dringendsten Fällen darf die künstliche Fehlgeburt eingeleitet werden. Der Mißbrauch, der mit ihr getrieben wurde, war die Ursache, daß im Juli 1918 dem Reichstag ein Gesetzesentwurf zuging, der die Meldepflicht für jeden Fall von Schwangerschaftsunterbrechung vorsah, ferner aber eine solche ausschließlich von der Abwendung einer schweren, anders nicht zu beseitigenden Gefahr für Leib oder Leben der Mutter abhängig machte. Dieses dringend notwendige Gesetz harrt noch der Erledigung.

Die Fürsorge für das Ungeborene muß zunächst bei der Mutter einsetzen. Soziale Hilfe wird den Schwangeren in vielen Städten zuteil. In Berlin läßt das Vormundschaftsamt sie durch sozial geschulte Helferinnen in ihren Wohnungen aufsuchen und sie wirtschaftlich und rechtlich beraten. In Frankfurt berät sie der Verein Mutterschutz und nimmt sie nötigenfalls in seinen Heimen auf oder sorgt für ihr anderweitiges Unterkommen. Es erhebt sich aber das Verlangen nach Fürsorgestellen, in denen außer der rechtlichen auch eine ärztliche Beratung stattfindet, im übrigen aber materielle Hilfe, wenn es die Not erfordert, vermittelt wird. Hier müßte so viel wie möglich geschehen, um den werdenden Müttern auch das Muttergefühl zu erwecken und sie innerlich auf ihre Mutterschaft vorzubereiten.

Mit den Fürsorgestellen aber ist es nicht getan; sie werden von vornherein nur für eine gewisse Gruppe von Müttern in Be-

tracht kommen. Will man möglichst vielen Müttern helfen, so kann man das nur auf dem Wege einer allgemeinen Maßregel, die ihnen, ohne daß sie selbst besondere Schritte zu tun brauchen, gleichsam mit der Tür ins Haus fällt. Man hat Mutterschaftskassen eingerichtet, die das Ziel haben, der Mutter einen Teil der Sorge abzunehmen, die auf die Beschaffung der zur Entbindung nötigen Ausgaben gerichtet ist und oft ihre Schatten weit voraus wirft. In Italien erhalten die Arbeiterinnen gegen 1—2 Lire jährlichen Beitrags aus der seit 1910 bestehenden Mutterschaftskasse für den Fall einer Entbindung 30 Lire ausgezahlt, während in Frankreich der Beitrag 3 Frank, die Höhe der Auszahlung 48 beträgt, wozu noch 10 Frank Stillgeld treten können. Nicht einmalige Auszahlungen, sondern laufende Unterstützungen sah bisher die deutsche Reichsversicherungsordnung vor, indem sie den Wöchnerinnen, insofern sie 6 Monate hindurch versichert waren, ein Krankengeld für 8 Wochen, von denen mindestens 6 in die Zeit nach der Entbindung fallen mußten, zubilligte. Immerhin könnte sich also die Schwangere während der letzten vierzehn Tage schonen. Abgesehen davon, daß diese Wohltaten nur einem kleinen Kreis der Mütter zugute kamen, schienen auch diese Fürsorgemaßnahmen noch nicht zu genügen. Der Rosenthal'sche Plan einer Mutterschaftsversicherung sieht für 12 Wochen ein Schwangeren- und Wochengeld von täglich 1,50 M. — vor dem Kriege wäre das genügend gewesen — vor, wozu noch Stillgelder kommen sollten. Es soll aber nur ein Teil der Summe in bar ausgezahlt werden, der Rest in der Form von Anweisungen auf Milch, Nährmittel, Wäsche.

Nachdem die Verfassung bereits darauf vorbereitet hat, daß der Schutz der Mutterschaft durch ein umfassendes Versicherungswesen ausgeübt werden soll, zeigt das 1919 veröffentlichte Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge, daß die neuen Bestimmungen beträchtlich über die alten hinausgehen. Es werden außer den laufenden jetzt auf die Dauer von 10 Wochen ausgedehnten Wochengeldern in der Höhe des Krankengeldes auch noch einmalige Entbindungsbeihilfen in der Höhe von 50 M. sowie Beiträge zu den Hebammen- und Arztkosten gewährt, die bis zu 25 M. betragen dürfen, ferner ein Stillgeld für 12 Wochen, das der Hälfte des Krankengeldes entspricht. Diese Beihilfen werden nicht nur den Versicherten der RVO. zuteil, sondern auch den versicherungsfreien weiblichen, mit ihnen in einem Haushalt zusammenwohnenden Familienangehörigen. Auch alle minderbemittelten, nicht ver-

sicherungspflichtigen Wöchnerinnen, eheliche wie uneheliche, deren Einkommen 2500 M. nicht übersteigt, sollen der Wochenfürsorge teilhaftig werden. Trotzdem mit diesem Gesetz ein Schritt vorwärts getan ist, wäre doch eine Verallgemeinerung der Mutterschaftsversicherung, insbesondere ihre Ausdehnung über die ziemlich niedrige Einkommengrenze hinaus, wünschenswert. Im demokratischen Staate sollte auch jede Mutter Anspruch auf Fürsorge haben; eine Abstufung der Beiträge könnte unter Rücksichtnahme auf die Steuerklasse, auch auf die Kinderzahl, stattfinden, dagegen müßte die Höhe der ausgezahlten Gelder, wenn kein Arbeitsausfall vorliegt, einheitlich bleiben.

Mängel, die sich im Hebammenwesen herausgestellt haben, wie die ungenügende Versorgung mancher Orte, die gelegentliche Verwendung von nicht ausreichend ausgebildeten oder sonst ungeeigneten Hebammen haben den preußischen Ausschuß für Bevölkerungspolitik zu einem Antrag an die Landesversammlung veranlaßt, der dafür eintritt, den Hebammen Beamteneigenschaft zu verleihen und sie fest zu besolden, wofür sie unentgeltliche Geburtshilfe zu leisten hätten. Würde es auch durch die Hebung des ganzen Standes gelingen, eine Anzahl Kinder zu retten, die sonst bei fehlender sachverständiger Hilfe zugrunde gegangen wären, so ist doch die Frage nach der Erhaltung des Neugeborenen mit der Hebung des Hebammenstandes nicht gelöst. Die auch für die Frauen jetzt recht hohen Löhne veranlassen viele im Beruf stehende Mütter, möglichst bald nach der Entbindung der Arbeit wieder nachzugehen. Und was wird dabei aus dem Kinde? Da Stillstuben vorläufig noch eine Ausnahme bedeuten, bleibt oft nichts anderes übrig, als das Kind in Pflege zu geben, und in solchen Fällen sind die Aussichten für sein weiteres Gedeihen schon recht vermindert. Oft fehlt auch der Mutter das nötige Verständnis. Da hilft nur eine gründliche Vorbereitung des Mädchens auf den Mutterberuf, sei es in den allgemeinen Schulen, in denen verschiedentlich mit bestem Erfolge Lehrgänge über Säuglingspflege abgehalten wurden, sei es in Gestalt von besonderen Kursen, wie sie z. B. der Verein Mutterschutz in Mannheim veranstaltete, sei es auf den Mutterschulen, deren Verwirklichung hoffentlich nicht mehr fern ist. Selbst wenn aber die Ausbildung der künftigen Mütter pflichtgemäß durchgeführt werden sollte, wird es immer noch eine ganze Anzahl von ihnen geben, denen es an Begabung oder an gutem Willen fehlt. Hier müssen dann die Säuglingspflegerinnen eintreten, deren Ausbildung jetzt in

Preußen durch strenge Vorschriften geregelt ist. Dieser Beruf wird durch einen Mutterschaftsunterricht durchaus nicht entbehrlich.

Wenn sich während des Krieges aus äußeren Gründen mehr Mütter als sonst in die öffentlichen Entbindungsanstalten zur Niederkunft begeben haben, so hat das sein Gutes gehabt. Viele Kinder wurden gerettet, die sonst dem Tode verfallen gewesen wären, besonders zu früh geborene, die einer ganz besonderen Pflege, wie sie im Hause kaum möglich ist, bedürfen. Diese Kinder bleiben aber nicht die Schwächlinge, als die sie geboren werden, sondern holen die gleichaltrigen, aber rechtzeitig geborenen Säuglinge in der Gewichtszunahme meistens schnell ein, um dann mit ihnen gleichen Schritt zu halten. In ihrem Interesse ist es nur zu begrüßen, wenn viele Mütter die Gebäranstalten aufsuchen. Nassauer erstrebt zur Erhaltung möglichst vieler Kinder die Einrichtung von Mütterhäusern, die er den Findelanstalten angliedern möchte.

Nach Artikel 7 hat das Reich die Gesetzgebung über Säuglingsfürsorge. Den gesetzlichen Stillzwang einzuführen, wie es von verschiedenen Seiten angestrebt wurde, dürften technische Gründe verhindern. Die Ernährung mit Muttermilch muß aber als die beste Gewähr für das Gedeihen des Säuglings gefördert werden. Die Zahl der Stillenden hat während des Krieges zugenommen; das ist weniger der rastlosen Aufklärung seitens der öffentlichen und privaten Säuglingsfürsorge oder den Stillprämien zu verdanken, als der Schwierigkeit, einwandfreie Kuhmilch zu erlangen. Aber vielleicht hat auch die lockende Nährmittelzulage für Stillende, die in manchen Orten recht erheblich war, manche Mutter zur Erfüllung ihrer natürlichen Pflichten veranlaßt. Muttermilch bringt die Säuglinge nicht nur über die Gefahren der ersten Monate hinweg, sondern feit sie auch in den folgenden Jahren gegen die Angriffe, denen ihre Gesundheit ausgesetzt ist. Möglichst viele Mütter zum Stillen zu bewegen liegt deshalb im Interesse der Bevölkerungshygiene. Als Mittel dienen dazu außer der Aufklärung durch Vorträge, Ausstellungen, Merkblätter, Schriften jeder Art, die Stillprämien. Der wichtigste Punkt aber ist der, den Müttern auf sozialem Wege das Stillen zu ermöglichen. Diesem Zwecke dienen Fabrikstillstuben, aber auch Mütterheime, wie sie während des Krieges hier in Frankfurt eingerichtet wurden, in denen die Mütter und Kinder zusammenwohnen, diese aber, während jene zur Arbeit gehen, in guter Obhut sind. Auch auf

dem Lande sind Muttersiedlungen ins Leben gerufen worden, die einen Zusammenschluß erwerbender Mütter zwecks gemeinsamer Wirtschaftsführung und gemeinsamer Erziehung der Kinder darstellen, aber außerdem noch die Vorteile des Landlebens bieten. Der Verein Mutter und Kind hat vier solcher Siedlungen in Weißensee bei Berlin begründet.

Es gibt aber auch Fälle, in denen ein Verbleiben des Kindes bei der Mutter unmöglich ist, sei es, daß diese sich ihrer Pflicht entzieht, sei es, daß das Interesse des Kindes erfordert, es von ihr fort zu nehmen. Um gefährdete Kinder dem sicheren Untergange zu entziehen, sind Findelhäuser eingerichtet worden, die sich aber nicht allzu großer Beliebtheit erfreuen und auch mehr als notwendiges Übel zu betrachten sind. Besonders wird die Drehlade, eine in südlichen Ländern übliche Vorrichtung, die eine Mutter, wenn sie ihr Kind nicht selbst erziehen kann oder will, benutzen kann, um es ungesehen der Obhut der Anstalt zu übergeben, bekämpft, weil man fürchtet, daß in ihr für manche Mutter, die ganz gut ihre Pflichten erfüllen könnte, eine zu große Versuchung läge. Zurzeit strebt besonders Nassauer danach, die Tausende von Kindern, die unerwünscht das Licht der Welt erblicken, durch eine großzügige Findelhausorganisation vor den Gefahren des Lebens zu retten. Vorbildlich war die Einrichtung des Kinderschutzes im Königreich Ungarn, wo jedes Kind, das des Schutzes bedurfte, mochte es stammen, woher es wollte, ohne irgendwelche Papiere, nur nach Anhörung des Begleiters, das Recht hatte, in einem der 17 Kinderasyle aufgenommen zu werden. Diese waren nur Übergangsstationen; von ihnen aus wurden die Kinder in bewährte Pflege, meist zu Landleuten, gegeben. Die Kosten trug der Staat; er suchte sie später von den Verpflichteten wieder zu bekommen. Aller Kinderschutz ist aber hinfällig, wenn jede Mutter so erzogen wäre, daß sie ihre Pflicht tut.

Für den Kinderschutz kommen in erster Linie die Unehelichen in Betracht, die bisher rechtlich und sozial außerordentlich ungünstig gestellt waren. Manches Menschenleben könnte hier gerettet werden. Bezeichnend ist, daß der § 198 der Reichsversicherungsordnung Hebammendienst und ärztliche Geburtshilfe seitens der Krankenkasse nur den versicherungspflichtigen Ehefrauen, nicht aber den unehelichen Müttern zubilligt. Seit Jahren bemühen sich große Kreise, wie der Deutsche Bund für Mutterschutz, darum, den unehelichen Kindern die gleichen Rechte zu verschaffen wie den ehelichen. Während des Krieges wurde mit manchem Vorurteil

aufgeräumt; Deutschlands Spende für Säuglings- und Kinderschutz kam ehelichen wie unehelichen Kindern in gleicher Weise zugute. Von der Reichswochenhilfe wurden nach der Bundesratsverordnung vom 23. IV. 16 auch die unehelichen Geburten unterstützt, allerdings nur dann, wenn der Vater die Vaterschaft anerkannt hatte, was manchmal bei den Kriegsteilnehmern schon aus technischen Gründen Schwierigkeiten bereitete. Der Staat hatte die Unterhaltungspflicht auch für die unehelichen Kinder übernommen, indem er diesen die gleiche laufende Unterstützung wie den ehelichen Kindern zuteil werden ließ. Jetzt scheinen sich die Gerichte auf den Standpunkt zu stellen, daß dadurch der uneheliche Vater seiner Unterhaltungspflicht nicht ledig geworden ist und die ganze Summe nachzahlen muß. Während nun die ungarische Sowjetregierung in einem Erlaß vom 25. III. 19 die völlige Gleichstellung des ehelichen und unehelichen Kindes aussprach, hat die deutsche Nationalversammlung im Artikel 121 der Verfassung zwar beiden die gleichen Bedingungen für leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zugesagt, ebenso die gesetzliche Neuregelung der rechtlichen und sozialen Stellung des unehelichen Kindes in Aussicht gestellt, aber abgelehnt, daß letzteres ein Recht auf den Namen des Vaters, auf dessen Erbe und Erziehung haben soll. Von mancher Seite wird angenommen, daß die unglückselige Lage der außerehelich Geborenen nur aus der Welt geschafft werden kann, wenn eine Gleichstellung nicht nur in leiblicher, seelischer und gesellschaftlicher, sondern auch in rechtlicher Beziehung stattfindet. Eine Schwierigkeit bietet die Namengebung; es geht nicht an, daß die Mutter einen anderen Namen als das Kind trägt. In Ungarn war den Beteiligten hierin volle Freiheit gelassen. Doch diese Frage ließe sich lösen. Es ist der Jetztzeit und der Revolution unwürdig, noch immer derartige Vorurteile bestehen zu lassen, wie sie das seelische und körperliche Gedeihen des unehelichen Kindes bisher erschwert haben; ihnen aber leistet der Artikel 121 mit seinen unvollkommenen Bestimmungen Vorschub.

Das Aufwachsen der Jugend behandelt Artikel 120, der die Erziehung des Nachwuchses zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit als oberste Pflicht und das natürliche Recht der Eltern hinstellt, aber doch betont, daß über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft zu wachsen hat. - Näheres bringt der Artikel 122: „Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung zu schützen. Staat und Gemeinden haben die erforderlichen Einrichtungen zu

treffen.“ Ein Zusatz besagt, daß Fürsorgemaßregeln im Wege des Zwanges nur auf Grund des Gesetzes angeordnet werden können. Das Reich behält sich ausdrücklich die Gesetzgebung über Kinder- und Jugendfürsorge vor. Zeitungsnachrichten zufolge ist der Entwurf eines Reichs-Jugendwohlfahrtsgesetzes bereits ausgearbeitet. Es ist dringend notwendig, daß nicht nur die Fürsorge für Gefährdete gesetzlich geregelt, was schließlich oft nur eine negative Maßnahme im Sinne der Bevölkerungspolitik bedeutet, sondern auch, daß im Positiven etwas geleistet wird, indem die Jugendpflege, die ganze körperliche und geistige Erziehung, die ganze Entwicklung der Jugend Gegenstand staatlicher Beaufsichtigung wird. Jugendämter gibt es bisher nur in verhältnismäßig wenigen Städten; sehr oft sind sie völlig vom Wohlfahrtsamt abhängig, was keineswegs immer ein Vorteil ist. Sie sollten das ganze Gebiet des Jugendschutzes, der Jugendfürsorge und der Jugendaufzucht in großzügiger Weise in sich vereinen und durch Landes-Jugendämter ergänzt werden.

Unsere Jugend verlangt ein ganz energisches Einschreiten von seiten des Staates, denn sie, die infolge der ungenügenden Ernährung, dem Ausfall von Eiweiß und Fett am meisten zu leiden hat und an Körper und Geist zurückgeblieben ist, soll dereinst den Namen des deutschen Volkes wieder zur Geltung bringen. Es muß zunächst in ihr das Verständnis für die Hoffnungen erweckt werden, die man auf sie setzt, und sie muß wissen, daß sie die Quelle für die künftige Kraft Deutschlands bedeutet. Es hat die Erziehung eine gewaltige Aufgabe vor sich; ohne die sittliche Festigung der Jugend ist ein Wiederaufbau nicht möglich. Eltern und Schule müssen ihre Pflicht tun. Den Eltern liegt es ob, den Familiensinn zu erwecken. Durch ihr eigenes Beispiel können sie den Kindern zeigen, wie erstrebenswert und bedeutungsvoll nicht nur für das häusliche Leben sondern auch für den Bestand des Staates der sittliche Aufbau der Familie ist. Daß Haus und Schule nicht mehr wie früher in pädagogischen Fragen verschiedene Wege gehen, sondern sich zum Besten der Jugend die Hand reichen, dafür dürfte in der Einrichtung der Elternbeiräte, wenn man ihnen genügend Zeit zur Entwicklung läßt, eine Gewähr zu sehen sein.

Was allerdings aus der Schule selbst wird, nachdem der Gedanke der Einheitsschule einem unbestimmten Kompromiß hat weichen müssen, das muß erst die Zeit lehren. Der Tod von Hermann Lietz, der am 12. VI. 19 die Augen für immer geschlossen hat, läßt die Frage auftauchen, was von der Idee der

Landerziehungsheime, die er vor nunmehr 20 Jahren nach seiner Rückkehr aus Reddies Abbotsholme ins Leben gerufen hat, für die heutige Schulreform von Wert ist. Lietz hat den Froebelschen Spruch „Kommt, laßt uns unsern Kindern leben“ zu seinem Lebensgrundsatz gemacht. Sein Ziel war, sittliche Persönlichkeiten zu erziehen, die den Kampf gegen Mammonismus, Sexualismus, Alkoholismus siegreich bestehen können, und alle Einrichtungen, die er entweder selbst einführte oder von älteren Pädagogen, wie Rousseau, Salzmann, Pestalozzi, Gutsmuths übernahm, dienten diesem Zweck. Die Ausbildung zur Persönlichkeit wird naturgemäß durch den Schulstaat, durch das Internat erleichtert. Was unsere Volksschule der Zukunft unbedingt übernehmen müßte, das wäre der Gedanke der harmonischen Ausbildung des ganzen Menschen, des Geistes und des Körpers. Lietz ging in seiner Erziehung von der Natur aus und er kam auf sie zurück. Das Rousseau'sche „Zurück zur Natur“ hat auch für das Schulwesen des neuen Deutschen Reiches seine Bedeutung.

Wie wichtig die körperliche Kräftigung der Jugend ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Ihr dienen besonders die Leibesübungen. Matthias hat kürzlich festgestellt, daß die turnenden Jünglinge ihren gleichaltrigen Kameraden, die keinen Wert auf die körperliche Betätigung legen, in den meisten Körperabmessungen, besonders der Größe, dem Gewicht und dem Brustumfang um ein Jahr voraus sind. Die Untersuchungen, an etwa 600 schweizerischen Jünglingen ausgeführt, haben auch ergeben, daß für das Breitenwachstum, das dem in die Länge geschossenen Körper erst die richtige Proportion geben soll, eine Anregung in Gestalt von Muskelübungen unbedingt erforderlich ist. Durch die Einführung der Pflichtfortbildungsschule, die Artikel 145 der Verfassung verheißt, ist nun die Möglichkeit gegeben, die körperliche Erziehung vom 6. bis 18. Jahre unter staatliche Obhut und einheitliche Gesichtspunkte zu bringen. Bisher hatte nur ein ganz geringer Bruchteil der Schulentlassenen Gelegenheit zu Leibesübungen. Der geeignetste Weg, den Fortbildungsschülern, die einerseits durch das ihnen fremde Berufsleben einseitig angestrengt sind, andererseits aber während dieser für das Wachstum so wichtigen Zeit etwas vorsichtig angepackt werden müssen und zumal jetzt mehr einer Erholung als eines gewaltsamen Muskelturnens bedürfen, findet seinen Ausdruck in Turnspielen und Wandern an unterrichts- und berufsfreien Nachmittagen, die aber als Schulzeit anzurechnen wären. Das eigentliche Turnen könnte in diesen Jahren

ruhig etwas zurücktreten. Es wäre freudig zu begrüßen, wenn endlich einmal die Freude am Wandern auch in denjenigen Volksschichten wieder erweckt würde, die in den früheren Zeiten in der Ausübung des Handwerks es nicht anders kannten, als einige Jahre am Stabe die Welt zu durchstreifen, jetzt aber kaum aus der Stadt herauskommen. Die Einführung des Achtstundentages räumt technische Schwierigkeiten aus dem Weg. Selbstverwaltung des Turn- und Spielbetriebs, vielleicht nach der Art der Pfadfinder, dürfte den Verpflichteten die Teilnahme an den Leibesübungen zu einer willkommenen und angenehmen machen und sie jeden Zwang vergessen lassen, der stets lästig empfunden wird.

Während so die Einführung der Pflichtfortbildungsschule erfreuliche Aussichten auf die körperliche Ausbildung der Jugend eröffnet, ist dieser Hoffnung durch den Entwurf eines Vergnügungssteuergesetzes ein Dämpfer aufgesetzt. Die Vergnügungssteuer ist zwar insofern auch für die Jugend von Wert, als sie vielleicht die Vergnügungssucht eindämmt, die als ein neues Übel die von so vielen Seiten angegriffene Volksgesundheit bedroht. Der Abgabe sollen aber auch alle Veranstaltungen unterliegen, die den Zweck haben, zu unterhalten, zu ergötzen, zu erbauen oder zu belehren, ausgenommen solche, die lediglich dem Unterrichte in Unterrichtsanstalten dienen. Wird Eintrittsgeld verlangt, so wird eine Kartensteuer erhoben, entfällt jenes, eine Pauschsteuer, die sich nach dem Flächenraum richtet. Leider unterliegen alle sportlichen Veranstaltungen der Steuerpflicht. Bisher bedeutete für die körperliche Fortbildung der Jugend vom 14. Lebensjahre ab der Sport- oder Turnverein alles; auch in der Zukunft ist der aus der Fortbildungsschule Entlassene auf Vereine angewiesen, wenn er weiter Leibesübungen treiben will. Gerade in diesem Alter, zumal jetzt, wo die dem Körper so förderliche Militärzeit wegfällt, ist eine Betätigung des Körpers noch immer notwendig. Bei den großen Organisationen, die leistungsfähige Mitglieder im Hintergrunde haben, mag die Abgabe nichts bedeuten. Wohl aber fällt eine solche, die wohl meistens in der Form eines Pauschales in Betracht kommt, und sich nach der Größe des Spiel- oder Turnplatzes richtet, bei den kleineren Vereinen, die sich ganz aus eigenen Mitteln erhalten und bei denen der winzige Mitgliederbeitrag in der Regel ganz in den Unkosten aufgeht, die der jetzt nicht billige Platzmietzins und die Geräte erfordern, schwer ins Gewicht. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man bei einer Durchführung der Steuer in der geplanten Ausdehnung für die Existenz einzelner der

gerade jetzt so wichtigen Vereine fürchten muß. Es muß daher Verwahrung dagegen eingelegt werden, in die Vergnügungssteuer auch die Sportvereine einzuschließen. Sie müssen von ihr befreit sein, wie sie nach amtlicher Erklärung auch nicht dem Reichsnotopfer unterliegen. Denn sie zu fördern, hat der Staat im Interesse der körperlichen Erziehung der Jugend die dringende Pflicht. Ebenso würde, wie es nach dem Umsatzsteuergesetzentwurf beabsichtigt ist, eine Besteuerung der Sportgeräte mit 10 Proz. ihres Wertes als Luxussteuer den Turnvereinsbetrieb unnötig erschweren.

Auch auf die körperliche Ausbildung des weiblichen Geschlechts, die so lange vernachlässigt wurde, ist größere Sorgfalt zu verwenden. Der künftige Mutterberuf erfordert schon frühzeitig alle Berücksichtigung. Es muß gegen die Gefahren, die das lange Sitzen bei den berufstätigen jungen Mädchen, die eben aus der Schule entlassen sind, hervorruft, und die in der Gestalt der Blutarmut und ihrer Folgekrankheiten das ganze spätere Lebensglück bedrohen, ein Gegengewicht geschaffen werden, und als solches dient das Spielen und Wandern im Rahmen der Fortbildungsschule. Daß die Jugend nicht mit Berufsarbeit überlastet wird, dafür sorgt der Gesetzesentwurf des Reichsarbeitsministeriums über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter. Danach soll in die 48-stündige Arbeitszeit auch die Fortbildungsschulzeit eingeschlossen sein; die Jugendlichen sollen nie länger als 4 Stunden hintereinander arbeiten. Währt die Arbeitszeit 6 Stunden, so ist eine halbstündige, dauert sie länger, so sind mittags eine einstündige und vor- und nachmittags eine halbstündige Pause einzuschieben. In diesem Zusammenhange sei auch erwähnt, daß die Arbeiterinnen Samstags nur bis drei Uhr nachmittags arbeiten sollen, was zum Besten der häuslichen Ordnung nur gutzuheißen ist.

Im Interesse unserer heranwachsenden Jugend ist die Annahme des Artikels 118 der Verfassung freudig zu begrüßen, der zwar die Zensur im allgemeinen abschafft, doch für Lichtspiele eine solche zuläßt. Die Kinos sind in der letzten Zeit von einer derartigen Masse minderwertigster Films überschwemmt worden, die z. T. unter der Maske der Aufklärung einhergingen, aber im Grunde nur Gegenstände behandelten, vor deren Kenntnis bewahrt zu bleiben durchaus niemanden zur Unehre gereichen würde, und nur auf groben Sinnenreiz eingestellt waren, daß für die geistige Gesundheit der durch Schundlektüre wie durch Schundfilms leicht beeinflußbaren Jugend gefürchtet werden mußte. Nur wenn die Films einer strengen Beaufsichtigung unterliegen und jede Abweichung vom

guten Geschmack streng unterdrückt wird, ist auf eine Besserung der Verhältnisse zu rechnen.

Die Bevölkerungspolitik darf sich nicht mit der Aufgabe begnügen, die heranwachsende Generation in jeder Hinsicht zu kräftigen und den ihr bevorstehenden Pflichten anzupassen, sondern sie muß sich auch mit der Ehe beschäftigen als einer Einrichtung, mit deren innerem Gehalt die Zukunft eines Volkes steht und fällt. Artikel 119 sagt, daß die Ehe als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung steht, daß sie auf der Gleichberechtigung der Geschlechter beruht. Der Staat muß damit rechnen, daß der Ehe Gefahren in der Jetztzeit drohen. Alles deutet darauf hin, daß künftig weniger Ehen geschlossen werden als früher. Die Einbuße an heiratsfähigen Männern läßt sich zahlenmäßig nicht angeben; soviel steht aber fest, daß 1910 das Verhältnis der heiratsfähigen Männer zu den heiratsfähigen Frauen 1000:1005 betrug, während jetzt auf 1000 Männer 1152 Frauen im Alter zwischen 18 und 45 Jahren kommen. Man kann daraus schließen, daß man mit einem großen Ausfall an Ehen rechnen muß; auch die wirtschaftliche Not läßt eine Heiratslust nicht aufkommen.

Um den Frauenüberschuß auszugleichen, hat man eine Abwanderung in Länder mit Frauenmangel vorgeschlagen, ein Plan, der sich in der Praxis wohl kaum ausführen läßt. Von anderer Seite ist ernsthaft die Einführung der Vielehe in Erwägung gezogen, die einmal denjenigen gesunden Frauen, die zu anderen Zeiten geheiratet hätten, die Gelegenheit, Kinder zu bekommen, geben, andererseits aber zur Verminderung des Geburtenrückganges beitragen soll. Es mag als Kuriosum erwähnt werden, daß auch nach dem furchtbar in die Bevölkerungszahlen eingreifenden dreißigjährigen Kriege ein ähnlicher Vorschlag gemacht wurde; der fränkische Kreistag beschloß am 14. II. 1650, zum Ausgleich der Verluste des Krieges jedem Manne zu gestatten, zwei Frauen zu heiraten; er müsse aber die gebührende Diskretion behaupten und unter den Frauen „allen Unwillen verhüten", wird vorsichtig hinzugefügt. Wenn die Zeitungen sich seinerzeit darüber aufregten, daß die Münchner Räterepublik angeblich die Kommunisierung der Frau proklamiert haben sollte, so ist zu bemerken, daß eine solche Maßregel schon deshalb unwahrscheinlich ist, weil die links stehenden Parteien, ja auch die Bolschewisten mehr oder weniger radikal die völlige Gleichstellung der beiden Geschlechter erstreben, und

daher die Nachricht wohl ins Reich der Fabel zu verweisen ist. Der Gedanke der Vielehe hat aber Anhänger gefunden. Der bekannte Psychologe des Wandervogels, Blüher, glaubt, daß die Einehe ein großes Hindernis für die zeugerische Entfaltung gerade der körperlich und geistig reichsten Männer ist. Es wurden von anderer Seite (u. a. von v. Ehrenfels) förmliche Systeme der Vielehe ausgebaut. Es ist kaum zu erwarten, daß die Frage ihrer Einführung allgemeinen Anklang findet, denn das Bewußtsein, daß eine hohe Kulturstufe und Vielehe unvereinbar sind, ist zu tief eingewurzelt in unserem Volke. Björnson hob hervor, daß Männer, die in Vielweiberei leben, in jeder Beziehung unzuverlässig sind. Mögen noch so viel naturwissenschaftliche Gründe für sie angeführt werden, maßgebend können nur kulturelle sein. Nur auf der Einehe und der auf ihr beruhenden Familie kann sich ein Staat aufbauen, der ernste Ziele hat.

Mit der Ablehnung der Mehrehe braucht aber nicht die unbedingte Anerkennung der Einehe in der Form, wie sie jetzt besteht, verbunden zu sein. Wir können uns der Einsicht nicht verschließen, daß die Ehe von heute reformbedürftig ist. Nur all zu oft steht sie, sei es als Geld-, sei es als Konventionsheirat, auf morschen Grundfesten. So sind auch Vorschläge laut geworden, die sich mit einer freieren Verbindung zwischen Mann und Weib befassen. Daran dachte auch Nietzsche, als er den Plan der Ehe auf Frist aussprach; er sah in ihr ein Mittel gegen die Prostitution. Eine Erleichterung der Ehescheidung würde auch vom Standpunkte der Bevölkerungshygiene gutzuheißen sein. Wie viele Kräfte werden durch einen lang hingezogenen Prozeß zermürbt, wie zwecklos ist ein Sühnetermin, der doch niemals zum Ziele führt. Die ungarische Räteregierung hat neben anderen wichtigen Maßnahmen auch hierin etwas Richtiges getroffen, wenn sie auch über das Ziel hinaus geschossen ist und das Verfahren zu sehr vereinfacht hat, was auch wiederum seine Nachteile hat. Sie erließ eine Verordnung, nach der auf Antrag beider Ehegenossen das Gericht die Ehescheidung ohne Verhandlung und mit sofortiger Rechtskraft aussprechen kann. Im „Matin“ wurde ebenfalls kürzlich auf die erleichterte Ehescheidung als ein Mittel zur Hebung des Geburtenrückganges hingewiesen. Das einzige, was Bedenken hervorruft, ist die Stellung der aus der Ehe bereits hervorgegangenen Kinder. Sie, die einmal ins Leben gerufenen, erfordern bei weitem eine größere Rücksicht als die ungeborenen, deren Schicksal zum mindesten noch sehr zweifelhaft ist; dieser Grundsatz

sollte aber bei allen bevölkerungspolitischen Maßnahmen in erster Linie ausschlaggebend sein.

Im Grunde genommen haben die wenigsten Familien mehr Kinder, als sie ernähren können. Wenn man sich daher irgendwelchen Erfolg von den Maßregeln gegen den Geburtenrückgang versprechen will, muß man auf das wirtschaftliche Gebiet übergehen und der Ehe eine solche Grundlage geben, daß Kinder nicht als Last empfunden werden. Mit Brautaussteuern wird in dieser Hinsicht nichts erreicht; sie dienen nur dazu, die Kosten der Ausstattung zu tragen und sind gewöhnlich schon binnen kurzem verbraucht. In Eingaben an die Nationalversammlung wurden für Kriegsteilnehmer, die bereits während des Krieges geheiratet hatten, Beihilfen zur Gründung eines Haushaltes gefordert. Solche könnten in gewissen Fällen den Hintergrund für die Gründung einer Familie abgeben. Der preußische Ausschuß für Bevölkerungspolitik hat einen Vorschlag zur Abhilfe des Geburtenrückganges gemacht, der allerdings nur bestimmte Kreise betrifft. Er setzte sich für eine Beamtenreform ein, die sich auf Besoldungsverbesserung, Ausschaltung der weiblichen Konkurrenz und anderer Heiratshindernisse erstreckt, aber auch Steuernachlässe und Verbilligung der Wohnungen vorsieht. Es entspricht den Tatsachen, daß ein großer Teil der Beamten aus wirtschaftlichen Gründen sehr spät zur Ehe kommt; nicht selten ist die beste Kraft schon verbraucht, haben Geschlechtskrankheiten und Alkohol ihren zerstörenden Einfluß geltend gemacht, wenn es gilt, für Nachwuchs zu sorgen. Die Erfahrung spricht dafür, daß der Nachwuchs um so kräftiger und widerstandsfähiger zur Welt kommt, je unverbrauchter der Vater ist. Je jünger er aber ist, um so mehr wird er im Besitz seiner frischen Kräfte sein. Aus diesem Grunde muß die Frühehe befürwortet werden. Wenn aber in der letzten Zeit zur Erzielung von möglichst vielen Knabengeburten, die ja zum Ausgleich des Frauenüberschusses für nötig gehalten werden, auf Grund von Beobachtungen von Vaerting vorgeschlagen wird, junge Männer mit älteren Frauen zu verheiraten und das geringste Heiratsalter des Mannes auf 17 Jahre herabzusetzen, so stehen dem schwere Bedenken gegenüber. Ein Mann dürfte kaum vor dem 25. Jahre im Vollbesitz seiner Kräfte sein; vorher wird er wohl keine hochwertigen Kinder erzeugen. Im Alter von 25 Jahren jedoch sollte ein jeder in den Stand versetzt sein, heiraten zu können. Ein Mann, der weiß, daß er in diesem Alter heiraten kann, bringt meistens seine Gesundheit mit in die Ehe, und viel-

leicht würde, wenn dieser Termin sich allgemein einführen ließe, die Einführung von Gesundheitsscheinen für die Ehebewerber, wie sie im Interesse der Rassenhygiene von vielen Seiten erstrebt werden, nicht nötig sein. Die Idee der ärztlichen Heiratserlaubnis ist nicht neu. Nietzsche sprach sie in seinen Aufzeichnungen aus. Das schwedische Ehegesetz von 1915 verbietet Geisteskranken, Epileptikern oder mit einer Geschlechtskrankheit Behafteten, zu heiraten; es verlangt kein Attest, sondern begnügt sich mit einer Erklärung der Ehebewerber auf Ehre und Gewissen. In verschiedenen amerikanischen Staaten wird die Genehmigung der Ehe von der Einreichung ärztlicher Gutachten abhängig gemacht. Die Prager Nationalversammlung befaßte sich kürzlich mit einem Gesetzesentwurf, der ebenfalls ein Gesundheitszeugnis vor der Eheschließung verlangte. Die Bestrebungen, einen ärztlichen Ehekonsens auch in Deutschland einzuführen, die in erster Linie von der Berliner Gesellschaft für Rassenhygiene getragen werden, haben trotz aller Eingaben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Vorläufig werden an vielen Orten die Ehebewerber durch Merkblätter auf den Standesämtern gewarnt. Dieser Termin ist natürlich viel zu spät, denn wer erst das Aufgebot bestellt, ist fest entschlossen zur Ehe und läßt sich nicht mehr abraten. Das beste wäre es, wenn alle Eltern ihre Pflichten so ernst nähmen, daß sie ihre Tochter erst dann einem Manne geben würden, nachdem er durch ein ärztliches Zeugnis dargetan, daß er frei von ansteckenden und die Nachkommenschaft schädigenden Krankheiten ist. Natürlich müßte auch der Mann sich über die Gesundheit seiner zukünftigen Frau vergewissern. Für viele kinderlose Ehen, für die Erzeugung zahlreicher minderwertiger Kinder sind die Geschlechtskrankheiten verantwortlich zu machen, aber auch Tuberkulose, Lepra, Alkoholismus, Geisteskrankheiten können für die Ehe verhängnisvoll werden. Es fragt sich, ob man nicht im Interesse der Rasse solche Geisteskranke, die ihre minderwertigen Eigenschaften schon mehrfach auf Nachkommen übertragen und dadurch die Zahl der schädlichen, dem Staat zur Last fallenden Elemente vermehrt haben, durch eine Operation ihrer Zeugungskraft berauben sollte. Einzelne amerikanische Staaten haben bereits eine derartige Unschädlichmachung rassenfeindlicher Elemente praktisch durchgeführt. Nach dem Eingriff können solche Menschen oft noch recht nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft werden. Die schon mehrfach erwähnte ungarische Räteregierung wollte den Geisteskranken ebenso wie den Tuberkulösen, auch den

Taubstummen nicht die Ehe verbieten, sondern nur die Fortpflanzung, und hatte daher in Erwägung gezogen, ihnen, wenn eine Sterilisierung erfolgt wäre, die Heirat zu gestatten, worin sich nicht gerade eine besondere ethische Wertung der Ehe kundgibt. Die Frage des geschlechtlichen Verkehrs von Syphilitikern untereinander hat übrigens Beyerlein in seinem bekannten Roman „Jena oder Sedan“ behandelt.

Von größter Wichtigkeit, um die Volksvermehrung in die richtigen Bahnen zu lenken, ist die Fürsorge für die kinderreichen Familien. Schon während des Krieges erkannte der Staat, daß ihre besondere Berücksichtigung während der Teuerung notwendig war, und staffelte die Beamtenzulagen nach der Kinderzahl, ein Verfahren, das vorher nicht üblich war. Weiterhin kam dieser Gedanke in dem Gesetzesentwurf des Reichsnotopfers zum Ausdruck; das sog. Kinderprivileg sieht, falls zwei oder mehr Kinder aus einer Ehe hervorgegangen sind, für jedes Kind einen Abzug vom Vermögen von je 5000 M. vor, der abgabefrei bleibt; zugleich wird von dem der Zahl der Kinder entsprechenden Vielfachen von 50000 M. die Abgabe nur in der Höhe von 10 Proz. erhoben. Vorschläge, die schwierige wirtschaftliche Lage der kinderreichen Väter dadurch zu bessern, daß ihnen Erleichterungen in der Besteuerung zugebilligt werden, sind vielfach gemacht worden; Nietzsche verlangte sogar Steuerfreiheit für sie. Wenn Lenz jedes steuerpflichtige Einkommen und Vermögen zu so vielen Teilen veranlagt wissen will, als Familienmitglieder davon zehren, so ist das ein sowohl bevölkerungspolitisch als auch wirtschaftlich gerechtes Verlangen. Die winkende Steuererleichterung dürfte aber ebensowenig ein Elternpaar veranlassen, sich auch nur ein Kind mehr anzuschaffen, als es unbedingt ernähren kann, als es die staatsbürgerliche Bevorzugung tun würde, die Bertillon in Gestalt von Mehrstimmrecht bei den politischen Wahlen den kinderreichen Vätern in Aussicht stellen wollte. In manchen Fällen würde eine Reform des Erbrechts, wie sie von manchen Seiten gewünscht wird, eindrucksvoller sein; mancheiner dürfte danach streben, drei Kinder zu bekommen, wenn er wüßte, daß, im Falle er weniger hätte, ein beträchtlicher Teil seines Vermögens an den Staat fiele. Eine Steuermehrbelastung der Junggesellen — auch ein Nietzsche'scher Gedanke, der jetzt vielfach aufgenommen wurde — kann nur dann Wert haben, wenn auch die Kinderarmen ebensolche Behandlung erführen. Um aber wirklich den Kinderreichtum zu fördern, muß man doch wohl zu tatkräftigeren Mitteln greifen.

Die Verfassung sagt im Artikel 119: „Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge.“ Wie ein Teil dieser Fürsorge gedacht ist, geht aus Artikel 155 hervor, der den kinderreichen Familien eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zusichert. Zweifellos ist damit der Kernpunkt der ganzen Frage richtig erkannt. Die furchtbare Verwahrlosung, die man oft in den Familien findet, die, wegen ihrer Zahl von Wohnung zu Wohnung gewiesen, sich schließlich mit den kümmerlichsten und zugleich teuersten Quartieren begnügen müssen, die Züchtung eines Großstadtproletariats, das dem Staate und den Gemeinden riesige Summen an Aufwendungen für Fürsorge u. ä. kostet, der traurige Gesundheitszustand besonders der Jugend, hängen zum größten Teile mit dem Wohnungselend zusammen. Man geht wohl kaum fehl, wenn man annimmt, daß der Staat zur Erreichung seines Zieles keinen anderen Weg als den der Versicherung betreten kann. Artikel 161 stellt ein umfassendes Versicherungswesen in Aussicht, ohne allerdings das Wohnungswesen dabei zu erwähnen. Bekanntlich denkt sich Schmittmann die Reichswohnversicherung so, daß auf Grund einer gesetzlichen Sparpflicht nach der Kinderzahl gestaffelte Wohnrenten zur Auszahlung kommen. Noch weiter geht Graßl, der die Rentenwohnung selbst als Naturalleistung der Versicherungsanstalt unter der Beitragspflicht von Versicherten, Reich, Staat, Gemeinde vorsieht. Das hätte den Vorteil, daß die Familien auf eine hygienisch völlig einwandfreie Art und Weise untergebracht werden könnten. Dieses Ziel hatte auch Gretzschel, der unter Zuhilfenahme von Mietzuschüssen den kinderreichen Familien Wohnungen in eigens hierfür errichteten kleinen Häusern zuweisen will, zu deren Baukosten die Ledigen und Kinderlosen heranzuziehen wären. So viel ist sicher, daß Renten keinen Zweck haben, wenn der Staat nicht gleichzeitig dafür sorgt, daß sie sinngemäß verwendet werden, daß die Familien so wohnen können, daß die Gesundheit allseitig gefördert wird, die Jugend aber unbehelligt von den Schäden der Großstadt aufwächst. Die Verwirklichung dieser Gedanken wird wohl noch in weiter Ferne liegen. Ob die Bestimmung, daß die staatlichen Baukostenzuschüsse auch Bauunternehmern zuteil werden können, wenn sie sich verpflichten, beim Vermieten der neu zu bauenden Wohnungen kinderreiche und Kriegerfamilien in erster Linie zu berücksichtigen, irgendwelchen Wert haben wird, um die augenblickliche klägliche Lage der noteinquartierten Familien zu verbessern, ist zweifelhaft.

Man hat aber auch noch andere Wege vorgeschlagen, um den Kinderreichtum zu fördern. In Frankreich, das durch den Geburtenrückgang noch mehr als Deutschland bedroht ist, wurde der Kammer ein Antrag unterbreitet, der für das erste und zweite Kind je 500, für das dritte 1000, für das vierte 2000 und für jedes folgende je 1000 Frank Beihilfe, zahlbar ein Jahr nach der Geburt, vorsieht. Hiergegen ist einzuwenden, daß dadurch der Ehrgeiz der Eltern nur so weit getrieben wird, das Kind bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres zu pflegen; damit erreichen sie die Auszahlung, können die Summe verbrauchen, und haben es nicht mehr nötig, sich um das Kind zu kümmern. Da sind laufende Beihilfen von weit größerem Werte. Frankreich hat sie seit dem März 1914 eingeführt in Gestalt monatlich wiederkehrender Zulagen, vom vierten Kind beginnend und so lange dauernd, bis das Kind selbst verdient, aber die Summen, die unter 100 Frank im Jahr blieben, waren zu niedrig, um ins Gewicht zu fallen, wie ja auch der erwähnte Antrag beweist. Die Verkehrsverwaltung von Bayern hatte 1918 für ihre Beamten einen Plan ausgearbeitet, der für jedes Kind jährlich 1—2000 M. Erziehungsbeihilfen vorsah, zu decken auf dem Wege der Versicherung, wobei die Ledigen mit 5, die Verheirateten mit Kindern nur mit 0,5 Proz. ihres Einkommens belastet werden sollten. Leider ist der Plan bisher nicht zur Ausführung gekommen. Um die Lage der kinderreichen Familien wirklich von Grund aus zu verbessern, wird man es nicht umgehen können, ihnen außer der Fürsorge für die Wohnung auch noch regelmäßige Erziehungsbeihilfen (Vorschläge von Paull, Zeiler) für jedes Kind zukommen zu lassen. Ein hierhin zielender Antrag des preußischen Ausschusses für Bevölkerungspolitik ist bereits eingereicht worden. Bei den Beamten könnte dieser Gedanke so verwirklicht werden, daß ihr Gehalt nach der Zahl der versorgungsbedürftigen Kinder gestaffelt würde.[1])

Auf keinen Fall darf aber dem Ernährer die ganze Sorge für die Kinder abgenommen werden. Er legt sonst leicht die Hände ganz in den Schoß. Es wird von einem französischen Großindustriellen berichtet, der seinen Arbeitern für jedes Kind eine Prämie zahlte, steigend in ihrer Höhe mit der Zahl, daß er sich einst von dem Familienglück eines seiner kinderreichsten Angestellten persönlich überzeugen wollte. Er fand ein völlig unter

[1]) Die Kinderzulagen sind jetzt bei der Neuregelung der Beamtenbesoldung endgültig eingeführt worden.

dem Bann des Alkohols stehendes Ehepaar, dessen Kinder, alle nur zur Erlangung der Prämien in die Welt gesetzt, sämtlich mehr oder weniger entartet waren und zum Teile sich bereits in Siechenanstalten befanden. Es ist zum mindesten auf alle Fälle ebenso wertvoll, den Kinderreichtum zu unterstützen, wie die Kinderarmut zu belasten, was durch Sonderbesteuerung von Vermögen und Einkommen, aber auch durch eine Abänderung des Erbrechts sehr wirkungsvoll geschehen könnte.

Großen Schaden kann die Volkskraft durch ansteckende Krankheiten erleiden. Die Kriegsseuchen brauchen wir, nachdem die Demobilisierung dank umfassender Vorsichtsmaßregeln, die nur in gewissen, noch zu erwähnenden Fällen ganz versagt haben, keine Epidemien im Gefolge gehabt hat, nicht mehr zu fürchten. Ernster ist die Gefahr, die von der Tuberkulose droht. Sie ist deshalb von großer Bedeutung auch für den Fortbestand des Volkes, weil sie nicht nur zahlreiche Menschen im blühendsten Alter dahinrafft, sondern auch auf die Nachkommenschaft in ungünstigster Weise einwirkt; nur in seltenen Fällen wird sie direkt von den Eltern auf das Kind übertragen, meistens ist es die auf einer Reihe von körperlichen Minderwertigkeiten beruhende Veranlagung zur Krankheit, die vererbbar ist. Die Tuberkulosesterblichkeit hat in beängstigender Weise zugenommen. Das beruht in erster Linie auf der mangelnden Widerstandskraft der Bevölkerung, die eine Folge der ungenügenden Ernährung ist und den Körper unfähig macht, sich gegen die Krankheit zu wehren. Ob die Krankheit selbst auch in der Zunahme begriffen ist, kann mangels einer Anzeigepflicht nicht festgestellt werden. Zweifellos findet eine Genesung jetzt viel seltener als früher statt. Die Bekämpfung der Tuberkulose, die bekanntlich in der Beschaffung ausreichender Ernährung, in der Erziehung der Kranken zur Sauberkeit, für die besonders die Heilstätten in Betracht kommen, in der Verhütung der Weiterverbreitung durch Absonderung des Kranken, in der Aufbesserung der Wohnungsverhältnisse, schließlich in einer weitgehenden Aufklärung besteht, wird vom Reich unterstützt. Es hat im letzten Jahre seine Beiträge von 150000 auf 200000 M. erhöht, eine im Vergleich zur Verbreitung der Krankheit sehr geringe Summe.[1]) Es wird gemeldet, daß ein Reichsgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose von den Demokraten beantragt ist.

Verhängnisvoll in ihren Schäden für die Zeugungsfähigkeit

[1]) Preußen hat die Weiterbewilligung seiner bisherigen Unterstützung abgelehnt.

des Mannes, für die Fruchtbarkeit des Weibes, für die Austragung der Frucht, für die Gesundheit der Nachkommenschaft sind die Geschlechtskrankheiten, die im Kriege eine derartige Verbreitung gefunden haben, daß ihnen mit allem Nachdruck entgegengetreten werden muß. Das kam auch in dem Gesetzesentwurf zum Ausdruck, der Anfang 1918 dem Reichstag zugegangen ist, aber durch eine Verordnung der Reichsregierung, unter dem Eindruck der Demobilisation am 11. XII. 18 erlassen, überholt wurde. Ihr § 2 besagt, daß geschlechtskranke Personen, bei denen Gefahr besteht, daß sie ihre Krankheit weiterverbreiten, zwangsweise einem Heilverfahren unterworfen, insbesondere in ein Krankenhaus überführt werden können, wenn das zur wirksamen Verhütung der Verbreitung der Krankheit erforderlich erscheint. Weiterhin wird das Ausüben des Beischlafs seitens eines Geschlechtskranken, der um sein Leiden Bescheid weiß, unter Gefängnisstrafe gestellt. Daß geschlechtskranke Personen aus dem Heere entlassen werden, sucht eine andere Verordnung zu verhüten, die eine Untersuchung aller zu Entlassenden und die Lazarettbehandlung aller hierbei krank Befundenen vorsieht. Leider versagte sie vollständig; in den Novembertagen 1919 liefen die Geschlechtskranken in Scharen aus den Lazaretten fort, und es wurde sicherlich viel Unheil angerichtet. Es ist Vorsorge getroffen worden, daß die wegen Geschlechtskrankheit behandelten Soldaten den Fürsorgestellen, die an vielen Orten von den Landesversicherungsanstalten eingerichtet worden sind, überwiesen werden.

Eine Anzeigepflicht ist bisher für die Geschlechtskranken nicht eingeführt; sie würde erst dann von Wert sein, wenn es gesetzliche Maßnahmen gäbe, einen Syphilitiker, einen Gonorrhoiker am Heiraten zu verhindern oder jenen von Stellen fernzuhalten, an denen er eine öffentliche Gefahr bedeutet und auch auf ungeschlechtliche Weise die Krankheit verbreiten kann, wie es z. B. bei einem Kellner, Friseur möglich ist. Der Hauptwert ist auf die Aufklärung über die Ansteckungsgefahr zu legen. Den Ärzten ist sie durch eine Verfügung des preußischen Ministeriums des Innern den Kranken gegenüber zur Pflicht gemacht. Aber auch die Jugend muß rechtzeitig zum Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten erzogen werden, und es ist ihr immer von Neuem einzuprägen, daß Enthaltsamkeit das einzige zuverlässige Mittel gegen eine Ansteckung ist. Während des Krieges war von verschiedenen Generalkommandos die Ausschaltung der Nichtärzte von der Behandlung der Geschlechtskrankheiten angeordnet worden. Diese Frage sollte

auch reichsgesetzlich geregelt werden, denn es ist dringend notwendig, daß jeder Infizierte ordnungsgemäß behandelt wird. Ob die Prostitution dadurch einer Reform entgegengeführt wird, daß an der Berliner Universität jetzt ein Lehrstuhl für ihre Bekämpfung eingerichtet ist, dürfte mehr als zweifelhaft sein. Das beste Mittel, sie auf ein Mindestmaß zurückzuführen, die Geschlechtskrankheiten aber ihrer erschreckenden Verbreitung zu entledigen, ist sicherlich die Einführung und Förderung der Frühehe, mit der die Durchführung der vorehelichen Enthaltsamkeit geht und fällt.

Es besteht auch ein Zusammenhang der Geschlechtskrankheiten mit dem Alkoholismus, insofern er in vielen Fällen die Anregung zu den Ausschweifungen bietet, die eine Ansteckung im Gefolge haben. Aber auch aus anderen Gründen muß die Trunksucht bekämpft werden, wenn es gilt, die Volkskraft zu heben. Sie kann die Fruchtbarkeit einer Ehe in Frage stellen; die Nachkommenschaft von Säufern kommt geschädigt zur Welt; aber auch ohne daß die Eltern Alkoholiker zu sein brauchen, kann ein Kind minderwertig sein, wenn es im Rausche gezeugt ist. Während des Krieges hat der Rückgang der Herstellung geistiger Getränke sowie ihre Preiserhöhung zu einem deutlichen Rückgang des Alkoholismus geführt. Es ist aber mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß dieser erfreuliche Rückgang des Alkoholismus nicht von Dauer sein wird. Die vermehrte Herstellung geistiger Getränke und ihre Verbilligung, die verminderte Widerstandskraft der durch Unterernährung und Kriegsstrapazen erschöpften Männer werden wieder eine Zunahme der Trunksucht zur Folge haben. Nicht ausgeschlossen ist auch, daß der Achtstundentag insofern ungünstig wirkt, als viele jugendliche Arbeiter nichts mit der freien Zeit anzufangen wissen und daher dem Alkoholmißbrauch anheimfallen werden. Eine Gefahr droht von dem Friedensvertrage her. In Artikel 264 u. f. des X. Teiles behält sich die Entente das Recht vor, unter anderen Waren auch Spirituosen, ohne daß die deutsche Regierung ein Einfuhrverbot erlassen darf, in beliebiger Menge einzuführen; dieser Punkt bedarf der dringendsten Aufmerksamkeit. An Maßnahmen gegen den Alkoholismus hat der Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke u. a. eine Reform der Konzessionserteilung, eine Einschränkung der Polizeistunde, eine Steuerreform für notorische Alkoholiker, eine Ausdehnung der Entmündigung, ein Alkoholverbot für Eisenbahner, die Förderung alkoholfreier Wirtshäuser vorgeschlagen. Daß man rücksichtslos vorgehen kann, zeigen jetzt die Vereinigten Staaten von Amerika,

in denen vom 1. VII. 19 ab Zwangsabstinenz herrscht; es ist nicht nur die Herstellung, der Verkauf und die Beförderung berauschender Getränke zu Genußzwecken, sondern auch ihre Einfuhr gesetzlich untersagt; es ist eine Bewegung im Gange, die auf große Mittel gestützt, versuchen will, die ganze Erde zum gleichen Vorgehen zu veranlassen. Daß Neigung hierzu auch anderwärts vorhanden ist, geht aus der Volksabstimmung in Norwegen hervor, die zugunsten eines allgemeinen Alkoholverbots verlief.

Letzten Endes hängen alle die erwähnten Schädigungen, die Tuberkulose, der Alkoholismus, in seinem Gefolge auch die geschlechtliche Infektion eng mit dem Wohnungswesen und seinen eingreifenden Mängeln besonders in der Großstadt zusammen. Die Verfassung nun scheint die Absicht zu haben, grundlegende Neuerungen einzuführen, indem sie in ausgesprochener Weise für die Ziele der Bodenreformbewegung eintritt. Diese hat erkannt, daß in der Hauptsache das Großstadtelend auf dem menschenunwürdigen Unterkommen der Mehrzahl der Bewohner beruht, daß hierdurch das Gedeihen einer gesunden, körperlich und sittlich starken Jugend, ein ersprießliches Wirken der Erwachsenen zum Besten des Gesamtwohls unmöglich gemacht wird. Ihr Ziel besteht darin, das Wohnen von der Grundstückspekulation völlig loszulösen, das gesamte Unterkunftswesen, das durch die in den letzten Jahren gewaltig angewachsene Landflucht aufs Ungünstigste beeinflußt war, zu dezentralisieren, und dabei jedem, der das Verlangen danach hatte, den Besitz eines Eigenheims, einer heimatlichen Scholle zu ermöglichen. Das preußische Wohnungsgesetz, das im vorigen Jahre in Kraft getreten ist, kam bei aller Anerkennung seiner sonstigen Verbesserungen diesen Anforderungen nur ungenügend nach. Auch andere Landesgesetze enthielten neben mancherlei Gutem nichts, was eine Wohnungsreform in dem angedeuteten Sinne hätte in die Wege leiten können. Die deutsche Verfassung nun behält sich zunächst in Artikel 10 vor, Grundsätze über das Bodenrecht, die Bodenverteilung, das Ansiedelungs- und Heimstättenwesen, die Bindung des Grundbesitzes, das Wohnungswesen und die Bevölkerungsverteilung aufzustellen. Von einschneidender Bedeutung ist der Artikel 155, der aussagt, daß die Verteilung und Nutzung des Bodens von Staats wegen in einer Weise überwacht werden soll, die Mißbrauch verhütet und dem Ziele zustrebt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung, allen deutschen Familien aber, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu

sichern. Das in Aussicht gestellte Heimstättenrecht, das hoffentlich in allernächster Zeit zur Beratung kommt, soll, wie es wohl selbstverständlich ist, Kriegsteilnehmer besonders berücksichtigen. Wie der Staat den kinderreichen Familien zu einer gesunden Wohnung zu verhelfen vermag, haben wir bereits gesehen.

Von großer Bedeutung sind die Bestimmungen des Artikels 155, daß Grundbesitz, dessen Erwerb zur Befriedigung des Wohnbedürfnisses oder zur Förderung der Siedelung nötig ist, enteignet werden kann, daß die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeits- oder Kapitalsaufwendung auf das Grundstück entsteht, für die Gesamtheit nutzbar zu machen ist. Entspricht die Ausführung dem Wortlaut, dann ist damit dem Bodenwucher, der Grundstückspekulation das Handwerk gelegt.

Einer der brennendsten Punkte des Siedelungswesens ist die innere Kolonisation, die durch das bereits verabschiedete Reichssiedelungsgesetz geregelt wird. Auch hier werden neue Wege betreten; nicht nur der Staat soll das zur Siedelung nötige Land zur Verfügung stellen, sondern auch der Großgrundbesitz. Hunderttausende von Landstellen für Arbeiter, Bauern, Handwerker können auf Grund dieses Gesetzes ins Leben gerufen werden, Kleinbetriebe, die nicht zu unterschätzende Werte für die Ernährung, für die Volkswirtschaft schaffen sollen, auf deren Scholle hoffentlich gesunde, heimatbewußte, bodenständige Jugend aufwachsen wird. Hans Thoma, der greise Maler, selbst aus dem Bauernstande hervorgegangen, hob kürzlich hervor, daß der Ackerbau ein Volk frei und unabhängig machen kann, und gab dem Wunsche Ausdruck, daß der Landbau der Sport der deutschen Jugend werde. Es ist aber zu bedenken, daß Jahre vergehen werden, ehe der großzügige Plan, der im Reichssiedelungsgesetz vorgesehen ist, zur vollen Reife kommt. Er wäre wünschenswert, daß, wie Oppenheimer es fordert, sofort mit der inneren Kolonisation begonnen würde, daß unverzüglich mit Unterstützung des Staates Trupps von Gärtnern, Arbeitern, Handwerkern, Landwirten in das von der Regierung zur Verfügung gestellte Ödland eilten und die Urbarmachung in Angriff nähmen. Auch eine vorläufige Unterkunft ließe sich schaffen. Wer vier Winter unter fortwährender Lebensgefahr im Unterstand verbracht hat, wird das vielleicht noch einen fünften hindurch unter harmloseren Umständen können. So könnte auch die Arbeit, die uns jetzt zu unserer Gesundung so dringend nötig ist, in reichlicher Weise gesorgt werden.

Ein Vergleich der in Deutschland unternommenen Schritte mit dem neuen englischen Wohnungsgesetz zeigt, daß man jenseits des Kanals die Reform mit dem allmählichen Abbau der Mietskaserne beginnt. Der Gemeinde wird ein weitgehendes Recht zu Umbauten aller gesundheitlich zu beanstandenden Häuser eingeräumt, wobei ihr auch die Vollmacht zur Enteignung zusteht. Tut sie ihre Pflicht nicht, so kann der Grafschaftsrat ohne weiteres eingreifen. Das Gesetz enthält auch genaue Bestimmungen über die Baudichtigkeit und setzt z. B. in den Städten die Höchstzahl der Gebäude, die ein Acker (= 4 050 Quadratmeter) tragen darf, auf 12 fest.

Während die Hilfe, die wir von den neuen Gesetzen erwarten können, naturgemäß noch in der Ferne liegt, erheischt die augenblickliche, allgemeine, täglich drückender werdende Wohnungsnot eine sofortige dringende Abwehr. Notwohnungen bleiben ein Notbehelf; sie verbessern unsere Wohnungsverhältnisse nicht. Sie sind auch bald nicht mehr zu beschaffen, während der Bedarf täglich sich erhöht. Neubauten sind dringend notwendig. Baugrund ist genügend vorhanden. Was das Bauen aber im höchsten Grade erschwert, das ist außer den hohen Löhnen und anderen Betriebskosten der Mangel an Materialien. Der Reichswohnungskommissar sagte am 1. VII. 1919 in der Nationalversammlung, daß von 18 000 deutschen Ziegeleien 16 500 wegen Kohlenmangels stillständen. Man hat nun vorgeschlagen, die sog. Formlinge, die ungebrannten Ziegel zum Bauen zu verwenden. Im Orient bilden sie seit undenklichen Zeiten das bevorzugte Baumaterial, und man hat dort 2 000 Jahre alte Lehmmauern gefunden, die allen Stürmen getrotzt haben. Neue Forschungen ergaben, daß der Turm von Babel aus ungebrannten Ziegeln errichtet gewesen ist. In Ostdeutschland ist auch jetzt noch der Lehmbau an der Tagesordnung. Es ist ein großes Verdienst der Stadt Danzig, daß sie am 1. VII. 1919 300 000 M. zur Errichtung von Musterwohnhäusern in den verschiedenen Ersatzbauweisen bewilligte; unter ihnen nehmen Fachwerk mit Lehmstakung und Lehmstampfbauten die erste Stelle ein. Zu gleicher Zeit ist der Reichsverband zur Förderung sparsamer Bauweise damit beschäftigt, den ungebrannten Ziegeln Eingang zu verschaffen, und bereits haben an vielen Orten Kurse zur Ausbildung von Architekten und Bauhandwerkern stattgefunden, die auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Auch die Abteilung für Bauwesen an der preußischen Akademie zu Berlin hat sich kürzlich mit der Frage beschäftigt und weitere Befürwortung zugesagt.

Da die Benutzung von Holz zum Hausbau ebenfalls Beschränkungen unterliegt, kann man hoffentlich in den Lehmbauten denjenigen Ausweg sehen, der uns aus der ärgsten Wohnungsnot heraushilft. In diesem Sinne äußerte sich der Reichwohnungskommissar in der Sitzung der Deutschen Nationalversammlung vom 3. X. 1919.

Wenn wir alle diese sozialhygienischen Gegenwartsströmungen, die zum großen Teil in der Verfassung zum Ausdruck kamen, die ich nur skizzenhaft vorführen konnte, noch einmal überblicken, so finden wir, daß ihnen das Bestreben zugrunde liegt, aus dem Zusammenbruch zu retten, was nur irgend möglich ist, Baustein auf Baustein aber zusammenzutragen, um der Volkskraft ein neues Gerüst zu geben, auf das sie sich stützen kann. Jeder muß mitarbeiten am Werke des Staates. Es muß Nachdruck darauf gelegt werden, daß der Sinn der bevölkerungshygienischen Bestrebungen nicht ausschließlich in einer zahlenmäßigen Vermehrung des Volkes liegt. Es ist richtig, daß der Geburtenrückgang aufgehalten werden muß, daß wir uns in einer Weise vermehren müssen, die dem Lebenszuschnitt unseres Volkes entspricht. Dabei aber dürfen wir nicht vergessen, daß nicht nur die Menschenmenge den Ausschlag gibt, sondern auch ihre Zusammensetzung und der Wert des Einzelwesens. Denn wenn wir dereinst aus dem Tiefstand, in den wir durch den unglücklichen Krieg versetzt sind, wieder zu unserer alten Höhe gelangen wollen, darf niemand versagen, ein Jeder muß seine Pflicht tun, und auf einen Jeden muß sich die Allgemeinheit verlassen können. Wir wollen hoffen, daß uns die Verfassung in unserem Bestreben unterstützt, und daß die vielversprechenden Keime, die in ihr sprießen, uns Alle befriedigende Blüten treiben.

Die Zunahme der Körpergröße des deutschen Volkes vor dem Kriege, ihre Ursachen und Bedeutung für die Wiederherstellung der deutschen Volkskraft.

Von Stabsarzt Meinshausen, Berlin.

I. Die Zunahme der Körpergröße und ihre Ursachen.

In den letzten Jahrzehnten sind aus einer Reihe von Kulturstaaten Europas, in welchen die allgemeine Wehrpflicht besteht und daher regelmäßige Messungen der männlichen Jugend stattfinden, Veröffentlichungen über eine beobachtete Zunahme der Körpergröße erfolgt. Diese lassen erkennen, daß in allen Ländern bei der Untersuchung der Gestellungspflichtigen eine Abnahme der geringeren und eine Zunahme der größeren Körperlängen festgestellt wurde. Schwiening hat diese Veröffentlichungen im Jahre 1908 in der Deutschen militärärztlichen Zeitschrift zusammengestellt in seiner Arbeit „Über die Zunahme der Körpergröße der militärpflichtigen Jugend in einigen europäischen Staaten". Dieser sind folgende Zahlenangaben entnommen.

Es hatten von je 100 untersuchten Militärpflichtigen eine Größe von 165 cm und darunter:

in Deutschland in den Jahren 1894/98: 41,9, 1899/1903 dagegen nur 40,2;

in Österreich in den Jahren 1889/93: 54,2, 1904/05 nur noch 48,5;

in Italien 1874/78: 64,1, 1879/83: 63,5;

in Belgien 1885/89: 49,5, 1900/04: 47,7.

Zu bemerken ist hier allerdings, daß die kleinen Leute mit einer Größe bis zu 155 cm in Belgien in dem angegebenen Zeitraum von 1,4 auf 3,5 Proz. zugenommen haben.

In Frankreich hatten eine Größe bis zu 166 cm 1890/94: 61,6 Proz., 1901/04 dagegen nur 59,5 Proz. Allerdings fand auch hier eine Zunahme der kleinsten Leute bis 154 cm von 3,0 auf 3,4 Proz. statt, die aber durch eine Zunahme der Maße von 155—166 cm ausgeglichen wurde.

In Holland, wo es sich um 19jährige junge Leute handelt, sank die Zahl der kleinen Leute mit einem Körpermaß von 159 cm und darunter von 25,5 Proz. in den Jahren 1863/67 auf 9 Proz. in den Jahren 1903/04, die Zahl der Leute von 170 cm und darüber stieg in demselben Zeitraum von 24,0 auf 42,7 Proz. — Zu bemerken ist dabei, daß 18 Proz. der Leute mit einem Maß von über 155 cm in dieser Berechnung nicht enthalten sind, so daß also der Anteil der kleinen Leute noch zu hoch, der Anteil der über 155 cm großen zu niedrig angegeben ist. Es hat in Holland im Verlauf von 40 Jahren also eine sehr erhebliche Zunahme der Körpergröße stattgefunden. Und daß es sich nicht nur um eine Zunahme der Körperlänge, sondern auch der übrigen Körpermaße handelt, ist daraus ersichtlich, daß auch die Zahl der Kopfbedeckungen mit kleinem Innenumfang und der Stiefel mit geringerem Längenmaß ganz erheblich zurückgegangen ist.

In Rußland sank nach einer Statistik, die allerdings nur 35 Proz. aller Militärpflichtigen enthält, die Zahl der Leute bis 165 cm von 54,5 Proz. in den Jahren 1893/96 auf 52,1 Proz. in den Jahren 1897/1900.

In der Schweiz waren wegen Mindermaß — unter 156 cm — untauglich 1886/90: 6,5 Proz., 1901/05 nur noch 3,7 Proz.

In Norwegen[1]) endlich waren 1898 45,5 Proz. der 22jährigen jungen Leute unter 170 cm groß, 1907 waren es nur noch 42,5 Proz. Die mittlere Körpergröße der 22jährigen Leute betrug in den Jahren 1878/82: 168,7 cm, 1907 dagegen 171,24 cm.

In allen erwähnten Ländern ist also eine deutliche Zunahme der Körperlänge bemerkbar. Wie ist diese auffallende Erscheinung zu erklären? Da sie überall, wo überhaupt dahingehende Untersuchungen angestellt wurden, gefunden wurden, darf man wohl annehmen, daß die Tendenz der Größenzunahme eine natürliche, in jedem unter gleichen wirtschaftlichen und klimatischen Verhältnissen bleibenden Volke vorhandene ist. Und zwar kann sie erfolgen auf dem Wege der natürlichen Auslese. Ein hoher Wuchs hat von jeher als körperlicher Vorzug gegolten und wird von

[1]) Daae, Über die Zunahme der Körpergröße in Norwegen. Deutsche Militärärztl. Zeitschrift vom 5. 9. 1908.

altersher, wenn körperliche Schönheit eines Mannes geschildert wird, ganz besonders hervorgehoben. Die Augen des weiblichen Geschlechts werden nun von jeher mit besonderem Wohlgefallen an so bevorzugten Männern gehangen haben. Und da ein hoher Wuchs meist auch eine Folgeerscheinung günstiger wirtschaftlicher Verhältnisse und körperlichen Wohlergehens ist, werden so ausgezeichnete Männer ihren körperlich und wirtschaftlich weniger bevorzugten Genossen gegenüber bei der Gründung eines Familienstandes meist im Vorteil gewesen sein. Dieselben günstigen Verhältnisse werden im allgemeinen auf ihre Nachkommenschaft fortgewirkt, und die großen, kräftigen Volksbestandteile werden die kleinen, meist auch schwächlicheren und wirtschaftlich weniger konkurenzfähigen Volkselemente allmählich überflügelt haben. — Auf diese Weise wird im Laufe der Jahrhunderte durch natürliche Auslese eine allmähliche Größenzunahme eines Volkes vor sich gehen können, wie sie z. B. für unser Volk daraus bewiesen wird, daß die Ritterrüstungen des Mittelalters Männern von Durchschnittsgröße des jetzigen Geschlechtes zu klein sind. Wenn man bedenkt, daß die ehemaligen Träger dieser Rüstungen als Angehörige einer sozial und wirtschaftlich begünstigten Klasse wahrscheinlich größer waren als die Angehörigen des niederen Volkes, wird die Größenzunahme in den letzten Jahrhunderten nicht unerheblich erscheinen.

Diese natürliche Auslese genügt aber nicht als Erklärung für die jetzt zu beobachtende Größenzunahme, die bei vergleichenden Messungen von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zu verfolgen ist und nach Daae für Norwegen 1 cm auf ein Jahrzehnt beträgt. Hierfür ist noch eine andere Erklärung notwendig. Und diese dürfen wir wohl mit Bruinsma[1]), der über die Größenzunahme in Holland berichtet, in den besseren sozialen Verhältnissen gegenüber früheren Zeiten, in besserer und sachgemäßerer Pflege im Kindesalter und günstigeren Lebensbedingungen während der körperlichen Entwicklung sehen. Als Beweis dafür, daß günstige soziale Verhältnisse größere Körpermaße bewirken, führt er einen Vergleich der Körpergröße 19jähriger Milizen, also aus ungünstigen sozialen Verhältnissen stammender Leute, mit der 18jähriger Kadetten an. Von den 1 Jahr älteren Milizen gehörten 60,7 Proz. zu den kleineren Leuten mit einem Körpermaß bis 169 cm, gegenüber nur 36,2 Proz. bei den 1 Jahr jüngeren Kadetten.

---

[1]) Bruinsma, Toename in lichnaamsbouw der mannelijke bevolking van Nederland. Weekblad 1906.

Ebenso fand Weißenberg[1]) bei Untersuchungen an russischen Judenkindern, daß die ärmeren Schichten entstammenden Volksschüler erheblich kleiner waren als die den wohlhabenden Ständen angehörigen Gymnasiasten und Realschüler.

Alter	Körpergröße	
	Arme Kinder	Wohlhabende Kinder
10 Jahre	124,2 cm	125,6 cm
11 „	125,9 „	131,5 „
12 „	130,8 „	137,8 „
13 „	133,3 „	140,4 „

Nach Weißenberg's Angabe ferner haben größere Körperlänge der höheren Schüler im Vergleiche mit den Volksschülern, und zwar für beide Geschlechter, festgestellt Bowditet für Amerika, Roberts für England, Pagliani für Italien, Axel Key für Schweden, Sak für Rußland, Rietz für Deutschland.

Schwiening ferner hat nachgewiesen, daß die höheren sozialen Schichten entstammenden Einjährig-Freiwilligen Deutschlands erheblich größer sind als die sonstigen Militärpflichtigen. In den Jahren 1904/06 hatten von den Einjährig-Freiwilligen eine Körpergröße bis 165 cm nur 17,1 Proz., von den sonstigen Militärpflichtigen dagegen 38,4 Proz. Umgekehrt waren 171 cm und darüber 54,3 Proz. der Einjährig-Freiwilligen, dagegen nur 30,9 Proz. der sonstigen Militärpflichtigen.

In diesem Zusammenhange sei erwähnt, daß keine Gesellschaftsschicht so viele große Menschen sowohl männlichen als auch weiblichen Geschlechts hervorbringt wie unser alter Adel. Eine Statistik als Beweis hierfür ist allerdings nicht beizubringen, es genüge der Hinweis, daß im allgemeinen Sprachgebrauch ein hoher schlanker Wuchs als aristokratische Körperform bezeichnet wird. — Diese Erscheinung ist doch wohl — abgesehen von der Einwirkung der natürlichen Auslese — als die Folge der schon auf die Vorväter Jahrhunderte hindurch einwirkenden günstigen sozialen Verhältnisse anzusehen und ist nicht durch die reinere germanische Abstammung bedingt. Denn der Germane scheint nicht, wie vielfach angenommen wird, von Natur größer zu sein als der unter gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen mit ihm lebende Slawe. Nach Myrdacz[2]) hatten in Österreich in den Jahren 1894/1905 von je 100 Untersuchten eine Größe

[1]) Dr. S. Weißenberg, Das Wachstum des Menschen nach Alter, Geschlecht und Rasse. Stuttgart 1911.

[2]) Schwiening, Lehrbuch der Militärhygiene. Bd. V, S. 235, 1913.

	Deutsche	Tschechen, Mähren, Slovaken
—160 cm	22,5	20,2
161—170 „	55,2	56,6
171 u. m. „	22,3	23,2

Eine bemerkenswerte Anregung zur teilweisen Erklärung der in Deutschland nachgewiesenen Größenzunahme hat nun v. Schjerning gegeben, indem er nach einer Statistik über die Herkunft der deutchen Soldaten berichtet, daß die Körpergröße abhängig zu sein scheine von der Größe der Geburtsgemeinde. Es stellten nach ihm die kleineren Orte mit unter 10000 Einwohnern die meisten kleinen und die wenigsten großen Leute, und die kleinen und mittleren Leute nehmen mit der Größe der Gemeinde ab, die großen erheblich zu. Es wäre hiernach möglich, daß die beobachtete Größenzunahme der Gestellungspflichtigen hauptsächlich auf das Anwachsen der Großstädte zurückzuführen ist, die einen von Jahr zu Jahr steigenden Anteil der Gestellungspflichtigen stellen, zumal in Deutschland, wo im Jahre 1905 bereits 19 Proz. der Bevölkerung in Städten von über 100000 Einwohnern lebten.

Da nun die Großstadt, wie ich an dem Beispiel Berlins [1]) nachwies, nicht nur die Bildung hohen Körperwuchses begünstigt, sondern auch insofern entwicklungshemmend wirken kann, als sie dem größeren Längenwachstum nicht die entsprechende Breitenentwicklung des Körpers folgen läßt, so daß sie also die Entstehung hoher schmächtiger Körperformen fördert, würde die oben erwähnte Deutung der Größenzunahme, wenigstens der deutschen Gestellungspflichtigen, mit gemischten Gefühlen anzusehen und kaum als Rassenverbesserung zu begrüßen sein. Es scheint daher einer Untersuchung wert, ob neben den Großstädten nicht auch die Bewohner der Provinz, der mittleren und kleineren Städte, und insbesondere des flachen Landes, an der Größenzunahme teilnehmen.

II. Der Regierungsbezirk Frankfurt a. O.

Zu dieser Untersuchung habe ich den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. benutzt, dessen Aushebungslisten, die allein über die angeregte Frage Auskunft geben können, mir zur Verfügung standen. Da der Regierungsbezirk sowohl Industriegebiete als auch rein landwirtschaftliche Kreise umfaßt, scheint mir die Wahl nicht un-

[1]) Meinshausen, Ist die Auffassung gerechtfertigt, daß die Berliner Bevölkerung entartet? Archiv für Soziale Hygiene, IX. Bd., 1913.

günstig zu sein. Denn es läßt sich zugleich der Einfluß verschiedener Beschäftigungen, in der Industrie, im Handwerk und in der Landwirtschaft, sowie des Aufwachsens auf dem Lande und in der Stadt auf die körperliche Entwicklung studieren und die in letzter Zeit viel erörterte Frage, ob das flache Land noch als Wurzel unserer Volkskraft anzusehen ist, beleuchten.

Benutzt sind die alphabetischen Listen der Jahrgänge 1872 und 1892, also der jungen Leute, die 1872 und 1892 geboren und 1892 und 1912 in dem Jahre, in welchem sie ihr 20. Lebensjahr vollendeten, erstmalig zur Musterung kamen. In diesen Listen sind alle in den angegebenen Jahren in Orten des Regierungsbezirks geborenen jungen Leute männlichen Geschlechts enthalten, soweit sie zur Zeit der Musterung noch lebten; auch die nach außerhalb Verzogenen, da ihr Untersuchungsbefund von dem sie musternden Bezirkskommando der Heimatsbehörde mitgeteilt und in die Listen eingetragen wurde. Außerdem enthalten sie aber auch die aus anderen Bezirken zugezogenen Gestellungspflichtigen, und deren Zahl ist, namentlich in den Industriegebieten, recht beträchtlich. Da diese Zugewanderten zu Trugschlüssen Veranlassung geben könnten, indem durch Zuwanderung vieler großer oder kleiner Leute eine Größenzu- oder -abnahme der Bevölkerung vorgetäuscht werden könnte, sind sie fortgelassen worden. Es sind also nur die im Regierungsbezirk Geborenen der Berechnung zugrunde gelegt.

Hierdurch wird ein Studium des Einflusses des Bodens, der Gegend und besonderer, vielleicht geänderter oder gebesserter Lebensbedingungen auf die heranwachsende Jugend möglich. Allerdings ist von vornherein eine Einschränkung zu machen. Ein nicht unerheblicher Teil der heranwachsenden Jugend verbleibt nicht bis zum 20. Lebensjahr unter den Lebensbedingungen, in denen sie geboren sind und ihre erste Jugend verlebt haben. Von der Landbevölkerung gehen nach der Schulentlassung, also nach dem 14. Lebensjahre, viele Knaben in die benachbarten Städte, um ein Handwerk zu erlernen. Und später lockt sie, ebenso wie die übrige Provinzstadtjugend, der höhere Verdienst der Großstädte, namentlich Berlins. Viele jungen Leute vom Lande werden auch von den Industrien der Provinz aufgesogen oder gehen, nachdem sie kürzere oder längere Zeit in der Landwirtschaft tätig waren, als ungelernte Arbeiter, als Hausknechte, Kutscher, Straßenarbeiter usf. in die Großstadt.

Es sind also mannigfache verschiedene Einflüsse, die auf die heranwachsenden jungen Leute gerade in der wichtigsten Entwick-

lungs- und Wachstumsperiode, der der Pubertät, einwirken. Man kann deshalb auch nicht einfach die Landgeborenen den Städtern gegenüberstellen, sondern muß erstere wieder trennen in Landwirtschaft treibende und im Handwerk und der Industrie beschäftigte Landbevölkerung. In der ersteren wird man dann eine seßhafte Bevölkerungsgruppe finden, die bis zur Musterung unter den gleichen Lebensbedingungen verblieben ist.

Eine mögliche Fehlerquelle ist allerdings hierbei noch zu erwähnen, nämlich daß der Begriff der landwirtschaftlichen Bevölkerung kein ganz zweifelsfreier ist. In den Listen ist zwar der Beruf der Gemusterten sowie der ihrer Eltern angegeben, die Bezeichnung des Berufes ist aber mitunter nicht klar genug. Neben der Fülle der ländlichen Berufsbezeichnungen, wie $^1/_4$-, $^1/_2$-, $^3/_4$-Hüfnersohn, Bauern-, Kossäten-, Kolonisten-, Büdner-, Häusler-, Gärtnersohn, Landarbeiter, Tagelöhner findet man nicht selten die einfache Bezeichnung „Arbeiter". Dann weiß man nicht, ob es sich um einen Land- oder Industriearbeiter handelt. In diesen Fällen kommt man ohne Kombination nicht aus, und ich habe die, deren Väter als zur landwirtschaftlichen Bevölkerung gehörig kenntlich waren, der Landwirtschaft zugerechnet, insofern sie selbst auf dem Lande verblieben waren. War dagegen festzustellen, daß sie in die Stadt verzogen waren, habe ich sie als gewerbliche ungelernte Arbeiter angesehen; ebenso, wenn der Vater Handwerker oder Fabrikarbeiter war, da die Söhne von der Landwirtschaft entfremdeten Leuten meist nicht zu dieser zurückkehren. — Eine erhebliche Fehlerquelle kann aber in diesem Verfahren keinesfalls erblickt werden, da die Zahl der zweifelhaften Fälle verhältnismäßig klein und auch der Unterschied in der Körperentwicklung zwischen ungelernten gewerblichen und Landarbeitern nicht sehr groß ist.

Bevor wir zu dem eigentlichen Thema, einer vergleichenden Statistik der Jahrgänge 1872 und 1892, übergehen, erscheint eine kurze Beschreibung des Reg.-Bezirks Frankfurt wünschenswert, da Fernerstehenden der Osten unseres Landes weniger bekannt ist und zur Beurteilung der Körperentwicklung auch die Verhältnisse, unter denen sie stattgefunden hat, von Interesse sind.

Der Reg.-Bezirk Frankfurt, die östliche Hälfte der Provinz Brandenburg, hat einen Umfang von 19 197 qkm, und zwar entfallen davon auf Städte 1 512 qkm, auf Landgemeinden 8 963 qkm, auf Gutsbezirke 8 722 qkm. Er gehört der Norddeutschen Tiefebene an, ist jedoch nicht überall eben, sondern wird in ostwestlicher Richtung von 2 Höhenrücken durchzogen, im Süden vom Lausitzer Grenzwall mit einer höchsten Erhebung von 230 m bei Sorau, im Norden von dem Höhenland der Neumark. Ferner finden sich in der Mitte größere Plateaus mit

einer höchsten Erhebung von 220 m im Sternberger Horst. — An Hauptflüssen sind zu nennen die Oder, Warthe und Netze, aus deren Brüchen Friedrich der Große bekanntermaßen durch Trockenlegung und Besiedelung „im Frieden eine blühende neue Provinz gewann, ohne einen Mann zu verlieren".

Das Klima ist gemäßigtes Kontinentalklima. In den nördlichen Teilen herrscht der Geschiebelehm vor, in den mittleren halten sich dieser und Sand das Gleichgewicht, und in den südlichen überwiegt der Sand. Der Sandboden ist meist mit Wald bestanden, der 33 Proz. der Fläche des Reg.-Bezirks einnimmt, in der Hauptsache Kiefernwald. 41 Proz. sind Ackerland, 13 Proz. Wiesen und Weide. Im Norden, sowie im Oder- und Warthebruch werden Weizen und Rüben gebaut, stellenweise natürlich auch in den anderen Teilen des Reg.-Bezirks, sonst sind Kartoffeln und Roggen, daneben Hafer die Haupterzeugnisse der Landwirtschaft. Außerdem wird verhältnismäßig viel Garten- und Obstbau getrieben, namentlich in den Kreisen Guben und Crossen, sowie im Spreewald.

Die Bewohner waren bis zur Völkerwanderung Germanen, darauf Jahrhunderte hindurch Slawen, welche die Reste der germanischen Bevölkerung unterwarfen. Vom 10. Jahrhundert an wurden die Niederlausitz und Lebus dem Deutschtum zurückgewonnen und vom 12. Jahrhundert an von Albrecht dem Bären und seinen Nachfolgern die übrigen Teile des jetzigen Reg.-Bezirks nach und nach in Besitz genommen und auf friedlichem Wege mit Deutschen besiedelt. Die Annahme, daß die Wenden von den einrückenden Deutschen mit Feuer und Schwert ausgerottet seien, erscheint unbegründet, dazu lag bei der friedlichen Besitznahme und dem Fehlen von Aufständen kein Grund vor. Dagegen sprechen ferner eine Reihe von Ortsnamen, die als nähere Bezeichnung noch das Wort „Wendisch" führen, sowie eine Reihe von „Kietzen", der Bezeichnung für Wendische Fischersiedelungen. Vielmehr ist als sicher anzunehmen, daß Deutsche und Wenden nebeneinander wohnten, erstere allerdings auf dem fruchtbareren Boden, der als Bauernland aufgeteilt wurde, während die Wenden hauptsächlich an den Flußläufen als Fischerbevölkerung oder als Kleinbesitzer, Kossäten oder „Gärtner" lebten oder zu Hörigen der Gutsherrn wurden. Die Verschmelzung zwischen Deutschen und Slawen ist zunächst sehr langsam vor sich gegangen, der Wende galt dem Deutschen als durchaus minderwertig. Er konnte nicht gegen einen Deutschen vor Gericht zeugen, die Bezeichnung als Wende galt dem Deutschen noch im 16. Jahrhundert als der blutigste Schimpf und wurde ebenso hart bestraft wie ein Totschlag.[1]) — Das Herabsinken auch des deutschen Bauernstandes zu Hörigen der Gutsherren und der 30jährige Krieg mit seinen Verwüstungen und dem Freiwerden vieler Bauernhöfe hat wohl den Verschmelzungsprozeß später beschleunigen helfen. Die Kolonisation Friedrichs des Großen, durch welche mehrere tausend meist deutsche Familien im Reg.-Bezirk angesiedelt wurden, hat dann später den Anteil der germanischen Blutbeimischung verstärkt. Aber noch jetzt wohnen in den Kreisen Luckau, Cottbus, Lübben annähernd 33 000 Wenden, die sich ihre Muttersprache und Sitten erhalten haben. Rechnet man hinzu, daß der Reg.-Bezirk noch 16 300 Einwohner polnischer Zunge hat, und daß durch Binnenwanderung, namentlich in die Industriegebiete, ein dauernder starker Zuzug polnischer oder germanisch-slawischer Mischbevölkerung über die Ost- und Südostgrenze des Bezirkes stattfand, während der Zuzug aus den anderen Gegenden

---

[1]) E. O. Schulze, Die Kolonisierung und Germanisierung der Gebiete zwischen Saale und Elbe. S. 131 ff.

des Reiches sehr gering ist, wird man zugeben müssen, daß die vielfach geäußerte Behauptung, die Bevölkerung der Provinz Brandenburg sei rein germanisch, wenigstens für unseren Reg.-Bezirk nicht zutrifft. Man muß sie vielmehr als germanisch-slawische Mischrasse bezeichnen.

Die Bevölkerungszahl[1]) betrug am 1. Dez. 1905 1 202 000 gegen 1 034 620 im Jahre 1871. Die Zunahme ist also im ganzen eine mäßige. Die Bevölkerungsdichte ist eine recht verschiedene und schwankt zwischen 107 auf den qkm im Industriekreise Spremberg, 63 im fruchtbareren Kreise Königsberg, bis 33 in den Kreisen Lübben und Arnswalde, in denen der Sandboden vorherrscht.

Es lebten in den 65 Städten 505 000, in den Landgemeinden 592 000, in Gutsbezirken 105 000. Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern gab es 11, darunter als größte Frankfurt mit über 70 000, Cottbus mit 49 000 Einwohnern im Jahre 1910. Die Stadtbevölkerung hat in den 34 Jahren von 1871 bis 1905 um 149 000 zugenommen, die der Landgemeinden um 12 000, die der Gutsbezirke um 7 000. Die Bevölkerungszunahme ist also fast nur den Städten zugute gekommen. Die Zunahme war aber auch hier eine sehr ungleichmäßige, indem hauptsächlich die größeren Industriestädte stark gewachsen sind, während von den kleineren Landstädten 23 an Einwohnerzahl zurückgegangen sind. Von der Zunahme entfallen allein auf die 5 Städte Frankfurt, Guben, Cottbus, Forst, Landsberg 98 600, also weit über die Hälfte der Zunahme des ganzen Reg.-Bezirks.

Ferner hatten die in vorwiegend landwirtschaftlichen Kreisen gelegenen Landgemeinden ein Zurückgehen der Einwohnerzahl, während die in Industriegegenden gelegenen stark gewachsen sind. Es verloren, um nur die größten Verluste hervorzuheben, die Landgemeinden der Kreise Arnswalde 24 Proz., Soldin 21,4 Proz., Lebus 16,8 Proz., Lübben 12,65 Proz. ihrer Einwohner. Zusammen gingen die Landgemeinden von 12 Landkreisen zurück und zwar um 41 700 Einwohner. Und nur die 5 übrigen, an der Südgrenze des Reg.-Bezirks gelegenen Industriekreise Luckau, Kalau, Cottbus Land, Sorau und Spremberg zeigten eine Zunahme der Landgemeinden, und zwar um 53 200 Einwohner. Von den Gutsbezirken haben die von 8 Kreisen ab- und die der übrigen 9 an Einwohnern zugenommen.

Von der Tätigkeit in der Landwirtschaft, Gärtnerei, Forstwirtschaft, Fischerei und Tierzucht lebten im Jahre 1907 455 400 Personen gegen 554 000 im Jahre 1885. Dieser Bevölkerungsteil hat also in 22 Jahren um rund 100 000 Personen abgenommen. Dagegen ist die zu Industrie, Bergbau und Baugewerbe gehörige Bevölkerung von 336 900 auf 453 500 Köpfe gestiegen, also um rund 117 000 Personen, und die von Handel und Verkehr sowie der Gast- und Schankwirtschaft Lebenden von 85 000 auf 114 000, also um 29 000 Personen. Die Bevölkerung hat sich also in starkem Maße von der Landwirtschaft ab- und der Industrie zugewandt und dort, wo die Landwirtschaft vorherrscht, in bedenklichem Umfange ihre Wohnsitze auf dem Lande verlassen. Den natürlichen Bevölkerungszuwachs festzuhalten und Zuwanderer heranzuziehen haben nur die Industriegegenden und die größeren Städte vermocht.

---

[1]) Diese und die folgenden Zahlenangaben sind entnommen aus „Landeskunde der Provinz Brandenburg“, Bd. II, die Bevölkerung, S. 55 u. f. Berlin 1910. Dietrich Reimer.

An Hauptindustrien sind zu nennen: An erster Stelle die Textilindustrie, die namentlich in Forst, Cottbus, Spremberg, Guben, Sommerfeld, Sorau, Finsterwalde blüht. Ferner die Braunkohlenindustrie im Senftenberger Grubenbezirk des Kreises Calau und die Glasindustrie im Südosten des Reg.-Bezirks.

III. Die Geburtsjahrgänge 1872 und 1892.

Vom Jahrgang 1872 sind in den alphabetischen Listen verzeichnet 12714 Leute. Hiervon waren wegen fehlender Angaben nicht zu verwerten 978 als Freiwillige, Fahnenjunker, Kadetten usw. Eingetretene und 634, von denen nähere Angaben nicht vorhanden waren, zum Teil weil sie ausgewandert waren. Die Zahl der Ausgewanderten ist in diesem Jahrgang nicht unerheblich. — Es verblieben also 11102 = 87,7 Proz. des Jahrgangs, die verwertet werden konnten.

Vom Jahrgang 1892 sind verzeichnet 13236. Von diesen ist über 2036 Freiwillige usw. kein Untersuchungsbefund vorhanden, ferner fehlt er bei 436 aus anderen Gründen. Es verbleiben also 10764 = 81,4 Proz.

1. Die Körpergröße.

Zunächst seien die ganzen Jahrgänge einander gegenübergestellt.

Tabelle I.

Körpergröße	Jahrgang 1872			Jahrgang 1892		
Bis 155 cm	565 =	5,1 Proz.		356 =	3,3 Proz.	
155,5—160 „	1 673 =	15,1 „	50,2 Proz.	1 306 =	12,1 „	42,4 Proz.
160,5—165 „	3 330 =	30 „		2 901 =	27 „	
165,5—170 „	3 248 =	29,3 „	29,3 „	3 466 =	32,2 „	32,2 „
170,5—175 „	1 718 =	15,4 „		1 934 =	18 „	
175,5—180 „	478 =	4,3 „	20,5 „	654 =	6,1 „	25,4 „
über 180 „	90 =	0,8 „		147 =	1,3 „	
Zusammen	**11 102 =**	**100,0** „		**10 764 =**	**100,0** „	

Man sieht, daß in den 20 Jahren eine erhebliche Zunahme der Körpergröße stattgefunden hat. Zu den kleineren Leuten bis 165 cm gehörten 1892 50,2 Proz., 1912 nur noch 42,4 Proz.; und zu den über 165 cm großen 1892 49,8, 1912 aber 57,6 Proz.

Tabelle II.

a) Landgeborene.

Körpergröße	Jahrgang 1872		Jahrgang 1892	
Bis 155 cm	391 = 5,0 Proz.		230 = 3,2 Proz.	
155,5—160 „	1 154 = 14,7 „	49,7 Proz.	878 = 12,4 „	43 Proz.
160,5—165 „	2 369 = 30,0 „		1 951 = 27,5 „	
165,5—170 „	2 335 = 29,7 „	29,7 „	2 301 = 32,4 „	32,4 „
170,5—175 „	1 205 = 15,3 „		1 231 = 17,4 „	
175,5—180 „	347 = 4,4 „	20,6 „	406 = 5,7 „	24,5 „
über 180 „	65 = 0,9 „		96 = 1,4 „	
Zusammen	**7 866 = 100,0** „		**7 093 = 100,0** „	

b) Landwirte.

Körpergröße	Jahrgang 1872		Jahrgang 1892	
Bis 155 cm	193 = 4,9 Proz.		112 = 3,6 Proz.	
155,5—160 „	571 = 14,4 „	48,4 Proz.	370 = 12,0 „	42,6 Proz.
160,5—165 „	1 152 = 29,1 „		828 = 27,0 „	
165,5—170 „	1 140 = 28,8 „	28,8 „	930 = 30,3 „	30,3 „
170,5—175 „	660 = 16,7 „		576 = 19,0 „	
175,5—180 „	210 = 5,3 „	22,8 „	211 = 6,9 „	27,1 „
über 180 „	32 = 0,8 „		38 = 1,2 „	
Zusammen	**3 958 = 100,0** „		**3 065 = 100,0** „	

c) Die übrigen Landgeborenen.

Körpergröße	Jahrgang 1872		Jahrgang 1892	
Bis 155 cm	198 = 4,8 Proz.		118 = 2,9 Proz.	
155,5—160 „	583 = 14,8 „	50,7 Proz.	508 = 12,6 „	43,4 Proz.
160,5—165 „	1 217 = 31,1 „		1 123 = 27,9 „	
165,5—170 „	1 195 = 30,4 „	30,4 „	1 371 = 34,0 „	34,0 „
170,5—175 „	545 = 14,4 „		655 = 16,3 „	
175,5—180 „	137 = 3,6 „	18,9 „	195 = 4,8 „	22,6 „
über 180 „	33 = 0,9 „		58 = 1,5 „	
Zusammen	**3 908 = 100,0** „		**4 028 = 100,0** „	

d) Stadtgeborene.

Körpergröße	Jahrgang 1872		Jahrgang 1892	
Bis 155 cm	174 = 5,4 Proz.		126 = 3,4 Proz.	
155,5—160 „	519 = 16,0 „	51,0 Proz.	428 = 11,7 „	41,0 Proz.
160,5—165 „	960 = 29,6 „		950 = 25,9 „	
165,5—170 „	913 = 28,0 „	28,0 „	1 165 = 31,7 „	31,7 „
170,5—175 „	514 = 16,0 „		703 = 19,1 „	
175,5—180 „	131 = 4,0 „	21,0 „	248 = 6,8 „	27,3 „
über 180 „	25 = 1,0 „		51 = 1,4 „	
Zusammen	**3 236 = 100,0** „		**3 671 = 100,0** „	

e) Städte über 10000 Einwohner.

Körpergröße	Jahrgang 1872		Jahrgang 1892	
Bis 155 cm	88 = 5,3 Proz.	50,5 Proz.	78 = 3,9 Proz.	39,3 Proz.
155,5—160 „	262 = 15,9 „		231 = 11,6 „	
160,5—165 „	483 = 29,3 „		474 = 23,8 „	
165,5—170 „	474 = 28,8 „	28,8 „	647 = 32,4 „	32,4 „
170,5—175 „	258 = 15,6 „	20,7 „	398 = 19,9 „	28,3 „
175,5—180 „	69 = 4,2 „		142 = 7,1 „	
über 180 „	14 = 0,9 „		27 = 1,3 „	
Zusammen	1 648 = 100,0 „		1 997 = 100,0 „	

f) Kleinstädte (unter 10000 Einwohner).

Körpergröße	Jahrgang 1872		Jahrgang 1892	
Bis 155 cm	86 = 5,4 Proz.	51,6 Proz.	48 = 2,8 Proz.	43,2 Proz.
155,5—160 „	257 = 16,2 „		197 = 11,7 „	
160,5—165 „	477 = 30 „		476 = 28,7 „	
165,5—170 „	439 = 27,7 „	27,7 „	518 = 30,9 „	30,9 „
170,5—175 „	256 = 16,1 „	20,7 „	305 = 18,1 „	25,9 „
175,5—180 „	62 = 3,9 „		106 = 6,3 „	
über 180 „	11 = 0,7 „		24 = 1,5 „	
Zusammen	1 588 = 100,0 „		1 674 = 100,0 „	

An diesen Tabellen ist folgendes bemerkenswert.

1. Die Größenzunahme ist nicht an die Städte gebunden, sie ist auch bei den ländlichen Gestellungspflichtigen vorhanden.

2. Sie ist allerdings bei den Stadtgeborenen größer. Denn gegenüber der Abnahme der kleineren Leute unter 165 cm bei den Städten von 51 auf 41 Proz. und einer Zunahme der mehr als 170 cm großen von 21 auf 27,3 Proz. haben die Landgeborenen nur eine Abnahme der Kleineren von 49,7 auf 43 Proz. und eine Zunahme der über 170 cm Großen von 20,6 auf 24,5 Proz. aufzuweisen.

3. Die Größenzunahme ist bei den Mittelstädten größer als bei den Kleinstädten. Einer Abnahme der kleinen Leute bei ersteren von 50,5 auf 39,3 Proz. gegenüber haben die Kleinstädte nur eine solche von 51,6 auf 43,2 Proz.; und gegenüber einer Zunahme der über 170 cm Großen von 20,7 auf 28,3 Proz. nur eine solche von 20,7 auf 25,9 Proz. zu verzeichnen.

4. Beim Jahrgang 1872 besteht kein erheblicher Größenunterschied zwischen Mittel- und Kleinstädten; dagegen ist er beim Jahrgang 1892 infolge der erheblicheren Längenzunahme der Mittelstädter größer. 39,3 Proz. Kleiner gegenüber in den Mittelstädten haben die Kleinstädte 43,2 Proz., und 28,3 Proz. Großen gegenüber nur 25,9 Proz.

5. **Das Aufwachsen in den Mittelstädten war also in den letzten 20 Jahren der Bildung größerer Körpermaße günstiger als in den Kleinstädten.**

6. Bei den Landgeborenen waren die Landwirte beider Jahrgänge nicht unerheblich größer als die übrigen Landgeborenen. Beim Jahrgang 1872 stehen 48,4 Proz. Kleinen und 22,8 Proz. Großen bei den Landwirten 50,7 Proz. Kleine und 18,9 Proz. Große bei den übrigen gegenüber. Beim Jahrgang 1892 sind die entsprechenden Zahlen 42,6 Proz. Kleine und 27,1 Proz. Große bei den Landwirten und 43,4 Proz. Kleine und 22,6 Proz. Große bei den übrigen.

7. Die Landwirte des Jahrgangs 1872 waren aber auch größer als die Mittelstädter. 48,4 Proz. Kleinen gegenüber bei den Landwirten haben die letzteren 50,5 Proz.; bei den Großen sind die entsprechenden Zahlen 22,8 und 20,7.

8. Im Jahrgang 1892 sind die Landwirte größer als die Kleinstädter, aber etwas kleiner als die Mittelstädter.

Der Größe nach folgen sich also im

Jahrgang 1872	Jahrgang 1892
1. Landwirte	1. Mittelstädter
2. Mittelstädter	2. Landwirte
3. Kleinstädter	3. Kleinstädter
4. Die übrigen Landgeborenen	4. Die übrigen Landgeborenen.

Dasselbe sehen wir in folgender Zusammenstellung der Durchschnittsgröße. Diese betrug bei den

	1892	1912
Mittelstädtern	165 cm	166,7 cm
Landwirten	165,6 „	166,5 „
Kleinstädtern	165,2 „	166,4 „
übrigen Landgeborenen	165,1 „	166,2 „
Im Durchschnitt	165,3 „	166,5 „

Die durchschnittliche Größe der Zwanzigjährigen hat also in 20 Jahren um 1,2 cm zugenommen. Am größten war die Zunahme bei den Mittelstädten mit 1,7 cm, dann folgen die Kleinstädte mit 1,2 cm und schließlich die Landbevölkerung mit 0,9 cm.

Will man in der Zunahme der Körpergröße einen Ausdruck für das Gedeihen einer Bevölkerung sehen, wird man zu dem Schluß kommen, daß die Lebensbedingungen der letzten 20 Jahre bis 1913

für die Bevölkerung des Reg.-Bezirks günstig waren und daß diese in aufsteigender Entwicklung begriffen war.

Es wäre wünschenswert, die Körperlänge mit der anderer Gegenden vergleichen zu können. Leider ist aber wenig Vergleichsmaterial vorhanden, das dieselbe Größeneinteilung hat. Es steht nur der Ersatz Berlins zur Verfügung.[1])

Tabelle III.

Von je 100 Untersuchten hatten eine Größe

	Jahrgang 1872				Jahrgang 1892		
	bis 165 cm	165,5—175 cm	über 175 cm		bis 165 cm	165,5—175 cm	über 175 cm
Geborene Berliner	46,3	46,6	7,1	Geborene Berliner	38,8	51	10,2
In Berlin zugezogene	49,9	44,5	5,6	Reg.-Bez. Frankfurt	42,4	50,2	7,4
Reg.-Bez. Frankfurt	50	44,9	5,1	Mittelstädte	39,3	52,3	8,4
Mittelstädte	50,5	44,4	5,3	Landwirte	42,6	49,3	8,1
Landwirte	48,4	45,5	6,1	Kleinstädte	43	49	7,8
Kleinstädte	51,6	43,8	4,6	Die übr. Landbew.	43,4	50,3	6,3
Die übr. Landbew.	50,7	44,8	4,5	Alle Landgeboren.	43	49,8	7,1

Die geborenen Berliner sind also größer als die Gestellungspflichtigen der größeren Provinzstädte des Reg.-Bezirks Frankfurt. Die Angabe v. Schjerning's, daß die Körpergröße abhängig zu sein scheine von der Größe der Geburtsgemeinde, findet auch hier ihre Bestätigung. Die meisten Großen, die wenigsten Kleinen hat Berlin, dann folgen die größeren, dann die kleineren Provinzstädte und schließlich die ländlichen Ortschaften, wenn man die Landwirte und die übrigen Landgeborenen zusammenlegt.

Erwähnenswert ist noch, daß die Gestellungspflichtigen des Jahrgangs 1872 fast genau demselben Jahrgang der nach Berlin Zugezogenen, 1892 dort Gemusterten, entsprechen. Dies findet seine Erklärung darin, daß die in Berlin Zuziehenden zum größten Teil aus dem Osten, zum nicht geringsten aus dem Reg.-Bezirk Frankfurt, stammen.

In der folgenden Tabelle IV sind die beiden Jahrgänge kleinerer Bezirke einander gegenübergestellt, zunächst der Landwirte, danach auch der übrigen Landbevölkerung. Als Grundlage dienen die Musterungsbezirke, in den meist einige Landkreise zusammengelegt sind.

[1]) Meinshausen, Ist die Auffassung gerechtfertigt, daß die Berliner Bevölkerung körperlich entartet? Archiv für Soziale Hygiene, Bd. IX, 1913.

Tabelle IV.
Landwirte.
a) Musterungsbezirk Calau.
(Kreis Calau und Luckau.)

Körpergröße	Jahrgang 1872			Jahrgang 1892		
Bis 155 cm	29 =	5,6 Proz.	48,4 Proz.	10 =	2,7 Proz.	38,1 Proz.
155,5—160 „	76 =	14,6 „		41 =	10,9 „	
160,5—165 „	147 =	28,2 „		92 =	24,5 „	
165,5—170 „	157 =	30,2 „	30,2 „	121 =	32,2 „	32,2 „
170,5—175 „	74 =	14,2 „	21,4 „	75 =	19,9 „	29,7 „
175,5—180 „	32 =	6,0 „		29 =	7,7 „	
über 180 „	6 =	1,2 „		8 =	2,1 „	
Zusammen	**521 =**	**100,0** „		**376 =**	**100,0** „	

b) M.-Bez. Cottbus.
(Kreis Cottbus Land, Lübben, Spremberg.)

Körpergröße	Jahrgang 1872			Jahrgang 1892		
Bis 155 cm	10 =	2,4 Proz.	44,8 Proz.	7 =	1,8 Proz.	35,5 Proz.
155,5—160 „	50 =	12,1 „		38 =	9,8 „	
160,5—165 „	125 =	30,3 „		92 =	24,0 „	
165,5—170 „	130 =	31,5 „	31,5 „	129 =	33,5 „	33,5 „
170,5—175 „	74 =	17,9 „	23,6 „	87 =	22,6 „	31 „
175,5—180 „	21 =	5,1 „		25 =	6,5 „	
über 180 „	2 =	0,6 „		7 =	1,8 „	
Zusammen	**413 =**	**100,0** „		**385 =**	**100,0** „	

c) M.-Bez. Landsberg.

Körpergröße	Jahrgang 1872			Jahrgang 1892		
Bis 155 cm	29 =	6,8 Proz.	53,1 Proz.	7 =	2,5 Proz.	41 Proz.
155,5—160 „	63 =	14,8 „		33 =	11,7 „	
160,5—165 „	134 =	31,5 „		75 =	26,7 „	
165,5—170 „	113 =	26,5 „	26,5 „	105 =	37,5 „	37,5 „
170,5—175 „	68 =	16,0 „	20,4 „	47 =	16,7 „	21,5 „
175,5—180 „	17 =	4,0 „		13 =	4,6 „	
über 180 „	2 =	0,4 „		1 =	0,4 „	
Zusammen	**426 =**	**100,0** „		**281 =**	**100,0** „	

d) M.-Bez. Cüstrin.
(Kreis Königsberg, Soldin, Oststernberg.)

Körpergröße	Jahrgang 1872			Jahrgang 1892		
Bis 155 cm	38 =	4,6 Proz.	49,9 Proz.	22 =	3,7 Proz.	48,7 „
155,5—160 „	149 =	18,0 „		82 =	13,7 „	
160,5—165 „	226 =	27,3 „		188 =	31,3 „	
165,5—170 „	236 =	28,6 „	28,6 „	158 =	26,3 „	26,3 „
170,5—175 „	132 =	16,0 „	21,5 „	103 =	17,2 „	25,0 „
175,5—180 „	41 =	5,0 „		40 =	6,6 „	
über 180 „	4 =	0,5 „		7 =	1,2 „	
Zusammen	**826 =**	**100,0** „		**600 =**	**100,0** „	

e) M.-Bez. Frankfurt.

(Kreis Lebus, Weststernberg.)

Körpergröße	Jahrgang 1872		Jahrgang 1892	
Bis 155 cm	30 = 6,4 Proz.		17 = 3,9 Proz.	
155,5—160 „	77 = 16,3 „	52,7 Proz.	54 = 12,4 „	43,8 Proz.
160,5—165 „	141 = 30,0 „		120 = 27,5 „	
165,5—170 „	129 = 27,5 „	27,5 „	122 = 28,0 „	28,0 „
170,5—175 „	61 = 12,8 „		87 = 20,0 „	
175,5—180 „	30 = 6,4 „	19,8 „	32 = 7,3 „	28,3 „
über 180 „	3 = 0,6 „		4 = 1,0 „	
Zusammen	**471 = 100,0** „		**436 = 100,0** „	

f) M.-Bez. Woldenberg.

(Kreis Friedeberg und Soldin.)

Körpergröße	Jahrgang 1872		Jahrgang 1892	
Bis 155 cm	14 = 3 Proz.		10 = 2,7 Proz.	
155,5—160 „	51 = 10,9 „	45 Proz.	42 = 11,5 „	42,2 Proz.
160,5—165 „	146 = 31,1 „		102 = 28,0 „	
165,5—170 „	133 = 28,3 „	28,3 „	116 = 31,8 „	31,8 „
170,5—175 „	94 = 20,0 „		64 = 17,6 „	
175,5—180 „	25 = 5,4 „	26,7 „	25 = 6,9 „	26 „
über 180 „	6 = 1,3 „		5 = 1,5 „	
Zusammen	**469 = 100,0** „		**364 = 100,0** „	

g) M.-Bez. Crossen.

(Kreis Crossen, Züllichau-Schwiebus.)

Körpergröße	Jahrgang 1872		Jahrgang 1892	
Bis 155 cm	28 = 6 Proz.		19 = 5,9 Proz.	
155,5—160 „	48 = 10,2 „	46,2 Proz.	48 = 14,9 „	45,5 Proz.
160,5—165 „	141 = 30 „		80 = 24,7 „	
165,5—170 „	138 = 29,4 „	29,4 „	92 = 28,5 „	28,5 „
170,5—175 „	86 = 18,4 „		58 = 18,0 „	
175,5—180 „	25 = 5,4 „	24,4 „	25 = 7,7 „	26 „
über 180 „	3 = 0,6 „		1 = 0,3 „	
Zusammen	**469 = 100,0** „		**323 = 100,0** „	

h) M.-Bez. Guben.

(Kreis Guben, Sorau.)

Körpergröße	Jahrgang 1872		Jahrgang 1892	
Bis 155 cm	15 = 4,4 Proz.		20 = 6,7 Proz.	
155,5—160 „	57 = 16,6 „	42,3 Proz.	32 = 10,7 „	43,7 Proz.
160,5—165 „	73 = 21,3 „		79 = 26,3 „	
165,5—170 „	105 = 30,6 „	30,6 „	87 = 29,0 „	29,0 „
170,5—175 „	71 = 20,7 „		55 = 18,3 „	
175,5—180 „	17 = 5,0 „	27,1 „	22 = 7,3 „	27,3 „
über 180 „	5 = 1,4 „		5 = 1,7 „	
Zusammen	**343 = 100,0** „		**300 = 100,0** „	

i) Durchschnittsgröße der Landwirte.

Musterungsbezirk	Jahrgang 1872	Jahrgang 1892
Cottbus	166,2 cm	167,2 cm
Calau	165,6 „	167,2 „
Woldenberg	166,4 „	166,5 „
Frankfurt	166,1 „	166,5 „
Landsberg	164,9 „	166,4 „
Guben	166,1 „	166,3 „
Cüstrin	165,2 „	166,0 „
Crossen	165,8 „	165,9 „
Reg.-Bezirk Frankfurt	**165,6** „	**166,5** „

Aus den tabellarischen Zusammenstellungen ist ohne weiteres ersichtlich, daß in den Musterungsbezirken Cottbus, Calau, Frankfurt und Landsberg eine Zunahme der Körpergröße stattgefunden hat. Und zwar steht einer erheblichen Abnahme der kleinen Leute in den 3 erstgenannten Bezirken eine Zunahme besonders in der Größengruppe 170,5—175 gegenüber, im Bezirk Landsberg der Größengruppe 165,5—170, während die Zunahme der über 175 cm großen Leute verhältnismäßig gering ist. Von den übrigen Bezirken ist noch Cüstrin hervorzuheben. Doch betrifft die Zunahme hier hauptsächlich die Gruppe von 160,5—165 cm. Dagegen ist eine wesentliche Zunahme in den Bezirken Crossen, Guben und Woldenberg nicht festzustellen. Durch die Berechnung der Durchschnittsgröße wird dieser Befund bestätigt, Cottbus, Calau und Landsberg zeigen starke Zunahme der Größe, bei Cüstrin erscheint sie etwas größer, bei Frankfurt kleiner, als nach der Tabelle IV d und e anzunehmen war.

Man muß hierbei bedenken, daß die Spannung in den Tabellen von 5 zu 5 cm einen ziemlich weiten Spielraum gewährt.

Hält sich die Größenzunahme an der unteren Grenze der einzelnen Rubriken, sind z. B. viel Maße von 165,5, 170,5 usf. vorhanden, wird die Zunahme größer erscheinen als bei Berechnung der Durchschnittsgröße. Deshalb ist eine Gegenüberstellung beider Berechnungen erforderlich. Noch besser wären allerdings zentimeterweise geordnete Tabellen, die aber wegen der verhältnismäßig kleinen Zahlen für diese Berechnungen nicht empfehlenswert waren.

Fragt man sich nun, worauf die Unterschiede der Größenzunahme in den einzelnen Bezirken zurückzuführen sind, so kann man naturgemäß eine sichere Antwort nicht erhalten; doch liegt es nahe, die besonderen Verhältnisse der einzelnen Kreise hiermit in Zusammenhang zu bringen. Zunächst ist es ein auffallendes Zusammentreffen, daß unter den Kreisen mit besonderer Größen-

zunahme 4 von den 5 sind, in denen in den letzten Jahrzehnten eine Zunahme der Landbevölkerung stattgefunden hat. Es sind dies die Kreise Luckau, Calau, Spremberg, Cottbus Land; vom 5. Kreis Sorau läßt sich eine Angabe hierüber nicht machen, da er mit Guben zusammen in einem Musterungsbezirk berechnet ist. Die Zunahme dieser 5 Kreise an Bevölkerung betrug, wie oben schon erwähnt, in den Landgemeinden seit 1871 53200 Köpfe, mit den Städten und Gutsbezirken 96700, während die Landgemeinden der anderen 11 Landkreise in derselben Zeit um 41700 Einwohner zurückgegangen sind.

Die 5 obengenannten Kreise haben also ihren Geburtenüberschuß nicht durch Abwanderung verloren, sie haben vielmehr noch eine starke Zuwanderung gehabt. Da nun nicht die schwächlichsten Leute vom Lande abzuwandern pflegen, sondern die gesunden, kräftigen, die das Selbstvertrauen haben, sich aus eigner Kraft unter geänderten Verhältnissen eine bessere soziale Stellung erringen zu können, erscheint es ganz natürlich, daß Kreise, deren Bevölkerungsüberschuß abwandert, eine geringere Zunahme der Körpergröße haben als die, in denen er wohnen bleibt.

Ein anderes Moment muß aber noch hinzukommen. Denn der Bevölkerungsüberschuß der angegebenen 5 Kreise ist ja in der Hauptsache nicht bei der Landwirtschaft verblieben, sondern in die Industrie ihrer Gegend übergegangen, wie die Summe der landwirtschaftlichen Gestellungspflichtigen zeigt, die auch in den Musterungsbezirken Calau und Cottbus abgenommen hat. Dies Moment dürfen wir wohl in dem Vorteil sehen, den die Landwirte, insbesondere auch die kleinen Besitzer, von der Zunahme der Landbevölkerung hatten. Sie werden ihre Bodenerzeugnisse, Milch und Schlachtvieh besser haben verwerten können, zumal die Zunahme hauptsächlich aus verhältnismäßig gut bezahlten Industriearbeitern bestand. Ferner werden die Zuwanderer andere Sitten mitgebracht, eine Änderung und Verbesserung der Lebensweise verursacht haben. Die höheren Ansprüche, welche die Industriearbeiter an die Lebenshaltung stellten, werden sich allmählich auf die landwirtschaftliche Bevölkerung übertragen haben. Die ungenügende Ernährung mit Kartoffeln und Leinöl, die früher bei der genügsamen wendischen Bevölkerung eine große Rolle spielte, wird durch bessere Kost verdrängt gewesen sein. — Bei der abhängigen landwirtschaftlichen Bevölkerung, den Tagelöhnern und Gutsarbeitern, sei der Steigerung der Löhne gedacht, die eingetreten war und eintreten mußte, wenn

die Arbeitgeber in diesen Industriegegenden überhaupt noch Arbeiter bekommen wollten.

Für den Kreis Cottbus kommt noch in Betracht die Zunahme der kleinen Landbesitzer, das Aufsteigen der Landbewohner auf der sozialen Stufenleiter, das hier, wie v. Schwerin[1]) erwähnt, stattgefunden hatte. Es war hier eine Reihe größerer Güter zerschlagen und in meist ganz kleinen, 2—4 ha großen Trennstücken, verkauft worden. Die Zahl der selbständigen und unselbständigen Besitzer im Kreise war hierdurch erheblich vermehrt worden.

Für den Kreis Landsberg, der auch eine bedeutende Zunahme der Körpergröße hatte, ist als vielleicht ursächliches Moment die Abnahme der Sachsengänger zu erwähnen, einer besitzlosen Arbeiterklasse, die bei den Bauern zu Miete wohnte und sich während der wärmeren Jahreszeit als Saisonarbeiter auf den Gütern der Nachbarprovinzen verdingen mußte, weil sie zu Hause für sich und ihre Familien keine genügenden Erwerbsmöglichkeiten hatte. Diese frühere verhältnismäßig kümmerlich lebende Arbeiterklasse hatte in der Industrie lohnendere Beschäftigung gefunden und war zum großen Teil aus dem Kreise verschwunden. An ihre Stelle waren in der Saisonarbeit Russen und Galizier getreten. Durch Fehlen der in ungenügenden Verhältnissen aufgewachsenen Nachkommenschaft dieser Leute wird natürlich der Anteil der Gestellungspflichtigen mit geringem Körpermaß abgenommen haben.

Im übrigen sei auch darauf hingewiesen, daß die Landwirtschaft des Reg.-Bezirks während der letzten Jahrzehnte einen bedeutenden Aufschwung genommen hatte. Durch Bodenverbesserung mittels Entwässerung, rationelle Anwendung künstlichen Düngers und der Gründüngung, durch Einführung besserer und ergiebigerer Getreide- und Kartoffelsorten, durch Verbesserung der Viehzucht und Milchwirtschaft war es möglich geworden, namentlich in den Gegenden mit leichtem Boden, die Bodenerträge und den Umsatz auf das Doppelte, stellenweise noch mehr, gegen früher zu steigern. Als Beispiel für die veränderte Wirtschaftsform sei nur die Steigerung des Kaliverbrauchs einzelner Kreise erwähnt.[2]) Dieser stieg vom Jahre 1890—1910 auf 1 qkm landwirtschaftlicher Anbaufläche im Kreise Oststernberg von 9 auf 1625 kg, Weststernberg von 46 auf 1691, Luckau von 417 auf 2415, Kalau von 476 auf 2040,

---

[1]) v. Schwerin, Die Förderung der inneren Kolonisation in der Provinz Brandenburg. Archiv für Innere Kolonisation.

[2]) Dr. A. Hoffmann, Verbrauch an reinem Kali in den Jahren 1890, 1900 und 1910. Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Heft 216.

Züllichau-Schwiebus von 194 auf 2333, Arnswalde von 187 auf 2189 kg. Und da in Berücksichtigung des Gesetzes vom Minimum die Hauptdüngemittel Phosphor, Stickstoff, Kali und Kalk in entsprechendem Verhältnis im Boden vorhanden oder ihm zugeführt sein müssen, wenn die künstliche Düngung überhaupt Zweck haben soll, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Verbrauch der übrigen Düngersorten in gleichem Verhältnis gestiegen ist.

Wenn aber der Bauer auf dem leichten Boden das 7—8fache, ja unter günstigen Bedingungen das 10—12 fache Korn erntete gegen das 3—5fache zur Zeit seiner Väter, konnte er sich naturgemäß eine ganz andere Lebensführung erlauben als diese. Und er war zu dieser auch gezwungen durch die höheren Ansprüche seiner Dienstboten an Verpflegung, die er wegen des großen Leutemangels befriedigen mußte. Zu der besseren Lebenshaltung der Besitzenden kamen die höheren Löhne der Landarbeiter, die in den letzten 25 Jahren vor dem Kriege um 35—45 Proz. gestiegen waren. Es ist aber einleuchtend, daß höhere Löhne dem Landarbeiter eine erhöhte Kaufkraft geben und ihm erlauben, sich besser zu nähren als früher. An Stelle der Kartoffel als Hauptnahrungsmittel wird mehr Brot und Fleisch getreten sein. Diese bessere Ernährung nun wird auch den Kindern zugute gekommen und in kräftigerem Körperbau und höherem Wuchs in die Erscheinung getreten sein.

Weshalb die an der Ostgrenze des Reg.-Bezirks liegenden Kreise Arnswalde, Friedeberg, Züllichau-Schwiebus, Crossen, außerdem Guben, fast gar keine Zunahme der Körpergröße hatten, entzieht sich meiner Beurteilung. Die Abwanderung ist dort nicht größer gewesen als in den anderen Kreisen. Daß die Fruchtbarkeit des Bodens keinen maßgebenden Einfluß auf die Körpergröße ausgeübt hat, ersieht man daraus, daß die Kreise mit ertragreicherem Boden sich durchaus nicht vor denen mit vorwiegend leichtem Boden auszeichnen. Denn die Kreise Königsberg mit 16,93 M. durchschnittlichem Grundsteuerreinertrag, Soldin mit 14,37, Friedeberg mit 10,72, stehen hinter Luckau mit 7,86, Calau mit 7,67, Cottbus mit 6,76 und Spremberg mit 5,80 M. in dieser Beziehung zurück. Dies ist insofern bemerkenswert, als die Ansicht verbreitet ist, daß auf fruchtbarerem Boden ein kräftigeres Geschlecht wachsen müsse als auf leichtem Sandboden. Das ist also nicht der Fall. Die Güte des Bodens hat ja auch auf den Prozentsatz der Nährwerte in den einzelnen Bodenerzeugnissen keinen Einfluß, sie äußert sich lediglich in größeren oder geringeren

Erträgen. Und diese wiederum haben eine dichtere oder dünnere Besiedelung zur Folge.

Tabelle V.

Die übrige Landbevölkerung.

a) Musterungsbezirk Calau.

(Kreis Calau und Luckau.)

Körpergröße	Jahrgang 1872		Jahrgang 1892	
Bis 155 cm	15 = 3,9 Proz.	48,4 Proz.	11 = 1,9 Proz.	42,1 Proz.
155,5—160 „	49 = 12,8 „		74 = 12,8 „	
160,5—165 „	121 = 31,7 „		158 = 27,4 „	
165,5—170 „	116 = 30,4 „	30,4 „	184 = 31,8 „	31,8 „
170,5—175 „	63 = 16,5 „	21,2 „	113 = 19,6 „	26,1 „
175,5—180 „	14 = 3,7 „		32 = 5,8 „	
über 180 „	4 = 1,0 „		4 = 0,7 „	
Zusammen	**382 = 100,0** „		**576 = 100,0** „	

b) M.-Bez. Cottbus.

(Kreis Cottbus, Lübben, Spremberg.)

Körpergröße	Jahrgang 1872		Jahrgang 1892	
Bis 155 cm	26 = 4,8 Proz.	50,2 Proz.	15 = 2,7 Proz.	42,6 Proz.
155,5—160 „	69 = 12,8 „		60 = 11 „	
160,5—165 „	176 = 32,6 „		158 = 28,9 „	
165,5—170 „	162 = 30 „	30 „	182 = 33,3 „	33,3 „
170,5—175 „	86 = 15,9 „	19,8 „	78 = 14,3 „	24,1 „
175,5—180 „	15 = 2,8 „		33 = 6,1 „	
über 180 „	6 = 1,1 „		20 = 3,7 „	
Zusammen	**540 = 100,0** „		**546 = 100,0** „	

c) M.-Bez. Landsberg.

Körpergröße	Jahrgang 1872		Jahrgang 1892	
Bis 155 cm	11 = 6,0 Proz.	54,4 Proz.	10 = 3,0 Proz.	46,2 Proz.
155,5—160 „	32 = 17,4 „		43 = 12,4 „	
160,5—165 „	57 = 31,0 „		107 = 30,8 „	
165,5—170 „	52 = 28,2 „	28,2 „	108 = 31,1 „	31,1 „
170,5—175 „	27 = 14,7 „	17,4 „	51 = 14,7 „	22,7 „
175,5—180 „	4 = 2,2 „		21 = 6,0 „	
über 180 „	1 = 0,5 „		7 = 2,0 „	
Zusammen	**184 = 100,0** „		**347 = 100,0** „	

d) M.-Bez. Cüstrin.

(Kreis Königsberg, Soldin, Oststernberg.)

Körpergröße	Jahrgang 1872		Jahrgang 1892	
Bis 155 cm	41 = 6,6 Proz.	56,6 Proz.	28 = 4,4 Proz.	45,7 Proz.
155,5—160 „	107 = 17,1 „		83 = 13,1 „	
160,5—165 „	205 = 32,9 „		179 = 28,2 „	
165,5—170 „	177 = 28,3 „	28,3 „	216 = 34,1 „	34,1 „
170,5—175 „	63 = 10,1 „	15,1 „	101 = 15,9 „	20,2 „
175,5—180 „	24 = 3,9 „		20 = 3,2 „	
über 180 „	7 = 1,1 „		7 = 1,1 „	
Zusammen	**624 = 100,0** „		**634 = 100,0** „	

e) M.-Bez. Frankfurt.

(Kreis Lebus, Weststernberg.)

Körpergröße	Jahrgang 1872		Jahrgang 1892	
Bis 155 cm	33 = 5,2 Proz.		16 = 3,2 Proz.	
155,5—160 „	103 = 16,4 „	54,5 Proz.	57 = 11,6 „	40,2 Proz.
160,5—165 „	207 = 32,9 „		125 = 25,4 „	
165,5—170 „	180 = 28,6 „	28,6 „	178 = 36,3 „	36,3 „
170,5—175 „	83 = 13,2 „		96 = 19,5 „	
175,5—180 „	20 = 3,2 „	16,9 „	13 = 2,8 „	23,5 „
über 180 „	3 = 0,5 „		6 = 1,2 „	
Zusammen	**629 = 100,0** „		**491 = 100,0** „	

f) M.-Bez. Woldenberg.

(Kreis Friedeberg, Soldin.)

Bis 155 cm	14 = 4,1 Proz.		9 = 2,5 Proz.	
155,5—160 „	43 = 12,5 „	47,7 Proz.	48 = 13,3 „	40 Proz.
160,5—165 „	108 = 31,1 „		87 = 24,2 „	
165,5—170 „	104 = 30,3 „	30,3 „	123 = 34,2 „	34,2 „
170,5—175 „	55 = 16,0 „		63 = 17,5 „	
175,5—180 „	17 = 5,0 „	22 „	26 = 7,2 „	25,8 „
über 180 „	3 = 1,0 „		4 = 1,1 „	
Zusammen	**344 = 100,0** „		**360 = 100,0** „	

g) M.-Bez. Crossen.

(Kreis Crossen, Züllichau-Schwiebus.)

Bis 155 cm	20 = 4,3 Proz.		13 = 3,0 Proz.	
155,5—160 „	74 = 15,8 „	46,2 Proz.	67 = 15,7 „	48,4 Proz.
160,5—165 „	122 = 26,1 „		127 = 29,7 „	
165,5—170 „	165 = 35,2 „	35,2 „	127 = 29,7 „	29,7 „
170,5—175 „	65 = 13,9 „		69 = 16,2 „	
175,5—180 „	18 = 3,8 „	18,6 „	18 = 4,2 „	21,9 „
über 180 „	4 = 0,9 „		6 = 1,5 „	
Zusammen	**468 = 100,0** „		**427 = 100,0** „	

h) M.-Bez. Guben.

(Kreis Guben, Sorau.)

Bis 155 cm	38 = 5,2 Proz.		16 = 2,5 Proz.	
155,5—160 „	106 = 14,4 „	49,6 Proz.	76 = 11,7 „	42,3 Proz.
160,5—165 „	221 = 30,0 „		182 = 28,1 „	
165,5—170 „	239 = 32,4 „	32,4 „	253 = 39,1 „	39,1 „
170,5—175 „	103 = 14,3 „		84 = 13,0 „	
175,5—180 „	25 = 3,4 „	18,3 „	32 = 5,0 „	18,6 „
über 180 „	5 = 0,6 „		4 = 0,6 „	
Zusammen	**737 = 100,0** „		**647 = 100,0** „	

i) Durchschnittliche Größe.

Musterungsbezirk	Jahrgang 1872	Jahrgang 1892
Cottbus	165,3 cm	166,7 cm
Calau	165,6 „	166,6 „
Woldenberg	165,6 „	166,6 „
Frankfurt	164,7 „	166,4 „
Landsberg	164,7 „	166,1 „
Guben	165 „	166,0 „
Crossen	165,4 „	165,9 „
Cüstrin	164,5 „	165,6 „
Reg.-Bezirk Frankfurt	165,1 „	166,2 „

Diese Tabellen enthalten alle in Landgemeinden und Gutsbezirken des Reg.-Bezirks geborenen jungen Leute, die nicht die Landwirtschaft als Hauptberuf haben. Dies sind erstens die auf dem Lande wohnenden Arbeiter, Handwerker und Industriearbeiter, die ihre Arbeitsstelle ebendaselbst haben, wie Maurer, Zimmerer, Schmiede, Schuhmacher, Bahnarbeiter, Gruben-, Fabrikarbeiter u. a. m. Zweitens solche, die auf dem Lande wohnen, ihre Arbeitsstelle aber in den benachbarten Städten haben, die sie zu Fuß, mit dem Rade oder der Eisenbahn täglich aufsuchen. Deren Zahl ist nicht gering, namentlich in der Nähe von Industriestädten, wovon man sich z. B. in Guben überzeugen kann, wo nach Fabrikschluß ganze Kolonnen von Radfahrern die Stadt verlassen und ihren Heimstätten auf den umliegenden Dörfern zustreben. Das Fahrrad hat den Aktionsradius des Arbeiters gegen früher erweitert, so daß er ihm günstig erscheinende Arbeitsgelegenheit auf verhältnismäßig weite Entfernung täglich aufzusuchen pflegt.

Ferner enthalten obige Tabellen aber auch die vom Lande in die Stadt verzogenen jungen Leute, die eine längere oder kürzere Zeit ihrer körperlichen Entwicklung dort durchgemacht haben. Leider war es nicht möglich, diese Gruppe von den anderen zu trennen, so daß die Wirkung des Stadtlebens auf die Körperentwicklung dieser jungen Leute nicht studiert werden kann.

An den Tabellen ist nun folgendes bemerkenswert:

1. In allen Bezirken hatte, wie ohne weiteres — abgesehen von Crossen — ersichtlich ist, eine erhebliche Zunahme der Körperlänge stattgefunden. Aus der Durchschnittsberechnung ersieht man, daß auch Crossen zugenommen hat, wenn auch weniger als die anderen Bezirke.

2. Das Wachstum war in den Bezirken Guben, Woldenberg, Crossen, in denen es bei den Landwirten sehr gering war, größer

als bei diesen. Auch die Bezirke Cüstrin und Frankfurt zeigen stärkeres Wachstum als die Landwirte dieser Bezirke.

3. Die Bezirke Cottbus und Calau, in denen keine Abwanderung stattgefunden, die Landbevölkerung vielmehr an Zahl bedeutend zugenommen hatte, haben auch hier ebenso wie bei den Landwirten mit die größte Körperlänge.

4. Die Reihenfolge der Bezirke in ihrer durchschnittlichen Körperlänge entsprach der bei den Landwirten, so daß Cottbus, Calau, Woldenberg wie dort an erster und Cüstrin, Crossen an letzter Stelle stehen.

5. Die Körperlänge war bei den meisten Bezirken — Ausnahmen machen Woldenberg und Crossen — kleiner als bei den Landwirten.

Diese Besonderheiten lassen folgende Schlüsse zu.

Zu 1. Die Zunahme der Körperlänge zeugt dafür, wie übrigens ohnedem schon bekannt war, daß die letzten 20 Jahre der Entwicklung von Industrie und Handwerk durchaus günstig waren. Die günstigen Lebensbedingungen infolge höherer Einnahmen und Löhne, die gebesserten sozialen und hygienischen Verhältnisse gestatteten eine bessere und sachgemäßere Ernährung und Pflege der heranwachsenden Jugend, die hierfür mit stärkerem Wachstum quittierte.

Zu 2. Daraus, daß auch die Bezirke starkes Wachstum zeigen, in denen es bei den Landwirten gering ist, darf man schließen, daß dort viele große kräftige Leute aus der Landwirtschaft zum Handwerk und zur Industrie übergegangen sind.

Zu 3. darf man folgern, daß dicht bevölkerte Industriegegenden günstige Lebensbedingungen zu schaffen vermögen und an sich keine Gefahr für die körperliche Tüchtigkeit der Landjugend zu bilden brauchen. Vorausgesetzt natürlich, daß die übrige Körperentwicklung mit der gesteigerten Körpergröße Schritt hält.

Zu 4. darf man schließen, daß im allgemeinen dieselben Einflüsse auf die Landwirte wie die übrige Landbevölkerung eingewirkt haben, was darin seine Erklärung finden mag, daß die Industriearbeiter und Handwerker auf dem Lande zum großen Teil aus Landwirtsfamilien hervorgegangen sind.

Zu 5. Daraus, daß die Landwirte größer sind als die übrige Landbevölkerung, darf man schließen, daß entweder die Landwirtschaft einen günstigeren Einfluß auf die Körperentwicklung ausübt, oder aber in Industrie und Handwerk Berufsgruppen enthalten sind,

deren Beschäftigung einen entwicklungshemmenden Einfluß auf den Körper ausübt.

2. Der Brustumfang.

Bisher ist nur die Körperlänge behandelt worden ohne Rücksicht auf die übrige Körperentwicklung. In folgendem sollen die bisherigen Angaben durch die übrigen in den alphabetischen Listen enthaltenen Maße, Brustumfang und Gewicht, ergänzt werden.

Der Brustumfang darf im allgemeinen als Maßstab der Breitenentwicklung des Körpers gelten. Da durch Muskelanstrengungen das Herz und namentlich die Lunge stark in Anspruch genommen und zu erhöhter Tätigkeit veranlaßt werden, wird ein Körper, der größere Muskelarbeit zu leisten fähig und gewohnt ist, einen gut entwickelten erweiterungsfähigen Brustkorb bekommen. Umgekehrt wird ein an Arbeitsleistung nicht gewöhnter Körper infolge mangelnder Inanspruchnahme der Lungen einen schlechter entwickelten Brustkorb haben. Daß dies den Tatsachen entspricht, findet man bestätigt, wenn man wie wir Militärärzte Zehntausende von jungen Leuten im Laufe der Jahre zu untersuchen hat. Gewiß kommt es vor, daß einzelne Leute einen kräftigen Oberkörper auf schwächlich gebautem Becken und unteren Gliedmaßen haben, z. B. städtische Kutscher, die sich meist im Freien aufhalten, aber infolge meist sitzender Lebensweise zur Kräftigung ihrer unteren Gliedmaßen keine Gelegenheit haben. Und umgekehrt sieht man gelegentlich einen schwächlichen Brustkorb bei gut entwickeltem Unterkörper, z. B. bei Fabrikarbeitern, die von den Eltern einen kräftigen Körperbau geerbt, aber infolge dauernder leichter Stubenarbeit zur Kräftigung ihres Brustkorbes keine Gelegenheit hatten. Diese Fälle sind aber nicht so zahlreich, daß sie bei der Verwertung von Tausenden von Untersuchungsbefunden zu Fehlschlüssen Veranlassung geben könnten. Auch sind Fettleibige, abgesehen von einigen Berufen, wie Bäcker, Bierfahrer, Brauer, in diesem jugendlichen Alter in der arbeitenden Bevölkerung recht selten. Im allgemeinen kann man sagen, daß der Brustumfang ein genügend zuverlässiges Maß zur Beurteilung der Breitenentwicklung des Körpers abgibt.

Verwertet ist in folgenden Tabellen nur der Brustumfang nach vollendeter Ausatmung. Die Gesamtsumme der verwerteten Maße ist etwas kleiner als bei der Körperlänge, da nicht von allen Untersuchten der Brustumfang in den Listen vorhanden war.

Tabelle VI.

a) Sämtliche.

Brustumfang	Jahrgang 1872			Jahrgang 1892		
Bis 70 cm	65 =	0,6 Proz.	57 Proz.	66 =	0,6 Proz.	49 Proz.
70,5—75 „	1 104 =	10,8 „		947 =	8,9 „	
75,5—80 „	4 647 =	45,4 „		4 211 =	39,5 „	
80,5—85 „	3 582 =	35 „	43 „	4 009 =	37,6 „	51 „
über 85 „	839 =	8,2 „		1 415 =	13,4 „	
Zusammen	**10 237 =**	**100,0** „		**10 648 =**	**100,0** „	

b) Stadtgeborene.

Bis 70 cm	26 =	0,8 Proz.	64 Proz.	34 =	0,9 Proz.	56,6 Proz.
70,5—75 „	441 =	14,2 „		455 =	12,3 „	
75,5—80 „	1 516 =	49 „		1 607 =	43,4 „	
80,5—85 „	905 =	29,2 „	36 „	1 218 =	32,9 „	43,4 „
über 85 „	208 =	6,8 „		390 =	10,5 „	
Zusammen	**3 096 =**	**100,0** „		**3 704 =**	**100,0** „	

c) Landgeborene.

Bis 70 cm	39 =	0,5 Proz.	53,7 Proz.	32 =	0,5 Proz.	45,1 Proz.
70,5—75 „	663 =	9,3 „		492 =	7,1 „	
75,5—80 „	3 131 =	43,9 „		2 604 =	37,5 „	
80,5—85 „	2 677 =	37,5 „	46,3 „	2 791 =	40,2 „	54,9 „
über 85 „	631 =	8,8 „		1 025 =	14,7 „	
Zusammen	**7 141 =**	**100,0** „		**6 944 =**	**100,0** „	

d) Städte mit über 10000 Einwohnern.

Bis 70 cm	12 =	0,8 Proz.	67,8 Proz.	22 =	1,1 Proz.	61,5 Proz.
70,5—75 „	257 =	16,6 „		285 =	13,9 „	
75,5—80 „	782 =	50,4 „		950 =	46,5 „	
80,5—85 „	415 =	26,7 „	32,2 „	626 =	30,6 „	38,5 „
über 85 „	86 =	5,5 „		163 =	7,9 „	
Zusammen	**1 552 =**	**100,0** „		**2 046 =**	**100,0** „	

e) Landwirte.

Bis 70 cm	18 =	0,5 Proz.	49,8 Proz.	11 =	0,4 Proz.	41 Proz.
70,5—75 „	272 =	7,2 „		169 =	5,7 „	
75,5—80 „	1 595 =	42,1 „		1 043 =	34,8 „	
80,5—85 „	1 524 =	40,3 „	50,2 „	1 281 =	42,8 „	59 „
über 85 „	375 =	9,9 „		489 =	16,3 „	
Zusammen	**3 784 =**	**100,0** „		**3 019 =**	**100,0** „	

f) Städte mit unter 10000 Einwohnern.

Brustumfang	Jahrgang 1872		Jahrgang 1892	
Bis 70 cm	14 = 0,9 Proz.	61,5 Proz.	12 = 0,8 Proz.	50,6 Proz.
70,5—75 „	184 = 11,9 „		170 = 10,2 „	
75,5—80 „	751 = 48,7 „		657 = 39,6 „	
80,5—85 „	471 = 30,5 „	38,5 „	592 = 35,7 „	49,4 „
über 85 „	124 = 8,0 „		227 = 13,7 „	
Zusammen	**1 544 = 100,0** „		**1 658 = 100,0** „	

g) Die übrigen Landgeborenen (außer den Landwirten).

Brustumfang	Jahrgang 1872		Jahrgang 1892	
Bis 70 cm	21 = 0,6 Proz.	58 Proz.	21 = 0,5 Proz.	48,2 Proz.
70,5—75 „	381 = 11,4 „		323 = 8,2 „	
75,5—80 „	1 536 = 45,9 „		1 561 = 39,5 „	
80,5—85 „	1 153 = 34,4 „	42 „	1 512 = 38,2 „	51,8 „
über 85 „	256 = 7,7 „		536 = 13,6 „	
Zusammen	**3 347 = 100,0** „		**3 953 = 100,0** „	

h) Von je 100 Untersuchten hatten einen Brustumfang

	Jahrgang 1872		Jahrgang 1892	
	bis 80 cm	über 80 cm	bis 80 cm	über 80 cm
Landwirte	49,8	50,2	41,0	59,0
Übrige Landgeborene	53,7	46,3	45,0	55,0
Städte mit unter 10000 Einw.	61,5	38,5	50,6	49,4
Städte mit über 10000 Einw.	67,8	32,2	61,5	38,5
Geborene Berliner	74,8	25,2	69,0	31,0

i) Durchschnittlicher Brustumfang.

	Jahrgang 1872	Jahrgang 1892
Landwirte	80,7 cm	81,7 cm
Übrige Landgeborene	79,8 „	80,9 „
Städte mit unter 10000 Einwohnern	79,3 „	80,3 „
Städte mit über 10000 Einwohnern	78,9 „	79,7 „
Im Durchschnitt	**79,9** „	**80,9** „

An dieser Tabelle ist folgendes besonders hervorzuheben:

1. Der Brustumfang hat in den letzten 20 Jahren sowohl bei den größeren als auch bei den kleineren Städten und den Landgeborenen zugenommen.

2. Seine Zunahme beträgt im Durchschnitt sämtlicher Untersuchten 1 cm gegenüber 1,2 cm bei der Körperlänge. Die Zunahme des Brustumfangs bleibt normalerweise hinter der der Körperlänge zurück, was festzustellen ist bei der Einteilung in von 5 zu 5 cm aufsteigende Größengruppen. Während er z. B. bei einer Größe von 155,5—160 cm etwa 79 cm beträgt, wird die Größengruppe über

175 cm einen solchen von 85—86 cm haben, so daß einer Zunahme der Körperlänge um etwa 17 cm eine Zunahme des Brustumfangs um etwa 7 cm gegenübersteht. Eine Zunahme um 1 cm gegenüber 1,2 cm bei der Länge scheint also ein recht günstiges Verhältnis zu sein.

3. Da der Brustumfang als Maßstab der Breitenentwicklung anzusehen ist, hat diese also in den letzten 20 Jahren im Durchschnitt zugenommen.

4. Der Brustumfang der Leute aus den größeren Städten ist erheblich geringer als der der Landgeborenen, insbesondere der Landwirte. Den größten haben die Landwirte, dann folgen die übrigen Landgeborenen, die Kleinstädte, die Mittelstädte und schließlich die Großstadt (Berlin). Die Reihenfolge ist also gerade umgekehrt als bei der Körperlänge, da die Großstädte am größten waren, dann die Mittelstädte, die Kleinstädte und schließlich die Landbewohner folgten.

5. Je größer also die Geburtsgemeinde, desto größer, schmächtiger die Körperbildung, so daß dem langen schmächtigen Großstädter der kleinere aber kräftigere Landbewohner gegenüberzustellen ist.

6. Die Landwirte bilden eine Gruppe für sich, indem sie nicht viel kleiner sind als die Leute aus Mittelstädten, aber von allen die kräftigste Körperentwicklung haben.

3. Das Gewicht.

Tabelle VII.

Körpergewicht	a) Reg.-Bezirk Frankfurt. Jahrgang 1892		b) Stadt Berlin. Jahrgang 1892	
Bis 50 kg	558 = 7,2 Proz.	57,5 Proz.	841 = 9 Proz.	61,6 Proz.
50,5—55 „	1 553 = 19,8 „		2 084 = 22,1 „	
55,5—60 „	2 390 = 30,5 „		2 874 = 30,5 „	
60,5—65 „	2 021 = 25,7 „	42,5 „	2 047 = 21,7 „	38,4 „
über 65 „	1 317 = 16,8 „		1 575 = 16,7 „	
Zusammen	**7 839 = 100,0** „		**9 421 = 100,0** „	

Körpergewicht	c) Landgeborene.		d) Stadtgeborene.	
Bis 50 kg	356 = 6,5 Proz.	56 Proz.	202 = 8,4 Proz.	60,7 Proz.
50,5—55 „	1 039 = 19,1 „		514 = 21,4 „	
55,5—60 „	1 648 = 30,3 „		742 = 30,9 „	
60,5—65 „	1 444 = 26,6 „	44 „	577 = 24,0 „	39,3 „
über 65 „	952 = 17,5 „		365 = 15,2 „	
Zusammen	**5 439 = 100,0** „		**2 400 = 100,0** „	

e) Landwirte. / f) Übrige Landgeborene.

Körpergewicht	e) Landwirte Jahrgang 1892			f) Übrige Landgeborene Jahrgang 1892		
Bis 50 kg	168 =	7,0 Proz.	55,7 Proz.	188 =	6,2 Proz.	56,2 Proz.
50,5—55 „	433 —	18,1 „		606 =	19,9 „	
55,5—60 „	731 =	30,6 „		917 =	30,1 „	
60,5—65 „	619 =	25,8 „	44,3 „	825 =	27,1 „	43,8 „
über 65 „	442 =	18,5 „		510 =	16,7 „	
Zusammen	2 393 =	100,0 „		3 046 =	100,0 „	

g) Städte mit unter 10000 Einwohnern. / h) Städte mit über 10000 Einwohnern.

Körpergewicht	g) Städte mit unter 10000 Einwohnern			h) Städte mit über 10000 Einwohnern		
Bis 50 kg	69 =	5,9 Proz.	56,4 Proz.	133 =	10,8 Proz.	65 Proz.
50,5—55 „	236 =	20,1 „		278 =	22,6 „	
55,5—60 „	356 =	30,4 „		386 =	31,4 „	
60,5—65 „	305 =	26,1 „	43,6 „	272 =	22,1 „	35 „
über 65 „	204 =	17,5 „		161 =	13,1 „	
Zusammen	1 674 =	100,0 „		1 230 =	100,0 „	

i) Von je 100 Untersuchten hatten ein Gewicht

	bis 60 kg	über 60 kg
Landwirte	55,7	44,3
Übrige Landgeborene	56,2	43,8
Kleinstädte	56,4	43,6
Mittelstädte	65	35
Großstadt (Berlin)	61,6	38,4

Vom Jahrgang 1872 ist das Gewicht überhaupt nicht, vom Jahrgang 1892 bei 3000 Leuten nicht angegeben.

Das höchste Gewicht haben die Landgeborenen, dann folgen die Klein- und Großstädter und schließlich die Mittelstädter. Die Reihenfolge ist also im allgemeinen dieselbe wie beim Brustumfang und die umgekehrte wie bei der Körperlänge, abgesehen davon, daß die Großstädter ein etwas höheres Gewicht haben als die Mittelstädter.

Daß die Mittel- und Großstädter trotz größerer Körperlänge im Durchschnitt ein geringeres Gewicht haben als die Kleinstädter und Landgeborenen, muß den Eindruck bestärken, den wir schon bisher hatten, daß die Körperentwicklung der Bewohner größerer Städte trotz der größeren Körperlänge eine weniger günstige war als die der Kleinstädter und Landbewohner. Die größeren Städte fördern die Bildung langer schmaler Körperformen mit geringerem Gewicht, die kleineren Städte und das Land dagegen die von kleineren aber kräftigeren Körpern mit höherem Gewicht. Worauf

dies zurückzuführen ist, wird im nächsten Abschnitt noch genauer ausgeführt werden.

IV. Der Einfluß des Berufes auf die Körperentwicklung.

Über dies Thema ist bereits viel geschrieben worden und die darüber geäußerten Anschauungen, ob und in welcher Weise der Beruf einen Einfluß auf die Körperentwicklung ausüben könne, sind recht verschiedenartige. Vielfach wird die Ansicht vertreten, daß die Körperentwicklung vielmehr die Berufswahl beeinflusse als umgekehrt. Daß also kräftige Jungen sich meist Körperkraft erfordernden und entwickelnden Berufen zuwenden, wie dem des Schmiedes, Zimmerers, Stellmachers, während schwächere sich leichtere Berufe aussuchen, wie den des Schreibers, Textilarbeiters, Schneiders, Fabrikarbeiters usw. Wenn also Schmiede, Zimmerer, Fleischer, Stellmacher kräftiger seien als Angehörige anderer Berufsklassen, so liege dies weniger an der Körperkraft entwickelnden Art des Berufes als daran, daß sie von Hause aus kräftiger waren als die übrigen. Außerdem sei die Zeit zwischen Schulentlassung und Militärdienstzeit, vom 15.—20. Jahre, viel zu kurz, als daß während dessen nennenswerte Berufsschädigungen eintreten könnten.

Wenn diese Anschauungen auch viel wahres enthalten, so ist doch auch verschiedenes dagegen einzuwenden. Wie auch v. Vogl[1]) betont, ist die Berufswahl in vielen Gegenden und Berufszweigen überhaupt unabhängig von der Körperentwicklung. Z. B. in Bergwerksgebieten wird der Sohn ebenso wie sein Vater in den Schacht einfahren, ob er kräftig ist oder nicht. Wo Textilindustrie herrscht, wird er ihm an den Webstuhl folgen. Ebenso ist es in der Glasbläserei und anderen Industriezweigen.

Ferner lassen Eltern ihre Söhne häufig Berufe ergreifen, in denen sie nach ihrer Anschauung Gelegenheit haben, auf der sozialen Stufenleiter eine Sprosse höher zu steigen, ob sie nun kräftig sind oder nicht. Dieser Grund führt viele junge Leute dem Kaufmanns- und Schreiberstande zu. Hatte der Junge in der Schule eine gute Handschrift, so hofft man, daß er es als Schreiber einmal zu etwas bringen könne. Konnte er außerdem noch gut rechnen, erhofft man dasselbe vom Kaufmannsstand. Ebenso ist es mit den Berufen der Elektrotechniker, Mechaniker, Zeichner,

---

[1]) v. Vogl, Die wehrpflichtige Jugend Bayerns. München 1905.

Techniker, Installateure, Schlosser und ähnlichen, die gut bezahlt werden und gute Aussichten für die Zukunft bieten. Ihnen werden sich kräftige ebenso wie schwächliche Knaben zuwenden.

Es kann aber für die Körperentwicklung nicht gleichgültig sein, ob ein Junge in seiner Hauptentwicklungszeit den Tag über bei muskelstählender Arbeit im Freien zubringt, z. B. als Maurer, Zimmerer, Fischer, Schiffer, Landwirt, oder ob er als Schreiber den Tag über auf dem Schemel sitzt und Bureauluft atmet, zumal wenn er auch in seiner freien Zeit nichts für die Ausbildung seines Körpers tut. Wenn zwei gleich entwickelte junge Leute vom Lande diesen verschiedenen Entwicklungsgang nehmen, wird nach einer Reihe von Jahren ihre Körperentwicklung wohl meist eine verschiedene sein. Der Landwirt wird in der Regel einen gut ausgearbeiteten muskulösen Körper haben, während der Schreiber meist einen geringer gewölbten Brustkorb und schlechter entwickelte Muskeln haben wird.

Auf dem Lande ist man oft erstaunt, wie spät sich die Kinder der Gutsarbeiter häufig entwickeln. Vergleicht man einen 14jährigen Arbeiterjungen mit dem gleichaltrigen Sohne des Gutsherrn, wird man häufig sehen, daß letzterer den anderen um einen Kopf überragt und auch sonst viel kräftiger ist als der andere. Sieht man ersteren Jungen aber nach einigen Jahren Landarbeit wieder, dann ist man ebenso erstaunt, wie schnell er die mangelhafte Entwicklung zum großen Teil ausgeglichen hat. Dies Zurückbleiben an Körperwuchs war verursacht durch die ungünstigen hygienischen Verhältnisse des Elternhauses und unzweckmäßige Pflege und Ernährung im Kindesalter, denen ja leider noch ein hoher Prozentsatz der Kinder auf dem Lande im ersten Lebensjahr zum Opfer fällt. Und ausgeglichen wurde es später durch die Körperentwicklung fördernde Arbeit in frischer Luft bei besserer Ernährung. Wenn nun solche in der Entwicklung zurückgebliebene Knaben statt in die Landwirtschaft in einen Stubenhockerberuf kommen, dann wird dieser Ausgleich natürlich fehlen.

Daß, wie wir oben sehen, die Landwirte im Durchschnitt größer und kräftiger waren als die übrigen Landgeborenen, beweist schon den Einfluß des Berufes auf die Körperentwicklung, zumal letztere ja zum großen Teil aus Landarbeiter- und Bauernfamilien hervorgegangen und unter den späteren Landwirten auch viele von Hause aus schwächliche Leute sind.

Der Einfluß des Berufes auf die Körperentwicklung ist also ein ganz erheblicher, wenn auch nicht bestritten werden soll, daß

auch umgekehrt die Körperentwicklung die Berufswahl beeinflußt. Denn die schweren Berufe, wie Zimmerer, Fleischer, Schmied werden meist kräftige junge Leute ergreifen, schwächliche würden ihm nicht gewachsen sein.

In folgendem soll versucht werden, den Einfluß des Berufes auf den Körper zum Ausdruck zu bringen. Damit wird auch der Unterschied in der Körperbildung von Stadt und Land ihre Erklärung finden.

Tabelle VIII.

Die Berufe des Jahrgangs 1892, nach der Durchschnittsgröße geordnet.

		Größe in cm	Anzahl
1.	Seminaristen, Lehrer, Schüler	169	112
2.	Boten, Radfahrer, Post- und Telegraphenbeamte	168,5	32
3.	Mechaniker, Techniker, Uhrmacher, Goldschmiede, Graveure, Elektromonteure	168,3	87
4.	Metalldreh., Former	168,1	66
5.	Schreiber u. Kaufleute	167,9	804
6.	Drucker, Setzer, Steindrucker usw.	167,7	108
7.	Schlosser, Chauffeure, Monteure	167,6	558
8.	Färber, Lackierer, Polierer	167,5	38
9.	Töpfer, Ofensetzer, Steingutdreher	167,4	48
10.	Brauer, Zapfer, Köche	167,4	15
11.	Zimmerleute, Bootsbauer	167,3	231
12.	Müller	167	31
13.	Musiker	166,9	65
14.	Glasarbeiter	} 166,8	153
15.	Verschied. Berufe		54
16.	Schmiede	166,7	243
17.	Arbeiter, Stadtgeborene, auch Straßenarbeiter, Rohrleger, Steinsetzer	166,6	278
18.	Landwirte	166,5	3 065
19.	Bahnarbeiter	166,5	137
20.	Maurer	166,4	647
21.	Grubenarbeiter		88
22.	Tischler	} 166,3	264
23.	Hausdiener		216
24.	Tapezierer, Dekorateure	166,2	45
25.	Textilarbeiter	} 166,1	286
26.	Schlächter		182
27.	Arbeiter, Landgeborene	166	273
28.	Schiffer u. Fischer	165,8	249
29.	Fabrikarbeiter	} 165,7	527
30.	Stellmacher		54
31.	Kutscher, Stadtgeborene	165,6	60
32.	Landwirte, Gärtner Stadtgeborene	165,5	378
33.	Kellner	165,4	43
34.	Metallarbeiter, Gießer, Kupferschmiede	165,1	47
35.	Friseure	164,7	110
36.	Dachdecker	} 164,4	33
37.	Maler, Stuckateure		133
38.	Sattler	} 164,3	42
39.	Klempner		36
40.	Bäcker	164	188
41.	Schneider	163,9	107
42.	Schuster	163,4	83
43.	Buchbinder	163	19
	Zusammen		**10 235**

In der Gruppe 15 sind verschiedene Berufe vereinigt, die nur wenige Vertreter hatten, wie Künstler, Schauspieler, Korbmacher, Seiler, Schornsteinfeger, Gipser, Putzer, Drechsler, Pantinenmacher, Destillateure. Die Gruppe 34, Metallarbeiter, ist deshalb so klein, weil die Metalldreher und Former in besonderer Gruppe, Nr. 4, mit verrechnet sind. Die Gruppe 19 besteht hauptsächlich aus Streckenarbeitern, die wenigen Bahnbeamten, Dienstanfänger, sind unter den Schreibern, Gruppe 5, enthalten.

Von den an der Gesamtsumme Fehlenden war in den Musterungslisten eine Berufsangabe nicht vorhanden.

Aus der Zusammenstellung ist ersichtlich, daß die Leute mit größter Körperlänge, Gruppe 1—15, Berufen angehören, deren Ausübung mit einer Belastung des Körpers, also insbesondere der Wirbelsäule und der unteren Gliedmaßen, im allgemeinen nicht verbunden ist. Es wird also bei der Arbeit keine Kompression der Wirbelkörper herbeigeführt, zu Verkrümmungen der Wirbelsäule und der Beine sowie zu Plattfußbildung wurde durch den Beruf im allgemeinen kein Anlaß gegeben. Hervorzuheben ist besonders die an erster Stelle stehende Gruppe der Seminaristen, Lehrer und Schüler, die bis zur Musterung meist auf der Schulbank gesessen haben und ebenso wie die Einjährig-Freiwilligen die körperliche Arbeit erfordernden Berufsgruppen an durchschnittlicher Größe weit überragen. Dann die unter ähnlichen Verhältnissen arbeitende umfangreiche Gruppe der Schreiber und Kaufleute, die der Schlosser, Drucker und Setzer, Mechaniker, Uhrmacher usw., die ebenfalls sitzend arbeiten. Zu betonen ist aber auch, daß diese Berufe an geschlossene Räume gebunden sind und keine besondere Muskelkraft erfordern.

Die Muskelkraft erfordernden und im Freien ausgeübten Berufe haben im Gegensatz zu den obengenannten meist mittlere Körpergröße: die Müller, Schmiede, ungelernten Arbeiter, Landwirte, Bahnarbeiter, Maurer, Grubenarbeiter (Tagebau), Fleischer, Fischer und Schiffer, Stellmacher. Lediglich die Zimmerer, Gruppe 11, überragen die übrigen ähnlichen Berufszweige etwas an durchschnittlicher Größe, und kleiner als diese sind die Metallarbeiter.

Unter den Berufen mit geringer Durchschnittsgröße, unter 165 cm, finden sich hauptsächlich solche, die von schwächlichen Leuten gewählt zu werden pflegen, weil sie keine besonderen Kräfte erfordern, wie die des Buchbinders, Schusters, Schneiders, Klempners, Malers, Dachdeckers, Friseurs. Dann geben sie aber auch zu Muskelbetätigung wenig Gelegenheit und werden, abgesehen von

dem des Dachdeckers, in geschlossenen Räumen ausgeübt. Sie werden dem von Hause aus schwächlichen Körper also nicht zur Kräftigung verhelfen. Auch sind einige dafür bekannt, daß sie die Bildung von Verkrümmungen der Wirbelsäule und der Beine begünstigen, z. B. der der Schneider, die mit untergeschlagenen Beinen in gebückter Haltung auf dem Tische sitzend arbeiten, der des Schusters und Sattlers, die auch meist in gebückter Haltung arbeiten, ferner der des Bäckers, welche in stehend gebückter Haltung den Teig kneten und vor dem Ofen stehen, und der infolgedessen, wie bekannt, zu Plattfußbildung, X- und O-Beinbildung Verarlassung gibt.

Tabelle IX.

Durchschnittsberechnung des Brustumfangs.

	in cm		in cm		in cm
1. Müller	83,7	16. Arbeiter, Land-		31. Dreher, Former	
2. Schlächter	83,5	geborene	81,0	32. Drucker, Setzer	79,4
3. Schiffer u. Fischer	82,6	17. Kutscher	80,9	33. Klempner	
4. Stellmacher	82,2	18. Seminaristen		34. Schuster	78,8
5. Zimmerer	82,1	19. Schlosser	80,7	35. Maler	
6. Schmiede		20. Hausdiener	80,5	36. Kellner	
7. Töpfer	81,7	21. Tischler	80,4	37. Tapezierer	78,6
8. Brauer u. Köche	81,6	22. Metallarbeiter	80,3	38. Schneider	
9. Bäcker		23. Arbeiter, Stadtgeb.	80,2	39. Textilarbeiter	78,4
10. Bahnarbeiter		24. Sattler	80,1	40. Mechaniker usw.	
11. Grubenarbeiter	81,5	25. Glasarbeiter		41. Schreiber, Kauf-	
12. Landwirte,		26. Verschiedene	80	leute	78,3
Stadtgeborene		27. Dachdecker		42. Friseure	77,6
13. Landwirte		28. Musiker	79,7	43. Buchbinder	76,2
14. Maurer	81,4	29. Fabrikarbeiter			
15. Färber, Lackierer		30. Boten, Postbeamte	79,6		

In dieser Zusammenstellung stehen obenan die Nahrungsmittelberufe, die Freiluft- und schweren Berufe. Letztere haben also bei mittlerer Größe einen kräftigen Körperbau. Untenan stehen wieder, wie schon bei der Körperlänge, die Buchbinder, Friseure, Schneider, Schuster, Maler, Kellner, Klempner. Dazu kommen aber auch einige Gruppen, die sich durch besondere Körperlänge auszeichnen: die zahlreiche Gruppe der Schreiber und Kaufleute und die der Mechaniker, Techniker usw., welche hier an dritt- und viertletzter Stelle stehen. Ferner die Musiker, Drucker und Setzer, Dreher und Former, welche auch einen durchschnittlichen Brustumfang unter 80 cm haben, ferner die kleine Gruppe 2. Die Seminaristen, welche die größte Körperlänge hatten, haben mittleren Brustumfang, ebenso die Schlosser, die sich auch durch Körperlänge

auszeichneten. Sie haben also im allgemeinen mittelkräftigen Körperbau. Von den 10 Gruppen mit größter Körperlänge bleiben also nur die 3 kleinen Gruppen der Brauer und Köche, Färber und Lackierer und der Töpfer übrig, die einen guten Brustumfang haben. Das sind 4,3 Proz. dieser 10 Gruppen. Aber es ist noch fraglich, ob man hieraus allgemeine Schlüsse ziehen darf, wenigstens von den Färbern, Lackierern und Töpfern; denn diese Gruppen sind so wenig zahlreich, daß Zufälligkeiten sehr wohl mitsprechen können.

Tabelle X.

Durchschnittsberechnung des Gewichts.

	kg		kg		kg
1. Brauer und Köche, Zapfer	64,8	14. Schlosser	60,2	29. Mechaniker	
2. Müller	63,8	15. Färber, Lackierer	} 60	30. Schreiber, Kaufl.	} 58,4
3. Schlächter	63,1	16. Drucker, Setzer		31. Verschiedene	
4. Seminaristen, Lehrer, Schüler	61,9	17. Dreher, Former	59,8	32. Klempner	} 58
5. Zimmerer, Bootsbauer	61,8	18. Bäcker		33. Fabrikarbeiter	
6. Schiffer u. Fischer	61,6	19. Grubenarbeiter	} 59,7	34. Kellner	57,8
7. Schmiede	61,5	20. Hausdiener		35. Musiker	57,6
8. Maurer	} 60,6	21. Tapezierer, Dekorateure	59,6	36. Dachdecker	} 57,4
9. Stellmacher		22. Töpfer	59,5	37. Sattler	
10. Kutscher, Stadtgeborene	} 60,5	23. Landwirte	59,4	38. Schuster	56,8
11. Postbeamte, Bot.		24. Arbeiter, Stadtgeb.	59,3	39. Textilarbeiter	56,7
12. Arbeiter, Landgeborene	} 60,3	25. Landwirte u. Gärtner, Stadtgeborene	59,1	40. Schneider	56,5
13. Bahnarbeiter		26. Tischler	59,1	41. Friseure	
		27. Glasarbeiter	58,9	42. Maler, Stuckateure	} 55,4
		28. Metallarbeiter, Gießer, Kupferschm.	58,7	43. Buchbinder	54

An erster Stelle stehen hier wieder, wie auch beim Brustumfang, einige Nahrungsgewerbe: die Brauer und Köche und die Schlächter; ferner die schweren Berufe und der größte Teil der Freiluftberufe. Die Landwirte stehen mit 59,4 und 59,1 kg etwa in der Mitte. Ganz unten stehen wieder die Berufe, welche auch bei der Körperlänge und dem Brustumfang am weitesten zurückstanden: die Buchbinder, Maler, Friseure, Schneider, Schuster, Musiker, Klempner, Kellner. Ferner die Textil- und Fabrikarbeiter, die auch geringen Brustumfang, aber mittlere Körpergröße hatten. Von den Gruppen mit größter Körperlänge finden wir unter denen mit geringem Gewicht wieder: die Schreiber und Kaufleute, Mechaniker und Musiker.

Die Pignet'sche Formel.

Um einen bequemen Überblick über alle 3 Maße, Größe, Brustumfang und Gewicht zu bekommen, ist die Anwendung der Pignetschen Formel:

$$\text{Größe} - (\text{Brustumfang} + \text{Gewicht}) = \text{Pignet'scher Index}$$

zu empfehlen. Da dieser Index um so kleiner sein wird, je größer die Zahlen von Brustumfang und Gewicht im Verhältnis zur Körpergröße sind, und um so größer, je kleiner diese Zahlen sind, zumal bei großer Körperlänge, bietet die Höhe des Index ungefähr einen Maßstab für die durchschnittliche Körperentwicklung der einzelnen Berufsgruppen. Eine niedrige Indexzahl spricht für kräftigen Körperbau oder guten Ernährungszustand, eine hohe für schlechten Körperzustand oder ungünstigen Körperbau (lange schmächtige Körperform).

Tabelle XI.

	Index		Index		Index
1. Schlächter 2. Müller	19,5	14. Grubenarbeiter	25	29. Tapezierer 30. Fabrikarbeiter	28
		15. Landwirte	25,7		
3. Brauer, Köche, Zapfer	21	16. Hausdiener	26	31. Drucker	28,3
4. Schiffer, Fischer	21,6	17. Metallarbeiter 18. Färber, Polierer	26,1	32. Boten, Postbeamte	28,4
5. Bäcker	22,7			33. Verschiedene	28,5
6. Stellmacher	22,9	19. Seminaristen 20. Töpfer, Steingutdreher	26,2	34. Schneider	28,8
7. Schmiede	23,1			35. Dreher	28,9
8. Zimmerer	23,4	21. Schlosser	26,7	36. Kellner	29
9. Kutscher	24,2	22. Tischler 23. Sattler	26,8	37. Musiker	29,6
10. Maurer	24,4			38. Maler	30,2
11. Bahnarbeiter 12. Arbeiter, Landgeborene	24,7	24. Klempner	26,9	39. Textilarbeiter	31
		25. Dachdecker	27	40. Schreiber, Kaufl.	31,2
13. Landwirte, Stadtgeborene	24,8	26. Arbeiter, Stadtgeb.	27,1	41. Mechaniker	31,5
		27. Schuster	27,8	42. Friseure	31,7
		28. Glasarbeiter	27,9	43. Buchbinder	32,8

Wir sehen, daß die Nahrungsmittelgewerbe: Schlächter, Brauer und Köche, Bäcker, mit an erster Stelle stehen. Dann aber auch die Freiluftgewerbe: die Schiffer und Fischer, Zimmerer, Kutscher, Maurer, Bahnarbeiter, ungelernte Arbeiter, Landwirte. Ferner die schweren Gewerbe: Müller, Stellmacher, Schmiede, Gruben- und Metallarbeiter. Untenan stehen wieder die Berufe, welche von schwächlichen Personen bevorzugt werden oder aber wenig Körperkräfte erfordern und in geschlossenen Räumen ausgeübt werden: die Buchbinder, Friseure, Musiker, Textilarbeiter, Maler, Kellner,

Schneider, Fabrikarbeiter. Von den Berufsgruppen, die sich durch besondere Körperlänge auszeichneten, finden wir folgende mit ungünstigem Index: Mechaniker, Schreiber und Kaufleute, Dreher und Former, Drucker und Setzer, Musiker. Das Verhältnis von Brustumfang und Gewicht zur Körperlänge ist also hier ein ungünstiges. — Einzelne Berufe sind recht hoch hinaufgerückt, so die Bäcker infolge geringer Körperlänge aber recht guten Brustmaßes, Gewichtes und Ernährungszustandes, ferner auch die Sattler und Dachdecker infolge geringer Körperlänge aber mittleren Brustumfanges.

Einige Worte seien noch der Gruppe 11, den Bahnarbeitern, gewidmet. Diese bestehen fast ausschließlich aus Streckenarbeitern, die sich größtenteils aus Landarbeitern bzw. landwirtschaftlichen Arbeitern ergänzen. Diese wurden häufig der Landwirtschaft untreu, weil es sie lockte, zu einer bestimmten Zeit am Abend frei zu sein, morgens nicht früh zum Pferdefüttern heraus zu brauchen, Sonntags völlig arbeitsfrei zu sein und schließlich ihren Lohn bar ausgezahlt zu bekommen. Gegen letzteres wurden häufig von Landwirten Bedenken geäußert, sie würden mit dem Barlohn schlechter wirtschaften als vorher mit dem Deputat, würden auch ihren Lebensunterhalt teurer bezahlen und infolgedessen schlechter leben als früher. Diese Bedenken scheinen nicht berechtigt zu sein, denn die Bahnarbeiter haben denselben Index wie die übrigen Landarbeiter (Nr. 11 und 12) und stehen etwas besser als die Landwirte (Nr. 15). Sie haben also im allgemeinen die gleiche Körperentwicklung wie die Landwirte.

Aus obigen Zusammenstellungen über Körperlänge, Brustumfang, Gewicht und Pignet'schen Index darf man im allgemeinen folgende Schlüsse ziehen: *Körperliche Arbeit, insbesondere in frischer Luft, sowie gute Ernährung (Nahrungsmittelgewerbe) tragen bei zur Bildung eines kräftigen Körperbaues. Dagegen wirken die Stubenhockerberufe entwicklungshemmend, indem sie einen von Hause aus schwächlichen Körper, schwächlich erhalten, oder indem sie die Breitenentwicklung des Körpers verhindern.* Die besondere Körperlänge einiger Stubenhockerberufe ist vielleicht zu deuten als ein Überschuß an Längenwachstum infolge mangelnder Breitenentwicklung bei ererbter kräftiger Körperanlage, vielleicht auch zum Teil als Folge

geringer Belastung des Körpers und infolgedessen fehlender Kompression der Wirbelkörper und geringerer Richtungsanomalien der Wirbelsäule und unteren Gliedmaßen gegenüber den schwereren Berufen.

Es ist nunmehr auch möglich, die Tatsache zu erklären, daß die Körperlänge und der Körperbau, zum Teil auch das Gewicht, abhängig ist von der Größe der Geburtsgemeinde, daß die jungen Leute der Großstädte im Durchschnitt größer und schmächtiger waren als die der Mittelstädte, diese wieder größer und schmächtiger als die der Kleinstädte und so weiter die der Landgeborenen. Das ist die einfache Folgeerscheinung der mit der Einwohnerzahl der Städte verbundenen Zunahme von Industrie, Handel und Gewerbe, der Erwerbszweige, die zum großen Teil in geschlossenen Räumen bei verhältnismäßig geringer Inanspruchnahme der Muskelkraft und Körperbelastung ausgeübt werden; und der Abnahme derjenigen Berufszweige, die eine natürliche Lebensweise, die Ausübung der Arbeit in freier Luft, fördern. Dies sei in folgendem noch durch einige Zahlen belegt.

Von den Landgeborenen übten 64,5 Proz. Freiluftberufe aus, zu denen die Maurer, Zimmerer, Bahnarbeiter, Schiffer, Fischer, Landwirte, Gärtner, Boten, Kutscher und „Arbeiter“ gerechnet sind. Von den Kleinstädtern sind es 32 Proz., von den Mittelstädtern aber nur 18,5 Proz., von den Textilstädten Cottbus, Forst, Sommerfeld, Sorau, Guben gar nur 13,5 Proz. Ginge man weiter auf die Großstädte über, so würde die Zahl ohne Zweifel weiter fallen. Für Berlin hatte ich nach einer allerdings nicht sehr umfangreichen Zusammenstellung[1]) 12,4 Proz. berechnet. — Läßt man die Landwirte, Gärtner und Kutscher fort, die den Freiluftberufen der Landgeborenen ja ein großes Übergewicht geben, so bleiben für die Landgeborenen 36,5 Proz., die Kleinstädter 15 Proz., die Mittelstädter 10,5 Proz.

Von den 645 Maurern waren 543 = 84 Proz. auf dem Lande geboren, 63 = 9,5 Proz. in Kleinstädten, 42 = 6,5 Proz. in Mittelstädten. Oder die Maurer machten, abgerechnet die Landwirte, 14 Proz. der Landgeborenen aus, 4 Proz. der Kleinstädter, 2,3 Proz. der Mittelstädter. Von den in den Städten geborenen 378 Landwirten und Gärtnern waren 253 = 67 Proz. Kleinstädter und 125 = 33 Proz. Mittelstädter. Sie machten 15 Proz. der Kleinstädter und 6,3 Proz. der Mittelstädter aus.

[1]) Archiv für Soz. Hygiene u. Demographie, IX. Band.

Die Abnahme der Freiluftberufe mit der Größe der Städte ist also klar ersichtlich. Umgekehrt ist es natürlich mit den Stubenhockerberufen, diese nehmen mit der Größe der Geburtsgemeinde zu. Insbesondere diejenigen Berufe, welche sich durch besondere Körperlänge und schmächtigen Körperbau auszeichnen. So wurden z. B. von den Landgeborenen — die Landwirte abgerechnet — 245 = 6 Proz. Kaufleute und Schreiber, von den Kleinstädtern 186 = 12 Proz., von den Mittelstädtern dagegen 365 = 20 Proz.

Was die schweren Berufe betrifft: die Müller, Schmiede, Schlächter, Bäcker, Grubenarbeiter, Brauer, Stellmacher, Metallarbeiter, so gehörten ihnen von den Landgeborenen — die Landwirte abgerechnet — 14 Proz. an, von den Städtern dagegen nur 7 Proz. Zwischen Klein- und Mittelstädtern bestand hier kein wesentlicher Unterschied.

Von den Landgeborenen gehörten also, um es noch einmal zusammenzufassen, 78,5 Proz. Freiluft- und schweren Berufen an, von den Kleinstädtern 39 Proz., von den Mittelstädtern 25,5 Proz. Umgekehrt solchen Berufen, die in geschlossenen Räumen ausgeübt werden und einen fördernden Einfluß auf die Körperentwicklung im allgemeinen nicht ausüben, unter den Mittelstädtern 74,5 Proz., den Kleinstädtern 61 Proz., den Landgeborenen 21,5 Proz. *Die Landgeborenen gehen also in viel größerem Umfange als die Angehörigen der größeren Städte in Freiluftberufe, sie bevorzugen Arbeit, bei der sie, wie sie es von Jugend auf gewöhnt sind, im Freien bleiben können.* Gegen Witterungseinflüsse sind sie weniger empfindlich als die *Städter. Diese hingegen lieben Berufe in geschlossenen Räumen, die an ihre Körperkräfte keine allzu großen Anforderungen stellen.* Allerdings bringt es die Art der städtischen Berufe mit sich, daß sie an geschlossene Räume, Handwerkstätten, Fabriksäle, Kontore, gebunden sind. Aber es gibt immerhin Gelegenheit zur Arbeit im Freien, zu dieser drängt sich jedoch der Städter nicht. Z. B. das Maurerhandwerk der Städte wird zum größten Teil von Landgeborenen ausgeübt. Und was schwere Arbeit betrifft, so leisten diese, wenn man von den Landwirten ganz absieht, doppelt so viel Land- als Stadtgeborene. Und wenn man bedenkt, daß die Körperentwicklung die Wahl dieser schweren Berufe in nicht unerheblichem Grade beeinflußt, daß ein gewisses Maß von Körperkräften erforderlich ist, um in ihnen tätig sein zu können, kommt man wieder darauf zurück, was oben schon nachgewiesen wurde: *daß das Land*

kräftigere Leute und dies in größerer Zahl hervorbringt als die Stadt.

V. Folgerungen für die Wiederherstellung der deutschen Volkskraft.

Der Krieg hat uns einen ungeheuren Verlust an Volkskraft gekostet. Millionen der kräftigsten und tüchtigsten Männer sind gefallen oder an der Gesundheit schwer geschädigt aus dem Felde zurückgekommen. Die Geburtenzahl ist gewaltig gesunken. Von den Kriegskindern sind in den Städten tausende im ersten Lebensjahr an ungenügender Ernährung zugrunde gegangen, die am Leben gebliebenen und die älteren Stadtkinder sind in ihrer Entwicklung zurückgeblieben und durch Konstitutionskrankheiten bedroht. Die erwachsene Stadtbevölkerung ist durch mehrjährige Unterernährung in ihrer Lebenskraft geschädigt.

Dieser gewaltige Verlust an Volkskraft muß ersetzt werden, wenn wir als Volk wieder in die Höhe kommen wollen.

Welche Teile unseres Volkes nun kommen für diese Wiedergeburt besonders in Frage? — Wir sahen oben, daß das Land zwar etwas kleinere, aber kräftigere Menschen liefert gegenüber den Städtern, die größer, aber schmächtiger sind und die Stubenhockerberufe bevorzugen. Welcher von beiden Typen der gesündere und für die Erzielung eines kräftigen Nachwuchses geeignetere ist, dürfte nicht zweifelhaft sein. Zumal wenn man bedenkt die parallel der Größenzunahme der Städte zunehmende Verbreitung von Prostitution und Geschlechtskrankheiten und die im selben Verhältnis sinkende Geburtenzahl. Ferner, daß die Großstädte von ihrem eigenen Nachwuchs nicht bestehen können, sondern zu ihrem Gedeihen eines steten Zustromes aus der Provinz bedürfen, daß z. B. in Berlin bei den Musterungen die Zahl der Zugezogenen in der Regel größer war als die der geborenen Berliner. Ferner, daß noch auf Jahre hinaus die Ernährung der Städte nicht gesichert ist und nur das Land dazu in der Lage ist, das heranwachsende Geschlecht genügend zu ernähren.

Es liegt also klar auf der Hand, daß wir eine Wiedergeburt unseres Volkes in der Hauptsache vom Lande zu erhoffen haben, daß die Wurzeln unserer Volkskraft mehr als jemals früher in der Landbevölkerung ruhen.

Sind wir hier aber zu großen Hoffnungen berechtigt? Rufen wir uns noch einmal in Erinnerung, was eingangs über den Reg.-

Bezirk Frankfurt geschildert wurde. Die Landbevölkerung verließ in Massen ihre Wohnsitze und suchte in den Städten Arbeit. Vom Jahre 1871—1905 verloren die Landgemeinden des Kreises Arnswalde 24 Proz. der früheren Einwohnerzahl, die des Kreises Soldin 21,4, Lebus 16,8, Lübben 12,65 Proz. Ebenso gingen die übrigen 8 vorwiegend landwirtschaftlichen Kreise an Einwohnerzahl zurück. Und nur die Industriekreise hatten eine starke Zunahme der Landbevölkerung durch Verbleiben des Geburtenüberschusses und durch Zuzug. Und so war es nicht nur im Reg.-Bezirk Frankfurt, sondern überall im Reiche, wo der Großgrundbesitz vorherrschte. Dieser aber konnte die letzten Jahrzehnte nur noch bestehen durch Inanspruchnahme von Hunderttausenden polnischer und ruthenischer Wanderarbeiter, die alljährlich über die Grenze strömten.

Der in diesen Zuständen für die Zukunft unseres Volkes liegenden ernsten Gefahren war sich die Regierung schon vor dem Kriege bewußt. Sie suchte ihnen zu begegnen durch innere Kolonisation mit Hilfe von Siedelungsgesellschaften. Indem sie den natürlichen Wunsch jedes strebsamen Menschen dem Landarbeiter zu erfüllen suchte, den Wunsch, im Leben vorwärts zu kommen, seine wirtschaftliche Lage durch Fleiß und Sparsamkeit verbessern zu können, durch die Möglichkeit des Erwerbs einer eigenen Scholle.

Diese Bestrebungen müssen in großzügigster Weise fortgeführt werden. Hunderttausende von neuen landwirtschaftlichen selbständigen Existenzen lassen sich schaffen durch Aufteilung von den Gütern, die nicht in der Lage sind, sich mit einem einheimischen Stamm von Arbeitern zu erhalten. Eine Wirtschaftsform, die zur Entvölkerung des flachen Landes und zur allmählichen Vernichtung unseres für die Volkserhaltung wichtigsten Bevölkerungsanteils führt, muß so weit wie möglich eingeschränkt und durch eine volkserhaltende ersetzt werden. Und als solche kommt nur die Massenansiedelung einer selbständigen Landbevölkerung in Frage, die für die eigene Scholle gern die schwere Arbeit verrichtet, die sie für fremde Rechnung zu leisten nicht mehr bereit ist.

Neben der Erhaltung der alten und Schaffung einer neuen zahlreichen Landbevölkerung ist aber auch von großer Wichtigkeit die Hebung der körperlichen Tüchtigkeit der Industrie- und Stadtbevölkerung und ihres Nachwuchses. Hierin kann viel geschehen durch Förderung der Kleinsiedelung in der Umgebung der Industriestädte, die ebenfalls bereits vor dem Kriege begonnen wurde, z. B. von der Siedelungsgenossenschaft „Eigene Scholle“ in Frankfurt a. O.

Arbeiterfamilien, die ihr eigenes kleines Besitztum haben, das die Frau und Kinder und der Mann in seinen freien Stunden bewirtschaften, werden gesunder leben als die in engen Mietswohnungen der Arbeiterviertel in den Städten zusammengedrängten Familien. Die Kinder werden gesunder aufwachsen und nicht den Zusammenhang mit der Natur verlieren wie die heutige Großstadtjugend. Die eigene kleine Scholle wird auch die Zufriedenheit schaffen, die dem Industriearbeiter heute fehlt. — Ferner wäre zu erwähnen die Verlegung größerer Fabrikbetriebe aufs Land mit Ansiedelung der dazugehörigen Arbeiter, wie es in der Umgebung Berlins schon mehrfach durchgeführt ist.

Das Hauptgewicht ist aber, was die Städte betrifft, darauf zu legen, daß die schulentlassene Jugend an regelmäßige Leibesübungen gewöhnt wird, daß sie lernt, in ihrer arbeitsfreien Zeit sich mehr als bisher im Turnen, Sport und Turnspielen zu betätigen, damit die entwicklungshemmenden Einflüsse der Stubenhockerberufe so weit wie möglich ausgeglichen werden. Dies gewinnt noch ganz besondere Bedeutung dadurch, daß wir in Zukunft die allgemeine Wehrpflicht nicht mehr haben werden, die bisher für die größere Hälfte der männlichen Jugend einen sehr segensreichen Zwang zu Körperpflege und gesundheitsgemäßem Leben gab.

Um dies zu erreichen, sind 2 Wege möglich. Der eine ist die durch Reichsgesetz angeordnete Einführung des Turn- und Sportunterrichts als Pflichtgegenstand in die gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen, denen die schulentlassene Jugend vom 14.—18. Lebensjahre angehört. Versuche in dieser Hinsicht sind bereits gemacht worden. So wurde in Forst seit dem Oktober 1913 bis zum Kriege in 2×2 Stunden wöchentlich an der dortigen Fortbildungsschule Turnunterricht erteilt, aber nur an die Fabrikarbeiter, weil er für diese am notwendigsten befunden wurde und für sämtliche Schüler kein Raum in der Turnhalle und auf den Spielplätzen vorhanden war. In Fürstenwalde war der Unterricht vor dem Kriege mit einer Stunde wöchentlich an der gewerblichen Fortbildungsschule eingeführt, wurde aber nach $^1/_2$ Jahr auf Beschluß der städtischen Körperschaften wieder abgeschafft. In anderen Städten des Reg.-Bezirks, in denen diesbezügliche Bestrebungen im Gange waren, stießen sie auf unüberwindliche Schwierigkeiten, so daß sie ohne Erfolg blieben. Diese gingen hauptsächlich von den Handwerksmeistern aus, die fürchteten, daß ihnen die Lehrlinge zu viel der Arbeit entzogen würden. Diese Bedenken würden allerdings jetzt nach Einführung der achtstündigen

Arbeitszeit fortfallen. — Dagegen waren von seiten der Schüler dort, wo Versuche gemacht werden konnten, Schwierigkeiten nicht zu bemerken. Im Gegenteil, sie turnten gern, und in Forst kamen diejenigen, welche aus Gesundheitsrücksichten nicht mitturnen durften, freiwillig und baten, wenigstens zusehen zu dürfen.

Eine wesentliche Förderung fanden diese Bestrebungen kurz vor dem Kriege durch den Handelsminister, indem er den Regierungspräsidenten die Einführung des Pflichtunterrichts wie Turnen und Jugendspiel an den Fortbildungsschulen empfahl. Wirklichen Erfolg wird aber nur eine gesetzliche Regelung haben können.

Der zweite Weg wäre die Schaffung einer besonderen Organisation zur Pflege der schulentlassenen Jugend, die sich über das ganze Reich zu erstrecken hätte. Sie hätte zu bestehen aus einer Zentralbehörde in der Reichshauptstadt, dieser unterstellten Behörden bei den Provinzialverwaltungen und schließlich Vertretungen in den einzelnen Städten, welche die praktische Arbeit zu leisten hätten. Alljährlich hätte vor der Schulentlassung eine Untersuchung des betreffenden Jahrgangs der Schüler stattzufinden, wobei die körperlich Untüchtigen ausgemustert und die Gesunden ihren Turnbezirken zugewiesen würden. Eine sorgfältige Listenführung, wie sie bisher bei den Rekrutenuntersuchungen stattfand, wäre zu fordern. Für die Untersuchungen würden die jetzt überflüssig gewordenen Militärärzte zur Verfügung stehen, und als Lehrkräfte außer den bisherigen Turnlehrern die große Zahl der jetzt beschäftigungslos gewordenen Offiziere. Später wären sie den Schülern selbst zu entnehmen, die auf einer Landesturnanstalt eine Spezialausbildung genossen hätten.

Die Turnpflicht würde von der Schulentlassung bis etwa zum 24. Lebensjahr zu bestehen haben. Da jeder einzelne in den Sommermonaten wohl nur zweimal wöchentlich, im Winter mangels genügend zahlreicher Turnhallen vielleicht noch weniger in Anspruch genommen würde, erscheint dies nicht zu lange. Als Turnplätze stehen die bisherigen Exerzierplätze zur Verfügung. — Alle drei Jahre hätte eine Nachuntersuchung stattzufinden. Das Untersuchungsmaterial wäre statistisch zu verarbeiten. Hierdurch bekäme der Staat eine Übersicht über die körperliche Entwicklung seiner heranwachsenden männlichen Jugend.

Wenn diese beiden Bedingungen erfüllt werden: Wiederschaffung einer zahlreichen bodenständigen Bevölkerung und Er-

ziehung der städtischen Jugend zur Körperpflege und hierdurch zur Selbstdisziplin, so wird ein neues stärkeres Geschlecht heranwachsen und wir bekommen einen gesunderen Volkskörper, in dem auch eine gesundere Seele wohnen wird.

Schlußsätze.

1. Die 20 jährigen jungen Leute des Reg.-Bezirks Frankfurt haben in den 20 Jahren von 1892 bis 1912 um 1,2 cm an Körperlänge und 1 cm an Brustumfang zugenommen.

2. Diese Zunahme der Körperlänge und Breite findet sich nicht nur bei der männlichen Bevölkerung der Groß- und Mittelstädte, sondern auch bei der der Kleinstädte und der Landbevölkerung.

3. Da die Zunahme der Körpermaße als ein Zeichen des Gedeihens einer Bevölkerung anzusehen ist, darf man den Schluß ziehen, daß die letzten Jahrzehnte vor dem Kriege in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung für den Reg.-Bezirk Frankfurt im allgemeinen günstig waren.

4. Körperlänge, Körperbreite und Gewicht stehen in einem bestimmten Verhältnis zur Größe der Geburtsgemeinde. Je größer die Geburtsgemeinde, desto größer, schmächtiger und im allgemeinen auch leichter ist die Bevölkerung, so daß dem kleineren aber kräftigeren Landbewohner der größere aber schmächtigere Stadtbewohner gegenübersteht.

5. Die landwirtschaftlichen jungen Leute sind im Durchschnitt größer und kräftiger als die übrige Landbevölkerung.

6. Von den Landkreisen hatten die Industriekreise die erheblichste Größenzunahme, während sie in den landwirtschaftlichen Kreisen zum Teil gering war. Dies ist darauf zurückzuführen, daß ersteren der Bevölkerungsüberschuß erhalten blieb, während aus letzteren die kräftigsten Leute in die Städte abwanderten.

7. Das Vorwiegen großer schmächtiger Menschen von geringem Gewicht in den größeren Städten ist bedingt durch den mit der Einwohnerzahl steigenden Anteil der in Stubenhockerberufen und in geschlossenen Räumen Tätigen.

8. Denn die Großstadtjugend bevorzugt Berufe, die keine erhebliche körperliche Betätigung und Belastung des Körpers erfordern und in geschlossenen Räumen ausgeübt werden, während die Landgeborenen Freiluftberufe bevorzugen und sich vor schweren Berufen nicht scheuen.

9. Die Landbevölkerung ist nach wie vor als die Quelle der deutschen Volkskraft anzusehen, zumal die Städte auf dauernden Zustrom ländlicher Bevölkerung angewiesen sind.

10. Das allmähliche Versiegen dieser Quelle bedeutet den Untergang des deutschen Volkes, zumal die Wiederherstellung der durch den Krieg schwer geschädigten deutschen Volkskraft nur von der Landbevölkerung zu erhoffen ist.

11. Daher ist die Erhaltung der alten und Schaffung einer zahlreichen neuen Landbevölkerung die dringendste Aufgabe der Gegenwart und Zukunft.

12. Zur Erzielung einer kräftigeren Stadtbevölkerung ist die Heranziehung der gesamten schulentlassenen männlichen Jugend zum Turnen und Sport erforderlich.

13. Dies wird am besten erreicht durch reichsgesetzliche Einführung pflichtmäßigen Turn- und Sportunterrichts in die gewerblichen und kaufmännischen Pflichtfortbildungsschulen oder durch Schaffung einer besonderen Organisation zur Pflege der schulentlassenen männlichen Jugend.

14. Unsere Zukunft liegt auf dem Lande und in der Jugend.

Die sozialhygienische Bedeutung der Beratungsstellen für Geschlechtskranke.

(Unter besonderer Berücksichtigung der Beratungsstelle der Landesversicherungsanstalt Berlin.)

Von Dr. med. Max Hodann, Berlin.

I.

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist nicht erst in der jüngsten Zeit zu einer der wichtigsten Aufgaben im Arbeitsgebiete der sozialen Hygiene geworden. Als die Natur der venerischen Seuchen, ihre Ätiologie, ihre klinischen Erscheinungsformen, im besonderen das Verhältnis der Lokal- und Allgemeininfektionen zueinander sowie die spätsyphilitischen Erkrankungen genauer bekannt wurden, gelang es, eine Reihe von klinischen Erscheinungen, deren ursächlichen Zusammenhang auf der Grundlage einer venerischen Infektion man bisher nur gemutmaßt hatte, begründeterweise in den Rahmen einheitlicher Krankheitsbilder einzugliedern. Damit ergab sich die Bedeutung dieser Krankheiten nicht nur für den einzelnen Patienten und für seine Familie, sondern wenigstens im gleichen Maße für das öffentliche Leben. Es zeigte sich, daß nicht nur durch jede Einzelerkrankung eine Unsumme von Arbeitsunfähigkeit und Verbitterung gezeitigt, sondern auch der Fortpflanzungsprozeß in quantitativer und qualitativer Hinsicht auf das schwerste geschädigt wird. Gerade dieser letzten Beobachtung aber gebührt eine Aufmerksamkeit, die weit über das Interesse an jedem Einzelfall hinausgehen sollte.

Lag also schon von je Grund genug vor, sich von sozialhygienischer Seite her der Frage anzunehmen, so ist dies jetzt, nach dem Kriege, in einem noch um vieles höheren Maße der Fall.

Denn der Krieg hat uns einen erheblichen Anstieg der Erkrankungsziffern — bei beiden Geschlechtern — beschert. Für eine deutsche Mittelstadt geben die Zahlen, die Zieler vor dem Würzburger Gemeindekollegium mitteilte, ein hinreichend anschauliches Bild: Danach ist in Würzburg die Zahl der Geschlechtskranken bei den Frauen auf das Dreifache, bei den Männern auf das Achtfache gegenüber den Vorkriegszahlen gestiegen. Für eine Großstadt sind die Zahlen bezeichnend, die Finger auf Grund von Erhebungen in Wien veröffentlichte: Danach standen von 1000 geschlechtskranken jugendlichen Männern

im Alter von	im Frieden	während des Krieges
15 Jahren	1	8
16 „	3	9
17 „	11	26
18 „	27	68
	42	111

Von 1000 geschlechtskranken jugendlichen Frauen standen

im Alter von	im Frieden	während des Krieges
15 Jahren	12	16
16 „	22	40
17 „	33	66
18 „	62	91
	129	213

Dazu kommt nun noch, daß während des Krieges die verschiedenen Schichten der Bevölkerung, die vor dem Kriege einen ganz verschiedenen Anteil an der Geschlechtskrankenziffer hatten, in annähernd gleicher Weise verseucht worden sind; das Milieu, dem die männliche Bevölkerung aller Schichten ausgesetzt war, war annähernd das gleiche. Abgesehen also von den Infektionen, die in der Heimat während des Krieges bereits zu verzeichnen waren, ist in Zukunft auch auf dem flachen Lande, das bisher noch ziemlich unverseucht war, mit einer steigenden oder bereits gestiegenen Zahl an venerischen Fällen zu rechnen. Man steht also vor der Tatsache, daß die sanitäre Organisation, die anderen epidemischen und endemischen Krankheiten gegenüber so siegreich war, im Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten so gut wie ganz versagt hat. Weder konnte vor dem Kriege die Ausbreitung der venerischen Seuchen eingedämmt werden, noch wurde während des Krieges unter gänzlich veränderten Bedingungen wirklich Entscheidendes geleistet.

Indessen ist nicht zu verkennen, daß während des Krieges das Interesse der Öffentlichkeit an der Frage der Geschlechtskrankheiten in Anbetracht ihrer bedenklichen Ausbreitung gewachsen ist. Das ist von nicht zu unterschätzendem Einfluß. Denn wenn schon jede sozialhygienische Maßnahme, die ohne Berücksichtigung der sozialpolitischen Lage, das heißt ohne vorhergehende Untersuchung der massenpsychologischen und ökonomischen Tatsachen, die die Durchführung der Maßnahme voraussichtlich beeinflussen werden, ein Schlag ins Wasser ist, so gilt dies in ganz besonderem Maße für den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten in der Öffentlichkeit, also soweit er eine Angelegenheit der sozialen Hygiene ist.

Die Berücksichtigung der psychologischen Faktoren, also der öffentlichen Meinung über die Geschlechtskrankheiten, ist gerade in diesem Falle so wichtig, weil die Erörterung aller Fragen, die mit dem Gebiet der geschlechtlichen Vorgänge zusammenhängen, bis vor kurzem in der Öffentlichkeit aus althergebrachter konventioneller Gewohnheit nach Möglichkeit unterdrückt wurde. Damit stieß eine der wesentlichsten sozialhygienischen Maßnahmen, die Aufklärung der Öffentlichkeit, auf beträchtliche Schwierigkeiten; und in ländlichen Kreisen ist das heute noch nicht viel anders geworden.

Die wirtschaftliche Lage verdient im Zusammenhang mit der Frage der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten deswegen Berücksichtigung, weil ökonomische Faktoren zu einem guten Teile Schuld an der Verbreitung der Krankheiten tragen. Der Prostitution, dem Hauptherd der venerischen Infektionen, werden zum großen Teil, wenn auch nicht ausschließlich, infolge der Verelendung der Frauenwelt weiter Volkskreise, ständig neue Kräfte zugeführt. Ebenso vergrößert sich die Nachfrage nach weiblichen Prostituierten durch die zunehmende Erschwerung frühzeitiger Eheschließung für breite Massen.

Jede sozialhygienische Maßnahme zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird also in ihrem Wert, das heißt hinsichtlich ihres wahrscheinlichen Erfolges, danach beurteilt werden müssen, inwieweit sie mit den gegebenen psychologischen und ökonomischen Faktoren rechnet, und inwieweit Aussicht ist, daß bei dem Versuch ihrer Durchführung Hindernisse, die sich auf Grund der sozialpolitischen Lage ergeben, durchbrochen werden können.

II.

Es ist das Verdienst der Träger der deutschen Sozialversicherung, schon vor verhältnismäßig langer Zeit offen dafür eingetreten zu sein, daß die Geschlechtskrankheiten nur auf dem Wege zu bekämpfen seien, auf dem man gegen alle anderen Seuchen vorzugehen gewohnt war: Auf dem Wege der Fürsorge und der Aufklärung. Jedoch nur langsam konnte sich der Gedanke einer besonders ausgebauten Fürsorge für Geschlechtskranke durchsetzen. 1899 war aus der Invaliden-Versicherungs-Ordnung der Vorbehalt gestrichen worden, daß Krankheiten, die auf „geschlechtliche Ausschweifungen“ zurückzuführen seien, nicht zum Anspruch auf Leistungen der Versicherung berechtigten. 1903 folgte die gleiche Streichung in der Kranken-Versicherungs-Ordnung. Danach blieb die Fürsorge für die Kranken im wesentlichen den Kassen überlassen; die Versicherungsanstalten griffen nur ausnahmsweise ein. Zwar hatte die Versicherungsanstalt Berlin einige Jahre lang versuchsweise eine Heilanstalt für Geschlechtskranke in Berlin-Lichtenberg unterhalten, sie aber 1911 aus Mangel an Erfolg unter Einschränkung ihres Umfanges nach Beelitz verlegt. Am 4./5. April 1913 wurde dann auf einer Versammlung der Versicherungsanstalten vom Reichsversicherungsamt die Frage: „Was können die Versicherungsanstalten zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten tun?“ angeschnitten; während seitens der Versammlung im allgemeinen die bisher gepflegte Zurückhaltung in dieser Frage Billigung fand, wurde seitens eines Vertreters der Versicherungsanstalt der Hansestädte und der Vertreter des Reichsversicherungsamtes die Errichtung besonderer Fürsorgestellen für Geschlechtskranke empfohlen. Da die Geschlechtskrankheiten eine längere Überwachung der Kranken gebieten, diese aber ihre Kassen häufig zu wechseln pflegen, wurde schon damals darauf hingewiesen, daß eine Zentralisation solcher Fürsorgebestrebungen wünschenswert sei.

Als erste Versicherungsanstalt eröffnete die Versicherungsanstalt der Hansestädte daraufhin am 1. Januar 1914 eine Fürsorgestelle für Syphilitiker in Hamburg, die 1914 bis 1916 von 2451 gemeldeten Luetikern 1939 der Behandlung zuführte.

Dann kam der Krieg und mit ihm Verhältnisse, die einen starken Anstieg der venerischen Krankenziffern in Heimat und Etappe mit sich brachten. Es war der Generalgouverneur in Brüssel, von Bissing, der Ende Februar 1915 in der Angelegenheit der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bei den Besatzungs-

truppen und der Bekämpfung der Prostitution unter der durch die Ereignisse zum großen Teil arbeitslos gewordenen belgischen Frauenwelt mit dem Reichsversicherungsamt Fühlung nahm. Das war insofern von großer Bedeutung, als die Gesundheitskontrolle, die beim Heere sehr weitgehend war, einen beträchtlichen Teil der deutschen Gesamtbevölkerung umfaßte: Es war damit der erste Schritt getan, diese Gesundheitskontrolle für die zivile Krankenversicherung nutzbar zu machen. Die angeknüpften Verhandlungen führten auch bald zu dem Erfolg, daß in einen Erlaß der Sanitätsabteilung des Kriegsministeriums vom 14. Juli 1915, der Richtlinien zur durchgreifenden Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gab, der Paragraph aufgenommen wurde: „Leute, die geschlechtskrank waren, besonders an Syphilis litten, sind auf die häufigen späteren Gefahren eindringlich hinzuweisen und zu öfterer ärztlicher Überwachung zu ermahnen. Bei Versicherungspflichtigen ist mit ihrem Einverständnis der zuständigen Landesversicherungsanstalt Kenntnis von der überstandenen Erkrankung zu geben. Das Einverständnis ist durch ernste wohlmeinende ärztliche Belehrung anzustreben.“ Die Fassung dieses Paragraphen ist durch Rücksichten auf den § 300 StrGB. über die ärztliche Schweigepflicht bedingt. Seither ist einerseits von dem Reichsversicherungsamt verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß eine Durchbrechung des Amtsgeheimnisses in „unbefugter“ Weise nach dem Vorentwurf zum deutschen Strafgesetzbuch von 1909 nicht vorliege, „wenn das Schweigen im allgemeinen Staatsinteresse gebrochen wird, etwa zur Verhütung der sonst drohenden Verbreitung von ansteckenden Krankheiten“. Andererseits hat sich die auf Zustimmung der Kranken eingeschränkte Meldung in der Praxis nicht bewährt, so daß man neuerdings davon abgekommen ist, und nunmehr alle vom Heeresdienst entlassenen Männer, die während des Dienstes geschlechtskrank gewesen sind, zwangsweise der zuständigen Landesversicherungsanstalt meldet.

Anschließend an diese ersten Schritte zu einer neuen Form der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten kam es zu Verhandlungen zwischen Vertretern des Reichsversicherungsamtes, der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der Ärzteschaft und der Kassen, in deren Verlauf Leitsätze im Sinne der geplanten Maßnahmen aufgestellt wurden. Am 14. Dezember 1915 wurden diese Leitsätze auf einer Versammlung sämtlicher Landesversicherungsanstalten im Reichsversicherungsamte zu Berlin angenommen.

Diese Leitsätze besagen, daß von den Landesversicherungsanstalten auf ihre Kosten besondere Beratungsstellen für Geschlechtskranke im Einvernehmen mit den ärztlichen Standesvertretungen errichtet werden sollen. Diese Beratungsstellen waren von vornherein unter Ausschluß einer dort gebotenen Behandlung gedacht, um auch den Verdacht einer Konkurrenz für die behandelnden Ärzte in den entsprechenden Städten zu vermeiden. Entstehende Schwierigkeiten sollen durch die persönliche Vertrauensstellung des jeweiligen ärztlichen Leiters möglichst aus dem Wege geräumt werden. Der Behandlung bedürftig Befundene werden, wenn sie versicherungspflichtig sind, den Kassen überwiesen, oder, wenn triftige Gründe dafür sprechen, auf Kosten der Landesversicherungsanstalt geheilt. Diese letzte Möglichkeit wurde auch allen nicht gegen Krankheit oder Invalidität Versicherten eröffnet, „wenn der Kranke dem Kreise der versicherungspflichtigen Bevölkerung nahesteht und zu besorgen ist, daß ohne das Eingreifen der Versicherungsanstalt eine sachgemäße Behandlung unterbleibt".

Die Wahrung strengster Verschwiegenheit bei der Beratung berücksichtigt in angemessener Weise die Scheu vieler Kranker und ist erforderlich, um nicht durch Zerrüttung der häuslichen Verhältnisse des Patienten beim Bekanntwerden seines Leidens oder durch geschäftliche Nachteile, die ihm in der noch weithin unaufgeklärten Öffentlichkeit erwachsen könnten, alle errungenen hygienischen Vorteile wieder aufs Spiel zu setzen. Dieser Erkenntnis entspricht weiter die Unterbringung der Beratungsstellen in verkehrsreichen Straßen der Städte, wo ein Besuch nicht auffällt, wie ihr auch dadurch Rechnung getragen wird, daß in ländlichen oder kleinstädtischen Verhältnissen die Behandlung auf Wunsch auch außerhalb des Wohnortes gewährt wird. Unterstützt werden diese Maßnahmen durch eine Propaganda, die den veralteten Anschauungen über die Geschlechtskrankheiten neue Gesichtspunkte entgegenstellen soll.

Während man auf diese Weise die psychologischen Bedingungen für eine erfolgreiche Wirksamkeit der neuen Institution zu erfüllen sucht, wurde auch von Anfang an darauf hingewiesen, daß den Besuchern der Beratungsstellen keine Kosten erwachsen dürften. Dieser Grundsatz führte zu der Forderung des Ersatzes der Reisekosten und des entgangenen Verdienstes; die Durchführung dieser Forderung ist heute um so wichtiger, als sich seit 1915 die finanzielle Lage beträchtlich verschlechtert hat.

Die Kranken kommen zu den Stellen entweder von selbst, oder

sie werden von Krankenhäusern, Kassen, Ärzten und militärischen Dienststellen zu Weiterbeobachtung gemeldet und dann von der Beratungsstelle zum Erscheinen aufgefordert. Erscheinen sie nicht, so wird ein in schärferem Tone gehaltenes Schreiben geschickt, unter Hinweis auf § 1272 der RVO., daß „die Invalidenrente ganz oder teilweise versagt werden kann", wenn der Kranke sich „ohne gesetzlichen oder sonst triftigen Grund dem Heilverfahren entzogen hat und die Invalidität durch ein Heilverfahren voraussichtlich verhütet worden wäre". Hat auch diese Mahnung keinen Erfolg, so stehen weitere Druckmittel nicht zur Verfügung. In Lübeck hat seit 1916 in solchen Fällen mit befriedigendem Erfolge eine im Staatsdienste stehende Sanitätsschwester die Kranken persönlich aufgesucht und zum Erscheinen auf der Beratungsstelle veranlaßt; ein Verfahren, das dann auf Hamburg und Bremen ausgedehnt wurde.

Bevor wir die Entwicklung der Beratungsstellen im allgemeinen zu überschauen versuchen, ist es vorteilhaft, sich den Geschäftsgang einer solchen Stelle im einzelnen zu vergegenwärtigen. Herr Professor Pinkus hat mir zu diesem Zwecke freundlichst das Material der Beratungsstelle der Landesversicherungsanstalt Berlin zur Verfügung gestellt, wofür ich ihm hier meinen verbindlichen Dank sage.

III.

Die Berliner Beratungsstelle ist am 2. Mai 1917 im Gebäude der Landesversicherungsanstalt Berlin am Köllnischen Park 3 eröffnet worden. Das Publikum wurde durch Plakatankündigungen auf den Sinn und die Bedeutung der neuen Einrichtung aufmerksam gemacht, in denen besonders die Zusicherung der Anonymität bei der Beratung betont wurde. Diese Zusage ist von der Berliner Stelle als der meines Wissens einzigen in Deutschland bisher erfüllt worden, obgleich häufig seitens der Kranken kein Wert auf Geheimhaltung ihres Namens gelegt wird: Vom 2. Mai 1917 bis zum 29. September 1917 machten nur 22 Proz. der beratenen Männer und 15 Proz. der beratenen Frauen von der Anonymität Gebrauch.

In den ersten Tagen war ein beträchtlicher Andrang zu verzeichnen. Wenn man dabei jene, die aus bloßer Neugierde oder aus Neurasthenie jede Neuerung in Anspruch zu nehmen pflegen, außer acht läßt, so bleibt doch noch eine große Zahl von Besuchern, deren Kommen aus anderen Gründen erklärt werden muß. Entscheidend für die Mehrzahl der Besucher war und ist die günstige

Zeit, in der die Sprechstunden liegen; abends, nach der Arbeitszeit, so daß jedem ein Besuch der Stelle ohne Ausfall an Verdienst ermöglicht ist. Entscheidend ist weiter die Bequemlichkeit, die insofern geboten wird, als Untersuchung, mikroskopische und serologische Kontrolle an einem Orte vereinigt ist. Will ein Kassenmitglied sonst eine Blutuntersuchung vornehmen lassen, so ist es gezwungen, Werktags vormittags, also während der Arbeitszeit sich seinen Medizinschein zu holen. Dann folgt der Weg zum Spezialarzt und die Wartezeit in der Sprechstunde. Zum zweitenmal muß der Kranke zur Kasse, um den Schein stempeln zu lassen, woraufhin dann, eventuell bei einem anderen Arzt die Blutabnahme erfolgt, bis er dann endlich das Ergebnis erfährt. Alle diese Umständlichkeiten sind hier vermieden. Ein Teil der Ratsuchenden kommt aber auch aus Unzufriedenheit mit dem Kassenarzt, dessen Sprechstunde überfüllt ist; man hört stets die gleichen Klagen: Der Kassenarzt habe keine Zeit für den einzelnen, daraus ergebe sich ungenügende Behandlung und vor allem seelische Vernachlässigung des Patienten. Solche Leute erscheinen oft in der irrigen Vorstellung, daß auf der Beratungsstelle auch Behandlung gewährt würde.

Die Abfertigung des einzelnen Besuchers geht nun folgendermaßen von statten:

Die Abteilung für Geschlechtskranke wird, um auch darin die Anonymität der Hilfeleistung aufrecht zu erhalten, unter der Bezeichnung „Ärztliche Abteilung C“ geführt. Die Kranken erhalten Nummern, nach denen sie aufgerufen werden. Namensaufruf findet grundsätzlich nicht statt, auch nicht, wenn die Kranken den Namen angaben. Mit ihrer Nummer werden die einzelnen in der Kartothek geführt, die Männer auf roten, die Frauen auf grünen Karten, die in gleicher Weise bei allen deutschen Beratungsstellen in Gebrauch sind. Diese Karten enthalten in ihrer ersten Rubrik den Namen der Beratungsstelle und der zuständigen Landesversicherungsanstalt, in der zweiten die Personalien, den Familienstand und Angaben darüber, von welcher Stelle der Kranke gemeldet worden ist, ob von einer Kasse, von einer LVA., vom Militär, vom Arzt, vom Krankenhaus oder ob er als Selbstmelder kam. Die dritte Rubrik gibt über die Zugehörigkeit des Patienten zu irgendeinem Versicherungsunternehmen Auskunft, sowie darüber, ob er bereits und wie lange er in ärztlicher Behandlung war. Dann folgen nach Maßgabe der Erhebungen auf der Beratungsstelle kurze Notizen über Vorgeschichte, Zeit und Ursache der Infektion, bisherigen

Krankheitsverlauf, Diagnose, sowie ob Familienangehörige, die eventuell der Ansteckungsgefahr ausgesetzt waren, zur Untersuchung bestellt sind. Die Rückseite der Karte läßt Raum für fortlaufende Eintragungen über die durch die Beratungsstelle geübte Überwachung, über Ausfall der Wassermannschen Reaktion bzw. der Gonokokkenuntersuchung, über Anweisungen, die dem Patienten gegeben wurden, sowie über den Termin, an dem er sich wieder vorstellen soll. Zur Abkürzung der diagnostischen Bemerkungen ist in Berlin ein Chiffernsystem eingeführt. Es bedeutet:

1 a = Gonokokken positiv
b = Gonokokken negativ
2 = Ulcus molle
3 a = zur Beobachtung auf Lues
b = Lues I
c = Lues I latens
d = Lues II
e = Lues II recidiv
f = Lues II latens
g = Lues inveterata
h = Lues III
i = metaluetische Erkrankung.

Nach dem Aufruf ihrer Nummern werden die Patienten den in mehreren Räumen untersuchenden Ärzten zugeführt. Die Arbeit verteilt sich zurzeit auf zwölf Ärzte und drei Ärztinnen. Nach Aufnahme der Vorgeschichte und möglichst genauer Feststellung der Ansteckungsquelle folgt die klinische Untersuchung. Mikroskopische Prüfung der Genitalsekrete wird sofort in einem als Laboratorium ausgestatteten Nebenraume von mehreren wissenschaftlichen Hilfskräften ausgeführt. Für die Blutuntersuchungen steht ein eigenes Wassermannzimmer mit Brutschrank, regulierbarem Wasserbad und elektrischer Zentrifuge zur Verfügung. Dort werden jetzt wöchentlich zweimal je etwa 100 Blutreaktionen angestellt. Nach Abschluß der Untersuchung bei Gonorrhöe und Schanker sofort, bei nicht akuter Lues nach Mitteilung des Blutbefundes wird der Patient beraten, also entweder angewiesen, sich in ärztliche Behandlung zu begeben, oder sich innerhalb eines bestimmten Zeitabschnittes wieder vorzustellen. Besonderer Wert muß neben diesen klinischen Ratschlägen natürlich gerade bei Geschlechtskranken, die sich vielfach in schweren familiär oder sozial bedingten Konflikten befinden, auf die psychische Beeinflussung gelegt

werden. Ganz besonders gilt dies für gleichzeitig neurasthenisch veranlagte Menschen. Häufig kommen auch Leute, die früher krank waren, um sich zu erkundigen, ob sie heiraten dürften. Bei all solchen Fragen ist eine menschliche Aussprache neben dem fachlichen Rat von großer Bedeutung.

Vor der Verabschiedung wird der Patient dann über die Gefahren der Ansteckung und die strafgesetzlichen Bestimmungen über den Geschlechtsverkehr Venerischer unter Zuhilfenahme eines Merkblattes, das über alle einschlägigen Fragen Auskunft gibt, aufgeklärt. Das Merkblatt wird jedem ausgehändigt. Ferner erhält jeder behandlungsbedürftige Besucher eine frankierte Postkarte mit der Weisung, auf dieser die Anschrift des Arztes mitzuteilen, bei dem er sich in Behandlung gibt. Schließlich bekommt er einen Ausweis mit seiner Nummer; auf Grund dieser Nummer erfolgt beim nächsten Besuch die Identifizierung des Patienten oder eventuell bestellter Angehöriger.

Die Überwachung der bereits einmal Untersuchten wird derart gehandhabt, daß Männer, die an frischer Gonorrhoe leiden, nach vier, Frauen mit frischer Gonorrhöe nach zwei Wochen wieder zu erscheinen haben, um ein Urteil darüber zu gewinnen, ob die Betreffenden behandelt sind. Luetiker werden das erstemal nach vier oder sechs Wochen wiederbestellt. Die Berliner Ärzte haben dieses Eingreifen der Beratungsstelle zum Teil als eine ungebührliche Kontrolle ihrer Tätigkeit empfunden, jedoch gelang es bald, auf dem Wege gütlicher Verständigung die Konflikte beizulegen. Verhandlungen, die bezweckten, bestimmte Ärzte zur Behandlung im Interesse der Beratungsstelle zu gewinnen, wie es etwa der LVA. Thüringen gelang, scheiterten in Berlin. Auch mit den Kassen besteht in Berlin kein Abkommen.

Die Maßnahme, grundsätzlich nicht nach dem Namen zu fragen und ihn nur zu vermerken, wenn ihn der Patient aus eigenem Entschlusse angibt, hat sich gut bewährt, wenn auch zugestanden werden muß, daß natürlich Vorladungen säumiger Kranker, in der bei anderen Beratungsstellen üblichen Form, auf diese Weise nicht möglich sind. Indessen wird im allgemeinen von den Patienten, die die Stelle überhaupt besuchen, die einmal aufgesuchte Behandlung regelmäßig und willig eingehalten, wie denn auch von den 1061 Fällen mit floriden Erscheinungen im Jahre 1918 ca. 600 auf der ausgehändigten Postkarte mitteilten, wo sie in Behandlung ständen. Andererseits war schon in den ersten Monaten festzustellen, daß viele Patienten trotz erheblichen Krankheitsgefühles

erst zur Beratungsstelle und damit in ärztliche Behandlung kamen, nachdem sie von der Ankündigung der Anonymität gehört und — von der Kostenlosigkeit der Beratung erfahren hatten.

Die Meldungen beruhen in Berlin zum überwiegenden Teile auf der Initiative der Patienten. Da weder mit Kassen noch mit Ärzten eine Vereinbarung besteht, kommt als Meldeinstanz nur die militärische Sanitätsverwaltung neben den Selbstmeldungen ernstlich in Betracht. Es wurden gemeldet:

	1917	1918
vom Militär	51	528
dagegen Selbstmeldungen	1 958	2 207
Zusammen	2 009	2 735

Allerdings mehren sich in der letzten Zeit Fälle, in denen Ärzte die Patienten im Hinblick auf die Bequemlichkeit der Wassermannschen Untersuchung an die Stelle verweisen.

Wenn wir nun die Zahlen sprechen lassen, so finden wir folgendes:

1917 wurden im ganzen 3 550 Beratungen gewährt, und zwar 2 587 mal Männern und 963 mal Frauen. Davon waren erstmalige Beratungen 2 009 (1 466 + 543) und mehrmalige 1 541 (1 121 + 420). Die Beratungen verteilten sich auf die verschiedenen Leiden derart:

Geschlecht	Lues	Tripper	Weicher Chanker	And. Krankheiten d. Geschlechtsorg.	Sonstige Krankheiten	Zusammen
Männer	456	601	29	129	251	1 466
Frauen	240	184	4	5	100	543
Zusammen	696	785	33	134	351	2 009

1918 stellte sich die Zahl der Besucher so:

Vom Jahre 1917 wurden 312 Patienten als noch fürsorgebedürftig übernommen. Dazu kommen 2 735 Neumeldungen, zusammen also 3 047. Die Neugemeldeten verteilen sich auf

Geschlecht	Lues	Tripper	Weicher Chanker	Andere Krankheiten	Zusammen
Männer	713	795	29	296	1 833
Frauen	382	412	4	104	902
Zusammen	1 095	1 207	33	400	2 735

Die berufliche Gliederung der Kranken ergab nach der Statistik von 1917:

Männer	Lues	davon anonym	davon Soldaten	Tripper	davon anonym	davon Soldaten
gelernte Arbeiter	221	35	38	301	58	53
ungelernte Arbeiter	44	3	6	66	7	11
Handelsangestellte	74	19	16	88	27	29
Selbständige	27	9	5	31	12	15
Beamte	48	19	15	55	25	10
Lehrlinge	1	—	—	3	—	—
ohne Angabe	41	20	9	57	22	16
Zusammen	456	105	89	601	151	134
Frauen						
Arbeiterinnen	92	10		68	11	
Näherinnen	23	4		17	1	
Handelsangestellte	42	6		41	8	
Berufslose	83	9		44	3	
Zusammen	240	29		170	23	

Von den gemeldeten Besuchern waren nach einem Bericht von 1917:

	Männer	Frauen
Kassenmitglieder	612	278
Unversichert	854	265

Zur zweiten Gruppe zählen invalide Soldaten, Kinder, Ehefrauen von kranken Soldaten und minderbemittelten Männern. Diese Ziffern zeigen, daß infolge des Entschlusses der Landesversicherungsanstalten, für die Nichtversicherten und doch Mittellosen (bei einigen LVA. ist eine Einkommensgrenze gezogen, so für die LVA. Thüringen bei einem Jahreseinkommen von nicht über 4000 M.) mit einem Heilverfahren einzutreten, an einer Stelle Abhilfe geschafft wird, wo bisher, selbst wenn der gute Wille zur Heilung vorhanden war, die Mittel fehlten.

Andererseits erkennt man, daß die Erfassung der Gonorrhoiker durch die Beratungsstellen in keinem Verhältnis steht zur Verbreitung der Gonorrhöe, relativ zur Verbreitung der Syphilis genommen: Es wurden notiert: 1917 696 Luesfälle gegen 785 Tripperfälle; 1918 1095 Luesfälle gegen 1207 Tripperfälle, während wir uns nach Blaschko's Berechnungen daran gewöhnt haben, das tatsächliche Zahlenverhältnis der beiden Krankheiten mit 2:7 anzusetzen.

Ohne also vorerst das erfaßte Krankenmaterial in Beziehung zur mutmaßlichen Krankenziffer Berlins setzen zu wollen, läßt sich jedenfalls feststellen, daß es bisher noch nicht gelang, der Gonorrhoiker in einem Maße habhaft zu werden, das der sozialhygienischen Bedeutung dieser Seuche entsprechen würde.

Was die Erfassung der Lues betrifft, so ist zu sagen, daß die

Zahl der zur Beobachtung kommenden Fälle von Primäraffekt sehr klein ist. So fanden sich unter den 1918 gemeldeten Luetikern, von denen 422 floride Erscheinungen aufwiesen, nur 27 Männer und 7 Frauen mit primärer, akuter Lues. Es zeigte sich, daß auch diese entweder gar nicht oder ungenügend, nur lokal oder mit unzureichenden Quecksilberkuren behandelt waren. Gerade in diesen Fällen ist es, wie auch bei ganz frischen Trippern, wünschenswert, daß die Beratungsstellen von ihrem sonst verfolgten Grundsatz, nicht selbst zu behandeln, abweichen.[1] Denn erstens ist es an und für sich ein peinlicher Gedanke, Schwerkranke, die zugleich in höchstem Grade ansteckend sind, mit einem guten Rat versehen wieder auf die Straße zu entlassen, andererseits aber wird hier kostbare Zeit verloren. Und da die Beratungsstellen doch schließlich zum Nutzen der Allgemeinheit eingerichtet sind, sollte es in solchen Fällen ohne Rücksicht auf vielleicht sich geltend machende gegenteilige Stimmen heißen: Salus publica suprema lex!

Die Berliner Stelle zeichnet sich durch die in ihr geübte Anonymität des Beratungsverfahrens aus. Dies hat den Nachteil, auf den bereits hingewiesen wurde, daß im allgemeinen Nachfragen und Vorladungen ausgeschlossen sind. Trotzdem halten sich die Beratenen erfreulicherweise an die Weisungen der Beratungsstelle, die bei ihnen sehr beliebt zu sein scheint. Nun ist dazu wohl zu sagen, daß es sich — was schon die große Zahl der Selbstmeldungen in Berlin andeutet — hier fast ausschließlich um gutwillige, einsichtige Patienten handelt, deren Mehrzahl vielleicht einmal „hereingefallen“ ist, vielleicht im Rausch den anstürmenden Verlockungen die nötigen Hemmungen entgegenzusetzen nicht mehr imstande war. Die Erfahrungen der Berliner Beratungsstelle mit Prostituierten, also Frauen, auf deren Bereitwilligkeit man nicht ohne weiteres zählen durfte, waren nicht gerade ermutigend. Um die Beratungsstelle auch dieser venerisch am meisten verseuchten Menschenklasse dienstbar zu machen, ist versucht worden, jene prostituierten Frauen, die der sittenpolizeilichen Kontrolle nicht unterstehen, aber von der Polizei aufgegriffen und in das Hospital in der Fröbelstraße eingeliefert werden, nach der Krankenhausentlassung zu beobachten. Dieser Versuch darf als gescheitert angesehen werden. Die Frauen sollten an den für sie reservierten Montag-Abenden kommen. Es erschienen von den mehreren Hundert Patientinnen im Verlauf mehrerer Wochen nur je 3 bis 4 am Abend. Diese hatten fast

[1] In Hannover bereits durchgeführt. Vgl. meine Ausführungen Deutsche med. Wochenschr. 1920, Nr. 26.

alle wieder frische Infektionen. Daß die Frauen die überfüllte Frauensprechstunde am Mittwoch bevorzugten, kann man sich vielleicht seitens derer, die überhaupt kamen, insofern erklären, als sie wohl das Odium der besonders eingerichteten Montagsprechstunden scheuten. Männer dagegen erschienen bereits, als noch gar nicht schriftlich bekannt gegeben, sondern nur von Mund zu Mund mitgeteilt war, daß auch am Montag Sprechstunde für Männer sein sollte.

Es fragt sich also, ob man in dieser Hinsicht nicht bessere Erfahrungen machen wird mit einem Verfahren, das Hahn, der Leiter der Hamburger Beratungsstelle, angeregt hat. Dort aufgegriffene und ins Krankenhaus eingelieferte Frauen erhalten bei der Entlassung eine entsprechende Belehrung sowie die Mitteilung, daß sie in absehbarer Zeit von der Fürsorge vorgeladen werden würden. Erscheinen sie auf eine solche Vorladung hin nicht, so tritt die nach dem Lübecker Vorbild jetzt auch in Hamburg angestellte Fürsorgeschwester in Funktion; erreicht auch diese nichts, so wird nunmehr erst an die Polizei appelliert. Weiter ist diesen, in den seltensten Fällen versicherten Frauen gegenüber insofern bereits eine Anbahnung in der Richtung der Verbindung von Beratung und Behandlung vollzogen worden, als für den Fall, daß bei Luetikerinnen keine Erscheinungen vorliegen, jedoch nach der Fournier-Neißer'schen Auffassung eine intermittierende Kur angebracht ist, diese auf der Beratungsstelle vorgenommen wird; denn auf andere Weise würde eine solche Patientin doch nicht zur Behandlung gelangen (vgl. Hahn-Manchot, Ztschr. z. Bek. d. Geschlechtskrankh. 1917, Nr. 4, S. 95).

Es ist nicht zu bestreiten, daß in der angedeuteten Richtung ein weitgehender sozialer Ausbau der Beratungsstellen denkbar ist. Um ihre heutige Reichweite zu übersehen, ist es vorteilhaft, die von ihnen nach den bisherigen — natürlich im statistischen Sinne noch ganz unzulänglichen — Zahlen erreichten Patientenziffern zu vergleichen mit der Einwohnerzahl der betreffenden Städte und ihrer mutmaßlichen Geschlechtskrankenziffer. Bei der Unsicherheit, die jeder bisherigen Statistik der Geschlechtskrankheiten anhaftet, kann eine solche Aufstellung natürlich nur schätzungsweise gelten.

Im Anschluß an die Betrachtung der Wirksamkeit der Berliner Stelle sei daher folgendes gesagt: Blaschko berechnet in seiner Arbeit im 25. Band der Dermatologischen Zeitschrift die Zahl der gleichzeitig in Großberlin lebenden Geschlechtskranken auf 32 000, indem er allerdings berücksichtigt, daß die Krankenziffer, die seiner Aufstellung als Unterlage diente, aller Wahrscheinlichkeit nach auf

eine Einwohnerzahl von vier Millionen bezogen werden muß, da sich innerhalb von Großberlin auch viele außerhalb Wohnende behandeln lassen (Sonderdruck der erwähnten Arbeit, Berlin, Karger, 1918, S. 57). Nehmen wir nun die Einwohnerzahl von Berlin im engeren Sinne, also des Bezirkes, aus dem sich vornehmlich die Besucher der Beratungsstelle am Köllnischen Park rekrutieren, mit rund zwei Millionen an, so kämen wir schätzungsweise auf die Zahl von 16000 Kranken, also 8 Prom. Blaschko berechnet den Zugang an frischen Fällen auf rund 100000 jährlich für Großberlin, und annähernd ebenso für Hamburg. Davon entfallen rund 70 Proz. auf Gonorrhöe und rund 20 Proz. auf Lues. Die Zahl der bisher — für das Rechnungsjahr 1918 — erfaßten Kranken der Berliner Beratungsstelle verhält sich also zur mutmaßlichen Ziffer der jährlichen venerischen Zugänge in Berlin wie 2735 zu rund 50000, also zwischen 4 und 5 Proz. aller Neuerkrankungen. Dabei sind die Luetiker in einem viel stärkeren Verhältnis erfaßt als die relativ wie absolut zahlreicheren Gonorrhoiker, und es ist zu bedenken, daß längst nicht alle Zugänge der Beratungsstelle als „Zugänge“ in Blaschko's Sinne zu buchen sind.

Man darf nun aber nicht glauben, daß aus dem niedrigen Prozentsatz der erfaßten Neuerkrankungen der Schluß auf die Unbrauchbarkeit der Beratungsstellen bereits gerechtfertigt wäre. Denn eine der wichtigsten Aufgaben der Stellen, die Überwachung einmal erfaßter Luetiker, wird durch diese Überlegung gar nicht berührt — und diese Aufgabe war es ja ursprünglich, die in Hamburg zur Verwirklichung des Gedankens der Beratungsstellen führte. Hatte doch Cäsar Philipp schon 1914 auf Grund des Hamburger Materials von 1908—12 nachgewiesen, daß 89 Proz aller Luetiker ausgesprochen ungenügend behandelt werden (Münchn. med. Wochenschr. 1914, Nr. 5).

Eine Erwägung, die eher einen bedenklichen Schluß rechtfertigen könnte, ist die der Rentabilität der Stellen, das Verhältnis von Aufwand an Kräften und Geld zum Ertrag in sozialhygienischer Beziehung. Die Kosten der Beratungsstelle der LVA. Berlin betrugen:

1917			1918		
Einrichtung	2 015,00	M.	Leitender Arzt	3 000,00	M.
Leitender Arzt	2 000,00	„	Ärztl u. wissensch. Hilfsarb.	11 560,00	„
Andere Ärzte u. wissensch. Hilfe	5 670,00	„	Bureau	7 825,17	„
Bureau	2 157,00	„	Miete	1 304,33	„
Porti, Papier	174,00	„	Porti, Papier	32,15	„
Untersuchungen	828,00	„	Untersuchungen	3 210,60	„
			Ergänzung der Einrichtung	830,95	„
Summe	**12 844,00**	**M.**	**Summe**	**27 763,20**	**M.**

Die Kosten des Jahres 1917 von 12 844 M. abgerechnet auf die Zahl der beratenen Patienten, also 2 009, ergeben auf den Kopf des Patienten ungefähr 6,00 M. Die Kosten des Jahres 1918, 27 763,20 M. bezogen auf |3 047 Beratene ergeben auf den Kopf des einzelnen ungefähr 9,00 M. Nicht eingerechnet sind dabei die Kosten der Behandlung, die die LVA. zu tragen hat, da diese Behandlung ja nicht im Rahmen der Beratungsstelle vorgenommen wird.

Wenn man bedenkt, daß die Kranken auf Grund der Untersuchung nichts weiter erhalten, als einen guten Rat, so möchte einem das Unternehmen nicht gerade ökonomisch angelegt erscheinen. Indessen ist, abgesehen davon, daß neu gegründete Unternehmen nicht mit der höchsten Rentabilität von Anfang an zu arbeiten pflegen, zu sagen, daß vielleicht der vorläufige Mangel nicht in der Stelle und ihrer Einrichtung als solcher liegt, sondern darin, daß der Boden für ihre Wirksamkeit noch nicht hinreichend vorbereitet ist. Erstens brauchen wir jetzt und in Zukunft eine umfassende Aufklärungspropaganda; diese wird das Verständnis für eine öffentliche geregelte Überwachung aller mit den venerischen Seuchen zusammenhängenden Fragen wecken und voraussichtlich den Beratungsstellen eine Zahl von Besuchern zuführen, die ihre Rentabilität steigern dürfte. Zweitens wird ein Ausbau der Stellen in der Richtung geboten sein, daß wenigstens in bestimmten Fällen im volkshygienischen Interesse die Behandlung mit der Beratung verbunden werden kann. Bruhns hat kürzlich (Verh. d. Deutsch. Ges. f. öff. Gesundheitspfl., Berlin 1919, Nr. 1) darauf hingewiesen, wie wichtig die Erwägung einer Kombination von Beratung und Behandlung sei; so daß etwa an Orten mit Polikliniken keine Beratungsstellen nötig wären, dagegen an anderen Orten Beratungsstellen die fehlenden Polikliniken ersetzen könnten, in einer Form, die sich auf Grund des Konnexes mit den betreffenden Lokalärzten aus den jeweils besonderen örtlichen Verhältnissen zu ergeben hätte. Vielleicht liegt hier der Ansatz zu der Entwicklung, die schließlich in der Verwirklichung der alten Forderung des Erfurter Programms ihren Abschluß finden dürfte, daß jedem Bürger die Möglichkeit kostenfreier ärztlicher Behandlung gewährleistet sein soll.

Jedoch wäre es verfrüht, über den Wert der Beratungsstellen ein abschließendes Urteil zu fällen. Nicht nur aus zeitlichen Gründen: Die Neueinrichtungen sind unter denkbar ungünstigen Verhältnissen getroffen worden, und es liegen erst die Erfahrungen von 2—3 Jahren vor. Des weiteren ist es aber erforderlich, das bisher gewonnene Bild durch einige Daten, welche die Ent-

wicklung der Beratungsstellen im allgemeinen betreffen, abzurunden.

IV.

Über die Entwicklung der Beratungsstellen gibt rein äußerlich die Statistik in den Berichten der Landesversicherungsanstalten Auskunft. Auf der letzten Tagung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten am 17. Oktober 1919 zu Berlin, wurde mitgeteilt, daß 1918 33000 Beratungen gewährt worden seien und die Zahl der Beratungsstellen 124 betragen habe. Die Zahlen sind 1919 noch gestiegen. Das Verzeichnis der Landesversicherungsanstalten vom Februar 1919 verzeichnet 125 Beratungsstellen, abgesehen von Mannheim, wo alle Ärzte der Stadt zugleich beraten und behandeln, gemäß einem Abkommen, daß zwischen der Krankenkassenkommission, der Gesellschaft der Ärzte und der Landesversicherungsanstalt Baden bezüglich der Behandlung und Überwachung Geschlechtskranker am 1. Oktober 1917 zustande kam (vgl. die Berichte der LVA. Baden, sowie das Referat über das Mannheimer System von Th. Sachs in der 1772. Sitzung des Ärztlichen Vereins in Frankfurt/Main vom 24. Februar 1919; auch Münchn. med. Wochenschr. 1919, Nr. 32, S. 914).

1914/15 war nur die Beratungsstelle für Syphilitiker in Hamburg in Tätigkeit. Daher geben wir erst die Zahlen dieser beiden Jahre für Hamburg:

1914 liefen 433 Meldungen ein; von diesen Kranken konnten 149 der rechtzeitigen Nachbehandlung zugeführt werden. Die Kosten einschließlich Einrichtung betrugen 4881,95 M.

1915 wurden 717 Kranke neu gemeldet, 638 durch Kassen und Ärzte, 79 meldeten sich selbst. Nachuntersuchung fand bei 1015 Krankheitsfällen statt, woraufhin 667 Nachbehandlungsverfahren eingeleitet wurden. Die Kosten betrugen 5089,86 M.

Die Namensangabe ist in Hamburg obligatorisch. Die dortige Stelle steht mit einer Reihe von Spezialärzten in Verbindung, denen sie die nicht bei Kassen zuständigen Patienten auf Kosten der LVA. zuweist. Den Ärzten werden gleichzeitig Formulare zugestellt, die sie der Beratungsstelle ausgefüllt mit Mitteilungen über die Behandlung oder über eventuelles Ausbleiben der Patienten vor Abschluß der Behandlung zurücksenden. Ebenso melden die Kassen der Beratungsstelle, welchem Arzt oder Krankenhaus die ihr überwiesenen Kranken zugeführt worden sind.

Die Wiederauffindung säumiger Kranker, die anderenorts in-

folge des häufigen Wohnungswechsels der Patienten sehr erschwert und oft unmöglich gemacht wird, ist in Hamburg durch eine nachahmenswerte Einrichtung [1]), die „Zentralmeldestelle für die Kranken- und Invalidenversicherung bei der Hamburger Behörde für Versicherungswesen", erleichtert. Schwierigkeiten entstanden hin und wieder nur dadurch, daß sowohl von seiten Kranker wie von seiten der Ärzte die Einleitung von Behandlungen abgelehnt wurde, wenn keine äußeren Erscheinungen vorhanden waren. Wie auch Meldungen seitens der Ärzte bis jetzt recht spärlich blieben, und ein Entgegenkommen mit dem Hinweis auf § 300 StrGB., mit Verweigerung der Auskunft oder Diagnosenverschleierung zurückgewiesen wurde. Mißstände, mit denen auch andere Stellen arg zu kämpfen haben.

Für die Jahre 1916/17 geben wir die Hamburger Zahlen im Rahmen der vollständig vorliegenden Berichte der Landesversicherungsanstalten über die bis dahin eingerichteten Beratungsstellen, auf Grund der Zusammenstellung des Reichsversicherungs-Amtes. (Der Bericht über 1916 bezieht sich nur auf 15 LVA.)

Es wurden im ganzen gemeldet: 1916: 4839, 1917: 19140, 1918: 33000 Personen. Eine Steigerung der Inanspruchnahme ist also unverkennbar. Es ist das offenbar auf das wachsende Verständnis der Öffentlichkeit auf Grund von Aufklärung und auf das wachsende Vertrauen der einzelnen Kranken zur Diskretion und Zuverlässigkeit der Beratungsstellen zurückzuführen. Man kann diese Bewegung auch und gerade an den Beratungsstellen kleinerer Städte studieren, wo besondere Schwierigkeiten vorliegen: Es könnte hier ein Besuch der Stelle mehr auffallen, als in der Großstadt, wenn nicht die Beratung jederzeit, ohne Rücksicht auf eine besonders festgelegte Sprechstunde, erteilt wird, wie dies Lochte in Göttingen eingeführt hat. Die Kranken gehen in den Kleinstädten immer noch lieber zum Privatarzt; die Ärzte aber melden nicht.

Die Meldungen gingen bei den verschiedenen Stellen von folgenden Instanzen aus:

---

[1]) Eine andere nachahmenswerte Einrichtung Hamburgs ist die Verbindung, die zwischen der Beratungsstelle und der Behörde für öffentlichen Jugendschutz besteht; diese ermöglicht es, auch Kindern den Schutz der Stelle angedeihen zu lassen, vor allem zu verhindern, daß luesverdächtige Kleinkinder ohne vorhergehende genaue Untersuchung in Familienpflege gegeben werden. In Hamburg ist auch eine eigene Sprechstunde für venerisch infizierte Kinder eingerichtet.

	1916	1917
Selbstmeldungen	969	6 388
Krankenkassen	1 424	5 227
Krankenhäuser	1 541	3 532
Ärzte	460	1 950
Militär	209	898
Andere Stellen	236	1 145

Erfreulich ist das Ansteigen der Selbstmeldungen. Diese Meldungen verteilten sich auf folgende Krankheiten:

Krankheit	1916		1917	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Lues	1 693	1 558	5 381	6 092
Tripper	744	734	3 356	1 894
Andere Geschlechtskrankh.	86		1 554	
Keine Geschlechtskrankh.	321		863	

Hierbei fällt wiederum auf, was bereits im Hinblick auf das Berliner Zahlenmaterial betont wurde, daß die Gonorrhöe trotz ihrer viel größeren Verbreitung viel weniger von den Beratungsstellen erfaßt wird. Man kann dem nur mit begrenzter Berechtigung entgegenhalten, daß der oft akute Charakter der Gonorrhöe eine weitere Überwachung der Patienten nicht in dem Maße erforderlich erscheinen läßt, wie der chronische Charakter der Syphilis, der von vornherein mehrere Kuren notwendig macht. Vom sozialhygienischen Standpunkt betrachtet wirkt der Tripper gerade dadurch so bedenklich, daß der Träger gegen die Wirkung seiner Gonokokken immun wird und keine Erscheinungen mehr aufweist, trotzdem er noch Kokkenträger und also ansteckend ist. Wie sehr hier gerade eine Möglichkeit geschaffen werden müßte, die Feststellung einer endgültigen Heilung durch über längere Zeit ausgedehnte Beobachtung zu sichern, davon gibt die kürzlich erschienene Darstellung Mulzer's einen Begriff, welche die Schwierigkeit dieser Feststellung klar erkennen läßt („Die Feststellung der endgültigen Heilung der Gonorrhöe", Zeitschr. f. ärztl. Fortbildg. 1919, Nr. 13).

Beratungen wurden gezählt 3307 im Jahre 1916, 17074 im Jahre 1917. Da eine große Anzahl von Personen mehrfach beraten wurde, ist die Zahl der in Fürsorge genommenen Kranken kleiner als die Zahl der Beratungen: 1916 14744 Männer und 1137 Frauen, 1918 7810 Männer und 6724 Frauen. 233 (1916) und 1730 (1917) von diesen waren noch nicht ärztlich behandelt.

	1916 Männer	1916 Frauen	1917 Männer	1917 Frauen
Unaufgefordert oder auf erste Aufforderung hin erschienen	1 468	1 395	8 180	6 688
auf wiederholte Aufforderung hin	211	233	954	1 252
gar nicht	1 642		4 310	
von diesen durch den behandelnden Arzt nachuntersucht	588		1 406	
unauffindbar oder verzogen	368		1 553	
trotz mehrmaliger Aufforderung nicht erschienen	386		1 351	
Kuren wurden angeraten:				
auf Grund von Erscheinungen	764		6 500	
als Vorbeugung bei Lues	105		2 185	
Zusammen	869		8 685	

Der Behandlung unterzogen sich wegen:		1916	1917
Lues	Männer	259	2 408
	Frauen	253	2 952
Tripper	Männer	164	1 067
	Frauen	71	526
Zusammen		947	8 953

Der Vergleich der letzten Zahlen bestätigt ebenfalls, was schon aus der Berliner Aufstellung hervorging, daß diejenigen Personen, welche die Beratungsstelle überhaupt aufsuchen, gutwillige Menschen sind, die mit der Bereitschaft kommen, den Weisungen Folge zu leisten. Bestätigt, mit anderen Worten, daß die Leichtsinnigen auf die bisher geübte Weise nicht gefaßt werden, wenn nicht in der einen oder anderen Form ein Behandlungszwang durchgeführt wird.

Die Behandlungskosten verteilten sich, soweit darüber Mitteilungen vorliegen, auf:

	1916	1917	
Krankenkassen	in 269	3 217	Fällen
Landesversicherungsanstalten	„ 286	2 467	„
Sonderanstalten	„ 18	130	„
Reichsversicherung für Angestellte	„ 13	102	„
Kranke selbst oder Angehörige	„ 47	258	„
Sonstige Stellen oder Personen	„ 58	377	„

Daraus geht wiederum, wie wir schon bei der Untersuchung der Berliner Verhältnisse sahen, die verhältnismäßig große Zahl der behandelten Nichtversicherten, deren Kuren die LVA. tragen, hervor. Eine Sonderstatistik der Hamburger Heilverfahren läßt diese segens-

reiche Wirkung noch deutlicher erkennen. Es betrugen die Behandlungskosten für

	1916	1917
Versicherte in Hamburg	1 514,43 M.	1 262,89 M.
Unversicherte in Hamburg	1 896,13 „	4 402,57 „

Ebenso notierte die LVA. Westfalen für 1917 die Begleichung der Heilverfahren durch

die Kassen	in Höhe von	9 879,91 M.
„ Landesversicherungsanstalt	„ „ „	20 372,98 „

Dabei kann unberücksichtigt bleiben, daß die LVA. in Ausnahmefällen auch die Kosten für die Heilung Versicherter übernimmt.

Die Gesamtkosten der Stellen beliefen sich

	1916	1917
für Neueinrichtungen	auf 33 961 M.	35 797 M.
„ laufende Einrichtungen	„ 36 833 „	207 691 „

Es entfielen damit auf den Kopf der Beratenen, soweit man nur die laufenden Betriebskosten berücksichtigt (denn das bei der Neueinrichtung investierte Kapital kann natürlich nur im Laufe der Jahre amortisiert werden), 1916 rund 10 M. (33 961 : 3 307) und 1917 etwas über 10 M. (207 691 : 19 140). Diese Betrachtung über die Rentabilität der Stellen enthüllt noch kein allzu erfreuliches Bild. Aber auch hier gilt, was bereits gesagt wurde: Man kann die Rentabilität einer erst zwei bis drei Jahre betriebenen Einrichtung, die mit soviel Widerständen seitens des Publikums und leider auch der Ärzteschaft zu kämpfen hat, nicht als Maßstab für die endgültige Beurteilung ihres Erfolges und Wertes nehmen. Vieles muß noch ausgebaut werden, manches wird auf Grund erweiterter Erfahrungen geändert werden. Wünschenswert wäre vor allem eine Entwicklung in der Richtung einer Verknüpfung von Beratung und Behandlung, etwa in dem Sinne, wie Bruhns in der oben erwähnten Arbeit betonte. Weiter wäre sehr zu wünschen, daß die Gonorrhöe mehr und mehr von den Beratungsstellen erfaßt würde. Ich halte es für bedenklich, wenn die LVA. Thüringen beispielsweise, die auf Grund eines Abkommens mit den Thüringer Ärzten jedem Hilfesuchenden bis zu einem Jahreseinkommen von 4 000 M. kostenfreie Behandlung und Krankenhausaufnahme gewährt, davon die in der Sprechstunde behandelten Tripperfälle ausnimmt, da „die Kosten der Sprechstundenbehandlung (des Trippers) so gering sind, daß sie selbst da, wo Krankenkassenmitgliedschaft

nicht besteht, dem Kranken zugemutet werden können" (Bericht der LVA. Thüringen für 1918, S. 9). Solch eine Auffassung ist ganz besonders im Hinblick auf Frauen, die in der Tripperbehandlung noch äußerst unachtsam, in erhöhtem Maße unter ländlichen Verhältnissen, zu sein pflegen, nicht geeignet, im Sinne einer durchgreifenden Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu wirken. Viel besser ist da die Hamburger Einrichtung, bestimmte Verrichtungen auf der Beratungsstelle selbst, wie Untersuchung auf Gonokokken oder Spirochäten, sich mit je drei Mark vergüten zu lassen. Schließlich wäre es, um den Verkehr zwischen Ärzten und Beratungsstellen erfreulicher zu gestalten, als er in vielen Bezirken heute noch ist, wünschenswert, daß eine einheitliche Regelung bezüglich des Entgelts der ärztlichen Leistungen den Stellen gegenüber und eine weitergehende Interessierung der Ärzteschaft durch Zusammenarbeiten der LVA. mit den ärztlichen Standesvertretungen angestrebt würde. Ansätze in dieser Richtung sind vorhanden. So honoriert zum Beispiel die LVA. Westfalen laut Vereinbarung die Ausfüllung eines Meldeformulars durch den Arzt mit 5 M.; ferner fordert sie über die gemeldeten und unter Beobachtung stehenden Luetiker Zwischenberichte von den Ärzten ein, deren jeder mit 3 M. vergütet wird. Die Berichte werden im 1. Jahr der Infektion 4 mal, im 2. 3 mal, im 3. 2 mal erstattet. Wird in diesen Berichten die Willigkeit der Kranken, den ärztlichen Weisungen nachzukommen, bestätigt, so erfolgt keine besondere Vorladung seitens der Beratungsstellen.

Daß die Beratungsstellen bei entsprechendem Ausbau zu einem maßgebenden sozialhygienischen Faktor werden können, daran ist nicht zu zweifeln. Fürs erste dürfen wir in ihnen jedenfalls ein neues Mittel im Kampfe gegen die immer weiter um sich greifende venerische Verseuchung der Bevölkerung sehen. Gerade die Nachprüfung der in der Revolutionszeit zum Teil unkontrolliert vom Militär entlassenen und noch ungenügend behandelten Luetiker wird von größter Wichtigkeit sein; werden nicht schnellstens durchgreifende Maßnahmen eingeleitet, so wird ein erschreckender Anstieg der Totgeburten- und Paralysenkurve, auch in den ländlichen Bezirken, die Folge sein. Wie unverständig die Massen noch sind, darauf wirft die Statistik einer rheinländischen Beratungsstelle ein Licht: Von 40 Kranken, die der leitende Arzt für behandlungsbedürftig erklärte, hat nur ein einziger nach der ersten Behandlung den Arzt wieder aufgesucht. Über allen anderen Maßnahmen steht also die Forderung restloser Aufklärung

des Volkes. Ohne diese wird jede andere Unternehmung fruchtloses Stückwerk bleiben.

Literatur:

Bettmann, Gesundheitszeugnisse vor der Eheschließung (Ausbau der Beratungsstellen der Landesversicherungsanstalten). Deutsch. med. Wochenschr. 1918, Nr. 5.

Blaschko, A., Die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in Berlin. Berlin 1918 bei Karger und Dermat. Zeitschr. Bd. 25.

Bruhns und Alexander, Das erste Jahr der Charlottenburger Beratungsstelle für Geschlechtskranke. Dermat. Wochenschr. Bd. 64, 1917, S. 334.

Bruhns, C., Dreijährige Erfahrungen in der Charlottenburger Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten. Verh. d. Deutsch. Ges. f. öff. Gesundheitspfl. 1919, Nr. 1, 30. Januar.

Finger, E., Die soziale Bedeutung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Wien. med. Wochenschr. Mai 1919, Nr. 22 u. 23.

Hahn, Zweck und Errichtung von Beratungsstellen für Geschlechtskranke. Dermat. Wochenschr. Bd. 63, S. 897.

Hahn und Manchot, Die Organisation zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Hamburg. Zeitschr. z. Bek. d. Geschlechtskrankh. 1917, Nr. 4, Bd. 18.

Haustein, H., Die sozialhygienische Betätigung der Landesversicherungsanstalten. Dargestellt am Beispiel der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte. Zeitschr. f. Hyg. u. Infektionskrankh. Bd. 88, 1919.

Kaufmann, Krieg, Geschlechtskrankheiten und Arbeiterversicherung. Berlin 1916, Vahlen.

Kaufmann, Die neuen Beratungsstellen für Geschlechtskranke. Berlin 1917, Vahlen.

Lange, Helene, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten durch die deutschen Versicherungsanstalten. Die Frau, Juni 1916.

Lesser, E., Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten. Berl. klin. Wochenschr. 1917, Nr. 13.

Levin, Berl. klin. Wochenschr. 1917, Nr. 28.

Mulzer, Die Feststellung der endgültigen Heilung der Gonorrhöe. Zeitschr. f. ärztl. Fortbildg. 1919, Nr. 13.

Neynaber, Stellung der Landesversicherungsanstalten, insbesondere der Landesversicherungsanstalt Braunschweig, zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Monatsbl. f. Gesundheitspfl. 1917, Nr. 1/2.

von Notthafft, Eine Gefahr der Beratungsstellen. Dermat. Wochenschr. Bd. 67, 1918, S. 627.

Philip, C., Wieviele Syphilitiker lassen sich genügend behandeln? Münchn. med. Wochenschr. 1914, Nr. 5.

Stern, K., Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten. In „Des Deutschen Volkes Wille zum Leben“, herausgegeb. von Faßbender. Freiburg i. B. 1917, Herder.

Wilhelm, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Referat. Leer-Ostfriesland 1916, Zopf & Sohn.

von Zumbusch und Dyroff, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Arbeiten der vom Ärztlichen Verein München eingesetzten Kommission zur Beratung von Fragen der Erhaltung und Mehrung der Volkskraft. Münchn. med. Wochenschr. 1916, Nr. 48.

Berichte der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte über die Berichtsjahre 1914/17, Berichte der übrigen Landesversicherungsanstalten über die Berichtsjahre 1916/17 und, soweit vorliegend, 1918.

Runderlasse des Reichsversicherungsamtes vom 6. August 1917 und vom 21. August 1918.

Die Bevölkerungsbewegung der englischen Kolonien vor und in dem Weltkrieg.

(Australien, Neu-Seeland, Canada und weiße Bevölkerung der Südafrikanischen Union.)

Von C. DÖRING, Kopenhagen.
(Studiengesellschaft für Soziale Folgen des Krieges.)

Inhalt.

Einleitung.

Der Krieg mit seinen gewaltigen Menschenverlusten hat das Interesse für Bevölkerungspolitik in allen Ländern gewaltig gesteigert. Hier erheben sich Probleme internationaler Art. Sind doch die Verluste in den Siegerstaaten kaum weniger groß, als in den besiegten. Frankreich hat sogar verhältnismäßig mehr Menschen verloren als Deutschland. Relativ am günstigsten unter den europäischen Großstaaten steht England da.[1]) Jedoch betragen auch die Verluste dieses Staates an Gefallenen allein etwa das Zwanzigfache der Verluste, die Deutschland im Kriege 1870/71 erlitten hat! Diese Ziffer bezieht sich nur auf das Mutterland. Im ganzen englischen Imperium ist die Zahl der Verluste noch erheblich größer. Denn England hat auch die Menschenkraft seiner Kolonien im Kriege eingesetzt. Die Folge ist, daß der Krieg seine bevölkerungs-

[1]) Vgl. über die Verluste der europäischen Staaten: C. Döring, „Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg. III Teil. 35 Millionen Menschenverlust in Europa." Bulletin der Studiengesellschaft für Soziale Folgen des Krieges. Nr. 6. Kopenhagen 1920. Siehe auch die Abhandlung aus Band 13, Heft 4 des „Archivs", in der die Bevölkerungsbewegung in Deutschland, Österreich-Ungarn, England und Frankreich behandelt wird.

politischen Wirkungen auch auf Gebiete erstreckt hat, die räumlich weit von Europa als dem Zentrum der Kämpfe entfernt lagen. Am wertvollsten war für England die Hilfe derjenigen seiner Kolonien, die Selbstverwaltung besaßen. Deutlich hat der Krieg gezeigt, wie fest die Bevölkerung dieser Kolonien sich innerlich dem Mutterlande verbunden fühlt. Daher auch ihr starker Kräfteeinsatz.

In der folgenden Untersuchung wollen wir zeigen, wie sehr der Krieg auf die Bevölkerungsbewegung der Kolonien zurückgewirkt hat. Amtliches Material lag in genügender Menge vor. Die wichtigsten der von uns benutzten Quellen sind:

1. „Statesmans Yearbook." Ältere Jahrgänge für den geschichtlichen Abriß; Jahrgänge 1914—1919 für die Bevölkerungsbewegung der Kriegsjahre.
2. „Official Year Book of the Commonwealth of Australia." Nr. 8—12 (1915—1919).
3. „Canada Yearbook" 1914.
4. „Statistical Abstract" for the several British Self-Governing Dominions etc. 1916.
5. Vital Statistics of Queensland.

Dazu kommen einzelne Artikel und Notizen, die in Zeitungen und Zeitschriften verstreut sind.

Folgendes ist zum Verständnis der Zahlen noch zu beachten:

In Australien und Neu-Seeland sind die Eingebornen (Australneger und Maories) unberücksichtigt gelassen. Ihre Zahl ist gering und ihre Bedeutung im Rahmen der Volkswirtschaft verschwindend klein. Am Kriege haben Eingeborne sich nicht beteiligt.

Für die Südafrikanische Union liegt bisher über die Kriegsjahre nur Material vor, das die weiße Rasse betrifft. Die Untersuchungen über die Kriegswirkungen beziehen sich daher nur auf diese. Inwieweit die Farbigen Truppen oder auch Arbeiter für das Heer gestellt haben, ist noch nicht bekannt geworden.

Der Verfasser wendet sich an alle bevölkerungspolitisch Interessierten mit der Bitte, ihm weiteres Material, das die sozialen Folgen des Krieges beleuchtet, zukommen zu lassen oder doch solches nachzuweisen. Zusendungen erbeten an „Selskabet for Social Forsken af Krigens Følger". Kopenhagen. Osterbrogade 56 C I.

Diese Arbeit wurde im Mai 1920 abgeschlossen.

I. Die Bevölkerungsbewegung vor dem Weltkriege.

Die Bevölkerungsbewegung der vier Kolonien weicht von jener Europas stark ab. Während die europäischen Staaten durchweg einen mehr oder weniger starken Wanderungsverlust aufweisen, sind die vier Kolonien typische Einwanderungsländer. Das beeinflußt nicht nur die Entwicklung der Bevölkerungszahl, sondern auch das Zahlenverhältnis der Geschlechter und den Altersaufbau.

1. Die Entwicklung der Bevölkerungszahl.

a) Australien, Neu-Seeland und Canada.

Die Einwohnerzahlen der drei Kolonien entwickelten sich in den letzten drei Jahrzehnten vor dem Kriege wie folgt:[1])

	1881	1891	1901	1911
Australien	2 306 700	3 241 000	3 824 900	4 568 700
Neu-Seeland	489 900	626 700	772 700	1 008 500
Canada	4 324 800	4 833 300	5 371 300	7 206 600
Zusammen	7 121 400	8 701 000	9 968 900	12 783 800

In allen drei Kolonien stieg die Bevölkerungszahl sehr stark an. Jedoch war die Entwicklung nicht überall gleichmäßig. Die Zunahme betrug:

	Australien Proz.	Neu-Seeland Proz.	Canada Proz.	Zusammen Proz.
1881—1891	**40,6**	27,9	11,8	22,2
1891—1901	18,0	**23,3**	11,1	14,6
1901—1911	19,5	30,5	**34,2**	28,2
Zusammen (1881—1911)	98,3	105,8	66,7	**79,5**

Insgesamt belief sich die Zunahme auf annähernd **80 Proz.** Sie war am größten in Neu-Seeland, wo sich die Bevölkerungszahl in den 30 Jahren mehr als verdoppelte. In Australien stieg sie fast auf das Zweifache und in Canada um etwa zwei Drittel. Von 1881—1891 stand Australien an der Spitze, von 1891—1901 Neu-Seeland und von 1901—1911 Canada. Verhältnismäßig am geringsten war das Wachstum der Bevölkerungszahl von 1891—1901. Im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege war die Entwicklung sehr günstig.

[1]) Australien und Neu-Seeland ausschl. Eingeborene. Vgl. die Einleitung.

b) Südafrikanische Union.
(Kapland, Natal, Oranjefreistaat und Transvaal.)

Die südafrikanische Union muß aus verschiedenen Gründen gesondert betrachtet werden. Während in den drei übrigen Kolonien die Bevölkerung, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, europäischer Nationalität ist, machen in Südafrika die Weißen nur etwas mehr als ein Fünftel der Bevölkerung aus (etwa 21,5 Proz.). Den weitaus größten Teil der Bevölkerung bilden die Eingeborenen. Außerdem ist zu beachten, daß zahlreiche farbige Arbeiter aus Asien (meist Inder und Chinesen) eingewandert sind. Daher sind die Rassenverhältnisse außerordentlich verwickelt. Den farbigen Rassen gegenüber (Eingeborene der verschiedensten Stämme, Inder, Chinesen und Mischlinge) bilden die Einwohner europäischer Abstammung die wirtschaftlich und politisch herrschende Oberschicht.

Über die Bevölkerungsbewegung der südafrikanischen Union ist das Material viel weniger brauchbar als die Ergebnisse aus den übrigen drei Kolonien.

Die Untersuchung wird noch dadurch erschwert, daß die einzelnen Gebietsteile häufigen Grenzverschiebungen unterworfen waren. Zuverlässige Gesamtstatistiken über das ganze Gebiet der heutigen Union liegen nur für die Jahre 1904 und 1911 vor. Bis zum Jahre 1904 muß daher jedes der einzelnen Gebiete für sich untersucht werden.

Kapland.

1. In der ursprünglichen Kolonie (eigentliches Kapland) betrug die Einwohnerzahl:

	Gesamt	Darunter Weiße
1875	720 984	236 783
1891	956 485	336 938
Zunahme 1875—91	32,7 Proz.	42,3 Proz.

In den 16 Jahren hat sich die Einwohnerzahl also sehr stark vergrößert. Die Zahl der Weißen hat sich in dieser kurzen Zeit sogar um über 40 Proz. vermehrt.

Noch stürmischer war die Entwicklung in den folgenden Jahren.

2. Auf dem heutigen Gebiete der Kapkolonie (einschließlich Pondo[1]) und Britisch-Betschuana[1])) wurden gezählt:

[1]) Pondo wurde 1894, Britisch-Betschuana 1895 einverleibt. Britisch-Betschuana hatte 1891: 72 736 Einwohner, darunter 5 211 Weiße; die Ein-

	Gesamt	Darunter Weiße
1891	1 787 960	383 298
1904	2 409 804	579 741
Zunahme 1891—1904	**34,8** Proz.	**51,2** Proz.

Die Zunahme ist außerordentlich groß. Bei der weißen Bevölkerung betrug sie über 50 Proz.

Für den Zeitraum 1875—1904 ist die Zunahme der Einwohnerzahl etwa so zu beziffern:

Bei der Gesamtbevölkerung:	rund 78 Proz.
Bei der weißen Bevölkerung:	„ 93 „

Natal.

1. Natal annektierte im Jahre 1897 Zululand, das 1898: 201 635 Einwohner hatte, darunter 1 305 Weiße. Bei dem Zensus von 1901 ist Zululand mit eingeschlossen. In diesem Jahre sind für Zulu etwa 225 000 Einwohner zu schätzen mit rund 1 500 Weißen. Setzt man diese Zahlen von den Ergebnissen des Zensus ab, so läßt sich ein Vergleich mit früheren Zählungen wenigstens annähernd durchführen. In Natal, ausschl. Zulu, betrug die Einwohnerzahl:

	Gesamt	Darunter Weiße
1879	361 587	22 654
1891	543 913	46 788
1901	rund 700 000	rund 62 300

Die Zunahme betrug:

	Bei der Gesamtbevölkerung Proz.	Bei der weißen Bevölkerung Proz.
1879—91	50,4	106,5
1891—1901	28,7	33,2
1879—1901	93,6	174,6

Die Zunahme der Bevölkerungszahl übertrifft noch die im Kaplande. Die Zahl der Weißen nahm auch hier relativ stärker zu als die Gesamteinwohnerzahl.

2. Im Jahre 1903 wurden drei Distrikte, die zu Transvaal gehört hatten, nämlich Vryheid, Utrecht und ein Teil von Wakkerstroom, mit Natal vereinigt. Die Gebiete hatten etwa

wohnerzahl Pondos betrug 1891 rund 188 000, worunter etwa 1 100 europäischer Abstammung waren. Diese Zahlen sind den Ergebnissen des Zensus über die erweiterte Kolonie aus dem Jahre 1891 hinzugerechnet. Die erweiterte Kolonie besteht aus dem eigentlichen Kapland, Griqualand, Tembuland, Transkei und der Walfischbai.

58000 Einwohner, von denen rund 8000 der weißen Rasse angehörten. Rechnet man diese Gebiete beim Zensus vom Jahre 1901 mit ein, so betrug die Einwohnerzahl auf dem heutigen Gebiete der Kolonie (ursprüngliches Gebiet, Zulu und die drei von Transvaal übernommenen Distrikte):

	Gesamt	Darunter Weiße
1901	983 118	71 821
1904	1 108 754	97 109
Zunahme	12,8 Proz.	35,2 Proz.

Für den Zeitraum von nur drei Jahren ist das eine sehr starke Zunahme. Auch in diesen Jahren ist die Zahl der Weißen mehr gewachsen als die der Farbigen.

Insgesamt ist die Zunahme der Bevölkerungszahl von 1879 bis 1904 etwa so zu beziffern:

Bei der Gesamtbevölkerung:	rund 118	Proz.
Bei der weißen Bevölkerung:	„ 270	„

Zu den Ziffern ist allerdings zu bemerken, daß die weiße Bevölkerung nur einen Bruchteil der Gesamtbevölkerung ausmacht. Ein selbst kleiner Zustrom von außen muß hier also relativ schon stark ins Gewicht fallen.

Oranjefreistaat.

Für diesen Staat liegt uns die Entwicklung der Bevölkerungszahl nur seit 1890 vor. Es wurden Einwohner gezählt:

	Gesamt	Weiße
1890	207 503	77 716
1904	387 315	142 679
Zunahme	86,6 Proz.	83,6 Proz.

Die Zahl der Einwohner nahm in diesem Zeitraum in Oranje stärker zu als im Kapland und in Natal. Im Kapland betrug sie 1891—1904 bei der Gesamtbevölkerung etwa 35 Proz., bei der weißen Bevölkerung 51 Proz.; in Natal sind die entsprechenden Ziffern 45 Proz. und 80 Proz.

Transvaal.

Hier sind die Schwierigkeiten besonders groß, da bei früheren Zählungen die Anzahl der Farbigen nur schätzungsweise gegeben wird. Im allgemeinen war der Zuwachs der Bevölkerungszahl in den letzten Jahrzehnten sehr groß, da die Entdeckung der Goldlager einen starken Menschenzustrom zur Folge hatte.

Besonders auffällig geht das aus der an amerikanische Verhältnisse erinnernden Entwicklung der Stadt Johannesburg hervor. Die Stadt, die 1885 noch nicht existierte, hatte Mitte der 90er Jahre schon mehr als 100000 und 1911: 237000 Einwohner.

Bei der Beurteilung der Zensusergebnisse von 1904 ist zu bedenken, daß Transvaal die oben schon erwähnten drei Distrikte an Natal abgetreten hatte. Will man daher das Ergebnis von 1904 mit früheren Zählungen vergleichen, so muß man diese Gebiete noch mit einrechnen. Die Zahl der Einwohner betrug:

	Gesamt	Darunter Weiße
1898	994 156	245 397
1904	1 327 951	305 277
Zunahme	**33,6** Proz.	**24,4** Proz.

Zu der verhältnismäßig kleineren Ziffer bei den Weißen ist zu bemerken, daß die weiße Bevölkerung Transvaals in der Zeit des Krieges mit England außerordentlich schwer gelitten hat. Immerhin ist eine Zunahme von über 24 Proz. in nur sechs Jahren noch recht beträchtlich.

Die Union 1904 und 1911.

Nach den Ergebnissen der beiden letzten Volkszählungen stellt sich die Entwicklung in der gesamten Union so dar:

	Bevölkerung gesamt	Weiße Rasse
1904	5 175 824	1 116 806
1911	5 973 394	1 276 242
Zunahme	**15,4** Proz.	**14,3** Proz.

Die Zunahme ist nicht so stark, wie in den vorhergehenden Jahrzehnten, aber im Vergleich mit europäischen Verhältnissen immer noch sehr beträchtlich. Die weiße Rasse hat in diesen sieben Jahren etwas weniger an Zahl zugenommen als die farbige. Jedoch ist der Unterschied nur klein.

Die Union 1891 und 1911.

Auf Grund der obigen Untersuchungen ist es möglich, die Einwohnerzahl, die das heutige Gebiet der Union im Jahre 1891 hatte, annähernd abzuschätzen. Der Vergleich mit 1911 sieht so aus:

	Einwohnerzahl gesamt	Weiße Bevölkerung
1891	rund 3 350 000	rund 700 000
1911	„ 5 973 000	„ 1 276 000
Zunahme	rund **80** Proz.	rund **82** Proz.

Die Zunahme ist weit stärker als in den europäischen Staaten.

c) Vergleich mit anderen Staaten.

Wie rasch sich die Einwohnerzahlen in den Kolonien entwickelten, zeigt am besten ein Vergleich mit den europäischen Staaten. Die Bevölkerungszahl wuchs von 1881—1911 an:

Englische Kolonien[1])	Neu-Seeland	105,8	Proz.
	Australien	98,3	"
	Canada	66,7	"
Europäische Großstaaten	Deutschland	44,0	"
	Österreich-Ungarn	30,5	"
	Großbritannien und Irland	29,6	"
	Italien	22,5	"
	Frankreich	5,4	"
Europäische Mittel- und Kleinstaaten	Serbien	64,0	"
	Rumänien	51,5	"
	Niederlande	45,0	"
	Dänemark	38.5	"
	Griechenland	36,0	"
	Belgien	34,5	"
	Schweiz	32,6	"
	Norwegen	24,4	"
	Schweden	20 9	"
	Spanien	17.0	"

Die Zunahme war in Neu-Seeland, Australien und Canada größer als in sämtlichen europäischen Groß-, Mittel- und Kleinstaaten. Nur die Ziffer für Serbien entspricht annähernd jener Canadas. Aber hinter Neu-Seeland und Australien bleibt auch Serbien weit zurück.

In der Tabelle fehlt Rußland, da für diesen Staat exakte Nachweise über frühere Jahre nur bis 1897 zurückreichen. Von 1897—1911 nahm die Bevölkerungszahl des europäischen Rußland um etwa 29 Proz. zu. In dem gleichen Zeitraum betrug die Zunahme in Australien rund 39 Proz., in Neu-Seeland rund 40 Proz., in Canada sogar etwa 48 Proz. Also bleibt auch Rußland, das sich unter den europäischen Staaten durch seine rasche Bevölkerungszunahme auszeichnet, hinter den drei Kolonien zurück.

Bemerkenswert ist dagegen, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die ebenfalls ein Einwanderungsland sind, eine ähnliche Entwicklung aufweisen, wie die englischen Kolonien. In den Vereinigten Staaten stieg die Einwohnerzahl von 1880 bis 1910 um rund 83 Proz.

[1]) Für Südafrika werden die Vergleiche weiter unten gegeben, da über diese Kolonie nur Zahlen aus den Jahren 1891 und 1911 vorliegen.

Noch größer wie in den drei oben genannnten Kolonien war die Zunahme der Bevölkerungszahl in der Union von Südafrika. Sie betrug von 1891—1911 rund 80 Proz., für die weiße Bevölkerung sogar 82 Proz. Zum Vergleich geben wir die Ziffern über die europäischen Großstaaten im gleichen Zeitraum. Die Einwohnerzahl wuchs von 1891—1911:

In Deutschland um	31	Proz.
„ Großbritannien und Irland um	20	„
„ Österreich-Ungarn um	19	„
„ Frankreich um	3	„

Alle Ziffern bleiben sehr weit hinter jenen für Südafrika zurück.

Auch in den letzten Jahren vor dem Kriege, über die exakte Nachweise vorliegen, war der Vorsprung der Kolonien gegenüber den europäischen Staaten sehr stark. In der folgenden Tabelle geben wir den durchschnittlichen jährlichen Zuwachs auf 100 der mittleren Bevölkerung für das Jahrfünft 1906—1911. Der Zuwachs betrug:

Canada	2,99	Proz.	Spanien	0,87	Proz.
Neu-Seeland	2,56	„	Österreich	0,86	„
Australien	2,03	„	Portugal	0,85	„
Südafrika	2,04	„	Ungarn	0,84	„
Südafrika (Weiße Bevölk.)	1,90	„	Schweden	0,84	„
Serbien	1,55	„	Italien	0,80	„
Rumänien	1,48	„	Bulgarien	0,72	„
Finland	1,43	„	Griechenland	0,70	„
Deutschland	1,36	„	Belgien	0,69	„
Dänemark	1,26	„	Norwegen	0,66	„
Niederlande	1,22	„	Schottland	0,56	„
Schweiz	1,17	„	Frankreich	0,16	„
Luxemburg	1,06	„	Irland	— 0,06	„
England und Wales	1,04	„			

Die Ziffern sind in den vier Kolonien höher als in den sämtlichen europäischen Staaten.

Die Vereinigten Staaten kommen auch in diesem Jahrfünft den Kolonien nahe. Hier betrug die Ziffer 1,82 Proz.

Der rasche Aufstieg der Einwohnerzahl in den Kolonien, verglichen mit Europa, ist zurückzuführen auf den hohen Geburtenüberschuß und auf den Wanderungsgewinn.

2. Der Geburtenüberschuß.

a) Australien und Neu-Seeland.

Über Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse liegen exakte offizielle Angaben nur aus Australien und Neu-Seeland vor. Die

Geburten- und Sterbeziffern sowie die Ziffern des Geburtenüberschusses betrugen auf 1000 der mittleren Bevölkerung:

	Australien			Neu-Seeland		
	Geb.	Gest.	Geb.-Übersch.	Geb.	Gest.	Geb.-Übersch.
1871	38,0	13,0	**25,0**	40,0	10,0	**30,0**
1881	36,0	15,0	**21,0**	38,0	**11,0**	**27,0**
1891	35,0	15,0	**20,0**	29,0	10,0	**19,0**
1901	26,9	12,0	**14,9**	26,0	10,0	**16,0**
1910	26,7	8,4	**18,3**	26,0	10,0	**16,0**
1911	27,2	8,8	**18,4**	26,0	9,0	**17,0**
1912	28,7	9,1	**19,6**	26,0	9,0	**17,0**
1913	28,3	8,7	**19,6**	26,0	9,0	**17,0**
1914	28,0	8,8	**19,2**	26,0	9,0	**17,0**

Die Geburtenziffern sind nicht auffällig groß. Wie in den europäischen Staaten zeigen sie auch in Australien und Neu-Seeland im allgemeinen, von Schwankungen unterbrochen, eine Tendenz zum Sinken.

Ganz ungewöhnlich niedrig sind dagegen die Sterbeziffern. In dieser Beziehung sind die Verhältnisse in den beiden Kolonien weit günstiger als in sämtlichen europäischen Staaten. Wir werden darauf noch zurückkommen.

Infolge der niedrigen Sterblichkeitsziffer ist die Ziffer des Geburtenüberschusses sehr hoch.

b) Südafrikanische Union.

Offizielle Gesamtergebnisse sind bisher nicht veröffentlicht worden. Jedoch liegen uns über die einzelnen Provinzen seit 1910 Angaben vor. Sie beziehen sich nur auf die weiße Bevölkerung.

	Geburtenziffer					Sterblichkeitsziffer				
	1910	1911	1912	1913	1914	1910	1911	1912	1913	1914
Kapland	32	32	33	31	31	—	—	—	11	10
Natal	27	28	28	28	28	8	8	10	10	10
Oranje	31	29	28	29	24	8	8	8	8	7
Transvaal	38	36	35	34	31	11	11	11	10	9

Die Geburtenziffern sind durchweg etwas höher als in Australien und Neu-Seeland, die Sterbeziffern denen jener Länder etwa gleich. Daher hat auch die weiße Bevölkerung der südafrikanischen Union einen sehr hohen Geburtenüberschuß. Kombiniert man die Ziffern unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl, so erhält man folgende annähernde Gesamtergebnisse für die weiße Bevölkerung der Union:

Südafrikanische Union

	Geb.	Gest.	Geb.-Übersch.
1910	33,5	9,8	23,7
1911	32,6	9,8	22,8
1912	32,6	10,1	22,5
1913	31,5	10,2	21,3
1914	29,8	9,4	20,4

c) Canada.

Auch über Canada gibt es keine jährliche Gesamtstatistik der Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse. Aus den einzelnen Provinzen liegen jedoch, mit Ausnahme von Yukon und Neu-Braunschweig, Angaben vor, so daß wir für das Jahr 1911 das Gesamtergebnis annähernd berechnen können. In den acht Staaten wurden 1911 rund 181 000 geboren, es starben 92 600. Danach beträgt die Geburtenziffer etwa 26,5, die Sterbeziffer 13,5, der Geburtenüberschuß rund 13,0 auf 1 000 der Bevölkerung. Die Sterblichkeitsverhältnisse sind also etwas ungünstiger als in den übrigen drei Kolonien und der Geburtenüberschuß ist daher geringer.

Für die früheren Jahrzehnte läßt sich nur die Ziffer des Geburtenüberschusses annähernd ermitteln. Die Regierung fordert alle 10 Jahre von den einzelnen Provinzen Berichte ein über die Bevölkerungsbewegung und veröffentlicht die Hauptresultate. Auf Grund dieser Veröffentlichungen hat Alex Wagner eine Gesamtdarstellung der Bevölkerungsbewegung Canadas gegeben.[1]) Gestützt auf diese Untersuchungen, die der erste Versuch sind, die Bevölkerungsbewegung Canadas lückenlos zu erfassen, haben wir die Ziffer des Geburtenüberschusses ermittelt. Die Ziffer betrug auf 1 000 der mittleren Bevölkerung:

1861—1870	rund 12,2
1871—1880	„ 12,1
1881—1890	„ 12,5
1891—1900	„ 13,4
1901—1910	„ 12,1

d) Vergleich mit europäischen Staaten.

In den folgenden Tabellen werden die Geburtenziffern, die Sterblichkeitsziffern und die Ziffern des Geburtenüberschusses der vier Kolonien mit jenen einiger europäischen Staaten verglichen.

---

[1]) Alex Wagner, „Die Bevölkerungsbewegung des canadischen Dominiums.“ Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Wien 1914 Nr. 8.

	Australien	Neu-Seeland	Süd-afrika[1]	Canada	Deutschland	Österr.-Ungarn	Großbrit. u. Irland	Frankreich	Italien
	Geburtenziffer.								
1901	26,9	26,0	—	—	35,7	37,1	28,0	22,0	32,6
1910	26,7	26,0	33,5	—	29,8	34,2	25,0	19,6	33,3
1911	27,2	26,0	32,6	26,5	28,6	33,0	24,4	18,7	31,5
1912	28,7	26,0	31,5	—	28,3	33,7	23,9	19,0	32,4
1913	28,3	26,0	29,8	—	27,5	31,6	24,1	18,8	31,7
	Sterblichkeitsziffer.								
1901	12,0	10,0	—	—	20,7	24,6	17,1	20,1	22,0
1910	8,4	10,0	9,8	—	16,2	22,3	14,0	17,8	19,9
1911	8,8	9,0	9,8	13,5	17,3	23,3	14,8	19,6	21,4
1912	9,1	9,0	10,1	—	15,6	21,7	13,9	17,5	18,2
1913	8,7	9,0	10,2	—	15,1	21,6	14,3	17,7	18,8
	Geburtenüberschuß.								
1901	14,9	16,0	— }	12,1	15,0	12,5	10,9	1,9	10,6
1910	18,3	16,0	23,7 }		13,6	11,9	11,0	1,8	13,4
1911	18,4	17,0	22,8	13,0	11,3	9,7	9,6	— 0,9	10,1
1912	19,6	17,0	22,5	—	12,7	12,0	10,0	1,5	14,2
1913	19,6	17,0	21,3	—	12,4	10,0	9,8	1,1	12,9

Die Geburtenziffern sind von denen der europäischen Staaten nicht auffällig verschieden.

Die Tabellen zeigen aber sehr deutlich, wieviel günstiger die Sterblichkeitsverhältnisse in den Kolonien im Vergleich mit Europa sind. Daher ist auch der Geburtenüberschuß durchweg in den Kolonien viel höher.

Nur wenige europäische Staaten haben einen ähnlich hohen Geburtenüberschuß. Die Großstaaten blieben in den letzten Jahren vor dem Kriege sämtlich hinter den vier Kolonien zurück. Zum Teil war der Unterschied sogar sehr groß. Von den Mittel- und Kleinstaaten Europas sind folgende durch hohen Geburtenüberschuß bemerkenswert. Die Ziffern beziehen sich auf das Jahr 1911:

	Geb.	Gest.	Geb.-Überschuß
Niederlande	27,8	14,5	13,3
Dänemark	26,6	13,4	13,2
Bulgarien	40,6	21,8	18,8
Serbien	36,6	22,0	14,6
Rumänien	43,0	25,7	17,3
Portugal	39,5	22,5	17,0

[1]) Nur weiße Bevölkerung!

Aber auch diese Staaten bleiben fast alle noch hinter den Kolonien zurück. Der hohe Geburtenüberschuß in den Balkanstaaten und in Portugal ist eine Folge sehr hoher Geburtenziffern. Die Sterblichkeitsverhältnisse sind in diesen Ländern sehr ungünstig.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß die vier Kolonien[1]) infolge ihrer sehr niedrigen Sterbeziffern eine weit stärkere natürliche Vermehrung haben als die europäischen Staaten.

Die niedrige Sterbeziffer ist, abgesehen von den günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen, auch darauf zurückzuführen, daß die Kolonien einen starken Zustrom an Menschen haben, die den gesündesten und leistungsfähigsten Jahresklassen angehören. Das drückt natürlich unter sonst gleichen Verhältnissen die Sterbeziffer herunter.

Bei Südafrika ist zu bedenken, daß die weiße Bevölkerung als ganze genommen die politisch und wirtschaftlich bevorrechtigte Oberschicht der Bevölkerung darstellt und daher unter weit günstigeren Bedingungen lebt als die Farbigen.

3. Der Einwanderungsüberschuß.

Unsere bisherigen Untersuchungen haben gezeigt, daß die vier Kolonien eine sehr starke natürliche Vermehrung haben. Jedoch ist sie nicht der einzige Faktor, der das starke Wachstum der Einwohnerzahl bewirkt. Ebenso wichtig ist für die Kolonien die Wanderbewegung. Sie ergibt im allgemeinen für alle vier Kolonien einen beträchtlichen Menschengewinn. Jedoch sind die Verhältnisse in den einzelnen Ländern und im Laufe der Jahre sehr verschieden.

a) Australien.

Australien weist eine sehr starke, aber wechselnde Wanderungsbewegung auf. Von 1861—1890 betrug der Einwanderungsüberschuß rund 741 000, das sind 35 Proz., also mehr als ein Drittel des gesamten Zuwachses der Bevölkerungszahl! Nach 1890 ging der Einwanderungsüberschuß stark herunter. Er betrug von 1891—1900 nur 24 879 oder 4 Proz. des gesamten Zuwachses. Die Jahre 1901—1905 brachten sogar einen Wanderungsverlust. Er betrug 16 793 oder 6 Proz. des Zuwachses der Be-

[1]) Es ist nicht zu vergessen, daß es sich bei Südafrika nur um die weiße Bevölkerung handelt. Bei den Farbigen ist die Sterblichkeit höher.

völkerungszahl. Dann folgte ein neuer Anstieg. 1906—1910 betrug der Wanderungsgewinn 14,5 Proz. und 1911—13 sogar 60 Proz. der gesamten Zunahme. In den letzten Jahren vor dem Kriege war der Einwanderungsüberschuß also größer als der natürliche Zuwachs.

Das Jahrbuch des australischen Bundes gibt auch das Geschlecht der Ein- und Auswandernden an. Die Ergebnisse sind sehr bemerkenswert. Der Überschuß an Einwandernden betrug von 1861—1910:

Insgesamt	806 474	
Davon männl. Geschl.	493 360	oder 61 Proz.
„ weibl. „	313 114	„ 39 „

Das männliche Geschlecht überwiegt also sehr stark. Von 1861—1910 wanderten 180 246 mehr Männer ein als Frauen.

Umgekehrt ist es beim natürlichen Überschuß. Auch darüber bringt das Jahrbuch, das überhaupt zu den wertvollsten seiner Art gehört, genaue Nachweise. Der Geburtenüberschuß betrug von 1861—1910:

Insgesamt	2 473 024	
Davon männl. Geschl.	1 134 388	oder rund 46 Proz.
„ weibl. „	1 338 636	„ „ 54 „

Hier überwiegt das weibliche Geschlecht um 204 248. Diese Ergebnisse sind wichtig für das Verständnis des Zahlenverhältnisses der Geschlechter. Wir kommen darauf noch zurück.

Wichtig ist auch die Frage, aus welchen Ländern die Einwandernden kommen. Hierfür besitzen wir die Nachweise allerdings nur von 1904—1913. In diesen Jahren betrug der Überschuß an Einwanderern:

Insgesamt	259 511
Davon aus Großbritannien	227 510

Die weitaus meisten Einwanderer kamen aus England. Besonders in den letzten Jahren vor dem Kriege war der Verkehr mit dem Mutterlande sehr stark gestiegen.

b) Neu-Seeland.

Für diese Kolonie waren uns Zahlen nur seit 1897 zugänglich. Von 1897—1913 betrug der Einwanderungsüberschuß rund 123 000, das ist etwa ein Drittel des gesamten Zuwachses der Bevölkerungszahl. 68 Proz. des Einwanderungsüberschusses stammten aus dem Mutterlande.

c) Canada.

Nach der oben bereits erwähnten Studie von A. Wagner[1]) stellt sich von 1861—1910 die Bevölkerungsentwicklung Canadas so dar:

Gesamte Zunahme	4 116 082	
Davon Geburtenüberschuß	2 907 454	= 70 Proz. d. ges. Zunahme
„ Einwanderungsüberschuß	1 208 628	= 30 „ „ „ „

Auch in Canada ist also die Einwanderung ein wichtiger Faktor in der Bevölkerungsbewegung. Nahezu ein Drittel der gesamten Zunahme entfällt auf den Überschuß der Einwanderung.

In den einzelnen Jahrzehnten waren die Verhältnisse allerdings sehr verschieden. Von 1881—1900 erlitt das Land sogar einen Wanderungsverlust. Die folgende Tabelle stellt die Hauptzahlen dar:

	Geburten-überschuß	Ein-wanderung	Aus-wanderung	Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverl. (—)
1861—1870	408 783	336 463	200 783	+ 135 680
1871—1880	480 981	425 786	216 981	+ 208 805
1881—1890	572 421	414 009	478 225	— 64 216
1891—1900	684 566	410 821	557 097	— 146 276
1901—1910	760 703	1 640 928	566 293	+ 1 074 635

Von 1901—1910 hat die Einwanderung also außerordentlich stark zugenommen. In diesem Jahrzehnt war der Wanderungsgewinn weit größer als der natürliche Zuwachs. Der Einwanderungsüberschuß betrug fast 59 Proz. der gesamten Zunahme.

Auch in den Jahren, die dem Kriege unmittelbar vorangingen, war der Überschuß der Einwanderung sehr groß. Er betrug vom 1. April 1910 bis 31. März 1914 etwa 515 000; das sind rund 56 Proz. der gesamten Zunahme.

Weitaus die meisten Einwanderer kamen aus Ländern angelsächsischer Kultur. In seinem Werke „The Future of the Empire[2]) gibt J. Saxon Mills darüber an: Vom 1. Juli 1902 bis zum 31. März 1913 wanderten in Canada ein:

Aus Großbritannien	973 730	38,6 Proz.	} rund 74 Proz.
„ den Vereinigten Staaten	891 129	35,3 „	
„ Kontinentaleuropa	656 285		„ 26 „
Zusammen	2 521 144		

Danach kam nur etwa der vierte Teil von der Gesamtzahl der Einwanderer aus den europäischen Kontinentalstaaten. Bemerkenswert ist der starke Zustrom aus den Vereinigten Staaten.

[1]) Wagner, „Die Bevölkerungsentwicklung des canadischen Dominiums.“ Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Wien 1914 Nr. 8.

[2]) London 1918.

d) Südafrikanische Union.

Aus dieser Kolonie liegt nur wenig Material vor. Bis 1912 wurden nur Statistiken über das Kapland und Natal veröffentlicht. Die Zahlen beziehen sich zudem lediglich auf den Seeverkehr. Im Kapland sind bis 1906 nur die Erwachsenen in die Statistik einbezogen. Seit 1910 ist die Wanderungsbewegung mit den übrigen Staaten der Union nicht mehr berücksichtigt worden.

Kapland.

	1897—1909	1910—1912
Einwanderung zur See	454 664	99 427
Auswanderung „ „	374 003	87 552
Überschuß der Einwanderung zur See	80 661	11 875

Bemerkenswert ist der starke Verkehr der Kolonie mit Großbritannien. Hierfür liegen uns Zahlen seit 1900 vor. Der Überschuß der Einwanderung im Seeverkehr betrug von 1900—1912:

Im Gesamtverkehr	76 860
Im Verkehr mit Großbritannien	83 953

Der Einwanderungsüberschuß des Kaplandes war also im Verkehr mit Großbritannien größer als im Gesamtverkehr. Demnach muß also im Verkehr mit nichtbritischen Ländern ein Wanderungsverlust eingetreten sein.

Natal.

	1900—1909	1910—1912
Einwanderung zur See	336 094	46 874
Auswanderung „ „	258 506	42 434
Überschuß der Einwanderung zur See	77 588	4 440

Auch diese Kolonie hatte danach einen beträchtlichen Wanderungsgewinn.

Sowohl im Kapland als auch in Natal war die Wanderungsbewegung in den verschiedenen Jahren von wechselnder Stärke. Einzelne Jahre brachten sogar einen Überschuß der Auswanderung.

Die gesamte Union.

Erst seit dem Jahre 1913 wird der Seeverkehr der gesamten Union statistisch erfaßt. In diesem Jahre betrug die Zahl der Einreisenden 40 182, die der Ausreisenden 42 756. Das ergibt einen Wanderungsverlust von 1 574. Dies Ergebnis ist nicht auffällig, da in einzelnen früheren Jahren das Kapland allein schon einen etwas größeren Wanderungsverlust erlitten hat.

In ihrer Gesamtheit deuten die obigen Zahlen darauf hin, daß auch Südafrika, ähnlich wie die übrigen Kolonien, durch Einwanderung seine Einwohnerzahl beträchtlich vermehrte.

Indirekt läßt sich das auch aus der Zunahme der Bevölkerungszahl entnehmen. Ein Ansteigen der Einwohnerzahl um über 80 Proz. in nur 20 Jahren (1891—1911) ist aus der natürlichen Vermehrung allein nicht zu erklären.

4. Der Aufbau der Bevölkerung.

Für unsere bevölkerungspolitischen Untersuchungen kommt nicht nur die Anzahl der Einwohner in Betracht. Ebenso wichtig ist das Zahlenverhältnis der Geschlechter und der Altersaufbau. Auch in dieser Beziehung weicht die Entwicklung in den vier Kolonien als Einwanderungsländern stark von der Entwicklung in den europäischen Staaten ab. Wie die Statistik über die Ein- und Auswanderung in Australien zeigt, überwiegt bei den Einwandernden das männliche Geschlecht ganz bedeutend. Ähnlich dürfte es in den übrigen Kolonien sein. Die Folge ist, daß in der Bevölkerung der Kolonien ein beträchtlicher Männerüberschuß vorhanden ist. Der Überschuß ist um so größer, je stärker die Einwanderung ist. Da von den Einwandernden die Mehrzahl erwachsene Personen sind, so wird auch der Altersaufbau durch die Einwanderung stark zugunsten bestimmter Altersklassen beeinflußt. Umgekehrt ist es in den Ländern mit Wanderungsverlust.

a) Das Zahlenverhältnis der Geschlechter.

Australien.

Wie wir bereits andeuteten, überwog in Australien beim Einwanderungsüberschuß das männliche, beim Geburtenüberschuß dagegen das weibliche Geschlecht.

Von 1861—1910 war die Entwicklung so:

	Insgesamt	männl. Geschl.	weibl. Geschl.	Überschuß d. m Geschl.	Überschuß d.w.Geschl.
Einwanderungsüberschuß	806 474	493 360	313 114	180 246	—
Geburtenüberschuß	2 473 024	1 134 388	1 338 636	—	204 248
Zusammen	3 279 498	1 627 748	1 651 750	—	24 002

Trotzdem bedeutend mehr Männer als Frauen einwanderten, hat das weibliche Geschlecht wegen seines großen Übergewichts bei der natürlichen Vermehrung doch noch um rund 24 000 mehr zugenommen als das männliche. Im Jahre 1860 betrug der

Männerüberschuß 191 525, dagegen 1910 nur noch 167 533. Der allmähliche Rückgang des Männerüberschusses läßt sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt verfolgen. Auf 1 000 Personen männlichen Geschlechts kamen Personen weiblichen Geschlechts:

1860	713
1870	826
1880	853
1890	862
1900	905
1910	927

Wie sehr die Wanderungsbewegung das Zahlenverhältnis der Geschlechter beeinflußt, zeigen die Jahre 1911—1913. Wir haben bereits ausgeführt, daß der Einwanderungsüberschuß von 1911 bis 1913 rund 60 Proz. der gesamten Zunahme betrug. Er war also größer als der natürliche Zuwachs. Die Folge war, daß sich auch das Geschlechtsverhältnis wieder etwas zugunsten des männlichen Geschlechts verschob. Im Jahre 1913 kamen auf 1 000 männlichen nur 921 Personen weiblichen Geschlechts.

Neu-Seeland.

Auf 1 000 Einwohner männlichen Geschlechts kamen Einwohner weiblichen Geschlechts:

1871	705
1881	817
1891	882
1901	903
1911	896

Die Entwicklung ist ähnlich wie im benachbarten Australien. Das Übergewicht des männlichen Geschlechts geht langsam zurück. Jedoch hat auch hier mit der erneuten Zunahme der Einwanderung in den letzten Jahren vor dem Kriege ein kleiner Rückschlag zugunsten des männlichen Geschlechtes eingesetzt.

Canada.

Für diese Kolonie lagen uns Zahlen nur seit 1891 vor. Aber auch diese verhältnismäßig kurze Zeit läßt deutlich den starken Einfluß erkennen, den die Wanderungsbewegung auf das Zahlenverhältnis der Geschlechter ausübt. Wir haben bereits ausgeführt, daß im Jahrzehnt 1891—1900 das Land einen Wanderungsverlust erlitt. Dagegen brachten die Jahre 1901—1911 einen ganz gewaltigen Überschuß an Einwanderern. Diese Bewegung spiegelt sich auch in der Geschlechterquote wieder. Auf 1 000 Einwohner männlichen kamen Einwohner weiblichen Geschlechts:

1891	964
1901	952
1911	886

Der Männerüberschuß hat sich gegenüber 1891 ganz bedeutend vergrößert.

Südafrikanische Union.

(Weiße Bevölkerung.)

Zuverlässige Gesamtzahlen über das Geschlechterverhältnis der weißen Bevölkerung Südafrikas liegen nur für die Jahre 1904 und 1911 vor. Das Verhältnis zwischen männlichem und weiblichem Geschlecht betrug:

1904	1 000 : 756
1911	1 000 : 863

Das Übergewicht des männlichen Geschlechts hat sich in den 7 Jahren, in denen, wie wir ausgeführt haben, die Zunahme der Bevölkerungszahl gegen früher nachließ, stark vermindert. Immerhin ist der Männerüberschuß im Jahre 1911 sehr groß, größer als in den drei anderen Kolonien.

In den einzelnen Gebietsteilen der Union muß die Entwicklung sehr verschiedenartig gewesen sein. Jedenfalls deuten die folgenden Einzelergebnisse darauf hin. Das Verhältnis war:

	Kapland	Oranje
1891	1 000 : 924	1 000 : 916
1911	1 000 : 933	1 000 : 854

Während im Kapland das Übergewicht des männlichen Geschlechts sich von 1891—1911 etwas verminderte, nahm es in Oranje in derselben Zeit stark zu.

In Transvaal kamen um die Mitte der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts auf 1 000 Einwohner männlichen sogar nur 779 weiblichen Geschlechts. Daraus läßt sich auf eine starke Einwanderung schließen.

Die vier Kolonien und die europäischen Staaten.

Unter den europäischen Staaten hatten vor dem Kriege nur die Balkanstaaten und Luxemburg einen Männerüberschuß. Er war aber nicht so groß wie in den vier Kolonien. In Bulgarien, Rumänien und Serbien kamen auf 1000 Bewohner männlichen etwa 962 weiblichen Geschlechts, in Luxemburg 938. Die anderen Staaten hatten einen Frauenüberschuß. In der folgenden Tabelle sind die fünf Großstaaten Mittel- und Westeuropas zusammengestellt und mit den vier Kolonien in Vergleich

gesetzt. Im Jahre 1911 kamen auf 1000 Einwohner männlichen solche weiblichen Geschlechts:

Europäische Großstaaten	Deutschland	1 024	1 036
	Großbritannien und Irland	1 069	
	Österreich-Ungarn	1 027	
	Frankreich	1 036	
	Italien	1 037	
Englische Kolonien	Australien	921	897
	Neu-Seeland	896	
	Canada	886	
	Südafrika (weiße Bevölker.)	863	

Der Unterschied ist sehr groß. Er beträgt 139 auf 1000. Die vier Kolonien haben daher verhältnismäßig viel mehr Reserven an Männern wie die europäischen Staaten.

Als ein charakteristisches Beispiel dafür, wie die Auswanderung das Zahlenverhältnis der Geschlechter beeinflußt, kann Italien dienen. Dort kamen im Jahre 1881 auf 1000 Männer nur 995 Frauen, 1900 waren es 1010 und 1911 1037. In Deutschland dagegen, wo die Auswanderung seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts stark abgenommen hat, kamen Frauen auf 1000 Männer:

1891 1038 1901 1032 1911 1024.

b) Der Altersaufbau.

In welch bemerkenswerter Weise in den Kolonien der Altersaufbau sich von dem Altersaufbau in den Ländern Europas unterscheidet, zeigen die folgenden Tabellen. Wir haben nach den Ergebnissen der letzten Volkszählungen die Jahresklassen, die sich im Alter von 20 bis zu 44 Jahren befinden, herausgehoben. Es sind das diejenigen Jahrgänge, die bei der männlichen Bevölkerung das Hauptreservoire für die Rekrutierungen bilden. Die südafrikanische Union mußte dabei ausgeschieden werden, da uns für dieses Land kein ausreichendes Material vorliegt.

Absolute Zahlen.
(In Tausenden.)

	Gesamtbevölkerung	Davon männl. Geschl. ges.	Männl. Geschl. von 20—44 Jahren	Weibl. Geschl. von 20—44 Jahren
Australien 1911	4 455	2 313	896	830
Neu-Seeland 1911	1 008	532	209	175
Canada 1911	7 207	3 822	1 538	1 239
3 Kolonien zusammen	**12 670**	**6 667**	**2 643**	**2 244**

	Gesamt-bevölke-rung	Davon männl. Geschl. ges.	Männl. Geschl. von 20—44 Jahren	Weibl. Geschl. von 20—44 Jahren
Deutschland 1910	64 920	32 040	11 956	12 031
Großbritannien u. Irland 1911	45 370	22 020	8 317	9 025
Österreich-Ungarn 1910	51 300	25 300	8 269	8 666
Frankreich 1911	39 600	19 450	7 186	7 303
Italien 1911	34 670	17 021	5 361	5 910
5 europ. Staaten zusammen	**235 860**	**115 831**	**41 089**	**42 965**

In den drei Kolonien überwiegt in den Altersklassen 20—44 überall das männliche Geschlecht ganz bedeutend, während in allen fünf europäischen Staaten das weibliche Geschlecht die Mehrheit bildet. Im einzelnen sind die Verhältnisse allerdings sehr verschieden, was am besten aus den folgenden Ziffern klar wird.

Verhältniszahlen.

	Auf 1000 männliche kommen weibl Geschl.		Die männl. Jahrgänge von 20—44 betragen	
	In der Gesamt-bevölkerung	In den Altersklassen 20—44	Von der Gesamt-bevölkerung Proz.	Von der ges männlichen Bevölkerung Proz.
Australien	921	927	20,1	38,7
Neu-Seeland	896	837	20,7	39,3
Canada	886	806	21,3	40,2
3 Kolonien zusammen	**900**	**849**	**20,8**	**39,6**
Deutschland	1 024	1 006	18,4	37,3
Großbritannien u. Irland	1 069	1 085	18,3	37,8
Österreich-Ungarn	1 027	1 048	16,4	32,7
Frankreich	1 036	1 016	18,1	37,0
Italien	1 037	1 108	15,5	31,5
5 europ. Staaten zus.	**1 036**	**1 046**	**17,4**	**35,5**

Daraus ergibt sich:

1. In den drei Kolonien überwiegt in den Altersklassen 20—44 das männliche Geschlecht im allgemeinen noch weit stärker als in der Gesamtbevölkerung. Nur bei Australien ist die zweite Ziffer höher als die erste. Aber der Unterschied ist gering.

2. In den fünf europäischen Staaten ist dagegen im allgemeinen das Übergewicht des weiblichen Geschlechts in den Altersklassen 20—44 größer. Im einzelnen sind sehr bemerkenswerte Unterschiede vorhanden. In Deutschland und Frankreich ist die zweite Ziffer kleiner als die erste, in den drei anderen Staaten größer.

Selbstverständlich ist es nicht die Wanderungsbewegung allein, die diese Verschiedenheiten bewirkt. Auch die Sterblichkeitsverhältnisse kommen dabei in Betracht. Aber einen wichtigen Faktor bildet die Wanderungsbewegung doch. Das zeigt sich sehr deutlich bei den fünf europäischen Staaten.

In Deutschland und Frankreich ist der Wanderungsverlust verschwindend klein. Diese Staaten verloren daher von den erwachsenen Jahrgängen des männlichen Geschlechts nur wenig durch Abwanderung. Die günstigen Folgen davon treten in den Verhältniszahlen deutlich hervor.

England, Österreich-Ungarn und Italien hatten dagegen einen starken Wanderungsverlust. Er war am größten in Italien. Auch das spiegelt sich in den Ziffern wieder.

Wie sehr die Wanderungsbewegung den Altersaufbau beeinflußt, zeigen auch folgende Ziffern über Canada, die wir dem offiziellen Jahrbuch Canadas entnehmen.[1])

Auf 10 000 der Bevölkerung kamen:

	1901	1911
Im Alter bis zu 19 Jahren	4 453	4 234
„ „ von 20—44 „	**3 568**	**3 854**
„ „ über 45 „	1 888	1 861
Unbekannten Alters	91	51
Zusammen	10 000	10 000

Wir haben an anderer Stelle ausgeführt, daß die Einwanderung in Canada im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ganz gewaltig anstieg und stärker war als die natürliche Zunahme. In der Alterszusammensetzung ist die Wirkung davon deutlich zu spüren. Die kräftigen Altersklassen (20—44), die in erster Linie durch die Einwanderung gewinnen, haben in diesem Jahrzehnt im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung sehr stark (um 286 auf 10 000!) zugenommen; die übrigen Altersklassen sind an Zahl relativ zurückgegangen.

5. Ergebnis der geschichtlichen Untersuchung.

Zusammenfassend läßt sich über die bevölkerungspolitische Entwicklung der vier englischen Kolonien folgendes sagen.

1. In allen vier Kolonien entwickelte sich die Bevölkerungszahl in den letzten Jahrzehnten sehr stark. Die Zunahme war durchweg weit größer als in den europäischen Staaten.

[1]) Ottawa 1915.

2. Diese günstige Entwicklung ist zurückzuführen auf den hohen Geburtenüberschuß und den beträchtlichen Wanderungsgewinn.

3. Der Geburtenüberschuß war im allgemeinen größer als in den europäischen Staaten. Zwar war die Geburtenziffer in den Kolonien nicht wesentlich verschieden von jener Europas. Dagegen waren die Sterblichkeitsverhältnisse weit günstiger.

4. Der Wanderungsgewinn war in den einzelnen Kolonien und zu verschiedenen Zeiten verschieden groß. Er wurde auch zeitweise durch einen Wanderungsverlust abgelöst. Im allgemeinen sind aber alle Kolonien typische Einwanderungsländer. In den letzten Jahren vor dem Kriege nahm die Einwanderung nach Australien, Neu-Seeland und besonders nach Canada, einen gewaltigen Aufschwung. Bemerkenswert ist, daß die Mehrzahl der Einwanderer aus Ländern englischer Zunge kam.

5. Die Bevölkerung in allen Kolonien weist einen starken Männerüberschuß auf. Je nach dem Verhältnis zwischen natürlicher Zunahme und Wanderungsgewinn hat der Überschuß zu- oder abgenommen. Im allgemeinen ist der Männerüberschuß im Laufe der Jahre zurückgegangen. Immerhin war er vor dem Kriege noch sehr stark. In den Kolonien zusammen[1]) kamen 1911 auf 1000 Einwohner männlichen nur 897 weiblichen Geschlechts.

6. Beim männlichen Geschlecht waren die Jahrgänge vom 20. bis zum 44. Jahr in den Kolonien verhältnismäßig stärker an Zahl als in den europäischen Staaten. Von der gesamten männlichen Bevölkerung befanden sich in den Kolonien rund 39,5 Proz. in diesen Altersklassen, während es in den fünf europäischen Großstaaten Mittel- und Westeuropa nur 35,5 Proz. waren.

7. Die vier Kolonien haben daher verhältnismäßig weit mehr Reserven an Männern, die für den Militärdienst in Frage kommen, als die europäischen Staaten.

II. Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg.

1. Allgemeines.

Wie in den Staaten Europas hat der Weltkrieg auch in den englischen Kolonien die bevölkerungspolitische Entwicklung unterbrochen. Jedoch gingen die Wirkungen nicht so tief wie in den

[1]) Bei Südafrika ist nur die weiße Bevölkerung eingerechnet. Vgl. die Einleitung.

großen kontinentaleuropäischen Militärstaaten. Die Entwicklung in den Kolonien ist jener in England verwandt.

Die Kontinentalstaaten verfügten nicht nur über große stehende Heere; sie besaßen auch gewaltige Mengen an ausgebildeten militärischen Reserven. Die Festlandsmächte konnten daher sofort mit Beginn des Krieges Millionenheere ins Feld stellen und sie hatten auch genügend Personal, um den ungedienten Landsturm auszubilden. Die Wirkungen des Krieges auf Sterblichkeit und Geburtenverhältnisse mußten deswegen sofort mit dem Beginn des Krieges voll einsetzen.

In England war die Entwicklung anders. Das stehende Heer war kleiner als in den übrigen Staaten; da es sich durch Werbung ergänzte, so waren ausgebildete militärische Reserven in nennenswerter Zahl nicht vorhanden. Britannien mußte erst ein Heer aufbauen. Seine Menschenkraft konnte mit voller Stärke erst weit später im Kriege eingesetzt werden. Die Verluste waren daher verhältnismäßig geringer.

So war es auch in den englischen Kolonien. Auch sie mußten erst eine moderne militärische Organisation schaffen. Dazu kam noch, daß ihre Truppen über weite Entfernungen hinweg zu den Kriegsschauplätzen geschafft werden mußten.

Aber trotz dieser Schwierigkeiten haben die Kolonien auf den Schlachtfeldern Europas recht bedeutende Truppenstärken eingesetzt. Sind doch annähernd 900000 Mann von den vier Kolonien nach Übersee geschickt worden. Das ist eine Beanspruchung der lebendigen Kraft, die zwar jener in Deutschland und Frankreich nicht gleichkommt, aber immerhin verhältnismäßig bedeutend größer ist, als vor dem Kriege für möglich gehalten wurde. Daher ist auch der Einfluß des Krieges auf die Bevölkerungsbewegung sehr stark gewesen.

Der Krieg hat auf Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse, wie auch auf die Wanderungsbewegung sehr ungünstig eingewirkt. Die Geburtenziffer ist infolge der Einberufungen gefallen, die Sterblichkeit wegen der blutigen Verluste angestiegen, der Einwanderungsgewinn verschwunden.

2. Bevölkerungsstand und militärische Reserven zu Beginn des Krieges.

Um die Mitte des Jahres 1914 waren in runden Zahlen an Einwohnern vorhanden:

	Gesamt	männl. Geschl.	weibl. Geschl.
Australien	4 940 000	2 570 000	2 370 000
Neu-Seeland	1 095 000	575 000	520 000
Canada	8 075 700	4 300 000	3 775 000
Südafrik. Union (Weiße Bev.)	1 340 000	720 000	620 000
Zusammen	15 450 000	8 165 000	7 285 000

Das ist eine Gesamtbevölkerung von rund 15,5 Millionen. Das männliche Geschlecht übertrifft an Zahl das weibliche um rund 850 000.

Die Zensusergebnisse vom Jahre 1911 machen es möglich, die Zahl der Männer, die sich im Alter von 20—44 Jahren befinden, annähernd zu berechnen. Für Südafrika (weiße Bevölkerung) lagen uns keine Ziffern des Altersaufbaus vor. Da in der Gesamtbevölkerung Südafrikas das männliche Geschlecht ein noch etwas stärkeres Übergewicht über das weibliche Geschlecht aufweist, als in Canada, so dürfte es nicht zu hoch geschätzt sein, wenn wir für die Berechnung der Altersklassen 20—44 die Verhältnisziffern aus Canada auf Südafrika übertragen.

Die männliche Bevölkerung in den Altersklassen 20—44 betrug Mitte 1914 in runden Zahlen:

Australien	990 000
Neu-Seeland	220 000
Canada	1 730 000
Südafrik. Union (Weiße Bevölker.)	2 0 000
Zusammen	**3 230 000**

Die Zahlen geben einen Begriff davon, wie wertvoll die Kolonien in militärischer Beziehung für das Mutterland werden konnten. Vergrößerten sie doch die Menge der Reserven um mehr als 3 Millionen. Die Zahl fällt um so mehr ins Gewicht, wenn man bedenkt, wie günstig die Gesundheitsverhältnisse in den Kolonien sein mußten, wo die Sterblichkeitsziffer niedriger war als in den sozial höchstentwickelten Ländern Europas. Der Prozentsatz der Militärtauglichen war in allen vier Kolonien sicher sehr hoch.

3. Die Einberufungen.

Wir haben bereits bemerkt, daß die Kolonien ein straff organisiertes Militärsystem im europäischen Sinne nicht besaßen. Die Zahl der regulären Truppen war sehr gering und militärisch ausgebildete Reserven waren kaum vorhanden. Es gab aber in den Kolonien für die Zwecke der Landesverteidigung eine Art Miliz-

system. Die eigentliche Ausbildungszeit war zwar nur sehr kurz und umfaßte in Australien und Neu-Seeland beispielsweise nur wenige Wochen, aber die Mehrzahl der Männer war doch mit dem Gebrauch der Handwaffen gut vertraut.

Ursprünglich war eine unmittelbare Beteiligung der Kolonien an einem Kriege, den England in Europa zu führen hatte, wohl kaum geplant gewesen. Rechnete die Militärwissenschaft doch vor 1914 allgemein damit, daß unter den heutigen Verhältnissen ein Krieg nur von kurzer Dauer sein könne. So hatte beispielsweise England selbst an Hilfstruppen, die Frankreich im Kriege gegen Deutschland zur Verfügung gestellt werden sollten, nur 160000 Mann vorgesehen. Überhaupt glaubte man, daß die Entscheidung fallen werde, ehe von so entfernten Gebieten Truppen eintreffen könnten.

Wie viele andere warf der Krieg auch diese Berechnungen über den Haufen. In ähnlicher Weise wie das Mutterland begannen auch die Kolonien ihre lebendige Kraft für den Krieg zu organisieren. Jedoch war die Anteilnahme in den einzelnen Ländern nicht gleich und demnach waren auch die Verluste verschieden groß.

a) Australien.

Australien brachte durch Werbung ein beträchtliches Heer zusammen. Insgesamt meldeten sich 750000 Mann zum Militärdienst. Davon wurden 417000 eingezogen und von diesen 330000 nach Übersee geschickt. Würde man diese Zahlen auf eine Bevölkerungszahl umrechnen, die der des Deutschen Reiches entspricht, so ergäbe das ein Gesamtheer von rund 5,8 Millionen und ein Frontheer von etwa 4,6 Millionen. Da in Deutschland im ganzen während des Krieges 11,5—12 Millionen eingezogen wurden, so ist die Menschenkraft Australiens also etwa halb so stark in Anspruch genommen worden, als jene Deutschlands.

Bis zum 31. März 1915 waren erst 30000 Mann nach Übersee geschickt. Am 31. März 1916 war die Zahl auf 169000 und am 31. März 1917 auf 273000 gestiegen.

Deutlich verfolgen läßt sich die allmähliche Zunahme der Truppensendungen in den Verschiebungen des Zahlenverhältnisses der Geschlechter.

Es wurden Einwohner gezählt:

	männl. Geschl.	weibl. Geschl.	Auf 1 000 männl. Geschl. kommen weibl Geschl.
31. Dezember 1913	2 536 530	2 335 529	**921**
„ „ 1914	2 551 431	2 389 521	**937**
„ „ 1915	2 496 140	2 435 848	**976**
„ „ 1916	2 401 064	2 474 261	**1 035**
„ „ 1917	2 419 001	2 516 310	**1 040**
„ „ 1918	2 473 297	2 557 182	**1 034**

Das Verhältnis verschob sich immer mehr zugunsten des weiblichen Geschlechts. Im Laufe des Jahres 1916 verschwand der Männerüberschuß ganz und machte einem beträchtlichen Frauenüberschuß Platz, der im Jahre 1917 noch weiter anstieg. Ende 1918 war der Frauenüberschuß etwas zurückgegangen. Das erklärt sich daraus, daß in den letzten Monaten des Jahres nach dem Abschluß des Waffenstillstandes ein Teil der Truppen aus Übersee heimgekehrt war.

In der Hauptsache ist diese starke Verschiebung des Zahlenverhältnisses der Geschlechter auf die Truppenverschiffungen zurückzuführen. Einen gewissen Einfluß übte außerdem die Wanderungsbewegung aus. Diese wird später gesondert zu betrachten sein.

b) Neu-Seeland.

Neu-Seeland hat ein verhältnismäßig größeres Heer aufgestellt als Australien. Die Kolonie führte auch im Jahre 1916 den Militärzwang ein. Insgesamt mobilisierte das Land 124 211 Männer, von denen 109 997 nach Übersee geschickt wurden. Der deutschen Bevölkerungszahl entsprechend ergäbe das eine Gesamtzahl von 7,7 Millionen Einberufenen und ein Frontheer von 6.8 Millionen, was annähernd 70 Proz. der Einberufungen in Deutschland entspricht.

Das allmähliche Fortschreiten der Truppenverschiffungen ergibt sich aus folgender Aufstellung. Es wurden abgesandt:

1914	15 854
1915	28 213
1916	28 113
1917	24 322
1918	13 495
1914—1918	109 997

Auch in Neu-Seeland verschob sich während des Krieges das Zahlenverhältnis der Geschlechter. Uns liegen Angaben vor über die Bevölkerung Ende 1914 und am 15. Okt. 1916.

	männl.	weibl.	Auf 1000 männl. Geschl. kommen weibl. Geschl.
Ende 1911	531 900	476 600	896
„ 1914	568 161	527 833	929
15. Okt. 1916	551 775	547 674	992

c) Canada.

Canada führte 1917 die Dienstpflicht ein. Bis zum 31. Okt. 1918 wurden 588 960 Männer eingezogen, von denen 418 052 nach Übersee geschickt wurden. Auf deutsche Verhältnisse übertragen ergäben das annähernd 5 Millionen Einberufene und 3,6 Millionen Fronttruppen. Das entspricht etwa 44 Proz. der deutschen Mobilisierungen. Canada bleibt also sowohl hinter Neu-Seeland als auch Australien zurück.

Die Zunahme der Truppenversendungen erhellt aus folgenden Zahlen. Es wurden verschickt:

Bis 10. Okt. 1915	87 000
„ 1. Sept. 1916	210 394
„ 1. „ 1917	331 578
„ 31. Okt. 1918	418 052

d) Südafrikanische Union.

(Weiße Bevölkerung.)

Die Südafrikanische Union stellte an weißen Truppen auf:

76 467	Mann für den Krieg in Deutsch-Südwestafrika
30 650	„ „ „ „ „ „ Ostafrika
1 970	„ „ Zentralafrika
27 221	„ „ den Krieg in Europa
8 000	Sonstige
144 308	Mann insgesamt.

Das ist im Verhältnis zur Zahl der Weißen eine beträchtliche Menge. Sie würde einer Zahl von 7,3 Millionen Einberufungen in Deutschland entsprechen. Jedoch sind dabei einige Einschränkungen zu machen. Der Krieg in Südwestafrika war im Juli 1915 bereits beendet, so daß dies Truppenkontingent fast ganz frei wurde. Erst nach Beendigung des Krieges in Südwest begannen die Truppenverschickungen nach Europa. Wahrscheinlich werden diese Truppen zu großem Teil den freigewordenen Abteilungen entnommen worden sein. Tatsächlich waren also die militärischen Anstrengungen Südafrikas geringer als die obigen Zahlen zeigen. Stellt man die kurze Dauer des Krieges in Südwest in Rechnung, so ergibt sich eine Zahl von nur annähernd 90 000 Einberufungen. Auf Deutsch-

land übertragen wären das etwa 4,5 Millionen oder 40 Proz. der Zahl in Deutschland.

e) Zusammenfassung.

An Truppen wurden aufgestellt:

	Gesamt	Davon nach Übersee geschickt
Australien	417 000	330 000
Neu-Seeland	124 211	109 997
Canada	588 960	418 052
Südafrika (Weiße Bevölk.)	144 308	27 221
Zusammen	**1 274 479**	**885 270**

Bedenkt man, daß Südafrika über 100 000 Mann an den Fronten in Afrika stehen hatte, so erhält man ein Frontheer von rund 1 Million. Zweifellos ist das eine sehr wertvolle Unterstützung für die Westmächte gewesen.

Um zu zeigen, wie diese militärischen Leistungen zu bewerten sind, geben wir in folgendem einen Vergleich mit Deutschland als einem der Staaten, der seine ganze Volkskraft restlos im Kriege einsetzen mußte. Rechnet man die Heeresstärken der Kolonien der deutschen Bevölkerungszahl entsprechend um und vergleicht sie dann mit der Zahl der Einberufungen in Deutschland, so ergibt sich etwa folgendes:

Die Zahl der Einberufungen betrug, der Volkszahl entsprechend:

In Australien	etwa	50	Proz. von der Zahl in Deutschland
„ Neu-Seeland	„	70	„ „ „ „ „ „
„ Canada	„	44	„ „ „ „ „ „
„ Südafrika	„	40	„ „ „ „ „ „
4 Kolonien zus.		50	Proz. von der Zahl in Deutschland

Die Volkskraft der Kolonien wäre danach im Kriege verhältnismäßig etwa halb so stark in Anspruch genommen worden wie die deutsche Volkskraft. Tatsächlich ist die Ziffer noch etwas niedriger anzusetzen, da die Kolonien später als Deutschland ihre Truppen in den Kampf brachten.

Auch hinter dem Mutterlande bleiben die Kolonien zurück. England selbst setzte im Vergleich mit Deutschland etwa 75 Proz. der Volkskraft ein.

Erreichen die Ziffern für die Kolonien aber auch jene der kriegführenden Staaten Europas nicht, so ist an sich genommen ihr Krafteinsatz doch sehr stark. Jedenfalls übertrifft er die Ziffern in den großen Kriegen der Vergangenheit immer noch beträchtlich.

Durch keine Tatsache wird deutlicher der weltumspannende Charakter dieses Krieges enthüllt, als dadurch, daß so weitabgelegene dünnbesiedelte Gebiete wie Australien und Neu-Seeland mehrere Hunderttausend Truppen auf den Schlachtfeldern Europas einsetzten.

4. Die Geburtenverhältnisse im Kriege.

a) Allgemeines.

Wir haben in früheren Arbeiten untersucht,[1]) wie sehr der Krieg die Geburtenbewegung in den europäischen Staaten beeinflußte. In den 10 Ländern Europas, die am Kriege beteiligt waren, betrug der Geburtenausfall im Kriege rund 38 Proz. der normalen Friedenszahl.

Auch in den Kolonien hat der Krieg auf die Geburtenverhältnisse eingewirkt. Jedoch gehen die Einwirkungen bei weitem nicht so tief. Folgendes ist bei der Untersuchung der Geburtenbewegung in den Kolonien zu beachten:

1. Die Menschenkraft wurde in den Kolonien für unmittelbare Kriegszwecke nicht halb so stark in Anspruch genommen als in Europa.

2. Die Einberufungen nahmen erst im weiteren Verlaufe des Krieges einen größeren Umfang an, während die europäischen Militärstaaten sofort nach Kriegsausbruch Millionenheere mobilisierten.

3. Die Heere der Kolonien ergänzten sich zum größten Teil durch Werbung. Es ist aber eine bekannte Tatsache, daß in angeworbenen Heeren weit weniger verheiratete Männer sind, als in Heeren, die aus allgemeiner Wehrpflicht hervorgehen. Daher ist der Einfluß auf die Geburtenbewegung bei geworbenen Heeren geringer.

4. Die Kolonien hatten einen starken Männerüberschuß. Die Einberufungen störten daher das Gleichgewicht im Zahlenverhältnis der Geschlechter weniger, als in den europäischen Staaten, die ohnehin schon einen Frauenüberschuß besaßen.

5. Vor dem Kriege entwickelte sich die Bevölkerungszahl der

---

[1]) C. Döring, Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg. I. Deutschland, II. Österreich-Ungarn, III. 35 Millionen Menschenverlust in Europa. Bulletins der Studengesellschaft für Soziale Folgen des Krieges. Nr. 4—6. Kopenhagen 1919 bis 1920.

Kolonien sehr rasch. Das zeigt sich auch darin, daß die Zahl der Geborenen fast überall von Jahr zu Jahr zunahm. Bei normaler Entwicklung wäre auch für die Jahre 1915—1918 ein Ansteigen dieser Zahl zu erwarten gewesen. Der wirkliche Geburtenverlust ist größer, als der Verlust, der in den absoluten Zahlen erscheint.

b) Australien.

Die Zahl der Geborenen betrug:

1907	110 345	
1908	111 545	
1909	114 071	452 762
1910	116 801	
1911	122 193	
1912	133 088	
1913	135 714	528 978
1914	137 983	
1915	134 871	
1916	131 426	
1917	129 965	522 001
1918	125 739	

Die Zahlen sind sehr charakteristisch. Von 1907—1914 ist die Geburtenzahl in jedem Jahre gestiegen. Im Jahre 1915 dagegen wird diese Entwicklung unterbrochen. Die Geburtenzahl geht von Jahr zu Jahr zurück. Deutlicher wird die Entwicklung noch, wenn man die Jahre zu größeren Gruppen zusammenfaßt. Die Zahl der Geborenen betrug:

1907—1910	rund	453 000
1911—1914	„	529 000
1915—1918	„	522 000

Bei normaler Entwicklung wären für die Jahre 1915—1918 etwa 610 000 Geborene zu schätzen gewesen. Danach läßt sich der Verlust wie folgt berechnen:

Geburtenzahl unter normalen Verhältnissen	610 000
Tatsächliche Zahl 1915—1918	522 000
Geburtenausfall	88 000

Das sind 14,4 Proz. der normalen Zahl. Auch im Jahre 1919 müssen die Wirkungen des Krieges noch bemerkbar gewesen sein, da die Demobilisation erst in den letzten Monaten des Jahres 1918 begann. Die Gesamtzahl des durch den Krieg bewirkten Geburtenausfalls ist auf rund 100 000 zu beziffern.

c) Neu-Seeland.

Zahlen liegen nur bis 1917 vor. Es wurden geboren:

1909	26 524	
1910	25 984	78 862
1911	26 354	
1912	27 508	
1913	27 935	83 781
1914	28 338	
1915	27 850	
1916	28 509	84 598
1917	28 239	

Die Verschiebungen sind geringer, als in Australien. Unter normalen Verhältnissen wäre für die Jahre 1915—1917 rund 89 100 Geborene zu schätzen gewesen. Der Ausfall beträgt danach rund 4 500 oder etwa 5 Proz. In Australien betrug er für dieselben drei Jahre etwa 12 Proz.

Eine befriedigende Erklärung für diesen auffälligen Unterschied vermögen wir zurzeit noch nicht zu geben. Wir können nur auf zwei Tatsachen hinweisen, die diese Entwicklung verständlich machen können. Neu-Seeland hatte einmal einen größeren Männerüberschuß als Australien. Der Unterschied betrug 25 auf 1 000 zugunsten Neu-Seelands. Das Zahlenverhältnis der Geschlechter wurde im Kriege weniger gestört als in Australien. Zum anderen war, wie wir noch zeigen werden, die Wanderungsbewegung im Kriege in den beiden Kolonien verschieden. Während Australiens Zivilbevölkerung einen Wanderungsverlust erlitt, hat Neu-Seeland in den Kriegsjahren immer noch einen Wanderungsgewinn gehabt.

Im Jahre 1918 und im ersten Halbjahr 1919 dürfte die Geburtenzahl in Neu-Seeland stärker zurückgegangen sein. Wir kommen zu dieser Annahme, weil im Jahre 1917 die Zahl der Eheschließungen stark gefallen ist. Den Gesamtgeburtenverlust schätzen wir mit rund 9 000 ein.

d) Canada.

Für diese Kolonie ist das Material lückenhafter. Es reicht nur bis zum Jahre 1916 und bezieht sich nur auf die fünf Provinzen Alberta, Columbia, Neu-Schottland, Ontario und Saskatschewan. In diesen fünf Provinzen wurden geboren:

1911	91 717	193 039
1912	101 322	
1913	111 339	229 263
1914	117 924	
1915	119 741	237 824
1916	118 083	

Auch hier hat die sprunghafte Zunahme der Geburtenzahl aufgehört. Während in den dem Kriege vorhergehenden Jahren die Geburtenzahl im Jahresdurchschnitt um über 7000 anstieg, betrug die Zunahme 1915 weniger als 2000 und 1916 ging die Geburtenzahl um 1658 gegenüber dem Vorjahr zurück. Der Kriegseinfluß zeigt sich also sehr deutlich.

Unter normalen Verhältnissen hätte die Zahl der Geborenen in den Jahren 1915 und 1916 zusammen etwa 270000 erreicht. Der Verlust ist demnach auf rund 34200 zu schätzen. Das sind etwa 12 Proz.

In den Jahren 1917 und 1918 ist die Geburtenzahl sicher noch weiter zurückgegangen, während sie unter normalen Verhältnissen auf über 300000 gestiegen wäre. Auch im ersten Halbjahr 1919 dürfte diese Entwicklung angehalten haben. Schätzungsweise beträgt der gesamte durch den Krieg bewirkte Geburtenverlust in diesen fünf Provinzen etwa 125000 und in der ganzen Kolonie rund 210000. Die Zahl erscheint nicht zu hoch, wenn man bedenkt, wie sehr Canada vor dem Kriege durch Einwanderung gewonnen hat. Ein starker Rückgang der Einwanderung mußte in Canada die Geburtenverhältnisse sehr nachhaltig beeinflussen.

e) Zusammenfassung.

Da uns über die Südafrikanische Union überhaupt kein brauchbares Material vorliegt, so sind wir für diese Kolonie lediglich auf Schätzungen angewiesen. In den drei anderen Kolonien betrug der Geburtenverlust in runden Zahlen:

Australien	100000
Neu-Seeland	9000
Canada	210000
Zusammen	319000

Schätzt man den Verlust der weißen Bevölkerung Südafrikas der Bevölkerungszahl entsprechend mit ein, so erhält man einen gesamten Geburtenverlust von rund 325000. Das sind schätzungsweise etwa 16 Proz. der Zahl, die unter normalen Verhältnissen erreicht worden wäre. Die Ziffer ist noch nicht halb so groß, wie jene für Europa.

5. Die Sterblichkeit im Kriege.

a) Sterblichkeit der bürgerlichen Bevölkerung.

Zahlen liegen nur aus Australien, Neu Seeland und Canada vor. Von der bürgerlichen Bevölkerung starben:

	Australien	Im Vergleich zum Vorjahr	Neu-Seeland	Im Vergleich zum Vorjahr	Canada (5 Prov.)[1]	Im Vergl. z. Vorjahr
1909	44 172		8 959			
1910	45 590	+ 1 418	9 639	+ 680	49 717	
1911	47 869	+ 2 279	9 534	— 105	50 120	+ 403
1912	52 177	+ 4 308	9 214	— 320	51 388	+ 1 268
1913	51 789	— 388	10 119	+ 905	54 743	+ 3 355
1914	51 720	— 69	10 148	+ 29	52 038	— 2 705
1915	52 782	+ 1 062	9 965	— 183	52 412	+ 374
1916	54 197	+ 1 415	10 596	+ 631	56 638	+ 4 226
1917	48 029	— 6 168	10 528	— 68	—	
1918	50 249	+ 2 220	—		—	

Auffällige Verschiebungen in der Sterblichkeit der bürgerlichen Bevölkerung sind während des Krieges nicht eingetreten. Die Aufwärtsbewegung der Zahlen, die vor dem Kriege zu beobachten ist, hat sich im allgemeinen, von Schwankungen unterbrochen, fortgesetzt. Bemerkenswert ist nur der starke Rückgang der Sterblichkeit in Australien im Jahre 1917.

Sehr stark weicht die Entwicklung in den drei Kolonien von jener in den Mittelmächten Europas ab. Deutschland und Österreich-Ungarn hatten in den Kriegsjahren bei der bürgerlichen Bevölkerung ein beträchtliches Mehr an Gestorbenen, während in diesen Ländern vor dem Kriege ein Rückgang der Sterblichkeit zu beobachten war. Die starke Zunahme war in der Hauptsache eine Folge der Unterernährung. Ein Mangel an Lebensmitteln trat in den Kolonien aber nicht ein. Hier blieben die Ernährungsverhältnisse im Kriege normal.

Im allgemeinen ist in den Kolonien die Zunahme in den Kriegsjahren etwas geringer als in den vorhergehenden Jahren. Das dürfte auf den Umschwung in der Wanderungsbewegung sowie darauf zurückzuführen sein, daß ein beträchtlicher Teil der Männer abwesend war. Die Ziffer der Sterblichkeit läßt sich nur für Australien feststellen. Sie betrug auf 1000 Einwohner:

1909	10,3	10,68	1914	10,5	10,42
1910	10,4		1915	10,7	
1911	10,7		1916	11,0	
1912	11,0		1917	9,8	
1913	10,8		1918	10,1	

Die Gesamtziffer für die fünf Kriegsjahre ist etwas niedriger als für die fünf vorhergehenden Friedensjahre. Der Unterschied ist aber nur ganz gering.

[1]) Alberta, Columbia, Neu-Schottland, Ontario und Saskatschewan.

9*

Ein Vergleich der Zahlen in den einzelnen Kolonien führt zu bemerkenswerten Ergebnissen. Es starben:

	1911—1913	1914—1916	Zunahme Proz.
Australien	151 835	158 699	5,5
Neu-Seeland	28 867	30 709	6,4
Canada [1]	156 251	161 088	3,1

Die Zunahme war am größten in Neu-Seeland. Vielleicht ist das darauf zurückzuführen, daß Neu-Seeland während der Kriegsjahre noch einen Wanderungsgewinn hatte.

In Australien und Neu-Seeland lassen sich auch vier Kriegsjahre mit den vorhergehenden vier Friedensjahren vergleichen. Es starben:

	1910—1913	1914—1917	Zunahme Proz.
Australien	197 425	206 728	4,7
Neu-Seeland	38 506	41 237	7,1

Der Unterschied zuungunsten Neu-Seelands ist noch etwas größer.

Australien hat auch die Anzahl der Gestorbenen, nach Geschlechtern getrennt, veröffentlicht. Es starben:

	1909—1913	1914—1918	Zunahme Proz.
Männliches Geschlecht	139 403	147 701	5,95
Weibliches Geschlecht	102 194	109 276	6,93

Die Zunahme ist beim weiblichen Geschlecht um fast 1 Proz. größer. Auch das dürfte daraus zu erklären sein, daß ein großer Teil der Männer abwesend war.

Ein nennenswerter Menschenverlust infolge Zunahme der Sterblichkeit bei der Zivilbevölkerung ist nicht festzustellen. Die blutigen Verluste waren dagegen sehr groß.

b) Die Kriegsgefallenen.

Über die blutigen Verluste liegen aus allen vier Kolonien amtliche Gesamtangaben vor. Die Zahl der Gefallenen betrug einschl. der Vermißten:

Australien	rund	63 000
Neu-Seeland	„	15 000
Canada	„	60 000
Südafrika	„	7 000
Zusammen	rund	145 000

[1]) Fünf Provinzen. Siehe oben.

Die Meldungen reichen in Australien bis zum 31. Dez. 1918, in Neu-Seeland und Canada bis zum 31. Oktober 1918, in Südafrika bis zum 31. August 1918. Zweifellos sind, besonders für Südafrika, noch Nachmeldungen zu erwarten. Jedoch dürften diese das Ergebnis nicht wesentlich beeinflussen, da die Kampfhandlungen zu Anfang November 1918 aufgehört haben.

Die Verluste waren verhältnismäßig am größten in Neu-Seeland, am geringsten in Südafrika. Auf 10000 der Bevölkerungszahl kamen Kriegsgefallene:

In Australien	128
„ Neu Seeland	137
„ Canada	74
„ Südafrika	52
Zusammen	94

In den europäischen Großstaaten, ausschl. Rußland, war die Ziffer dagegen 260 auf 10000. Die blutigen Verluste der Kolonien bleiben also hinter denen der europäischen Staaten weit zurück. Immerhin ist die Zahl im Vergleich mit früheren Kriegen noch sehr hoch.

An Gesamtmenschenverlust infolge Geburtenausfall und blutiger Kriegsverluste sind für die vier Kolonien etwa 470000 zu rechnen. Dabei ist berücksichtigt worden, daß bei normaler Entwicklung die Geburtenzahl in den Kolonien wahrscheinlich gestiegen wäre.

6. Die Eheschließungen im Kriege.

Auch die Zahl der Eheschließungen wurde durch den Krieg stark beeinflußt. Es wurden Ehen geschlossen:

	Australien	Neu-Seeland	Canada (5 Prov.)
1911	39 482	8 825	40 461
1912	42 147	9 149	46 097
1913	41 594	8 813	45 312
1914	43 311	9 280	41 821
1915	45 224	10 028	39 066
1916	40 289	8 213	39 588
1917	33 666	6 417	—
1918	33 141	—	—

Bis zum Jahre 1915 bieten in Australien und Neu-Seeland die Zahlen nichts Auffälliges. Von 1916 an dagegen geht die Zahl der Eheschließungen stark zurück. In Canada bringt schon das Jahr 1914 einen kräftigen Rückgang.

7. Ein- und Auswanderung in den Kriegsjahren.

Wie wir festgestellt haben ist für alle vier Kolonien die Wanderungsbewegung ein sehr wichtiger Faktor in der Entwicklung der Bevölkerungszahl. Ohne den starken Zustrom an Menschen wäre das rasche Ansteigen der Einwohnerzahlen vor dem Kriege unmöglich gewesen. Der Krieg hat diese Entwicklung unterbrochen.

a) Australien.

Das offizielle Jahrbuch Australiens gibt die Zahlen über die Wanderungsbewegung in den Kriegsjahren nur einschl. der Expeditionsarmee. Ein- und Auswanderung betrugen:

	Einwanderung	Auswanderung	Einwanderungs-überschuß	Auswanderungs-überschuß
1913	141 906	87 131	54 775	—
1914	116 086	128 456	—	17 370
1915	70 961	162 014	—	91 053
1916	63 405	197 297	—	133 892
1917	65 089	87 039	—	21 950

Die Zahlen lassen den gewaltigen Einfluß erkennen, den der Krieg auf die Einwanderung ausübte. Die Zahl der Einwanderer ging verglichen mit 1915 auf weniger als die Hälfte zurück. Schon im Jahre 1914, in dem doch nur fünf Monate unter dem Einfluß des Krieges standen, war der Rückgang sehr stark.

Über das Jahr 1918 besitzen wir nicht die Zahlen über Ein- und Auswanderung. Jedoch konnten wir feststellen, daß dieses Jahr wieder einen Überschuß der Einwanderung von 19 678 brachte.

Da in allen diesen Zahlen, wie wir bereits bemerkten, die Expeditionsarmee eingeschlossen ist, so lassen sie keine zuverlässigen Schlüsse zu auf die Wanderungsbewegung der bürgerlichen Bevölkerung. Diese konnten wir nur für die Jahre 1916—1918 ermitteln. In diesen Jahren betrug der gesamte Auswanderungsverlust 136 164; bei der Expeditionsarmee allein belief sich der Verlust auf 125 489. Demnach hat in den Jahren 1916—1918 die bürgerliche Bevölkerung Australiens einen Wanderungsverlust von 10 675 erlitten. In den drei Jahren, die dem Kriege vorangingen (1911 bis 1913) ergab sich dagegen ein Wanderungsgewinn von 207 816.

Das Jahr 1914 läßt sich annähernd abschätzen. Truppen in erheblicher Menge wurden in diesem Jahre nicht verschifft, da bis März 1915 erst 30 000 Mann abgesandt waren. Auf die Kriegs-

monate des Jahres 1914 dürften davon noch nicht 20000 entfallen. Dies in Rechnung gestellt, ergibt für die bürgerliche Bevölkerung im Jahre 1914 im günstigsten Fall einen ganz bescheidenen Wanderungsgewinn. Im Jahre 1915 dürfte aber die Auswanderung der bürgerlichen Bevölkerung schon um mehrere Tausend die Einwanderung übertroffen haben.

Insgesamt dürfte für die Jahre 1914—1918 mit einem Wanderungsverlust von nicht weniger als 15 000 zu rechnen sein. Die fünf dem Kriege vorangehenden Jahre (1909—1913) brachten einen Wanderungsgewinn von fast 260 000.

b) Neu-Seeland.

Aus dieser Kolonie besitzen wir exaktes Material bis zum Jahre 1917. Ein- und Auswanderung betrugen, ausschl. Militär:

	Einwanderung	Auswanderung	Überschuß der Einwanderung
1913	44 588	30 369	14 219
1914	37 646	32 506	5 140
1915	25 551	22 476	3 075
1916	21 799	21 163	636
1917	15 649	13 869	1 780

Das Land hat also in allen Jahren noch einen Wanderungsgewinn gehabt. Allerdings ist er sehr stark zurückgegangen. Ein Vergleich mit der Zeit vor dem Kriege ergibt folgendes: Der Einwanderungsüberschuß betrug:

1910—1913	30 754
1914—1917	10 631

Der Überschuß ist also in den vier Kriegsjahren 1914—1917 um fast zwei Drittel zurückgegangen.

c) Canada.

Abgesehen von den Gesamtresultaten, die alle 10 Jahre veröffentlicht werden, bringt die offizielle Statistik für die einzelnen Jahre nur Angaben über die Einwanderung. Sie gestaltete sich im Kriege so:

1. April 1913 bis 31. März 1914	384 878
1. „ 1914 „ „ „ 1915	144 789
1. „ 1915 „ „ „ 1916	48 537
1. „ 1916 „ „ „ 1917	75 374
1. „ 1917 „ „ „ 1918	79 074

Die Einwanderung ist außerordentlich stark zurückgegangen. Der Absturz wird noch deutlicher, wenn man die Kriegsjahre mit

dem entsprechenden Zeitraum vor dem Kriege vergleicht. Es wanderten ein:

1. April 1910 bis 31. März 1914	1 452 631
1. „ 1914 „ „ „ 1918	347 774

Das ist ein Rückgang von rund 76 Proz.!

Über die Auswanderung liegt kein Material vor. In Australien und Neu-Seeland war der Rückgang der Auswanderung nicht so stark wie der der Einwanderung. Nimmt man eine ähnliche Bewegung auch für Canada an, so kommt man zu dem Resultat, daß das Land in den Kriegsjahren einen Wanderungsverlust erlitten hat.

Bemerkenswert ist, wie sich die Einwanderer nach den Herkunftsländern gliedern. Es wanderten ein:

	Gesamt	Aus Großbrit. und Irland	Aus den Ver. Staaten	Aus den Zentral-mächten	Aus Skandinavien	Aus Frankr., Belg., Italien	Aus Rußland, Finnland	Aus den übr. Ländern[1]
1. April 1913 bis 31. März 1914	384 878	142 622	107 530	33 860	4 082	30 056	27 668	39 060
1. April 1914 bis 31. März 1915	144 789	43 276	59 779	9 622	1 704	8 583	5 660	16 165
1. April 1915 bis 31. März 1916	48 537	8 655	36 937	42	409	740	179	1 566
1. April 1916 bis 31. März 1917	75 374	8 282	61 389	10	635	1 083	25	3 950
1. April 1917 bis 31. März 1918	79 074	3 178	71 314	1	391	322	42	3 826

Am geringsten war der Rückgang der Einwanderung aus den Vereinigten Staaten. Auffallend ist es, wie gewaltig die Zahlen gesunken sind, die Großbritannien betreffen. Vor dem Kriege stand England an erster Stelle; in den Kriegsjahren ist es von den Vereinigten Staaten weit überflügelt worden. Die Einwanderung aus den Zentralmächten und aus Rußland ist in den letzten Kriegsjahren fast ganz ins Stocken geraten.

Mit den vorhergehenden vier Jahren verglichen stellt sich die Einwanderung nach Herkunftsländern so:

[1]) Einschl. Hebräer, die in der Statistik gesondert geführt werden.

	Gesamt	Aus Großbrit. und Irland	Aus den Ver. Staaten	Aus den Zentral-mächten	Aus Skandinavien	Aus Frankr., Belg., Italien	Aus Rußland, Finnland	Aus den übr. Ländern
1. April 1910 bis 31. März 1914	1 452 631	554 298	501 700	105 806	17 859	74 486	68 886	129 596
1. April 1914 bis 31. März 1918	347 774	63 391	229 419	9 675	3 139	10 728	5 906	25 507

Der Rückgang beträgt:

Einw. aus Großbritannien	88,5	**Proz.**
„ „ den Vereinigten Staaten	54,3	„
„ „ „ Zentralmächten	90,9	„
„ „ Skandinavien	82,4	„
„ „ Frankreich, Belgien, Italien	85,6	„
„ „ Rußland und Finnland	91,4	„
„ „ den übrigen Ländern [1])	80,3	„
insgesamt	76,0	**Proz.**

Der Rückgang der Einwanderung aus Großbritannien und Irland ist fast so groß als jener aus den Zentralmächten. Er ist größer als jener, der sich auf Frankreich, Belgien und Italien bezieht.

d) Südafrikanische Union.

Der gesamte Seeverkehr der Union, ausschl. Heer und Flotte gestaltete sich so:

	Einwanderung	Auswanderung	Auswanderungs-überschuß
1914	34 027	42 631	8 604
1915	17 487	27 220	9 733
1916	13 096	38 094	24 9[illegible]8
1917	6 858	11 988	5 130

Das ergibt von 1914—1917 einen Wanderungsverlust von 48 465. Er war am größten im Jahre 1916.

Ein Vergleich mit den vorhergehenden vier Jahren ist nicht möglich, da über die ganze Union erst seit 1913 Zahlen veröffentlicht werden.

e) Zusammenfassung.

Australien.	1909—1913	Wanderungsgewinn rund	260 000
	1914—1918	„ verlust „	15 000
Neu-Seeland.	1910—1913	Wanderungsgewinn	30 754
	1914—1917	„ „	10 631
Canada.	1. April 1910 bis 31. März 1914	Einwanderung	1 452 631
	1. „ 1914 „ 31. „ 1918	„	347 774
Südafrika.	1914—1917	Wanderungsverlust [2])	48 465

[1]) Einschl. Hebräer, die in der Statistik gesondert geführt werden.

[2]) Im Seeverkehr!

Summieren lassen sich die Zahlen für die einzelnen Länder nicht, da über Canada nur die Einwanderung und über Südafrika nur der Seeverkehr bekannt ist.

Die Zahlen geben aber einen Begriff davon, wie sehr der Krieg die Wanderungsbewegung beeinflußt hat. Australien, Südafrika und wahrscheinlich auch Canada erlitten im Kriege einen Wanderungsverlust. In Neu-Seeland ist der Wanderungsgewinn um fast zwei Drittel zurückgegangen.

Wie stark der Krieg auf den Verkehr zurückgewirkt hat, zeigen die folgenden Vergleiche:

Die Wanderungsbewegung in Neu-Seeland, Canada[1]) und Südafrika umfaßte an Personen:

1913	542 773
1914	291 599
1915	141 271
1916	169 526
1917	127 438

Rechnet man noch Australien ein, so lassen sich nur die Jahre 1913, 1916 und 1917 vergleichen, da aus Australien über die Jahre 1914 und 1915 kein zuverlässiges Material über die Wanderungsbewegung der bürgerlichen Bevölkerung vorliegt.

1913	771 810
1916	279 908
1917	204 629

Der Rückgang in den Kriegsjahren ist außerordentlich stark. Er beträgt im Durchschnitt gegenüber 1913 66 Proz. Die Abnahme wird erklärlich, wenn man bedenkt, wie sehr die Flotte der Entente durch die Kriegstransporte in Anspruch genommen war. Wurden doch in den Kriegsjahren allein aus den vier Kolonien etwa 900 000 Mann nach Übersee geschafft.

8. Gesamtergebnis über die vier Kolonien.

Nach unseren Untersuchungen und Schätzungen ergibt sich über die Bevölkerungsbewegung der vier Kolonien in den Kriegsjahren folgendes:

a) Einberufungen.

Bei einer Einwohnerzahl von etwa 15 450 000, von denen rund 8 150 000 männlichen Geschlechts waren, mobilisierten die Kolonien

[1]) Nur Einwanderung. Bei Canada ist ferner zu bemerken, daß die Statistik über die Einwanderung nach Jahren rechnet, die mit dem 31. März abschließen. Das Ergebnis ist daher nicht ganz exakt.

etwa 1 275 000 Mann. Rund 900 000 wurden nach Übersee geschickt; über 100 000 beteiligten sich an den Kämpfen in Afrika.

b) Geburtenverhältnisse.

Bei normaler Entwicklung wäre in den Kolonien mit einer Zunahme der Geburtenzahl zu rechnen gewesen. Der Krieg hat eine rückläufige Bewegung gebracht. Verglichen mit der Zahl, die unter normalen Verhältnissen erreicht worden wäre, beträgt der Verlust rund 325 000. Das sind etwa 16 Proz. In den europäischen Staaten war die Ziffer rund 38 Proz.

c) Sterblichkeit.

Die Sterblichkeit der Zivilbevölkerung ist durch den Krieg nicht erheblich beeinflußt worden. Die blutigen Verluste beziffern sich auf etwa 145 000. Das sind nicht ganz 1 Proz. der Bevölkerung. In den europäischen Großstaaten, ausschl. Rußland betragen die blutigen Verluste etwa 2,6 Proz. der Bevölkerung.

d) Gesamtverlust.

Der Gesamtverlust an Menschen, der durch Geburtenausfall und blutige Verluste verursacht wurde, beläuft sich auf rund 470 000. Das sind 3 Proz. der Bevölkerung. In den europäischen Großstaaten, ausschl. Rußland, beträgt die Ziffer 8,1 Proz.

e) Die Wanderungsbewegung.

Alle vier Kolonien hatten vor dem Kriege einen starken Wanderungsgewinn aufzuweisen. Die Kriegsjahre brachten auch darin eine Änderung. Australien und Südafrika erlitten einen Wanderungsverlust. In Neu-Seeland ging der Wanderungsgewinn um zwei Drittel zurück. In Canada sank die Einwanderung in den Kriegsjahren gegenüber der entsprechenden Vorkriegszeit um 76 Proz. Es ist anzunehmen, daß auch dieses durch Überwiegen der Auswanderung Menschen verlor.

9. Der Bevölkerungsstand nach dem Kriege.

Der Krieg hat die Entwicklung der Bevölkerungszahl stark beeinträchtigt. Die Geburtenzahl ging zurück, die Zahl der Gestorbenen stieg infolge der blutigen Verluste stark an, der Wanderungsgewinn machte, mit Ausnahme von Neu-Seeland, einen Wanderungsverlust Platz. Auch im Zahlenverhältnis der Geschlechter und im Altersaufbau sind Verschiebungen eingetreten.

a) Die Bevölkerungszahl.

Australien.

Das offizielle Jahrbuch Australiens gibt die Bevölkerungszahl zum 30. Juni 1919 mit schätzungsweise 5 140 542 an. Darin sind die Truppen der Expeditionsarmee, die noch nicht aus Übersee zurückgekehrt sind, nicht inbegriffen. Genaue Angaben darüber, wie groß diese Truppenzahl ist, stehen uns nicht zur Verfügung. Jedoch ist eine Schätzung möglich, da anzunehmen ist, daß für alle Kolonien die Heimsendung der Truppen nach einem einheitlichen Plan durchgeführt wird. Von dem canadischen Heer blieben bis auf weiteres 100 000 Mann in Frankreich stehen. Das sind fast 24 Proz. der insgesamt nach Übersee transportierten Truppen. Auf das australische Kontingent übertragen, ergäbe das nicht ganz 80 000. Die Gesamteinwohnerzahl Australiens würde demnach Mitte 1919 rund 5 220 000 betragen.

Zu demselben Ergebnis gelangt eine Berechnung, die sich auf die Zahlen über den natürlichen Zuwachs, die Kriegsverluste und die Wanderungsbewegung stützt. Die Bevölkerung betrug:

Ende 1913	4 872 059
Geb. Überschuß 1914—1918 (ohne Kriegssterblichkeit)	403 007
Geb. Überschuß 1. Halbjahr 1919	25 000
Zusammen	**5 300 066**

Davon sind in Abzug zu bringen:

Kriegsgefallene	63 000
Wanderungsverlust	15 000
Zusammen	78 000
Bevölkerung Mitte 1919	**5 222 000**

Unter normalen Verhältnissen hätte sich die Bevölkerungszahl weit mehr erhöht. In den letzten Jahren vor dem Kriege war die Einwanderung ganz ungewöhnlich gestiegen. Ob diese Entwicklung länger angehalten hätte, ist nicht mit Sicherheit zu sagen. Legt man, um nicht zu hoch zu greifen, die Zunahme seit Beginn des Jahrhunderts zugrunde, so erhält man für Mitte 1919 eine Einwohnerzahl von rund 5 500 000. Die tatsächliche Zahl bleibt um etwa 280 000 dahinter zurück.

Neu-Seeland.

Die Bevölkerungszahl betrug Ende 1913 rund 1 060 000. Der natürliche Überschuß belief sich von 1914—1917 auf 71 699; der Wanderungsgewinn auf 10631. Danach läßt sich für fünf Jahre schätzen:

1914—1918 Geburtenüberschuß (Zivilbev.)	rund	87 000
„ „ Wanderungsgewinn	„	13 000
Zusammen	rund	100 000
Davon sind an Kriegsgefallenen abzuziehen		15 000
Nettozunahme		85 000

Das ergibt Ende 1918 eine Bevölkerungszahl von 1 145 000.

Unter normalen Verhältnissen wäre die Zahl auf etwa 1 190 000 gestiegen. Der Unterschied von rund 45 000 ist auf Kriegsverluste, Geburtenausfall und Abnahme der Einwanderung zurückzuführen. Der Verlust ist verhältnismäßig kleiner als in Australien. Das erklärt sich daraus, daß Neu-Seeland im Kriege noch einen kleinen Wanderungsgewinn hatte.

Canada.

Für diese Kolonie ist es schwieriger, die Bevölkerungszahl festzustellen. Die amtliche Statistik gibt zum 31. März 1917 eine Einwohnerzahl von 8 361 000 an. Rechnet man in Canada nur den natürlichen Zuwachs, so ergibt sich annähernd diese Zahl. Es ist also anzunehmen, daß von einem Wanderungsgewinn im Kriege nicht mehr die Rede sein kann. Dem natürlichen Zuwachs der bürgerlichen Bevölkerung entsprechend, erhält man, nach Abzug der Kriegsverluste, Mitte 1919 eine Bevölkerungszahl von etwa 8 540 000. Unter normalen Verhältnissen würde eine Zahl von etwa 9 250 000 erreicht worden sein. Der tatsächliche, durch den Krieg verursachte Verlust beläuft sich danach auf etwas mehr als 600 000. Er ist in der Hauptsache durch den starken Rückgang der Einwanderung verursacht worden.

Südafrika.

Nach dem Zensus vom Jahre 1918 betrug die Zahl der Weißen 1 424 690. Mit den beiden früheren Zählungen verglichen, ergibt sich:

1904	1 116 806
1911	1 276 242
1918	1 424 690

Die Zunahme betrug von 1904—1911 rund 14,3 Proz., von 1911—1918 rund 11,6 Proz. Die Entwicklung hat sich verlangsamt. Jedoch ist der Unterschied nicht so groß wie in den anderen drei Kolonien. In Südafrika waren die blutigen Verluste viel geringer als dort und auch der Geburtenverlust kann nicht so groß gewesen sein, da Südafrikas Beteiligung am Kriege weniger intensiv war.

b) Zahlenverhältnis der Geschlechter und Altersaufbau.

Wir haben bereits angedeutet, daß durch den Krieg nicht nur die Entwicklung der Bevölkerungszahl beeinträchtigt, sondern daß auch Zusammensetzung und Aufbau der Bevölkerung verschoben wurde. Infolge der blutigen Verluste geht das Übergewicht des männlichen Geschlechts stark zurück. In derselben Richtung wirkt der Rückgang der Einwanderung. Je mehr die natürliche Vermehrung dem Einwanderungsüberschuß gegenüber in Betracht kommt, desto stärker steigt verhältnismäßig das weibliche Geschlecht an.

Der Aufbau der Bevölkerung wird dadurch beeinflußt, daß die Kriegsverluste nur bestimmte Jahrgänge des männlichen Geschlechts treffen.

Exakte Ziffern über das Zahlenverhältnis der Geschlechter haben wir nur aus Australien und Südafrika. Auf 1000 Einwohner männlichen Geschlechts kamen Einwohner weiblichen Geschlechts:

	1911	1919
Australien	921	967
Südafr. Union (Weiße Bev.)	863	951 [1]

Der Aufbau der Bevölkerung nach dem Kriege läßt sich zurzeit zahlenmäßig noch nicht zuverlässig erfassen. Eine Schätzung ergibt folgendes:

Die männlichen Jahrgänge, die sich im Alter von 20—44 Jahren befanden, verloren an Kriegsgefallenen:

In	Australien	etwa	6,3	Proz.
„	Neu-Seeland	„	7,0	„
„	Canada	„	3,5	„
„	Südafrika	„	2,4	„

Daraus läßt sich schließen, daß in diesen Altersklassen das Übergewicht des männlichen Geschlechts stark abgenommen haben muß. In Australien, wo es vor dem Kriege am geringsten war, ist es fast ganz verschwunden.

10. Schlußbemerkungen.

Nach unseren Untersuchungen ergibt die demographische Bilanz des Krieges für alle vier Kolonien starke Menschenverluste. Freilich sind sie nicht entfernt so groß, wie die Verluste der europäischen Staaten, die am Kriege beteiligt waren. In den fünf Groß-

[1]) Zensus 1918.

mächten Mittel- und Westeuropas machen die Gesamtverluste (Geburtenausfall und Zunahme der Sterblichkeit) etwa 8,1 Proz. der Bevölkerung aus.[1]) In den vier Kolonien beträgt die Ziffer etwa 3 Proz. Selbst hinter dem Mutterlande, das von allen Großstaaten am wenigsten gelitten hat, bleiben die Kolonien zurück. Die Verlustziffer in Großbritannien und Irland beläuft sich auf rund 4 Proz.

In den einzelnen Kolonien weichen die Ziffern stark voneinander ab. Die Verluste betrugen:

In	Australien	etwa	3,4	Proz.
„	Neu-Seeland	„	2.2	„
„	Canada	„	3,3	„
„	Südafrika (Weiße Bevölk.)	„	1,0	„

Die Unterschiede sind hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß der Geburtenverlust in den Kolonien verschieden groß war. Die blutigen Verluste waren, wie wir gezeigt haben, in Neu-Seeland verhältnismäßig am größten.

Sehr wichtig ist es ferner, daß die Wanderungsbewegung in den Kriegsjahren sich vollkommen umgestaltet hat. Der Gewinn ist in den Kolonien, mit Ausnahme von Neu-Seeland in einen Verlust umgeschlagen. In Neu-Seeland ging der Wanderungsgewinn um zwei Drittel zurück. Dies hat, zusammen mit der Abnahme der natürlichen Vermehrung, die Entwicklung der Bevölkerungszahl stark verlangsamt. Während unter normalen Verhältnissen sich in den Kolonien[2]) die Bevölkerungszahl von Mitte 1914 bis Mitte 1919 von etwa 15,5 Millionen auf rund 17,4 Millionen gestiegen wäre, dürfte sie tatsächlich nur etwa 16,4 Millionen betragen. Dieser Verlust ist um so empfindlicher, als die räumlich weit ausgedehnten, dünn besiedelten Kolonien zu ihrer wirtschaftlichen Entfaltung eines starken Zustroms an lebendiger Menschenkraft bedürfen.

Die Umgestaltungen im Aufbau der Bevölkerung sind in den Kolonien viel geringfügiger als in Europa. Der Krieg hat zwar der Bevölkerung männlichen Geschlechts schwere Verluste gebracht (etwa 145000). Aber der Männerüberschuß war vor dem Kriege so groß, daß auch nach dem Kriege das männliche Geschlecht an Zahl das weibliche noch überwiegt.

---

[1]) C. Döring, Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg. Bulletin Nr. 6 der Studiengesellschaft für die sozialen Folgen des Krieges. Kopenhagen 1920.

[2]) In Südafrika ist nur die weiße Bevölkerung eingerechnet. Vgl. die Einleitung.

Inwieweit sich die Kriegseinflüsse in der Zukunft bemerkbar machen werden, läßt sich zurzeit schwer beurteilen, da einer der wichtigsten Faktoren in der Demographie der Kolonien, die Wanderungsbewegung, zu unbestimmt ist, als daß er sich in die Rechnung einstellen ließe.

Die natürliche Vermehrung dürfte durch den Krieg nur verhältnismäßig wenig beeinflußt werden. Vielleicht wird die Sterblichkeit der Zivilbevölkerung in den nächsten Jahren etwas ansteigen, da viele Soldaten mit herabgesetzter Lebensfähigkeit aus dem Felde zurückkehren.

Für die Wanderungsbewegung nach dem Kriege ist dagegen weniger die innere Entwicklung in den Kolonien entscheidend, als die große politische, wirtschaftliche und soziale Umgestaltung, die jetzt in Europa ihren Anfang genommen hat. Ein starkes Ansteigen der Auswanderung in den nächsten Jahren dürfte aber nicht zu erwarten sein.

Miszellen.

Die österreichische außerordentliche Volkszählung am 31. Januar 1920.

Von Dr. Siegfried Rosenfeld, Wien.

Unbestreitbar notwendig erscheint es, die Verheerungen, welche der Krieg unter der Gesamtbevölkerung eines Landes angerichtet hat, festzustellen, was am sichersten durch Zählung der Bevölkerung geschehen kann. Für die Republik Österreich ist unter allen am Kriege beteiligt gewesenen Staaten eine Volkszählung am notwendigsten. Dank den eigenartigen Verhältnissen, welche der Staatsvertrag von St.-Germain geschaffen, welcher fast blindlings aus dem alten Österreich ein Stück herausgeschnitten, das jetzt die Republik bildet, fehlen für diese fast alle Unterlagen, die Zahl und die Verteilung ihrer Bewohner auch nur annähernd richtig zu schätzen. Um nur eines hervorzuheben: es findet eine ununterbrochene Abwanderung in die Nationalstaaten statt, die sich nicht bloß auf während des Krieges zugewanderte Flüchtlinge bezieht. Die Bevölkerung der Republik erscheint gleichsam in stetem Flusse begriffen. Trotz dieses Mangels an Stabilität entschloß man sich doch in Österreich, mit der Vornahme der Volkszählung nicht bis zum nächsten gesetzmäßigen Termine zu warten. Das Volkszählungsgesetz des alten Österreichs, welches unter Angabe der zumindest zu erhebenden Momente die Vornahme einer Volkszählung alle 10 Jahre vorschreibt, gilt automatisch auch für die Republik, so daß die nächste ordentliche Zählung erst am 31. Dezember 1920 stattgefunden hätte. Dieser Termin erschien als zu spät und es wurde eine außerordentliche, am 31. Jänner 1920 stattfindende Volkszählung angeordnet, deren Erhebungsmomente an Zahl noch hinter dem oberwähnten Minimum zurückbleiben.

Die Grundlage der außerordentlichen österreichischen Volkszählung bildet das Personenzählblatt. Für jede Person, welche sich um die Mitternachtsstunde des 31. Jänner 1920 in der Republik aufhält, wird ein Zählblatt ausgefüllt. Vorübergehend Abwesende werden also nicht gezählt, dafür aber selbst solche zeitweilig Anwesende, welche sich nur auf der Durchreise befinden. Bei der ordentlichen Zählung wurden stets auch die zeitweilig Abwesenden gezählt. Daß man von dieser Gewohnheit abwich ist nicht ganz gleichgültig. Es werden nämlich dadurch alle ins Ausland geschickten Kinder, deren Zahl nicht gering ist, nicht gezählt. Dadurch erfährt nicht bloß die Gesamthöhe des Bevölkerungsstandes eine Abänderung, sondern auch, da nur einige Altersjahre in Frage kommen, die Alterszusammensetzung der Bevölkerung eine künstliche Verschiebung. Von dem weiteren formalen Zählungsvorgange interessiert uns hier noch der Wohnungsbogen, der alle Personenzählblätter umfaßt und die Frage enthält, ob Angehörige der Haushaltung derzeit noch kriegsgefangen, verschollen oder vermißt sind, und wenn, wieviele.

Das Personenzählblatt erhebt von der gezählten Person: 1. das Geburtsdatum, 2. das Geschlecht, 3. den Familienstand (wobei verwitwet, geschieden, getrennt zusammengezogen werden), 4. die Staatsbürgerschaft, 5. die Heimatsberechtigung, 6. den Beruf (die Fragen lauten: Hat einen Beruf? ist Hausfrau im eigenen Haushalte? ist beruflos?), 7. die Art des wichtigsten Berufes (mit Unterscheidung, ob selbständig oder unselbständig und für beide Kategorien mit Unterscheidung ob zugehörig zu a) Land- oder Forstwirtschaft, b) Industrie oder Gewerbe, c) Handel, Verkehr oder Gastwirtschaft, d) freien Berufen, und bei Unselbständigen noch zugehörig zu: e) öffentlichem Dienste, f) Haushalte); wenn keiner obiger Berufe, so ist der Beruf detailliert anzugeben mit Bezeichnung ob selbständig oder unselbständig, 8. für Unselbständige ob in Arbeit oder Stellung, ob wegen Krankheit oder sonstiger Arbeitsunfähigkeit nicht in Arbeit oder Stellung, ob aus sonstigen Gründen arbeitslos. Mit Ausnahme der Frage 1, 5 und des letzten Absatzes der Frage 7 wird die Antwort durch Einsetzen eines liegenden Kreuzes an der zutreffenden Stelle des Zählblattes gegeben.

Daraus ist ersichtlich, daß nicht bloß Personaldaten im engsten Sinne des Wortes erhoben werden. Es findet mitinbegriffen eine ganz allgemein gehaltene Berufszählung statt, ferner eine Zählung der Kriegsgefangenen und eine Zählung der Arbeitslosen.

Indem ich mir vorbehalte, auf die Ergebnisse der Zählung,

sobald sie vorliegen werden, zurückzukommen, will ich für jetzt nur ganz im allgemeinen einige Bemerkungen zu und über diese außerordentliche Volkszählung machen.

So anerkennenswert es ist, daß die Volkszählung so früh als möglich vorgenommen wird, so darf sie doch nicht zu früh vorgenommen werden. Gerade das aber will mir in mehr als einer Richtung erscheinen. Die Republik Österreich ist noch gar nicht in der Lage, die Bewohner ihres ganzen Gebietes zu zählen. Durch den Staatsvertrag von St.-Germain ist zwar das Gebiet der Republik bestimmt, aber das gesamte Gebiet ist nicht auch schon im Besitze der Republik. In Kärnten gibt es noch zwei Abstimmungszonen, deren eine sicherlich zu Österreich kommen wird und deren keine eigentlich in die Volkszählung am 31. Jänner einbezogen werden kann. Dabei handelt es sich keineswegs um zu vernachlässigende Volksmengen; betrug doch bei der Volkszählung des Jahres 1910 die Einwohnerzahl der beiden Abstimmungszonen 58 610 und 72 138, zusammen 130 748. Ferner wurde der Republik im Staatsvertrage Deutschwestungarn zugesprochen, dessen Boden noch immer im Besitze Ungarns ist und dessen Einwohnerzahl im Jahre 1910 345 082 betrug. Ungefähr eine halbe Million Einwohner kann also am 31. Jänner 1920 nicht gezählt werden. Die außerordentliche Volkszählung ist, weil zu früh vorgenommen, eine unvollständige Zählung.

Unvollständig ist sie ferner, weil auch nach anderer Richtung hin zu früh vorgenommen. Sie wird vorgenommen, noch bevor alle im Feindesland Internierten und insbesondere noch bevor alle Kriegsgefangenen zurückzukehren die Möglichkeit hatten. Auch hier handelt es sich um große Volksmengen, deren Wegfall überdies noch, in ähnlicher Hinsicht wie bei den im Auslande befindlichen Kindern, das Bild der Alterszusammensetzung des österreichischen Volkes verzerrt, da auch hierbei nicht alle Altersklassen gleichmäßig, sondern nur einzelne ausschließlich betroffen sind. Diese Verschiebung im Altersaufbau findet zum Teile auch statt, wenn man auf Grund der im Wohnungsbogen enthaltenen Fragen nach den Kriegsgefangenen, Vermißten und Verschollenen deren Zahl erfährt, da man dabei nichts über deren Alter erfährt. Schon aus diesem Grunde sind die Antworten auf die Fragen im Wohnungsbogen kein geeigneter Ersatz für die mangelnde Zählung der Kriegsgefangenen und Vermißten. Dazu kommen noch Gründe, welche in den Fragen selbst liegen und eine genaue Kenntnis unmöglich machen. Indem Kriegsgefangene und Vermißte erfragt

10*

werden, gerät der Staat in die Lage eines Kaufmannes, der seine dubiosen Forderungen als vollwertig in die Jahresbilanz aufnimmt; denn man weiß gar nicht, wie viele von den als kriegsgefangen oder vermißt Angegebenen noch tatsächlich leben, so daß die Zählung derselben sowohl eine Zählung Lebender als auch eine Zählung Verstorbener ist. Ferner sind die Fragen so, daß nicht einmal alle deutschösterreichischen Kriegsgefangenen (von den Vermißten und Verschollenen, die ja wohl alle schon tot sind, ganz zu schweigen) erfaßt werden können. Wir erfahren nur von jenen Kriegsgefangenen, die einer Haushaltung der Republik Österreich angehören. Ist dies nicht der Fall, existieren sie für die Volkszählung nicht. Es werden also alle jene Kriegsgefangenen nicht erfragt, welche nach ihrer Heimkehr aus der Gefangenschaft in der Republik ihren Wohnsitz nehmen möchten, aber überhaupt zu keiner Haushaltung gehören oder nur zu einer außerhalb des Gebietes der Republik. Gleichsam als Äquivalent hierfür findet die Zählung jener Kriegsgefangenen statt, welche gar nicht mehr in die Republik zurückkommen werden, zumindest nicht die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft anstreben, aber mit einer Haushaltung innerhalb des Gebietes der Republik zusammenhängen. Kurzum die Erfragung der Kriegsgefangenen ist nicht geeignet, das unvollständige Bild des Besitzes der Republik an Volk vollständig zu gestalten.

Die ausfallende Volkszählung in Kärnten und Deutschwestungarn läßt sich später nachholen, obwohl damit die Einheitlichkeit der Zählungszeit verloren geht und überdies dadurch Fehler unterlaufen müssen, daß der nach der Abstimmung freie Verkehr zwischen diesen Gebieten und dem übrigen Teile der Republik eine Verschiebung Gezählter in das nichtgezählte Gebiet, Nichtgezählter in das gezählte Gebiet bewirkt. Der Richtigkeit der Volkszählung wegen diesen Verkehr bis zum Termine der nachträglichen Zählung zu verbieten, ist nicht denkbar. Weniger leicht als eine Nachtragszählung in Kärnten und Deutschwestungarn läßt sich eine genaue Nachtragszählung der heimkehrenden Kriegsgefangenen bewerkstelligen.

Noch von einem anderen Gesichtspunkte aus erscheint mir die Volkszählung verfrüht. Eine Volkszählung soll ja ein einigermaßen typisches Bild liefern, sie setzt also eine Art Stabilität der Verhältnisse voraus. Davon sind wir in Österreich derzeit noch viel weiter als jedes andere Land entfernt. Ich denke dabei nicht so sehr an die überseeische Abwanderung, die schon tatsächlich ein-

gesetzt hat, die aber gegenwärtig in ihrer Ausbreitung durch den Tiefstand der österreichischen Valuta behindert ist, welcher nicht allzu vielen das Auswandern auf eigene Kosten gestattet. Doch muß auch auf die überseeische Auswanderung hingewiesen werden, weil durch sie gerade kräftige und arbeitsfähige Leute der Republik entführt werden. Ich denke vielmehr an die Abwanderung in die „Nationalstaaten". Speziell die Abwanderung in die Tschechoslovakei dürfte nicht so bald beendet sein und sie ist geeignet, ein ganz anderes Bild der Bevölkerungszahl zumal der Städte der Republik schließlich zu liefern, als wir jetzt durch die Volkszählung erhalten werden.

Fassen wir die bisherigen Ausführungen zusammen, so gipfeln sie darin, daß die außerordentliche Volkszählung Ergebnisse bringen wird, welchen wir nicht vertrauen dürfen, daß sie dem, was etwa ein Jahr später sein wird, mutatis mutandis ähnlich sein werden.

Noch einen Punkt möchte ich erwähnen, da ich auch diesbezüglich Bedenken hege. Er betrifft die Staatsbürgerschaft. Es wird gefragt, ob die gezählte Person in der Republik Österreich die Staatsbürgerschaft besitzt oder ob in einem anderen Staate oder ob diesbezüglich Zweifel bestehen. In den ersten Tagen der Republik konnte sich jeder nicht innerhalb der jetzigen Grenzen derselben heimatberechtigte Angehörige des früheren Staates Österreich-Ungarn zu Deutschösterreich bekennen. Er wurde dadurch deutschösterreichischer Staatsbürger, ohne gezwungen worden zu sein, die bisherige Zugehörigkeit zu einem anderen Staate aufzugeben. Da dieser Zustand der doppelten Staatsbürgerschaft noch besteht, hängt es natürlich von dem Belieben dieser Leute ab und ist für sie ganz unverbindlich, zu welchem Staate sie sich bei der Volkszählung bekennen wollen. Das Bekenntnis bei der Zählung zu Deutschösterreich wird die Betreffenden — zumeist Galizianer und Tschechen — keineswegs hindern, bei geklärten Verhältnissen die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft rundweg zu verleugnen. Auch diesbezüglich erscheint mir die Volkszählung verfrüht.

Ich glaubte, alle diese Bedenken äußern zu müssen, damit es nicht etwa den Anschein hat, als ob die Mängel der Volkszählung nicht auch in Österreich empfunden werden. Inwieweit die Bedenken gerechtfertigt und die hervorgehobenen Mängel auf die Ergebnisse der außerordentlichen Volkszählung von Einfluß sein werden, wird vielleicht erst aus den Ergebnissen der nächsten ordentlichen Zählung hervorgehen.

Organisierung der Volksgesundheit.[1])

Von Dr. H. H. van Eyk, Arzt in Huizen (Nordholland).

Falls jemals eine gute Gelegenheit vorhanden war, die im Interesse der Volksgesundheit zu ergreifenden Maßnahmen gut zu organisieren, so besteht diese gerade jetzt, wo Wohnungsgesetz, Gesundheitsgesetz und Krankheitsgesetz einer Revision unterzogen werden. Ob man von dieser Gelegenheit Gebrauch machen wird, muß bezweifelt werden. In Niederland verändert man lieber Gesetze, als daß man, sich auf einen zeitgemäßen Standpunkt stellend, neue Gesetze schafft.

Was nun die Hauptmängel der gegenwärtigen Regelung der Volksgesundheitsfrage betrifft, bestehen dieselben in nachfolgendem:

1. Die die Volksgesundheit betreffenden Angelegenheiten sind auf fünf Ressorts verteilt.

2. Die Anzahl der Gesetze, welche diese Angelegenheiten ganz oder teilweise zum Gegenstande haben, beträgt (abgesehen von den in Gesetzbüchern und Königlichen Verordnungen festgelegten Gesetzen) reichlich dreißig.

3. Infolge Fehlens einer großzügigen generellen Regelung stehen einige Vorschriften zueinander in diametralem Widerspruch.

4. Kein einziges politisches Programm — es gibt deren etwa 25 — widmet der Volksgesundheit als Ganzes einen einzigen Paragraphen.

5. Die Parteipolitik mißbraucht Angelegenheiten, welche zu der Volksgesundheit in Beziehung stehen, dazu, Reklame zu machen und Institutionen verschiedener Art ins Leben zu rufen, aber nur als Mittel, nicht als Zweck. Dieser Nachteil ist auf Rechnung der unseligen Parteipolitik zu setzen, nicht auf diejenige der Politiker persönlich.

6. Das Vorbeugen von Krankheiten und das Behandeln von Kranken droht völlig in den Hintergrund gedrängt zu werden durch eine theoretische Schreibtischorganisation, die Zwang angewendet wissen will, wo sie beratend auftreten müßte und umgekehrt.

7. Der beamtete Arzt droht den behandelnden Arzt zu überflügeln zum Nachteile der Staatskasse und — des Kranken.

---

[1]) Aus der „Nederlandsch Tijdschrift voor genesskunde", 1919, II. Hälfte, Nr. 13, ins Deutsche übersetzt. — Wenngleich diese Arbeit nur auf die Verhältnisse in den Niederlanden Bezug nimmt, so dürfte sie auch anderwärts von Interesse sein, da in vielen Ländern die diesbezüglichen Verhältnisse ähnlich liegen wie in Niederland. *Die Redaktion.*

8. Volksgesundheit und Versicherungswesen drohen synonym zu werden zum Nachteile alles dessen, was die Volksgesundheit außer dem Versicherungswesen umfaßt.

9. Die Bürgermeister und Gemeindeverwaltungen machen von den ihnen verliehenen, in § 135[1]) der Gemeindeordnung und in anderen Gesetzen festgelegten Befugnissen einen sehr unzulänglichen Gebrauch.

10. Es wird noch zu viel von dem Standpunkt ausgegangen, daß über lokale Gesundheitsinteressen lokale Orientierung entbehrt werden könne. Die Institution der Gesundheitskommissionen trägt diesem Umstande nicht genug Rechnung.

11. Die Staatsaufsicht begutachtet und beaufsichtigt, kann aber selten eingreifen und tut es fast nie.

12. Das platte Land wird auf diese Weise den Städten nachgestellt, zum Nachteile sowohl des platten Landes als der Städte selbst.

13. Das private Vorgehen leistet zuweilen anerkennenswert Gutes, gereicht aber indirekt mehr zum Schaden und hemmt die Gemeindefürsorge für die Volksgesundheit, da namentlich die Ortsbehörden auf dem platten Lande die Sache gerne von sich auf privates Eingreifen abwälzen, teils aus verkehrten Sparsamkeitsbegriffen, teils aus Mangel an Kenntnis über hygienische Begriffe.

14. Es besteht eine viel zu weit durchgeführte Zentralisation, die schädlich wirkt, besonders auf dem platten Lande, da die Städte immer mehr die Fürsorge für ihre eigene Hygiene in die Hand nehmen.

15. Es besteht zuviel Spezialisierung; so z. B. auf dem Gebiete der Tuberkulose, später vielleicht auf demjenigen der Geschlechtskrankheiten, und möglicherweise noch anderen Gebieten; hierdurch verliert das Publikum auf dem Gebiete der allgemeinen Hygiene den leitenden Faden und es wird eine Art populär wissenschaftlicher Schreiberei ins Leben gerufen, die verwirrte Begriffe erzeugt.

16. Wenn auch auf dem Gebiete der Krankheitsversicherung zuviel zentralisiert wird — was noch abzuwarten ist — läuft man Gefahr, das Schlechte aus dem deutschen System überzunehmen und das Gute in dem dänischen System nicht zu sehen; übrigens wird die Krankheitsversicherung nur einen Teil, wenn auch den größten, der Bevölkerung umfassen.

---

[1]) Dieser Paragraph lautet: Dem Gemeinderat steht es zu, Verordnungen zu erlassen, die im Interesse der öffentlichen Ordnung, der Sittlichkeit und Gesundheit erforderlich sind, sowie andere, den Gemeindehaushalt betreffende Verordnungen.

17. Wir stehen am Vorabende einer Behandlung „en masse“ und man vergißt, daß diese nur dann gut sein kann, wenn auch die individuelle Behandlung gut ist. Das „salus aegri summa lex“ muß Ausgangspunkt bleiben; nur dann wird das „salus populi“ zu seinem Rechte gelangen, auch in wirtschaftlichem Sinne. Wo die einzelnen Unterteile nicht tauglich sind, kann das Ganze niemals gut sein.

18. Von den niederländischen Ärzten werden Handlungen erwartet, die sie con amore verrichten würden, welche sie jedoch nicht verrichten können, teils wegen unzulänglicher geldlicher Unterstützung seitens der Gemeinden, teils wegen veralteter Gesetzesbestimmungen.

19. Die Aufsicht auf einwandfreie Beschaffenheit der Nahrungs- und Genußmittel ist namentlich auf dem platten Lande sehr ungenügend oder besteht überhaupt nicht, u. a. m.

Aus diesem allen geht wohl deutlich hervor, daß keine Einheit besteht in Dingen, die zusammengehören; daß viel weniger getan wird als an der Hand des Gesetzes getan werden könnte; daß andererseits wieder eine zu weit durchgeführte Zentralisation besteht; daß das platte Land in hygienischem Sinne schlechter versorgt wird als die Städte. Das nunmehr anhängige geänderte Gesundheitsgesetz kann hierin keine oder wenigstens längst nicht hinreichende Verbesserung bringen.

Alle diese Mängel sind zu beheben durch zwei Maßnahmen, und zwar durch die Schaffung eines Ministeriums für Volksgesundheit und die obligatorische Schaffung von Gemeinde-Gesundheitsämtern, d. h. daß die Gemeindeverwaltungen dazu verpflichtet werden, von der ihnen in § 135 der Gemeindeordnung verliehenen Befugnis Gebrauch zu machen.

Es wäre zu fordern:

Ein Ministerium für Volksgesundheit, weil unter den gegenwärtigen Umständen:

a) infolge des großen Umfanges der Materie, die eine Reihe zusammengehöriger Gegenstände umfaßt, Gefahr besteht, daß die Volksgesundheit in einem oder mehreren der Ressorts als Nebensache betrachtet wird;

b) Gefahr besteht, daß die Volksgesundheit zur Hauptsache Gegenstand einer Versicherungsinstitution wird, so daß den übrigen Seiten zu wenig Interesse entgegengebracht werden wird;

c) Vereinfachung der Gesetze und Übereinstimmung der verschiedenen Bestimmungen sehr schwer erreichbar ist;

d) die Parteipolitik der Volksgesundheit großen Schaden zufügt, was besser wird, wenn alles einem Ressort unterstellt wird.

e) die Anzahl Erlasse, Verordnungen und anderer manchmal fragwürdiger Schriftstücke, wie auch die Anzahl der Reichsbeamten unverhältnismäßig groß ist im Vergleich zu demjenigen, was zustande kommt.

Des weiteren:

Obligatorische Gemeinde-Gesundheitsämter (bzw. eines für Komplexe von kleineren Gemeinden), so daß:

a) die schädlich wirkende zu weit durchgeführte Zentralisation vermieden werde;

b) wirtschaftlich, auch örtlich, größerer Vorteil erreicht werde; denn „public healthy is purchasable; every community can determine its own deathrate within certain natural limitation";

c) die ärztliche Behandlung viel besser zu ihrem Rechte kommen könne, auch auf dem platten Lande;

d) die Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten einschließlich der Durchführung der Desinfektion überall, namentlich auch auf dem platten Lande, gute Resultate für das ganze Land zeitigen könne;

e) die Abwanderung der Bevölkerung des platten Landes, die stets, wenn auch in wechselndem Grade, ihren Fortgang nimmt, auf die Dauer für die größeren Zentren keine Gefahr in hygienischem Sinne bringe.

f) der privaten Initiative eine gesetzliche Schranke gesetzt werde, so daß deren gute Seiten übrigbleiben und ihre schlechten Seiten verschwinden;

g) die Versorgung des Kindes in hygienischer Hinsicht verbessert werde durch obligatorische Schulaufsicht (Bezirksschulärzte).

Die Anforderungen, welche an solch ein obligatorisches Gemeinde-Gesundheitsamt zu stellen und gesetzlich festzulegen wären, ließen sich leicht auseinandersetzen; aber dies würde gegenwärtig hier zuviel Raum in Anspruch nehmen.

Kritische Besprechungen.

Burgdörfer, Fritz (München), Das Bevölkerungsproblem, seine Erfassung durch Familienstatistik und Familienpolitik mit besonderer Berücksichtigung der deutschen Reformpläne und der französischen Leistungen. München 1917. A. Buchholz. 254 S. Preis M. 6,—.

Burgdörfer gibt im ersten Teil eine allgemeine Darstellung des Bevölkerungsproblems, das er in seiner ganzen, oft verkannten Bedeutung erfaßt. Das Bevölkerungswachstum erklärt er für die ureigentliche treibende Kraft im Leben der Völker; die Zustände, die es zur Folge hat, wirken oft auf seine Größe zurück. Äußere oder innere Kräfte fördern oder hemmen den Gang der Bevölkerungsentwicklung, der Bedarf für die Lebensführung (der Nahrungsspielraum) und der Einzel- oder Kollektivwille der Menschen. Das Malthus'sche Gesetz gilt nur für primitive Kulturzustände. Übermäßige Fruchtbarkeit ist für den Staat und die Familie nachteilig, da sie eine große Säuglingssterblichkeit zur Folge haben und die Mutter frühzeitig aufreiben. Das Geburtenoptimum liegt da, wo die Aufwuchsziffer nach Quantität und Qualität ihre höchste Höhe erreicht. Die Interessen des Staats und der Einzelfamilie gehen oft auseinander, da letztere häufig eine kleine Kinderzahl für sich und für ihre Nachkommen für vorteilhafter hält. Übermäßiges Kleinhalten der Familie bringt aber die große Gefahr mit sich, daß der Bestand der Familie gefährdet wird. Das Wünschenswerte sei, daß zwischen den auseinandergehenden Interessen des Staats und der Familie ein Ausgleich durch eine Geburtsziffer mittlerer Größe geschaffen werde; eine

durchschnittliche Fruchtbarkeit von drei Kindern sei unzureichend, erst vier Kinder verbürgen den Fortbestand und eine mäßige Entwicklung des Volksganzen.

Die bisherige praktische Bevölkerungspolitik beschränkte sich bisher auf die Erhaltung der Lebenden; dies reiche aber nicht aus, der Staat müsse kinderreichen Familien positive Vorteile oder wenigstens Hintanhaltung direkter Nachteile in Aussicht stellen. Das Wichtigste sei daher wirtschaftliche Kräftigung der Familie in großem Stil. Der Verfasser bekennt sich dabei in der Hauptsache zu den Gruber'schen Vorschlägen. Die Gesamtheit müsse einen wesentlichen Teil der Kosten für Geburt und Aufzucht lebenskräftiger Kinder übernehmen, dazu kommen Junggesellensteuer, höhere Besteuerung kinderarmer Familien, eine Abstufung der Erbschaftssteuer nach der Zahl der Kinder. Die Kosten für Wochenhilfe, Erziehungsbeiträge und Elternpension müssen durch eine obligatorische Reichsfamilienversicherung aufgebracht werden. Das Buch ist zu einer Zeit geschrieben, in der das deutsche Volk noch auf einen anderen Ausgang des Krieges hoffte; ein weiterer Ausbau der sozialen Versicherung im Sinne einer Familienversicherung ist für eine große Reihe von Jahren ausgeschlossen, ist es doch sehr fraglich, ob im neuen Reich die bisherigen Errungenschaften auf dem Gebiet sozialer Fürsorge weitergeführt werden können.

Der zweite Teil des Buches ist dem Ausbau der Familienstatistik gewidmet. Burgdörfer unterscheidet dabei die Familie im weiteren Sinn (die aufeinanderfolgenden Generationen, die Sippschaft) und die Familie im engeren Sinn (die Einzelfamilie). Er trennt dann weiter in sozialbiologische und die sozialökonomische Familienstatistik.

Die Statistik der Familie im weiteren Sinn ist für rassenhygienische Untersuchungen unentbehrlich, sie ist aber auch für die demologische und soziale Seite des Problems unentbehrlich Fahlbeck, Schott); die Familienregister bieten hierzu die beste Grundlage (Weinberg). Die Statistik des Standes der Familien sei in Deutschland unvollkommen; so stimme die Zahl der ortsanwesenden verheirateten Männer und Frauen nie überein (vorübergehende Abwesenheit, bewußt falsche Angaben, Eheverlassenheit). Die Statistik der Bewegung und Stand der Familie sei gut entwickelt in Deutschland, doch erfordere die Statistik des Familienzuwachses genauere Erhebungen. Eine feinere Gestaltung der Familienstatistik sollte sich mit den Vererbungserscheinungen, mit

der Tradition des Berufs, dem Auf- und Abstieg der Familiengeschlechter befassen.

Die sozialökonomischen Faktoren, wie Wohnung, Gebürtigkeit, Konfession, Beruf, soziale Stellung, Wohlhabenheit, sind für den Aufbau der Familie ebenso wichtig, wie die biologischen (Heiratsalter, Ehedauer, Alter der Eltern bei der Geburt); zur Erfassung der ersteren ist eine Kombination mit den letzteren notwendig.

Die allgemeine Haushaltungsstatistik ist der älteste Zweig der Familienstatistik; verschieden ist dabei die Art der Umgrenzung nach Zusammenwohnen und hauswirtschaftlichem Zusammenhang. Die Wohnungsstatistik ist jüngeren Datums; sie soll nach Burgdörfer nicht nur anormale Wohnungsverhältnisse aufzählen, sondern auch die normalen veranschaulichen. Große Schwierigkeit bietet der Begriff der „Wohnungsgröße". Das Ausmessen des Kubikinhalts wäre nach dem Verfasser das Richtige, sei aber wegen der großen Kosten nicht möglich. Durchschnittszahlen sind hier wertlos, die meistvertretenen Typen sollen herausgefunden werden. Als überfüllte Wohnungen werden vielfach die bezeichnet, in denen mehr als 2 Personen auf einen Wohnraum kommen (Losch, Schott, Englische Wohnungsstatistik), dabei kann leider die Qualität der Wohnung nicht berücksichtigt werden, da sie zahlenmäßig nicht zu erfassen ist.

Für die sozialökonomische Seite der Familienstatistik sind Haushaltrechnungen notwendig. Die vielen methodischen Schwierigkeiten hierbei sind bekannt. Schätzungen nach dem Verbrauch in einer Woche sind ungenügend, schon wegen der Verschiedenheit der Jahreszeiten. Sie müssen sich nach Burgdörfer auf ein paar Jahre erstrecken, dadurch wird aber der Personenkreis, der sich hierzu herbeiläßt, sehr klein und es entsteht eine Auslese geordneter Hauswirtschaften.

Die Familienstatistik im engeren Sinn befaßt sich mit der Fruchtbarkeit der Familie.

Da aus der Geburtenstatistik keine Anhaltspunkte für die Kinderzahl der Ehe gewonnen werden können, hält der Verfasser die Erhebung des Kinderbestands bei der Volkszählung für nötig. Dabei müssen Angaben über den Tag der Eheschließung und die Zahl der in der Ehe geborenen (einschließlich totgeborenen und bereits gestorbenen) Kinder, Heiratsalter der Männer und der Frau und Ehedauer verlangt werden. Mitbearbeitung des Berufs und der Berufsstellung ist für die ganze Volksmasse wegen der

viel zu zahlreichen Kombinationen nicht möglich, ließe sich aber für einzelne Berufsgruppen mit ungefähr gleichartigen Lebensbedingungen durchführen. An der Hand der schottischen Familienstatistik zeigt Burgdörfer, wie hierbei gewisse Vereinfachungen möglich sind. Die Kombination mit dem Heiratsalter des Mannes kann unterbleiben, da das Heiratsalter der Frau durch dasselbe mitbedingt ist. Für Ehen mit abgeschlossener Fruchtbarkeitsperiode wurde in Schottland folgende Korrelationsformel für die Kinderzahl (K) berechnet:

$$K = 14\,889 - 0{,}332\ F - 0{,}028\ M,$$

wobei F das Heiratsalter der Frau, M das des Mannes bedeutet. Die Ehedauer kann bei Ehen mit abgeschlossener Fruchtbarkeit vernachlässigt werden, während vor dieser die Kinderzahl in erster Linie von der Ehedauer abhängt. Der Einfluß der Ehedauer (D) bei nicht abgeschlossener Fruchtbarkeit ist aus der folgenden Formel ersichtlich:

$$K = 2{,}968 - 0{,}076\ F - 0{,}024\ M + 0{,}272\ D.$$

Burgdörfer teilt Proben aus der schottischen Fruchtbarkeitstafel mit. In der Tafel vor Abschluß der Fruchtbarkeit ist das Heiratsalter des Mannes und der Frau berücksichtigt, sie ist aber nur für die Ehen mit gleichaltrigen Gatten aufgestellt. Die Ehelösungswahrscheinlichkeit ist in der schottischen Familienstatistik nicht berücksichtigt; ob und in welchem Maße die betreffenden Ehepaare Aussicht haben, diese oder jene Ehedauer zu erreichen, läßt sich aus dieser Statistik nicht erkennen. Hierzu wäre die Berechnung von Ehedauertafeln nach Böckh nötig.

Die Frage, ob die Kinderzahl in der Familie, der Aufwuchs in der Einzelfamilie unter dem Einfluß der Abnahme der Geburten und Sterbefälle sich geändert hat, kann durch die bisherige Fruchtbarkeitsstatistik nicht gelöst werden, dazu sind Bestandserhebungen notwendig. Hierbei muß in der Erhebung zu erkennen sein, in welchem Alter die gestorbenen Kinder aus dem Leben schieden; Burgdörfer schlägt als Zusatzfrage vor, wie viel Kinder vor dem 1. bzw. 5. Lebensjahre gestorben sind, da ein Eintrag des Geburts- und Sterbetages der Kinder wahrscheinlich undurchführbar sei.

In einem Schlußkapitel gibt der Verfasser eine Übersicht über die französische Familienstatistik des Jahres 1906. Er bringt einen kurzen Rückblick auf die Kinderzahl der französischen Familien, wobei die große Zahl derer, die keine Angaben

hierüber machten, mehr betont werden könnte, da der Verdacht besteht, daß gerade unter diesen die kinderlosen Ehen sehr häufig sind. Er verweilt dann länger bei der französischen Ehedauertafel von 1906—09, aus der, ohne Berücksichtigung des Heiratsalters, die folgenden Zahlen hervorgehoben seien:

Ehedauer in Jahren	Von 1 000 Ehen wurden jährlich gelöst durch				Von 10 000 Ehen erreichten das nebenstehende Jahr
	den Tod des Mannes	den Tod der Frau	Scheidung	Zusammen	
0	6,66	6,33	0,04	13,03	10 000
5	7,92	7,88	2,67	18,47	9 233
10	10,25	7,81	2,71	20,77	8 368
15	12,16	7,70	2,02	21,88	7 520
20	14,80	8,90	1,27	24,97	6 697
30	26,54	14,73	0,42	41,69	4 901
40	50,78	28,41	0,10	79,29	2 715
50	105,78	62,82	0,04	168,64	795
60	193,01	133,70	—	326,71	54

Hieran schließt sich eine Erörterung des französischen Gesetzes zur Unterstützung kinderreicher Familien vom 1. März 1914. Diese Unterstützung wird gewährt, wenn 4 Kinder unter 13 Jahren da sind, lebt nur der Vater, bei 3 Kindern, lebt nur die Mutter, bei 2 Kindern. Nur Familien mit unzureichenden Hilfsquellen erhalten die Unterstützung. Sie beläuft sich auf mindestens 60 Franken im Jahre, werden mehr als 90 Franken gewährt, so hat die Gemeinde den Mehrbetrag allein zu leisten, sonst teilen sich Staat, Departement und Gemeinde darein. Für die Zeit vom 1. März bis 31. Dezember 1914 werden Nachweise aus 38 Departements mitgeteilt. Wenn auch dem Gesetz ein großzügiger Gedanke zugrunde liegt, so kann man doch im voraus sagen, daß die Unterstützungen zu klein sind und daß daher das Gesetz einen durchgreifenden Erfolg nicht haben wird.

Burgdörfer's Arbeit verdient Beachtung; wir wissen, wie wenig bisher auf dem Gebiet der Familienstatistik in Deutschland geleistet wurde. Der Versuch in Preußen bei der Volkszählung von 1910 war ganz unzureichend. Der Zusammenbruch Deutschlands erfordert einen Neuaufbau des Staates, auf volkswirtschaftlichem wie auf sittlichem Gebiet. Für den Neuaufbau auf sittlichem Gebiet bildet die Familie die Grundlage. Es wäre zu wünschen, daß in den nächsten Jahrzehnten die deutsche Familie in der deutschen Statistik die Beachtung erfährt, die ihr gebührt. Was

dazu erforderlich ist, hat Burgdörfer übersichtlich, sachlich und nirgends über das Ziel hinausschießend gezeigt.

Prinzing (Ulm).

Grotjahn, A. (Berlin), Soziale Hygiene, Geburtenrückgang und das Problem der körperlichen Entartung. Weyl's Handbuch der Hygiene. Ergänzungsband: Soziale Hygiene. Leipzig 1918. A. Barth. S. 389—448.

Grotjahn erläutert den Begriff der sozialen Hygiene durch Gegenüberstellung der Materien der physikalisch-biologischen Hygiene und der sozialen Hygiene. Die erstere ist die Lehre von den hygienischen Bedingungen, wie sie sein sollen, die letztere beschreibt sie, wie sie sind und sucht nach Normen für eine Ausdehnung der hygienischen Maßnahmen auf alle Volksschichten. Hierzu muß sie notwendig mit Statistik, Volkswirtschaft, Sozialwissenschaft und Kulturgeschichte, aber auch mit den politischen Verhältnissen Fühlung nehmen.

Grotjahn setzt dann weiter auseinander, wie er das Entartungsproblem auffaßt und berührt kurz die Frage, ob der Zerfall der Kulturvölker, der in der Geschichte beobachtet wird, von politischen Verhältnissen und kulturellem Verfall oder von einer körperlichen Entartung verschuldet sei. Er gibt einen kurzen geschichtlichen Abriß der neueren Arbeiten über den Zusammenhang von Kultur und Entartung. Für den von Ploetz geprägten Ausdruck Rassenhygiene schlägt er den Galton'schen Ausdruck Eugenik, oder noch besser deutsch Fortpflanzungshygiene vor. Er definiert sie als „Lehre von den Bedingungen der menschlichen Fortpflanzung und ihrer rationellen Beeinflußbarkeit in quantitativer und qualitativer Hinsicht". Sie sei ein notwendiger Teil der sozialen Hygiene, welche die Verhütung der Entartung mitumfassen müsse.

Das Verschwinden ganzer Völker beruht nach Grotjahn nicht auf moralischer und physischer Entartung, sondern auf ungenügender Fortpflanzung. Dabei spielten aber nach Ansicht des Referenten auch allgemeine sittliche Verhältnisse eine Rolle. Nach einem kurzen statistischen Rückblick auf den Geburtenrückgang bei den modernen Kulturvölkern geht Grotjahn auf die Ursache derselben ein, stimmt der allgemeinen Annahme, daß es ein gewollter sei, bei und gibt eine Übersicht über die gebräuchlichen Präventivmittel. Infolge des Eindringens der Geburtenprävension in alle Volksmassen stehen wir in einer Übergangszeit,

die für den Bestand des Volks nicht ungefährlich sei. Die wahllose Geburtenverhütung müsse daher durch einen rationellen Typus der Fortpflanzung abgelöst werden; es soll für die Eltern eine sittliche Pflicht werden der Gesellschaft den erforderlichen Nachwuchs zu liefern. Die Regeln, die Grotjahn in dieser Hinsicht aufstellt, sind aus seiner „Sozialen Pathologie" bekannt. Plato hat in seinem Idealstaat Regeln für den Familienzuwachs aufgestellt; auch die Regeln Grotjahn's könnten nur in einem Idealstaat zur Durchführung gelangen. Was er außerdem zur Hebung der Geburtenziffer anführt, sind die bekannten Mittel, die zur Erleichterung der Kinderaufzucht bei zahlreicher Familie dienen können. Daß diese Mittel eine nennenswerte Erhöhung der Geburtsziffer mit sich bringen werden, ist schon öfter bezweifelt worden, da recht bedeutende Zuwendungen an die Familien mit vielen Kindern die dafür aufgebrachten Kosten und Mühen nicht zu ersetzen vermögen.

Der Umfang der Erscheinungen, die auf Verkümmerung und Entartung schließen lassen, ist nicht bekannt. Die Tauglichkeitsstatistik gibt nur unvollkommenen Aufschluß. Für das weibliche Geschlecht sind noch weniger Anhaltspunkte gegeben, die Abnahme der Stillfähigkeit ist viel zu wenig geklärt, als daß daraus Schlußfolgerungen gezogen werden könnten. Ganz richtig sagt Grotjahn, daß die körperliche Verschlechterung der städtischen Bevölkerung und der Industriearbeiter nur eine Begleiterscheinung des Übergangs vom Agrarstaat zum Industriestaat sei.

Damit ist eine Seite der Entartungsfrage berührt, die zu den wichtigsten gehört, sie ist aber nur kurz angedeutet. Was ist als Entartung, was als vorübergehende körperliche Verschlechterung aufzufassen? Eine theoretische Auseinandersetzung in dieser Hinsicht wäre erwünscht gewesen, da diese beiden Dinge so oft durcheinander geworfen werden. Nach Grotjahn ist eine Entartungstendenz dann anzunehmen, wenn gehäuftes Auftreten von körperlicher oder geistiger Minderwertigkeit sich über mehrere Geschlechter fortsetzt und deren erbliche Verankerung wahrscheinlich ist. Hier könnte die Frage besprochen werden, ob eine körperlich herabgekommene Generation in bessere Verhältnisse versetzt, sich wieder regulieren kann und ob dies ohne Kreuzung mit kräftigen Personen aus einem gesunden Stamm möglich ist. Diese Fragen sind freilich bis jetzt praktisch nicht gelöst, sie verdienen aber bei ihrer großen Wichtigkeit für das Verständnis des Entartungsproblems wenigstens eine theoretische Erörterung.

In dem Abschnitt über Anthropometrie wird erwähnt, daß in Deutschland noch viel hierin zu tun sei. Es hätte Erwähnung verdient, daß in den letzten Jahrzehnten mehrfach in Europa eine Zunahme der Körpergröße beobachtet wurde (z. B. Norwegen, Niederlande). Die Kenntnis der Gesetze über Vererbung krankhafter Anlage ist für die Entartungsfrage von größter Wichtigkeit, leider ist sie, wie Grotjahn ausführt, noch sehr beschränkt.

In dem Abschnitt über die Hygiene der menschlichen Fortpflanzung setzt er sich mit den Forderungen der Humanität, die eine Schonung der Minderwertigen verlangt, und den Schädigungen der Allgemeinheit durch diese, insbesondere wenn sie zur Fortpflanzung kommen, auseinander. Er hält eine Asylierung der Minderwertigen für das Richtige. Wer freilich mit diesen Individuen häufiger zu tun hatte, wird niemals glauben, daß hier ohne direkten Zwang etwas erreicht werden kann. Über die Möglichkeit der Verhütung qualitativ unerwünschter Nachkommenschaft spricht sich Grotjahn mit Recht sehr zurückhaltend aus.

Prinzing, Ulm.

Gregor, A. und **Voigtländer, Else,** Die Verwahrlosung, ihre klinisch-psychologische Bewertung und ihre Bekämpfung. Für Pädagogen, Ärzte und Juristen. Berlin 1918. Karger. 585 S. Preis M. 22,—.

In 100 Fällen von Verwahrlosung bei Knaben und Mädchen, die in dem sächsischen Heilerziehungsheim Kleinmeusdorf zur ärztlichen und pädagogischen Behandlung kamen, sind hier nach der klinischen und psychologischen Seite zur eingehenden Darstellung gelangt, und zwar rührt die Bearbeitung der Knaben von Privatdozent Dr. Gregor, Oberarzt der Heilanstalt Dösen und dem Heilerziehungsheim Kleinmeusdorf, die der Mädchen von Dr. Else Voigtländer, wissenschaftliche Assistentin am Heilerziehungsheim, her. Der Begriff „Verwahrlosung" ist natürlich kein klinischer, sondern ein solcher, der mit dem moralischen Verhalten, der Erziehung und der Kriminalität in naher Beziehung steht. Die Klinik kommt erst in zweiter Linie, insofern es von Wert ist, die somatischen, körperlich-nosologischen und psychopathologischen Verhältnisse dieser Kinder festzustellen und sie ätiologisch und prognostisch mit der Verwahrlosung in Beziehung zu bringen. Wir nehmen von vornherein an, daß es sich bei diesen Kindern nach den Erfahrungen der Fürsorgeerziehung zum größten Teil um psychopathische und imbezille handelt und diese Annahme findet sich

auch bestätigt. Im übrigen ist der Begriff „Verwahrlosung“, da er eben kein klinischer ist, kein feststehender und dem subjektiven Ermessen der ärztlichen Beurteiler ist ein größerer oder geringerer Spielraum gestattet, es wird manches Kind als „verwahrlost“ bezeichnet, wo ein anderer Beurteiler, Verwahrlosung nicht als vorliegend erachten würde.

Das Buch soll einem praktischen Bedürfnis entsprechen, es soll bei den an der Fürsorgeerziehung beteiligten Kreisen Verständnis für das Wesen der Individuen, deren Erziehung in ihre Hände gelegt ist, wecken, es soll einen Leitfaden bilden in der ärztlichen, pädagogischen und richterlichen Praxis, um die verwahrlosten Individuen psychologisch zu erfassen und über die nächsten Maßnahmen und deren Argumente ins klare zu kommen. Darüber hinaus sollen Erfahrungen zur Psychopathologie des Kindesalters gesammelt und die Kenntnisse über jugendliche Psychopathen ausgebaut werden, zu deren Studium es an Kliniken und Heilanstalten meist an geeigneten Fällen mangelt. Eine Bearbeitung des jugendlichen Materials erschien zur Förderung der Kenntnisse der Psychopathie aber um dessentwillen aussichtsreicher, weil im Gegensatz zu älteren Individuen, die Verhältnisse hier relativ einfach liegen und zu ergründen sind. Hier besteht daher auch noch die Möglichkeit, den Prozeß zu beeinflussen und die Individuen wieder in geordnete Bahnen zu bringen. Das genaue Studium der Verwahrlosung bietet daher eine wertvolle Grundlage im Kampfe mit dem Verbrechertum.

Die aus einem Material von 1900 Zöglingen ausgewählten 100 Fälle werden jeweils genau beschrieben, die Vorgeschichte nach den Mitteilungen der Eltern, Schulen und Behörden, der körperliche, psychische und moralische Status aufgenommen, die Prognose gefällt, die Beobachtungen in der Anstalt genau beschrieben, schließlich aber die weiteren Schicksale des Zöglings und sein Verhalten nach der Entlassung aus der Anstalt berichtet.

Das Material wird in dreifacher Richtung gegliedert, in klinischer Hinsicht, hinsichtlich des moralischen Verhaltens, endlich erfolgt noch die Unterteilung in schulentlassene und schulpflichtige Zöglinge. Die klinische Einteilung teilt die Fälle ein in Psychopathen, angeborene Schwachsinnige, Epileptiker, Geisteskranke und Psychischgesunde. Als spezielle Formen psychopathischer Konstitution werden dann weiter differenziert: die Haltlosen, die Erothrosen, die Torpiden, die Triebhaften und die pathologischen Schwindler und Lügner. Die Einteilung in Untergruppen auf Stufen

moralischer Entwicklung scheidet die Zöglinge in moralisch Intakte, moralisch Schwache, moralisch Minderwertige der Asoziale. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß die letztere Gruppierung eine so scharfe Einteilung wie die klinische nicht zuläßt, sondern den subjektiven Ermessen einen größeren Spielraum gestattet. Daneben ist die Zahl der beobachteten epileptischen, geisteskranken und psychisch gesunden Kinder gegenüber der Zahl der psychopathetischen und imbezillen eine so geringe, daß allgemeine Größe und gesetzmäßige Folgerungen nur mit Vorsicht abgeleitet werden dürfen.

Von den beobachteten Knaben waren 46 noch schulpflichtig, 54 schulentlassen, bei der ersten Gruppe waren 26 Psychopathen, bei der zweiten 34, die übrigen verteilten sich auf die 4 anderen Gruppen. Da es nicht angängig ist, über all die Ergebnisse zu referieren, zu welcher die Verfasser auf Grund ihrer Studien kamen, sei nur auf die wichtigsten derselben eingegangen. So wird die Gründung von kleineren Abteilungen für besonders schwer erziehbare Fürsorgezöglinge verlangt und ein Erfolg von dem gemeinsamen und einheitlichen Zusammenarbeiten von Arzt, Erzieher und Pfleger erwartet, wodurch eine allmähliche Gewöhnung des Individuums an geordnete Verhältnisse erzielt und dieses dadurch allmählich dem sozialen Leben angepaßt werde. Fürsorgeerziehungsanstalten dürfen nicht in Zwangsanstalten und Gefängnissen ihre Vorbilder suchen, sondern müssen die modernen Behandlungsmethoden abnormer Individuen in Anwendung ziehen. Zwangsmaßnahmen bei Fürsorgezöglingen, die nicht vorübergehender Natur sind, sind als pädagogische Kunstfehler anzusehen.

Die folgenden Kapitel befassen sich mit einigen praktisch wichtigen abnormen Seelenerscheinungen, dem moralischen Schwachsinn, der Psychopathie, Minderwertigkeit und Entartung, dem Einflusse der Intelligenz, des Willens und Gefühls bei den Verwahrlosten. Es ergibt sich, daß weitaus die Mehrzahl asozialer Zöglinge normale Intelligenz haben. Im Gebiet des Gefühlslebens ergeben sich qualitative Veränderungen, wie Verstimmungen und erregende Affekte, sowie qualitative Veränderungen, die als Gefühlsstumpfheit anzusprechen sind. Nach der Art, wie das Gefühlsleben entwickelt ist, läßt sich ferner eine Einteilung in Erethrische und Torpide treffen. Sehr eingehend wird die Intelligenzuntersuchung mittels der Definitionsmethode behandelt, es scheint mir hier, daß vielfach zu große Anforderungen bei den Prüfungen gestellt und Aufgaben gegeben werden, die auch von gleichaltrigen moralisch gesunden Kindern nicht gelöst werden können.

Eine größere Zahl der verwahrlosten Kinder sind bereits mit dem Strafgesetze in Konflikt gekommen. Wenn der Verfasser meint, daß in der Mehrzahl der Fälle die Resignation, welche aus der Bestrafung erfolgt, oder Schädlichkeiten während der Strafverfolgung für das jugendliche Gemüt von da beitrug, wie sie das Begehen des Deliktes voraussetzt, ungleich weniger gefährlich sind als der straffreie Ausgang, so wird er mit dieser These nicht allenthalben auf Zustimmung rechnen können. 78 Proz. aller beobachteten schulentlassenen Verwahrlosten hatten Eigentumsvergehen begangen und bei 78 Proz. lag Vagabundieren oder Herumtreiben vor, so daß man darin die eigentlichen Merkmale der Verwahrlosung zu suchen hat. Die Betrachtung über den Eintritt der Verwahrlosung führt zu dem Ergebnis, daß die in frühem Alter einsetzenden Fälle sich insofern als ernste darstellen, als in der Mehrzahl derselben stärkere pathologische Abmachungen vorliegen und die Prognose ungünstig ist; ferner daß in einem hohen Prozentsatz der Verwahrlosung zur Pubertätszeit einsetzt, und daß es sich dabei vorwiegend um Psychopathen handelt, deren moralisches Gepräge bei einer rationellen Erziehung Erfolg verspricht. Die weiteren Altersstufen zeigen dann zwei Gipfel in der Kurve für die Zeit des ersten Deliktes, und zwar einen im 13., einen zweiten im 15. Lebensjahre, also in der Pubertätszeit. Mehr als die Hälfte der in dieser Zeit kriminell gewordenen Jugendlichen waren schon in der Kindheit und Schulzeit verwahrlost gewesen. Auch bei den schulpflichtigen kriminellen Zöglingen handelt es sich vorwiegend um Eigentumsvergehen. Setzt die Verwahrlosung sehr früh ein. dann handelt es sich um pathologisch geartete oder erblich belastete Individuen. 74 Proz. der Verwahrlosten weisen Degenerationszeichen auf, unter den Asozialen finden sich wenige ohne solche. die psychisch gesunden Unbelasteten sind wohl frei davon. Bei $^3/_4$ der Fälle finden sich neurologische Symptome, von den Psychopathen sind nur $^1/_5$ frei von solchen.

Die Ursachen der Verwahrlosung zerfallen in innere und äußere. ein großer Teil der Kinder ist erblich belastet. Unter den äußeren Ursachen der Verwahrlosung spielen vor allem eine Rolle: unglückliche Ehe der Eltern, die moralische Minderwertigkeit der Eltern, die mangelnde Aufsicht, die Kriegsverhältnisse. Es ergibt sich, daß in nur wenigen Fällen eine wesentliche Beteiligung äußerer Faktoren am Zustandekommen der Verwahrlosung sich ergibt und in noch weniger Fällen war diese ausschließlich auf äußere Ursachen zurückzuführen. Die Verwahrlosung ist in der Regel noch

nicht äußerlich, sondern durch die Konstitution des Individuums bedingt. Derartige Fälle bedürfen daher nicht lediglich einer Unterbringung, die nur Beseitigung schädlicher Ursachen in sich schließt, sondern einer aktiven erzieherischen Einwirkung, welche eine Umgestaltung der vorhandenen Dispositionen anstrebt.

Bei den Mitteln und Wegen zur Bekämpfung der Verwahrlosung wird die Forderung erhoben, auch jenen Verwahrlosten, die in keiner Erziehungsanstalt Aufnahme finden können, fachmännische Hilfe zu gewähren. In Erziehungsheimen müßten Sprechstunden eingerichtet werden, nach Art der Polikliniken, an welche hilfesuchende Eltern von den Behörden gewiesen werden. Es müßten ferner Beobachtungsanstalten oder Beobachtungsabteilungen in Erziehungsanstalten eingerichtet werden, in welchen eine genaue Differenzierung des Materials stattfindet. Die Aufgaben sind hier fast ausschließlich ärztliche und können ohne spezielle und umfangreiche psychiatrische Erfahrungen nicht geleistet werden.

Was die Erfolge der Erziehung anlangt, so haben sich bei 47 Proz. ganz erhebliche Erziehungserfolge ergeben. Ein völliger Versager fand nur in 29 Proz. der Fälle statt. Eine Abnahme der guten Erfolge und Besserungen ist von den moralisch Schwachen über die moralisch Minderwertigen zu den Asozialen zu bemerken. Die schwer zu erzielenden Erfolge bei Asozialen und Minderwertigen sind als Warnung vor zu früher Entlassung aus der Erziehungsanstalt aufzufassen.

Der 2. Teil des Werkes, der die verwahrlosten Mädchen behandelt, ist genau in derselben Weise aufgebaut, wie der erste, abgesehen davon, daß hier die Schilderung der Beziehungen zwischen Sexualität und Verwahrlosung, wie nicht anders zu erwarten, eine eingehende Darstellung gefunden hat. Man hat den Eindruck, daß dieser 2. Teil besser gelungen ist wie der erste, daß die beobachteten Fälle psychologisch präziser herausgearbeitet und vertieft sind, auch ist die ganze Darstellung übersichtlicher angeordnet und straffer zusammengefaßt, der Stil ein flüssigerer. Besonders gelungen ist die Darstellung der sexuellen Verhältnisse, namentlich ist das Kapitel über die Sexualität der weiblichen Fürsorgezöglinge das beste des ganzen Buches, ein wahres Kabinettstück. Eine beobachtete psychologische Analyse.

Das Zahlenverhältnis zwischen schulentlassenen und schulpflichtigen Zöglingen ist bei den Mädchen dasselbe wie bei den Knaben, die Zahl der schulentlassenen verwahrlosten Mädchen ist

größer wie die der schulpflichtigen, doch zeigt sich bei den Mädchen den Knaben gegenüber eine Verschiebung vom Bösartigen zum Gutmütigen. Das erwachte Geschlechtsempfinden und die daraus entspringende sexuelle Verwahrlosung verleihen dem Wesen der schulentlassenen Mädchen eine besondere Note und beherrschen oft das Gesamtbild. Eine Häufung der Degenerationszeichen findet sich namentlich bei Psychopathen, doch sind sie im allgemeinen bei Mädchen seltener wie bei Knaben. Erbliche Belastung fand sich bei 92 Proz. der schulpflichtigen, 86 Proz. der schulentlassenen Mädchen, wie bei den Knaben nimmt Trunksucht und Verbrechen der Eltern den höchsten Prozentsatz unter den belastenden Faktoren ein, relativ hoch ist die geschwisterliche Belastung bei den schulpflichtigen Mädchen. Daß auch Tuberkulose unter den belastenden Faktoren für die Verwahrlosung rangiert, ist mir nicht recht verständlich. Unter den äußeren Ursachen der Verwahrlosung spielt der Krieg bei den Mädchen eine geringere Rolle als bei den Knaben. Die Schilderung der geschlechtlichen Verhältnisse gibt einen erschreckenden Einblick in die sexuelle Verwahrlosung der weiblichen Fürsorgezöglinge: Leichtsinn, Verführung, Verkupplung, berauben sie früh ihrer Unschuld, sie verfallen der geheimen, in einer Anzahl von Fällen auch der reglementierten Prostitution, ungemein groß ist die Zahl der an Gonorrhöe erkrankten Mädchen. Von 100 Mädchen hatten 59 Verkehr gehabt, 53 von diesen wiesen Gonorrhöe auf (!), die meisten waren unbehandelt. Interessant ist die Feststellung, daß der Verkehr der Mädchen meist mit Angehörigen und nicht mit „besseren" Herren erfolgte und damit wird die von gewisser Seite geflissentlich genährte Behauptung widerlegt, daß die Verführung der Mädchen proletarischer Kreise stets durch Männer der höheren Stände erfolge. Die Unwissenheit der Mädchen in sexuellen Dingen ist größer, als gemeinhin angenommen wird, es fehlt ihnen jede Kenntnis über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten und es besteht die größte Gleichgültigkeit gegenüber der erworbenen Geschlechtskrankheit. Diese Feststellungen (S. 491 bis 493) sind wichtig zur Klarstellung darüber, was man von einer Neuordnung des Prostitutionswesens und der Frage über jede Reglementierung erwarten darf.

Die Verfasser kommen hier zu dem zutreffenden Schlusse, daß die polizeiliche Aufsicht der jugendlichen Dirnen die einzige Möglichkeit bietet, sie wieder in geordnete Verhältnisse zu bringen. Einen Typus der Verwahrlosung schulentlassener Mädchen stellt Herumtreiben und Männerwollust dar, bei einem weiteren Typus

fehlt die sexuelle Verwahrlosung, dagegen besteht eine spezifische Neigung zu Eigentumsvergehen. Beim Studium des Liebeslebens der Zöglinge fällt die fast völlige Abwesenheit der persönlichen Liebesbeziehungen auf, ja bei den meisten findet sich eine weitgehende persönliche Kälte und Gleichgültigkeit den Männern gegenüber. Aber auch die Mutterschaft wird nicht mit dem normalen Gefühlswert empfunden. $^{9}/_{10}$ der Mädchen gaben an, daß ihnen der Geschlechtsverkehr keinen Genuß bereitet habe. In den meisten Fällen ist es die leichte Nachgiebigkeit gegen das Begehren des Mannes, das sie zu Fall bringt. Wesentlich wirkt hier oft die sog. „Freundin" mit. Wichtig ist die Feststellung, daß fast niemals Not, vielmehr die psychische Veranlagung sie der Prostitution in die Arme führt. Der Zusammenhang zwischen ihrer Preisgabe und der geldlichen Entschädigung dafür kommt ihnen nicht zum Bewußtsein. Der Beweggrund im Verharren in der Prostitution ist die bequeme Versorgung und die Arbeitsscheu.

Die Prognose ist bei den durch exogene Ursachen Verwahrlosten natürlich günstiger wie bei den Endogenen. Die Erfolge der Fürsorgeerziehung sind bei den Mädchen ungefähr dieselben wie bei den Knaben. Sie sind nur durch Anstaltserziehung zu erreichen. Vom Ausbau unserer Kenntnisse der Verwahrlosung, der Vervollkommnung der zu Gebote stehenden Erziehungsmittel sind auch eine Erweiterung und Vertiefung der Erfolge zu erwarten. Das vorliegende Werk bildet auch die Analyse typischer Fälle und seine prinzipiellen Erörterungen einen sehr wertvollen Beitrag zur Klärung der behandelten Fragen, es bildet eine wahre Fundgrube gut beobachteten Materials und kein Arzt oder Sozialpädagoge, der sich mit diesen Fragen beschäftigt, wird an diesem grundlegenden Werke achtlos vorübergehen können.

W. Hanauer, Frankfurt a. M.

Gerber, Paul, Otto, Die Boden- und Wohnungsfrage in Beziehung auf die Tuberkulose mit besonderer Berücksichtigung Wiener Verhältnisse. Wien 1918. Verlag Leonhardt. 29 S.

Mit Hilfe der bekannten Zahlenreihen belegt Verfasser den Zusammenhang zwischen schlechten Wohnungsverhältnissen und Tuberkulose, er schildert dann die Wiener Wohnungszustände, die sich in nichts von der genugsam geschilderten Wohnungsmisere der deutschen Großstädte unterscheidet, es sei denn, daß der berüchtigte morbus Viennensis, der im Kriege naturgemäß stark zu-

genommen hat, Abhilfe in besonders dringendem Maße verlangt. Davon ausgehend, daß die Wohnungsfrage vorwiegend eine Bodenfrage ist, und daß die Wohnungsnot und Wohnungsteuerung in erster Linie durch Vorkehrungen gegen eine Bodenspekulation bekämpft werden müssen, nimmt er kritische Stellung zu den drei Gruppen von Maßnahmen, die gegen diese in Betracht kommen. 1. Zur Folge der Wertzuwachssteuer, die Baubeschränkung, die Zwangsenteignung. 2. Zu den Vorschlägen, welche auf eine Dezentralisation des Wohnens, auf die Entlastung der großstädtischen Ansiedelung hinweisen. 3. Zur radikalsten Bewegung, welche die Überführung des Bodens aus dem Privatbesitz in das Eigentum der kommunalen Verwaltung bezweckt. In der kommunalen Leitung der Wohnungsfrage sieht er das einzige Mittel, die dieselbe in gesunde Bahnen zu leiten befähigt ist. Hier ist dem Verfasser beizustimmen, und die Bodenreformbestrebungen haben noch niemals so gute Aussichten gehabt, wie gegenwärtig, wo einerseits die Wohnungsnot eine derart beängstigende Größe erreicht, daß nur die radikalsten Mittel zur Abhilfe herangezogen werden können, andererseits wo man sich mit Sozialisierungsbestrebungen befreundet, die früher in das Reich der Utopien gewiesen wurden und wo Gebiete in Angriff genommen werden, die viel weniger reif für die Sozialisierung sind wie der Grund und Boden. Die Maßnahmen, die im speziellen zur Abhilfe der Wohnungsnot in Österreich in Betracht kommen, sind natürlich die gleichen, wie in Deutschland. Bemerkenswert ist jedoch, daß in Österreich auch die Krankenkassen sich intensiv an der Schaffung von Wohnungen beteiligen. So hat der Verband der Genossenschaftskrankenkassen in Wien eine Baugenossenschaft gegründet, und der Tätigkeit der letzteren verdankt ein Block mit 13 Häusern mit 242 Wohnungen im XI. Wiener Gemeindebezirk seine Entstehung.

W. Hanauer, Frankfurt a. M.

Verzeichnis der eingesandten Druckschriften.

A. Amtliche Literatur.

International.

Office Permanent de l'Institut International de Statistique, La Haye.

Annuaire international de Statistique. III. Etat de la population (Amérique). La Haye 1919. W. P. van Stockum & fils. XXI und 260 S. nebst 2 Kartogrammen. Preis Fr. 6,—.

Desgleichen IV. Mouvement de la population (Amérique). La Haye 1920. XII und 120 S. nebst 4 Kartogrammen. Preis Fr. 6,—.

Desgleichen VI. Salaires et durée du travail. Conventions collectives. Chômage. Placement. Syndicats ouvriers et patronaux. Grèves et lock-outs. La Haye 1920. VIII und 154 S. Preis Fr. 6,—.

Desgleichen VII. Enseignement primaire. Agriculture. Postes, Télégraphie et Téléphonie, Sociétés Anonymes, Coopératives, Habitations, Indices des Prix de Gros. La Haye 1920. VIII und 283 S. Preis Fr. 6,—.

Bulletin mensuel de l'Office permanent. Première Année 1920. 1re livraison Mai. Statistique des prix de gros. Nombres indices avec graphique. Chômage. La Haye 1920. W. P. van Stockum & fils. Preis Fr. 1,25.

Deutsches Reich.

Statistisches Reichsamt, Berlin.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. 40. Jahrg. 1919. Berlin 1919. Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht. XXXIV, 358, 68 u. 32 S. nebst 4 Tafeln. Preis M. 3,—.

Statistik des Deutschen Reichs, Band 287, I. Reichswohnungszählung im Mai 1918. Berlin 1919. Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht. 27 S. Text und 120 S. Tabellen. Preis M. 8,—.

Statistik des Deutschen Reichs, Band 287, II. Reichswohnungszählung im Mai 1918. Berlin 1920. 361 S. Tabellen. Preis M. 12,—.

Reichsgesundheitsamt, Berlin.

Medizinalstatistische Mitteilungen aus dem Reichsgesundheitsamte. 21. Band. Ergebnisse der Heilanstaltsstatistik im Deutschen Reiche für die Jahre 1911—1913 und 1914—1916. Berlin 1920. Verlag von Julius Springer. XI und 93 S. Text und 276 S. Tabellen.

Stadt Hannover.

Statistisches Amt der Stadt Hannover.

Statistisches Jahrbuch der Stadt Hannover. 1. Ausgabe 1914. XII und 170 S.

Statistischer Vierteljahrsbericht der Stadt Hannover. 22.—25. Jahrgang 1916—1919. 32 S.

Mitteilungen des Statistischen Amts der Stadt Hannover. 6. Reihe der neuen Folge, Nr. 4. Ausgegeben im April 1920. Meßziffer und gleitende Löhne. 11 S.

Stadt München.

Statistisches Amt der Stadt München.

Mitteilungen des Statistischen Amts der Stadt München. XXIV. Band. München 1912/1913. J. Lindauer'sche Verlagsbuchhandlung.

Aus dem Inhalt dieses Bandes sind nachstehende Beiträge hervorzuheben: Die Bevölkerung Münchens 1910. (Ergebnisse der Volkszählung am 1. Dezember 1910.) S. 1—40. Säuglingsernährung und Säuglingssterblichkeit in München. S. 41—60.

Dänemark.

Aarsberetning angaaende Sundhedstilstanden i Köbenhavn for 1918. (Jahresbericht über den Gesundheitszustand in Kopenhagen für 1918.) Von Stadtarzt J. P. Chrom. Kopenhagen 1919. 78 S. Text und 12 S. Tabellen.

England.

General Register Office, London.

Eighty-first Annual Report of the Registrar-General of Births, Deaths, and Marriages in England and Wales. (1918.) London 1920. 173 S. Text und 450 S. Tabellen. Preis sh 7,—.

Supplement to the Eighty-first Annual Report of the Registrar-General. Report on the Mortality from Influenza in England and Wales during the Epidemic of 1918—1919. London 1920. 119 S. Preis 1 sh 6 d.

Finland.

Statistiska Centralbyrån, Helsingfors.

Statistisk Årsbok för Finland. Ny serie. Sextonde årgången 1918. — Annuaire Statistique de Finlande. Nouvelle série. Seixième année 1918. Helsingfors 1919. XXIX und 678 S. Preis fin. M. 8,—.

Niederlande.

Centraal Bureau voor de Statistiek, 's-Gravenhage.

Jaarcijfers voor het Koninkrijk der Nederlanden. Koloniën 1917. Annuaire Statistique du Royaume des Pays-Bas. Les colonies 1917. 's-Gravenhage 1919. Gebr. Belinfante. XXVIII und 195 S. Preis f 1,—.

Desgleichen. Rijk in Europa 1918. 's-Gravenhage 1919. Gebr. Belinfante. LV und 368 S.

Stadt Amsterdam.

Bureau van Statistiek der gemeente Amsterdam.

Statistisch Jaarboek der gemeente Amsterdam. 15de jaargang 1918. — Annuaire Statistique de la ville d'Amsterdam. 15ième Année 1918. Amsterdam 1920. Johannes Müller. XXVIII und 344 S. nebst 2 graphischen Darstellungen. Preis f 3,—.

Schweden.

Kungl. Statistiska Centralbyrån, Stockholm.

Statistisk årsbok för Sverige. Sjunde årgången 1920. — Annuaire statistique de la Suède. 7e Année 1920. Stockholm 1920. XI und 314 S.

Sveriges officiella statistik. Folkmängden och dess förändringar. (Die Bevölkerung und deren Veränderungen.)

Folkmängden inom administrativa områden den 31 december 1919. (Die Bevölkerungszahl innerhalb der Verwaltungsbezirke am 31. Dezember 1919. Stockholm 1920. 42 S.

Ut- och invandring år 1919. (Aus- und Einwanderung im Jahre 1919.) Stockholm 1920. 41 S.

Dödsorsaker år 1915. (Todesursachen im Jahre 1915.) Stockholm 1920. 78 S.

Stadt Stockholm.

Stadens statistiske kontor, Stockholm.

Stockholms stads statistik. I. Årsbok.

Statistisk Årsbok för Stockholms stad 1914. Årg. XLV. Ny följd 9. — Annuaire Statistique de la ville de Stockholm. Année XLV. Nouvelle série 9. — Stockholm 1915. XXVIII und 613 S. mit mehreren Diagrammen und 2 Karten. Preis Kr. 5,—. (In Kommission der „Aktiebolaget Nordiska bokhandeln".)

Desgleichen 1916. Årg. XLVII. Ny följd 11. Stockholm 1917. XXV und 463 S. Preis Kr. 5,—.

Desgleichen 1917. Årg. XLVIII. Ny följd 12. Stockholm 1918. XXIV und 373 S. Preis Kr. 5,—.

Desgleichen 1918. Årg. XLIX. Ny följd 13. Stockholm 1918. XXIV und 366 S. Preis Kr. 5,—.

Desgleichen 1919. Årg. L. Ny följd 14. Stockholm 1919. XXIV und 361 S. Preis Kr. 5,—.

Stockholms stads statistik. III. Hälso- och sjukvård.

Berättelse från Stockholms stads hälsovårdsnämnd jämte översickt av stadens sanitära statistik år 1915. Årg. XXXIX. Ny följd 12. (Statistik der Stadt Stockholm. III. Gesundheits- und Sanitätswesen. Bericht des Gesundheitsamts der Stadt Stockholm mit Übersicht über die Sanitätsstatistik der Stadt für das Jahr 1916.) 39. Jahrgang. Neue Folge 12. Stockholm 1917. XIV und 68 S. Text und 153 S. Tabellen. Preis Kr. 2,—.

Desgleichen 1917. Årg. XL. Ny följd 13. Stockholm 1918. XVI und 70 S. Text und 153 S. Tabellen. Preis Kr. 2,50.

Desgleichen 1918. Årg. XLI. Ny följd 14. Stockholm 1919. XIV und 61 S. Text und 151 S. Tabellen. Preis Kr. 4,50.

Stockholms stads statistik. X. Specialundersökningar. Nr. 10. Stockholms kommunalstatistik 1868—1918. — Statistique communale 1868—1918. Stockholm 1920. 50 S. Text und 7 S. Tabellen. Preis Kr. 1,—.

Nr. 11. Utlänningar i Stockholm under krigstiden åren 1914 bis 1918. — Etrangers à Stockholm pendant la guerre 1914 bis 1918. Stockholm 1920. 19 S. Text und 10 S. Tabellen. Preis Kr. 0,50.

Schweiz.

Eidgenössisches statistisches Bureau, Bern.

Statistisches Jahrbuch der Schweiz. 28. Jahrg. 1919. — Annuaire statistique de la Suisse. 28e Année 1919. Bern 1920. Kommissionsverlag A. Franke. VIII und 403 S. Preis Fr. 4,—.

Schweizerische statistische Mitteilungen. II. Jahrg. 1920. 5. Heft. Die Bewegung der Bevölkerung in der Schweiz im Jahre 1918. Bern 1920. Kommissionsverlag A. Franke. 40 S.

Stadt Zürich.

Statistisches Amt der Stadt Zürich.

Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich. Dreizehnter Jahrgang 1917 zum Teil auch 1918. Zürich 1919. Kommissionsverlag von Rascher & Co. XVIII, 31 S. Erläuterungen und 338 S. Tabellen. Preis Fr. 2,—.

B. Demographische Literatur.

Sammelwerke.

Prinzing, F. (Ulm), Die zukünftigen Aufgaben der Gesundheitsstatistik. Sozialhygienische Abhandlungen, Ergänzungsschriften zu den Sozialhygienischen Mitteilungen. Nr. 1. Karlsruhe 1920. C. F. Müller'sche Buchhandlung. 39 S. Preis M. 8,—.

Utländsk Statistiskt o. d. tryck förvärvat ar 1916 av Sveriges Offentliga Bibliotek. (Ausländische statistische u. dgl. Druckschriften, erworben von der Öffentlichen Bibliothek Schwedens im Jahre 1916). Stockholm 1918. 100 S.

Theoretische Statistik.

Rosenfeld, S. (Wien), Die Erhebung der Stillhäufigkeit bei der Volkszählung 1920. S.-A. aus „Statistische Monatsschrift", 3. Folge. 1. Jahrg. Wien 1919. 22 S.

Dublin, Louis I., The Application of the Statistical Method to Public Health Research. S.-A. aus „American Journal of Public Health", Vol. 7, 1917, No. 1. 14 S.

Kopf, Edwin W., Essentials of Family Statistics. S.-A. aus „Proceedings Casualty Actuarial and Statistical Society of America", Vol. V, Part I, No. 11. 16 S.

Dublin, Louis I., The Registration of Vital Statistics of Good Business. An Address delivered before the „Annual Conference of Health Officers of the Stade of Indiana", Indianapolis, May 13, 1913. New York 1913. 15 S.

Kopf, Edwin W., Florence Nightingale as Statistician. S.-A. aus „Quarterly Publications of the American Statistical Association". December, 1916. 21 S.

Bewegung der Bevölkerung.

Döring, C. (Kopenhagen), Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg. III. 35 Millionen Menschenverlust in Europa. (Bulletin der Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges. Nr. 6.) Kopenhagen 1920. 63 S. Preis Kr. 3,—.

Silbergleit, H. (Berlin), Über den allgemeinen Gang der Bevölkerungsbewegung der Stadt Berlin im Kriege. S.-A. aus „Groß Berlin", Statistische Monatsberichte. 5. Jahrg. Heft XI. Berlin 1920. 6 S.

Dublin, Louis I., The Significance of the Declining Birth Rate. S.-A. aus „Congressional Record", January 11, 1918. 8 S.

Dublin, Louis I. and **Langman, Harry,** On the Handicapping of the First Born, A Critism of Professor Pearson's 1914 Memoir. S.-A. aus „Quarterly Publication of the American Statistical Association, December, 1915. 9 S.

Dublin, Louis I., The Present Status of Birth Registration in American Cities and Its Relation to the Infant Mortality Rate. S.-A. aus „Transactions Seventh Annual Meeting of the American Association for Study and Prevention of Infant Mortality". 1917. 14 S.

Mortalität.

Kisskalt, K. (Kiel), Die Sterblichkeit in Königsberg i. Pr., insbesondere an Ruhr und pandemischer Influenza, in den Jahren 1781—1783. S.-A. aus der Zeitschrift für Hygiene und Infektionskrankheiten. Band 89. 37 S.

Peller, S. (Wien), Zur Kenntnis der statistischen Mortalität im 18. Jahrhundert mit besonderer Berücksichtigung der Säuglings- und Tuberkulosesterblichkeit. S.-A. aus der Zeitschrift für Hygiene und Infektionskrankheiten. Band XC. 36 S.

Dublin, Louis I., The Improvement and Extension of the Registration Area. S.-A. aus „Quarterly Publications of the American Statistical Association", June, 1915. 5 S.

Dublin, Louis I., The Trend of American Vitality. S.-A. aus „Popular Science Monthly", April, 1915. 6 S.

Buren, George H. van, General Population and Insurance Mortality Compared. A Discussion of the Mortality Experience of the

Metropolitan Life Insurance Company, Industrial Department, and of the General Population — 1915. New York 1917. 7 S.

Dublin, Louis I., A Life Table for the City of New Haven. S.-A. aus „American Journal of Public Health“, Vol. VIII, No. 8, August, 1918, p. 580—581.

Dublin, Louis I., The Effect of Life Conservation on the Mortality of the Metropolitan Life Insurance Company. A Summary of the Experience, Industrial Department, 1914, for Superintendents, Medical Examiners and Visiting Nurses. New York 1916. 11 S.

Dublin, Louis I., The Insurability of Women. An Address Delivered before the Medical Section of the American Life Convention St. Paul, Minn., August 19, 1913. 10 S.

Dublin, Louis I., The Mortality of Childhood. S.-A. aus „Quarterly Publication of the American Statistical Association“, March, 1918. 25 S.

Dublin, Louis, I., Infant Mortality in Fall River, Massachusetts. — A Survey of the Mortality Among 833 Infants Born in June, July, and August, 1913. S.-A. aus „Quarterly Publication of the American Statistical Association“, June, 1915. 16 S.

Dublin, Louis I., Occupational Mortality Experience of 94 269 Industrial Workers. Read before the Section on Vital Statistics, American Public Health Association, Rochester, N. Y., September, 1915. 6 S.

Dublin, Louis I., The Increasing Mortality After Age Forty-Five. — Some Causes and Explanations. S.-A. aus „Quarterly Publication of the American Statistical Association“, March, 1917. 13 S.

Dublin, Louis I., Possibilities of Reducing Mortality at the Higher Age Groups. Read before the Section on Vital Statistics, American Public Health Association, Colorado Springs, September, 1913. 12 S.

Dublin, Louis I., The Vital Statistics of Old Age. S.-A. aus „New York Medical Journal“, May 19, 1917. 6 S.

Todesursachenstatistik.

Rosenfeld, S. (Wien), Die Änderungen der Tuberkulosehäufigkeit Österreichs durch den Krieg. (Veröffentlichungen des Volksgesundheitsamts im Staatsamt für Soziale Verwaltung XI.) Wien 1920. Franz Deuticke. 112 S. und 10 Tafeln.

Dublin, Louis I., Kopf, Edwin W. and **Buren, George H. van,** Mortality Statistics of Insured Wage-Earners and Their Families. Experience of the Metropolitan Life Insurance Company, Industrial Department, 1911 to 1916, in the United States and Canada. New York 1919. Metropolitan Life Insurance Company. VIII und 397 S.

Dublin, Louis I. and **Kopf, Edwin W.,** The Improvement of Statistics of Cause of Death Through Supplementary Inquiries to Physicians. S.-A. aus „Quarterly Publications of the American Statistical Association", June, 1916.

Buren, George H. van, Comparability-the Will-o'-the-Wisp of Cause of Death Statistics? S.-A. aus „American Journal of Public Health", Vol. VII, No. 12. 11 S.

Dublin, Louis I., Mortality Among Women from Causes Incidental to Child-bearing. S.-A. aus „The American Journal of Obstetrics and Diseases of Women and Children", Vol. 78, No. 1, 1918. 18 S.

Dublin, Louis I., Mortality from Tuberculosis Among Wage-Earners 1911 to 1916. S.-A. aus „Journal of the Outdoor Life", September, 1918. 15 S.

Dublin, Louis I., Typhoid Fever and Its Sequelae. Read before the Section on Vital Statistics, American Public Health Association, Jacksonville, Fla., December, 1914. New York 1914. 8 S.

Dublin, Louis I., The Influenza Epidemic of 1918. S.-A. aus „Transactions of the Actuarial Society of America", Vol. XX, Part I, No. 61. 23 S.

Frankel, Lee K. and **Dublin, Louis I.,** Influenza Mortality Among Wage-Earners and Their Families. S.-A. aus „American Journal of Public Health", Vol. IX, No. 10, October, 1919. 6 S.

Dublin, Louis I., Mortality from Malaria Among Wage-Earners, With Some Observations On the Malaria Mortality Experience of the General Population. S.-A. aus „The Southern Medical Journal". Journal of the Southern Medical Association Birmingham, Alabama, Vol. XI, No. 11, November, 1918. 6 S.

Dublin, Louis I., A Study of Pellagra in the Mortality Experience of the Metropolitan Life Insurance Company, 1911—1916. S.-A. aus „American Journal of Public Health", Vol. VIII, No. 7, July, 1918. 7 S.

Dublin, Louis I., Mortality Statistics of Diabetes Among Wage-Earners. — With Observations on the Comparative Incidence

of the Disease in the General Population. S.-A. aus „Medical Record", October 12, 1918. 5 S.

Dublin, Louis I., Mortality Statistics of Cancer Among Wage-Earners: With Observations on the Comparative Incidence of the Disease in the General Population". S.-A. aus „The Journal of Cancer Research", Vol. IV, No. 3, July, 1919. 27 S.

Knight, Augustus S. and **Dublin, Louis I.,** The Relation of Cancer to Economic Condition. The Incidence of Cancer in the Ordinary, Intermediate and Industrial Departments of the Metropolitan Life Insurance Company, Compared. New York 1917. 10 S.

Dublin, Louis I., The Interest of the Community in Cancer. Read before the New York Academy of Medicine, in Association with the American Society for the Control of Cancer, May 18, 1916. New York 1916. 10 S.

Dublin, Louis I., Mortality from Organic Diseases of the Heart Among Wage-Earners, 1911 to 1916. S.-A. aus „Boston Medical and Surgical Journal", Vol. 179, No. 13, September 1918. 9 S.

Dublin, Louis I., Mortality from External Causes Among Industrial Policyholders of the Metropolitan Life Insurance Company, 1911—1914. S.-A. aus „Proceedings Casualty Actuarial and Statistical Society of America", Vol. II, Part II, No. 5.

Dublin, Louis I., Mortality from External Causes Among Industrial Policyholders of the Metropolitan Life Insurance Company, 1911—1916. S.-A. aus „Proceedings Casualty Actuarial and Statistical Society of America", Vol. V, Part I, No. 11. 54 S.

Hoffman, Frederick L. (Newark, N. J.), Some Statistics of Influenza. S.-A. aus „Medical Report", August 9, 1919. 16 S.

Morbidität.

Kopf, Edwin W., Some Essentials of Sickness Statistics. S.-A. aus „Proceedings Casualty Actuarial and Statistical Society of America", Vol. IV, Part I, No. 9. 28 S.

Dublin, Louis I., The Reporting of Disease. The Next Step in Life Conservation. Address presented to Association of Life Insurance Presidents, June 5, 1914. 15 S.

Kopf, Edwin W., Morbidity Statistics of Hospitals. The Need for Morbidity Statistics of General Hospitals, Special Hospitals, Sanatoria, etc., and Means for their Collection and Publication. S.-A. aus No. 402 „Public Health Reports", June 15, 1917. 8 S.

Dublin, Louis I., Industrial Morbidity Statistics. Report of Committee on Industrial Morbidity Statistics, American Public Health Association, Section on Vital Statistics. S.-A. aus No. 484 „Public Health Reports", August 30, 1918. 8 S.

Frankel, Lee K. and **Dublin, Louis I.,** Sickness Among Coal Miners and Their Families. New York 1917. 14 S.

Harris, Louis I. and **Dublin, Louis I.,** The Health of Food-Handlers. A Cooperative Study by the Department of Health, the Metropolitan Life Insurance Company, and the American Museum of Safety. S-A. aus „Monograph Series", No. 17, of the Department of Health of the City of New York, August, 1917. 22 S.

Dublin, Louis I., A Study of 1153 Cases of Scarlet Fever. With Especial Reference to Their Sequelae. Read before the Southeastern Sanitary Association, Brunswick, Ga., March 24, 1916. 8 S.

Frankel, Lee K. and **Dublin, Louis I.,** A Health Census of Kansas City, Missouri. New York 1917. 11 S.

Metropolitan Life Insurance Company and Chelsea Neighborhood Association, A Health Census of Chelsea Neighborhood 14th to 42d Streets 5th Avenue to the Hudson River New York City. New York 1917. 16 S.

Frankel, Lee K. and **Dublin, Louis I.,** Community Sickness Survey Rochester, N. Y., September, 1915. S.-A. aus „Public Health Reports", February 25, 1916. 16 S.

Frankel, Lee K. and **Dublin, Louis I.,** A Sickness Survey of North Carolina. S.-A. aus „Public Health Reports", October 13, 1916. 27 S.

Frankel, Lee K. and **Dublin, Louis, I.,** A Sickness Survey of Boston, Mass. New York 1916. 23 S.

Frankel, Lee K. and **Dublin, Louis I.,** Sickness Survey of West Virginia Cities. New York 1917. 11 S.

Frankel, Lee K. and **Dublin, Louis I.,** Sickness Survey of Pittsburgh, Pennsylvania. New York 1917. 22 S.

C. Sozialhygienische Literatur.

Sammelwerke.

Weyl's Handbuch der Hygiene. Zweite Auflage. Herausgegeben von Prof. Dr. **A. Gärtner.** Leipzig 1919. Verlag von Joh. Ambrosius Barth.

Lieferung 32. I. Band. — 2. Abteilung. Hygiene des Bodens. Von Geh. Rat Prof. Dr. **A. Gärtner** in Jena. VI und 106 S. mit 20 Abbildungen im Text. Subskriptionspreis M. 7,20, Einzelpreis M. 9,—.

Lieferung 33. II. Band. — 5. Abteilung. Ortsentwässerung (Kanalisation). Von Stadtbaurat **Heinrich Metzger** in Bromberg. V und 300 S. mit 222 Abbildungen im Text. Subskriptionspreis M. 22,80, Einzelpreis M. 28,50.

Selter, H. (Königsberg), Grundriß der Hygiene. Band I: Allgemeine und soziale Hygiene, die übertragbaren Krankheiten. IX und 528 S.

Band II: Hygiene im Städtebau und in der Wohnung. VI und 318 S. Dresden und Leipzig 1920. Verlag von Theodor Steinkopff. Preis des Bandes I M. 45,—, geb. M. 50,— und des Bandes II M. 25,—, geb. M. 30,—.

Prausnitz, W. (Graz), Grundzüge der Hygiene. Elfte, verbesserte und vermehrte Auflage. München 1920. J. F. Lehmann's Verlag. 761 S. mit 284 Abbildungen im Text. Preis geh. M. 20,—, geb. M. 23,—.

Mahler, J., Kurzes Repetitorium der Hygiene. II. Teil. Vierte, neubearbeitete und vermehrte Auflage. (Breitenstein's Repetitorien Nr. 47a.) Leipzig 1920. Verlag von Joh. Ambrosius Barth. 117 S. Preis M. 6,85, geb. M. 10,55 nebst 20 Proz. Teuerungsaufschlag und Sortimenterzuschlag.

Friedberger, E. (Greifswald), Zur Entwicklung der Hygiene im Weltkrieg. Jena 1919. Verlag von Gustav Fischer. 238 S. Preis M. 12,—.

Soziale Hygiene.

Hanauer, W. (Frankfurt a. M.), Soziale Medizin. S.-A. aus: „Jahreskurse für ärztliche Fortbildung", Septemberheft 1919. München 1919. 14 S.

Hanauer, W. (Frankfurt a. M.), Hygiene und Sozialhygiene. Eine Erwiderung auf den Aufsatz von Prof. Dr. Selter in Nr. 41 der Deutschen Med. Wochenschrift. S.-A. aus der Deutschen Med. Wochenschrift, 1919 Nr. 51. 5 S.

Öffentliche Gesundheitspflege.

Medizinische Blätter für Auslandsdeutsche. Monatsschrift für Gesundheitspflege und hygienische Technik. Herausgegeben von Prof. Dr. **L. Külz**, Altona. 1. Jahrgang 1920. Verlag von F. R. W. Thaden in Hamburg. Bezugspreis jährlich in Deutschland M. 12,—.

Dublin, Louis I., County Health Organization in the United States. Read before the Section on Preventive Medicine and Public Health at the Sixty-Fifth Annual Session of the American Medical Association, Atlantic City, N. J., June, 1914. New York 1915. 14 S.

Dublin, Louis I., The Full-Time Health Officer and Rural Hygiene Address delivered at the Conference of State Health Officers, Louisville, Ky., December 8, 1913. New York 1913. 8 S.

Hoffman, Frederick L. (Newark, N. J.), A Plan for a More Effective Federal and State Health Administration. A consolidation of papers read before the Commonwealth Club of San Francisco, October, 1918 and the American Public Health Association, December, 1918. Newark, N. J., 1919. Prudential Insurance Company. 87 S.

Gesundheitspflege in Hannover vor dem Kriege. (Festschrift zur 86. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte.) Gewidmet vom Magistrat der Hauptstadt Hannover. Hannover 1919. 164 S.

Hanauer (Frankfurt a. M.), Die öffentliche Gesundheitspflege in Frankfurt a. M. Ihre gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben. Frankfurt a. M. 1920. Herm. Minjon, Verlagsgesellschaft m. b. H. 72 S. Preis M. 5,—.

Ärztewesen.

Lemke, H. (Jena), Zur Reform des medizinischen Studiums. Eine Antwort auf die Vorschläge von Prof. Dr. Bernh. Fischer in Frankfurt a. M. Leipzig 1919. Verlag von Joh. Ambrosius Barth. 16 S. Preis M. 0,80.

Neumann, Ernst (Vohwinkel), Die Neugestaltung des Ärztestandes, des Krankenhauswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege. Mit einem Nachwort über die Sozialisierung des Heilwesens. (Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung. VIII. Band 6. Heft.) Berlin 1920. Verlag von Richard Schoetz. 75 S. Preis M. 5,50.

Roeder, R. (Berlin-Schöneberg), Die Sozialisierung der ärztlichen Heiltätigkeit im Verbande der Gesundheitsversicherung. (Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung. IX. Band 5. Heft.) Berlin 1920. Richard Schoetz. 66 S. Preis M. 6,80.

Gaupp, R. (Tübingen), Die künftige Stellung des Arztes im Volke. Tübingen 1919. Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung. 22 S. Preis M. 1,— zuzüglich 50 Proz. Zuschlag.

Stoeckel, W. (Kiel), Zur Reform des geburtshilflich-gynäkologischen Unterrichts. Leipzig 1920. Verlag von Joh. Ambrosius Barth. 130 S. Preis M. 19,20.

Braun, H. (Zwickau), Die Ausbildung der Assistenzärzte in Krankenanstalten. Leipzig 1920. Verlag von Joh. Ambrosius Barth. 16. S. Preis M. 2,15.

Schjerning, Otto von, Die Tätigkeit und die Erfolge der deutschen Feldärzte im Weltkriege, zugleich Einleitung zu dem „Handbuch der ärztlichen Erfahrungen im Weltkriege". Leipzig 1920. Verlag von Joh. Ambrosius Barth. 26 S. Preis M. 1,80.

Hoffmann, W. (Berlin), Die deutschen Ärzte im Weltkriege. Ihre Leistungen und Erfahrungen. Berlin 1920. Ernst Siegfried Mittler und Sohn. VII und 414 S.

Säuglingsfürsorge.

Beiträge zur sozialen Hygiene des Säuglings- und Kleinkinderalters. Herausgegeben anläßlich des 10 jährigen Bestehens der Deutschen Vereinigung. für Säuglingsschutz von Prof. Dr. **Rott.** Berlin 1920. Verlag von G. Stillke. 343 S. Preis M. 40,—, für Mitglieder M. 20,—.

Moll, L. (Wien), Die Reichsanstalt für Mutter- und Säuglingsfürsorge in Wien. (Veröffentlichungen des Volksgesundheitsamtes im Deutschösterreichischen Staatsamt für soziale Verwaltung. Nr. II.) Wien 1919. Verlegt vom Volksgesundheitsamt. 91 S. Preis Kr. 5,—.

Moll, L. (Wien), Die Säuglingsfürsorgerin mit Berücksichtigung ihrer Ausbildung in der Reichsanstalt für Mutter- und Säuglingsfürsorge. Wien 1918. Verlag der Reichsanstalt für Mutter- und Säuglingsfürsorge in Wien. 32 S. Preis Kr. 1,—.

Moll, L. (Wien), Jugendfürsorge und Mutterräte. Ein Vorschlag. — Vier Jahre Säuglingsfürsorge der Kriegspatenschaft. Wien 1919. Verlag der Reichsanstalt für Mutter- und Säuglingsfürsorge in Wien. 20 S.

Bericht des Kaiserin Auguste Victoria Hauses zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reiche und des Organisationsamtes für Säuglingsschutz vom 1. April 1918 bis 31. März 1919. Verlag: Kaiserin Auguste Victoria Haus, Charlottenburg 5. 26 S.

Jugendfürsorge und Schulhygiene.

Dublin, Louis I., Heights and Weights of New York City Children 14 to 16 Years of Age. A Study of Measurements of Boys and Girls Granted Employment Certificates. New York 1916. 53 S.

Berufshygiene.

Dublin, Louis I., Physical Disability of New York City School Teachers. A Study of 3,877 Records of Absence During the School Year 1914—1915. New York 1916. 21 S.

Teleky, L. (Wien), **Gerbis, H.** (Thorn), **Schmidt, P.** (Halle a. S.), Die Frühdiagnose der Bleivergiftung. (Schriften aus dem Gesamtgebiet der Gewerbehygiene. Herausgegeben vom Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M. Neue Folge. Heft 5.) Berlin 1919. Verlag von Julius Springer. 65 S. Preis M. 5,60.

Hirsch, M. (Berlin), Leitfaden der Berufskrankheiten der Frau mit besonderer Berücksichtigung der Gynäkologie und Geburtshilfe im Lichte der sozialen Hygiene. Stuttgart 1919. Verlag von Ferd. Enke. 190 S. Preis M. 13,40.

Mayer, M. (Meisenheim), Landwirtschaftliche Unfallkunde. Ein Leitfaden auf Grund der Erfahrungen der ärztlichen Landpraxis. Berlin 1920. Richard Schoetz. 99 S mit 18 Abbildungen auf 8 Tafeln. Preis M. 16,—.

Soziale Versicherung.

Eyk, H. H. van (Huizen, Nord-Holland), Geneeskundige Staatszorg, getoetst aan de Deensche ziekteverzekering. Ärztliche Staatsfürsorge, geprüft an der dänischen Krankenversicherung.) S.-A. aus: Nederl. Tijdschrift voor Geneeskunde, Jahrgang 1920, Eerste Helft, No. 15.

Dublin, Louis I., Vital Statistics in Relation to Life Insurance. Paper read before Subsection B, Section VIII, „Public Health and Medical Science," of the Second Pan-American Scientific Congress, Washington, December 30, 1915. New York 1916. 8 S.

Krankenfürsorge.

Dublin, Louis I., Teaching Nurses in Training the Uses and Value of Sickness Statistics. S.-A. aus „American Journal of Nursing", Vol. XVII, No. 12, September, 1917. 8 S.

Dublin, Louis I., Visiting Nursing and Life Insurance. A Statistical Summary of Results of Eight Years. S.-A. aus „Quarterly Publications of the American Statistical Association", June, 1918. 55 S.

Bekämpfung von Infektionskrankheiten.

Teleky, L. (Wien), Zur Epidemiologie der Tuberkulose. S.-A. aus der „Deutschen Med. Wochenschrift", 1919, Nr. 15. 11 S.

Teleky, L. (Wien), Der Stand der Tuberkulosebekämpfung in Österreich Ende 1917. 2. Beiheft zum „Tuberkulose-Fürsorgeblatt des Österreichischen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose". I. Jahrg. Wien 1918. Verlag des Österreichischen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose. 53 S. und 15 bildliche Anlagen.

Teleky, L. (Wien), Die Tätigkeit des Zentralkomitees. S.-A. aus den „Verhandlungen der 6. Tagung des Österreichischen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose". Wien, 15. Dezember 1917. 9 S.

Teleky, L. (Wien), Die Bekämpfung der Tuberkulose in Österreich. S.-A. aus „Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft" zu Ehren der vereinigten ärztlichen Abteilungen der waffenbrüderlichen Vereinigungen am 23. Januar 1918. Verlag von Gustav Fischer, Jena. 14 S. nebst einer graphischen Darstellung.

Teleky, L. (Wien), Die Anzeigepflicht bei Tuberkulose. S.-A. aus dem „Tuberkulose-Fürsorgeblatt", 1919, Nr. 9. 4 S.

Teleky, L. (Wien), Tuberkulose und soziale Verhältnisse. S.-A. aus der Zeitschrift „Das Österreichische Sanitätswesen". 30. Jahrg. 1918. 19 S.

Teleky, L. (Wien), Tuberkulose und Sozialversicherung. Die Begutachtung der Tuberkulose. S.-A. aus der Zeitschrift „Das Österreichische Sanitätswesen". 30. Jahrg. 1918. 24 S.

Teleky, L. (Wien), Die Ausbildung der Krankenpflegerin. S.-A. aus dem „Tuberkulose-Fürsorgeblatt", 1919, Nr. 4. 11 S.

Teleky, L. (Wien), Die Fürsorge für tuberkulöse Kriegsbeschädigte. S.-A. aus dem „Tuberkulose-Fürsorgeblatt", 1918, Nr. 2. 11 S.

Teleky, L. (Wien), Zur Organisation der Fürsorge. S.-A. aus dem „Tuberkulose-Fürsorgeblatt", 1918, Nr. 11. 12 S.

Teleky, L. (Wien), Die Ausbildung von Fürsorgeschwestern. S.-A. aus „Verhandlungen des 6. österreichischen Tuberkulosetages". Wien, 16. Dezember 1917. Beiheft zum Tuberkulose-Fürsorgeblatt. 1. Jahrg. 16 S.

Much, H. (Hamburg), Kinder-Tuberkulose, ihre Erkennung und Behandlung. Leipzig 1920. Verlag von Curt Kabitzsch. 36 S. Preis M. 4,80.

Flugschriften der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Leipzig. Verlag von Joh. Ambrosius Barth.

Heft 7: Moderne Syphilisforschungen. Metschnikoff. Neißer. Schaudinn. v. Wassermann. Ehrlich. Von Prof. Dr. **Hans Hübner** in Elberfeld. Vierte, neubearbeitete Auflage. 16 S. Preis M. 0,50 nebst Zuschlag.

Heft 8: Grundlagen und Gefahren des Geschlechtslebens. Von Dr. **Franziska Cordes** in Berlin. 3. Auflage. 14 S. Preis M. 0,40 nebst Zuschlag.

Heft 9: Schule und Elternhaus im Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten. Von Dr. phil. **R. Brückmann.** Zweite, unveränderte Auflage. 23 S. Preis M. 0,70 nebst Zuschlag.

Heft 10: **Touton, K.** (Wiesbaden), Über die sexuelle Verantwortlichkeit. 24 S. Preis M. 0,70 und Teuerungszuschlag.

Heft 11: Über den gegenwärtigen Stand der Frage der sexuellen Jugendbelehrung. Von Dr. **K. Jaffé** in Hamburg. Dritte Auflage, überarbeitet von Dr. **E. Meirowsky** (Köln a. Rh.). 15 S. Preis M. 0,50 nebst Zuschlag.

Heft 13: **Uhl, C.** (München), Über das Geschlechtsleben und seine Gefahren. 14 S. Preis M. 0,80 und Teuerungszuschlag.

Heft 18: **Hahn, G.** (Breslau), Das Kind und die Geschlechtskrankheiten. 16 S. Preis M. 0,40 und Teuerungszuschlag.

Heft 21: **Pappritz, Anna** (Berlin), Prostitution und Abolitionismus. 23 S. Preis M. 0,70 und Teuerungszuschlag.

Heft 23: Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. 15 S. Preis M. 0,40 nebst Zuschlag.

Riecke, E. (Göttingen), Geschlechtsleben und Geschlechtsleiden. Stuttgart 1920. Ernst Heinrich Moritz. 94 S. Preis geheftet M. 4,—.

Wohnungshygiene.

Hanauer, W. (Frankfurt a. M.), Die Wohnungsfürsorge der Stadt Frankfurt a. M. nach dem Kriege. S.-A. aus Nr. 8 der Zeitschrift für soziale Hygiene, Fürsorge und Krankenhauswesen, 1920. 5 S.

Hanauer, W. (Frankfurt a. M.), Die Wohnungsfürsorge der Stadt Frankfurt a. M. nach dem Kriege. S.-A. aus der Zeitschrift für Soziale Hygiene, Fürsorge- und Krankenhauswesen, 1. Jahrg. Nr. 8. Berlin 1920. 5 S.

Die Mietpreise der Stadt Zürich im Jahre 1919. Statistik der Stadt Zürich, herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Zürich. Heft 25. Zürich 1920. Kommissionsverlag Rascher & Cie. 35 S. Preis Fr. 1,—.

Ernährungshygiene.

Thomas, E. (Cöln), Beiträge zu den Beziehungen von Ernährung und Infektion. S.-A. aus der Zeitschrift für Kinderheilkunde, Band XXIV, Heft 5/6. Berlin 1920. 46 S.

Rassenhygiene.

Tomor, E. (Budapest), Die Grundirrtümer der heutigen Rassenhygiene. (Würzburger Abhandlungen aus dem Gesamtgebiet der praktischen Medizin. Band 20, Heft 4/5.) Leipzig 1920. Verlag von Curt Kabitzsch. 23 S. Preis M. 3,—.

Gaupp, R. (Tübingen), Das sexuelle Problem vom psychologischen Standpunkt. Ansprache an die Studentenschaft der Universität Tübingen. Tübingen 1920. Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung. 24 S. Preis 1,— ohne Verleger-Teuerungszuschlag.

Marcuse, Max (Berlin), Die sexuologische Bedeutung der Zeugungs- und Empfängnisverhütung in der Ehe. Vortrag in der Internationalen Gesellschaft für Sexualforschung am 10. Oktober 1919 zu Berlin. Stuttgart 1919. Verlag von Ferd. Enke. 27 S. Preis M. 2,—.

Bericht über das erste Tätigkeitsjahr (1. Juli 1919 bis 30. Juni 1920) des Instituts für Sexualwissenschaft. Berlin 1920. 20 S.

Fehlinger, H., Zwiegestalt der Geschlechter beim Menschen. Leipzig und Würzburg 1919. Verlag von Curt Kabitzsch. 48 S. mit 11 Abbildungen im Text. Preis M. 4,—.

Mataja, Viktor (Wien), Heiratsvermittlungen und Heiratsanzeigen. München und Leipzig 1920. Verlag von Duncker & Humblot. 40 S. Preis M. 3.—.

Kuhn, Ph. (Dresden), Bedenke, daß Du ein deutscher Ahnherr bist! Dresden und Leipzig 1920. Theodor Steinkopff. 15 S. Preis M. 1,20.

Müller, F. (München), Konstitution und Individualität. Rektorat-Antrittsrede. München 1920. J. Lindauer'sche Verlagsbuchhandlung. 16 S. Preis M. 1,20.

Soziologie.

Goldscheid, R. (Wien), Grundfragen des Menschenschicksals. Leipzig und Wien. E. P. Tal & Co. 228 S.

Schultze, O. (Würzburg), Das Weib in anthropologischer und sozialer Betrachtung. Zweite Auflage. Leipzig 1920. Verlag von Curt Kabitzsch. 64 S. mit 11 Abbildungen. Preis M. 5,—.

Hirsch, Max (Berlin), Über das Frauenstudium. Eine soziologische und biologische Untersuchung auf Grund einer Erhebung. Leipzig und Würzburg 1920. Verlag von Curt Kabitzsch. V und 142 S. Preis M. 7,—.

Populäre Hygiene.

Krische, Paul und **Maria,** Vom werdenden Leben. Wie es Kindern und Jugendlichen zu erklären ist. Berlin, ohne Jahreszahl. A. Hoffmann's Verlag. 30 S. Preis M. 2,10 und 20 Proz.

Popularisierung der Hygiene.

Denkschriften der Kulturabteilung der Universum-Film-Aktiengesellschaft. Berlin W 9.
Der Lehrfilm. 78 S.
Das medizinische Filmarchiv. 62 S. Preis M. 1,50.

Neue Zeitschriften.

Metron. Rivista Internazionale di Statistica — Revue Internationale de Statistique — International Revue of Statistics — Internationale Statistische Rundschau. Herausgegeben von Dr. **Corrado Gini,** prof. ord. de Statistica nelle R. Università di Padova (Italia). Erster Jahrg., 1. Heft. Verlag der Industrie grafiche italiane in Rovigo. Abonnementspreis pro Jahr 50 lire.

Instituts Solvay. — Revue de l'Institut de Sociologie. Première Année. No. 1. — Juillet 1920. Jahresabonnement für das Ausland Fr. 30,—.

Diese neuorganisierte Revue erscheint jährlich in 6 Heften im Umfang von je 140 Seiten. Die Abonnementsbestellungen sind zu richten an: Institut de Sociologie, Parc Léopold, Brüssel.

Metropolitan Life Insurance Company, New York. Statistical Bulletin. Vol. I. · No. 1. New York 1920. 4 S.

D. Zeitschriften-Literatur.

6. Quarterly Publications of the American Statistical Association.

Diese Zeitschrift wird seit dem Jahre 1888 von der im Jahre 1839 begründeten Amerikanischen Statistischen Gesellschaft herausgegeben und an alle Mitglieder dieser Gesellschaft, deren Zahl im Jahre 1913 631 betrug, als Gegenleistung für den Jahresbeitrag von 2 Dollars versandt. Der gegenwärtige Vorsitzende dieser Gesellschaft ist George E. Roberts; die Redaktion dieser Zeitschrift wurde vor kurzer Zeit dem Professor an der Columbia-Universität in New York William F. Ogburn übertragen.

In das nachfolgende Inhaltsverzeichnis konnten nur die wichtigeren, in den bisher erschienenen 15 Bänden obiger Zeitschrift enthaltenen Abhandlungen von sozialhygienischem oder demographischem Interesse aufgenommen werden, weshalb alle Abhandlungen von meist nur lokaler Bedeutung unberücksichtigt bleiben mußten. Soweit sich aus diesem Verzeichnis ersehen läßt, standen in den letzten Jahrzehnten die Fragen über die Bevölkerungsentwicklung im Vordergrunde des Interesses der amerikanischen Statistiker, doch finden sich auch mehrere Abhandlungen über die Sterblichkeitsverhältnisse, insbesondere über die Säuglingssterblichkeit, während die Frage des Geburtenrückgangs bemerkenswerterweise nur in einer einzigen Arbeit berührt ist. Der Grund hierfür liegt wohl darin, daß in den Vereinigten Staaten der Geburtenrückgang noch gar nicht statistisch in Erscheinung getreten ist, vielmehr infolge der zunehmenden Vervollständigung der Registrierung der Geburten eine Zunahme derselben vielfach vorgetäuscht wird. Die eigentliche medizinische Statistik ist in dieser statistischen Fachzeitschrift nur spärlich vertreten; von den beiden hier aufgeführten Arbeiten beschäftigt sich die eine mit der Letalität der Typhuserkrankungen in den verschiedenen Jahreszeiten, die andere mit einer statistischen Untersuchung der Geisteskranken.

Verzeichnis der wichtigeren sozialhygienischen und demographischen Abhandlungen in den Bänden 1—15

Volume I. 1888—1889.

Lunt, E. Cl., Key to the Publications of the United States Census 1790—1887; with Occasional References to Other Statistical Works.

Volume II. 1890—1891.

Hollerith, Hermán, Rate of Natural Increase of Population in Unites States.

Calins, G. N., Some Results of Sanitary Legislation in England since 1875.

Volume III. 1892—1893.

Boyd, Carl, Growth of Cities in the Unites States during the Decade 1880—1890.

Mayo-Smith, R., Statistical Data for the Study of the Assimilation of Races and Nationalities in the United States,

Körösi, J., Report of an International Mortality Standard or Mortality Index.

Gannett, Henry, The Geographical Distribution of the Population of the United States.

Volume V. 1896—1897.

Burnap, Ch. E., Mortality in Twenty-Three Massachusetts Cities.

Wilbur, C. L., Note on Methods of Estimating Population.

Wilbur, C. L., Vital Statistics for the Twelfst United States Census.

King, Wm. A., The Vital Statistics of the Census.

Vital Statistics at the American Public Health Association.

Volume VI. 1898—1899.

Körösi, J., Uniformity in Census Returns.

Dynes, J. H., Development of the Plan for a Census of the World.

Volume VII. 1900—1901.

Hoffman, F. L., The Practical Use of Vital Statistics.

Volume VIII. 1902—1903.

Winslow, A., A Statistical Study of the Fatality of Typhoid Fever at Different Seasons.

Hoffman, F. L., The Vital Statistics of the Census of 1900.

Burr, R. H., A Statistical Study of Patients admitted at the Connecticut Hospital for Insane from the Years 1868 to 1901.

Volume X. 1906—1907.

Hoffman, F. L., The General Death-rate of Large American Cities, 1871—1904.

Willcox, W. F., Death-rate of the United States in 1900.

Boeckh, R., The Determination of Racial Stock among American Immigrants.

Macdonald, A., Statistics of Child Suicide.

Vital Statistics: Fifteen Papers read at the Meeting of the Section on Vital Statistics of the American Public Health Association at Atlantic City, October, 1907.

Volume XI. 1908—1909.

Hoffman, F. L., Problems of Social Statistics and Social Research.

Baker, J. E., City Life and Male Mortality.

Phelps, E. B., A Statistical Study of Infant Mortality.

Volume XII. 1910—1911.

Willcox, W. F., The Change in the Proportion of Children in the United States and in the Birth Rate in France during the Nineteenth Century.

Hoffman, F. L., Medical and Physical Examination of School Children.

Volume XIII. 1912—1913.

Hibbard, B. H,, The Decline in Rural Population.

Willcox, W. F., Statistics at the Fourteenth International Congress on Hygiene and Demography, Berlin, Sept. 23—29, 1907.

Willcox, W. F., Statistics at the Fifteenth International Congress on Hygiene and Demography, held at Washington, Sept. 23—28, 1912.

Bailey, W. B., Some Recent Changes in the Composition of the Population of the United States.

Milliet, E. W., International Statistics of the Consumption of Alcohol.

Bertillon, J., Occupational Mortality and Causes of Death.

Hill, J. A., Comparative Fecundity of Women of Native and Foreign Parentage in the United States.

Volume XIV. 1914—1915.

Forsyth, C. H., American Life Tables.

Chaddock, R. E., Records of Health and Sanitary Progress.

Dublin, L. I., The Improvement and Extension of the Registration Area.

Hibbs, H. H., Infant Mortality and the Size of the Family.

Gillette, J. M. and *Davies, G. R.,* Measure of Rural Migration an other Factors of Urban Increase in the United States.

Clarke, E., Contributions to Urban Growth.

Myers, G., A Study of the Causes of Industrial Accidents.

Hibbs, H. H., The Present Position of Infant Mortality: Its Recent Decline in the United States.

Volume XV. 1916—1917.

Willcox, W. F., The Nature and Significance of the Changes in the Birth and Death Rates in Recent Years.

Hibbs, H. H., The Mother and Infant Mortality.

Durand, E. D., Some Problems of Population Growth.

Harmon, G. E., A Comparison of the Relative Healthfulness of Certain Cities in the United States Based upon the Study of their Vital Statistics.

Dublin, L. I. and *Kopf, E. W.,* The Improvement ot Statistics of Cause of Death through Supplementary Inquiries to Physicians.

Mitteilungen.

Ständige Kommission für sozialhygienische Angelegenheiten der Niederländischen Gesellschaft zur Förderung der Heilkunst. Aus dem in der „Nederlandsch Tijdschrift voor Geneeskunde“, Jahrgang 1919, I. Hälfte Nr. 23 veröffentlichten Bericht der vorgenannten Kommission für die Zeit vom 8. Dezember 1918 bis 1. Juni 1919 wurde diese Kommission am 8. Dezember 1918 unter dem Vorsitz des Herrn A. van Rhijn gegründet. Nach Aufstellung des Arbeitsprogramms dieser Kommission wurde beschlossen, sogleich das Krankenversicherungsgesetz in Arbeit zu nehmen. Ferner kam man dahin überein, die Literatur auf dem sozialhygienischen Gebiete zu sammeln. Es besteht jedoch nicht die Absicht, eine eigene Bibliothek zu gründen, es soll vielmehr nur eine Übersicht über die bestehende Literatur zusammengestellt werden, und zwar mit Angabe der Institute, wo die verschiedenen Zeitschriften und Bücher zur Einsichtnahme zu erhalten sind.

In der am 11. Januar zu Utrecht stattgefundenen Zusammenkunft wurde zum Vorsitzenden Herr J. L. C. Wortman, zum Sekretär-Schatzmeister Herr M. D. Horst gewählt. In dieser Sitzung wurden die Krankengesetze Talma und Treup behandelt.

In der Versammlung am 8. Februar zu Amsterdam wurde die Frage über die Notwendigkeit eines Ministeriums für Volksgesundheit an der Hand eines vorläufigen Gutachtens ausführlich besprochen, während die Besprechungen über die Krankengesetze fortgesetzt wurden.

Amerikanische Akademie für öffentliche Gesundheitspflege. Laut Mitteilung in den „Public Health Reports“, Vol. 32 Nr. 4 vom 26. Januar 1917 wurde in Cincinnati am 23. Oktober 1916 die Amerikanische Akademie für öffentliche Gesundheitspflege gegründet.

Die Aufgaben dieser Akademie sind folgende:

1. Die Wirksamkeit ihrer Mitglieder durch die Besprechung von Problemen der öffentlichen Gesundheitspflege zu steigern;
2. Die Wirksamkeit der Gesundheitsaufsicht zu fördern;
3. Richtlinien für die praktische öffentliche Gesundheitspflege aufzustellen;
4. Wissenschaftliche Abhandlungen auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege anzuregen.

Die Mitgliedschaft ist auf solche Personen beschränkt, welche sich mit der öffentlichen Gesundheitspflege berufsmäßig beschäftigen. Es besteht nicht die Absicht, auf den Versammlungen der Akademie wissenschaftliche Vorträge zu halten, vielmehr sollen die jährlichen Versammlungen der freien Aussprache über die Berichte, welche von den speziellen Komitees der Akademie als Ergebnis ihrer Arbeit oder Forschung gemacht wurden, gewidmet sein.

Sozialhygienische Akademien. Auf Veranlassung des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt wurden in Charlottenburg, Breslau und Düsseldorf besondere Akademien für soziale und praktische Medizin begründet, welche die Aufgabe haben, dem hauptamtlichen Verwaltungsmediziner eine gründliche Fachausbildung zu ermöglichen. Wie aus den Lehrplänen dieser Akademien ersichtlich

ist, soll sich die Ausbildung auf folgende Hauptgebiete erstrecken: Aufgaben der sozialen Hygiene auf Grund der Volkswirtschaftslehre, Grundlagen der medizinischen Statistik, Grundzüge der sozialen Pädagogik, hygienische Untersuchungsmethoden, Gewerbehygiene, Seuchenlehre, ferner soziale Pathologie mit besonderer Berücksichtigung der Gutachtertätigkeit und schließlich Gesundheitsfürsorge und soziale Organisations- und Gesetzeskunde. Im Anschluß hieran soll noch eine praktische Unterweisung in Fürsorgestellen stattfinden. Die Dauer eines solchen Ausbildungskurses ist auf vier Monate festgesetzt worden.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Errichtung solcher Ausbildungsstätten von allen Ärzten, welche sich als Kreis , Kommunal-, Schul- oder Fürsorgearzt ausbilden wollen, sehr begrüßt wird, da hierdurch die bisher fehlende Gelegenheit geboten wird, einen umfassenden Einblick in den organischen Zusammenhang der verschiedenen Gebiete der sozialen Hygiene und ihrer wissenschaftlichen Grundlagen zu erhalten. Jedenfalls stellen diese Einrichtungen einen wichtigen kulturellen Fortschritt dar, der berufen ist, der sozialen Fürsorge neue Wege zu erschließen und als Vorbild für andere Kulturländer zu dienen.

Das polnische Ministerium für Volksgesundheit. Über die Organisation dieses Ministeriums berichtet C. H. van Herwerden in der Nr 13 der 2. Hälfte des Jahrganges 1919 der „Nederlandsch Tijdschrift voor Geneeskunde“ auf Grund von Mitteilungen zweier polnischer Ärzte, die beauftragt waren, die Organisation des Sanitätswesens in verschiedenen Ländern zu studieren.

Das in Warschau gegründete Ministerium für öffentliche Gesundheit wird von Dr. Jariszewski, vormals Kreisarzt in Krakau, geleitet, dem als Vizeminister Dr. Chodzko beigegeben ist. Bei diesem Ministerium sind ungefähr 200 Ärzte beschäftigt. Das Ministerium besteht aus 2 Abteilungen, eine für sozialhygienische und eine für ärztliche Angelegenheiten. Jede Abteilung hat viele Unterabteilungen. Die Abteilung für soziale Hygiene umfaßt die Unterabteilungen für öffentliche Hygiene, für Säuglingsfürsorge, für medizinische Statistik, für Quarantäne, für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, für Eugenetik, und andere. Sie hat eine fliegende Kolonne zur Bekämpfung des Fleckfiebers in den Dienst gestellt und Entlausungsanstalten eingerichtet.

Die andere Abteilung besteht aus den Unterabteilungen für Ärzte, für Hebammen, für Pflegepersonal, Feldscherer, Apotheker, ärztliche Ausbildung, Krankenhauswesen usw.

Die Abteilung für soziale Hygiene hat einen ausgebreiteten Außendienst. In jedem Gouvernement ist ein Inspektor der Volksgesundheit angestellt, welcher dieser Abteilung und nicht dem Gouverneur des Gouvernements untersteht; er ist Mitglied der Provinzialregierung. Unter diesem stehen die Kreischefs.

Das soziale Versicherungswesen, das dem Arbeitsministerium unterstellt ist, wurde ungefähr nach deutschem Muster eingerichtet.

Internationale Kommission für die Revision der Nomenklatur der Krankheiten und Todesursachen. Vom 11.—14. Oktober 1920 fand in Paris die dritte Tagung der im Jahre 1900 vom Internationalen Statistischen Institut eingesetzten Kommission für die Aufstellung einer einheitlichen Nomenklatur und Klassifikation der Krankheiten und Todesursachen statt. An dieser Tagung haben Vertreter von 43 Ländern, darunter auch vom Deutschen Reich, sowie vom Internationalen Roten Kreuz teilgenommen. Schon aus dieser überaus starken Beteiligung geht hervor, daß sich nunmehr auch in den Ländern, welche für die

Bearbeitung ihrer Medizinalstatistik noch nicht das von dieser Kommission aufgestellte Internationale Krankheits- und Todesursachenverzeichnis angenommen haben, das Verständnis für die Notwendigkeit der Einheitlichkeit solcher Verzeichnisse zum Zwecke internationaler Vergleichbarkeit Bahn zu brechen scheint. Die Vorteile, welche hieraus nicht nur für die Medizinalverwaltungen der einzelnen Länder, sondern auch für die gesamte medizinische und statistische Wissenschaft erstehen, liegen so klar auf der Hand, daß das bisherige Festhalten an dem vielfach sehr veralteten und systemlosen Schematismus, dem man noch in der Medizinalstatistik mancher Länder begegnet, als unverständlich bezeichnet werden muß. Das Verdienst, hier Wandel geschafft zu haben, muß dem bekannten französischen Medizinalstatistiker Professor Dr. Jacques Bertillon, dem die erstmalige Aufstellung des Internationalen Krankheits- und Todesursachenverzeichnisses zu verdanken ist und der als Generalsekretär mit der Geschäftsführung der letzten Konferenz beauftragt war, ungeschmälert zuerkannt werden.

Die Neuorganisation der amtlichen Sanitätsstatistik in Rußland. In Würdigung der großen sozialen Bedeutung, welche die russische Sanitätsstatistik sich im Laufe der letzten Jahre vor dem Kriege verschafft hat, wurde von seiten der Sowjet-Regierung dem neugegründeten Statistischen Zentralamt in Moskau eine besondere Abteilung für Volksgesundheitsstatistik angegliedert. Damit soll der Zersplitterung der russischen Reichsstatistik im vornherein vorgebeugt und eine einheitliche wissenschaftliche Bearbeitung des statistischen Quellenmaterials gewährleistet werden. Zwar befindet sich auch noch bei dem Volkskommissariat für Volksgesundheitspflege eine besondere statistische Abteilung, jedoch dürfte deren Tätigkeit mehr eine beratende sein und sich nur auf die sog. laufende Sanitätsstatistik erstrecken.

Mit der Leitung der Abteilung für die Statistik der Volksgesundheit wurde das Mitglied des Sanitätsbureaus des Moskauer Gouvernements-Semstwos S. M. Bogoslowski, der sich durch sein einzigartiges Werk über die sanitären Kennzeichen jedes einzelnen Berufes des arbeitenden Volkes (vgl. dessen Besprechung in diesem Archiv, 9. Bd. S. 471) um die Schaffung von Grundlagen für den Ausbau der sozialen Hygiene in Rußland sehr verdient gemacht hat, beauftragt. Als wissenschaftliche Beiräte stehen ihm der bekannte russische Sanitätsstatistiker P. I. Kurkin, der nach wie vor die Sanitätsstatistik des Moskauer Gouvernements leitet, und F. D. Markuson, der Leiter des Bureaus für Arbeiterstatistik der Stadt Moskau und des Moskauer Gouvernements, zur Seite.

Heinrich Schwiening †. Am 19. Februar 1920 verschied der Mitherausgeber dieses Archivs Oberstabsarzt a. D. Prof. Dr. Heinrich Schwiening in Berlin, nachdem ihm kurz vorher die Leitung der Versorgungsabteilung im Reichsarbeitsministerium übertragen worden war. Sein frühzeitiges Hinscheiden bedeutet für die medizinische Statistik und namentlich für die Militärsanitätsstatistik, um deren Organisation und wissenschaftliche Bearbeitung der Verstorbene sich große Verdienste erworben hat, einen schweren und unter den gegenwärtigen Verhältnissen wohl unersetzlichen Verlust. In seinem Hauptwerke „Militärsanitätsstatistik“ hat er es in hervorragender Weise verstanden, die nationale Bedeutung einer geordneten Militärsanitätsstatistik für die Beurteilung der Lebenskraft eines Volkes darzulegen, womit er sich ein bleibendes Denkmal in der Wissenschaft gesetzt hat.

Der Rückgang der körperlichen Tüchtigkeit in Österreich in den Jahren 1870—1912.

(Aus den Ergebnissen der österreichischen Heeresergänzungsstatistik.)

Von Dr. Wilhelm Winkler,
Hofsekretär der Statistischen Zentralkommission und Privatdozent für Statistik an der Universität in Wien.

Inhalt.

I. Einleitung.

1. Bedeutung der hier veröffentlichten statistischen Ergebnisse. In der Militärstatistik der alten österreich-ungarischen Monarchie hat es bisher eine erhebliche Lücke gegeben. Die Statistik des Heeresergänzungsgeschäftes lag aus der dem Kriege vorangehenden Friedenszeit in einer für praktische Bedürfnisse nahezu unbrauchbaren Form vor. Und doch verlangte sowohl die Kriegsstatistik — da die Besetzung der älteren im Kriege eingezogenen Geburtsjahrgänge nur aus der Zahl der seinerzeit im Frieden als tauglich Ausgehobenen verstanden werden konnte — als auch die Friedensstatistik — infolge der durch den Frieden von St. Germain verschütteten Erkenntnisquelle der Wehrfähigkeit aus den alljährlichen Aushebungsergebnissen — nach einer Aufarbeitung und Verwertung dieser Zahlen. So ist die vorliegende Arbeit zustande gekommen, nicht nur bestimmt, jenem kriegsgeschichtlichen Erfordernis zu genügen, sondern auch geeignet, dem militärischen Fachmanne das unentbehrliche Maß an Wissen über die Wehrfähigkeit der Bevölkerung zu vermitteln.

Die Bedeutung der Ergebnisse der Heeresergänzungsstatistik geht jedoch über die Befriedigung militärischer Bedürfnisse noch weit hinaus. Spiegelt sich doch in den richtig bearbeiteten und betrachteten Zahlen dieser Statistik die körperliche Tüchtigkeit des Volkes und deren Entwicklung im Laufe der Jahre wider.

Es erschien daher als nicht minder wichtig, auch diese für die Gesundheits- und soziale Verwaltung des Staates so bedeutsame Seite der Frage in entsprechender Darstellung herauszuarbeiten: ein Bild zu geben von der körperlichen Tüchtigkeit der Völker (Alt-)Österreichs — besonders der Deutschen — und der Entwicklung dieser Tüchtigkeit in den dem Weltkriege vorausgehenden Jahrzehnten.

Die hier bearbeiteten Zahlen können des Interesses weiterer Kreise auch deshalb sicher sein, weil es sich um die erste Veröffentlichung der seit langem geheim gehaltenen Ergebnisse der österreichischen Heeresergänzungsstatistik[1]) und den ersten Versuch einer modernen Darstellung und tiefergehenden Durchforschung dieser Zahlen überhaupt handelt. Wegen der Seltenheit der Militärstatistischen Jahrbücher kommt dieser Arbeit nahezu die Stellung einer Urveröffentlichung zu, weshalb die Mitteilung des Zahlenmaterials in möglichst weitgehender Gliederung und auch über den Rahmen unserer Bearbeitung hinaus angestrebt wird, um das Weiterbauen in dieser oder in anderer Richtung zu ermöglichen.

Die durch unsere Untersuchung vermittelten Erkenntnisse über die Entwicklung der körperlichen Tüchtigkeit in Österreich vor dem Weltkriege sind durch diesen und seine verheerenden Wirkungen auf unsere Volkskraft nicht etwa überholt worden. Im Gegenteil erscheinen diese Wirkungen darnach erst im wahren Lichte und in ihrer vollen Tragweite.

2. Die Militärstatistischen Jahrbücher. Während in den Staaten des blühenden Militarismus, in Deutschland und Frankreich, wie auch in den übrigen modernen Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht, die Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäftes alljährlich der Öffentlichkeit vorgelegt wurden, den Gegenstand zum Teile sehr erregter politischer und wissenschaftlicher Erörterungen bildeten, wodurch diese Statistik besonders in Deutschland einen hohen Grad der Vervollkommnung erlangte, hat es die österreich-ungarische Heeresverwaltung aus Gründen der militärischen Sicherheit für notwendig gehalten, die seit dem Jahre 1870 herausgegebene Statistik des Heeresergänzungsgeschäftes im Jahre 1895 für geheim zu erklären und in einer ganz kleinen Auflage von Drucken einem eng begrenzten Kreise militärischer

[1]) Abgesehen von einer Veröffentlichung unrichtig berechneter und irreführender Verhältniszahlen durch P. Myrdacz.

Benützer und Nichtbenützer zugänglich zu machen. So kommt es, daß über diesen die wichtigsten Lebensinteressen der Völker berührenden Gegenstand in Österreich-Ungarn nahezu keine Literatur vorhanden ist. Das wenige Erschienene wimmelt von Irrtümern und Fehlern, die teils der Geheimhaltung, teils der Unvollkommenheit der Quelle zuzuschreiben sind.

Eine richtige Heeresergänzungsstatistik setzt in Österreich-Ungarn erst mit dem Beginne der Militärstatistischen Jahrbücher (erster Band für das Jahr 1870) ein. Was sich über die Zeit vorher in verschiedenen Quellen — in Czörnig's Statistischem Jahrbüchlein, in Wappäus' Bevölkerungsstatistik und im Statistischen Jahrbuche der österreichischen Monarchie — verstreut vorfindet, ist nicht nur wegen der Verschiedenheit des Wehrsystems, sondern auch wegen sonstiger Mängel für Vergleichungen unbrauchbar.

Über die Entstehung des im Jahre 1872 erschienenen ersten Bandes für das Jahr 1870 der Militärstatistischen Jahrbücher äußert sich das Vorwort folgendermaßen:

„Seiner Excellenz dem gegenwärtigen Herrn Reichs-Kriegs-Minister, Feldmarschall-Lieutenant Franz Freiherrn von Kuhn, war es vorbehalten, einen Umschwung in den bisherigen Anschauungen und Gepflogenheiten anzubahnen. Durchdrungen von der Erkenntnis des hohen Wertes einer wissenschaftlichen, den Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung darlegenden Statistik hat Seine Excellenz kurz nach Übernahme des Portefeuilles und nachdem das Wehrgesetz beider Reichshälften, also die erste Basis der Heeres-Organisation, in Kraft getreten war, in einem offiziellen Aktenstücke ausgesprochen, daß wie die Statistik für alle Zweige der menschlichen Tätigkeit, in welchen die Grundsätze der National-Ökonomie eine Rolle spielen, von höchster Wichtigkeit ist, so auch in der Militärverwaltung eine sichere Leitung insolange nicht zu erzielen sei, als nicht der vergleichenden Statistik auch in diesem Verwaltungszweige Eingang und Einfluß verschafft wird. Erfüllt von der Überzeugung, daß es nicht genüge, Gesetze zu geben, sondern daß diese Gesetze an ihren Wirkungen sich erproben müssen, daß daher der fördernde oder nachteilige Einfluß der das Heerwesen ordnenden Gesetze an den durch diese Gesetze bedingten Erscheinungen im Heere zu prüfen sei, regelte Seine Excellenz die periodischen Berichterstattungen der Truppen- und Heeres-Anstalten, welche die Zustände im Heere darzustellen haben.“

Die erste Anregung zu dieser Ausgestaltung der Heeresergänzungsstatistik ging nach Schwiening[1]) vom 5. internationalen statistischen Kongresse in Berlin 1863 aus, auf welchem Virchow einen Bericht über den Wert der Heeresergänzungsstatistik für biostatistische Forschungen erstattete. Der einzige Staat, der die dort gefaßten Beschlüsse unmittelbar in die Wirksamkeit umsetzte,

[1]) Prof. Dr. H. Schwiening, Lehrbuch der Militärhygiene V. Band, Militärsanitätsstatistik, Seite 21 u. 22.

war Österreich-Ungarn, das seine erste ausführliche Heeresergänzungsstatistik im Jahre 1872 dem internationalen statistischen Kongresse in St. Petersburg vorlegen konnte.

Es ist dieser Versuch im Feuer der ersten Liebe entstanden und für den damaligen Stand dieses Zweiges der Statistik als verhältnismäßig gelungen zu bezeichnen. Hätten die heeresergänzungsstatistischen Arbeiten der folgenden Jahre das gehalten, was der erste Versuch versprach, trügen sie wie er den Stempel liebevoller Mühewaltung und heißen Strebens, so könnten wir wahrscheinlich heute auf eine immer höher steigende Reihe von Statistiken zurückblicken. Statt dessen erlahmte der Eifer nur allzubald und die fachlichen Mängel, die das hohe Wollen beim ersten Versuche so schön verdeckt hatte, traten ungeschminkt hervor. Die Darstellung erstarrte in Zahl und Wort und Jahr für Jahr, seit 1895 auch noch geschützt vor dem scharfen, kritischen Luftzuge der Öffentlichkeit, kehrte das gleiche öde Bild einer auf einen beschränkten Gesichtskreis gesunkenen Arbeit wieder. Unzweckmäßige Gliederungen, sinnlose Beziehungen, statt des notwendigen örtlichen Mindestmaßes an absoluten Zahlen ein Wust von unbrauchbaren Verhältniszahlen, das war das Ergebnis, zu dem der schöne Anlauf von 1870 gelangt war. So steht der Forscher heute traurigen Mutes vor einem Haufen von Steinen, die, gedankenlos zubehauen, das große Gebäude nicht geben können, das sie geben wollten und sollten, — und so muß er unter ihnen wählen und immer von neuem bearbeiten, um daraus wenigstens eine bescheidene Hütte zustande zu bringen. Denn mit den Ungeschicklichkeiten in den Verhältnisberechnungen, die sich zum Teile durch Umrechnungen beseitigen lassen, ist es nicht genug. Das Schlimmste ist, daß wir für die reichlich umfassende zweitgrößte örtliche Einheit, die Ergänzungsbezirke, nur Verhältniszahlen, für die kleinste Einheit, die Stellungsbezirke (in der Regel gleich den politischen Bezirken) überhaupt keine Zahlen vorfinden. Und doch müßte eine erfolgreiche Ursachenforschung bei diesen kleinsten Einheiten einsetzen; nur in ihnen kann der Gegensatz von Stadt und Land, die Wirkung der Größenverhältnisse der Städte, können alle jenen demographischen und sozialen Grundlagen der Bevölkerungsentwicklung, als deren Ergebnisse wir die Tauglichkeitsverhältnisse ansehen müssen, dem suchenden Forscher offenbar werden. So sind wir gezwungen, für Österreich-Ungarn auf jenes höhere Maß an Genauigkeit zu verzichten, das etwa der deutschen und schweizerischen heeresergänzungsstatistischen Forschung zu eigen ist.

Sind so die Ergebnisse unserer Arbeit vielleicht nicht imstande, die weitestgehenden Forderungen zu erfüllen, so lassen sie doch auch die auf sie verwandte Mühe nicht ganz unbelohnt. Denn es ist diese Statistik trotz der verballhornten Form, in der sie uns überkommen ist, ihrem bloßen Gegenstande nach wertvoll, ja, infolge ihrer Einzigkeit geradezu unersetzlich. So wird es unser Bestreben sein, aus dem für den militärischen Tagesbedarf hergerichteten Wust an Zahlen die Dauerwerte herauszuschälen und Licht für die Erkenntnis des Standes und der Entwicklung unserer körperlichen Tüchtigkeit zu gewinnen.

3. Die wehrrechtlichen Unterlagen der Zahlen in der Zeit von 1870—1912. Die Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäftes könnten dem Fernerstehenden als etwas anthropologisch Gegebenes, eindeutig Bestimmtes erscheinen. Dies ist nicht der Fall. Im Gegenteil unterliegt das Maß der körperlichen Tauglichkeit weitgehenden Einflüssen von Seiten der jeweils für das Heeresergänzungsgeschäft geltenden Vorschriften. Es ist daher für denjenigen, der zu einer richtigen Beurteilung dieser Zahlen gelangen will, eine unerläßliche Vorbedingung, sich mit diesen Vorschriften, ihren zeitlichen Änderungen und ihrem Einflusse auf die Ergebnisse vertraut zu machen. Daher sollen im folgenden die für das Heeresergänzungsgeschäft in der betrachteten Zeit geltenden Bestimmungen eine, wenn auch auf das Notwendigste beschränkte Darstellung erfahren.

a) Gliederung der österreich-ungarischen Wehrmacht in den Jahren 1870—1912. Nach dem Wehrgesetze vom 5. Dezember 1868 zerfiel die österreich-ungarische Wehrmacht in das gemeinsame Heer, die gemeinsame Kriegsmarine, die Landwehr und die Ersatzreserve. Das gemeinsame Heer (und die gemeinsame Kriegsmarine) bestanden in Friedenszeiten aus den aktiven Dienstpflichtigen, die nach dreijähriger Dienstzeit in die Heeres-(Marine-)Reserve eintraten. Die Ergänzung des Heeres erfolgte durch ein im Wege alljährlicher Stellungen aufzubringendes Rekrutenkontingent, das örtlich nach dem Verhältnisse der im Durchschnitte der letzten drei Jahre zur Einstellung gelangten Wehrpflichtigen aufgeteilt wurde. Die Ersatzreserve, deren Angehörige nur einer ganz kurzen militärischen Ausbildung unterzogen wurden, war gedacht als Ersatz für die während des Krieges im stehenden Heere sich ergebenden Abgänge. Auch sie hatte ihr Kontingent. Die Befriedigung dieser Kontingente erfolgte bei der Stellung durch Losung in der Weise, daß zuerst

das Heereskontingent, dann das der Ersatzreserve befriedigt wurde. Waren die beiden Kontingentszahlen erreicht, so wurde der Überschuß der Landwehr zugewiesen, deren Ergänzung somit auf einer unsicheren Grundlage beruhte. Eine zweite Ergänzungsquelle für die Landwehr waren die ausgedienten Reservemänner, die noch 2 Jahre der Landwehr anzugehören hatten. Die Landwehr, eine Truppe mit sonst gleichen Ausbildungsbedingungen wie das Heer, war somit gedacht als eine Truppe zweiter Güte und bestimmt zur Verteidigung des Reiches innerhalb der Reichsgrenzen.[1])

Eine grundsätzlich andere Stellung wurde diesen Teilen der Wehrmacht nach der Wehrgesetzgebung vom Jahre 1889 zugewiesen. Das Rekrutenkontingent, das jetzt nach der Bevölkerungszahl der letzten Volkszählung aufzuteilen war, zerfiel in ein solches für das gemeinsame Heer und ein solches für die Landwehr, deren Ergänzung damit sichergestellt wurde. Dagegen wurde jetzt die Ersatzreserve dasjenige Behältnis, dem außer gewissen, aus wirtschaftlichen Gründen Begünstigten nach Befriedigung der beiden Kontingente die Überzähligen zuflossen.

Die wehrgesetzliche Neugestaltung vom Jahre 1912 hat dieses Verhältnis der Heeresbestandteile zueinander noch weiter ausgebildet und bekräftigt.

b) Die örtliche Einteilung der Monarchie zwecks Durchführung der Stellung. Die Monarchie war im Jahre 1912 in 113 Stellungsbezirke eingeteilt, die wieder in 16 Korpsbereiche (Militärterritorialbereiche) zusammengefaßt waren. Wir fügen an Stelle einer weiteren Erklärung rückwärts eine Karte von Österreich-Ungarn mit der militärischen Einteilung vom Jahre 1912 bei, aus der auch zu ersehen ist, inwieweit die militärische Einteilung sich mit der politischen (Reich, Land, politischer Bezirk, Komitat usw.) deckte.

Bei zeitlichen Vergleichen ist zu beachten, daß die Gliederung nach Militärterritorialbereichen und Ergänzungsbezirken wiederholten Änderungen unterworfen war. Vergleiche, die sich auf den ganzen Umfang des Staatsgebietes oder eines staatsrechtlichen Bestandteiles desselben beziehen, werden durch diese Verschiebungen ebensowenig berührt werden, wie im allgemeinen Vergleiche, die nur bis zum Jahre 1889 zurückgehen. Ein weiteres Ausgreifen wird wegen der

---

[1]) Die Bestimmungen über den Landsturm, d. i. das allgemeine Aufgebot der gedienten Männer nach Beendigung ihrer Dienstpflicht bis zum vollendeten 42. Jahre und der nicht gedienten Männer vom vollendeten 19.—42. Jahre, fallen mangels eines Zusammenhanges mit der jährlichen Aushebung außerhalb des Rahmens dieser Darstellung.

erwähnten örtlichen Verschiebungen, aber auch wegen der sofort zu besprechenden wehrgesetzlichen Änderungen die größte Vorsicht zu beachten haben.

c) Bestimmungen über die Stellungspflichtigen und die zur Stellung Erschienenen. Die Stellungspflicht, ein Ausfluß der allgemeinen Wehrpflicht, begann nach den wehrrechtlichen Bestimmungen vom Jahre 1868 mit dem 1. Januar desjenigen Jahres, in dem der Stellungspflichtige das 20. Lebensjahr vollendete, und dauerte bis zum 31. Dezember desjenigen Jahres, in dem er sein 22. Lebensjahr vollendete. Sie verpflichtete zum alljährlichen (also dreimaligen) Erscheinen zur ärztlichen Untersuchung vor der hierzu eingesetzten Kommission in demjenigen Stellungsbezirke, in welchem der Stellungspflichtige heimatzuständig war.

Von der Stellungspflicht konnte aus besonderen Gründen, die insgesamt auf eine Unentbehrlichkeit des Stellungspflichtigen für die Erhaltung seiner nächsten Anverwandten hinausliefen, eine zeitliche Befreiung erwirkt werden, die aber nur für die betreffende Stellung galt und für jede neue Stellung neuerdings erwirkt werden mußte.

Eine Beschränkung der Auswanderungsfreiheit gab es nur hinsichtlich der Dienstpflichtigen (also bereits Eingereihter) der Reserve und der Landwehrmänner. Die Auswanderung der Stellungspflichtigen unterlag keinem Hindernisse. Indessen wurde durch die den betreffenden Paragraphen des Wehrgesetzes auslegenden Erlässe des Ministeriums für Landesverteidigung vom 22. Juli 1871, Zahl 8088/2340, auch diejenigen Stellungspflichtigen, die zur Leistung der eigentlichen Kriegsdienstpflicht oder zu sonstigen Leistungen für Kriegszwecke herangezogen werden konnten (also Stellungspflichtige des erreichten 20. Lebensjahres), dem Erfordernisse der Auswanderungsbewilligung unterworfen [1].

Die Wehrgesetznovelle vom 2. Oktober 1882, RGBl. Zl. 153, hat Änderungen der vorstehenden Bestimmungen in doppelter Richtung gebracht: Da die Stellungsergebnisse unbefriedigend waren, wurde bestimmt, daß, falls die Stellungsergebnisse gegenüber dem nach der Volkszählung berechneten Kontingente des Bezirkes einen gewissen Abgang aufwiesen, auch die 4. Altersklasse zur nochmaligen Durchmusterung herangezogen werden konnte. Ferner wurden die Auswanderungsbestimmungen in der Richtung

---

[1]) Vgl. Ferdinand Schmid: Das Heeresrecht der österreich-ungarischen Monarchie. Wien 1903, S. 42.

verschärft, daß nun alle über 14 Jahre alten Stellungspflichtigen eine Auswanderungsbewilligung beim Ministerium für Landesverteidigung einholen mußten. Diese war im allgemeinen zu erteilen:

a) Jünglingen von vollendeten 14—16 Jahren, wenn sie mit beiden Eltern oder dem überlebenden Elternteile auswanderten, bleibend militäruntauglich oder erwerbsunfähig und auf ihre Eltern angewiesen oder für den Unterhalt ihrer Eltern unentbehrlich waren.

b) Jünglingen, die das 16. Lebensjahr zurückgelegt hatten dann, wenn sie mit beiden Eltern oder dem überlebenden Elternteile auswanderten und bei einer militärischen Untersuchung als bleibend untauglich befunden waren (§ 54 der Novelle und Erlaß des Ministeriums für Landesverteidigung vom 1. November 1882, Zl. 1465)[1]).

Das Wehrgesetz vom 11. April 1889, RGBl. Nr. 41, rückte im Hinblicke auf die verschiedene Entwicklungsgeschwindigkeit der Völker der Monarchie das wehrpflichtige und stellungspflichtige Alter um 1 Jahr hinauf, so daß es nun mit dem 1. Januar des Kalenderjahres begann, in dem der Wehrpflichtige das 21. Lebensjahr vollendete. Gleichzeitig kehrte man zur früheren Einrichtung der drei Altersklassen zurück.

Auch nach dem Wehrgesetze vom Januar 1889 war der Wehrpflichtige regelmäßig in demjenigen Bezirke stellungspflichtig, in dem er heimatszuständig ist. Doch konnte ausnahmsweise einzelnen Stellungspflichtigen, in besonders berücksichtigungswerten Umständen, die Stellung außerhalb des zuständigen Stellungsbezirkes gestattet werden, eine Ausnahme, von der in der Praxis recht häufig Gebrauch gemacht wurde.

Die zeitlichen Befreiungen von der Stellungspflicht sind im Jahre 1889 aus dem Wehrgesetze verschwunden, während die strengen Bestimmungen über das Auswanderungswesen im allgemeinen unverändert geblieben sind. In der Praxis machten sich jedoch bald Strömungen geltend, der Außenhandelsstellung der Monarchie zuliebe Erleichterungen in den Auswanderungsbeschränkungen zu gewähren. In diese Richtung fällt die im Jahre 1900 erfolgte Aufstellung von Begünstigungen zugunsten der im Interesse des heimischen Handels auswärts Tätigen.

Das Wehrgesetz vom 5. Juli 1912, RGBl. Nr. 128, hat die Regelung der Stellungspflicht des Wehrgesetzes vom Jahre 1889 im allgemeinen beibehalten. Nur in den Bestimmungen über die Auswanderung wurde insofern eine Angleichung an die herrschenden liberalen Strömungen gefunden, als eine Auswanderungsbewilligung

---

[1]) Vgl. auch Schmid a. a. O., S. 43 u. 44.

(„Entlassung“ nach dem Wortlaute des § 62 Wehrgesetz), erst für diejenigen Jünglinge notwendig wurde, die älter als 17 Jahre und noch nicht stellungspflichtig waren. Für diese ist die Beschränkung der Erteilung der Bewilligung auf diejenigen, die mit beiden Eltern oder dem überlebenden Elternteile auswanderten, bestehen geblieben. Die Beschränkung entfiel, wenn die „Entlassung“ zum Zwecke der Erwerbung einer fremden Staatsbürgerschaft begehrt wurde.

Außer den voranstehenden, die Erfüllung der Stellungspflicht betreffenden Bestimmungen, sind hier von einer gewissen Bedeutung auch noch die Vorschriften über die Herstellung der Stellungslisten. Diese oblag in der ganzen betrachteten Zeit den Gemeindevorstehern auf Grund der von den Matrikenführern zur Verfügung gestellten Auszüge aus den Geburts- und Sterbematriken, auf Grund der Anmeldungen der in der Gemeinde anwesenden Stellungspflichtigen und auf Grund der Nachforschungen der Gemeindevorsteher. Hiernach hatten die Gemeindevorsteher unter anderem die Stellungslisten der in der Gemeinde zuständigen Stellungspflichtigen, bis 1889 außer den mit Bewilligung Ausgewanderten, von da an nur mit Ausnahme der „gänzlich Unbekannten“ zu verfassen.

Es ist leicht zu erkennen, daß diese Art, die heimatszuständigen Stellungspflichtigen aus dem Verzeichnisse der Geborenen und Gestorbenen (ohne Ausweis der Heimatzuständigkeit), aus den Meldungen der Anwesenden und aus den Nachforschungen der Gemeindevorsteher ein höchst mangelhaftes und verwickeltes Ermittlungssystem bildete, das vielleicht in kleinen Gemeinden, aber sicher nicht in größeren Städten entsprechen konnte. Welche Folgen sich hieraus für die Zuverlässigkeit der Stellungslisten ergeben haben, soll neben anderem im folgenden untersucht werden.

d) Gesetzliche Bestimmungen über die Tauglichkeit. Die Militärtauglichkeitszahlen verschiedener Länder und verschiedener Zeiten werden gern in Vergleich gebracht und es werden aus solchen Zusammenstellungen weittragende Schlüsse auf die körperliche Tüchtigkeit des Landes oder der Zeit gezogen. Dabei wird leicht übersehen, daß der Begriff der Tauglichkeit nicht im voraus feststeht, sondern daß er im besonderen Falle erst durch Vorschriften bestimmt werden muß. Je nach der Verschiedenheit dieser Vorschriften ändert sich auch die Zahl der als tauglich Auszuhebenden. So ist z. B. die Verschiedenheit des Militärmaßes eine wichtige, bei der Beurteilung der Zahlen nicht zu übersehende Ursache von Ungleichartigkeit. In der von uns betrachteten Zeit (1870—1912) sind nicht weniger als drei verschiedene Militärmaße in Geltung gestanden: bis 1888 155,4 cm, von 1889—1911 153 cm, im Jahre 1912 152 cm. Es ist klar und wird im folgenden an Zahlen gezeigt werden, daß die Verschiedenheit dieser Maße einen großen Einfluß auf die Zahl der Mindermäßigen und damit auf die Zahl der Tauglichen nehmen mußte.

Ebenso verhält es sich mit dem Einflusse zahlreicher anderer Aushebungsbestimmungen.

Mit der Kenntnis der Vorschriften ist die Möglichkeit von fehlerhaften Beurteilungen infolge der Verhältnismäßigkeit des Tauglichkeitsbegriffes allerdings noch nicht beseitigt. Können doch die Vorschriften keine punktmäßige Festlegung, sondern nur eine rahmenmäßige Abgrenzung dieses Begriffes geben, innerhalb deren die Beurteilungswillkür und -fähigkeit, sowie noch manche andere Ursachen die Tauglichkeitsergebnisse bald höher, bald niedriger stellen. Diese Einflüsse zu behandeln, mag der Besprechung der Zahlen selbst vorbehalten bleiben. Hier sollen nur jene rahmenmäßigen Abgrenzungen des Tauglichkeitsbegriffes und ihr Wandel im Laufe der betrachteten Zeit zur Darstellung kommen.

Von den Bestimmungen, die wir oben anläßlich der Darstellung der Stellungspflicht zu erwähnen hatten, kommen unmittelbar zwei auch hier in Betracht: Die Festsetzung des stellungspflichtigen Alters und die Heranziehung einer gewissen Zahl von Altersklassen.

Die im Jahre 1889 vorgenommene Hinaufsetzung des stellungspflichtigen Alters von 20 Jahren auf 21 Jahre ist geradezu in der Absicht vorgenommen worden, den unbefriedigenden Aushebungsergebnissen abzuhelfen. Den gleichen Zweck verfolgte die Vermehrung der stellungspflichtigen Altersklassen von 3 auf 4 im Jahre 1882, von der aber im Jahre 1889 im Zusammenhange mit der Erhöhung des stellungspflichtigen Alters und der Herabsetzung des Mindestmaßes wieder abgegangen wurde.

Auch von diesem letzteren ist oben bereits die Rede gewesen. Hier ist nur noch nachzutragen, daß die Aushebung von Tauglichen aber Mindermäßigen nur bei Gewerbsleuten vorkommen durfte und daß von dieser Möglichkeit im Verhältnisse zu den Gesamtaushebungen nur in ganz verschwindendem Maße Gebrauch gemacht wurde.

Die Bestimmungen über das Mindestmaß sind nicht nur bei zeitlichen, sondern auch bei örtlichen Vergleichen wohl zu beachten, da die ehemalige österreichisch-ungarische Monarchie Völker mit verschiedenem Größenwachstume beherbergte.

Innerhalb der bisher erwähnten Tauglichkeitsgrenzen ist die Abgrenzung der Befunde und ihr Zustandekommen von Bedeutung. Die wehrrechtlichen Bestimmungen vom Jahre 1869 kennen drei Möglichkeiten:

1. einreihen,
2. zurückstellen und
3. löschen.

Der Befund „löschen" durfte nur bei gewissen, in der Beilage B der „Instruktion der ärztlichen Untersuchung der Wehrpflichtigen" aufgezählten Gebrechen und Krankheiten ausgesprochen werden. Diese Instruktion enthielt außerdem noch ein Verzeichnis derjenigen Gebrechen, die offenkundig das „Löschen" begründeten, und ein Verzeichnis derjenigen Übel, trotz deren Vorhandensein auf „Einreihen" erkannt werden konnte. Der zwischen diesen drei Gattungen von Übeln verbleibende nicht aufgezählte Rest ebenso wie die Körperschwäche bedingten das „Zurückstellen". Dieses konnte nicht nur in den beiden ersten Altersklassen sondern auch in der dritten Altersklasse erfolgen. In den ersten beiden Altersklassen hatte es die gleiche Bedeutung wie nach den späteren wehrrechtlichen Bestimmungen, in der dritten Altersklasse kam es praktisch einer endgültigen Abfertigung gleich (entsprechend dem späteren „waffenunfähig")[1].

Auf die einzelnen Bestimmungen der ärztlichen Vorschrift hier einzugehen, ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich. Wir werden uns darauf beschränken müssen, die Richtungen der Änderungen dieser Vorschriften nach einer Verschärfung oder Milderung hin in allgemeinen Zügen zu erfassen.

Die „Instruktion zur ärztlichen Untersuchung der Wehrpflichtigen" vom Jahre 1883 hat die obige Abgrenzung der Befunde dahin abgeändert, daß sie unterscheidet:

1. tauglich,
2. bedingt tauglich,
3. derzeit untauglich und
4. für immer untauglich.

Zur einfachen Tauglichkeit ist also noch die bedingte Tauglichkeit, das ist eine die Einreihung in eine bestimmte Waffengattung, militärische Anstalt u. dgl. bedingende Tauglichkeit, hinzugekommen (Verzeichnis B). Der Spruch „derzeit untauglich" entspricht äußerlich dem „Zurückstellen" vom Jahre 1869, „für immer untauglich" dem „Löschen". Innerlich aber ist insofern eine Verschiebung eingetreten, als die Gebrechen, die eine Untauglichkeitserklärung für immer zur Folge haben, bei teilweiser Verschärfung der einzelnen Bestimmungen auch noch in zwei Gruppen geteilt wurden: Die-

[1]) Anderer Meinung ist Schwiening, a. a. O. S. 202, der in der weiten Fassung des Begriffes „Zurückstellen" ein Hindernis für die Berechnung der Tauglichkeitsprozente nach endgültig Abgefertigten erblickt; denn es könnte unter besonderen Umständen behufs Deckung des erforderlichen Bedarfes auf die Zurückgestellten der dritten Altersklasse zurückgegriffen werden. Dieses ist aber während der Geltung des Gesetzes (bis zum Jahre 1882) nicht erfolgt. Es liegt daher kein Hindernis vor, die bei der letzten Stellung Zurückgestellten als endgültig abgefertigt zu betrachten. Ähnlich auch für die Zeit 1883—1888, wo die Heranziehung einer vierten Altersklasse in zahlenmäßig abgrenzbarem Ausmaße stattfand. Auch hier sind die Zurückgestellten der letzten, also jeweils dritten oder vierten Altersklasse, als endgültig abgefertigt zu betrachten.

jenigen des Verzeichnisses D, die eine Untauglichkeitserklärung schon in der ersten Altersklasse begründeten, und diejenigen des Verzeichnisses C, bei denen eine Untauglichkeitserklärung erst in der zweiten oder dritten Altersklasse und nur dann erfolgen konnte, wenn das Gebrechen schon bei der vorausgehenden Stellung beobachtet wurde. Diejenigen Gebrechen, die eine Zurückstellung auch in der dritten Altersklasse herbeiführten, waren, wie in der Vorschrift vom Jahre 1869, nicht besonders aufgezählt.

Noch größere Änderungen hat die „Vorschrift für die ärztliche Untersuchung der Wehrpflichtigen" vom Jahre 1889 gebracht. Diese kennt 5 Abstufungen:

1. Tauglich,
2. mindertauglich,
3. derzeit untauglich,
4. zum Waffendienste untauglich und
5. zu jedem Dienste untauglich.

Als mindertauglich waren die trotz eines Gebrechens gerade noch Tauglichen zu erklären, die nur die Eignung für die von jetzt an einen anderen Charakter annehmende Ersatzreserve besaßen (Verzeichnis B). Die Bedingungen der Verzeichnisse B vom Jahre 1883 und 1889 sind dadurch unterschieden, daß das erstere nur diejenigen Gebrechen enthält, die die volle Eignung zu bestimmten Waffengattungen, letztere diejenigen, welche die mindere Eignung für alle Waffengattungen zulassen. Es ist leicht einzusehen, daß der letztere Umkreis weiter ist als der erstere. Eine weitere Neuerung der Vorschrift vom Jahre 1889 besteht darin, daß der Spruch „derzeit untauglich" auf die ersten beiden Altersklassen eingeschränkt wurde, daß es also spätestens in der dritten Altersklasse jetzt auch ausdrücklich zu einer endgültigen Abfertigung kommen mußte. Das Verzeichnis C, in dem die Bedingungen der Waffenunfähigkeit niedergelegt sind, ist daher grundsätzlich zu unterscheiden von dem Verzeichnisse C des Jahres 1883, das die Bedingungen zum Löschen unter gewissen Beschränkungen enthielt. Die Lücke, die infolge des Fehlens der Bedingungen des Zurückstellens in den früheren Vorschriften vorhanden war, ist jetzt beseitigt; es sind nicht nur die Bedingungen der Waffenunfähigkeit (früheres „Zurückstellen" in der dritten oder vierten Altersklasse), sondern auch durch besonderen Druck die Bedingungen des Zurückstellens in den ersten beiden Altersklassen festgelegt. Die Erklärung der Untauglichkeit zu jedem Dienste, das frühere „Löschen", ist nach dem Verzeichnisse D der Vorschrift vom Jahre 1889 bedeutend erschwert.

Die Befundstellung nach den Wehrbestimmungen des Jahres 1912 ist äußerlich — mit Ausnahme der Einführung der „Tauglichen zu Hilfsdiensten", die auch auf das Rekrutenkontingent des gemeinsamen Heeres ausgehoben werden konnten, an Stelle der „Mindertauglichen", die nur Zutritt zu der Ersatzreserve hatten — gleichgeblieben, innerlich hat sich der Verschiebungsprozeß

zur Verschärfung der Bedingungen der Untauglichkeitserklärung und Erleichterung derjenigen der Tauglichkeitserklärung weiter fortgesetzt.

Wenn wir den Entwicklungsgang der gesesetzlichen Umschreibung des Tauglichkeitsbegriffes in Österreich-Ungarn während des betrachteten Zeitraumes noch einmal überblicken und zusammenfassen, so ergibt sich, daß alle Bestimmungen, ob sie nun das Stellungsalter, das Mindestmaß, die Befundstellung oder die Einreihung in die Klassen betrafen, eine von Stufe zu Stufe fortschreitende Erschwerung der Untauglichkeitserklärung und Erleichterung der Tauglichkeitserklärung bezweckten. Diese Feststellung wird für die Beurteilung des wahren Hintergrundes der Tauglichkeitszahlen, der körperlichen Tüchtigkeit der stellungspflichtigen männlichen Bevölkerung, von der größten Bedeutung sein.

II. Die Stellungspflichtigen und die zur Stellung Erschienenen in Österreich-Ungarn in den Jahren 1870—1912 (Tafel I im Anhang).

1. Allgemeine Entwicklung der Zahl der Stellungspflichtigen. Die Zahl der Stellungspflichtigen der ersten drei Altersklassen ist in Österreich-Ungarn (ohne Bosnien und Herzegowina) vom Jahre 1870 bis zum Jahre 1912 von 697554 auf 1023375 oder um 46,7 Proz. gestiegen, die der Stellungspflichtigen des ersten Altersjahrganges von 331571 auf 465241 oder um 40,3 Proz. Das verschiedene Maß der Zunahme erklärt sich aus dem verschiedenen Maße der Zurückstellungen in den beiden ersten Altersklassen; denn wenn die Zurückstellungen zunahmen, so mußte die Zahl der Stellungspflichtigen aller drei Altersklassen wachsen, da die Zurückgestellten diese Zahl vermehrten. Doch war diese Zunahme nur scheinbar, denn die wirkliche Zahl der der Heeresverwaltung zur Verfügung stehenden Männer wurde dadurch nicht berührt [1]).

In den vorausgehenden Zuwachsprozenten kommt die Zunahme der Stellungspflichtigen noch nicht voll zum Ausdrucke, da im Jahre 1870 die Stellungspflicht mit dem 20., im Jahre 1912 (seit dem Jahre 1889) mit dem 21. Jahre begann und das 21. Lebens-

[1]) Es folgt daraus, daß die Stellungspflichtigen der ersten Altersklasse einen richtigeren Maßstab für die Zahl der stellungspflichtigen Jugend und eine geeignetere Grundlage für Vergleiche bieten.

jahr im ausgeglichenen österreichischen (und ungarischen) Altersaufbaue schwächer besetzt war als das 20.

In den zwischen 1870 und 1912 liegenden Jahren lassen die Zahlen, entprechend der Zunahme der Bevölkerung und dem Wachsen der Geburtenzahlen, ein allmähliches, nur durch die Zufälligkeiten in diesen letzteren Zahlen bisweilen unterbrochenes Ansteigen bemerken. Die einschneidenden gesetzlichen Änderungen von 1882 auf 1883 (teilweise Heranziehung einer vierten Altersklasse) und von 1888 auf 1889 (Rückkehr zu drei Altersklassen bei Hinaufsetzung des stellungspflichtigen Alters) kommen in den Zahlen deutlich zum Ausdrucke. Die auffallende Einkerbung im Jahre 1889 ist darauf zurückzuführen, daß in diesem Jahre die gleichen Altersklassen zur Stellung kamen wie im Vorjahre. Von dem zeitweiligen Rückgange der Stellungspflichtigen des ersten Altersjahrganges zu Beginn der 90er Jahre soll noch die Rede sein.

Eine ähnliche Entwicklung wie in der Summe Österreich-Ungarn hat die Zahl der Stellungspflichtigen in Österreich und Ungarn genommen. Es sind in Österreich die Stellungspflichtigen der ersten drei Jahrgänge von 1870—1912 von 406 996 auf 593 520 oder um 45,8 Proz., jene der ersten Altersklasse von 188 297 auf 268 608 oder um 42,7 Proz. gestiegen, in Ungarn die Stellungspflichtigen der ersten drei Altersklassen von 290 558 auf 429 855 oder um 47 Proz., jene der ersten Altersklasse von 143 274 auf 196 633 oder um 37,2 Proz.

Es mag hier nicht unangebracht sein, einige Zahlen der Bevölkerungsstatistik zum Vergleiche mit den Stellungszahlen heranzuziehen, wobei sich uns die Möglichkeiten weiterer Einblicke eröffnen. Wir wollen uns dabei, wie oft auch im folgenden, auf die uns näherliegenden (alt)österreichischen Verhältnisse beschränken und überlassen es dem Sonderinteresse des Lesers, diese Vergleiche weiter auszubauen. Wir werden die Zahlen der Stellungspflichtigen der ersten Altersklasse mit der Besetzung der betreffenden Altersstufe nach den einzelnen Volkszählungen, dann mit den seinerzeitigen Geburtenzahlen in Verbindung bringen und nachprüfen, wie sich die Zahl der tatsächlich verzeichneten Stellungspflichtigen zur Zahl der erwartungsgemäß Überlebenden verhält.

2. Stellungspflichtige und anwesende Bevölkerung.

Übersicht 1.

Vergleich der in Österreich heimatzuständigen Stellungspflichtigen und der zur Stellung Erschienenen mit der anwesenden männlichen Bevölkerung des gleichen Geburtsjahrganges:

Volkszählungsjahr	Geburtsjahrgang	Verzeichnete Stellungspflichtige	Zur Stellung Erschienene	Anwesende männliche Bevölkerung ohne Ausländer [1]	Gesamtzahl d. im nebenstehenden Jahre über See Ausgewanderten
		des nebenstehenden Geburtsjahrganges			
1910	1889	256 520	217 821	233 335	141 865
1900	1879	240 164	222 166	227 829	62 605
1890	1869	213 189	200 871	206 783	38 069
1880	1860	197 739	173 449	187 568	19 873
1870 (1869)	1850	188 297	145 761	181 252	6 000

Der Vergleich der Stellungspflichtigen und der anwesenden einheimischen Bevölkerung der jeweiligen ersten Altersklasse ergibt durchwegs Unterschiede zugunsten der Stellungspflichtigen. Dies erklärt sich daraus, daß die Zahl der Stellungspflichtigen mit den auf dem Heimatboden Anwesenden nicht erschöpft war, sondern daß auch die im Auslande Weilenden in der Stellungspflicht verblieben, sofern sie nicht die österreichische Staatsbürgerschaft ablegten. Doch weist der Überschuß der Stellungspflichtigen über die anwesende männliche Bevölkerung in den einzelnen Jahren beträchtliche Verschiedenheiten auf. Er betrug

im	Jahre	1870	7 045	oder	3,9	Proz.	der	anwesenden	einheimischen	Bevölkerung
„	„	1880	10 171	„	5,4	„	„	„	„	„
„	„	1890	6 406	„	3,1	„	„	„	„	„
„	„	1900	12 335	„	5,4	„	„	„	„	„
„	„	1910	23 185	„	9,9	„	„	„	„	„

Die Jahre sind, bestimmt durch den Zeitpunkt der Volkszählung, aus der gesamten Reihe herausgegriffen. Die Zahlen lassen aber trotzdem die Hauptzüge der Entwicklung in dieser Zeit hervortreten: Zunächst ein Auseinandergehen der beiden Reihen

[1] Die entsprechenden Zahlen mit Ausländern lauten: 239 604, 233 241, 212 118, 192 336 und 184 924 (d. i. die Zahl der 19jährigen nach der Volkszählung von 1869, der Sterblichkeitsabschlag auf das Jahr 1870 betrug 810). Die Zahlen der männlichen 21(20)jährigen Ausländer mußten geschätzt werden, da die österreichische Volkszählung die Ausländer nur in 10jährigen Altersgruppen ausweist.

im Jahre 1880, dann eine starke Annäherung im Jahre 1890, darauf wieder ein immer weitergehendes Auseinandergehen. Diese Widersprüche in der Entwicklung lassen erkennen, daß außer der wachsenden Auswanderung, mit der die Entwicklung offenbar im engsten Zusammenhange steht, noch eine zweite Ursache wirksam sein mußte: Es spielt die in der Einleitung erwähnte Art der Führung der Stellungslisten und ihre grundsätzliche Änderung im Jahre 1889 mit eine Rolle. Bis zum Jahre 1889 waren die mit Erlaubnis Ausgewanderten nicht in die Stellungslisten aufzunehmen. Mit Abnahme der ohne Bewilligung Ausgewanderten und mit Zunahme der Genauigkeit in der Führung der Stellungslisten mußte eine Annäherung der ausgewiesenen Stellungspflichtigen an die anwesende einheimische männliche Bevölkerung stellungspflichtigen Alters erfolgen. Vom Jahre 1889 dagegen enthielten die Stellungslisten alle mit oder ohne Bewilligung Ausgewanderten, insoweit sie die österreichische Staatsbürgerschaft behielten. Es mußte daher die jährlich wachsende Zahl der Auswanderer zu einem immer weiteren Unterschiede zwischen den beiden Zahlenreihen führen. Von der aus dem Rahmen der so erklärten Entwicklung herausfallenden Zahl des Jahres 1880 soll im folgenden noch die Rede sein.

3. Stellungspflichtige und seinerzeitige Geburtenzahl. Noch viel deutlicher und eingehender ist die Bewegung der Stellungspflichtigenzahlen in ihrem Verhältnisse zu den der seinerzeit geborenen Knaben ausgeprägt.

(Siehe Übersicht 2 S. 210 u. 211.)

Es ist klar, daß diese beiden Reihen eine weitgehende Anpassung zeigen müssen, da die Stellungspflichtigen jeweils aus der zugehörigen Zahl der Geborenen hervorgegangen sind und alle diejenigen wirtschaftlichen und sonstigen Einflüsse, die einst die Geburten höhersteigen oder tiefersinken ließen, auch noch in der nach 20 oder 21 Jahren vorhandenen Zahl der Stellungspflichtigen sich widerspiegeln müssen. In der Tat finden wir zwischen den beiden Reihen eine große Übereinstimmung. Dem tiefen Einschnitte in der Geburtenkurve im Jahre 1855 entspricht ein nahezu ebenso tiefer Einschnitt der Stellungspflichtigenkurve im Jahre 1875, dem Gipfelpunkte der Geburten von 1859 entspricht der Gipfelpunkt von 1879 usw. Diese Gleichläufigkeit kann nur aus drei Gründen gestört sein: Durch Verschiedenheit der Sterblichkeit oder der Abwanderung innerhalb der einzelnen Jahre oder — bei der wahrscheinlich einwandfreien, da einfachen Verzeichnung der Geburten

Übersicht 2.

Die männlichen Lebendgeborenen und die von ihnen verbliebenen Stellungspflichtigen in Österreich in den Jahren 1870—1912.

Stellungsjahr der ersten Altersklasse (Geburtsjahrgang).	Männliche Lebendgeborene	Verzeichnete Stellungspflichtige	Ausgeglichene Reihe (1870 = 100) der Lebendgeborenen	Ausgeglichene Reihe (1870 = 100) der Stellungspflichtigen	Unterschied der ausgeglichenen Reihe Sp. 4 und Sp. 5	Auf je 100 Lebendgeborene des nebenstehenden Jahrganges entfielen: erwartungsmäßig Überlebende	Auf je 100 Lebendgeborene des nebenstehenden Jahrganges entfielen: verzeichnete Stellungspflichtige	Auf je 100 Lebendgeborene des nebenstehenden Jahrganges entfielen: zur Stellung Erschienene	Im nebenstehenden Stellungsjahr wanderten aus über See ††)
	des nebenstehenden Geburtsjahrganges								
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
1870 (1850)	356 297	188 297	100,00	100,00	—		52,9	40,9	—
1871 (1851)	355 229	190 409	101,35	100,68	0,67		53,6	42,3	6 169
1872 (1852)	344 488	180 369	102,69	101,37	1,32		52,4	42,0	6 099
1873 (1853)	342 744	187 452	104,01	102,09	1,92	**)	54,7	44,7	6 927
1874 (1854)	336 090	175 918	105,31	102,82	2,49	52,3	52,3	43,1	5 873
1875 (1855)	296 765	168 204	106,58	103,57	3,01		56,7	47,9	10 012
1876 (1856)	336 841	189 745	107,84	104,34	3,50		56,3	48,1	9 259
1877 (1857)	373 374	208 619	109,07	105,13	3,94		55,9	48,0	5 877
1878 (1858)	374 763	205 729	110,28	105,93	4,35		54,9	47,6	5 554
1879 (1859)	388 025	212 800	111,48	106,75	4,73		54,8	47,6	7 395
1880 (1860)	368 019	197 739	112,65	107,59	5,06		53,7	47,1	19 873
1881 (1861)	364 541	194 944	113,80	108,45	5,35		53,5	46,8	24 259
1882 (1862)	374 611	198 658	114,94	109,32	5,62		53,0	46,7	17 071
1883 (1863)	402 536	209 083	116,05	110,22	5,83		51,9	48,6	18 851
1884 (1864)	407 406	211 305	117,14	111,13	6,01		51,9	48,5	21 558
1885 (1865)	384 813	201 831	118,21	112,06	6,15		52,4	48,9	22 325
1886 (1866)	384 792	203 122	119,27	113,01	6,26		52,8	49,7	19 803
1887 (1867)	374 937	204 582	120,29	113,97	6,32		54,6	52,3	26 358
1888 (1868)	390 054	207 065	121,31	114,95	6,36		53,1	50,9	30 969
1889 (1868)	390 054	169 368	*)	*)	*)		43,4	40,9	29 635

1890 (1869)	409 606	213 189	122,29	115,95	6,34		52,0	49,0	38 069
1891 (1870)	416 202	210 351	123,27	116,96	6,31		50,5	47,3	48 470
1892 (1871)	413 368	206 799	124,21	118,00	6,21		50,0	47,0	50 273
1893 (1872)	418 011	205 720	125,14	119,05	6,09		49,2	46,3	48 839
1894 (1873)	426 697	218 871	126,05	120,12	5,93		51,3	48,3	18 805
1895 (1874)	428 087	225 271	126,94	121,21	5,73		52,6	49,5	46 344
1896 (1875)	433 216	229 476	127,80	122,32	5,48	***)	53,0	49,7	47 655
1897 (1876)	439 661	231 154	128,65	123,44	5,21	59,1	52,6	49,0	26 722
1898 (1877)	427 748	228 427	129,48	124,58	4,90		53,4	50,0	33 945
1899 (1878)	428 046	231 870	130,29	125,74	4,55		54,2	50,6	55 598
1900 (1879)	440 081	240 164	131,06	126,92	4,14		54,6	50,5	62 605
1901 (1880)	426 106	230 047	131,83	128,12	3,71		54,0	49,7	65 083
1902 (1881)	428 922	232 551	132,57	129,33	3,24	†)	54,2	49,9	93 687
1903 (1882)	449 882	243 219	133,30	130,56	2,74	62,7	54,1	49,0	102 634
1904 (1883)	441 869	242 282	134,00	131,80	2,20		54,8	49,1	79 017
1905 (1884)	450 953	244 887	134,69	133,07	1,62		54,3	48,6	123 756
1906 (1885)	442 793	243 177	135,35	134,35	1,00		54,9	48,6	136 414
1907 (1886)	451 646	248 014	135,99	135,66	0,33		54,9	47,9	177 653
1908 (1887)	456 317	255 753	136,61	136,98	—0,37	†)	56,0	47,2	58 323
1909 (1888)	457 644	254 416	137,21	138,31	—1,10	65,0	55,6	47,1	132 537
1910 (1889)	462 075	256 520	137,79	139,67	—1,88		55,5	47,1	141 865
1911 (1890)	447 647	249 295	138,36	141,04	—2,68		55,7	46,5	91 868
1912 (1891)	473 914	268 608	138,89	142,43	—3,54		56,7	48,2	131 227

*) Wurde bei der Ausgleichung ausgelassen, da hier der gleiche Geburtsjahrgang zur ersten Stellung gelangt ist wie im Jahre 1888.

**) Nach der österreichischen Statistik V. Bd. 3. Heft S. 80. Das Verfahren bei Berechnung dieser Absterbeordnung war nicht ganz einwandfrei, weshalb diese Zahl nur mit Vorsicht zu gebrauchen ist.

***) Berechnet nach der österreichischen Statistik LXV. Bd. 5. Heft S. 166.

†) " " " " Neue Folge, Bd. 1, 4. Heft „Österreichische Sterbetafeln" S. 14.

††) Bis zum Jahre 1878 nach den Aufzeichnungen der politischen Behörden (entnommen der Statistischen Monatsschrift VIII. Jahrgang S. 138), vom Jahre 1879 Zahlen der deutschen Hafenbehörden (entnommen: K. Englisch, „Die österreichische Auswanderungsstatistik" in der Statistischen Monatsschrift, Neue Folge, XVIII. Jahrgang, 1913).

— durch Ungleichmäßigkeiten in der Führung der Stellungslisten. Die ersten beiden Einflüsse bis ins einzelne zu verfolgen, ist weder Aufgabe dieser Darstellung, noch nach dem derzeitigen Stande unserer Bevölkerungsstatistik möglich. Gewisse Anhaltspunkte gewähren allerdings die in Übersicht 13 für die Geburtsjahrgänge 1891—1869 abgedruckten Zahlen über die Kindersterblichkeit im 1. Lebensjahre und die in Übersicht 2 Sp. 10 beigesetzten Zahlen der Auswanderer über See. Die leider nur für einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung stehenden Kindersterblichkeitszahlen geben insofern einen Maßstab ab, als die Kindersterblichkeitsfälle bis zu einem Jahre in Österreich mit ungefähr 60 Proz. aller bis zum 21. Lebensjahre vorkommenden Sterbefälle auch noch im Jahre 1910, um so mehr also in den früheren Jahren mit noch größerer Kindersterblichkeit für die Zahl der das 21. Lebensjahr Erlebenden bestimmend war. In der Tat, wenn wir die erwähnten Kindersterblichkeitszahlen mit den Verhältniszahlen der Stellungspflichtigen von den Geborenen (Spalte 8 der Übersicht 2) vergleichen, so finden wir in 15 von 22 Fällen ein Entsprechen der Bewegung, daß nämlich größere Kindersterblichkeit und kleinere Stellungspflichtigenzahl zusammentreffen und umgekehrt, in 7 Fällen ein Widersprechen. Der Einfluß des jahrgangsweisen Schwankens der Sterblichkeit ist also in den Stellungspflichtigenzahlen wohl ausgedrückt. Doch erscheinen die Abweichungen der Stellungspflichtigenzahlen von den Geburtenzahlen dadurch noch weitaus nicht erklärt. Denn während sich in den 7 Fällen des Widersprechens das Wirken anderer Ursachen andeutet, prägt es sich außerdem noch darin deutlich aus, daß die Kindersterblichkeit der betrachteten Zeit im allgemeinen unverändert blieb, die Zahl der ausgewiesenen Stellungspflichtigen dagegen bedeutend anwuchs.

Diese Bewegung läßt sich auch aus der zweiten möglichen Ursache, aus der Auswanderung, nicht erklären; im Gegenteil, sie steht mit der Richtung der Auswandererzahlen in vollem Widerspruche. Denn eine Vermehrung der Auswanderung würde an und für sich eine Verminderung der Stellungspflichtigen wahrscheinlich werden lassen. Wir sind daher auch hier — wie oben auf S. 208 beim Vergleiche der Stellungspflichtigen mit der anwesenden einheimischen männlichen Bevölkerung — auf die Frage der Führung der Stellungslisten gewiesen.

Wenn wir die in Spalte 8 der Übersicht 2 abgedruckten Verhältniszahlen der Stellungspflichtigen von den Geborenen betrachten, so ergibt sich von 1870—1912 eine ziemlich ausgeprägte Bewegung

in dem Sinne, daß die Verhältniszahlen von einem um 1876 liegenden Höhepunkte gegen die Mitte der Reihe hin sinken und sich dann wieder bis 1912 erheben. Noch deutlicher prägt sich diese Erscheinung aus, wenn wir die ausgeglichenen Reihen der Geborenen und Stellungspflichtigen, auf einen gemeinsamen Anfangspunkt erhoben, nebeneinanderstellen[1]) (Spalte 4, 5 und 6 der Übersicht 2). Es ergeben sich dann 2 Kurven, eine nach unten konkave, die der Geburten, und eine nach unten konvexe, die der Stellungspflichtigen. Die beiden Kurven verlaufen, wie die beigesetzten Differenzen (Spalte 6) anzeigen, von ihrem gemeinsamen Ausgangspunkte an in bis zum Jahre 1888 wachsenden Abständen, dann nähern sie sich einander wieder, schneiden sich zwischen dem Jahre 1907 und 1908 und verlaufen von da in immer zunehmender Entfernung. Die Umkehr vom Jahre 1888 auf 1890 — das Jahr 1889 mußte bei der Berechnung ausgeschaltet werden, da hier derselbe Geburtsjahrgang zur ersten Stellung kam wie im Jahre 1888 — läßt erkennen, daß diese Bewegung mit dem Gesetzgebungswerke vom Jahre 1889 zusammenhängt. Wir finden somit auch hier die oben beim Vergleiche mit der anwesenden Bevölkerung festgestellte Tatsache bestätigt, daß der Einfluß der Gesetzesänderung im Jahre 1889 sich in einer von da an über das Maß der Bevölkerungszunahme weit hinausragenden Zunahme der Stellungspflichtigen äußert, nachdem bis dahin die Zahl der letzteren verhältnismäßig immer weiter hinter der Bevölkerungszahl zurückgeblieben war. Der Einfluß der Gesetzesänderung kommt somit übrigens noch in einer anderen Erscheinung zum Ausdrucke. Wenn wir die unausgeglichenen Reihen der Geburten und Stellungspflichtigen auf Gleichläufigkeit oder Andersläufigkeit der Bewegung gegenüber dem Vorjahre prüfen, so finden wir, daß sich die Abweichungen in der ersten Zeit nach Gesetzesänderungen (1868, 1882, 1889) häufen.[2]) Es ist somit der die Verwaltungspraxis verwirrende Einfluß der neuen Bestimmungen deutlich zu erkennen.

Im Zusammenhange damit mag es auch stehen, daß die Gesetzesänderung, deren Wirkung in der ausgeglichenen, von menschlichen Zufälligkeiten befreiten Reihe richtig mit dem Erscheinen des Gesetzes zu bemerken ist, in den die goldene altösterreichische

---

[1]) Die Ausgleichung erfolgte nach der Methode der kleinsten Quadrate unter Zugrundelegung einer Kurve 2. Grades, $y = a + bx + cx^2$, die jedenfalls den Gesamtverlauf der beiden Reihen gut erkennen läßt.

[2]) Es laufen die Jahre 1870/71, 1872/73, 1877/78, 1885/86, 1886/87, 1890/91, 1892/93 und 1909/10 auseinander.

Wirklichkeit abspiegelnden unausgeglichenen Zahlen erst vom Jahre 1894 an zum Vorscheine kommt.

Abgesehen von jener besonderen Lagerung der Abweichungen erfahren wir aus ihnen noch ein Weiteres. Es entfielen

auf den Zeitraum	1870/79	3	Abweichungen
„ „ „	1880/89	3	„
„ „ „	1890/99	2	„
„ „ „	1900/12	1	Abweichung

Da wir die Ursachen der Abweichungen mit großer Wahrscheinlichkeit in der mangelhaften Verfassung der Stellungslisten zu suchen haben, so folgt aus dieser Abnahme im Laufe der Zeit die Annahme einer Besserung der Stellungslisten, wie sie auch nach jahrzehntelangem Einleben der Einrichtung zu erwarten ist.

4. Stellungspflichtige und erwartungsmäßig Vorhandene. Weitere sehr wichtige Aufschlüsse über die Führung der Stellungslisten geben uns die in Spalte 7 der Übersicht 2 beigefügten Zahlen der nach den jeweiligen österreichischen Absterbeordnungen erwartungsmäßig vorhandenen 20(21)Jährigen. Hierbei ist zu bemerken, daß die Zahl der in den 70er bis 80er Jahren erwartungsmäßig Vorhandenen (52,3 Proz. der seinerzeit Geborenen) auf einer theoretisch nicht ganz einwandfreien Grundlage berechnet worden ist. Nach der allgemeinen Bewegung der Sterblichkeit und nach derjenigen der Kindersterblichkeit in dem betrachteten Zeitraume würde die fragliche Zahl allerdings nicht ganz unglaubwürdig scheinen.[1])

Ist aber die in Frage gestellte Zahl der erwartungsmäßig Vorhandenen richtig, dann sind die entsprechenden Zahlen der Stellungspflichtigen zu hoch, was sich nur aus Doppelzählungen erklären ließe, die bei dem unzweckmäßigen Herstellungsverfahren der Stellungslisten gewiß reichlich vorgekommen sein mögen. Damit wäre auch das verhältnismäßige Anwachsen der Stellungspflichtigenzahlen in der ersten Zeit der Gesetzesgeltung bis zum Jahre 1876

[1]) Es entfielen in Österreich

Zeitraum	Gestorbene auf 1000 der Bevölkerung überhaupt	Gestorbene auf 1000 der Bevölkerung unter einem Jahr	Überlebende des 21. Jahres von 100 Geborenen
1871—1880	31,87 (136)	10,10 (139)	51,9 (80)
1891—1900	26,78 (115)	8,82 (122)	59,1 (91)
1900—1910	23,35 (100)	7,25 (100)	65,0 (100)

Darnach wäre die Zahl der im Zeitraume 1871—1880 das 21. Lebensjahr Erlebenden als eher etwas zu hoch anzunehmen.

begründet. Die darauf bis zur Gesetzesänderung vom Jahre 1889 folgenden Abnahmen wären dann, außer mit der zunehmenden Auswanderung, auch noch mit der fortschreitenden Berichtigung der Listen zu erklären. Aber auch dann waren die Stellungslisten eine unheilbare Sache, wie die Nebeneinanderstellung der Stellungspflichtigenzahlen und derjenigen der erwartungsmäßig Vorhandenen für die Zeit vom Jahre 1895 aufwärts erkennen läßt. Es blieben nämlich, als das Gesetz vom Jahre 1889 den Kreis der zu verzeichnenden Stellungspflichtigen weiter zog, die Zahlen trotz der bereits erwähnten großen Zunahme noch weit hinter der Zahl der erwartungsmäßig Vorhandenen zurück. Die Stellungslisten waren, wie der wachsende Abstand zwischen den auf 100 Geborene entfallenden Stellungspflichtigen und den erwartungsmäßig Überlebenden erkennen läßt, in zunehmendem Maße davon entfernt, ein richtiges Bild von den im In- und Auslande weilenden Stellungspflichtigen zu geben.

Es folgt daraus einerseits, daß das verwickelte System der Erfassung der Stellungspflichtigen nach der Heimatzugehörigkeit in Österreich sich in der Praxis keineswegs bewährt hat, eine Erkenntnis, die zwar infolge der Geheimhaltung der Wehrstatistik heute zu spät kommt, für die Theorie der Wehrpolitik aller Zeiten und Länder aber ihre Geltung behält. Ein Wehrsystem muß einfach sein, besonders auch in Ländern, in denen die Rückständigkeit der allgemeinen Schulbildung den Wert der Mitarbeit der niedersten örtlichen Behörden fraglich erscheinen läßt. Verwickeltheiten nach der Art der altösterreichischen Stellungslistenverfassung müssen zu Schädigungen der Wehrmacht führen.

5. Die Stellungsflucht. Man war in Österreich-Ungarn also nicht in der Lage, einwandfreie Stellungslisten herzustellen. Man war daher auch nicht in der Lage, die Stellungsflucht erfolgreich zu bekämpfen. Damit treten wir in einen in seiner Gänze für die Wehr- und Volkskraft bedenklichen Abschnitt ein: In die Frage der Erfüllung der Stellungspflicht (Tafel I im Anhang, Sp. 4, 5 und 8). Bei Betrachtung der Zahlen über die zur Stellung Erschienenen und Nichterschienenen ist vor allem festzuhalten, daß das Maß der Stellungsflucht mangels Vollständigkeit der Stellungslisten in den Zahlen der Nichterschienenen noch nicht voll zum Ausdrucke kommt. Es ist ferner zu beachten, daß

das Nichterscheinen je nach dem Stande der wiederholt geänderten gesetzlichen Vorschriften eine verschiedene Bedeutung haben konnte.

Wenn wir zunächst über die Entwicklung der Stellungsflucht in Österreich einen Gesamtüberblick werfen (Tafel I, Sp. 8), so ergibt sich ein stetiger Verlauf der Zahlen in dem Sinne, daß sie von einem Höhepunkte zur Mitte hin abnehmen und dann wieder zu einem Höhepunkte ansteigen. Wir heben im folgenden die Marksteine der Entwicklung heraus:

Von der 1. Altersklasse[1]) waren zur Stellung nicht erschienen:

Jahr	absolute Zahl	Auf je 100 der Stellungspflichtigen der ersten Altersklasse
1870	42,536	22,6
1887	8,378	4,1
1911	41,324	16,6

Die Reihe läßt in ihrer ersten Hälfte die zunehmende, in ihrer zweiten Hälfte die abnehmende Strenge der jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen über die Stellungspflicht und ihrer Handhabung erkennen. Wegen der Verschiedenheit dieser gesetzlichen Bestimmungen ist auch die Bedeutung der beiderseitigen Zahlen verschieden. Vom Jahre 1870 bis zum Jahre 1888 galten, wie in der Einleitung erwähnt, die „zeitlichen Befreiungen". Diese sind mit der Wirksamkeit des Wehrgesetzes vom Jahre 1889 verschwunden. Welche Bedeutung sie für die Zahl der nicht zur Stellung Erschienenen hatten, geht aus der Übersicht 3 hervor.

(Übersicht 3 siehe nächste Seite.)

Die zeitlichen Befreiungen, die auf der Unentbehrlichkeit des Stellungspflichtigen für die Erhaltung seiner nächsten Angehörigen beruhten und an deren Stelle im Jahre 1889 die Einreihung dieser Stellungspflichtigen in die Ersatzreserve trat, nahmen unter den Gründen des Nichterscheinens im Jahre 1870 die erste Stelle ein; denn die wegen zeitlicher Befreiungen Nichterschienenen beliefen sich auf 20257 oder 47,63 Proz. der Nichterschienenen. An zweiter Stelle standen mit 18733 oder 44,04 Proz. die ohne Bewilligung Abwesenden. In den folgenden Jahren nahmen diese beiden Gruppen ab, die erstere aber viel stärker als

[1]) Die ganze Betrachtung kann richtig nur an den Nichterschienenen der ersten Altersklasse durchgeführt werden. Denn da die Zahl der Stellungspflichtigen infolge der alljährlichen Entnahme von Tauglichen in den höheren Altersklassen stark abnimmt, die der Nichterschienenen aber nahezu stetig bleibt, ergibt sich sowohl für die höheren Altersklassen als auch für den Durchschnitt eine der Wirklicheit nicht entsprechende, zu hohe Verhältniszahl.

Übersicht 3.

Die Gründe des Nichterscheinens zur Stellung in den Jahren 1870—1888.

Jahr	Von der Stellung zeitlich Befreite	Wegen Krankheit Abwesende	Wegen Strafhaft oder strafgerichtlicher Untersuchung Abwesende	Mit Bewilligung Abwesende	Ohne Bewilligung Abwesende	Nichterschienene insgesamt
			a) absolute Zahlen.			
1870	20,257	504	285	2,757	18,733	42,536
1871	20,456	517	269	2,753	16,038	40,033
1872	18,617	495	292	2,348	14,055	35,807
1873	16,796	558	298	2,620	13,832	34,104
1874	13,500	463	297	2,240	14,408	30,908
1875	11,243	362	283	2,016	12,204	26,108
1876	11,386	433	306	2,175	13,436	27,736
1877	11,487	337	389	2,610	14,642	29,515
1878	9,815	396	338	2,526	14,434	27,509
1879	9,679	396	320	2,157	15,525	28,077
1880	7,963	480	321	2,753	12,773	24,290
1881	7,103	500	298	2,548	13,855	24,304
1882	7,322	439	329	3,201	12,562	23,853
1883	7,074		Sonst Abwesende	6,463		13,537
1884	6,792		„ „	6,761		13,553
1885	6,600		„ „	7,011		13,611
1886	6,198		„ „	5,739		11,937
1887	1,924		„ „	6,454		8,378
1888	1,619		„ „	7,023		8,642
			b) Prozente von allen Nichterschienenen.			
1870	47,63	1,18	0,67	6,48	44,04	
1871	51,10	1,29	0,67	6,88	40,06	
1872	52,00	1,38	0,82	6,56	39,24	
1873	49,25	1,64	0,87	7,68	40,56	
1874	43,68	1,50	0,96	7,24	46,62	
1875	43,06	1,39	1,08	7,72	46,75	
1876	41,06	1,56	1,10	7,84	48,44	
1877	38,92	1,31	1,32	8,84	49,61	
1878	35,68	1,44	1,23	9,18	52,47	
1879	34,48	1,41	1,14	7,68	55,29	
1880	32,78	1,98	1,32	11,33	52,59	
1881	29,23	2,06	1,23	10,48	57,00	
1882	30,70	1,84	1,38	13,42	52,66	
1883	52,26		Sonst Abwesende	47,74		
1884	50,11		„ „	49,89		
1885	48,49		„ „	51,51		
1886	51,92		„ „	48,08		
1887	22,97		„ „	77,03		
1888	18,73		„ „	81,27		

die zweite, so daß im Jahre 1882 die Zahl der zeitlich Befreiten auf 7322 oder 30,70 Proz., im Jahre 1888 gar auf nur 1619 oder 18,73 Proz. der Nichterschienenen herabgesunken war. Dagegen sind die ohne Bewilligung Abwesenden im Jahre 1882, bis zu dem

wir sie gesondert ausgewiesen vorfinden, nur auf 12562 Stellungspflichtige zurückgegangen, was infolge der Verschiebung der Stellung der einzelnen Gruppen untereinander ein Anwachsen der Verhältniszahl auf 52,66 Proz. bedeutet. Die „mit Bewilligung Abwesenden“ sind nicht zu verwechseln mit den überhaupt nicht in die Stellungslisten aufzunehmenden „mit Bewilligung Ausgewanderten“, während die „ohne Bewilligung Abwesenden“ neben solchen, die in der Heimat verblieben und der Stellung unbefugt ferngeblieben sind, auch die „ohne Bewilligung Ausgewanderten“ enthält. Die Zunahme der einen und Abnahme der anderen Zahlenreihe steht offenbar bis zu einem gewissen Maße in einem inneren Zusammenhange und ist in dem Einleben der Stellungsvorschriften begründet. Der Rückgang der Zahlen der Nichterschienenen ist also vor allem auf die Abnahme der zeitlichen Befreiungen zurückzuführen, das Ansteigen in der 2. Hälfte der Reihe dagegen ist nur verursacht durch unbefugtes Fernbleiben von der Stellung, sei es, daß sich Daheimgebliebene der Stellung zu entziehen wußten, sei es, daß sie ausgewandert waren.

Es wird hier vor allem von Interesse sein, zwischen denjenigen zu scheiden, die sich der Stellungspflicht durch Auswanderung entzogen hatten und denjenigen, die sich ihr in der Heimat zu entziehen wußten. Die Zahl der letzteren entnehmen wir einem Vergleiche der zur Stellung Erschienenen und der anwesenden männlichen Bevölkerung des gleichen Jahrganges in Übersicht 1 auf S. 208. In Verbindung mit Übersicht 3 ergibt sich dann die Zahl der befugt Abwesenden und die der unbefugt in der Heimat und in der Fremde Abwesenden.

Jahr	Von der anwesenden 21jährigen männlichen Bevölkerung nicht zur Stellung erschienen	Davon befugt abwesend	Unbefugt in der Heimat abwesend	Daher unbefugt im Auslande abwesend
1870	35 491	23 803	11 688	7 045
1880	14 119	11 517	2 602	10 171
1890	55 912	—	5 912	(6 406) ?
1900	5 663	—	5 663	12 335
1910	15 514	—	15 514	23 185

Es ergibt sich auch hier zuerst eine Abnahme der in der Heimat weilenden Abwesenden, der dann eine Zunahme folgt. Die Abwesenden der Jahre 1870 und 1880 setzen sich zum größten Teile aus befugt Abwesenden zusammen. Das unbefugte Fernbleiben der anwesenden Bevölkerung ist von 1870 auf 1880 scharf zurückgegangen, in neuerer Zeit aber wieder beträchtlich an-

gestiegen. Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß in Österreich im Jahre 1910 15514 in der Heimat weilende Stellungspflichtige, d. i. 7,1 Proz. aller, sich der Stellungspflicht entziehen konnten. Örtlich kann diese Zahl leider nicht weiter zergliedert werden, da die Stellungspflicht auf der Heimatberechtigung aufgebaut, die 21jährige Bevölkerung aber bei der Volkszählung nach der Anwesenheit gezählt ist.

Die Zahlen der im Auslande Abwesenden wachsen weitaus nicht in dem Maße, wie es die Auswanderungszahlen (Übersicht 2 Sp. 10) vermuten lassen würden. Wir finden hier ebensowohl durch das Gesamtbild, als durch die unwahrscheinliche Störung des der Gesetzesänderung von 1889 folgenden Jahres 1890 die eben festgestellte Tatsache bestätigt, daß die Stellungslisten in neuerer Zeit die Zahl der ausgewanderten Stellungspflichtigen weitaus nicht vollständig zu erfassen imstande waren, wie andererseits die hohe Zahl der unbefugt im Auslande Abwesenden des Jahres 1880 zum Teile darin ihre Erklärung finden kann, daß in diesem Jahre die Stellungslisten noch mehr Stellungspflichtige ausgewiesen haben könnten, als nach der österreichischen Absterbeordnung zu erwarten waren (53,7 Proz. Stellungspflichtige gegenüber ungefähr 52,3 Proz. der Überlebenden, Sp. 7 und 8 der Übersicht 2).

6. Die Erfüllung der Stellungspflicht in örtlicher Darstellung.

(Siehe Übersicht 4 auf der nächsten Seite.)

In Übersicht 4 wird die Zahl der Stellungspflichtigen und das Ausmaß der Erfüllung der Stellungspflicht für (Alt-) Österreich nach Kronländern, für Ungarn nach Militärterritorialbereichen betrachtet. Was nun (Alt-) Österreich betrifft, so läßt ein Vergleich der Stellungspflichtigen des ersten Altersjahrganges (Spalte 3) und der berechneten anwesenden Bevölkerung des gleichen Jahrganges (Spalte 4) beträchtliche Abweichungen erkennen, je nachdem das betrachtete Kronland ein Zuwanderungs- oder Abwanderungsgebiet war, also mehr oder weniger Bevölkerung beherbergte als dorthin heimatzuständig war. Ersteres finden wir bei den deutschen Alpenländern mit der schwachen Ausnahme von Kärnten zutreffend, letzteres besonders bei den durch ihre starke Auswanderung bekannten Sudetenländern, Galizien, der Bukowina und Dalmatien.

Soweit sich diese Wanderbewegungen nicht auf dem Boden von Österreich abspielten, sondern auch in das Ausland reichten, spiegeln sie sich als Hauptbestimmungsgründe des Nichterscheinens auch in den Zahlen der Spalten 6 und 9 wider: Wir finden die Stellungsflucht in den deutschen Alpenländern verhältnis-

Übersicht 4.

Die Stellungspflichtigen und die zur Stellung Erschienenen in Österreich (nach Kronländern) und in Ungarn (nach Militärterritorialbezirken im Jahre 1912).

Kronland (Militärterritorialbezirk)	In den Stellungslisten verzeichnete Stellungspflichtige		Nach der Volkszählung berechnete anwesende männliche Bevölkerung des 1. Altersjahrganges	Von den Stellungspflichtigen der 1. Altersklassen sind		Von je 100		
	der ersten 3 Altersjahrgänge	des ersten Altersjahrganges		erschienen	nicht erschienen	Stellungspflichtigen	Erschienenen	Stellungspflichtigen der 1. Altersklasse sind beid. Stellung nicht erschienen
						der 1. Altersklasse der Gesamtmonarchie entfielen auf das betrachtete Staatsgebiet		
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
				Österreich.				
Nieder-Österreich	49 645	22 716	26 830	22 139	577	4,7	5,4	2,5
Ober-Österreich	14 658	7 387	7 922	7 247	140	1,5	1,8	1,9
Salzburg	3 304	1 555	1 749	1 522	33	0,3	0,4	2,1
Steiermark	25 766	12 006	12 931	11 494	512	2,5	2,8	4,3
Kärnten	8 164	3 683	3 639	3 512	171	0,8	0,9	4,6
Tirol u. Vorarlberg	18 401	9 227	9 362	8 395	832	1,9	2,0	9,0
Krain	12 899	5 620	5 031	4 393	1 227	1,2	1,1	21,8
Küstenland	15 244	7 105	7 010	6 289	816	1,5	1,5	11,5
Böhmen	141 195	67 074	58 900	64 145	2 929	13,9	15,6	4,4
Mähren	51 940	25 339	22 952	24 001	1 338	5,2	5,8	5,3
Schlesien	14 806	7 009	6 105	6 652	357	1,4	1,6	5,1
Galizien	203 278	84 954	66 610	57 764	27 190	17,6	14,1	32,0
Bukowina	19 137	7 968	6 518	5 962	2 006	1,7	1,4	25,2
Dalmatien	15 083	6 965	5 317	4 922	2 043	1,4	1,2	29,3
Summe	593 520	268 608	240 876	228 437	40 171	55,6	55,6	15,0
				Ungarn.				
Budapest	72 226	35 530	36 404	33 162	2 368	7,4	8,1	6,7
Pozsony	79 926	36 179	26 493	30 803	5 376	7,5	7,5	14,9
Kassa	92 700	40 015	26 722	29 883	10 132	8,3	7,3	25,3
Temesvar	68 525	32 992	27 849	30 292	2 700	6,8	7,4	8,2
Nagyszeben	62 292	28 561	24 938	25 159	3 402	5,9	6,1	11,9
Zagreb	54 186	23 356	18 016	16 330	7 026	4,8	3,9	30,1
Summe	429 855	196 633	160 422	165 629	31 004	40,7	40,3	15,8

mäßig schwach, am stärksten in Tirol und Vorarlberg, mit 9,0 Proz. der Stellungspflichtigen, vorhanden. Am ärgsten betroffen erscheint Galizien mit 32,0 Proz., Dalmatien mit 29,3 Proz., die Bukowina mit 25,2 Proz. und Krain mit 21,8 Proz.

In ähnlicher Weise steht der den südslawischen Gebieten benachbarte Militärterritorialbereich Zagreb mit 30,1 Proz. Abwesenden und der den ostslawischen Gebieten Österreichs angrenzende Militärterritorialbezirk Kassa (Kaschau) mit 25,3 Proz. Abwesenden an der Spitze der ungarischen Militärterritorialbereiche.

Die örtliche Kenntnis der Stellungsflucht mag zum Schlusse noch durch folgendes Verzeichnis nach Ergänzungsbezirken er-

weitert werden, das nach der Größe der Zahlen für die Nichterschienenen geordnet ist.

Übersicht 5.

Die nicht zur Stellung Erschienenen der ersten Altersklasse der österreichisch-ungarischen Monarchie nach Ergänzungsbezirken im Durchschnitte der Jahre 1908—1912.

Erg.-Bez. (Korpsbereich)	Von je 100 Stellungspfl. sind bei der Stellung nicht erschienen
Österreich	
1. Rzeszow (Przemysl)	50,5
2. Sanok (Przemysl)	47,9
3. Jaroslau (Przemysl)	47,0
4. Tarnow (Krakau)	46,4
5. Der zum Ldw.-Erg.-Bez. Castelnuovo gehörige Stellungsbezirk (Ragusa)	46,2
6. Neusandec (Krakau)	40,1
7. Czortkow (Lemberg)	37,6
8. Przemysl (Przemysl)	34,3
9. Tarnopol (Lemberg)	32,3
10. Wadowice (Krakau)	29,3
11. Sinj (Ragusa)	27,9
12. Zloczow (Lemberg)	26,2
13. Laibach (Graz)	26,0
14. Brzezany (Lemberg)	25,9
15. Krakau (Krakau)	25,1
16. Grodek-Jagiellonski (Przemysl)	24,8
17. Kriegsmar.-Erg.-Bez. Sebenico (Ragusa)	22,6
18. Kolomea (Lemberg)	22,5
19. Sambor (Przemysl)	22,2
20. Stanislau (Lemberg)	21,5
21. Lemberg (Lemberg)	18,1
22. Czernowitz (Lemberg)	17,8
23. Stryj (Przemysl)	17,1
24. Trient (Innsbruck)	16,7
25. Triest (Graz)	15,8
26. Kiegsmar.-Erg.-Bez. Triest (Graz)	14,1
27. Kremsier (Wien)	10,0
28. Caslau (Leitmeritz)	10,0
29. Cilli (Graz)	9,9
30. Pisek (Prag)	9,9
31. Brixen (Innsbruck)	9.3
32. Teschen (Krakau)	7,1
33. Mährisch-Schönberg (Krakau)	6,6
34. Neuhaus (Prag)	6,6
35. Hohenmauth (Leitmeritz)	6,1
36. Klagenfurt (Graz)	5,9
37. Beraun (Prag)	5,9
38. Pilsen (Prag)	5,6
39. Troppau (Krakau)	5,5
40. Budweis (Prag)	5,5
41. Jungbunzlau (Leitmeritz)	5,5
42. Iglau (Wien)	5,1
43. Beneschau (Prag)	5,0
44. Znaim (Wien)	4,9
45. Innsbruck (Innsbruck)	4,8
46. Eger-Böhmen (Prag)	4,7
47. Königgrätz (Leitmeritz)	4,5
48. Olmütz (Krakau)	4,3
49. Wien A (Wien)	4,2
50. Brünn (Wien)	4,2
51. Prag (Prag)	4,1
52. Marburg (Graz)	4,0
53. Komotau (Leitmeritz)	3,6
54. Theresienstadt (Leitmeritz)	3,5
55. Turnau (Leitmeritz)	3,4
56. Wien B (Wien)	3,1
57. Jicin (Leitmeritz)	3,1
58. Graz (Graz)	3,0
59. St. Pölten (Wien)	2,6
60. Linz (Innsbruck)	2,6
61. Salzburg (Innsbruck)	2,4
Ungarn	
1. Otocac (Zagreb)	72,6
2. Ungvar (Kassa)	56,2
3. Karlovac (Zagreb)	53,4
4. Eperjes (Kassa)	50,4
5. Kriegsmar. - Erg. - Bez. Fiume (Zagreb)	46,0
6. Trencsen (Pozsony)	34,1
7. Nagyszeben (Nagyszeben)	29,5
8. Kassa (Kassa)	27,8
9. Munkacs (Kassa)	27,0
10. Maramarossziget (Kassa)	24,3
11. Pozsony (Pozsony)	21,2
12. Szombathely (Pozsony)	21,0
13. Zagreb (Zagreb)	20,8

Übersicht 5 (Fortsetzung).

Erg.-Bez. (Korpsbereich)	Von je 100 Stellungspfl. sind bei der Stellung nicht erschienen	Erg.-Bez. (Korpsbereich)	Von je 100 Stellungspfl. sind bei der Stellung nicht erschienen
14. Györ (Pozsony)	19,2	32. Eger-Ungarn (Kassa)	9,5
15. Temesvar (Temesvar)	19,1	33. Petrovaradin (Zagreb)	9,4
16. Bjelovar (Zagreb)	17,4	34. Zombor (Budapest)	9,2
17. Ujvidek (Budapest)	17,3	35. Karansebes (Temesvar)	8,6
18. Nagybecskerek (Temesvar)	16,6	36. Kaposvar (Budapest)	8,3
19. Gyulafehervar (Nagyszeben)	16,4	37. Szekesfehervar (Budapest)	8,3
20. Szatmar Nemeti (Kassa)	15,8	38. Besztersze (Nagyszeben)	7,5
21. Szaszvaros (Nagyszeben)	15,4	39. Esztergom (Pozsony)	7,3
22. Osijek (Zagreb)	14,2	40. Kolozsvar (Nagyszeben)	7,2
23. Szekelyudvarhely (Nagyszeben)	14,1	41. Bekescsaba (Temesvar)	7,0
24. Brasso (Nagyszeben)	13,9	42. Maros Varsahely (Nagyszeben)	6,8
25. Losoncz (Kassa)	13,2	43. Szeged (Temesvar)	6,7
26. Szabadka (Budapest)	12,8	44. Debreczen (Temesvar)	6,3
27. Nagykanizsa (Pozsony)	11,5	45. Nagy Varad (Temesvar)	6,3
28. Arad (Temesvar)	11,4	46. Budapest (Budapest)	4,7
29. Sopron (Pozsony)	10,8	47. Kecskemet (Budapest)	3,7
30. Pecs (Budapest)	10,3	48. Szolnok (Budapest)	2,4
31. Komarom (Pozsony)	10,1		

Der Spannraum der Verhältniszahlen der zur Stellung Nichterschienenen ist sehr weit. Abgesehen von dem ganz abseits liegenden Falle Otocac, wo nahezu $^3/_4$ der Stellungspflichtigen von der Stellung ferngeblieben sind, bewegen sich die Zahlen der Nichterschienenen zwischen 2,4 und 56,2 Proz. Es kommen hierin die ungeheuren Verschiedenheiten, die im Rahmen der ehemaligen Monarchie herrschten, recht augenfällig zum Ausdrucke.

Wenn wir die Reihe roh nach Volksstämmen gliedern, so finden wir an ihrer Spitze die ost- und südslawischen Völker der Monarchie, dann etwa die Slowaken, Rumänen, Italiener und Magyaren, gegen das Ende die Tschechen und ganz zum Schlusse die Deutschen. Es entspricht diese Reihenfolge im allgemeinen auch der kulturellen Entwicklungsstufe der betrachteten Völker, durch die erstere bestimmt wird. Denn die Kulturhöhe steht mit der Bevölkerungsvermehrung in umgekehrtem, mit der Ernährungsmöglichkeit in geradem Verhältnisse. So sind die Völker niederer Kulturstufen verurteilt, ihren sehr reichlichen Nachwuchs außer Landes zu schicken und die Völker hoher Kulturstufe imstande, ihre sich schwach vermehrende Bevölkerung und noch Zuwanderer zu ernähren. Es wäre aber verfehlt, aus hohen Einbußen an Stellungspflichtigen ungünstige Schlüsse auf die Wehrkraft der betreffenden Gebiete zu ziehen.

Im Gegenteil hat der Verlauf des Weltkrieges (Tschechoslowakische Legionen u. dgl.) gezeigt, welchen militärischen und politischen Wert solche abgezweigte Teile eines Volkes im Kriege für ihre Heimat haben können, wenn sie nur die völkische Gesinnung treu behalten und nicht, wie die Deutschen, sich beeilen, in der fremden Umgebung aufzugehen.[1]) Auch wird für diese Beurteilung der Einfluß der Kulturhöhe auf den Tauglichkeitsgrad der Bevölkerung maßgebend sein. Davon soll im nächsten Abschnitte mit die Rede sein.

III. Die Aushebungsergebnisse in Österreich-Ungarn in den Jahren 1870—1912.

1. Vorbemerkungen. Hat sich der vorausgehende Abschnitt mit der vorbereitenden Frage beschäftigen müssen, wieviel Stellungspflichtige die Bevölkerung zu verschiedenen Zeiten hervorgebracht hat und wieviel davon zur Stellung erschienen sind, so betreten wir mit diesem Abschnitte das wichtigste Gebiet der Heeresergänzungsstatistik, das nicht nur von wehrpolitischen, sondern von darüber noch weit hinausragenden allgemein volksgesundheitlichen Interessen getragene Gebiet der Aushebungsergebnisse. Sind doch die Zahlen der Tauglichkeitsstatistik eine der wichtigsten Erkenntnisquellen der körperlichen Tüchtigkeit der Bevölkerung und ihrer Entwicklung im Laufe der Jahre. Es handelt sich hier um die Erforschung von Tatsachen, die an das innerste Lebensmark des Volkes heranreichen, hauptsächlich um die von der Parteien Haß und Gunst getrübte Frage, inwieweit die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der neueren Zeit auf die körperliche Tüchtigkeit der Bevölkerung einen Einfluß genommen hat.

Auf dem Wege zur Lösung solcher Probleme wird allerdings nicht zu übersehen sein, daß die Ergebnisse der Aushebungsstatistik ihrer Bestimmung nach zunächst verwaltungsstatistischer Natur sind, d. h. zu dem Zwecke verfaßt sind, die Wirkung der jeweils geltenden Wehrbestimmungen zu prüfen. Es wird einer gewissen Mühe und insbesondere vieler Vorsicht bedürfen, um die Zahlen aus allen in ihrer ursprünglichen Bestimmung liegenden Betrachtungsstörungen herauszuschälen und in ihrem innersten Kerne zu erfassen.

Die wissenswertesten Daten über die Erfolge des Aushebungsgeschäftes in Österreich-Ungarn in der Zeit von 1870—1912 finden

---

[1]) Vgl. hierzu auch Winkler: „Die Totenverluste der österr.-ungarischen Monarchie nach Nationalitäten". Wien, Seidel & Sohn, 1919, S. 65.

wir, nach Staatgebieten getrennt, in Tafel II im Anhang ausgewiesen. Diese Zahlen sind durchwegs der jeweiligen Tabelle I der Militärstatistischen Jahrbücher entnommen.[1]) Vom Jahre 1888 rückwärts sind als waffenunfähig die Zurückgestellten des 3. (4.) Altersjahrganges gezählt (vgl. die Einleitung auf S. 204). Vom gleichen Jahre rückwärts tritt in der Reihe der waffenunfähig Befundenen, der als tauglich Gelöschten und der endgültig Abgefertigten, insofern eine kleine systematische Veränderung ein, als von diesem Jahre an in den Militärstatistischen Jahrbüchern nur die Ausgehobenen, nicht auch die anders Beurteilten der höheren Altersklassen ausgewiesen sind. Bei der Kleinheit der hier in Frage kommenden Zahlen werden die Ergebnisse in Tafel II kaum merklich beeinflußt.[2]) Unsere Darstellung besonders der Verhältniszahlen weicht von der der Militärstatistischen Jahrbücher darin grundsätzlich ab, daß wir sie nach endgültig Abgefertigten und nicht nach Erschienenen eingerichtet haben. Der Unterschied liegt in folgendem: Die Darstellung der Erschienenen berücksichtigt auch diejenigen, welche bei den früheren Stellungen

[1]) Und zwar entspricht im Jahre 1912

Sp.	2	Legendenpost	68, 69, 86
„	3	„	71
„	4	„	70, 73, 74, 84, 85
„	6	„	76
„	7	„	77
„	8	„	87, 88
„	9	„	89,

in den früheren Jahrgängen den diesen gleichbedeutenden Legendenposten. Beim Vergleiche mit den bei Schwiening a. a. O. S. 210 abgedruckten Zahlen ist zu beachten, daß sich die Schwiening'schen Zahlen nur auf die ersten drei Altersklassen beziehen und einer anderen Tabelle entnommen sind, deren Zahlen aus unaufgeklärten Gründen nicht ganz mit denen der Tabelle I übereinstimmen, und daß seine Zahlen und besonders seine Prozente die Berechnungsweise der Militärstatistischen Jahrbücher nach Erschienenen beibehalten, während wir in Tafel II die Berechnungsweise nach endgültig Abgefertigten zugrunde legen.

[2]) Im Jahre 1889 betrug in Österreich die Zahl der zur Stellung Erschienenen der höheren Altersklassen 1489, davon ausgehoben 696, waffenunfähig 746, als untauglich gelöscht 35. Bei Weglassung der Waffenunfähigen und Gelöschten würden sich unsere Zahlen folgendermaßen verändern: Statt der 61043 Waffenunfähigen 60297, statt der 3003 als untauglich Gelöschten 2968, statt der 157025 endgültig Abgefertigten 156244, daher statt der Prozente der Tauglichen, Waffenunfähigen und Gelöschten von 59,2, 38,9 und 1,9 würde stehen 59,5, 38,6, 1,9. Der Unterschied ist somit beträchtlich genug, um beachtet zu werden, aber nicht beträchtlich genug, um an und für sich ganz die Vergleichbarkeit der Zahlen vor und nach 1889 auszuschließen.

zurückgestellt worden sind. Nun gibt die Beziehung der Verhältniszahlen auf die Masse der Erschienenen ein verschobenes Bild, da unter ihnen teilweise die gleichen Individuen gezählt sind, die bereits im Vor- oder Vorvorjahre gezählt wurden, was in dem durch die alljährliche Wiederkehr dieser Erscheinung gerechtfertigten Niederschlage der zeitlich auseinanderliegenden Vorgänge auf ein Jahr eine teilweise Doppel- und Dreifach-Zählung ergibt. Dadurch werden die Zahlen der Tauglichen zu niedrig, die der Nichttauglichen zu hoch. Diese Verschiebung erfolgt aber nicht für alle Gebiete und Zeiten gleichmäßig, sondern je nach dem örtlich und zeitlich verschiedenen Grade der Zurückstellungen. So wird bei gleichgroßer Gesamtzahl der Tauglichen in einem Bezirke, in dem der überwiegende Teil der Ausgehobenen auf den ersten Altersjahrgang entfällt, wo also wenig Zurückstellungen stattfinden, die Zahl der Erschienenen kleiner, die Verhältniszahl der Tauglichen daher größer sein, als in einem Bezirke, wo das Hauptgewicht der Aushebungen auf die späteren Altersklassen fällt. Ähnlich läßt sich zeigen, daß die Berechnungsweise nach Erschienenen hohe Tauglichkeitszahlen noch höher, niedrige noch niedriger erscheinen läßt.[1]) Die Berechnungsweise nach endgültig Abgefertigten beseitigt die in der Berechnungsweise nach Erschienenen liegende Quelle der Verschiebung und Verzerrung, indem sie eine Größe, die endgültig Abgefertigten, zugrunde legt, die in allen Bezirken und zu allen Zeiten einheitlich bestimmt ist.

2. Überblick über die Entwicklung der Tauglichkeit in den Jahren 1870—1912. Wenn wir uns nun den Zahlen unserer Tafel II zuwenden, so finden wir den ganzen betrachteten Zeitraum von 1870—1912 in 4 Abteilungen zerlegt, die den Geltungsbereichen der 4 verschiedenen Wehrgesetze entsprechen: die Zeit vom Jahre 1870—1882, 1883—1888, 1889—1911 und 1912 (vgl. hierzu Abschnitt I, 3d dieser Abhandlung auf S. 202). Die zwischen diesen Abschnitten herrschenden gesetzgeberischen Verschiedenheiten sind auf das deutlichste ausgeprägt. Wenn wir zum Beispiele die Zahl der Ausgehobenen in Österreich in Spalte 5 verfolgen, so macht diese Zahl von 1882 auf 1883 infolge der teilweisen Musterung der 4. Altersklasse und Einführung der bedingt Tauglichen den Sprung von 60370 auf 79496, von 1888 auf 1890 — das Jahr 1889 wird besser außer acht gelassen, da hier die

[1]) Näheres darüber in einer demnächst erscheinenden Abhandlung des Verfassers „Statistische Ziffer (Koeffizient) und Wahrscheinlichkeit als Häufigkeitswerte“.

gleichen Altersklassen wie im Vorjahre durchgemustert wurden — infolge der Hinaufsetzung des stellungspflichtigen Alters von 20 auf 21 Jahre, der Einführung der Mindertauglichen und der Herabsetzung des Militärmaßes von 155,4 cm auf 153 cm den noch größeren Sprung von 90681 auf 117183 und vom Jahre 1911 auf das Jahr 1912 infolge noch weiterer Herabsetzung des Militärmaßes und weiterer Verschärfung der Bestimmungen den Sprung von 123241 auf 142630.[1]) Schon diese Verschiedenheiten in den Tauglichkeitsergebnissen müßten von Vergleichen zwischen den 4 Gruppen abraten, wenn nicht noch weitere Abweichungen hinsichtlich der Nichttauglichen hinzukämen. Es ergibt nämlich die Betrachtung der Verhältniszahlen in Spalte 13 und 14, daß die Begriffe der Waffenunfähigkeit und Untauglichkeit, wie dies schon in der Einleitung gezeigt wurde, den größten Wandlungen unterworfen waren. Die Unbestimmtheit, die sich in den widerspruchsvollen Verschiebungen zwischen diesen Verhältniszahlen in der Zeit von 1870—1888 ausprägt, ist offenbar darauf zurückzuführen, daß in dieser Zeit die Gebrechen, die ein Zurückstellen, also auch ein solches in der 3. und 4. Altersklasse, bedingten, nicht abgegrenzt waren, so daß bald ein größeres Gewicht auf die Untauglichkeitserklärung, bald auf das Zurückstellen (Waffenunfähigkeit) gelegt wurde. Vom Jahre 1888 auf 1890 ist dann in den Spalten 13 u. 14 auch noch die Verschärfung der Untauglichkeits- und Waffenunfähigkeitserklärung zu erkennen.

Solcher Art finden wir die zeitlichen Geltungsbereiche der verschiedenen Wehrgesetze so ausgesprochen gegeneinander abgegrenzt, daß dadurch die Vergleichbarkeit untereinander nahezu ausgeschlossen wird. Wir werden uns daher auf die Betrachtung der Entwicklung im inneren der einzelnen Gruppen beschränken,

---

[1]) Wie stark an diesen Sprüngen die jeweilige Herabsetzung des Mindestmaßes beteiligt ist, lassen folgende Zahlen erkennen: Von je 1000 ärztlich Untersuchten wurden wegen Mindermaßes nicht assentiert:

Im Jahre	1888	99
„ „	1890	39
	.	.
	.	.
	.	.
„ „	1911	18
„ „	1912	14

In Frage kommen hier die Sprünge der 1. auf die 2. und der 3. auf die 4. Zahl. Der Rückgang der 2. auf die 3. verteilt sich auf 21 Jahre und ist hervorgerufen durch das allmähliche Größerwerden der Untersuchten (vgl. Abschnitt VI im folgenden,

wobei der Gruppe von 1889—1911 wegen ihrer Ausdehnung und ihrer größeren Nachbarschaft zur Gegenwart von selbst das Hauptgewicht zufällt.

Die Zeit von 1870—1882 ist gekennzeichnet durch einen ebenso starken Rückgang der Tauglichkeits- wie der Untauglichkeitszahlen zugunsten der als waffenunfähig Zurückgestellten. Es ist in dieser Zeit die Zahl der als tauglich Ausgehobenen von 83964 oder 53,9 Proz. auf 60370 oder 35,5 Proz., die der Untauglichen von 33528 oder 21,5 Proz. auf 23214 oder 13,6 Proz. gesunken. Dagegen ist die Zahl der als waffenunfähig Befundenen von 38404 oder 24,6 Proz. auf 86649 oder 50,9 Proz. gestiegen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der scharfe Rückgang der Untauglichen ebensowenig einem in Wirklichkeit vor sich gehenden Vorgange entsprechen kann, als die entgegengesetzte Erscheinung des verhältnismäßig ungefähr gleichgroßen Rückganges der Tauglichen, beider zugunsten der Waffenunfähigen. Dieser Verschiebungsvorgang beruht offenbar auf verwaltungstechnischen Änderungen, dahingehend, die ausgesprochene endgültige Abfertigung einzuschränken und den so gewonnenen Überschuß dem Behältnisse der für den Kriegsfall auch weiter zur Verfügung bleibenden Waffenunfähigen (Zurückgestellten) zuzuweisen. Der gleiche Entwicklungsgang drückt sich auch in der weiter unten zu besprechenden Verschiebung der Tauglichkeitserklärung auf die älteren Altersklassen (S. 235) aus. Der tiefere Sinn dieser Verwaltungsmaßnahme scheint uns darin zu liegen, daß man bei einerseits immer schärferer Handhabung der Bestimmungen (Rückgang der Untauglichkeitsziffer) doch der immer weniger entsprechenden Beschaffenheit der Auszuhebenden entgegenzukommen suchte, weshalb, je weiter desto mehr, die früher als tauglich erklärten Personen jetzt in Schwebe gelassen und einem späteren Jahrgange oder dem Sammelbehältnisse „waffenunfähig“ (Landsturm) vorbehalten wurden.

Der kurze Abschnitt 1883—1888 zeigt, was die Tauglichkeitszahlen anbelangt, die entgegengesetzte Entwicklung des Vorhergehenden: nämlich ein Ansteigen, das in einer Zeit zwischen zwei auf die Erhöhung der Aushebungsergebnisse bedachten Gesetzesänderungen sehr wohl verständlich erscheint.

In der folgenden Zeit 1889—1911 ist es nicht leicht, aus den von Jahr zu Jahr ziemlich stark schwankenden Zahlen über Taugliche, Waffenunfähige und Untaugliche auf den ersten Blick ein einheitliches Bild zu gewinnen. Immerhin lassen sich im großen und ganzen drei Wellen unterscheiden, deren Gipfel auf die Jahre

1890 (63,0 Proz.), 1897 (61,1 Proz.) und 1909 (58,7 Proz.) entfallen, wobei der jeweils folgende Gipfel niedriger liegt als der vorausgehende, während sich die Wellentiefen ungefähr auf gleicher Höhe halten (49,7 Proz. im Jahre 1892 und 50,0 Proz. im Jahre 1906). Gibt uns schon diese Aufeinanderfolge Anhaltspunkte für die Richtung der Entwicklung, so erhalten wir von dieser ein ganz klares Bild, wenn wir durch die schwankende Reihe eine Gerade (nach der Methode der kleinsten Quadrate) legen. Diese Ausgleichung ergibt, auch wenn wir das infolge der nochmaligen Musterung der gleichen Jahrgänge weniger günstige Anfangsjahr 1889 mitberücksichtigen, eine ausgesprochen sinkende Richtung. Hier mögen einstweilen nur der Anfangs- und Endpunkt der ausgeglichenen Reihe angeführt werden. Es entfielen danach durchschnittlich Taugliche auf je 100 endgültig Abgefertigte

im Jahre 1889	57,83
„ „ 1911	54,85

Man könnte gegen den gewählten Ausgleichungsvorgang einwenden, daß der betrachtete Zeitraum durch die rein zufälligen Grenzen der Gesetzesänderungen in den Jahren 1889 und 1912 bestimmt sei. Immerhin sind 23 Jahre eine beträchtliche Zeitspanne, innerhalb deren die Tauglichkeitsbewegung dreimal nach oben und zweimal nach unten ausschwingen konnte. Man wird daher der fallenden Richtung der ausgeglichenen Reihe einige Bedeutung beilegen dürfen. Allerdings ist die Beibringung einer Reihe weiterer Beweise notwendig, soll die hierin ausgesprochene Annahme vom Rückgange der körperlichen Tüchtigkeit in Österreich mehr sein als eine bloße Vermutung.

Das gleiche gilt von den Ergebnissen der Überprüfung in Österreich, die in der gleichen Richtung zeugen wie die Aushebungsergebnisse. Bei den Überprüfungen mußte jeder als tauglich Ausgehobene aus dem Heeresverbande wieder ausgeschieden werden, wenn sich bis zum Ende des Aushebungsjahres seine Dienstuntauglichkeit herausstellte. Diese Ergebnisse sind für den wirklichen, endgültigen Rekrutenertrag eines Jahres oder einer Gegend mitbestimmend. Denn es kann eine höhere Tauglichkeitszahl durch ein erhöhtes Ausscheiden bei den Überprüfungen aufgehoben werden und in ihrem Endergebnisse niedriger erscheinen als eine niedrige Aushebungsziffer mit einer geringen Zahl von nachher infolge Überprüfung Ausscheidenden.

Die Endergebnisse der Überprüfungen in der österreichisch-ungarischen Monarchie läßt Übersicht 6 erkennen.

Übersicht 6.

Ausscheidungen aus dem gemeinsamen Heere und den beiden Landwehren durch Überprüfung in den Jahren 1889—1911.

Durch Überprüfung schieden aus:

Jahr	Überhaupt in		in Proz. der Ausgehobenen		in Proz. der Abgefertigten	
	Österreich	Ungarn	Österreich	Ungarn	Österreich	Ungarn
1889	1 240	347	1,3	0,5	0,8	0,3
1890	4 393	3 053	3,6	3,9	2,3	2,1
1891	5 467	3 267	5,1	3,5	2,9	2,1
1892	5 760	4 662	5,6	5,9	2,8	3,1
1893	5 321	4 550	4,5	5,7	2,5	3,1
1894	4 893	4 097	3,4	4,2	2,3	2,7
1895	5 026	5 350	4,3	6,0	2,4	3,6
1896	5 044	4 954	3,8	5,0	2,2	3,1
1897	5 072	4 962	3,4	4,2	2,1	2,8
1898	5 637	5 342	4,0	5,1	2,4	3,1
1899	6 091	5 445	4,3	5,0	2,5	3,1
1900	6 445	5 678	4,7	4,9	2,8	3,2
1901	7 248	5 653	5,5	5,1	3,1	3,2
1902	7 573	5 945	5,8	5,5	3,2	3,4
1903	8 456	5 838	6,6	5,7	3,6	3,6
1904	9 265	5 552	7,3	5,6	4,0	3,3
1905	9 268	5 620	7,4	5,2	3,9	3,2
1906	9 892	4 227	8,6	4,3	4,3	2,5
1907	11 300	6 808	9,0	6,2	4,8	3,6
1908	10 743	6 489	8,2	5,8	4,5	3,4
1909	10 234	5 720	6,7	5,0	4,0	3,0
1910	10 855	5 637	7,5	5,5	4,4	3,4
1911	11 236	5 788	8,6	5,1	4,8	3,0

Die Zahl der durch Überprüfung Ausgeschiedenen ist in Österreich von 1240 oder 1,3 Proz. der Ausgehobenen, im Jahre 1889 bis zum Jahre 1911 auf 11 236 oder 8,6 Proz. der Ausgehobenen gestiegen. Die Zunahme setzt in Österreich in beträchtlicherem Maße mit der Jahrhundertwende ein, bis zu dem Ergebnisse, daß beinahe ein Zehntel der Ausgehobenen infolge Überprüfung wieder aus dem Militärdienste entlassen werden mußte.

Ähnlich, wenn auch nicht ebenso stark ist die Vermehrung der Ausgeschiedenen in Ungarn vor sich gegangen.

Leider ist auch diese Zahlenreihe für die Beurteilung der Entwicklung der körperlichen Tüchtigkeit in Österreich nicht einwandfrei verwendbar, denn eben auch um die Jahrhundertwende beginnt ein neuer Zug in der Ausbildung namentlich der Fußtruppen in Österreich, der sich an den Namen Conrad's von Hötzendorf knüpft. Man legte, in besonders erhöhtem Maße seit dem russisch-japanischen Kriege, der Turn- und Laufausbildung des Mannes ein größeres Ge-

wicht bei als früher und es kommen in den späteren Jahren auch noch die freizügigen Übungen schon während der Abrichtungszeit hinzu, alles Anstrengungen, welche etwa bei der Aushebung übersehene körperliche Gebrechen eher zum Vorscheine bringen mußten. Wir können daher hier nichts anderes tun, als die Entwicklung der Überprüfungsergebnisse zur Kenntnis zu nehmen und abzuwarten, wieweit sie sich in den Rahmen der anderweitigen Ergebnisse unserer Untersuchung einfügen werden.[1])

Immerhin behalten die Überprüfungszahlen auch ohne nähere Erforschung der Ursachen ihrer Zunahme ihre besondere Bedeutung, wenn wir sie mit den Tauglichkeitszahlen in Verbindung bringen, was in Übersicht 7 geschehen soll.

Übersicht 7.

Es wurden in Österreich im Durchschnitte auf je 100 endgültig Abgefertigte

Jahr	als tauglich ausgehoben	bei der nachherigen Prüfung ausgeschieden	daher als endgültig tauglich belassen
	(ausgeglichene Zahlen)		
1889	57,97	1,64	56,33
1890	57,83	1,78	56,05
1891	57,69	1,92	55,77
1892	57,59	2,05	55,54
1893	57,40	2,19	55,21
1894	57,26	2,33	54,93
1895	57,12	2,46	54,66
1896	56,98	2,60	54,38
1897	56,84	2,74	54,10
1898	56,69	2,88	53,81
1899	56,55	3,01	53,54
1900	56,41	3,15	53,26
1901	56,27	3,29	52,98
1902	56,12	3,42	52,70
1903	55,98	3,56	52,42
1904	55,84	3,70	52,14
1905	55,70	3,84	51,86
1906	55,56	3,97	51,59
1907	55,42	4,11	51,31
1908	55,27	4,25	51,02
1909	55,13	4,38	50,75
1910	54,99	4,52	50,47
1911	54,85	4,66	50,19

[1]) Zunehmende Genauigkeit in der ärztlichen Beurteilung ist an dem Wachsen der Zahlen wohl kaum beteiligt, da es die gleichen Ärzte waren, die bei der Aushebung und bei der Überprüfung untersuchten. — Die zunehmende Zahl der Entlassungen aus dem militärischen Dienste (allerdings während der ganzen Dienstzeit) hat auch in Deutschland Beachtung gefunden. Zu den optimistischen Beurteilern dieser Bewegung gehören Schwiening a. a. O. S. 574, Schjerning, „Sanitätsstatistische Betrachtungen über Volk und Heer", Berlin 1910, S. 17, zu

Die ungünstige Entwicklung, die die ausgeglichene Reihe der Tauglichkeitszahlen in der Zeit von 1889—1911 an und für sich angezeigt hat, erscheint durch das Anwachsen der Entlassungen infolge Überprüfungen noch bedeutend verschärft. In diesem Zusammenhange betrachtet, ergibt sich als Zahl der endgültig Tauglichen auf 100 Abgefertigte 56,33 im Jahre 1889, dagegen nur 50,19 im Jahre 1911, also ein Rückgang um 11 Proz. —

Vor dem näheren Eingehen auf die Ursachen dieser Entwicklung mögen noch einige für die Untersuchung wichtige Gliederungspunkte, wie die Aushebung nach Geburtsjahrgängen, die Altersgliederung der Abgefertigten und Ausgehobenen auf die örtliche Gestaltung der Tauglichkeit, dargestellt werden.

3. Die Tauglichkeit nach Geburtsjahrgängen. Aus den Aushebungsergebnissen eines Jahres allein läßt sich auf die Leistung eines Geburtsjahrganges noch kein Schluß ziehen, da sich die Abgefertigten und Ausgehobenen neben den weniger zahlreichen vor der Stellung Eingetretenen und den in höheren Altersklassen zur Stellung Erschienenen in der Hauptsache aus den Angehörigen von 3 (4) Geburtsjahrgängen zusammensetzen. Ein Bild von den Ergebnissen eines Geburtsjahrganges kann man erst dann erhalten, wenn man diesen Geburtsjahrgang durch alle für die Stellung in Betracht kommenden Abschnitte verfolgt. Ohne weitere Schwierigkeiten ist diese Verfolgung innerhalb der stellungspflichtigen Jahre möglich, für welche die Militärstatistischen Jahrbücher die Zahlen jeweils gesondert ausweisen. Schwierigkeiten bereiten die vor der Stellung Eingetretenen und die in höheren Altersklassen zur Stellung Gelangten. Bezüglich dieser konnte nur schätzungsweise das Auskommen gefunden werden, indem die vor und nach den Hauptstellungen Abgefertigten in je 3 gleichen Teilen auf die nach unten und oben zunächst liegenden Jahre aufgeteilt wurden. Nach unten zu dürfte dieser Schätzungsvorgang der Wirklichkeit sehr nahe kommen, nach oben dürfte der Fehler etwas größer sein. Er dürfte aber dadurch, daß er sich bei jedem Jahrgange wiederholt, verhältnismäßig an Wirksamkeit verlieren.

Um möglichst sicher zu gehen, sind in Übersicht 8, außer den so ermittelten Gesamtzahlen der Ausgehobenen und Abge-

den pessimistischen Claassen, „Die abnehmende Kriegstüchtigkeit im Deutschen Reiche in Stadt und Land von 1902—1907“, im Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie, VI. Jahrg., 1909, S. 73.

fertigten eines Geburtsjahrganges, jeweils auch die auf die sicher nachweisbaren Altersklassen eingeschränkten Zahlen beigefügt. Die letzteren beginnen mit dem Jahrgange 1889, das ist dem ersten, der im Jahre 1912 3 Stellungen mitgemacht hatte, die ersteren (vollständig) mit dem Jahrgange 1886, dem ersten, der im Jahre 1912 3 Stellungen nach der letzten Hauptstellung (1909) durchschritten hatte. Die gleichen Zahlen für die Jahrgänge 1889, 1888 und 1887 sind insofern nicht vollwertig, als der Jahrgang 1889 im Jahre 1912, der Jahrgang 1888 im Jahre 1911 und der Jahrgang 1887 im Jahre 1910 zur letzten Hauptstellung, also folgeweise nach dieser Hauptstellung bis 1912 keinmal, 1 mal oder 2 mal in den „höheren Altersklassen“ zur Stellung kam, weshalb ihnen die Zahlen der in den höheren Altersklassen Abgefertigten und Ausgehobenen folgeweise nur mit 0, $^1/_3$ und $^2/_3$ angerechnet werden konnten. Da vom Stellungsjahre 1889 an rückwärts die vor der ersten Stellung Eingetretenen nicht ausgewiesen sind, fehlen vom Geburtsjahrgange 1870 an rückwärts diese Zahlen.[1]) Infolge dieses Ausfalles und auch wegen des Kleinerwerdens der Zahlen für die in höheren Altersklassen Erschienenen nähern sich gegen den Geburtsjahrgang 1850 die Zahlen für alle Altersklassen denen für die drei (vier) Hauptstellungsklassen und nehmen dadurch einen noch übereinstimmenderen Verlauf an, als er ohnedies schon bei den jüngeren Geburtsjahrgängen zu beobachten ist. Die Tauglichkeitszahlen in dieser Herrichtung werden dort von besonderer Bedeutung sein, wo die Ursachenforschung bei jahrgangsweise wirkenden Ursachen einzusetzen hat, wie dies weiter unten geschehen soll.

(Siehe Übersicht 8 auf der nächsten Seite.)

Bei Betrachtung der Zahlen der Übersicht 8 und bei ihrem Vergleiche mit denen der Tafel II muß beachtet werden, daß die jeweiligen Geburtsjahrgänge in Spalte 1 der Übersicht 8 nicht mit den in Spalte 1 der Tafel II bezeichneten übereinstimmen, da sich diese auf den ersten Altersjahrgang beziehen, jene dagegen auf 3 oder alle Altersjahrgänge. Es ergibt sich im Gegenteil, daß wir alle Schwankungen, die wir in Spalte 12 der Tafel II vorfinden, in den Verhältniszahlen der Übersicht 8 nicht bei dem in Spalte 1 der Tafel II verzeichneten Geburtsjahrgange, sondern bei dem um zwei Jahre niedrigeren feststellen. Diese Verschiebung erklärt

---

[1]) Beim Geburtsjahrgange 1870 mit ungefähr einem, beim Geburtsjahrgange 1869 mit ungefähr zwei Dritteln, vom Geburtsjahrgange 1868 an vollständig.

Übersicht 8.

Die endgültig Abgefertigten und Ausgehobenen in Österreich nach Geburtsjahrgängen.

Geburtsjahrgang	Ohne die vor und nach der Stellung Eingetretenen			Mit den vor und nach der Stellung Eingetretenen		
	Die endgültig Abgefertigten	Die Ausgehobenen	Proz. d. Ausgehobenen von den Abgefertigten	Die endgültig Abgefertigten	Die Ausgehobenen	Proz. d. Ausgehobenen von den Abgefertigten
1	2	3	4	5	6	7
1889	231 611	124 722	53,0	238 361	131 472	55,3
1888	227 557	127 844	56,2	238 512	136 242	57,2
1887	228 470	130 891	57,4	242 409	140 439	58,0
1886	223 673	124 011	55,4	240 602	134 785	56,1
1885	222 784	116 730	52,4	238 583	127 160	53,3
1884	228 795	118 689	52,0	243 924	128 672	53,2
1883	226 066	117 083	51,8	239 977	126 369	52,7
1882	229 583	120 944	52,6	241 951	129 251	53,4
1881	221 320	118 700	53,8	232 364	126 188	54,4
1880	220 248	120 171	54,6	230 922	127 474	55,3
1879	230 250	127 964	55,6	240 637	135 155	56,2
1878	224 121	128 309	57,2	234 354	135 458	57,9
1877	220 452	126 772	57,4	230 225	133 650	58,1
1876	222 003	127 010	57,2	231 458	133 835	57,9
1875	220 123	124 708	56,7	229 225	131 408	57,4
1874	214 571	120 583	56,2	223 464	127 280	57,0
1873	209 512	111 782	53,4	218 011	118 291	54,2
1872	197 379	104 604	53,0	205 334	110 695	54,0
1871	197 709	108 860	55,0	205 144	114 432	55,8
1870	201 053	104 596	52,0	207 037	108 666	52,5
1869	204 384	103 667	50,8	209 157	105 979	50,7
1868	199 651	115 566	57,9	203 071	117 103	57,7
1867	197 343	119 932	60,8	200 462	121 339	60,6
1866	235 884	122 487	52,0	239 003	124 013	52,0
1865	170 638	95 552	56,0	173 236	96 880	56,0
1864	174 807	98 405	56,3	178 324	101 101	56,7
1863	200 881	81 351	40,5	205 546	85 755	41,7
1862	165 108	70 171	42,5	170 874	75 937	44,5
1861	155 578	68 171	43,9	159 856	72 449	45,4
1860	203 031	62 538	30,8	205 301	64 808	31,6
1859	183 569	64 696	35,3	184 696	65 823	35,7
1858	178 888	65 216	36,5	179 755	66 083	36,8
1857	181 529	68 219	37,6	182 142	68 832	37,8
1856	164 003	64 048	39,1	164 200	64 245	39,2
1855	144 187	57 335	39,8	144 378	57 526	39,8
1854	148 118	59 071	39,9	148 379	59 332	40,0
1853	158 509	66 005	41,7	158 840	66 336	41,8
1852	150 129	68 298	45,6	150 513	68 682	45,6
1851	160 374	78 181	48,8	160 790	78 597	48,9
1850	154 383	79 535	50,8	154 814	79 966	51,6

sich daraus, daß bei den Betrachtungsweisen jeweils der erste Altersjahrgang eines Geburtsjahrganges gemeinsam ist, die Zahlen daher den Bewegungen des nächst bedeutenden dritten Altersjahr-

ganges folgen.[1]) Es setzt die Bewegung in Spalte 4 der Übersicht 8 (Geburtsjahrgang 1850) dort ein, wo wir sie in Tafel II Spalte 12 im Jahre 1872 vorfinden. Der Sprung der Tauglichkeitsprozente von 1882 auf 1883 ist in Übersicht 8 schon vom Jahre 1860 auf 1861 ausgedrückt. Die beiden Prozentzahlen des Jahres 1888/89 verschmelzen hier wegen Durchmusterung der gleichen Altersklassen in die eine Prozentzahl des Jahres 1866, der Tiefenpunkt des Jahres 1892 ist ausgedrückt in dem Tiefenpunkte des Geburtsjahrganges 1869 usw.

Die angedeutete Bewegung vollzieht sich in Spalte 4 der Übersicht 8 zu den Tauglichkeitsprozenten der Tafel II nahezu parallel, nur daß die Zusammenfassung der in je 3 (4) Stellungsjahre fallenden Aushebungsergebnisse einen gewissen ausgleichenden Einfluß auf die Zahlen der Übersicht 8 ausübt.

4. Die Altersgliederung der Abgefertigten und Ausgehobenen. Von Interesse ist ferner die Darstellung der endgültig Abgefertigten und der Ausgehobenen nach Altersklassen. Ist es doch weder militärpolitisch noch volkswirtschafts- und sozial- noch bevölkerungspolitisch gleichgültig, ob die Mehrzahl der jungen Männer in jüngeren oder älteren Lebensjahren ausgehoben werden.[2]) Militärisch ist es eine erfreuliche Erscheinung, wenn die körperliche Entwicklung der Jugend ihre Aushebung gleich bei der ersten Stellung ermöglicht. Volkswirtschaftlich und sozial ist es vorteilhaft, wenn die jungen Männer mehr am Anfange als im Verlaufe ihrer Berufstätigkeit die Be-

[1]) So kamen z. B. im Stellungsjahre 1890 zur Aushebung

in der 1. Altersklasse	(Geburtsjahrgang 1869)	48 982
„ „ 2. „	(„ 1868)	18 996
„ „ 3. „	(„ 1867)	47 240

dagegen im Geburtsjahrgange 1869

in der 1. Altersklasse	(Stellungsjahr 1890)	48 982
„ „ 2. „	(„ 1891)	19 274
„ „ 3. „	(„ 1892)	35 411

Es ist ersichtlich, daß bei einem Vergleiche der Verhältniszahlen des Stellungsjahres 1890 (1. Altersklasse 1869) und des Geburtsjahrganges 1869 Unterschiede auftreten müssen, die infolge Gemeinsamkeit der Zahl für die 1. Altersklasse nach beiden Betrachtungsarten hin durch die um 2 Jahre auseinanderliegende 3. Altersklasse bestimmt werden. So wird die Aushebungszahl des Geburtsjahrganges 1869 in ihrer Bewegung nicht derjenigen des Stellungsjahres 1890, in dem sie in der 1. Altersklasse zur Stellung erschien, sondern derjenigen des Stellungsjahres 1892, in der sie zum 3. Male untersucht wurde, entsprechen.

[2]) Vgl. hierzu auch Schwiening a. a. O. S. 86.

rufsunterbrechung durch den Militärdienst erfahren. Bevölkerungspolitisch kommt in Staaten mit Eheverboten für die Dienstpflichtigen auch noch ein Interesse hinzu, daß der Dienstpflicht möglichst früh genügt werde, um die besten Jahre der Manneskraft für die Volksvermehrung frei zu bekommen.

Alle diese Gründe lassen also widerspruchslos den stärkeren Anteil der ersten Altersklasse an den Ausgehobenen als wünschenswert erscheinen.

Wie sich nun die Altersgliederung der endgültig Abgefertigten und der Ausgehobenen in Österreich gestaltet hat, zeigt die Übersicht 9.

(Siehe Übersicht 9 auf der nächsten Seite.)

Wir haben oben erwähnt, daß die Zahl der in der 1. Altersklasse Ausgehobenen ein günstiges Zeichen für die Wehrfähigkeit darstellen kann. Sie kann aber auch zurückgehen auf Maßnahmen der militärischen Verwaltungstechnik. So sind die Verschiebungen unter den Tauglichen der verschiedenen Altersklassen, die wir in Übersicht 9 Spalte 8—13 beobachten können, weder ihrem Ausmaße noch ihrer Richtung nach durch die Tauglichkeitsentwicklung bestimmt. Wir finden dort im Jahre 1870 mit 51,9 Proz. aller Ausgehobenen das Hauptgewicht auf der ersten Altersklasse liegend und weiter so mit einigen Schwankungen bis zum Jahre 1877, in welchem eine ständige Abnahme eintritt, die vom Jahre 1883 an auch noch durch das Hinzukommen einer 4. Altersklasse gefördert wird.[1]) Das Jahr 1887 bedeutet für diese Entwicklung den Tiefpunkt und zugleich die Umkehr. Denn von hier an steigt der Anteil der in der 1. Altersklasse Ausgehobenen in ständiger Folge bis zum Jahre 1903 mit 58,6 Proz., von wo aus ein Sinken bis zum Jahre 1907 und dann wieder ein leichtes Steigen erfolgt.

Die ganze Reihe ist deswegen nicht ganz einheitlich, weil von 1870—1888 die vor der Stellung Eingetretenen nicht ausgewiesen sind und im Jahre 1883 zu den 3 Altersklassen auch noch eine vierte hinzukommt. Auch stören, wenn man nur die Hauptstellungsaltersklassen vergleichen will, die Eigenbewegungen der Seitenreihen. Die Zahl der vor der Stellung Eingetretenen hat sich nämlich, wie auch aus Spalte 9 der Tafel II hervorgeht, vervielfacht — offenbar eine Folge des zunehmenden sozialen Kampfes,

---

[1]) Man erinnert sich der gleichzeitigen Bewegung im Sinne einer Zunahme der Waffenunfähigen auf Kosten der Tauglichen und Gelöschten (vgl. oben auf S. 227).

Übersicht 9.

Verteilung der endgültig Abgefertigten und Ausgehobenen auf die Altersklassen in den Jahren 1870—1912 in Österreich.

In Verhältniszahlen.

Jahr	Von je 100 endgültig Abgefertigten entfielen auf (die)						Von je 100 als tauglich Ausgehobenen entfielen auf (die)					
	vor der Stellung Eingetretenen	1. Altersklasse	2. Altersklasse	3. Altersklasse	4. Altersklasse	eine höhere Altersklasse	vor der Stellung Eingetretenen	1. Altersklasse	2. Altersklasse	3. Altersklasse	4. Altersklasse	eine höhere Altersklasse
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.
1912	4,9	32,9	14,7	43,1	—	4,4	8,4	52,1	20,4	16,4	—	2,7
1911	3,4	31,8	15,0	45,9	—	3,9	6,2	51,7	19,5	19,9	—	2,7
1910	3,3	33,0	15,3	45,0	—	3,4	5,6	51,0	19,0	22,2	—	2,2
1909	2,5	32,2	16,5	45,4	—	3,4	4,3	50,0	20,9	22,6	—	2,2
1908	3,1	31,4	15,6	46,8	—	3,1	5,6	51,4	20,3	20,7	—	2,0
1907	2,8	30,1	17,2	47,5	—	2,4	5,2	50,9	21,5	20,9	—	1,5
1906	3,1	30,6	16,5	47,4	—	2,4	6,2	54,7	18,4	19,1	—	1,6
1905	3,1	33,5	15,7	45,6	—	2,1	5,8	57,2	17,8	17,8	—	1,4
1904	3,0	34,6	16,4	44,0	—	2,0	5,6	57,6	18,4	17,2	—	1,2
1903	3,0	36,0	15,9	43,1	—	2,0	5,4	58,6	17,6	17,2	—	1,2
1902	2,9	34,6	16,1	44,5	—	1,9	5,3	57,2	17,9	18,4	—	1,2
1901	2,7	35,2	16,8	43,5	—	1,8	4,7	56,4	19,5	18,2	—	1,2
1900	2,4	36,9	15,9	43,1	—	1,7	4,1	57,3	18,3	19,1	—	1,2
1899	2,2	35,9	16,1	44,1	—	1,7	3,7	56,1	18,6	20,3	—	1,3
1898	2,5	34,1	15,5	46,4	—	1,5	4,3	53,0	18,5	23,0	—	1,2
1897	2,2	32,2	16,6	47,7	—	1,3	3,6	48,0	20,9	26,5	—	1,0
1896	2,3	29,3	15,8	51,2	—	1,4	4,0	46,3	20,3	28,4	—	1,0
1895	2,4	28,4	15,0	52,6	—	1,6	4,3	45,7	18,8	29,9	—	1,3
1894	2,4	27,3	15,3	53,3	—	1,7	4,1	41,5	18,6	34,4	—	1,4
1893	2,2	24,7	16,5	54,9	—	1,7	3,9	39,1	20,4	35,3	—	1,3
1892	2,5	23,1	16,4	56,5	—	1,5	4,9	40,3	19,1	34,4	—	1,3
1891	2,5	26,5	16,5	53,1	—	1,4	4,4	40,3	17,9	36,1	—	1,3
1890	2,0	29,1	13,3	53,8	—	1,8	3,2	40,5	15,7	39,1	—	1,5
1889	2,3	23,5	21,1	52,1	—	1,0	4,0	32,3	27,1	35,8	—	0,8
1888	—	21,6	12,2	48,4	14,6	3,2	—	30,5	19,2	41,9	2,4	6,0
1887	—	23,0	14,1	41,9	17,0	4,0	—	27,3	19,7	41,7	5,0	6,3
1886	—	23,9	14,3	33,9	25,4	2,5	—	27,5	18,6	39,9	9,5	4,5
1885	—	25,4	16,3	39,5	18,2	0,6	—	40,4	26,5	25,4	6,2	1,5
1884	—	30,0	18,0	35,6	15,8	0,6	—	44,0	26,5	23,6	4,6	1,3
1883	—	28,5	18,6	35,3	16,9	0,7	—	43,6	26,5	24,5	3,8	1,6
1882	—	23,1	14,3	62,5	—	0,1	—	45,8	28,8	25,1	—	0,3
1881	—	22,5	14,3	63,1	—	0,1	—	45,2	28,2	26,2	—	0,4
1880	—	22,7	15,3	61,9	—	0,1	—	45,1	29,1	25,5	—	0,3
1879	—	24,0	14,4	61,5	—	0,1	—	47,9	26,8	25,0	—	0,3
1878	—	26,5	15,3	58,1	—	0,1	—	49,4	27,1	23,2	—	0,3
1877	—	30,5	15,9	53,3	—	0,3	—	54,2	25,6	19,6	—	0,6
1876	—	29,4	15,5	54,8	—	0,3	—	53,3	24,9	21,1	—	0,7
1875	—	26,3	16,9	56,6	—	0,2	—	48,3	27,5	23,6	—	0,6
1874	—	28,3	19,1	52,3	—	0,3	—	49,2	28,6	21,4	—	0,8
1873	—	31,7	17,0	51,0	—	0,3	—	52,5	23,8	23,0	—	0,7
1872	—	33,6	20,7	45,4	—	0,3	—	51,2	26,2	21,9	—	0,7
1871	—	35,3	18,5	45,8	—	0,4	—	53,0	23,4	28,8	—	0,8
1870	—	35,8	20,7	43,1	—	0,4	—	51,9	25,1	22,3	—	0,7

der das Unterkommen in einer durch die Unteroffizierslaufbahn gesicherten kleinen Beamtenstellung immer wünschenswerter erscheinen ließ. Erwähnenswert ist ferner die große Zahl der im Zeitraume 1883—1888 in den höheren Altersklassen endgültig Abgefertigten und Ausgehobenen, die offenbar auf die zunehmende Strenge zurückgeht, mit der man den seinerzeit von der Stellung Ferngebliebenen an den Leib rückte. Das Jahr 1889 bringt da mit der Abschaffung der zeitlichen Befreiungen einen tiefgehenden Wandel. Die von 1889 an steigende Zahl der in höheren Altersklassen endgültig Abgefertigten und Ausgehobenen hängt offenbar mit der wachsenden Zahl der Stellungsflüchtigen zusammen (vgl. Abschnitt II auf S. 215).

Abschließend ist somit festzustellen, daß die Verschiebungen zwischen den Altersklassen in keinem inneren Zusammenhange mit der jeweiligen Tauglichkeitsentwicklung stehen, sondern nur durch die zeitweise wechselnden Verwaltungsbräuche hervorgerufen worden sind. Trotzdem kommt ihnen für die Beurteilung der Tauglichkeitszahlen insbesondere in der Berechnungsweise der Militärstatistischen Jahrbücher nach Erschienenen eine große Bedeutung zu, da sie anzeigen, ob die Zahl der Zurückgestellten (und damit die Grundzahl der Erschienenen) in einer gewissen Zeit größer oder kleiner war.

Die Betrachtung wäre unvollständig, wenn ihr nicht noch eine örtliche Darstellung der Altersgliederung der Ausgehobenen beigefügt würde, der gleichfalls die eben hervorgehobene Bedeutung zukommt.[1]) Wir finden danach in Österreich-Ungarn je nach der Körperkraft- und -größenentwicklung der verschiedenen Völker und Gebiete, aber auch nach ihrem Auswanderungscharakter folgende Unterschiede:

(Siehe Übersicht 10 auf der nächsten Seite.)

5. Die örtliche Gestaltung der Tauglichkeit. Von einem weiteren Interesse und wichtig für die Ursachenforschung ist die örtliche Gestaltung der Tauglichkeit. Die Betrachtung zunächst nach Staatsgebieten und Kronländern vermittelt uns die Übersicht 11.

(Siehe Übersicht 11 auf Seite 239.)

In dieser Übersicht sind die Zahlen für Österreich nach Kronländern, für Ungarn nach der weitergehenden Unterteilung der Militärterritorialbereiche gegliedert. Innerhalb Österreichs stehen zufolge ihrer überwiegenden Bevölkerungszahl Galizien, Böhmen, Niederösterreich und Mähren in der absoluten Zahl wie der endgültig Abgefertigten so der als tauglich Ausgehobenen an der Spitze der

---

[1]) Zum Beispiel bei Betrachtung der Zahlen der Tafel III (Gebrechen nach Ergänzungsbezirken in der ursprünglichen Berechnung der Militärstatistischen Jahrbücher).

Übersicht 10.

Anteil des 1. Altersjahrganges an Tauglichen im Durchschnitte der Jahre 1908—1912 in Österreich und Ungarn nach Ergänzungsbezirken.

Ergänzungsbezirk	Taugl. v. Taus.	Ergänzungsbezirk	Taugl. v. Taus.
Österreich			
Theresienstadt	719,4	Klagenfurt	551,4
Turnau	696,6	Hohenmauth	551,4
Jičin	673,6	Teschen	551,2
Jungbunzlau	669,0	Kremsier	549,4
Komotau	666,0	Pisek	549,4
Beneschau	665,6	Trient	547,2
Königgrätz	661,0	Marburg	535,6
Graz	659,8	Neuhaus	530,4
Olmütz	638,2	Kolomea	505,6
Prag	637,6	Castelnuovo	504,8
Linz	636,0	Tarnopol	503,6
Eger	626,2	Cilli	490,6
Beraun	624,4	Jaroslau	485,6
Mährisch-Schönberg	620,6	Przemysl	483,4
Innsbruck	614,4	Brzezany	481,0
Brünn	609,2	Wadowice	475,6
Brixen	608,2	Sanok	460,2
Troppau	606,2	Czernowitz	458,0
Caslau	604,2	Czortkow	456,6
Iglau	601,2	Rzeszow	441,8
Wien B	592,6	Grodek Jagiellonski	432,4
Pilsen	590,8	Krakau	431,8
St. Pölten	582,4	Stryj	427,2
Salzburg	577,6	Zloczow	423,8
Triest	568,2	Stanislau	418,2
Laibach	567,2	Lemberg	410,0
Znaim	565,2	Sinj	387,8
Kriegsmarine-Erg.-Bez. Triest	565,2	Neusandec	383,2
Wien A	564,6	Sambor	375,6
Budweis	557,8	Tarnow	371,0
Sebenico	555,8		
Ungarn			
Szekelyudvarhely	704,4	Karansebes	563,6
Szabadka	654,0	Bjelovar	560,4
Eger (Ungarn)	653,0	Györ	559,8
Szekesfehervar	650,4	Munkacs	543,2
Zombor	648,4	Besztercze	542,2
Budapest	639,0	Bekescsaba	541,8
Szolnok	621,6	Eperjes	538,0
Kaposvar	618,4	Gyulafehervar	533,6
Esztergom	610,6	Arad	528,8
Pecs	610,0	Brasso	528,0
Ujvidek	608,8	Szombathely	521,6
Sopron	608,6	Debreczen	510,4
Kassa	607,0	Kriegsmar.-Erg.-Bez. Fiume	510,4
Temesvar	605,2	Nagyszeben	509,8
Nagy Varad	600,0	Marosvasarhely	509,0
Nagybecskerek	598,0	Osijek	496,2
Komarom	593,0	Zagreb	494,4
Szatmar Nemeti	589,4	Maramarossziget	493,8
Losoncz	577,4	Szaszvaros	462,0
Kolozsvar	575,6	Trencsen	433,2
Kecskemet	573,4	Nagykanizsa	432,4
Pozsony	569,4	Ungvar	418,0
Petrovaradin	566,6	Karlovac	392,4
Szeged	563,8	Otocac	312,6

Übersicht 11.

Die Militärtauglichkeit aller Altersjahrgänge (einschließlich der vor der Stellung Eingetretenen) nach Kronländern (Österreich) und Militärkommandos (Ungarn) im Durchschnitt 1908—1912.

Staatsgebiet (Kronland) (Mil. Territ.-bereich)	Summe d. endgültig Abgefertgt.	Von allen endgültig Abgefertigten entfielen auf: taugl.	waffen-unfähige	untgl.	Von je 100 endgültig Abgefertigten entfielen auf: taugl.	waffen-unfähige	untgl.	Tatsächliche Leistung an Ausgehobenen, wenn d. „Soll" nach der Zahl der Heimatbev. = 100
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Nieder-Österr.	23 578	12 720	10 294	564	53,9	43,7	2,4	92,1
Ober-Österreich	7 559	4 455	2 944	160	58,9	38,9	2,2	98,9
Salzburg	1 602	958	613	31	59,8	38,3	1,9	102,7
Steiermark	12 335	6 850	5 159	326	55,5	41,8	2,7	96,1
Kärnten	3 876	2 024	1 754	98	52,2	45,3	2,5	92,9
Krain	4 888	2 900	1 859	129	59,3	38,0	2,7	100,0
Küstenland	7 197	4 539	2 448	210	63,1	34,0	2,9	111,3
Tirol u. Vorarlbg.	9 680	6 356	3 162	162	65,7	32,7	1,6	119,1
Böhmen	65 251	34 750	29 049	1 452	53,3	44,5	2,2	93,4
Mähren	25 629	15 746	9 240	643	61,4	36,1	2,5	107,1
Schlesien	7 016	4 059	2 772	185	57,9	39,5	2,6	105,3
Galizien	67 065	39 013	26 109	1 943	58,2	38,9	2,9	91,6
Bukowina	6 948	3 885	2 939	124	55,9	42,3	1,8	96,2
Dalmatien	5 858	3 821	1 925	112	65,2	32,9	1,9	114,5
Summe f. Österr.	248 482	142 076	100 267	6 139	57,2	40,3	2,5	96,9
Budapest	36 063	22 594	12 924	545	62,7	35,8	1,5	—
Pozsony	34 126	19 410	13 423	1 293	56,9	39,3	3,8	—
Kassa	32 783	19 349	12 811	623	59,0	39,1	1,9	—
Temesvar	33 468	21 671	11 286	511	64,8	33,7	1,5	—
Nagy-Zzeben	29 065	17 049	11 429	587	58,7	39,3	2,0	—
Zagreb	21 555	12 514	8 624	417	58,1	40,0	1,9	—
Summe d. Länder der ung. Krone	187 060	112 587	70 497	3 976	60,2	37,7	2,1	104,2

Reihe. Anders gestaltet sich dagegen die Reihenfolge in den Verhältniszahlen der Tauglichen. Hier erhält Tirol mit 65,7 Proz. Tauglichen von je 100 endgültig Abgefertigten den Vorrang; es folgen Dalmatien mit 65,2 Proz., Küstenland mit 63,1 Proz., Mähren mit 61,4 Proz., Salzburg mit 59,8 Proz., Krain mit 59,3 Proz., Oberösterreich mit 58,9 Proz., Galizien mit 58,2 Proz., Schlesien mit 57,9 Proz., die Bukowina mit 55,9 Proz., Steiermark mit 55,5 Proz., Niederösterreich mit 53,9 Proz., Böhmen mit 53,3 Proz. und ganz am Ende der Reihe Kärnten mit 52,2 Proz. Da der Durchschnitt Österreichs 57,2 Proz. betrug, so standen die ersten 9 Kronländer (einschließlich Schlesiens) über dem Durchschnitte, die letzten 5 Kronländer unter dem Durchschnitte Österreichs. Dieses Verhältnis wandelt

sich zu Ungunsten Österreichs um, wenn wir die Betrachtung auch noch auf Ungarn ausdehnen, dessen durchschnittliche Tauglichkeit von 60,2 Proz. höher ist als die österreichische Durchschnittstauglichkeit. Dies kommt auch in den Zahlen der Spalte 10 zum Ausdrucke, wo das „Soll" berechnet ist, das auf jeden Staatsteil und Gebietsteil entfiel, wenn sein Anteil an der heimatzuständigen Bevölkerung gleich 100 gesetzt wurde. Diese Verhältniszahlen unterscheiden sich insofern von denen der Spalte 6, als sie nicht die endgültig Abgefertigten, sondern die gesamte Heimatbevölkerung zur Grundlage nehmen. Es erscheinen darin also neben dem verschiedenen Maße der Tauglichkeit auch die Verschiedenheiten in der Alters- und Geschlechtergliederung mitwirksam.[1]) Ungarn konnte nur als Ganzes ausgewiesen werden, da die ungarische Volkszählung die Heimatrechtsverhältnisse der Bewohner nicht dargestellt hat.

Es ergibt sich aus den Zahlen der Spalte 9 vor allem, daß die Länder der ungarischen Krone zur Bedeckung des Heeresbedarfes schon im Frieden verhältnismäßig in stärkerem Maße beigetragen haben, als Österreich. Tirol behält innerhalb Österreichs auch hier seinen hervorragenden Rang als Rekrutenquelle, ebenso wie Dalmatien, Küstenland, Mähren und andere. An sehr ungünstiger Stelle finden wir infolge Wiens Niederösterreich und wegen der durch Auswanderung geschwächten stellungspflichtigen männlichen Altersklassen Galizien.[2])

Die noch weitergehende örtliche Gliederung der Tauglichkeitsverhältnisse nach Ergänzungsbezirkskommanden findet sich in Übersicht 12.

(Siehe Übersicht 12 auf Seite 241 u. 242.)

---

[1]) Auf Einzelheiten dieser Ursachen kann leider nicht eingegangen werden, da die Bearbeitung der österreichischen Volkszählung (Österr. Statistik, Neue Folge, II. Bd., 1. Heft — Heimatrechtsverhältnisse) die Heimatsbevölkerung weder nach Alter noch nach Geschlecht gliedert.

[2]) Inwieweit die so bevorzugten oder im Hintertreffen gebliebenen Gebiete auch im Weltkriege zur Verteidigung ihrer Heimat beigetragen haben, darüber werden die Totenverluste nach Nationalitäten (Winkler, „Die Totenverluste" usw., a. a. O. S. 6) zum Vergleiche heranzuziehen sein. Es werden sich dann die Opferanteile der einzelnen Völker im Hinblicke auf ihre Tauglichkeit größer oder kleiner darstellen als an und für sich.

(Fortsetzung in Heft 4.)

Übersicht 12.

Die Militärtauglichkeit in Österreich-Ungarn (berechnet auf je 100 endgültig Abgefertigte) nach Ergänzungsbezirken im Durchschnitt der Jahre 1908—1912.

Lfde. Zahl	Ergänzungs-Bez.-Kmdo. (Korpsbereich)	Auf je 100 endgültig Abgefertigte gab es		
		Taugliche	Waffen-unfähige	Untaugliche
	Österreich			
1	Jaroslau (Przemysl)	68,3	29,8	1,9
2	Sinj (Ragusa)	68,0	30,4	1,6
3	Przemysl (Przemysl)	67,8	30,0	2,2
4	Zloczow (Lemberg)	66,7	31,2	2,1
5	Trient (Innsbruck)	66,5	32,2	1,3
6	Der zum Ldw.-Erg.-Bez. Castelnuovo gehörende Stellungsbez.	66,2	30,3	3,5
7	Brixen (Innsbruck)	65,6	32,7	1,7
8	Innsbruck (Innsbruck)	65,4	32,5	2,1
9	Sebenico Kriegsmarine-Erg.-Bez. [(Ragusa)	65,4	32,8	1,8
10	Olmütz (Krakau)	64,9	33,1	2,0
11	Grodek Jagielonski (Przemysl)	64,9	32,6	2,5
12	Znaim (Wien)	64,8	33,4	1,8
13	Kriegsmar.-Erg.-Bez.Triest(Graz)	64,4	32,6	3,0
14	Rzeszow (Przemysl)	63,5	32,3	4,2
15	Sanok (Przemysl)	63,1	34,7	2,2
16	Stryj (Przemysl)	62,9	34,5	2,6
17	Cilli (Graz)	61,7	35,6	2,7
18	Mährisch-Schönberg (Krakau)	61,4	36,4	2,2
19	St. Pölten (Wien)	60,9	36,7	2,4
20	Brzezany (Lemberg)	60,8	37,1	2,1
21	Salzburg (Innsbruck)	60,6	37,5	1,9
22	Triest (Graz)	60,0	36,9	3,1
23	Kremsier (Wien)	59,3	37,3	3,4
24	Kolomea (Lemberg)	59,1	38,5	2,4
25	Czortkow (Lemberg)	59,0	38,7	2,3
26	Laibach (Graz)	58,3	39,1	2,6
27	Iglau (Wien)	57,4	40,7	1,9
28	Lemberg (Lemberg)	57,3	40,4	2,3
29	Beraun (Prag)	57,0	40,7	2,3
30	Hohenmauth (Leitmeritz)	56,3	40,7	3,0
31	Linz (Innsbruck)	56,2	41,5	2,3
32	Brünn (Wien)	56,1	40,1	3,8
33	Teschen (Krakau)	56,0	41,4	2,6
34	Troppau (Krakau)	55,5	41,5	3,0
35	Marburg (Graz)	55,5	42,0	2,5
36	Tarnow (Krakau)	55,4	41,1	3,5
37	Tarnopol (Lemberg)	55,4	41,4	3,2
38	Caslau (Leitmeritz)	55,1	42,8	2,1
39	Krakau (Krakau)	55,1	42,2	2,7
40	Stanislau (Lemberg)	54,9	42,5	2,6
41	Budweis (Prag)	53,9	44,1	2,0
42	Wadowice (Krakau)	53,7	40,1	6,2
43	Czernowitz (Lemberg)	53,6	44,8	1,6
44	Neuhaus (Prag)	53,5	44,6	1,9
45	Turnau (Leitmeritz)	53,0	44,5	2,5
46	Königgrätz (Leitmeritz)	53,0	44,6	2,4
47	Sambor (Przemysl)	52,8	44,6	2,6
48	Komotau (Leitmeritz)	52,2	45,4	2,4
49	Theresienstadt (Leitmeritz)	52,0	45,8	2,2
50	Klagenfurt (Graz)	51,0	46,4	2,6
51	Wien B (Wien)	50,8	47,2	2,0

Übersicht 12 (Fortsetzung).

Lfde. Zahl	Ergänzungs-Bez.-Kmdo. (Korpsbereich)	Auf je 100 endgültig Abgefertigte gab es		
		Taugliche	Waffen-unfähige	Untaugliche
52	Prag (Prag)	50,6	47,2	2,2
53	Jungbunzlau (Leitmeritz)	49,7	48,1	2,2
54	Beneschau (Prag)	49,3	48,6	2,1
55	Eger-Böhmen (Prag)	49,1	48,2	2,7
56	Jicin (Leitmeritz)	48,6	48,7	2,7
57	Pisek (Prag)	48,3	49,4	2,3
58	Graz (Graz)	48,3	48,9	2,8
59	Neusandec (Krakau)	47,0	45,2	7,8
60	Pilsen (Prag)	46,6	51,4	2,0
61	Wien A (Wien)	46,1	50,9	3,0
	Ungarn			
1	Temesvar (Temesvar)	72,1	26,7	1,2
2	Szekelyudvarhely (Nagyszeben)	71,3	26,6	2,1
3	Kr.-Mar.-Erg.-Bez. Fiume (Zagreb)	70,5	27,6	1,9
4	Pecs (Budapest)	69,5	29,3	1,2
5	Debreczen (Temesvar)	69,0	29,3	1,7
6	Bekescsaba (Temesvar)	68,0	30,8	1,2
7	Otocac (Zagreb)	67,9	28,4	3,7
8	Karansebes (Temesvar)	67,3	31,4	1,3
9	Zombor (Budapest)	66,6	32,2	1,2
10	Kaposvar (Budapest)	66,4	32,0	1,6
11	Eperjes (Kassa)	66,1	31,5	2,4
12	Szekesfehervar (Budapest)	64,9	33,4	1,7
13	Petrovaradin (Zagreb)	64,7	34,3	1,0
14	Brasso (Nagyszeben)	64,0	34,5	1,5
15	Losoncz (Kassa)	63,0	35,4	1,6
16	Ujvidek (Budapest)	63,0	35,8	1,2
17	Nagybecskerek (Temesvar)	62,2	36,6	1,2
18	Szabadka (Budapest)	61,9	36,8	1,3
19	Szombathely (Pozsony)	61,3	36,7	2,0
20	Sopron (Pozsony)	60,8	33,2	6,0
21	Ungvar (Kassa)	60,5	35,2	4,3
22	Karlovac (Zagreb)	60,3	37,1	2,6
23	Nagy Varad (Temesvar)	60,0	37,4	2,6
24	Szolnok (Budapest)	59,9	38,4	1,7
25	Kassa (Kassa)	59,7	38,7	1,6
26	Bjelovar (Zagreb)	59,4	38,5	2,1
27	Esztergom (Pozsony)	59,3	34,0	6,7
28	Gyulafehervar (Nagyszeben)	58,9	38,3	2,8
29	Nagyszeben (Nagyszeben)	58,8	38,7	2,5
30	Nagykanizsa (Pozsony)	57,9	39,9	2,2
31	Maramaros Sziget (Kassa)	57,8	40,2	2,0
32	Budapest (Budapest)	57,7	40,6	1,7
33	Zagreb (Zagreb)	57,6	40,3	2,1
34	Besztercze (Nagyszeben)	57,1	41,2	1,7
35	Maros Vasarhely (Nagyszeben)	56,7	41,3	2,0
36	Arad (Temesvar)	56,7	41,4	1,9
37	Munkacs (Kassa)	55,8	42,1	2,1
38	Trencsen (Pozsony)	55,6	35,7	8,7
39	Kecskemet (Budapest)	55,5	42,4	2,1
40	Szaszvaros (Nagyszeben)	55,5	41,9	2,6
41	Szatmar Nemeti (Kassa)	55,2	43,4	1,4
42	Eger-Ungarn (Kassa)	55,1	43,0	1,9
43	Szeged (Temesvar)	55,1	43,5	1,4
44	Komarom (Pozsony)	54,0	43,8	2,2
45	Györ (Pozsony)	53,5	44,6	1,9
46	Kolozsvar (Nagyszeben)	52,8	45,7	1,5
47	Pozsony (Pozsony)	51,3	46,1	2,6
48	Osijek (Zagreb)	50,2	47,9	1,9

Miszellen.

Die Geschlechtskrankheiten in der Stadt Hannover Ende 1919.

Von Dr. Karl Seutemann,
Direktor des Statistischen Amts der Stadt Hannover.

Das Reichsgesundheitsamt hat eine Aufnahme der geschlechtskranken Personen veranstaltet, die in der Zeit vom 15. November bis 14. Dezember 1919 ärztlich behandelt worden sind. Die Aufnahmepapiere sind den Ärzten durch die Gemeindebehörde zugestellt; die Ärzte sollten die ausgefüllten Formblätter, nötigenfalls eine Fehlanzeige, in einem beigefügten Umschlage unmittelbar dem Reichsgesundheitsamte einsenden. Bei diesem Verfahren müssen die einlaufenden Unterlagen sehr lückenvoll sein. Das Statistische Amt der Stadt Hannover hat die Ärzte ersucht, die ausgefüllten Formblätter durch seine Hand gehen zu lassen. So konnte rechtzeitig geprüft werden, ob sich auch alle Ärzte beteiligten. Dies war bis auf einen Dermatologen der Fall, der wegen Krankheit die Papiere nicht ausfüllen konnte, obwohl er seine Praxis weiter ausübte. Hannover wird also eine der wenigen Großstädte sein, für die die Unterlagen fast vollständig gesammelt sind. Die Ergebnisse können daher allgemeinere Teilnahme beanspruchen.[1])

In Hannover sind auch kurz vor dem Kriege die ärztlich behandelten Geschlechtskranken vollständig gezählt worden, und zwar auf Grund von Formblättern, die vom Verbande der Deutschen Städtestatistiker zusammen mit der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ausgearbeitet waren. Die Aufnahme erstreckte sich genau wie die jetzige auf alle während

---

[1]) Für vielerlei Auskünfte hat der Verfasser den hannoverschen Dermatologen Sanitätsräten Dr. Block, Dr. Halle und Dr. Wendt zu danken.

eines Monats (vom 20. November bis 19. Dezember 1913) Behandelten, einerlei ob die Behandlung in dem Zählmonat begonnen war oder in den Zählmonat hinein fortdauerte.[1]) Bei beiden Aufnahmen sind die an mehreren Geschlechtskrankheiten gleichzeitig Behandelten (im Zählmonat 1919: 69 Männer und 64 Frauen) nur einmal (und zwar 1919 bei der zuletzt in Behandlung gekommenen Krankheit oder — falls der Behandlungsbeginn gleichzeitig war — bei der schwereren Krankheit) gezählt worden. Die Ergebnisse beider Aufnahmen sind daher vergleichbar:

Übersicht 1.

Die behandelten Geschlechtskranken in der Stadt Hannover vor dem Kriege und nach dem Kriege.

Krankheit	Ärztlich behandelt in der Stadt Hannover				Davon behandelt in					
					den Krankenhäusern II. und III.				Garnison-lazarett u. anderen Lazaretten	
	1913 (20. 11. bis 19. 12.)		1919 (15. 11. bis 14 12.)		1913 (20. 11. bis 19. 12.)		1919 (15. 11. bis 14. 12.)		1913 (20. 11. bis 19. 12.)	1919 (15. 11. bis 14. 12.)
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	m.
Akuter Tripper	996	277	703	281	80	79	77	97	22	113
Chronischer Tripper			214	92			6	9		3
Weicher Schanker	192	20	197	34	46	5	36	17	—	31
Frische Syphilis	279	83	398	284	44	7	47	94	23	66
Rezidivierende Syphilis	489	180	414	239	6	45	10	25	3	6
darunter (Tabes)	(133)	(36)	(47)	(21)	—	—	(1)	—	—	—
(Paralyse)			(16)	(3)	—	—	—	(1)	—	—
(Aorten-Aneurysma)			(13)	(3)	—	—	—	—	—	—
Angeborene Syphilis	31	27	12	19	—	5	4	2	—	—
Zusammen	**1987**	**587**	**1938**	**949**	**176**	**141**	**180**	**244**	**48**	**219**

Hiernach hat die absolute Zahl der geschlechtskranken Männer im ganzen nicht zugenommen, nur die Syphilis macht sich stärker bemerkbar; wohl aber sind die Frauen jetzt viel stärker von sämtlichen Geschlechtskrankheiten, besonders aber von der Syphilis ergriffen worden. Die Zahl der über 15 bis 50 Jahre alten lebenden Männer hat sich allerdings erheblich vermindert, während die der Frauen größer geworden ist:

[1]) Die Unterlagen für die deutschen Großstädte überhaupt sind im 6. Heft der Schriften des Verbandes deutscher Städtestatistiker von Busch bearbeitet worden. Für Hannover haben wir die Ergebnisse in einem Sonderaufsatz zusammengestellt, der damals den Ärzten überreicht worden ist.

Im Alter von über 15 bis 50:	Männer	Frauen
Anfang Dezember 1913	93 300	98 100
8. Oktober 1919	86 867	102 557

Dabei sind die Männer gerade in den am meisten gefährdeten Altersklassen am stärksten zurückgegangen.

Daß nicht auch bei den Männern unter dem Einflusse der verseuchten Etappen und der gelockerten Sitten die Krankheit noch weiter und tiefer gefressen hat, wird manchem Arzte nicht einleuchten. Vermutlich werden ja auch in dieser Hinsicht durch die neue Reichsaufnahme tiefe Schatten auf das Land und die kleinen Städte fallen. In den Großstädten jedoch mag das Übel bei den Männern schon vor dem Kriege eine Art Sättigungspunkt erreicht haben, nicht in dem Sinne, als ob die Männer durch die Breite der Seuche bereits gegen weitere Neuerkrankungen unempfindlich geworden wären. Wohl aber mag sich bei der furchtbaren Höhe der männlichen Erkrankungsziffer, so wie wir sie später mitteilen werden, endlich einmal der Kreis der gefährdeten Personen und unter diesen wieder der Kreis der Gefahrmöglichkeiten, so wie sie sich rein tatsächlich aus den Lebensverschlingungen ergeben, erschöpfen. Auffallend bleibt immerhin das viel stärkere Anwachsen der Syphilis bei den Frauen als bei den Männern.

Oder will man auch bei den Frauen das verwüstende Umsichgreifen der Seuche nicht ohne weiteres als kennzeichnend gelten lassen? Der Krankenbestand schwankt in den einzelnen Kalendermonaten des Jahres;[1]) immerhin scheint der Erhebungsmonat etwa den mittleren Stand des Jahres wiederzugeben. Hiervon abgesehen will man beobachtet haben, daß die Syphilis in größeren Zeiträumen auf- und niedergeht.[2]) Gegen die vorgebrachten statistischen Beweise läßt sich viel sagen. Da aber einzelne wenige Syphilisträger die Krankheit, die oft im Anfang wenig Beschwerden verursacht, unter Umständen in allerkürzester Frist weithin übertragen können, so mögen sich die Schäden aus solchen zufälligen (d. h. nicht gleichmäßig wiederkehrenden) stark unheilvollen Einflüssen gelegentlich während eines begrenzten Beob-

[1]) Vgl. darüber z. B.: E. Roesle, Kritische Bemerkungen zur Statistik der Geschlechtskrankheiten, in diesem Archiv, 13. Bd., 3. Heft 1919, S. 298 ff. Dieser Aufsatz ist für die methodologischen Fragen sehr ausgiebig geprüft und benutzt worden.

[2]) Vgl. Blaschko und Fischer, Einfluß der sozialen Lage auf die Geschlechtskrankheiten in „Krankheit und soziale Lage“, herausgegeben von Mosse und Tugendreich, München 1913, S. 507.

achtungszeitraums außerordentlich häufen. In solchen Fällen ist die Beobachtungszeit von einem Monat zu kurz, wenigstens wenn gleichzeitig auch der Beobachtungsraum eng begrenzt ist.

Vielleicht wird die Zunahme der Frauenerkrankungen begreiflicher, wenn wir Alter und Familienstand der Behandelten prüfen. Leider können wir das nur für 1919. In den vom Reichsgesundheitsamte herausgegebenen Formblättern ist jeder im Zählmonat behandelte Geschlechtskranke einzeln aufgeführt; für ihn ist das Geschlecht, das Alter, der Familienstand, die Art der Krankheit, der Zeitpunkt des Behandlungsbeginns, der Wohnort und die etwaige Überweisung an einen anderen Arzt angegeben. Hiernach gliedern wir die Behandelten nach Alter und Familienstand, schließen dabei aber die Ortsfremden aus (auch die Kranken aus der — später am 1. Januar 1920 eingemeindeten — Nachbarstadt Linden, mit Ausnahme der Kranken des in Linden gelegenen stadthannoverschen Krankenhauses für Hautkranke): es sind bei den Männern 349 (18,0 Proz. aller behandelten Männer), darunter 67 im Krankenhause und 123 im Garnisonlazarett; und bei den Frauen 64 (6,7 Proz. aller behandelten Frauen), darunter 16 im Krankenhause. Ferner schließen wir die Behandelten aus, die während des Erhebungsmonats einem anderen Arzte überwiesen worden sind, denn möglicherweise liegt hier Doppelzählung vor: es sind an einen anderen Arzt überwiesen bei den Männern 82 = 4,2 Proz., bei den Frauen 45 = 4,7 Proz.; es ist freilich möglich, daß der Arzt gewechselt wird, ohne daß der frühere Arzt davon erfährt. Bei 102 männlichen und bei 41 weiblichen Behandelten war das Alter nicht angegeben, wir haben diese Fälle nach dem Verhältnis der Behandelten auf die einzelnen Altersgruppen verteilt. Die Altersgliederung der lebenden Männer und Frauen ergibt sich aus der Volkszählung vom 8. Oktober 1919. Die Altersgruppen haben wir weiter nach dem Familienstande gegliedert, nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1910, obwohl sich sicherlich inzwischen vieles recht erheblich verschoben hat:[1])

---

[1]) Das Reichsgesundheitsamt selbst hat dieselbe Tabelle für Hannover aufgestellt. Diese Tabelle ist in Einzelheiten genauer als unsere, weil das Reichsgesundheitsamt wegen einzelner Fälle bei den Ärzten näher nachgeforscht hat. Wir hätten gern diese Tabelle übernommen, haben aber doch davon absehen müssen, weil wir in den weiteren Tabellen, wo lediglich die Neuzugänge des Zählmonats in Frage kommen, doch nur auf unsere Zahlen angewiesen bleiben; denn die Tabelle des Reichsgesundheitsamts unterscheidet die Neugänge nicht

Übersicht 2a.

Die behandelten Geschlechtskranken nach Geschlecht, Alter und Familienstand.

Absolute Zahlen.

Alter	Familienstand	Geschlecht	Lebende am 8. Okt. 1919	Im Zählmonat 1919 sind in d. Stadt Hannover ärztlich behandelt (ohne Auswärtige u. ohne die einem anderen Arzt Überwiesenen) an: akutem Tripper	chron. Tripper	weichem Schanker	frischer Syphilis	rezidiv. Syphilis	angeb. Syphilis	zusammen
bis 15 Jahre	zus.	m.	32 768	3	—	—	1	1	11	16
		w.	32 159	39	7	—	1	2	11	60
über 15 bis 21	zus.	m.	17 300	88	6	23	33	4	—	154
		w.	19 683	62	9	11	56	16	6	160
über 21 bis 25	ledig	m.	10 410	134	45	30	70	33	—	312
		w.	10 830	63	19	13	72	36	1	204
	verh.	m.	820	—	1	2	3	1	—	7
		w.	4 022	7	3	—	16	10	—	36
	verw.	m.	—	—	—	—	—	—	—	—
		w.	30	1	—	—	—	—	—	1
	gesch.	m.	—	—	—	—	—	—	—	—
		w.	15	—	—	—	—	1	—	1
	zus.	m.	**11 230**	**134**	**46**	**32**	**73**	**34**	—	**319**
		w.	**14 897**	**71**	**22**	**13**	**88**	**47**	**1**	**242**
über 25 bis 30	ledig	m.	7 198	134	50	34	64	62	1	345
		w.	6 887	28	22	1	44	23	1	119
	verh.	m.	5 811	24	4	10	6	13	—	57
		w.	10 132	16	5	2	21	20	—	64
	verw.	m.	52	—	—	—	—	—	—	—
		w.	156	1	—	—	2	4	—	7
	gesch.	m.	26	—	—	—	—	—	—	—
		w.	69	—	—	—	2	2	—	4
	zus.	m.	**13 088**	**158**	**54**	**44**	**70**	**75**	**1**	**402**
		w.	**17 244**	**45**	**27**	**3**	**69**	**49**	**1**	**194**
über 30 bis 40	ledig	m.	4 492	54	26	20	35	41	—	176
		w.	5 332	7	3	3	7	8	—	28
	verh.	m.	18 819	46	29	19	38	80	—	212
		w.	21 106	15	12	1	20	52	—	100
	verw.	m.	213	2	—	—	1	1	—	4
		w.	856	2	—	—	3	—	—	5
	gesch.	m.	118	3	1	—	—	1	—	5
		w.	332	—	1	1	—	1	—	3
	zus.	m.	**23 642**	**105**	**56**	**39**	**74**	**123**	—	**397**
		w.	**27 626**	**24**	**16**	**5**	**30**	**61**	—	**136**
über 40 bis 50	ledig	m.	1 901	10	3	3	7	8	—	31
		w.	3 189	—	—	—	1	1	—	2
	verh.	m.	19 101	27	8	5	28	56	—	124
		w.	17 099	2	2	—	5	19	—	28
	verw.	m.	432	3	—	—	—	3	—	6
		w.	2 542	2	—	—	—	2	—	4
	gesch.	m.	173	—	—	—	—	—	—	—
		w.	277	—	—	—	—	1	—	1
	zus.	m.	**21 607**	**40**	**11**	**8**	**35**	**67**	—	**161**
		w.	**23 107**	**4**	**2**	—	**6**	**23**	—	**35**
über 50 Jahre	**zus.**	m.	**25 186**	**10**	**6**	**5**	**10**	**37**	—	**68**
		w.	**30 894**	**3**	—	—	—	**13**	—	**16**

Übersicht 2b.
Die behandelten Geschlechtskranken, nach Geschlecht, Alter und Familienstand.

Verhältniszahlen.

Alter, Familienstand, Geschlecht			Auf 100 Lebende der Gruppe der Vorspalte sind im Zählmonat in Hannover ärztlich behandelt (ohne Auswärtige und ohne die einem anderen Arzt Überwiesenen) an					
			akutem Tripper	chron. Tripper	weichem Schanker	frischer Syphilis	rezidiv. Syphilis	zusammen (einschl. angeb. Syphilis)
über 15 bis 21	zus.	m.	5,1	0,3	1,3	1,9	0,2	8,9
		w.	3,1	0,5	0,6	2,8	0,8	8,1
über 21 bis 25	ledig	m.	12,9	4,2	2,9	6,7	3,2	30,0
		w.	5,8	1,8	1,2	6,6	3,3	18,8
	verh.	m.	—	1,2	2,4	3,7	1,2	8,5
		w.	1,7	0,7	—	4,0	2,5	9,0
	zus.[1]	m.	**11,9**	**4,1**	**2,8**	**6,5**	**3,0**	**28,4**
		w.	**4,8**	**1,5**	**0,9**	**5,9**	**3,2**	**16,2**
über 25 bis 30	ledig	m.	18,6	6,9	4,7	8,9	8,6	47,9
		w.	4,1	3,2	—	6,4	3,3	17,3
	verh.	m.	4,1	0,7	1,7	1,0	2,2	9,8
		w.	1,6	0,5	0,2	2,1	2,0	6,3
	zus.[1]	m.	**12,1**	**4,1**	**3,4**	**5,3**	**5,7**	**30,7**
		w.	**2,6**	**1,6**	**0,2**	**4,0**	**2,8**	**11,3**
über 30 bis 40	ledig	m.	12,0	5,8	4,5	7,8	9,1	39,2
		w.	1,3	0,6	0,6	1,3	1,5	5,3
	verh.	m.	2,4	1,5	1,0	2,0	4,3	11,3
		w.	0,7	0,6	—	0,9	2,5	4,7
	verw.	m.	9,4	—	—	4,7	4,7	18,8
		w.	2,3	—	—	3,5	—	5,8
	gesch.	m.	25,4	8,5	—	—	8,5	42,4
		w.	—	3,0	3,0	—	3,0	9,0
	zus.	m.	**4,4**	**2,4**	**1,6**	**3,1**	**5,2**	**16,8**
		w.	**0,9**	**0,6**	**0,2**	**1,1**	**2,2**	**4,9**
über 40 bis 50	ledig	m.	5,3	1,6	1,6	3,7	4,2	16,3
		w.	—	—	—	0,3	0,3	0,6
	verh.	m.	1,4	0,4	0,3	1,5	2,9	6,5
		w.	0,1	0,1	—	0,3	1,1	1,6
	verw.	m.	6,9	—	—	—	6,9	13,9
		w.	0,8	—	—	—	0,8	1,6
	gesch.	m.	—	—	—	—	—	—
		w.	—	—	—	—	3,6	3,6
	zus.	m.	**1,9**	**0,5**	**0,4**	**1,6**	**3,1**	**7,5**
		w.	**0,2**	**0,1**	—	**0,3**	**1,0**	**1,5**
über 50 Jahre	**zus.**	m.	**0,4**	**0,2**	**0,2**	**0,4**	**1,5**	**2,7**
		w.	**0,1**	—	—	—	**0,4**	**0,5**

[1]) Einschließlich Verwitwete und Geschiedene (die im einzelnen wegen der Kleinheit der Zahl der Lebenden hier nicht besonders nachgewiesen sind).

Bei den Männern liegt der Höhepunkt der Erkrankunsgziffer im Alter von 25—30 Jahren, bei den Frauen im Alter von 21—25 Jahren. Danach nimmt sie rasch ab und zwar bei den Frauen stärker als bei den Männern. Die Verheiratung setzt die Erkrankungsgefahr bei beiden Geschlechtern ganz bedeutend herab, bei den Männern aber noch mehr als bei den Frauen, die eben der Ansteckungsgefahr durch den Ehemann ausgesetzt bleiben. Verwitwung steigert die Gefahr wieder, ohne daß die Erkrankungsziffer der Ledigen der entsprechenden Altersklasse erreicht würde. Für die Geschiedenen sind die Beobachtungsunterlagen, die notwendigerweise nach dem Alter gegliedert werden müssen, nicht ausreichend; viel schlimmer als die Ledigen der entsprechenden Altersklasse scheinen sie auch nicht daran zu sein. Das furchtbare Gewicht der Frauensyphilis, sowohl der frischen wie der rezidivierenden, liegt bei den jüngsten und jüngeren Altersklassen. Im Alter von 15—21 Jahren haben wir im Verhältnis viel mehr syphilitische Mädchen als syphilitische junge Männer. Auch im Alter von 21—25 Jahren stehen die Mädchen in dieser Hinsicht den Männern nicht nach; im folgenden Altersjahrfünft bahnt sich der Umschwung an, später tritt das weibliche Geschlecht bei Syphilis wie bei den anderen Geschlechtskrankheiten zurück. Nach den Krankenzahlen für den Familienstand zu urteilen, ist die Syphilis stark von den Männern in die Ehe eingeschleppt; doch bleibt zahlenmäßig ausschlaggebend der verbreiterte Nährboden, den die jungen Mädchen für die furchtbare Seuche hergeben.

Im Alter bis zu 15 Jahren finden wir neben 27 syphilitischen Kindern (13 Knaben und 14 Mädchen; fast ausschließlich angeborene Syphilis) 3 Knaben und 46 Mädchen, die wegen Trippers behandelt sind (darunter 7 Mädchen wegen chronischen Trippers; bei zwei von den drei Knaben handelt es sich um Blennorrhoe). Von den 46 tripperkranken Mädchen stehen im Alter bis zu

---

besonders. Insgesamt hat das Reichsgesundheitsamt 111 behandelte Personen mehr gezählt als wir. Wir haben nämlich bei den männlichen Personen 143 Auswärtige mehr ausgeschieden als das Reichsgesundheitsamt, das anscheinend nur die auswärtigen Zivilpersonen besonders ausgeworfen hat. Dafür hat das Reichsgesundheitsamt nicht wie wir alle Kranken ausgeschieden, die als einem anderen Arzte überwiesen bezeichnet sind; vielmehr hat es diese Kranken nur dann nicht mitgezählt, wenn der Kranke auf der Liste des Arztes (oder der Anstalt), dem er überwiesen war, wieder vorgekommen ist. Dies konnte nur nach gewissen Merkmalen des Geschlechts, des Alters, Familienstandes und der Art der Krankheit ermittelt werden, da die Namen auf den von den Ärzten ausgefüllten Fragebogen nicht enthalten sind.

5 Jahren 22, im Alter von über 5 bis zu 10 Jahren 16, im Alter von über 10 bis 15 Jahren 8. Es handelt sich um Fälle außergeschlechtlicher Ansteckung. Die Gonokokken werden leicht übertragen, wenn die Kinder mit der kranken Mutter oder Schwester im selben Bett schlafen. Viele Fälle rühren von einer Tripperepidemie her, die im Juni 1919 unter stadthannoverschen Ferienkindern in einem nahen Kurorte infolge gemeinschaftlicher Wannenbäder ausgebrochen war. Solche Massenerkrankungen hat man auch sonst schon in Anstalten und Krankenhäusern beobachtet.[1])

Die Zahl der während eines Monats Behandelten ist natürlich von der Dauer der Behandlung mit abhängig. Von allen im Zählmonat Behandelten sind 30,1 Proz. erst im Zählmonat neu in die Behandlung eingetreten, 68,5 Proz. sind aus der Zeit vorher in den Zählmonat mit übernommen, bei 1,3 Proz. ist der Behandlungsbeginn nicht angegeben. Bei den einzelnen Krankheiten schwankt der Anteil des Neuzugangs: so sind bei akutem Tripper im Erhebungsmonat 38 Proz. der Behandelten neu hinzugekommen, bei chronischem Tripper 19 Proz., bei weichem Schanker 45 Proz., bei frischer Syphilis 29 Proz., bei rezidivierender Syphilis 19 Proz. Um zu einer Jahreserkrankungsziffer zu kommen, müssen wir uns auf die Neuzugänge des Zählmonats beschränken; auch hier sind wieder die Ortsfremden und die einem anderen Arzte Überwiesenen auszuscheiden und die Fälle unbekannten Alters proportional auf die Altersgruppen zu verteilen. Wir können die monatlichen Neuzugänge ungefähr gleichsetzen den monatlichen Neuerkrankungen, soweit sie überhaupt ärztlich behandelt werden; wenigstens ist das erlaubt bei akutem Tripper, weichem Schanker und frischer Syphilis. Die Neuzugänge bei chronischem Tripper und bei rezidivierender Syphilis werden im allgemeinen schon früher als akuter Tripper oder frische Syphilis behandelt sein; doch soll es davon namentlich bei den Frauen viele Ausnahmen geben, sowohl bei chronischem Tripper wie bei sekundärer Syphilis. Die so begrenzten monatlichen Neuzugänge ergeben mit 12 multipliziert die Jahreszahl der ärztlich behandelten Neuerkrankungen:

---

[1]) Siehe Blaschko und Fischer, a. a. O., S. 498.

Übersicht 3.

Jahreserkrankungsziffer an Geschlechtskrankheiten 1919 nach Geschlecht und Alter.

Alter in Jahren und Geschlecht		Lebende 8. Okt. 1919	Jahreserkrankte in Hannover (Neuzugang im Zählmonat 1919, multipliziert mit 12; ohne Auswärtige und ohne die einem anderen Arzt Überwiesenen) an									
			akutem Tripper		chronischem Tripper		weichem Schanker		frischer Syphilis		Krankheiten zusammen (chronischer Tripper nur mit $^1/_3$ mitgezählt)	
			wirkliche Zahl	auf 100 Lebende	wirkliche Zahl	auf 100 Lebende	wirkliche Zahl	auf 100 Lebende	wirkliche Zahl	auf 100 Lebende	wirkliche Zahl	auf 100 Lebende
über 15—21	m.	17 300	480	2,77	12	0,07	132	0,76	144	0,83	760	4,39
	w.	19 683	96	0,49	—	—	36	0,18	72	0,37	204	1,04
„ 21—25	m.	11 230	756	6,73	60	0,53	204	1,82	204	1,82	1184	10,54
	w.	14 897	360	2,42	60	0,40	96	0,64	480	3,22	956	6,42
„ 25—30	m.	13 088	792	6,05	252	1,93	240	1,83	204	1,56	1320	10,09
	w.	17 244	84	0,49	60	0,35	12	0,07	132	0,77	248	1,44
„ 30—35	m.	12 332	420	3,41	72	0,58	96	0,78	168	1,36	708	5,74
	w.	15 035	12	0,08	12	0,08	24	0,16	60	0,40	100	0,67
„ 35—40	m.	11 310	120	1,06	48	0,42	24	0,21	120	1,06	280	2,48
	w.	12 501	36	0,29	—	—	—	—	—	—	36	0,29
„ 40—45	m.	11 503	168	1,46	12	0,10	24	0,21	84	0,73	280	2,43
	w.	12 887	12	0,09	—	—	24	0,19	36	0,28	72	0,56
„ 45—50	m.	10 104	36	0,36	24	0,24	36	0,36	—	—	80	0,79
	w.	10 220	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ 50—60	m.	14 572	12	0,08	12	0,08	—	—	36	0,25	52	0,36
	w.	15 823	12	0,08	—	—	—	—	—	—	12	0,08
über 15—60	m.	**101 439**	**2 784**	**2,74**	**492**	**0,49**	**756**	**0,75**	**960**	**0,95**	**4664**	**4,60**
	w.	**118 380**	**612**	**0,52**	**132**	**0,11**	**192**	**0,16**	**780**	**0,66**	**1617**	**1,37**

Die Alterskurve der Erkrankungshäufigkeit verläuft nicht überall rein: alle Zufälligkeiten oder besser gesagt alle nicht regelmäßig wiederkehrenden Sondereinflüsse des Zählmonats verstärken sich eben durch die Multiplikation mit zwölf. Durch die Frauensyphilis ist jetzt das Alter von 21—25 Jahren furchtbar gekennzeichnet, während sonst durchweg die Erkrankungsziffer der Frauen niedriger als die der Männer ist.

Wieviel Vorbehalte man auch macht, zu hoch sind — alles in allem genommen — die angegebenen jährlichen Erkrankungsziffern für Hannover nicht, denn ganz lückenlos sind ja — wie anfangs erwähnt — nicht einmal unsere ärztlichen Unterlagen. Ferner werden keineswegs alle Erkrankungen ärztlich behandelt; namentlich der akute Tripper wird oft auf den Rat von Freunden oder mit Hilfe von Rezepten selbst behandelt. Weniger mögen —

wenigstens in der Großstadt — die Kurpfuscher zu bedeuten haben; die von ihnen mißhandelten Fälle gehen auch wohl größtenteils später doch in ärztliche Behandlung über. Bei den Frauen ist ferner nicht immer ohne weiteres zu entscheiden, ob eine Unterleibskrankheit auf Tripperansteckung beruht; solche Fälle werden oft als Weißfluß, Gebärmutterkatarrh, Blasenkatarrh u. dgl. behandelt. Schließlich haben wir ja auch die Neuzugänge bei sekundärer Syphilis vollständig ausgeschlossen und die Neuzugänge an chronischem Tripper wenigstens bei der Zusammenfassung der Geschlechtskranken nur mit $^1/_3$ berücksichtigt, was sicher nach dem Urteil mancher Fachärzte viel zu wenig getan heißt.

Heilten die Geschlechtskrankheiten leicht und sicher aus, oder führten sie — wo das nicht der Fall ist — bald zum Tode, so müßten wir uns damit zufrieden geben, die Häufigkeit der Erkrankungen berechnet zu haben. Nun wuchern diese Krankheiten aber, besonders wenn der Kranke aus falscher Scham oder aus Gleichgültigkeit und Unkenntnis den Schaden anfangs vernachlässigt oder die Behandlung — wie so oft — nicht lange genug fortsetzt, leicht fort, oft bis zum Wiederausbruch verborgen, oder sie hinterlassen andere organische Schäden, rufen Unfruchtbarkeit beim Manne und der Frau hervor, bewirken Fehlgeburten, schädigen die Nachkommenschaft, greifen tief in die Gemütsstimmung und die Lebensbeziehungen des Kranken ein, von der Allgemeingefährdung durch Ansteckung ganz zu schweigen. Das gilt auch von dem vielfach unterschätzten Tripper, der namentlich bei der Frau gefährlich und schwer zu bekämpfen ist.[1]) Angesichts dieser Tatsachen ist es vom Standpunkt der öffentlichen Gesundheitspflege wichtig zu wissen, wie viele unseres Volkes, wie viele der großstädtischen Bevölkerung (so lautet die Frage für uns) während ihres ganzen Lebens von der Seuche überhaupt einmal ergriffen werden. Moralstatistisch gewandt sieht die Frage so aus: Wie groß (oder bei den Männern besser wie klein) ist die Zahl derer, die sich während ihres ganzen Lebens von schlimm-gefährlichem Umgange fernzuhalten vermochten, sei es weil sie mit dem gewaltigen Triebe, der die wirtschaftliche und Bevölkerungsentfaltung in Einklang hält,[2]) kampfloser als andere fertig werden

---

[1]) Vgl. Prinzing: Handbuch der medizinischen Statistik, Jena 1906, S. 223 und A. Fischer, Handbuch der sozialen Hygiene, Berlin 1913, S. 350.

[2]) Siehe des Verfassers Aufsatz: Die Wechselwirkung zwischen wirtschaftlicher und Bevölkerungsentfaltung nach Malthus, in Schmoller's Jahrbuch, Jahrg. 43, 1919

konnten, sei es weil sie achtunggebietende Bande stark genug empfanden, sei es weil sie, beseelt von ehrfürchtiger Scheu und vergeistigender Kraft, alles Drängende beglückt und beglückend in seelischen Werten auszuströmen vermochten? Zweifellos ist diese Kraft im Gemütsleben gutgearteter Frauen und meist auch im weiblichen Tätigkeitsbereiche von Anfang an sicherer und beharrlicher geborgen als beim Manne. Darüber hinaus kann uns aber die Statistik leider nichts Endgültiges sagen. Denn wenn es nicht möglich ist, bei künftigen Aufnahmen in jedem Behandlungsfalle zu ermitteln, ob es sich um die überhaupt erste oder zweite oder dritte Geschlechtserkrankung handelt, so können wir immer bloß wissen, wie groß die Gesamtgefährdung einer über das Leben hin beobachteten Personengruppe ist, niemals aber, ob diese Gesamtgefährdung sich gleichmäßiger auf die einzelnen Glieder des Personenkreises erstreckt oder sich vorzugsweise gehäuft auf bestimmte, besonders ausschweifend lebende Teile entlädt.

Roesle berechnet in seiner bereits angeführten, methodologisch wichtigen Arbeit die Gesamtgefährdung während der Lebenszeit so, daß er von 100 Geborenen ausgeht, die Überlebenden nach der Sterbetafel für die Altersgruppen berechnet und auf sie die vorher gewonnenen Jahreserkrankungsziffern der Altersgruppen anwendet. Man muß auf die natürliche Absterbeordnung deshalb zurückgreifen, weil namentlich in der großstädtischen Bevölkerung die jüngeren, besonders gefährdeten Altersklassen überstark vertreten sind. Die folgende Übersicht für Hannover schließt sich ganz an Roesle an; die Überlebenden haben der preußischen Sterbetafel für die Städte 1911—1914 (s. Statist. Jahrbuch für den Preuß. Staat, 15. Jahrg.) entnommen werden müssen:

(Übersicht 4 siehe nächste Seite.)

Hiernach liefert eine Masse von 100 männlichen Geborenen bis zum erreichten 50. Lebensjahre mindestens 125 neue geschlechtliche Erkrankungen aller Art (unter Ausschluß der Erkrankungen im Kindesalter und der Rezidive); eine entsprechende weibliche Geborenenmasse von 100 liefert während derselben Alterszeit immerhin noch 35 Neuerkrankungen.

Da indes die Erkrankungen im Kindesalter besonders zu beurteilen und deshalb außer Betracht gelassen sind, so hat es wenig Zweck, von 100 Geborenen auszugehen, vielmehr müßte man von 100 das 15. Lebensjahr Überlebenden ausgehen. Dann stellt sich die Gefährdung viel größer heraus. Ja man kann noch weiter gehen und sagen, es komme gar nicht darauf an, den tatsäch-

Übersicht 4.

Erkrankungsfälle eines männlichen und weiblichen Geburtenstammes.

Alter in Jahren	Zahl der von je 100 männl. oder weibl. Lebendgeborenen noch Lebenden nach der Preuß. Sterbetafel		Von je 100 männl. oder weibl. Lebendgeborenen eines Geburtsjahrganges erkranken in der Altersklasse der Vorspalte an								Krankheiten zusammen (chron. Tripper nur zu 1/3 mitgezählt)	
			akuten Tripper		chron. Tripper		weichem Schanker		frischer Syphilis			
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
über 15—21 (6 Jahrg.)	449,1	466,2	12,4	2,3	0,3	—	3,4	0,8	3,7	1,7	19,7	4,8
„ 21—25 (4 „)	292,4	304,9	19,7	7,4	1,5	1,2	5,3	2,0	5,3	9,8	30,8	19,6
„ 25—30 (5 „)	357,1	372,9	21,6	1,8	6,9	1,3	6,5	0,3	5,6	2,9	36,0	5,4
„ 30—35 (5 „)	347,5	363,0	11,8	0,3	2,0	0,3	2,7	0,6	4,7	1,5	19,9	2,4
„ 35—40 (5 „)	335,9	351,9	3,6	1,0	1,4	—	0,7	—	3,6	—	8,3	1,0
„ 40—45 (5 „)	320,7	339,0	4,7	0,3	0,3	—	0,7	0,6	2,3	0,9	7,8	1,9
„ 45—50 (5 „)	301,3	324,9	1,1	—	0,7	—	1,1	—	—	—	2,4	—
Zusammen	—	—	**74,9**	**13,1**	**13,1**	**2,8**	**20,4**	**4,3**	**25,2**	**16,8**	**124,9**	**35,1**

lichen Erkrankungsertrag einer Bevölkerungsmasse auf dem Wege bis zum 50. Lebensjahre zu ermitteln; denn auf dem Wege schieden viele durch Tod aus und könnten daher zu dem Ertrage nicht mehr beitragen. Vielmehr müsse die Frage so lauten: Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, auf dem Wege von 15—50 Jahren zu erkranken für je 100 Männer oder Frauen, die das 50. Lebensjahr überleben? Um diese Frage zu beantworten, müssen die Erkrankungsziffern der einzelnen Altersgruppen so oft multipliziert werden, als die Alterspruppe Jahrgänge umfaßt; die Produkte dürfen addiert werden:

(Übersicht 5 siehe nächste Seite.)

Das heißt: auf je 100 Männer, die 50 Jahre alt werden, sind während des Lebensweges von 15 zu 50 insgesamt 176 Geschlechtserkrankungen gefallen (auf je 100 Frauen 47), sofern man die Erkrankungshäufigkeit von 1919 als dauernd unterstellt. Nimmt man an, daß von diesen 100 zurückschauenden Männern 15 überhaupt niemals geschlechtlich krank gewesen sind, 35 einmal erkrankt sind, 30 zweimal (d. h. zwei Neuerkrankungen!), 13 dreimal, 5 viermal, 2 fünfmal und je 1 sechs- oder siebenmal, so käme gerade die Summe des Schuldkontos dieser Männer heraus. Natürlich hat dies Schema keinerlei tatsächlichen statistischen Wert, es

Übersicht 5.

Erkrankungsfälle der Männer und Frauen, die das 50. Lebensjahr überlebt haben.

Alter in Jahren	Von je 100 Männern oder Frauen, die das 50. Lebensjahr überleben, sind vom 15. bis zum 50. Lebensjahre erkrankt an								Krankheiten zusammen (chronischer Tripper nur zu $^1/_3$ gerechnet)	
	akuten Tripper		chron. Tripper		weichem Schanker		frischer Syphilis			
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
über 15—21 (6 Jahrg.)	16,6	2,9	0,5	—	4,6	1,1	5,0	2,2	26,3	6,2
„ 21—25 (4 „)	26,9	9,7	2,1	1,6	7,3	2,6	7,3	12,9	42,2	25,7
„ 25—30 (5 „)	30,3	2,5	9,7	1,8	9,2	0,4	7,8	3,9	50,5	7,2
„ 30—35 (5 „)	17,1	0,3	2,9	0,3	3,9	0,8	6,8	2,0	28,7	3,4
„ 35—40 (5 „)	5,3	1,5	2,1	—	1,1	—	5,3	—	12,4	1,5
„ 40—45 (5 „)	7,3	0,5	0,5	—	1,1	1,0	3,7	1,4	12,2	2,8
„ 45—50 (5 „)	1,8	—	1,2	—	1,8	—	—	—	4,0	—
Zusammen	**105,3**	**17,4**	**19,0**	**3,7**	**29,0**	**5,9**	**35,9**	**22,4**	**176,3**	**46,8**

soll nur verständlich machen, daß man zu einer ganz verzweifelten Krankheitshäufung bei großen Gruppen von Männern kommen muß, wenn man auch nur einen kleinen Teil der Männer als dauernd unberührt von der Prostitution oder ihren zahlreichen Übergängen retten möchte. Unsere Ergebnisse beziehen sich auf alle Männer, die das 50. Lebensjahr überleben, d. h. in den Ergebnissen macht sich die stark gefahrmindernde Wirkung der Ehe voll geltend. Wer das Geschlechtselend noch gehäufter sehen will, kann dieselbe Rechnung auch für die Männer aufmachen, die das 50. Lebensjahr ledig erreichen.

Man hat die Frage aufgeworfen, der wievielte Mann, dem man in der Großstadt begegnet, Syphilitiker sei. Darauf kann man nur antworten, wenn man annimmt, daß gerade bei Syphilis eine zweite Neuerkrankung selten ist (die häufigen Rezidive natürlich ausgenommen). Unter dieser nicht übereinstimmend beurteilten, aber jedenfalls nur unvollkommen zutreffenden Voraussetzung ist jeder fünfte Mann im Alter von 15—50 Jahren an Syphilis krank oder krank gewesen:

(Übersicht 6 siehe nächste Seite.)

Wir haben uns dem methodischen Wege, den Roesle in der entsprechenden Übersicht seines schon wiederholt angeführten Aufsatzes einschlägt, nicht anschließen können. Unserer Übersicht liegt vielmehr folgender Gedanke zugrunde. Die Männer im Alter

Übersicht 6.

Gleichzeitig lebende männliche Syphilitiker im Alter von 15—50 Jahren.

Alter	Lebende Männer 8. Okt. 1919	Von 100 lebenden Männern der Altersgruppe der Vorspalte sind an frischer Syphilis erkrankt gewesen	Demnach Zahl der lebenden Syphilitiker in der Altersgruppe der Vorspalte
über 15—21	17 300	2,49	431
„ 21—25	11 230	8,62	968
„ 25—30	13 088	16,16	2 115
„ 30—35	12 332	23,46	2 893
„ 35—40	11 310	29,51	3 338
„ 40—45	11 503	33,99	3 910
„ 45—50	10 104	35,81	3 618
Zusammen	86 867		17 273

von 15—21 Jahren sind durchschnittlich 3 Jahre der für diese Altersgruppe geltenden Erkrankungsaussicht von 0,0083 ausgesetzt gewesen, die im Alter von über 21—25 Jahren 6 Jahre der Chance von 0,0083 und durchschnittlich 2 Jahre von 0,0182. Für das Alter von über 25—30 errechnet sich folgender Erkrankungskoeffizient: $6 \times 0{,}0083 + 4 \times 0{,}0182 + 2{,}5 \times 0{,}0156 = 0{,}1616$ usf.

Das düstere Bild Hannovers ist nur das Bild der Großstadt überhaupt. Die kleineren Städte und das Land stehen viel besser da.[1]) Trotz aller gewaltigen hygienischen Verbesserungen gerade in den großen Städten welcher Verzehr an leiblicher und seelischer Gesundheit! Solche Statistiken lassen auf den ersten Blick ähnlich wie die rein medizinischen Aufklärungsfilms, die neben der nötigen Belehrung ausgesprochenermaßen durch ihre Krankheitsbilder Furcht erregen wollen, die physische Last nur um so drückender und unentrinnbarer erscheinen, weil sie eben einseitig nur das Physische betonen. Aber das statistische Denken, zu dem jede Einzelstatistik, an sich noch so unscheinbar, ja schließlich den Weg zeigen soll, führt doch darüber hinaus. Wenn schon der Wirklichkeitssinn die unauflösliche Verkettung von Massenwirkungen mit Massenursachen niemals verkennen darf, so sind doch diese Massenursachen sozial wandelbar; alle Arbeit, im kleinen wie im großen, die auf diese Ursachen hinzielt, ist unverloren. Wenn die Menschen und besonders die Städter im Augenblick auch verlernt zu haben scheinen, wie wirtschaftlich so auch

[1]) Vgl. Prinzing, a. a. O., S. 227.

seelisch zu sparen, weil sie keine deutlichen Ziele sehen; wenn sie auch allabendlich abgestumpft der wirksamsten Gegenaufklärung in den Stätten der Operetten- und Groteskenkultur ausgesetzt sind, so muß doch schließlich aus der grenzenlosen geistigen Verarmung selbst allmählich das brennende Verlangen herauswachsen, wieder seelische Kapitalien anzulegen; es muß sich wieder mehr Empfänglichkeit zeigen, der Stimme der Ehrfurcht vor den großen seelischen Gewalten im Verhältnis der Geschlechter Gehör zu geben. Der Boden hierzu muß bereitet werden. Unsere ungeahnte großstädtische Entwicklung hat Siedlungsmaßnahmen gezeitigt, die nur beherrscht waren von dem Gedanken, den stürmischen industriellen Bedürfnissen Genüge zu tun, die Zusammenballung großer Menschenmassen ohne Verkehrshemmung, ohne gesundheitliche Mißstände zu ermöglichen. Daran hat man viel weniger gedacht, wie man den eigentlichen Trägern dieser neuen Kultur in den dichten Häusergruppen geistigen Ausgleich und seelische Entspannung bieten könne. Wenn einmal das Licht industrieller Hochkonjunktur zu verflackern droht, dann sehen wir erst so recht, wie hungrig und seelenlos uns das verzerrte Siedlungsgewand anstarrt. Gerade die Statistik der Geschlechtskrankheiten zeigt, daß alle öffentliche Gesundheitspflege in den großen Städten ein bloßes Nichts bleibt, wenn die städtische Siedlung nicht die Sehnsucht des Volkes und seiner Kinder nach „einem Tag voll Weite, Glück und Wind“ befriedigt, wenn sie nicht das Volk wieder enger mit der Scholle verknüpft und damit wirtschaftlichen und seelischen Druck entspannt.

Die Kost dänischer Bauernfamilien im Jahre 1909.

Von Dr. med. Povl Heiberg, Vizestadtarzt in Kopenhagen
und
Maria Valborg Björum, Kochschullehrerin in Kopenhagen.

Im Anschluß an die zwei Berichte über die Kost dänischer Arbeiterfamilien, die vor einiger Zeit veröffentlicht sind,[1]) wollen wir über die Kost dänischer Bauernfamilien im Jahre 1909 be-

[1]) Zentralbl. f. Stoffwechsel, 1910, Nr. 12. Arch. f. Soz. Hyg. u. Demographie, 9. Bd., 1914, S. 145.

richten. Da das Gesinde (Haus- und Erwerbsgesinde) Anteil an dem Verbrauch hat, ist es in diesem Bericht mitgerechnet.

Die folgende Darstellung der Arbeitsmenge (durch die Anzahl der Kalorien [1]) angegeben) in der Kost der Bauernfamilien sowie Zusammensetzung und Preis dieser Kost im Jahre 1909 ist auf die sehr detaillierten Angaben über den Verbrauch dänischer Bauernfamilien aufgebaut, die kürzlich vom staatlichen statistischen Amt [2]) veröffentlicht sind.

Es ist gewiß nicht ohne Bedenken, daß wir diese Berechnungen begonnen haben, weil die Bauernfamilien einen verhältnismäßig großen Teil ihrer Kost auf ihrem eigenen Besitz produzieren, und weil auch die ziemlich bedeutende Verwendung fremder Arbeitskraft die Aufgabe erschwert. Selbstverständlich sind in den Haushaltungsrechenschaften diese zwei Verhältnisse berücksichtigt; je zahlreichere Berechnungen aber für die Korrektion notwendig sind, desto leichter können sich Fehler und Verschiebungen der endgültigen Resultate einschleichen.

Weil das angewandte Verfahren ganz dasselbe wie in den zwei erwähnten Abhandlungen über die Kost der Arbeiterfamilien ist, wird nicht genauer auf die angewandte Technik eingegangen; es wird daher auf die früheren veröffentlichten Mitteilungen verwiesen.

Die Resultate sollen ganz unverändert mitgeteilt werden, wie sie beim Gebrauch der vom staatlichen statistischen Amt veröffentlichten Haushaltungsrechenschaften erscheinen, wir werden aber doch schon hier in der Einleitung nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, daß die zwei Posten, Brotkorn (+ Roggenbrot) und Milch, auffällig hohe sind. Dieses Verhalten ist wohl — teilweise jedenfalls — der größeren oder kleineren Beteiligung der kleineren Haustiere in der ländlichen Haushaltung zuzuschreiben.

---

[1]) Für den nichtmedizinischen Leser sei bemerkt, daß man mit Kalorie diejenige Wärmeeinheit versteht, welche nötig ist, um 1 Liter Wasser um 1° zu erwärmen; die Wärmeeinheiten, welche bei Umsetzung der Nahrungsstoffe im Körper entstehen, werden für je 1 g Eiweiß und Kohlehydrat mit 4,1, für 1 g Fett mit 9,3 Kalorien angenommen.

[2]) Danske Husholdningsregnskaber III. Hüsmand og Gaardmænd. Statistiske Meddelelzer 4. R., 40. Bd., 3 Hefte. 1914.

1. Die Arbeitsgröße in der Kost dänischer Bauernfamilien im Jahre 1909.

In der oben erwähnten Arbeit sind außerordentlich detaillierte Angaben über den Kostverbrauch dänischer Bauernfamilien im Jahre 1909 angeführt. Diese Angaben, die auf 226 genau geführten Jahresberichten aufgebaut sind, sind in einer solchen Form veröffentlicht, daß sie — wenn auch mit einiger Schwierigkeit und mit einiger Unsicherheit — zum Gegenstand einer Bearbeitung der Frage von dem Gehalt der Arbeitsgröße der benutzten Kost (Energiemenge) gemacht werden können.

Die Familienmitglieder und das Gesinde sind in bezug auf ihren Kostverbrauch auf erwachsene Männer umgerechnet, indem der Stoffverbrauch eines erwachsenen Mannes zum Maßstab gewählt ist — als Einheit —, und der Stoffverbrauch eines erwachsenen Weibes auf $^{4}/_{5}$ hiervon angesetzt ist usw. Eine von Rubner empfohlene Skala wurde bei der Umrechnung der Zahl der Kinder auf eine entsprechende Anzahl erwachsener Männer (Einheit) benutzt.

Folgende Tabelle I gibt eine schematische Übersicht über Einnahmen und Ausgaben der hier behandelten Bauernfamilien im Jahre 1909. Das Gesinde ist in dieser Tabelle nicht mitgerechnet. Als „kleine Bauernfamilien“ sind die Bauernfamilien genannt, welche nur ein Eigentum bis zu einem Werte von 13500 M. hatten.

Tabelle I.

Der Verbrauch bei dänischen Bauernfamilien.

	Kleine Bauernfamilien	Bauernfamilien
Zahl der Untersuchten Familien	84	142
Zahl der Personen pro Familie	4,5	4,3
Zahl der Einheiten pro Familie	2,91	2,83
Einnahme in Mark (Netto) pro Einheit	476	1012
	Ausgabe in Mark pro Einheit	
1. Nahrung	249	333
2. Kleidung	49	105
3. Wohnung	30	78
4. Heizung und Beleuchtung	25	47
5. Wäsche und Instandhaltung	13	42
6. Krankenkasse u. dgl.; Unterricht	25	64
7. Steuern	7	38
8. Vergnügungen	11	42
9. Extra-Ausgaben	22	81
Zusammen	431	830

Die Ausgabe pro Familie in den beiden Gruppen ist also 1255 und 2348 M. gewesen.

In Prozenten der Gesamtausgaben machte die Ausgabe für die Kost 58 und 40 Proz. aus — je kleiner das Budget ist, ein desto größerer Anteil davon entfällt auf die Kost.

Die Ausgabe jeder Familie für die Wohnung beträgt in den beiden Gruppen 88 bzw. 218 M., aber dieser Ausgabeposten ist selbstverständlich sehr ungenau, d. h. ein künstliches Produkt, da alle diese Bauernfamilien in eigenem Hause wohnen, und da dieser Posten natürlich auch die Ausgabe für die Wohnung des Gesindes umfaßt. Auch die Ausgabeposten Heizung, Beleuchtung und Wäsche umfassen selbstverständlich einige Summen, welche dem Gesinde zugute kommen.

Erwägt man nun, wie groß die Arbeitsmenge ist, die sich in der Kost findet, so ergibt sich folgendes (vgl. Tabelle II).

Tabelle II.

Die Arbeitsgröße (in Kalorien ausgedrückt) in der täglichen Kost eines dänischen Bauern (d. h. pro Einheit).

	Anzahl der Kalorien
bei kleinen Bauernfamilien	4 198
bei Bauernfamilien	5 010

Bei der Beurteilung dieser Zahlen muß daran erinnert werden, daß ein erwachsener Mann eine etwas größere Zahl Kalorien (ungefähr 3150) benötigt als die Anzahl Kalorien (2843), welche er täglich abgibt, indem man damit rechnen muß, daß nur $^9/_{10}$ von der in der Kost zugeführten Anzahl Kalorien dem Organismus zugute kommt.

In diesen Landhaushaltungen, wo ein so bedeutender Teil der sämtlichen Individuen starke körperliche Arbeit leistet, und wo ein großer Verbrauch von Kalorien angenommen werden muß, wird man im vornherein eine hohe Anzahl Kalorien in der täglichen Kost erwarten; die hier gefundene Zahl scheint jedoch — wie schon erwähnt — etwas zu hoch zu sein, wahrscheinlich eine Folge der größeren oder kleineren Beteiligung, welche das Füllen, das Kalb, der Hund, die Katze und die Hühner im Verbrauche machen.

In der Tabelle III ist ein Vergleich zwischen der hier beobachteten Zahl von Wärmeeinheiten und den Zahlen angestellt, die früher für Dänemark festgestellt worden sind.

Tabelle III.

Anzahl von Wärmeeinheiten in der täglichen Kost eines gleichmäßig arbeitenden Mannes.

nach dem Verbrauch	der Kopenhagener Arbeiter	1897	3 351
" " "	von Provinzarbeitern	"	3 153
" " "	in den Landdistrikten der Inseln	"	3 595
" " "	" " " von Jütland	"	3 701
" " "	der Kopenhagener Arbeiter	1909	3 250
" " "	von Provinz-Arbeitern	"	3 368
" " "	in Landhandwerkerfamilien	"	3 878
" " "	" Landarbeiterfamilien	"	4 006
" " "	" kleinen Bauernfamilien	"	4 198
" " "	" Bauernfamilien	"	5 010

Die ermittelte Anzahl von Kalorien ist also — jedenfalls zum Teil infolge den früher genannten Verhältnissen — sehr hoch in den hier untersuchten zwei Gruppen von Bauernfamilien.

2. Der Gehalt an Eiweiß, Fett und Kohlehydraten in der Kost dänischer Bauernfamilien im Jahre 1909.

Gehen wir nun zur Betrachtung des Gehalts an Eiweiß, Fett und Kohlehydraten in der täglichen Kost der dänischen Bauernfamilien über, so ergeben sich folgende Verhältnisse (vgl. Tab. IV).

Tabelle IV.

Der tägliche Gehalt der Kost, ausgedrückt in Gramm.

	Eiweiß	Fett	Kohlehydrate
für einen „kleinen" Bauer	130	123	614
für einen Bauer	166	147	722
für einen Landmann	148	135	668

Das Verhältnis zwischen den drei Hauptbestandteilen der Kost in den zwei Gruppen von Bauernfamilien erkennt man jedoch klarer, wenn man die Verteilung der Hauptbestandteile einer Kost von derselben Arbeitsgröße ausrechnet (mit derselben Gehaltsanzahl Wärmeeinheiten).

In Tabelle V ist das geschehen, indem eine Kost mit einem täglichen Gehalt von 3500 Wärmeeinheiten als Norm gewählt ist. Diese Kost wurde als Norm gewählt, weil 1897 in der täglichen Kost eines dänischen Arbeiters gerade diese Anzahl von Wärmeeinheiten ungefähr gefunden wurde (genau 3450).

Tabelle V.

Die Verteilung der drei Hauptbestandteile der Kost, ausgedrückt in Gramm in einer Kost mit einem täglichen Gehalt von 3500 Kalorien.

	Eiweiß	Fett	Kohlehydrate
für einen „kleinen“ Bauer	108	103	512
für einen Bauer	116	103	504
für einen Landmann	112	103	508

Vergleicht man die in der Tabelle IV gefundene Verteilung der drei Hauptbestandteile der Kost mit den früher ermittelten dänischen Zahlen, so erkennt man, daß sowohl die „kleinen“ Bauern als namentlich die Bauern höhere Zahlen für alle drei Hauptbestandteile haben (vgl. Tab. VI).

Tabelle VI.

Die Verteilung der drei Hauptbestandteile der Kost in der Kost eines gleichmäßig arbeitenden Mannes, ausgedrückt in Gramm.

	Eiweiß	Fett	Kohlehydrate
Kopenhagener Arbeiter 1897	110	117	442
Provinzstadt-Arbeiter	101	90	464
Arbeiter in den Landdistrikten der Inseln	109	111	516
„ „ „ „ von Jütland	119	103	550
Kopenhagener Arbeiter 1909	101	114	433
Provinzstadt-Arbeiter	110	105	473
Landhandwerker	119	119	558
Landarbeiter	119	119	589
kleiner Bauer	130	123	614
Bauer	160	147	722

Es ist von Interesse zu sehen, wie groß der aus dem Tierreich stammende Teil an Eiweißstoffen, und wie groß der aus dem Pflanzenreich stammende Anteil ist (vgl. Tab. VII).

Tabelle VII.

Die Eiweißstoffe der Kost.

	Animalische Proz.	Vegetabilische Proz.
Kleine Bauernfamilien	46,2	53,8
Bauernfamilien	49,6	50,4

3. Die Ausgaben für die Kost.

Was kostet nun die in Rede stehende tägliche Kost für einen erwachsenen, arbeitenden Mann (pro Einheit)?

Nach der Tabelle I kann man leicht die Ausgaben pro Familie (d. h. pro Hausstand — hier also das Gesinde [1]) mitgerechnet) für den gesamten Kostverbrauch ausrechnen, wozu Kaffee, Tee, Rosinen, Pflaumen, Gewürze und ähnliches (also die „notwendigen" Genußmittel), sowie Branntwein, bayerisches Bier und Tabak (also die „unnötigen" Genußmittel, Luxusgenußmittel [2]) gehören.

Die Kostausgabe ist 773 Mk. für die Familie eines „kleinen Bauers", 1681 Mk. für die Familie eines Bauers; bei Berücksichtigung der verschiedenen Anzahl Einheiten — 3,19 bzw. 577 —, welche in diesen zwei Gruppen gefunden worden sind, stellt sich die Ausgabe für „kleine Bauern" 242 M. pro Einheit und für Bauern 290 M., indem hier — im Gegensatz zur Tabelle I — das Gesinde bei der Berechnung inbegriffen ist.

Die Ausgabe für Luxusgenußmittel beträgt jährlich pro Familie der „kleinen" Bauern 26 M., pro Familie der Bauern 56 M.

Für jede Einheit (d. h. für jeden erwachsenen arbeitenden Mann) ist die jährliche Ausgabe unnötiger Genußmittel somit in den Familien der „kleinen Bauern" 8 M. und in den Familien der „Bauern" 9 M. Bei dieser Gruppe von Genußmitteln ist es jedoch ratsamer, bei der oben angeführten Ausgabe pro Familie zu bleiben; denn der Familienvater und teilweise das erwachsene männliche Gesinde verbrauchen allein diese mehr oder weniger überflüssigen Genußmittel, während die Hausfrau und die Kinder so gut wie nicht oder jedenfalls nur in sehr geringem Grade Branntwein, bayerisches Bier oder Tabak genießen.

Beim Vergleich zwischen den Familien der „kleinen Bauern" und den Familien der Bauern muß an die sehr verschiedene Anzahl von männlichem Gesinde — $^1/_7$ bzw. $2^1/_5$ pro Familie — erinnert werden. Verteilt man die Luxusgenußmittelausgabe unter sämtliche Männer innerhalb der beiden Gruppen ($2^1/_2$ bzw. $4^1/_3$ für jede Familie), so erscheint sie ungefähr gleich (ca. 21 M. für jeden Mann). Von den untersuchten „kleinen Bauern" brauchten 67 bayerisches Bier oder Branntwein oder beides in den Haushaltungen, während von den untersuchten 142 Bauernfamilien 125 Ausgaben für die genannten starken Getränke machten. Es wird pro Ein-

---

[1]) Das Gesinde war in „kleinen" Bauernfamilien durchschnittlich 0,3 und in Bauernfamilien 3,1 Personen.

[2]) Die hier gebrauchte Einteilung von Genußmitteln ist praktisch, aber nicht sehr genau. Kaffee kann z. B. streng genommen kaum als ein notwendiges Genußmittel angesehen werden.

heit jährlich von den „kleinen Bauern“ für die notwendigen Genußmittel 18 M. und von den Bauern 20 M. aufgewendet.

Aus den hier angeführten Zahlen kann ausgerechnet werden, daß für die gesamte tägliche Kost für einen „kleinen Bauer“ 66 Pf. aufgeht; aus diesem Geld werden 60 Pf. für Lebensmittel im eigentlichen Sinne gebraucht, 4 Pf. für „notwendige“ und 2 für „unnotwendige“ Genußmittel, während ein Bauer 80 Pf. für die gesamte tägliche Kost braucht, hiervon 72 Pf. für die eigentliche Nahrung, 5 Pf. für „notwendige“ und 3 Pf. für „unnotwendige“ Genußmittel.

4. Die verbrauchten Gewichtsmengen der Nahrungsmittel.

In der Tabelle VIII werden die Gewichtsmengen der verschiedenen Nahrungsmittel gezeigt, die jährlich in den beiden Gruppen von Bauernfamilien von jeder Einheit verbraucht wurden (d. h. ein männliches Individuum).

Die Tabelle zeigt zugleich, wie groß der Teil des jährlichen Verbrauches aus eigener Ernte und Erzeugung ist, und wie groß der Teil ist, der eingekauft wird. Es ist natürlich Milch, Eier, Speck und Schweinefleisch, Geflügel, Kartoffeln und Brotkorn, welche so gut wie ganz zu Hause geerntet und erzeugt werden, während Fleisch, Gemüse und Früchte nur teilweise zu Hause produziert werden.

(Tabelle VIII siehe nächste Seite.)

5. Die Rolle der einzelnen Nahrungsmittel in den Ausgaben für die tägliche Kost und in der täglichen Zuführung der Wärmeeinheiten.

Als Anhang soll auch hier in der Tabelle IX ein Bericht folgen über die Rolle der einzelnen Nahrungsmittel in den Ausgaben für die tägliche Kost und in der täglichen Zuführung der Wärmeeinheiten.

In dieser Tabelle sind für die Ausgaben nur Prozentzahlen, für die Kalorienzufuhr aber sowohl die absoluten Zahlen als auch die Prozentzahlen angegeben.

Während die Ausgaben für Roggenbrot nur 7—5 Proz. ausmachen, beträgt die mit dem Roggenbrot zugeführte Kalorienzahl 17—11 Proz. Die Ausgaben für Fleisch machen dagegen 9—13 Proz.

Tabelle VIII.

Der jährliche Verbrauch von Nahrungsmitteln unter den dänischen Bauern (das Gesinde mitgerechnet) — ausgedrückt in Kilogramm pro Einheit (d. h. erwachsenes männliches Individuum).

	„Kleine“ Bauernfamilien (3,19 Einheiten pro Familie)			Bauernfamilien (5,77 Einheiten pro Familie)		
	Produkte von eigenem Ackerbau	Eingekaufte Produkte	Zusammen	Produkte von eigenem Ackerbau	Eingekaufte Produkte	Zusammen
1. Roggenbrot	—	106,4	106,4	—	86,8	86,8
2. a) Brotkorn	33,5	—	33,5	101,7	—	101,7
b) Mehl	—	73,7	73,7	—	77,3	77,3
3. Weißbrot, Kuchen	—	5,1	5,1	—	3,9	3,9
4. Kartoffeln	155,4	5,1	160,5	164,9	10,4	175,3
5. Gemüse und Obst	45,3	13,7	59,0	49,7	20,4	70,1
6. Zucker und Sirup	—	37,0	37,0	—	40,3	40,3
7. Gries	—	12,7	12,7	—	14,3	14,3
8. Erbsen, Bohnen und Linsen	—	0,7	0,7	—	1,1	1,1
9. a) Fleisch	5,4	14,3	19,7	24,9	14,4	39,3
b) Geflügel	6,5	—	6,5	6,2	—	6,2
10. Speck und Schweinefleisch	28,9	2,7	31,6	30,0	1,9	31,9
11. Fisch	—	9,0	9,0	—	9,3	9,3
12. Eier (mit Schale)	5,4	0,2	5,6	6,2	—	6,2
13. Käse	—	7,2	7,2	—	9,1	9,1
14. Butter	0,1	7,6	7,7	—	10,7	10,7
15. Fett	—	4,1	4,1	—	2,9	2,9
16. Margarine	—	13,8	13,8	—	18,2	18,2
17. a) Sahne und Milch	—	0,3	0,3	—	0,4	0,4
	—	1,9	1,9	—	2,3	2,3
b) Frische Milch	111,9	—	111,9	151,2	—	151,2
c) Magermilch u. Buttermilch	156,0	—	156,0	223,9	—	223,9
18. Helles und anderes steuerfreies Bier [1])	—	43,9	43,9	—	41,0	41,0

aus, aber mit Fleisch werden nur 2—3 Proz. der verbrauchten Kalorien zugeführt. Bemerkenswert ist die große Rolle, die ein so neues Nährmittel wie die Margarine sich erkämpft hat; 8—9 Proz. der Ausgaben und 7—8 Proz. der zugeführten Wärmeeinheiten.

[1]) Helles Bier 1 Proz. und steuerfreies Bier ca. 2 Proz. Alkohol.

Tabelle IX.

Berechnet pro Einheit im Jahre 1909	„Kleine" Bauernfamilien: In der tägl. Kost werden ausgegeben für	„Kleine" Bauernfamilien: Kalorienzahl in der tägl. Kost von		Bauernfamilien: In der tägl. Kost werden ausgegeben für	Bauernfamilien: Kalorienzahl in der tägl. Kost von	
	Proz.	Wärmeeinheiten absolut	Proz.	Proz.	Wärmeeinheiten absolut	Proz.
1. Roggenbrot	7	707	17	5	577	11
2. Brotkorn und Mehl	11	223	5	13	676	13
		734	17		770	15
3. Weißbrot, Kuchen	2	35	1	1	27	—
4. Kartoffeln	3	397	9	3	433	9
5. Gemüse, Früchte	3	80	2	3	94	2
6. Zucker, Sirup	7	399	9	6	435	9
7. Gries	2	126	3	2	142	3
8. Erbsen, Bohnen, Linsen	—	6	—	—	10	—
9. Fleisch und Geflügel	9	70	2	13	140	3
		23	—		22	—
10. Speck u. Schweinefleisch	14	340	8	11	343	7
11. Fisch	2	16	—	2	17	—
12. Eier	3	22	—	3	24	—
13. Käse	2	47	1	2	59	1
14. Butter	7	167	4	8	232	5
15. Fett	2	103	2	1	73	1
16. Margarine	8	299	7	9	394	8
17. Frische Milch u. Sahne	7	206	5	8	276	5
Magermilch u. Buttermilch		159	4		229	5
18. Helles u. steuerfreies Bier	1	39	1	1	37	1
19. Notwendige Genußmittel	7	—	—	—	—	—
20. Unnötige Genußmittel	3	—	—	—	—	—
Die tägliche Kost (direkt berechnet)	100	4 198	100	100	5 010	100

Kritische Besprechungen.

Sajet, B. H. en **Gelderen, J. van,** Sterfte aan Mazelen (Masern) in Amsterdam in de Jaren 1909, 1910 en 1911. Statistische Mededeelingen Nr. 48. Bureau van Statistik der Gemeente Amsterdam. Amsterdam 1916. Joh. Müller. 47 Seiten. Preis fl. 0,30.

Die Masernsterblichkeit darf nicht unter Zugrundelegung der ganzen Bevölkerung berechnet werden, da sich die Sterbefälle fast ganz auf die Kinderjahre beschränken. Auf 100 000 Lebende von 0—4 Jahren kamen Masernsterbefälle in

	1898—1901	1908—1911
Amsterdam	150,1	262,3
Rotterdam	240,5	123,8
's-Grevenhage	167,7	142,4
Utrecht	225,3	104,5
Niederlande	176,1	152,6

Zum Vergleich werden einige Großstädte angeführt; danach kamen Sterbefälle an Masern in

cf. 100 000 Einwohner überhaupt	Amsterdam	Berlin	Budapest	London	Paris
1880—89	56,5	31,5	30,5	60,1	52,7
1890—99	24,3	19,4	28,3	61,7	36,4
1900—09	42,7	21,1	33,4	43,7	20,6
cf. 100 000 Lebende von 0—13 Jahren					
1908—11	100,0	59,7	74,3	178,2	161,3

Für Amsterdam sind angeführt, daß die Ärzte vor dem 21. Juli 1899 zur Anzeige der Masernerkrankungen verpflichtet waren und daher in Fällen, in denen die Anzeige unterblieben war, die Komplikation (Bronchitis, Pneumenie) in die Totenscheine ein-

trugen. Trotzdem war aber dort die Masernsterblichkeit früher höher. Ob die Unterschiede in den europäischen Großstädten nicht zum Teil auf ungenügenden Angaben der Grundkrankheit beruhen, wird von den Professoren nicht erörtert.

Für das Verhältnis der Masernepidemien zum Schulbesuch werden einige Beispiele aus der Literatur angeführt; in Amsterdam läßt sich die Frage nicht untersuchen, da eine Morbiditätsstatistik seit 1899 fehlt.

Auf dem platten Lande zeigen die Masernepidemien insofern einen etwas anderen Charakter, als hier auch ältere Kinder häufiger befallen werden als in den Städten, in denen die Masern endemisch sind. Von 100 Masernsterbefällen kamen auf das Alter von

in Gemeinden mit	0—1 J.	1—4 J.	5—13 J.	14—29 J.	30 u. mehr J.
über 100 000 Einw.	30,9	66,0	3,0	0,1	—
20—100 000 „	26,5	66,8	6,6	0,1	—
5— 20 000 „	28,0	59,9	11,4	0,4	0,3
unter 5 000 „	30,6	56,6	11,5	0,6	0,7

Da die Epidemien auf dem Lande seltener auftreten, sind stets auch ältere Personen, die nicht durchmasert sind, vorhanden.

Um den Einfluß der Wohlhabenheit nachzuweisen, werden die kleinen Stadtteile nach Wohlstandskategorien gegliedert, die für die Altstadt, die Neustadt und die Judenstadt besonders gebildet werden. In der Altstadt sind die großen Familien zahlreicher als in der Neustadt, in der mehr junge Leute mit kleiner Familie wohnen. Als Maßstab wird die Zahl der Bewohner auf ein Wohnhaus gewählt, daneben wird der Prozentsatz der Einzimmerwohnungen berücksichtigt; die Stadtteile mit 13,9 Bewohnern auf ein Wohnhaus im Durchschnitt werden zu den armen, die mit weniger als 10,3 Bewohnern zu den wohlhabenden Bezirken gezählt. In den Jahren 1909—11 kamen auf 10 000 Lebende im Alter von 0—4 Jahren Masernsterbefälle

	arme Bezirke	gemischte Bezirke	wohlhabende Bezirke
Altstadt	39	6	27
Neustadt	20	13	11
Judenstadt	40	17	—

Die Masernsterblichkeit war demnach in den armen Stadtteilen erheblich höher. In Wirklichkeit ist der Unterschied nach den Verfassern noch viel größer, da die Masernsterbefälle in den wohlhabenden Bezirken auf die darin liegenden Arbeiterstraßen fallen. Die wohlhabenden Straßen haben nahezu keine Masernsterbefälle,

es sei nicht anzunehmen, daß diese in den drei Jahren von Masernerkrankungen verschont geblieben seien.

Die Ursache der hohen Sterblichkeit an Masern, die alle Gesellschaftsklassen in gleicher Weise befallen, bei der ärmeren Bevölkerung liegt in der größeren Häufigkeit der Komplikationen, von denen besonders schwache und kränkliche Kinder befallen werden und deren Entstehung durch geringe Wohlhabenheit und Armut begünstigt wird, Abhilfe dagegen könne nur durch soziale Maßnahmen geschaffen werden. F. Prinzing, Ulm.

Voornaamste demografische Gegevens betreffende Nederland en omringende landen en hun gebiedsdelen in de periode 1900—1913. Statistische Mededeelingen Nr. 55. Bureau van Statistiek der Gemeente Amsterdam. Amsterdam 1919. Joh. Müller. 59 S. Preis fl. 1,—.

Der Zweck dieser Zusammenstellung ist, die demographischen Elemente in den Niederlanden und den umgebenden Ländern vor Augen zu führen, um später den Einfluß des Kriegs hierauf durch eine ähnliche Untersuchung feststellen zu können. Die mitgeteilten Ziffern beziehen sich auf die Jahre 1900—1913, soweit besondere Beziehungen auf Altersklassen nötig sind, auf die den Volkszählungen um 1910 anliegenden Kalenderjahre; die Ziffern werden nach größeren Gebietsteilen (Provinzen, Regierungsbezirken, Grafschaften, Departements) mitgeteilt.

In der ersten Tabelle sind Ziffern über die Volkszählungen niedergelegt (1909, 1910 und 1911). Danach standen von 100 Personen der ganzen Bevölkerung in den Niederlanden 12,59, in Westdeutschland 12,43, in Dänemark 12,9, in England 10,69, in Belgien 10,23 und in Nordfrankreich 9,14 im Alter von 0—4 Jahren. Ein Kartogramm zeigt diese Verhältnisse in den einzelnen Gebietsteilen. Aus der zweiten Tabelle ist der Verlauf der Heirats-, Geburts- und Sterbeziffer zu ersehen. Während die Heiratsziffer annähernd dieselbe blieb, ist die Geburts- und Sterbeziffer andauernd zurückgegangen. Auf 1000 Einwohner kamen

	Lebendgeburten		Sterbefälle		Geburtenüberschuß	
	1900—06	1907—13	1900—06	1907—13	1900—06	1907—13
Niederlande	31,5	28,9	16,2	13,8	15,3	15,1
Belgien	27,8	23,9	17,3	15,8	10,5	8,1
Westdeutschland	32,8	29,0	18,4	15,6	14,4	13,4
England	28,0	25,1	16,2	14,2	11,8	10,9
Dänemark	28,6	27,4	14,9	13,4	13,7	14,0
Nordfrankreich	21,2	19,9	20,4	19,2	0,8	0,7

Der Geburtenüberschuß hat sich mit Ausnahme Dänemarks in allen Staaten vermindert, am wenigsten in den Niederlanden, am meisten in Belgien; in Nordfrankreich ist er so klein, daß eine weitere Verminderung in das Gegenteil umschlagen muß; in einer großen Anzahl Departements war 1907—13 die Sterbeziffer höher als die Geburtsziffer. Der westliche Teil Deutschlands und der östliche der Niederlande zeigen übereinstimmende Verhältnisse.

Die eheliche Fruchtbarkeit (auf 1000 Frauen von 15—49 Jahren berechnet) war um 1910 in den Niederlanden 231, in Westdeutschland 209, in Dänemark 194, in England 167, in Belgien 160, in Nordfrankreich 120. Die Kindersterblichkeit war

	1900—06	1907—13
in den Niederlanden	13,8	10,8
„ Belgien	15,2	13,9
„ Westdeutschland	16,5	13,7
„ England	13,9	11,2
„ Dänemark	11,7	10,3
„ Nordfrankreich	14,8	12,6

Es werden ferner Zahlen für einzelne Todesursachen (Infektionskrankheiten, Tuberkulose, Krebs und Diarrhoe und Darmkatarrh der Kinder unter 2 Jahren) mitgeteilt. Der Bericht sagt, daß diese Angaben vorsichtig beurteilt werden müssen. Auf 10000 Einwohner kamen Sterbefälle an

	Infektionskrankheiten		Tuberkulose	
	1900—06	1907—13	1900—06	1907—13
Niederlande	9,4	7,1	18,5	15,6
Belgien	15,1	12,7	13,7	12,7
Westdeutschland	8,9	8,2	21,9	16,9
England	14,1	10,5	17,5	14,8
Dänemark	10,1	8,0	19,4	15,6
Nordfrankreich	—	5,6	—	21,3

Die kleine Tuberkuloseziffer Belgiens erweckt in dem Berichterstatter in Anbetracht der großen Sterblichkeit an Erkrankungen der Atmungsorgane den Verdacht, daß viele Sterbefälle, die anderwärts zur Tuberkulose gerechnet würden, zu jenen Krankheiten gezogen sind. Der Krebs hat in allen Ländern zugenommen; ob der Berichterstatter an eine tatsächliche Zunahme denkt, ist nicht genau zu ersehen. F. Prinzing (Ulm).

Rosenfeld, Siegfried (Wien), Die Erhebung der Stillhäufigkeit bei der Volkszählung 1920. Statist. Monatsschrift. 3. Folge. 1. Jahrg. 1919. H. 9—12.

Rosenfeld bespricht eingangs die verschiedenen Methoden der Erhebung der Stillhäufigkeit; diejenigen, welche sich nicht an eine Volkszählung anschließen, zerfallen in solche, welche die Säuglingswelt vollzählig erfassen oder nicht. Im letzteren Fall sind die Erhebungen von einer Auswahl abhängig, die oft auf Zufälligkeiten beruht (Entbindungsanstalt, Erkrankung des Kindes, Angehörigkeit zu einer Krankenkasse); sie sind nach Rosenfeld von geringem Wert, da hierbei dem subjektiven Ermessen dessen, der die Untersuchung leitet, ein großer Spielraum bleibe; am wenigsten eignen sich zu solchen Untersuchungen die Gebärhäuser und Kinderkliniken, da der Aufenthalt in den ersteren zu kurz ist, um ein Urteil über die Stillfähigkeit abgeben zu können, und in den letzteren die nichtgestillten Kinder wegen ihrer häufigeren Erkrankung mit zu großen Zahlen vertreten sind. Eine möglichst vollständige Erfassung streben die Erhebungen durch Hebammen und an Impfterminen an. Wenn sich die Erhebungen durch die Hebammen nur auf die ersten 14 Lebenstage beziehen, läßt sich dasselbe hiervon sagen wie von den Entbindungsanstalten, aber auch der Zeitraum von 6 Wochen reicht nicht hin. Sehr häufig werde in Zweifel gezogen, ob die Angaben der Hebammen genügend zuverlässig seien. Mehr Vertrauen verdienen die badischen Erhebungen von 1911 und 1917, die noch nicht bearbeitet sind. Die Erhebungen bei den Impfterminen ergeben zu günstige Zahlen, da die in den ersten Lebensmonaten gestorbenen Kinder wegfallen, sie sind zudem wegen der Privatimpfungen nicht vollständig.

Rosenfeld hält die Ermittlung der Stillhäufigkeit durch die Volkszählung für das Richtige. Hierbei dürfe nicht zu viel gefragt werden, namentlich die Frage nach der Stilldauer bei nicht mehr gestillten Kindern sei zu unterlassen, da sie zu unrichtigen Antworten Veranlassung gebe und die Zählungsliste nicht mit zu viel Rubriken belastet werden dürfe. Es soll einfach nur die Frage gestellt werden, ob die Mutter das Kind selbst stillt oder nicht; die Ammenernährung werde dabei am besten ausgeschaltet, da sie nicht häufig sei und da das Vorhandensein einer Amme ohnedies aus der Zählungsliste ersehen werden könne.

Würde eine Anschlußzählung an eine Volkszählung vorgezogen, so könnten allerdings mehr Fragen gestellt werden. Die Rückfrage nach der Stilldauer sei hierbei nicht nötig, da sie aus der Zählung durch richtige Bearbeitung beantwortet werden könne. Wenn der Einfluß der Ernährung auf die Säuglingssterblichkeit nachgewiesen werden soll, so sei allerdings die Frage, ob gestillt oder nicht ge-

stillt, nicht ausreichend, sondern es müsse die Art der künstlichen Ernährung angegeben werden. Die Totenscheine wären in diesem Fall in Österreich anders zu gestalten, auch müssen die Geburtsjahrgänge, nicht nur die Altersjahrgänge zu ersehen sein und Angaben über das Alter der Mutter und die Zahl der vorangegangenen Geburten beigegeben sein.

Rosenfeld fügt ein, daß hierbei eine Probe auf den Wert von Rückwärtsfragen bei Müttern gemacht werden könnte, wenn auf den Leichenscheinen von 1921 die Frage eingeführt würde, ob das Kind am 31. XII. 1920 (dem Volkszählungstag) gestillt wurde. Die beiden Angaben müßten sich decken, wenn sie zuverlässig gemacht seien. Die Frage nach der Ursache des Nichtstillens sei unter allen Umständen zu unterlassen, weil die wirklichen Gründe doch nicht angegeben werden.

Da in den größeren österreichischen Städten die Ernährungsweise der gestorbenen Säuglinge ohnedies erhoben werde, so könne man daran denken, die Ergänzungserhebung nur auf diese zu beschränken; Rosenfeld sagt aber mit Recht, daß dadurch ein Einblick in die Verschiedenheiten der einzelnen Landesteile nicht gewonnen werde und daß gerade auf dem Lande die Stillpropaganda einsetzen müsse.

Rosenfeld legt zunächst Wert darauf, daß eine allgemeine Erhebung über die Stillhäufigkeit bei der Volkszählung Klarheit über die Verbreitung des Stillens schaffe, der Nachweis des Einflusses der Ernährung auf die Sterblichkeit der Kinder sei nicht der Hauptzweck einer solchen Erhebung, lasse sich aber leicht hieran angliedern. F. Prinzing (Ulm).

Dublin, Louis J., The Application of the Statistical Method to Public Health Research. American Journal of Public Health, 1917. Vol. 7. Nr. 1. 14 S.

Dublin, der Statistiker der Motropolitan Life Insurance Company in New York, hat sich in einem Vortrag über statistische Untersuchungen und insbesondere über die dabei gemachten Fehler verbreitet. Was er vorbringt, bezieht sich auf amerikanische Verhältnisse, hat aber ebenso Geltung für die europäische Gesundheitsstatistik. Dublin weist darauf hin, daß bei Gesundheitspflege und Soziologie oft nicht quantitativ, sondern qualitativ seien und daß daher irrtümliche Schlußfolgerungen viel leichter vorkommen als bei den exakten Wissenschaften. Es wäre daher von Wert, an Stelle von Eindrücken und Ansichten Zahlen-

angaben zu haben, aber sie müssen auf richtigen statistischen Methoden beruhen; manche Irrtümer werden für Wahrheit gehalten, weil sie in statistischem Gewand vorgeführt werden. Solche Statistik ist „schlimmer als nutzlos".

Bei der Sammlung des Materials ist es nötig, das Problem gut zu umschreiben, am besten in Form von Fragestellung. Das Ideal des Statistikers soll sein, seine Arbeit nach dem Vorbild des Physikers, Biologen und Chemikers zu gestalten, alle Weitschweifigkeit ist dabei zu vermeiden. Zählkarten müssen sorgfältig ausgearbeitet sein, so manche Untersuchung ist daran gescheitert, daß dies nicht der Fall war. Die Antwort soll ja oder nein lauten können, lassen sich qualitative Beantwortungen nicht umgehen, so ist leichtverständliche richtige Belehrung nötig. Die Aufzeichnung der Tatsachen muß vollständig sein, dies bezieht sich in den Vereinigten Staaten auch auf die Geburten und Sterbefälle, deren Registrierung dort an vielen Orten noch lückenhaft ist. Bezüglich mancher Krankheiten trifft dies auch bei uns zu, so erscheint z. B. die Masernsterblichkeit zu klein, wenn die sich anschließende Lungenentzündung als solche gezählt wird.

Bei der Aufarbeitung des Materials sollen die Tabellen nicht zu reichhaltig sein, man lege dann lieber eine besondere Tabelle an. Unter den Mittelwerten schreibt Dublin dem arithmetischen Mittel, dem am häufigsten vorkommenden Wert (the mode), und dem Medianwert (the median) praktische Bedeutung zu, nur müsse jeder am richtigen Platz verwendet werden. Der Medianwert gebe z. B. ein besseres Maß für das Alter der an Bronchopneumonie Verstorbenen als das arithmetische Mittel, das durchschnittliche Alter 19,7 Jahre besage gar nichts, da die Krankheit am häufigsten in der frühen Kindheit sei, der Medianwert, der die Zahl der Sterbefälle in zwei Hälften trennt und bei $1^1/_2$ Jahren liege, gebe ein viel besseres Maß.

Sehr scharf werden die Anklagen Dublin's, wenn er von den Schlußfolgerungen spricht, die aus statistischen Angaben gezogen werden. „Der Unbewanderte in statistischen Methoden legt große Bescheidenheit in Verwendung von Tabellen an den Tag, aber kein Zaudern bei der Aufstellung von Schlußfolgerungen." — „Ein großer Teil unserer statistischen Analyse ist auf wahrhaft niederer Stufe." Was hier von den Vereinigten Staaten gesagt ist, darf ohne weiteres auch auf Deutschland übertragen werden. Dies fällt um so mehr ins Gewicht, als die Allgemeinheit sich gar nicht um die statistischen Methoden kümmert, sondern nur um die

statistischen Ergebnisse. Die meisten Irrtümer, die hier unterlaufen, sind Verfehlungen gegen die einfachste Logik. Zeitliches und örtliches Zusammentreffen wird als Ursache und Wirkung angesehen, eine mögliche Ursache wird herausgegriffen, obwohl andere Ursachen mitwirken, Gruppen werden verglichen, die gar nicht vergleichbar sind, auf kleine Grundzahlen werden wichtige Schlüsse aufgebaut. Einer der häufigsten Irrtümer ist es, daß die Prozentsätze einer Todesursache unter den Sterbefällen und die auf die Bevölkerung bezogenen Sterberaten als gleichbedeutend angesehen werden, besonders in der Berufshygiene ist dieser Fehler verbreitet. Um zu erfahren, wie groß das Material bei einer statistischen Berechnung sein muß, um Schlußfolgerungen zuzulassen, wird die Berechnung des mittleren Fehlers empfohlen.

F. Prinzing (Ulm).

Knight, Augustus S. und **Dublin, Louis J.** (New York), The Relation of Cancer to Economic Condition. The Incidence of Cancer in the Ordinary, Intermediate and Industrial Departments of the Metropolitan Life Insurance Company. New York 1917. 10 S.

Knight, der Medizinaldirektor, und Dublin, der Statistiker der Metropolitan Life Insurance Company, haben mit dem Material derselben aus den Jahren 1914—1916 den Einfluß der Wohlhabenheit auf die Häufigkeit des Krebses untersucht. Die Gesellschaft hat drei Versicherungsgruppen, das Ordinary Department, in welcher die wohlhabenden Versicherten sind, das Intermediate Department, in welcher besser entlohnte Arbeiter sich versichern und die Arbeiterversicherung (Industrial Department) für gewöhnliche Arbeiter, die wöchentlich 5 Cents oder mehr als Prämie zahlen. Nur die Versicherten der weißen Bevölkerung sind in die Untersuchung einbezogen. Die Zahl der Sterbefälle an Krebs wurde auf die Versicherten jeder Altersklasse bezogen; sie war

Alter	Ordinary Department überhaupt	Ordinary Department auf 100000 Versicherte	Intermediate Department überhaupt	Intermediate Department auf 100000 Versicherte	Industrial Department überhaupt	Industrial Department auf 100000 Versicherte
			Männer:			
25—34 Jahre	40	7,3	35	7,3	219	9,7
35—44 „	128	26,7	127	39,2	566	37,5
45—54 „	245	95,2	172	110,0	1750	154,1
55—64 „	229	275,2	163	301,5	3081	368,0
65 u. mehr „	115	696,4	65	617,2	3058	679,2

Alter	Ordinary Department überhaupt	Ordinary Department auf 100 000 Versicherte	Intermediate Department überhaupt	Intermediate Department auf 100 000 Versicherte	Industrial Department überhaupt	Industrial Department auf 100 000 Versicherte
			Frauen:			
25—34 Jahre	6	13,5	43	17,8	567	17,8
35—44 „	24	64,1	134	79,6	2466	98,9
45—54 „	41	196,5	142	188,7	4800	235,8
55—64 „	24	318,5	93	445,7	6326	429,6
65 u. mehr „	8	298,6	31	973,0	5546	707,5

Danach haben die weniger Wohlhabenden, die Arbeiter, die höchsten Ziffern, die Wohlhabenden die niedersten, mit Ausnahme der höchsten Altersklasse bei den Männern.

Die Verfasser führen eine Reihe von Arbeiten an, die zu einem gegenteiligen Ergebnis kamen, darunter auch eine Aufstellung Frederic Hoffman's, die derselbe mit dem Material der Prudential Insurance Company of America angestellt hat (The Mortality from Cancer throughout the world S. 101). Die anderen Ergebnisse hierbei sind durch eine falsche Methode bedingt; es sind nur die Prozentsätze unter den Sterbefällen berechnet und wegen der hohen Sterblichkeit der Arbeiter an Tuberkulose und an Unfällen muß der Prozentsatz der Sterbefälle an Krebs selbstverständlich herabgedrückt werden. Wenn die Verfasser bei ihrer Lebensversicherung mit dieser Methode arbeiten, erhalten sie dieselben unrichtigen Ergebnisse. Auf 100 Sterbefälle sind durch Krebs verursacht

Alter	Männliches Geschlecht Ord. Department	Männliches Geschlecht Int. Department	Männliches Geschlecht Industr. Department	Weibliches Geschlecht Ord. Department	Weibliches Geschlecht Int. Department	Weibliches Geschlecht Industr. Department
25—34 Jahre	1,8	1,2	1,1	4,5	3,8	2,8
35—44 „	5,3	4,3	2,5	13,3	13,5	10,6
45—54 „	9,0	6,7	6,1	21,5	18,3	18,3
55—64 „	11,7	8,7	7,3	15,9	19,6	19,1
65 u. mehr „	10,7	8,3	5,1	5,2	17,3	14,0

Da bei der Arbeiterversicherung eine eigentliche ärztliche Untersuchung nicht stattfindet, sondern nur eine Besichtigung durch den Arzt, so wenden sich die Verfasser weiter der Frage zu, ob nicht die günstigeren Zahlen der Wohlhabenden durch die ärztliche Auslese bedingt sein können. Sie trennen von den beiden Gruppen der Wohlhabenden die länger als fünf Jahre Versicherten ab, da nach dieser Zeit ein Einfluß dieser Auslese sicher nicht mehr vorhanden ist, und stellen diesen die versicherten Arbeiter gegenüber. Die Sterberaten auf 100 000 Versicherte waren dann:

Alter	Männliches Geschlecht Ord.	Int.	Industr.	Weibliches Geschlecht Ord.	Int.	Industr.
		Department			Department	
25—34 Jahre	12,0	8,7	9,7	31,4	25,4	17,8
35—44 „	33,4	41,8	37,5	71,6	87,8	98,9
45—54 „	104,3	107,6	154,1	213,5	206,7	235,8
55—64 „	276,5	295,1	368,0	353,6	422,1	429,6
65 u. mehr „	662,5	645,3	679,2	313,1	1009,8	707,5

Es werden weiter die Sterbefälle in den ersten fünf Jahren der Versicherung und in späterer Zeit verglichen, um zu sehen, wie hoch die ärztliche Auslese bezüglich des Krebses zu bewerten und bis zu welchem Lebensalter der günstige Einfluß derselben nachzuweisen sei. Auf 100 000 Versicherte starben bei dem Ordinary Department 1914—16

Alter	Männliches Geschlecht erste fünf Jahre	später	Weibliches Geschlecht erste fünf Jahre	später
25—34 Jahre	5,1	12,0	6,3	31,4
35—44 „	18,1	33,4	55,8	71,6
45—54 „	72,3	104,3	161,5	213,5
55—64 „	268,8	276,5	152,1	353,6
65 u. mehr „	1162,8	662,5	—	313,1

Nach weiteren Berechnungen, die nicht mitgeteilt sind, soll die ärztliche Auslese im 1. Jahr der Versicherung sehr deutlich, noch im 2. Jahr merklich, aber im 3.—5. Jahr kaum mehr zum Ausdruck kommen.

In Deutschland hat sich aus früheren Ermittlungen ebenfalls eine höhere Krebssterblichkeit der weniger Bemittelten ergeben, so bei den Untersuchungen von Gollmer-Karup mit dem Material der Gothaer Lebensversicherung 1829—78 und in Breslau aus den Untersuchungen Neefe's (1881—90), bei denen allerdings auf eine Altersgliederung verzichtet werden mußte. Die Untersuchungen Funk's in Bremen für 1901—10 haben die hierfür ungünstige Altersgliederung der Todesursachenstatistik des Reichsgesundheitsamts; beim Alter von über 60 Jahren nimmt beim weiblichen Geschlecht der Krebs mit der Wohlhabenheit in den drei Wohlstandsstufen ab, beim Mann zeigt sich kein bestimmtes Verhältnis. Die Grundzahlen bei Funk sind aber für solche Untersuchungen zu klein.

Auf etwaige Ursachen der höheren Krebssterblichkeit bei der Arbeiterbevölkerung gehen die Verfasser nicht ein. Werden die von Frederic Hoffman mitgeteilten Zahlen der verschiedenen

Krebslokalisation bei der gewöhnlichen und bei der Arbeiterversicherung auf die vorliegenden Krebssterberaten übertragen, um Vergleichszahlen zu gewinnen, so kann man schließen, daß der Krebs der Mundhöhle bei der Arbeiterversicherung infolge des weitverbreiteten Tabakkauens viel häufiger ist als bei den Wohlhabenden; dasselbe gilt vom Hautkrebs. Während diese beiden Formen bei den Arbeitern 5—6mal häufiger sind, gilt dies für die anderen Krebsformen nicht in gleichem Maße, doch ist auch der Magen- und Darmkrebs bei ihnen viel häufiger. Am geringsten scheinen die Unterschiede beim Brust- und Gebärmutterkrebs zu sein. Die Ursache der höheren Krebssterblichkeit bei der Arbeiterbevölkerung der Vereinigten Staaten kann kaum in etwas anderem zu suchen sein, als darin, daß gewisse Lebensgewohnheiten Reizzustände erzeugen (Tabakkauen, Mangel an Reinlichkeit, Genuß von schwerverdaulichen Speisen und Branntwein), durch welche eine Disposition für die Entstehung des Krebses geschaffen wird.

F. Prinzing (Ulm).

Neuere Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen im In- und Auslande. Bearbeitet im Statistischen Reichsamte. Abteilung für Arbeitsstatistik. 20. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt. Berlin 1919. Carl Heymanns Verlag. 41 S. Preis 4 M.

In dem vorliegenden Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt werden 3 Deutsche u. Deutschösterreichische u. 7 ausländische Erhebungen über Haushaltungsrechnungen besprochen. Die ersteren Besprechungen hat der zuständige Referent im Statistischen Reichsamt, Regierungsrat Blankenstein übernommen, die ausländischen der vorübergehend dort beschäftigte Syndikus Dr. Croner.

Der Verband der unteren Post- und Telegraphenbeamten hat Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen seiner Mitglieder vom 1. März 1912 bis 28. Februar 1913 angestellt. Es kamen Listen über 127 Haushalte zusammen, die 734 Personen (darunter 459 Kinder) umfaßten. Die Ergebnisse wurden 1916 veröffentlicht (Erhebung des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten. Bearbeitet von Dr. Ludwig Heyde. Verlag dieses Verbandes. Berlin 1916). Blankenstein weist auf die großen Mängel der Erhebung und der Bearbeitung hin, namentlich sei nicht ausgeschlossen, daß Listenführer und Bearbeiter davon ausgingen, daß ihre Lage eine recht ungünstige sei. Es wird von einer Unzulänglichkeit der Ernährung gesprochen, da wäre es doch nahegelegen, über den Ernährungszustand der Haushaltungsmit-

glieder Angaben beizubringen, aus denen dies hervorgeht. Dies wird auch aus dem Fettverbrauch geschlossen, der tatsächlich aber höher ist, als der von Physiologen und Hygienikern geforderte. Die (zudem noch unrichtig durchgeführte) Teilung nach tierischen und pflanzlichen Nahrungsmitteln und die Voraussetzung, daß die Ausgaben für tierische Lebensmittel ein Gradmesser für die Güte der Lebenshaltung sei, entspricht nicht dem Stande der Wissenschaft. Ein schwerer Mißgriff der Bearbeitung von Heyde ist, daß die Umrechnung nach Verbrauchseinheiten fehlt. Blankenstein glaubt übrigens, daß das Material viel Brauchbares enthält und daß eine Neubearbeitung durch einen Berufenen wünschenswert wäre.

Der Inhaber der Zeitschrift „Nach Feierabend", Kommerzienrat Meyer in Leipzig, hat seinen Leserinnen Haushaltungsbücher zur Verfügung gestellt. Für das Jahr vom 1. April 1911 bis 31. März 1912 gingen 90 das ganze Jahr hindurch geführte Bücher ein, für 1. April 1912 bis 31. März 1913 85, eine weitere Erhebung beschränkte sich auf die Zeit vom 1. Mai bis 31. Dezember 1913 (84 vollgeführte Bücher). Es wurden nicht nur die Angaben der Preise, sondern auch der Mengen der verbrauchten Nahrungsmittel verlangt. Die beteiligten Haushaltungen waren meist Arbeiterfamilien mit verhältnismäßig geringer Kinderzahl. Die Bearbeitung hat Dr. A. Križa übernommen (259 deutsche Haushaltungsbücher, geführt von Abonnenten der Zeitschrift „Nach Feierabend" in den Jahren 1911 bis 1913. Leipzig 1915). Blankenstein hebt die Umsichtigkeit der Bearbeitung hervor, bedauert aber auch bei dieser Erhebung den Mangel einer Berechnung auf Verbrauchseinheiten.

Die Erhebung des österreichischen Arbeitsstatistischen Amts im Handelsministerium (Wirtschaftsrechnungen und Lebensverhältnisse von Wiener Arbeiterfamilien in den Jahren 1912 bis 1914, Wien 1916) wurde auch in diesem Archiv besprochen (Bd. 13, S. 194). Blankenstein sieht mit Recht in dieser Arbeit einen großen Fortschritt für die Statistik der Lebenshaltung, nicht nur wegen der dabei erzielten Ergebnisse, sondern auch wegen ihrer methodologischen Bedeutung.

Von den ausländischen Erhebungen sind je zwei in den Niederlanden, in Norwegen und Dänemark und eine in Schweden veranstaltet.

Die niederländischen Erhebungen beziehen sich auf Arbeiterhaushaltungsrechnungen während des Kriegs (Arbeiders-

budgets gedurende de crisis. Uitgegeven vor rekening van het Departement van Landbouw, Nijverheid en handel, 'sGravenhage 1917 n[d]. Arbeidersbudgets gedurende de crisis (Tweede Bundel). Uitgegeven vor rekening van het Departement van Arbeit, Leiden 1919). Bei der ersten Untersuchung kamen 39 Arbeiterhaushalte in Amsterdam, 55 in Gelderland und 4 in Nordbrabant in Behandlung, sie beziehen sich auf die Dauer eines Monats im Februar und März 1917. Verbrauchseinheiten werden dabei in folgender Weise berechnet: Mann und Frau und über 14 Jahre alte Kinder gelten als Einheit, Kinder von über 2 bis 14 Jahren werden bei den Nahrungsmitteln zu $^1/_2$, bei den übrigen Ausgaben als 1 gerechnet; da die beiden Ausgabegruppen annähernd gleich groß sind, so ergibt sich für die Kinder dieses Alters als Verbrauchsmaß 0,75. Für die Kinder von 0—2 Jahren wird für die Nahrungsmittel $^1/_4$, für die anderen Ausgaben $^1/_2$ der Ausgaben für Erwachsene angenommen, so daß auf ein Kind dieses Alters $^3/_8$ der Gesamtausgaben zu rechnen sind. Da der Zweck der Erhebung hauptsächlich der ist, die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung gegen früher festzustellen, so wurde für jeden Artikel der Ausgaben ein Reduktionsfaktor berechnet, durch welchen aus den Ausgaben für 1917 der Wert des betreffenden Artikels in den Haushaltungen von 1910—1911 ermittelt werden konnte. Die Durchschnittswochenausgabe aller Wohlstandsgruppen betrug 1910—11 5,85 fl., 1917 6,63 fl., um letztere Summe konnte aber nur gekauft werden, was einem Geldwert von 5,18 fl. in den Jahren 1910—11 entsprach. Unter den Nahrungsmitteln wurde am meisten an Eiern, Milch, Käse gespart, weit übertroffen wird dies von den Einsparungen an Kleidung und Schuhwerk.

Die schwedische Erhebung von 1913 bis 1914 (Levnadskostnaderna i Sverige 1913—1914. Del. II. Lokalmonografier K. Socialsyrelsen) ist großzügig und umfaßt 39 Ortschaften mit 1619 über ein Jahr lang fortgesetzten Wirtschaftsbüchern. Hiervon liegen zunächst 7 Einzelbearbeitungen vor für zwei größere Städte (Göteborg mit 178 030 und Malmö mit 95 821 Einw. und für fünf kleinere Städte (Gävle, Hälsingborg, Jönköping, Uppsala, Västerås). Es handelt sich dabei um Familien mittelbezahlter Arbeiter; die Erhebung bezieht sich auf die Zeit Herbst 1913 bis Spätwinter 1914. Je größer die Stadt, desto größer waren die Ausgaben für Nahrungsmittel und Wohnung, desto geringer die für Kleidung. In den Großstädten wird verhältnismäßig mehr für Getränke ausgegeben. Auf Verbrauchseinheiten berechnet (welche Art der Be-

rechnung gewählt wurde, ist aus dem Referat nicht zu ersehen) kamen ohne Uppsala auf die Verbrauchseinheit nach dem Durchschnittspreis aus den Mittelzahlen der Städte Ausgaben

Jahres-ausgaben in Kr.	Nahrungs-mittel	Genuß-mittel in Kr.	Kleidung	Nahrungs-mittel	Genuß-mittel in Proz. aller Ausgaben	Kleidung
1000—1750	328,4	82,3	74,8	49,2	12,9	11,8
1750—2500	338,8	88,1	97,7	45,9	11,9	11,9
2500—4000	355,6	95,5	117,6	42,5	11,4	14,1

Im Jahre 1916 war die Lebenshaltung erheblich verteuert, am meisten für Fische, dann für Fleisch und Molkereiprodukte, am wenigsten für Brot und Mehl.

In Norwegen konnten aus 6 Städten 174 Haushaltungen aus dem Jahre 1912—13 mit 408 Erwachsenen und 487 Kindern einer Berechnung zugrunde gelegt werden (Husholdningsregnskaper for av endel mindre bemidlede familier i Kristiania, Bergen, Trondhjem, Drammen, Kristianssand og Hamar i Aaret 1912—13. Utgit ved Kristiania kommunes Statistiske Kontor. Kristiania 1915). Von den in Kristiania zur Beobachtung kommenden Familien lebten 27,2 Proz. in übervölkerten Wohnungen. Verbrauchseinheiten werden bis zum 15. Jahre wie bei der deutschen Erhebung von 1907 berechnet, dann wird bei 15—16 Jahren für die Männer 0,7 (für weibliche Personen 0,6), bei 17—18 Jahren 0,9 (0,7), von da an für Männer 1,0, für Frauen 0,8 angenommen. In einer weiteren Veröffentlichung (Husholdningsregnskaper for Handelsfunktionaerer m. v. Utgit av des Statistiske Centralburaa. Kristiania 1915) werden die Haushaltrechnungen von 19 Familien von Handlungsgehilfen mittleren und kleinen Einkommens in verschiedenen Städten mitgeteilt.

Endlich werden kurz die dänischen Wirtschaftsrechnungen aus dem Jahre 1909 besprochen (Danske Husholdningsregnskaper Afdeling: Byarbejdere. Kobenhavn 1912) und die für den 3.—17. Oktober 1915 und für dieselbe Zeit 1916 (Statistiske Efterretninger, udgivet af des Statistiske Departement, 8. Aarg. Nr. 20 Husholdningsregnskaper for Oktober 1916). Erstere beziehen sich auf 76 Arbeiterfamilien in Kopenhagen und 99 in Provinzstädten, letztere auf 496 bzw. 377 Familien dieser Städte.

Prinzing (Ulm).

Beiträge zur Kenntnis der Lebenshaltung im vierten Kriegsjahre. Auf Grund einer Erhebung des Kriegs-

ausschusses für Konsumenteninteressen bearbeitet im Statistischen Reichsamt, Abteilung für Arbeiterstatistik. 21. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt. Berlin 1919. Carl Heymann's Verlag. 76. S. Preis M. 7.—.

Wie im April und Juni 1916 und im April 1917 wurden vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen auch für den April 1918 durch Vermittlung der Ortsausschüsse 1475 Fragebogen hinausgegeben, von diesen wurden 251 ausgefüllt, 2 mußten als unbrauchbar ausgeschieden werden. Die Bearbeitung hat der frühere volkswirtschaftliche Syndikus der Ältesten der Kaufmannschaft in Berlin, Dr. Croner, vorübergehend im Statistischen Reichsamt beschäftigt, übernommen.

Die Haushaltungen wurden nach Städtegruppen (Groß-, Mittel-Klein- und Landstädte) und innerhalb dieser nach Wohlstandsstufen geteilt, außerdem wurden Berufsgruppen gebildet und eine Sonderung nach geographischen Bezirken vorgenommen (Nord-, West-, Ost-, Süd- und Mitteldeutschland). Die Beteiligung dieser Bezirke an der Statistik war sehr verschieden, die größte Zahl (107) lieferte Süddeutschland, Norddeutschland lieferte 49, Mitteldeutschland 50, der Osten 21, der Westen 22 Listen. Von den norddeutschen Familien kamen 34 allein auf Berlin, von den mitteldeutschen 30 auf Dresden, von den süddeutschen 38 auf Karlsruhe und 35 auf Schwenningen. Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß mit einem solchen Material geographische Vergleiche des Verbrauchs nicht angestellt werden können, auch innerhalb der einzelnen geographischen Bezirke sind die Ernährungsverhältnisse so außerordentlich verschieden, daß es vielleicht besser gewesen wäre, nur die Orte, die eine größere Anzahl Haushaltungslisten geliefert haben, miteinander zu vergleichen, vorausgesetzt, daß ihre Angaben vertrauenswürdig waren.

Auch sonst ist das Ergebnis der Erhebung nicht recht befriedigend, wie es kaum anders zu erwarten war. Die Art der Rationierung in Deutschland hat es mit sich gebracht, daß jeder, der seinen Kräftezustand einigermaßen erhalten wollte, sich unter der Hand einen Zuschuß von rationierten Lebensmitteln zu verschaffen suchen mußte; dies hatte mancherlei Schwierigkeiten, die sich nach den Vermögensverhältnissen und nach den Beziehungen des Einzelnen zur lebensmittelerzeugenden Bevölkerung abstuften. Das Material wurde darauf geprüft, ob in den Listen der Verbrauch unter der Hand erworbener Nahrungsmittel angegeben war; es

wird aber nur mitgeteilt, daß dies etwa in der Hälfte der Fälle geschah, über die andere Hälfte wird nichts gesagt. Da nun anzunehmen ist, daß auch diese unter der Hand erworbene Lebensmittel verzehrten, so wirft dies ein Licht auf die geringe Zuverlässigkeit der ganzen Statistik. Auch ist bei den Angaben über den Verbrauch von Gemüse, Obst und Marmelade der Verbrauch aus eigener Erzeugung (Garten, Landwirtschaft) nicht berücksichtigt, was beim Unterschied von Groß- und Klein- oder Landstadt sehr ins Gewicht fällt. Man kann vermuten, daß auch andere Eigenerzeugnisse (z. B. Eier, Ziegenmilch) nicht voll eingetragen wurden; nach dem Fragebogen waren „die aus eigenem Garten, Viehstall oder Ackerland entnommenen Erzeugnisse in einer Anlage besonders zu verzeichnen und nicht ohne weiteres in die Tafel einzutragen“; über diese besondere Anlage ist ein Bericht nicht zu finden.

Um Kinder und Erwachsene auf eine Verbrauchseinheit („Köpfe“) zu bringen, wurden wie bei den früheren Erhebungen die Erwachsenen beiderlei Geschlechts und die Kinder über 11 Jahre als eine, von den Kindern unter 11 Jahren je zwei als eine Verbrauchseinheit angenommen, die Säuglinge blieben außer Ansatz. Die Bezeichnung „Kinder unter und über 11 Jahre“ ist ungenau; es ist zu vermuten, daß Kinder von 11 Jahren und darüber gemeint sind. Nach der Übersicht 1 war die Verteilung nach der Größe des Wohnorts folgende:

Zahl der	Großstädte	Mittelstädte	Klein- u. Landstädte	zusammen
Familien	133	35	81	249
Erwachsene	338	119	186	643
Kinder von 11—16 Jahren	81	25	65	171
„ „ 1—10 „	111	43	106	260
Säuglinge	10	3	12	25
Zusammen	540	190	369	1 099

Danach stimmt die den Berechnungen zugrunde gelegte Zahl von „Köpfen“ nicht ganz. Es werden für die Großstädte 495, für die Mittelstädte 149 und für die Klein- und Landstädte 342, insgesamt 986 Köpfe berechnet. Worauf die Differenz beruht, ist aus dem Bericht nicht zu ersehen. Das kurze Verfahren der Berechnung von Verbrauchseinheiten entspricht strengen wissenschaftlichen Anforderungen nicht. Da es sich aber nur darum handelt im groben eine Übersicht zu gewinnen, so kann man sich mit dieser Vereinfachung begnügen. Doch ist auf Grund der eben an-

geführten Ziffern anzunehmen, daß die Kinder unter 11 Jahren in den Klein- und Mittelstädten eine andere Altersgliederung haben als in den Großstädten.

Bei den Berufsgruppen wurde wie bei den Wohlhabenheitsgruppen das Einkommen nach seiner Herkunft unterschieden. Dabei muß im Auge behalten werden, daß eine Trennung in Familien mit männlichem und weiblichem Haushaltungsvorstand nicht vorgenommen wurde, der Anteil der Ehefrau erscheint daher nicht im richtigen Lichte; so war bei den 4 höheren Beamtenfamilien der Arbeitsverdienst der Frau 25 Proz., da bei einer Familie der Haushaltungsvorstand die Frau war. Auch bei den Arbeitern ist aus diesem Grunde der Anteil der Frau an dem Erwerb etwas zu groß, da von 118 Familien 6 einen weiblichen Haushaltungsvorstand hatten (unterstützte Kriegerfrauen). Aus dem Beitrag an Zinsen zum Einkommen geht hervor, daß die 4 höheren Beamtenfamilien nur von ihrem Gehalt leben mußten, während unter den mittleren Beamten (61 Familien) und den Privatbeamten und Angestellten (32 Familien) eine größere Anzahl war, die Privatvermögen hatte.

Gegenüber der Erhebung von 1917 hat sich infolge der Lohnsteigerung die Höhe des Monatseinkommens verschoben, damals war die häufigste Stufe bei 200—300 M., 1918 bei 300—400 M.

Es ist begreiflich, daß die Erhebung bei den ihr anhaftenden Mängeln nur wenige Ergebnisse hatte. Der Berichterstatter kommt oft darauf zurück, daß bei Schlußfolgerungen größte Vorsicht am Platze sei. Es werden Vergleiche mit den Aprilerhebungen der Jahre 1916 und 1917 angestellt. Das Jahr 1917 war das Jahr unserer Hungersnot, die allerdings erst im Sommer desselben ihren Gipfel erreichte. Alle Ausgaben haben sich 1918 bedeutend erhöht, was in den allgemeinen Preisverhältnissen begründet ist; an den Gesamtausgaben hat sich der Prozentanteil der Nahrungsmittel vermindert, während der für Kleidung erheblich gestiegen ist. Auffallend und mit der allgemeinen Erfahrung nicht im Einklang ist der Rückgang der Ausgaben für Miete bei den Einkommen von über 300 M. Die monatlichen Ausgaben hierfür waren in M.

Bei Monatseinkommen von	1916	1917	1918
100—200 M.	5,99	7,23	6,71
201—300 „	7,25	7,85	9,25
301—400 „	8,63	8,12	7,91
401—500 „	12,20	10,20	9,69
über 500 „	17,08	14,64	9,62

Dabei kommt in Betracht, daß die durchschnittliche Kopfzahl der Familien, die Haushaltungslisten lieferten, erheblich zurückgegangen ist. Sie war

Monatseinkommen	1916	1917	1918
100—200 M.	3,9	3,2	2,9
201—300 „	4,6	3,9	3,2
301—400 „	4,9	4,8	4,0
401—500 „	4,5	4,7	4,4
über 500 „	5,7	5,3	5,1

Der Rückgang der Ausgaben für Miete ist wohl damit zu erklären, daß infolge der Abnahme der Kopfzahl und der Verteuerung der Lebenshaltung kleinere und billigere Wohnungen gewählt oder daß durch Aufnahme von Aftermietern die Ausgaben für Wohnungsmiete verringert wurden. Daß Nachlaß der Miete 1918 mehr gewährt worden wäre als 1917, wie der Berichterstatter vermutet, ist nicht wahrscheinlich.

Über den Verbrauch einzelner Nahrungsmittel seien einige Beispiele herausgegriffen. Auf den Kopf wurden monatlich verbraucht, beziehungsweise verausgabt:

	1916	1917	1918
Brot, Semmel usw. in kg	8,30	8,41	8,96
„ „ „ „ M.	3,44	3,51	4,28
Mehl, Teigwaren in kg	1,46	2,01	1,59
„ „ „ M.	1,48	1,97	2,08
Kartoffeln in kg	16,79	10,93	21,81
„ „ M.	2,06	1,43	3,72
Fleisch, Schinken, Wurst in kg	1,52	1,94	1,47
„ „ „ „ M.	6,55	7,59	7,54
Butter u. andere Fette in kg	0,86	0,54	0,65
„ „ „ „ „ M.	4,16	3,17	4,33
Eier (Stück)	12	7	8
„ in M.	2,36	2,05	3,07
Milch (Liter)	8	7,7	9
„ in M.	2,23	2,26	2,89

Der Aufwand für Kleidung, Schuhzeug und Reparaturen ist ganz außerordentlich gestiegen, er betrug auf den Kopf 1916 5,70, 1917 7,49 und 1918 18,03 M.

Eine beträchtliche Steigerung erfuhren ferner die Ausgaben für Alkohol, Tabak und Zigarren infolge der Preiserhöhung. Leider sind die Ziffern auch hierfür nur auf „Köpfe“ berechnet; um wichtige Verhältniszahlen zu erlangen, müßte die Zahl der männlichen Erwachsenen bekannt sein. Es wurden auf eine Verbrauchseinheit hierfür monatlich verausgabt

Monatseinkommen	1916	1917	1918
100—200 M.	1,30	2,01	1,73
201—300 „	1,43	1,98	4,35
301—400 „	1,70	2,01	3,68
401—500 „	2,63	2,75	3,45
über 500 „	1,85	4,37	4,12
insgesamt	1,53	2,21	3,76

Alle Berufsgruppen schlossen mit einem Fehlbetrag ab; jede Familie war infolge der Teuerung gezwungen mehr für den Lebensunterhalt auszugeben als eingenommen wurde. Am wenigsten war dies der Fall bei den Arbeitern und Angestellten, in viel höherem Grade bei den Beamten und freien Berufen. Die Fehlbeträge wurden teils durch Entnahme aus dem Vermögen, teils durch Vorschüsse gedeckt. Prinzing (Ulm).

Gottstein, A. (Charlottenburg), Volksspeisung, Schulkinderspeisung, Notstandsspeisung, Massenspeisung. Weyl's Handbuch der Hygiene. Ergänzungsband: Soziale Hygiene. Leipzig 1918. A. Barth. S. 229—289.

Die genannten sozialen Einrichtungen werden von Gottstein auf Grund eigener und anderweitiger Erfahrungen, die sich allerdings nur auf eine verhältnismäßig kurze Spanne Zeit erstrecken, in guter übersichtlicher Weise vor Augen geführt. Diese Einrichtungen haben in den Kriegsjahren große Bedeutung gewonnen und die dabei gemachten Beobachtungen gaben Gelegenheit unsere Erfahrungen auf diesem Gebiet erheblich zu bereichern. Als oberster Grundsatz für diese Einrichtungen muß gelten, daß für die Ernährung des Menschen nicht der dafür angelegte Geldbetrag maßgebend ist, sondern die Menge und die Zusammensetzung der Nahrungsmittel. Dieser von Rubner aufgestellte Grundsatz findet aber, wenigstens in Zeiten, in denen keine Nahrungsmittelnot herrscht, dadurch eine erhebliche Einschränkung, daß dabei die Gewohnheiten der Menschen mit in Betracht gezogen werden müssen; vor dem Krieg hat man ja, besonders beim Militär, oft genug erfahren, daß viele in der Nahrung gebotene Wärmeeinheiten in die Abfalleimer wanderten.

In den großen Städten brachte die plötzliche Preissteigerung der Nahrungsmittel schon vor dem Kriege, in noch viel höherem Grade während desselben große Schwierigkeiten für die Versorgung der Bevölkerung; dies zwang die Stadtverwaltungen dazu, den Einkauf von Vieh, Kartoffeln und anderen Nahrungsmitteln selbst zu

übernehmen und eigene landwirtschaftliche Betriebe einzurichten. Sind die Schwierigkeiten, die der jetzige chaotische Zustand uns gebracht hat, überwunden, so werden die Städte gut tun, noch mehr als bisher hierauf zurückzukommen.

Gottstein bespricht die einzelnen Wohlfahrtseinrichtungen dieser Art. Er gibt eine Übersicht über die Volksküchen und Volksspeiseanstalten in Deutschland mit besonderer Berücksichtigung des Umstandes, ob sie wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen oder Zuschüsse von der Gemeinde oder von Wohltätigkeitsvereinen bedürfen. Notspeisungen sind nur eine Form der Armenunterstützung. Die Massenspeisungen haben während des Krieges in den Großstädten große Bedeutung gewonnen. Gottstein hält die Hamburger Einrichtungen für vorbildlich, sie werden daher besonders eingehend besprochen. Die einzelnen Städte weisen beträchtliche Verschiedenheiten auf. Die Massenspeisung braucht nicht ein vollwertiger Ersatz der Hauptmahlzeit zu sein, da von den Familien häufig Zusätze gegeben werden können; dies hängt damit zusammen, ob die Lebensmittelkarten entwertet werden oder nicht. Während des Krieges waren meist Zuschüsse der Gemeinden erforderlich; sollen die Massenspeisungen weiter bestehen, so verlangt Gottstein, daß aus öffentlichen Mitteln hierzu keine Zuschüsse beansprucht werden.

Über die Geschichte der Schulspeisungen werden ausführliche Angaben gemacht. Die Entartungsfrage, die nach Kaup eine Ernährungsfrage sei, ist nach Gottstein hierbei nicht so wichtig; man dürfe da nicht zu schwarz sehen. Notleidende Kinder bedürfen unter allen Umständen Berücksichtigung, in den einzelnen Städten herrschen in dieser Hinsicht große Verschiedenheiten, durchschnittlich seien es fünf Prozent. Sind die Zahlen der Gespeisten größer, so wirken andere Gründe als Bedürftigkeit mit. Die Anforderungen an die Zusammensetzung der Schulspeisen sollen nicht so hoch geschraubt werden, wie dies Erisman getan hat; sie werden auch in Deutschland nirgends erreicht, sondern können erheblich niedriger gehalten sein, da ja noch Brot dazu gereicht wird. Über den sozialen und gesundheitlichen Erfolg der Schulspeisungen liegen keine Arbeiten vor.

Prinzing, Ulm.

Mitteilungen.

Das französische Ministerium der Hygiene. Durch das Decret des Präsidenten der Französischen Republik vom 20. Januar 1920 wurde der Deputierte J. L. Breton zum Minister des neugegründeten „Ministère de l'hygiène, de l'assistance et de la prévoyance sociales" ernannt.[1]) Durch die Gründung dieses Ministeriums sollten die bisher auf das Ministerium des Inneren und das Ministerium der Arbeit und sozialen Fürsorge verteilten Aufgaben der Hygiene und sozialen Fürsorge zentralisiert und dadurch die ministerielle Verwaltung vereinfacht und verbilligt werden. Deshalb wurde durch das Decret vom 27. Januar 1920 die „Direction de l'assistance et de l'hygiène publique" und die „Inspection générale des services administratifs en ce qui concerne toutes les subventions du pari mutuel" vom Ministerium des Innern und die „Direction de la mutualité" und die „Division de l'assurance et de la prévoyance sociales" von dem Ministerium der Arbeit und der sozialen Fürsorge dem Ministerium der Hygiene unterstellt. Demgemäß wurde das letztere Ministerium in vier Abteilungen eingeteilt, nämlich 1. Direction de l'assistance et de l'hygiène publiques, 2. Direction de la mutualité, du personel et de la comptabilité, 3. Division de l'assurance et de la prévoyance sociales, 4. Service du controlle des assurances privées. Letztere Abteilung wurde jedoch bereits 31. Juli 1920 dem Arbeitsministerium zugewiesen.

Die erste und wichtigste Abteilung besteht wiederum aus fünf Unterabteilungen, von welchen der ersten Unterabteilung die Dienstangelegenheiten betreffs der Geisteskranken, Blinden, Taubstummen und der nationalen Wohlfahrtseinrichtungen, der zweiten die Kinderfürsorge, der dritten die obligatorische Unterstützung der Greise, Kranken und Unheilbaren, die Hospitäler und Wohlfahrtsanstalten, der vierten die öffentliche Sauberkeit und allgemeine Hygiene und der fünften die Prophylaxe und Bekämpfung der epidemischen Krankheiten unterstellt sind. Unter den Aufgaben der letzteren Unterabteilung ist nach berühmten Mustern ganz am Schlusse, gleichsam als Anhängsel, aufgeführt: „Statistique sanitaire de la France: établissement et publication". Die untergeordnete Stellung, welche der französischen Medizinalstatistik auch in diesem Fachministerium, das auf eine geordnete Medizinalstatistik als Grundlage für viele seiner Aufgaben und als das wertvollste Kriterium seiner eigenen Leistungen eigentlich das Hauptgewicht legen sollte, entspricht ihren bisherigen untergeordneten Leistungen, womit die frühere französische Medizinalverwaltung ihre Rückständigkeit vor aller Welt bekundete. Von einem Lande, das dank der hervorragenden Tätigkeit seiner

[1]) Anläßlich der Neubildung der französischen Regierung am 16. Januar 1921 ging dieses Ministerium an den Deputierten Leredu über.

statistischen Zentralbehörde eine führende Stellung auf dem Gebiete der Bevölkerungsstatistik einnimmt, sollte man doch erwarten, daß es hiermit auch seine Medizinalstatistik in Einklang bringt und ihr nicht die klägliche Rolle zuweist, die sie bisher zum Nachteil der französischen Medizinalverwaltung gespielt hat.

Die zweite Abteilung setzt sich aus der Unterabteilung für Hauptverwaltung der Gesellschaften für gegenseitige Hilfe, der Unterabteilung für Unterstützungen, Pensionen und Statistiken, unter welch letzteren die Aufstellung von Morbiditäts- und Mortalitätstafeln angeführt ist, und aus der Unterabteilung für Regelung der Pensionsansprüche von Kriegsteilnehmern zusammen, während die dritte Abteilung in die Unterabteilung für Sparkassen und gegenseitigen Kredit und in die für Herstellung billiger Wohngelegenheiten gegliedert ist.

Durch ein weiteres Decret vom 27. Januar 1920 wurde diesem Ministerium ein „Conseil supérieur de la natalité" beigefügt, das aus 30 Mitgliedern besteht und die Aufgabe hat, sich mindestens einmal monatlich zu versammeln und hierbei die Maßnahmen zu prüfen, die geeignet für die Bekämpfung der Entvölkerung erscheinen. Mit der gleichen Angelegenheit wurde eine besondere Kommission in jedem Departement betraut, welche hierüber dem „Conseil supérieur" halbjährig Bericht erstatten soll.

Über die bisherige organisatorische Tätigkeit des Ministeriums der Hygiene gibt die im Oktober 1920 erschienene erste Nummer des von ihm herausgegebenen „Bulletin officiel" (Paris VII, librairie Aristide Quillet, Jahresabonnement für 12 Nummern 20 Frcs.) Aufschluß. Danach bestand seine bisherige Haupttätigkeit darin, eine Reihe von beratenden Kommissionen ins Leben zu rufen, nämlich eine beständige Kommission zur Bestimmung der materiellen und persönlichen Bedingungen zur Einstellung von Sanitäts-Aufsichtsbeamten bei den Einwanderungsbureaus, ein Komitee zum Studium der hygienischen Fragen auf dem Gebiete der Irrenpflege, eine Kommission zum Studium der Änderungen des Gesetzes vom 15. Februar 1902 zum Schutze der Volksgesundheit, eine Kommission zum Studium der finanziellen Lage und zur Untersuchung einer besseren sozialen Nutzbarmachung der nationalen Wohlfahrtseinrichtungen, eine Kommission zur Verwaltung und Verteilung der örtlichen Liebesgaben für die verwüsteten Gebiete, eine Kommission zum Studium der vorgeschlagenen Maßnahmen gegen die Wohnungsnot, eine Kommission für Gewerbekrankheiten gemäß dem Decret vom 19. November 1919 und schließlich eine Kommission zur Untersuchung der besten Mittel zur Entwicklung zum Sport und seiner Praxis. Hierzu muß noch die Neuorganisation der bereits bestehenden Kommissionen zur Vorbeugung der Geschlechtskrankheiten und zur Prüfung der Fragen der nationalen Versicherungskassen für Tod und Unfall gerechnet werden.

Der Rückgang der körperlichen Tüchtigkeit in Österreich in den Jahren 1870—1912.

(Aus den Ergebnissen der österreichischen Heeresergänzungsstatistik.)

Von Dr. Wilhelm Winkler,
Hofsekretär der Statistischen Zentralkommission und Privatdozent für Statistik an der Universität in Wien.

(Fortsetzung.)

IV. Die Ursachen der zeitlichen und örtlichen Verschiedenheiten der Tauglichkeit.

1. Vorbemerkungen. Bei der Ursachenforschung werden wir zwischen äußeren, die Zahl der Tauglichen zufällig bestimmenden, und inneren, wirklichen, die körperliche Tüchtigkeit beeinflussenden Ursachen unterscheiden müssen. Denn der Begriff der militärischen Tauglichkeit ist, wie in Abschnitt I, 1 d auf S. 202 gezeigt wurde, nicht von vornherein gegeben, sondern jeweils durch die herrschenden Vorschriften bestimmt. Aber auch innerhalb der Geltungsdauer und des Geltungsgebietes einer und derselben Vorschrift ist er von den herrschenden Aushebungsströmungen abhängig. Diese werden hauptsächlich durch das Verhältnis zwischen der Zahl der vorhandenen Stellungspflichtigen und dem Heeresbedarfe bestimmt. Ein größerer Heeresbedarf bei gleichbleibender Zahl der Stellungspflichtigen wird ein Wachsen der Tauglichkeitsziffer zur Folge haben, ein gleichbleibender Heeresbedarf bei wachsender Zahl der Stellungspflichtigen voraussichtlich ein Sinken. Erst wenn die Ursachenforschung die Mauer dieser rein äußerlichen Einflüsse durchbrochen hat, kann sie sich auf dem Gebiete der inneren, die körperliche Tüchtigkeit der Bevölkerung bestimmenden Ursachen bewegen. Die Zahl dieser Einflüsse ist groß, und es bedarf

des gleichzeitigen Aufgebots zeitlicher und örtlicher Vergleiche, um aus dem eng verstrickten Netze die einzelnen Fäden herauszulösen. In unserem Falle ist die Ursachenforschung noch dadurch erschwert, daß das Material örtlich nicht besonders weitgehend gegliedert und in den ausgewiesenen kleinsten örtlichen Einheiten, den Ergänzungsbezirken, nur in Verhältniszahlen vorhanden ist. Wir werden daher darauf verzichten müssen, Aufklärung für jede einzelne zeitliche und örtliche Erscheinung zu verlangen, und uns damit begnügen müssen, die vorhandenen Entwicklungen und Verschiedenheiten in ihren Hauptzügen ursächlich festzulegen.

Die Einwirkung der gesetzlichen Änderungen auf die Tauglichkeit ist bereits oben im Abschnitte III (auf S. 225) gewürdigt worden. Es erübrigt daher hier vor dem Eintreten in die Erforschung der inneren Ursachen nur noch, den Einfluß des wechselnden Verhältnisses von Rekrutenangebot und -bedarf auf unsere Zahlen zu untersuchen.

2. Heeresbedarf und Tauglichkeit. Wenn wir die zeitliche Reihe der Tauglichkeitsentwicklung für welches Land immer betrachten, so werden wir in den Zahlen Schwankungen und Veränderungen finden, die in einer Zu- oder Abnahme der körperlichen Tüchtigkeit der Untersuchten nicht begründet sein können. Solche Schwankungen sind hinsichtlich Deutschlands, der Schweiz und anderer Staaten nachgewiesen worden.[1] Auch bezüglich Österreichs können wir in dem für unsere Untersuchung ausgewählten Zeitraume von 1889 bis 1911 einen gewissen Zusammenhang zwischen den Tauglichkeitszahlen und dem Verhältnisse von Rekrutenanbot und Rekrutenbedarf feststellen (Übersicht 13, Spalte 2 und 4).

(Siehe Übersicht 13 auf der nächsten Seite.)

Die in Spalte 4 ausgewiesenen Verhältniszahlen des Rekrutenkontingents von den jeweils Abgefertigten stellen Anzeiger des Gleichgewichtes zwischen Rekrutenanbot und Rekrutenbedarf vor. Bleiben diese Zahlen auf gleicher Höhe, so ist damit ausgedrückt, daß der jeweilige Rekrutenbedarf durch das jeweilige Rekrutenanbot in stetiger Weise befriedigt werden konnte. Ihr Steigen bedeutet eine Verschärfung des Heeresbedarfes gegenüber dem vorhandenen Rekrutenanbote, ihr Fallen eine Verminderung.

---

[1]) Vgl. Schwiening a. a. O. S. 76 ff., S. 304 ff., Schjerning a. a. O. S. 4 ff. und andere.

Übersicht 13.

Die zeitlichen Schwankungen der Tauglichkeit in Österreich und einige mögliche ursächliche Zusammenhänge.

Jahr (Geburtsjahrgang der I. Altersklasse)	Taugliche unter je 100 endgültig Abgefertigten: im nebenstehenden Jahre	Taugliche unter je 100 endgültig Abgefertigten: des nebenstehenden Geburtsjahrgg.	Rekrutenkontingent in Österreich in Proz. der endgültig Abgefertigten	Die zur Stellung nicht Erschienenen	Mittlere Größe der Erschienenen des ersten Altersjahrganges	Verhältnismäßige Geburtenhäufigkeit des betreffenden Geburtsjahrganges	Säuglingssterblichkeit auf 1000 Einw.	Durchschnittliche Roggenpreise (50 kg in Kr.): in dem Geburts- u. Vorgeburtsjahr	Durchschnittliche Roggenpreise (50 kg in Kr.): in den der Stellung vorangehenden 5 Jahren
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1912 (1891)	58,0	—	37,30	15,0	166,877	38,51	9,36	8,77	10,46
1911 (1890)	55,6	—	33,63	16,6	166,459	36,67	9,50	7,66	9,20
1910 (1889)	58,5	53,0	31,93	15,1	166,615	38,28	9,04	6,80	9,02
1909 (1888)	58,7	56,2	31,10	13,5	166,707	38,21	9,51	6,65	8,45
1908 (1887)	54,8	57,4	32,99	15,8	166,589	38,51	9,40	7,05	7,73
1907 (1886)	53,1	55,4	31.45	12,8	166,440	38,22	9,54	7,45	7,40
1906 (1885)	50,0	52,4	30,56	11,6	166,386	37,79	9,65	8,20	7,55
1905 (1884)	52,9	52,0	29,57	10,5	166,319	38,90	9,61	8,50	7,53
1904 (1883)	54,5	51,8	30,07	10,4	166,247	38,31	9,68	8,50	7,55
1903 (1882)	55,3	52,6	30,05	9,3	166,046	39,25	9,91	9,65	7,94
1902 (1881)	54,8	53,8	29,53	7,9	166,031	37,68	9,42	10,70	8,03
1901 (1880)	57,1	54,6	30,09	8,0	166,145	37,96	9,49	9,50	7,86
1900 (1879)	58,6	55,6	30,05	7,5	165,971	39,58	9,49	8,05	7,66
1899 (1878)	59,0	57,2	29,19	6,5	165,865	38,81	9,77	8,95	7,31
1898 (1877)	58,6	57,4	29,17	6,4	165,770	38,97	10,07	9,75	6,90
1897 (1876)	61,1	57,2	28,42	6,9	165,657	40,44	9,98	9,10	7,03
1896 (1875)	56,8	56,7	30,11	6,1	165,602	40,30	9,80	10,12	7,51
1895 (1874)	55,4	56,2	32,83	5,9	165,608	40,00	10,42	11,55	7,84
1894 (1873)	58,6	53,4	32,56	5,9	165,756	39,95	11,60	10,18	8,08
1893 (1872)	55,2	53,0	32,86	5,9	165,410	39,33	10,64	8,75	7,96
1892 (1871)	49,7	55,0	34,14	6,0	165,261	39,25	10,03	8,15	7,60
1891 (1870)	57,0	52,0	37,53	6,3	165,116	39,98	10,07	7,50	7,16
1890 (1869)	63,0	50,8	36,93	5,8	164,930	39,72	9,53	7,40	7,08

Die Reihe dieser Anzeiger des verhältnismäßigen Heeresbedarfes geht von 1889 an bis zum Jahre 1897 treppenweise zurück, bleibt dann auf gleicher Höhe bis zum Jahre 1906 und steigt dann wieder treppenweise bis zum Jahre 1912 an.

Wenn wir diesem Verlaufe den Verlauf der Tauglichkeitskurve in Spalte 2 gegenüberstellen, so finden wir das Ansteigen des Heeresbedarfes von 1907 an von einem ähnlichen Ansteigen der Tauchlichkeitskurve, das Sinken des Heeresbedarfes von 1889—1897 ebenfalls von einem, wenn auch durch starke Schwankungen verdeckten Sinken, das Gleichbleiben des Heeresbedarfes von 1897—1906 dagegen von einem Sinken der Tauglichkeitszahlen begleitet. Dieser mittlere Teil der beiden Reihen erscheint uns für unsere Betrachtung als der wichtigste, da er uns den Verlauf der Tauglichkeitskurve unter Ausschaltung des vorwiegenden Einflusses des Heeresbedarfes erkennen läßt. Zwar, daß der Einfluß des vorausgehenden sinkenden Heeresbedarfes ganz beiseite getreten wäre, können wir kaum annehmen; es ist auch der Abfall der Tauglichkeitskurve von 1897 auf 1906 zu steil, als daß er allein mit dem Rückgange der körperlichen Tüchtigkeit in dieser Zeit erklärt werden könnte. Andererseits aber wäre es sinnlos, dieses starke Sinken in einer Zeit gleichbleibenden Heeresbedarfes einzig aus Rücksichten auf den Heeresbedarf erklären zu wollen, da die vorausgehende Zeit sinkenden Heeresbedarfes keinen so starken Rückgang aufzuweisen hatte. Es scheint damit glaubhaft gemacht, daß in dem Fallen der Tauglichkeitszahlen von 1896—1906 der Rückgang der körperlichen Tüchtigkeit der ganzen Zeit mit zum Ausdrucke kommt und daß die oben auf (S. 230) durch Ausgleichung gewonnene Reihe, indem sie den fallenden und steigenden Heeresbedarf gegeneinander in die Wagschale legt, sehr richtig den inneren Kern der Bewegung zum Ausdrucke bringt, ein Ergebnis, das ja auch mit der beobachteten starken Zunahme der durch Überprüfung Ausgeschiedenen wohl übereinstimmt.

Neben der Frage des zeitlichen Einflusses der Schwankungen des Verhältnisses zwischen Rekrutenanbot und Heeresbedarf ist des weiteren die Frage zu erörtern, inwieweit örtliche Verschiedenheiten in diesem Verhältnisse einen Einfluß auf die Tauglichkeitszahlen gewinnen könnten. Es ist eine wiederholt vorgebrachte Meinung, daß das Zusammentreffen von großer Bevölkerungsdichte und kleiner Militärtauglichkeit darauf zurückzuführen sei, daß in den dichtbesiedelten Gebieten das Anbot an Stellungspflichtigen größer

sei, weshalb die erforderliche absolute Rekrutenmenge bei einer niederen Verhältniszahl gedeckt werden könne, als in den dünn besiedelten Gegenden.

In dieser allgemeinen Form ausgesprochen, ist der Gedanke sicher nicht richtig; denn er setzt bei den Heeresbehörden die Unkenntnis der einfachsten Tatsachen des Bevölkerungswesens voraus und nimmt an, daß die Heeresverwaltung den Umfang der Ergänzungsbereiche mit dem Zirkel auf der Landkarte und nicht unter Berücksichtigung der angesiedelten Bevölkerung vornehme.

Es wird also jeweils zu überprüfen sein, inwieweit die Einrichtung der Ergänzungsbezirke und die Verteilung des Heeresbedarfes der Bevölkerungsdichte Rechnung trägt oder nicht.

In Österreich-Ungarn hat vor 1889 und nach 1911 für die Verteilung des Rekrutenkontingents die Bestimmung gegolten, daß die Verteilung nach den tatsächlichen Tauglichkeitsergebnissen zu erfolgen habe. In der für unsere Betrachtung in Frage kommenden Zeit von 1889—1911 war die Aufbringung des Heeresersatzes in der Weise bestimmt, daß dieser auf die Korpsbereiche nach dem Bevölkerungsschlüssel der letzten Volkszählung, innerhalb der Korpsbereiche auf die Ergänzungsbezirke nach den tatsächlichen Stellungsergebnissen erfolgen sollte. Diese Regelung war nicht besonders glücklich. Sie enthielt unter dem Anscheine der Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit eine Härte gegenüber Auswanderungsgegenden, da in diesen die gleiche Bevölkerungszahl weniger wehrfähige Männer enthielt als in solchen ohne Auswanderung oder mit Zuwanderung. Es konnte sich daraus für erstere Gegenden die Notwendigkeit einer schärferen Rekrutierung ergeben, wenn der Ausfall an Männern nicht durch günstigere Tauglichkeitsverhältnisse aufgewogen wurde.

Wir besitzen in den Zahlen der durch Überprüfung bis zum Ende des Aushebungsjahres wieder Ausgeschiedenen einen Gradmesser der Schärfe des Aushebungsvorganges. Wenn wir uns desselben zur Beurteilung der Betroffenheit der Auswanderungsgegenden durch die geschilderte Rekrutenverteilung bedienen, so erhalten wir folgende Zusammenstellung:

Übersicht 14.

Korpsbereich	Von je 100 Stellungspflichtigen sind im Durchschnitte der Jahre 1908—1912 in der 1. Altersklasse zur Stellung nicht erschienen	Von je 100 endgültig Abgefertigten wurden im Durchschnitte der Jahre 1908—1912		
		bei der Stellung ausgehoben	bis zum Ende des Stellungsjahres durch Überprüfung ausgeschieden	als endgültig tauglich belassen
1	2	3	4	6
Przemysl	38,7	61,6	3,8	57,8
Ragusa	29,3	65,2	6,0	59,2
Lemberg	25,0	58,2	5,4	52,8
Krakau	22,3	56,8	4,4	52,4
Innsbruck	6,5	62,4	5,6	56,8
Prag	5,8	52,3	2,8	49,5
Leitmeritz	5,0	54,2	3,0	51,2
Wien	4,7	56,4	4,6	51,8
Graz	1,2	57,7	5,0	52,7

Die Spalte 4 der Übersicht 14 in Verbindung mit Spalte 2 läßt einen regelmäßigen, stark ausgesprochenen Einfluß des Auswanderungscharakters einer Gegend (dargestellt durch die Verhältniszahl der zur Stellung nicht Erschienenen) auf die Schärfe der Aushebung nicht erkennen. Denn wir finden hohe und niedrige Ausscheidungsanteile sowohl in Gegenden mit starker als auch solchen mit schwacher Auswanderung. So besitzt z. B. der Korpsbereich der kleinsten Zahl von Nichterschienenen, Graz, eine größere Verhältniszahl von Ausgeschiedenen (5,0 Proz.) als der Korpsbereich der größten Zahl von Nichterschienenen, Przemysl (3,8 Proz.). Daß der in der Auswanderungsreihe an 2. Stelle stehende Korpsbereich Ragusa mit 6,0 Proz. Ausgeschiedenen an 1. Stelle steht, kann auch darin mit seine Ursache haben, daß der große Menschenschlag, der diesen Bereich bewohnt (vgl. Abschnitt VI auf S. 340), beim ersten Zusehen tauglicher erscheint als er sich später bewährt.

Trotzdem also die oben ausgesprochene Befürchtung nicht zutreffen dürfte, wollen wir für die weitere örtliche Ursachenforschung die Tauglichkeitszahlen der einzelnen Ergänzungsbezirke nur nach Abzug der durch Überprüfung Ausgeschiedenen verwenden, da diese Zahlen der „endgültig Tauglichen“ an und für sich eine bessere Vergleichungsgrundlage abgeben; denn in ihnen erscheinen aus welcher Ursache immer hervorgegangene Verschiedenheiten im Aushebungsvorgange bis zu einem gewissen Grade ausgeglichen.[1])

[1]) Man könnte versucht sein, die Frage noch weiter in die Zahlen der Militärsanitätsstatistik hinein zu verfolgen. Aus den Bänden 1908—1912 der „Sanitätsstatistischen Berichte des k. u. k. Heeres“ berechnen wir (leider ohne absolute Zahlen) folgende Durchschnitte:

(Siehe Übersicht 15 auf der nächsten Seite.)

Die nachstehenden Zahlen weisen eine bunte Reihe auf und geben, je nachdem man bald sämtliche Erkrankungen (einschließlich Marodenfälle) oder nur die schwereren, die eine Abgabe an Heilanstalten bedingten, oder die durchschnittliche Krankheitsdauer betrachtet, ein wechselndes Bild. Man könnte versucht sein in dem großen Krankheitszugange der Korpsbereiche Ragusa und Krakau, sowie

3. Rasse (Nationalität) und Tauglichkeit. Nachdem wir nun den Einfluß der äußeren, nicht in der körperlichen Tüchtigkeit der Bevölkerung liegenden Ursachen bestimmt und abgegrenzt haben, wenden wir uns mit der Untersuchung des Einflusses der Rasse (Nationalität) auf die Tauglichkeit der Erforschung der inneren Ursachen zu. Dabei müssen wir uns aus praktischen Gründen damit begnügen, die Rassezugehörigkeit nach einem äußerlichen Merkmal, wie es die Sprache ist, zu erfassen. Es ist bekannt, daß eine solche Bestimmung den höheren Anforderungen der Anthropologie nicht genügt, da auch bei einheitlichen Sprachgemeinschaften Merkmale verschiedener Rassen feststellbar sind, zurückgehend offenbar auf die Vermischung der jeweils eingewanderten Sieger mit der unterworfenen erbgesessenen Bevölkerung.[1]) So bleiben die äußerlichen Merkmale der Rassezugehörigkeit bis zu einem gewissen Grade unsichere Weiser.[2])

Übersicht 15.

Durchschnitt des Krankenzuganges, der Abgabe an Heilanstalten in Prom. der Kopfstärke, Krankheitstage auf einen Mann im Durchschnitte der Jahre 1908—1912.

Korpskmdo.	Krankenzugang auf 1000 der durchschnittlichen Kopfstärke	Abgabe an Heilanstalten auf 1000 der durchschnittlichen Kopfstärke	Krankheitstage auf einen Mann der durchschnittlichen Kopfstärke
Krakau	981,84	494,98	14,24
Wien	740,14	328,34	11,26
Graz	912,30	380,18	13,42
Prag	784,26	370,46	11,54
Leitmeritz	808,78	391,82	12,54
Przemysl	687,14	410,56	11,70
Lemberg	671,00	412,74	12,96
Innsbruck	1004,14	352,30	13,94
Ragusa	904,78	377,62	12,88

in der größeren Belastung der galizischen Korpskommanden mit schwereren Krankheitsfällen, die Nachwirkung einer schärferen Musterung zu erblicken. Die Zahlen erhalten jedoch ein ganz anderes Gesicht, wenn wir erfahren, daß die hohe Erkrankungsziffer in Ragusa auf endemische akute Infektionskrankheit (Pappatacifieber) zurückgeht und daß die galizischen Korps in den Geschlechtskrankheiten die Führung hatten. Ähnlich erklären sich die hohen Krankenzugänge von Innsbruck und Graz aus den dort am häufigsten auftretenden Körperverletzungen (Alpendienst!). Wenn wir diese Zufälligkeiten hinwegdenken, so bleiben in den Zahlen keine wesentlichen Unterschiede übrig, die als Folgen einer verschieden scharfen Aushebung betrachtet werden könnten.

[1]) Vgl. O. Ammons Untersuchungen an der badischen Bevölkerung in O. Ammon „Die natürliche Auslese beim Menschen,“ Jena 1893.

[2]) Es glauben z. B. maßgebende Beurteiler, die großen Tauglichkeitsunter-

Eine feinere, die anthropologisch bestimmten Rassemerkmale zugrunde legende Untersuchung ist nach dem heutigen Stande der Messungen auf dem Gebiete des alten Österreichs kaum möglich; auch müßte sie sich wohl auf ein örtlich eingehenderes Material stützen können, als wir besitzen. Für unsere allgemeinere Betrachtung genügt die erwähnte äußerliche Feststellung der Rassezugehörigkeit. Ja, wir müssen hier am Anfange unserer Untersuchung noch weiter gehen und unter Rasse einstweilen neben der natürlichen Tatsache auch noch den Inbegriff der ihr gemeinsamen wirtschaftlichen und kulturellen Lebensbedingungen verstehen. Die nachfolgende Untersuchung der letzteren wird dann ergeben, was von den etwa festgestellten Tauglichkeitsunterschieden nach Volksstämmen auf die Rasse im engeren (natürlichen) Sinne entfällt.

Den Zusammenhang zwischen Tauglichkeit und sprachlichem Charakter der Gegend stellt Übersicht 16 in Spalte 2 und 3 nach Ergänzungsbezirken dar. Die damit gewählte örtliche Betrachtungsweise steht zwar an Genauigkeit der persönlichen (Erhebung des sprachlichen Merkmales bei jedem einzelnen Abgefertigten) nach. Auch handelt es sich bei der Tauglichkeit um die Heimatbevölkerung, bei dem sprachlichen Charakter um die anwesende Bevölkerung. Doch können wir bei der im allgemeinen geschlossenen sprachlichen Siedlungsweise im alten Österreich, der ziemlich weitgehenden Überdeckung von anwesender und Heimatbevölkerung und der häufigen Durchbrechung des Heimatgrundsatzes zugunsten der Anwesenheit bei den Stellungen im vorliegenden Falle diesen Weg ohne Befürchtung grober Fehler betreten. Wir müssen ihn betreten, wenn wir überhaupt Aufklärung über die zu untersuchenden Zusammenhänge erlangen wollen.

(Siehe Übersicht 16 auf Seite 298—301.)

Der Verlauf der Tauglichkeit, nach dem sprachlichen Charakter der Gegend betrachtet, gibt allerdings kein einheitliches, auf den ersten Blick ausgeprägtes Bild, da außer der Stammeszugehörigkeit noch andere Ursachen für die Taulichkeit bestimmend sind, die eine Streuung innerhalb jedes Volkes bewirken, so daß die Gebiete der verschiedenen Volksstämme sich in der Reihe vielfach durchkreuzen und verschlingen. Immerhin lehrt schon ein

---

schiede, die sich im Deutschen Reiche zwischen Osten und Westen einerseits und einem längs der Elbe sich einschiebenden Keile andererseits ergeben, nur mit Rasseverschiedenheiten erklären zu können. Vgl. z. B. Schwiening a. a. O. S. 118 und 195 oder Meisner „Rekrutierungsstatistik" im Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie VI. Jahrg. 1909, S. 59 u. ff.

flüchtiger Blick in die Spalte 4, daß die ost- und südslavischen Völker in der Tauglichkeitsreihe obenan stehen, während die Tschechen und Deutschen den Abschluß der Reihe bilden. Eine klare Vorstellung soll uns die Zusammenfassung der jeweils durch eine Sprache verbundenen Ergänzungsbezirke in Durchschnittszahlen bieten.[1]) Es ergibt sich hiernach folgende Zusammenstellung:

Übersicht 17.

Es entfielen auf je 100 Abgefertigte endgültig Taugliche (abzüglich der durch Überprüfung Ausgeschiedenen):

	in reinsprachigen Bezirken [2])	gemischtsprachigen Bezirken	überhaupt
serbo-kroatisch	60,2	[3])	60,2
ukrainisch	[4])	55,2	55,2
slovenisch	54,2	54,8	54,5
polnisch	53,0	54,9	54,0
tschechisch	50,0	51,0	50,9
deutsch	48,6	52,2	50,1

Hierzu kommen noch der rein italienische Bezirk Trient mit 60,5 Proz., der überwiegend italienische Bezirk Kriegsmarine Triest mit 58,8 Proz. und der gemischt rumänische Bezirk Czernowitz mit 48,6 Proz., die alle drei aber wegen der Besonderheit der in ihnen herrschenden Verhältnisse nicht als ganz zuverlässige Vertreter der Sprachstämme, denen sie zugehören, genommen werden können.

Das knappe Bild der Zahlen in Übersicht 17 bestätigt den ersten aus Spalte 2 der Übersicht 16 gewonnenen Eindruck. Es sind die wenig kultivierten süd- und ostslavischen Stämme, die mit ihrer Tauglichkeitsziffer obenan stehen. Die Zahlen für die Ukrainer und Polen bringen deren körperliche Tüchtigkeit noch nicht voll zum Ausdrucke, da diese beiden Völker von kleinem Wuchse sind und ihre Rüstigkeit infolge des Mindestmaßes durch die Militärtauglichkeit nicht im gleichen Verhältnisse dargestellt erscheint, wie bei größeren Volksstämmen. Dagegen sind die Zahlen für die Serbo-Kroaten (und vielleicht auch für die Slovenen) wegen deren günstigem Größenverhältnisse wohl etwas zu hoch. Die Kulturvölker des alten Österreich, die Deutschen und die Tschechen, stehen zu unterst.

---

[1]) Wobei die Durchschnittsbildung in Ermangelung der absoluten Grundzahlen unter Benützung der Heimatbevölkerung als Gewicht erfolgte.

[2]) Reinsprachig: 90 Proz. Sprachgenossen und darüber; gemischtsprachig: über 50—89,9 Proz. Sprachgenossen.

[3]) Gemischtsprachige serbo-kroatische Ergänzungsbezirke kamen nicht vor.

[4]) Reinsprachige ukrainische Ergänzungsbezirke kamen nicht vor.

Übersicht 16.

Die örtlichen Schwankungen der Tauglichkeit in Österreich und einige mögliche Ursachen.

Ergänzungsbezirk	Auf je 100 endgültig Abgefertigte kamen im Durchschn. 1908/12 endg. Taugliche[1])	Sprachlicher Charakter des Erg.-Bez.[2])	Proz. der Mindermäßig. von d. Erschienenen des 1. Jahrganges im Durchschn. 1907/11	Proz. der nicht zur Stellung Erschienenen des 1. Jahrg. Durchschnitt 1908/12	Proz. Anteil der in Städten mit 2001—20000 Einwohnern siedelnden Bevölkerung	Proz. Anteil der in Städten mit über 20000 Einwohnern siedelnden Bevölkerung	Proz. Anteil der Berufstätigen in Land-wirtschaft	Proz. Anteil der Berufstätigen in Industrie und Gewerbe	Proz. Anteil der Berufstätigen in Handel
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1. Jaroslau	64,1	poln. 78,3 ruth. 21,1	2,0	47,0	35,4	5,3	90,3	4,4	5,3
2. Przemysl	63,6	poln. 58,6 ruth. 39,8	5,4	34,3	19,3	17,2	85,7	6,4	7,9
3. Sinj	61,8	kroatisch	0,6	27,9	17,2	—	97,1	1,6	1,3
4. Grodek	60,9	ruth. 65,2 poln. 33,9	3,8	24,8	35,8	—	91,6	3,6	4,8
5. Trient	60,5	italienisch	0,1	16,7	15,5	9,9	73,8	17,3	8,9
6. Zloczow	60,5	ruth. 60,3 poln. 38,1	2,1	26,2	37,1	—	87,5	6,0	6,5
7. Sebenico	60,1	kroatisch	0,8	22,6	25,9	5,3	89,9	5,6	4,5
8. Olmütz	59,9	tsch. 69,2 deut. 30,5	1,8	4,3	21,9	12,6	49,9	37,5	12,6
9. Brixen	59,7	deut. 70,9 ital. 28,5	1,5	9,3	19,3	6,6	70,3	17,5	12,2
10. Rzezow	59,6	polnisch	2,5	50,5	27,8	4,6	90,6	3,6	5,8
11. Innsbruck	59,5	deutsch	0,5	4,8	11,9	12,6	51,6	34,5	13,9
12. Znaim	59,5	deut. 50,9 tsch. 48,8	0,4	4,9	26,8	—	74,3	18,2	7,5
13. Castelnuovo	59,4	kroatisch	0,5	46,2	7,8	—	83,4	7,9	8,7
14. Sanok	59,2	poln. 54,7 ruth. 44,8	5,2	47,9	22,6	—	88,9	5,0	6,1
15. Stry	59,0	ruth. 73,6 poln. 23,2	3,2	17,1	29,7	7,2	88,3	5,9	5,8

16. Kr. Mar. Triest	58,8	ital. 56,0 kroat. 21,3 slov. 17,9	0,7	14,1	29,4	38,0	46,7	30,1	23,2
17. Mähr. Schönberg	56,6	deut. 63,3 tsch. 36,5	2,3	6,6	27,3	—	49,7	42,9	7,4
18. St. Pölten	55,9	deutsch	2,5	2,6	14,7	3,6	64,7	26,2	9,1
19. Cilli	55,4	slovenisch	2,9	9,9	6,4	—	84,7	11,0	4,3
20. Brzezany	55,2	ruth. 65,1 poln. 34,4	3,5	25,9	32,1	—	91,0	4,1	4,9
21. Salzburg	55,2	deutsch	2,2	2,4	10,6	7,6	62,4	24,2	13,4
22. Triest	54,8	slov. 60,1 kroat. 23,8 ital. 11,6	1,2	15,8	10,8	9,1	77,2	15,5	7,3
23. Kremsier	54,4	tschechisch	1,9	10,0	40,7	—	67,1	24,8	8,1
24. Beraun	54,0	tsch. 73,1 deut. 26,9	0,9	5,9	16,3	—	56,3	33,7	10,0
25.[1] Kolomea	53,6	ruth. 78,3 poln. 16,1	3,0	22,5	53,7	7,9	89,1	5,4	5,5
26. Czortkow	53,5	ruth. 60,5 poln. 39,1	2,0	37,6	44,3	—	89,2	5,3	5,5
27. Hohenmauth	53,2	tsch. 78,9 deut. 21,1	2,6	6,1	25,4	5,3	56,5	35,6	7,9
28. Laibach	53,2	slovenisch	1,1	26,0	6,3	9,4	74,9	18,0	7,1
29. Iglau	52,7	tsch. 86,3 deut. 13,6	1,2	5,1	18,0	9,6	63,6	29,0	7,4
30. Caslau	52,1	tschechisch	1,3	10,0	21,1	—	65,9	26,4	7,7
31. Budweis	52,0	tsch. 51,8 deut. 48,2	1,6	5,5	13,3	13,6	60,7	29,9	9,4
32. Lemberg	52,0	poln. 59,7 ruth. 38,2	3,5	18,1	22,0	35,7	65,2	17,4	17,4

[1]) Da die Überprüfungsergebnisse in den Militärstatistischen Jahrbüchern nur nach Korpsbereichen ausgewiesen sind, wurde bei den einzelnen Ergänzungsbezirken zwecks Herabsetzung der Zahlen der bei der Stellung Ausgehobenen auf diejenigen der nach der Überprüfung endgültig Behaltenen das bei den übergeordneten Korpsbereichen herrschende Verhältnis benützt, was darin seine Berechtigung hat, daß bei den Stellungen innerhalb der Korpsbereiche einheitlich vorgegangen wurde (vgl. oben auf S. 293).

[2]) Eine einzige Sprachenbezeichnung ohne Angabe der Mischungsprozente bedeutet reinsprachig (über 90 Proz. Zugehörige einer Sprachgemeinschaft). Die Zahlen gründen sich auf die Umgangssprachenerhebung vom Jahre 1910.

Ergänzungsbezirk	Auf je 100 endgültig Abgefertigte kamen im Durchschn. 1908/12 endg. Taugliche [1])	Sprachlicher Charakter des Erg.-Bez. [2])	Proz. der Mindermäßig. von d. Erschienenen des 1. Jahrganges im Durchschn. 1907/11	Proz. der nicht zur Stellung Erschienenen des 1. Jahrg. Durchschnitt 1908/12	Proz. Anteil der in Städten mit 2001—20000 Einwohnern siedelnden Bevölkerung	Proz. Anteil der in Städten mit über 20000 Einwohnern siedelnden Bevölkerung	Proz. Anteil der Berufstätigen in Land-wirtschaft	Proz. Anteil der Berufstätigen in Industrie und Gewerbe	Proz. Anteil der Berufstätigen in Handel
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
33. Teschen	51,7	tsch. 38,4 poln. 36,6 deut. 25,0	1,6	7,1	53,6	15,3	35,9	51,5	12,6
34. Brünn	51,5	tsch. 79,4 deut. 20,5	1,4	4,2	24,1	24,6	36,5	48,4	15,1
35. Linz	51,2	deutsch	3,1	2,6	12,3	11,5	63,2	25,3	11,5
36. Troppau	51,2	deut. 79,0 tsch. 20,6	2,6	5,5	31,6	9,5	42,8	45,8	11,4
37. Tarnow	51,1	polnisch	4,0	46,4	17,5	8,7	88,2	5,8	6,0
38. Krakau	50,8	polnisch	2,0	25,1	16,6	30,1	66,6	19,7	13,7
39. Marburg	50,7	deut. 75,7 slov. 24,2	2,3	4,0	4,7	7,7	82,0	12,0	6,0
40. Neuhaus	50,6	tschechisch	1,5	6,6	22,1	—	66,8	25,5	7,7
41. Tarnopol	50,2	poln. 50,1 ruth. 49,6	2,9	32,3	41,4	8,7	87,9	5,5	6,6
42. Königgrätz	50,1	tsch. 81,3 deut. 18,6	2,0	4,5	36,1	—	42,3	48,4	9,3
43. Turnau	50,1	deut. 79,4 tsch. 20,5	2,4	3,4	35,4	13,2	27,4	58,5	14,1
44. Stanislau	49,8	ruth. 69,7 poln. 28,8	4,7	21,5	46,7	10,5	86,9	6,4	6,7
45. Sambor	49,6	ruth. 63,7 poln. 35,1	6,3	22,2	34,3	12,8	84,7	9,2	6,1
46. Wadowice	49,6	polnisch	4,9	29,3	47,2	—	83,2	12,0	4,8
47. Komotau	49,3	deut. 79,8 tsch. 20,1	1,8	3,6	46,6	9,5	29,0	54,4	16,6

48. Theresienstadt	49,2	deut. 83,8 tsch. 16,1	2,3	3,5	40,9	10,4	27,5	57,3	15,2
49. Czernowitz	48,6	rum. 45,4 deut. 24,2 ruth 23,4	2,0	17,8	56,1	14,4	82,2	9,8	8,0
50. Prag	47,9	tschechisch	1,1	4,1	21,2	48,2	22,6	53,0	24,4
51. Jungbunzlau	47,0	tschechisch	0,8	5,5	28,8	—	60,8	29,5	9,7
52. Beneschau	46,7	tschechisch	1,1	5,0	18,6	—	68,6	23,9	7,5
53. Klagenfurt	46,6	deut. 78,6 slov. 21,2	1,5	5,9	9,2	7,3	67,2	22,0	10,8
54. Wien B	46,6	deutsch	1,2	3,1	36,2	3,7	50,1	36,2	13,7
55. Eger	46,5	deutsch	1,4	4,7	37,9	9,7	32,0	52,1	15,9
56. Jicin	45,9	tsch. 67,0 deut 33,0	1,1	3,1	29,4	—	38,1	53,3	8,6
57. Pisek	45,7	tsch. 88,2 deut. 11,7	1,4	9,9	23,0	—	68,6	23,8	7,6
58. Graz	44,1	deutsch	3,2	3,0	16,3	21,0	52,2	32,6	15,2
59. Pilsen	44,1	tsch. 68,1 deut. 31,8	1,0	5,6	19,8	21,6	47,0	40,5	12,5
60. Neusandec	43,4	poln. 88,8 ruth. 10,9	7,9	40,1	18,7	—	89,9	5,0	5,1
61. Wien A	42,3	deutsch	1,1	4,2	—	100,0	1,2	62,5	36,3

[1]) Vgl. Anm. 1 S. 299.
[2]) Vgl. Anm. 2 S. 299.

Die Regelmäßigkeit, mit der sich die Tauglichkeit von Ost nach West und von Südost nach Nordwest abstuft, ist überraschend. Von Osten nach Westen folgen sich die Urkrainer, die Polen, die Tschechen und die Deutschen, von Südost nach Nordwest die Serbo-Kroaten, die Slovenen und wieder Tschechen und Deutsche.

Noch bemerkenswerter wird diese Tatsache dadurch, daß sie nicht bei den Volksstämmen als Ganzen stehen bleibt, sondern sich auch innerhalb ihrer fortsetzt. Wir können sie sowohl bei den Tschechen als auch bei den Deutschen des alten Österreichs beobachten.

Bei den Tchechen finden wir den bezeichnenden Schritt von Ost nach West, zwischen Mähren und Böhmen, in folgenden Zahlen ausgedrückt:

Übersicht 18.

Es entfielen endgültig Taugliche auf je 100 endgültig Abgefertigte:

	rein tschechische	überwiegend tschechische	überhaupt
	Ergänzungsbezirke		
Böhmen	48,8	49,2	49,0
Mähren	54,4	54,6	54,5
zusammen	50,0	51,0	50,9

Durch das tschechische Volk geht somit ein tiefer Schnitt, der örtlich durch die böhmisch-mährische Grenze bestimmt wird. 49 Proz. Taugliche ergaben im Durchschnitte die tschechischen Bezirke Böhmens, 54,5 Proz. diejenigen Mährens und ähnlich in den reinsprachigen und überwiegend tschechischen Bezirken gesondert. Der Unterschied geht nicht etwa auf örtliche Zufälligkeiten zurück, die bei dem großen Umfange der verglichenen Gebiete schon recht absonderlich wären, sondern er ist im Wesen der beiden Volksteile begründet, wie auch folgende weitere Unterschiede zeigen:

Übersicht 19.

Auf je 1000 der Bevölkerung entfielen im rein tschechischen Gebiete (Bezirke mit über 90 Proz. tschechischer Bevölkerung) im Jahre 1910:

	Lebendgeburten	Sterbefälle	Geburtenüberschuß
in Böhmen	27,9	19,1	8,8
in Mähren	33,4	20,1	13,3
Tschechisches Gebiet überhaupt	29,2	19,4	9,8

Die mährisch-tschechische Bevölkerung näherte sich mit ihrer reichlichen Vermehrung der später noch darzustellenden ost- und süd-

slavischen Vermehrungsart, während die Tschechen in Böhmen der westeuropäischen Vermehrungsform nahestanden. Die gleiche Verschiedenheit ist es auch, die die tschechisch-mährischen Kriegstotenverluste (abgeschlossen mit Ende 1917) auf 26,7 Proz. der Heimatbevölkerung erhob, während die der Tschechen in Böhmen nur 22,5 Proz. betrugen.[1])

So finden wir in der Volksvermehrung und in der Bewährung vor dem Feinde der böhmisch-tschechischen und mährisch-tschechischen Gebietsteile Unterschiede der gleichen Richtung wie in der Tauglichkeit, was auf das Vorhandensein einer gemeinsamen Ursache aller dieser Erscheinungen schließen läßt.

Bei den deutschösterreichischen Stämmen finden wir in der Tauglichkeit sowohl die Stufenfolge von Ost nach West als auch die von Südost nach Nordwest fortgesetzt, wie folgende Zahlen erkennen lassen:

Übersicht 20.

Es entfielen endgültig Taugliche auf je 100 endgültig Abgefertigte:

	rein deutsch	überwiegend deutsch	Durchschnitt
Alpendeutsch (ohne Wien A u. B)	52,7	52,0	52,4
Wien A und B	43,9	—	43,9
Sudetendeutsch in Böhmen	46,5	49,6	48,7
„ in Mähren u. Schlesien	—	55,8	55,8
„ überhaupt	46,5	52,4	51,3
Deutschösterreicher überhaupt	48,6	52,2	50,1

Die Zweimillionenstadt Wien in ihrem engeren (A) und weiteren Umkreise (B) zeichnet sich durch eine besonders niedrige Tauglichkeitsziffer aus. Sonst stehen die Alpendeutschen in ihrer Tauglichkeit im Durchschnitte über den Sudetendeutschen, innerhalb dieser wieder die östlich gelegenen Deutsch-Mährer und -Schlesier über ihren westlichen Nachbarn, den Deutschböhmen.

So finden wir die Abstufung von Osten nach Westen und von Südosten nach Nordwesten sogar bis in den Schoß einzelner Völker hineingetragen und dadurch noch eindringlicher die Richtigkeit dieser Erscheinung bewährt. Ob hierin nur ein Zufall in der örtlichen Lagerung der Völker oder aber die Wirkung gewisser in ähnlicher Weise abgestufter wirtschaftlicher und kultureller Zustände ausgedrückt ist, darüber wird erst die weitere Ursachenforschung Aufklärung geben.

---

[1]) Vgl. Winkler: Totenverluste, a. a. O. S. 39.

4. Geburtenhäufigkeit und Tauglichkeit. Auf den Zusammenhang von Geburtenhäufigkeit und Tauglichkeit hat bereits Meisner hingewiesen, indem er feststellte, daß eine niedere Geburtenhäufigkeit sich fast überall in Preußen mit niederer Tauglichkeit paarte.[1]) Im alten Österreich, das so große Gegensätze in seinen Grenzen vereinigte, mußte der Zusammenhang zwischen Geburtenzahl und Tauglichkeit womöglich noch deutlicher hervortreten. Auf einen Fall haben wir schon oben bei Besprechung der Tauglichkeit der Tschechen in Böhmen und Mähren hingewiesen. Hier mögen die Zahlen für alle Volksstämme des alten Österreichs Platz finden.[2])

Übersicht 21.

	Es entfielen	
	Taugliche auf je 100 endgültig Abgefertigte im Durchschnitte 1908—1912	Geburten auf 1000 der Bevölkerung im Jahre 1910.
Bei den Serbo-Kroaten	60,2.	40,9.
„ „ Ukrainern	55,2.	42,8.
„ „ Slovenen	54,5.	34,5.
„ „ Polen	54,0.	36,0.
„ „ Tschechen	50,9.	29,4.
„ „ Deutschen	50,1.	26,8.

Der Zusammenhang zwischen Tauglichkeit und Geburtenzahl tritt deutlich genug hervor. Völker mit großer Tauglichkeit hatten eine große Geburtenhäufigkeit aufzuweisen, Völker mit geringer Tauglichkeit eine geringere Geburtenhäufigkeit. So finden wir die Serbo-Kroaten und Ukrainer auch in der Geburtenhäufigkeit an der Spitze der Reihe, die Tschechen und die Deutschen an ihrem unteren Ende. Die Übereinstimmung wird noch größer, wenn wir uns erinnern, daß bei den kleingewachsenen Ukrainern und Polen die Militärtauglichkeit kein vollkommen entsprechender Ausdruck der körperlichen Tüchtigkeit überhaupt ist (vgl. oben auf S. 297). Aber auch schon in der vorliegenden Form ist die Übereinstimmung überzeugend genug und es tritt in ihr die gleiche

[1]) Hugo Meisner „Rekrutierungsstatistik" im Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie, VI. Jahrg. 1909, S. 59.

[2]) Auch hier wie in der vorausgehenden und den folgenden Untersuchungen beziehen sich die der österreichischen Statistik von 1910 entnommenen Zahlen auf die anwesende Bevölkerung. Der hieraus erwachsende Fehler kommt im Hinblicke auf die großen betrachteten Gebiete bei unserer nur auf die allgemeinen Grundlinien der Zusammenhänge beschränkten Untersuchung kaum in Betracht.

Abstufung von Ost nach West und von Südost nach Nordwest deutlich hervor.

Es mag hier noch kurz eines zweiten vermutlich vorhandenen Zusammenhanges zwischen Geburtenzahl und Tauglichkeit Erwähnung getan werden, der aber auf einer wesentlich anderen Ursache beruhen dürfte: der großen Übereinstimmung, die sich in den beiden zeitlichen Reihen der Tauglichkeits- und der Geburtenentwicklung in Österreich offenbart. (Sp. 3 u. 7 der Übersicht 13.) Wir können dort von den 20 möglichen Bewegungen 13 gleichlaufende und nur 7 abweichende beobachten, was für das Vorhandensein ursächlichen Zusammenhanges spräche. Zwar wird diese Gleichläufigkeit dadurch etwas abgeschwächt, daß sie nicht vorwiegend in den Fällen der starken Bewegung stattfindet.[1]) Doch ist gerade in unserem Beispiele der vielfach äußerlich bestimmten Bewegung der Tauglichkeitsgrößen auf dieses Merkmal ein geringeres Gewicht zu legen. Jedenfalls ist der Zusammenhang nicht ganz zweifellos geklärt und bedarf noch weiterer Untersuchung. Würde er sich bewahrheiten, so würde er bedeuten, daß stärkere Geburtsjahrgänge, die ja weitaus in wirtschaftlich günstigen Zeiten und solchen gesteigerter Lebenskraft und Lebensfreude auftreten, günstigere Daseinsbedingungen auf den Lebensweg mitbekommen als weniger zahlreiche Geburtsjahrgänge.

5. Säuglingssterblichkeit und Tauglichkeit. Die viel umstrittene Frage des Zusammenhanges zwischen Säuglingssterblichkeit und Militärtauglichkeit läßt aus unseren Zahlen keine genauere, zwingende Beantwortung zu. Eine Nebeneinanderstellung der Tauglichkeit nach Geburtsjahrgängen und der Säuglingssterblichkeit der zugehörigen Jahre (Übersicht 13, Sp. 3 und 8) läßt keine Regelmäßigkeit im Verlaufe der beiden Reihen erkennen. Wir finden unter den 20 vergleichbaren Bewegungen 10 solche mit Übereinstimmung und 10 mit Nichtübereinstimmung, woraus folgt, daß hier kein Zusammenhang vorliegt, der stark genug wäre, um sich gegenüber den anderen in unseren Zahlen in Erscheinung tretenden Ursachen durchsetzen zu können.

6. Wanderungen und Tauglichkeit. Es unterliegt keinem Zweifel, daß zur Loslösung von der gewohnten Scholle ein überdurchschnittlicher Grad von Unternehmungslust, Tüchtigkeit

[1]) Vgl. hierzu Fechner, Kollektivmaßlehre, S. 383. — Auch ergibt darum der nach der Bravais'schen Formel berechnete Korrelationskoeffizient nur 0,134, weist also auf einen nur geringen Grad von Korrelation hin, der auch ein Werk des Zufalls sein könnte.

und Rüstigkeit gehört. Das haben auch die statistischen Feststellungen von Gould, Ammon und anderen ergeben. Gould fand bei der Messung amerikanischer Rekruten europäischer Abkunft, daß diese eine höhere Durchschnittsgröße aufzuweisen hatten als die gleichaltrigen Rekruten der Heimat[1]). Ammon hat in einer sehr bemerkenswerten Untersuchung festgestellt, daß in die großen Städte Badens vorwiegend die offenbar von unseren germanischen Urvätern abstammenden Langköpfe abwanderten, während die wahrscheinlich auf eine unterworfene Rasse zurückgehenden Rundköpfe auf dem Lande zurückblieben[2]). Es folgt aus diesen Tatsachen unzweifelhaft, daß in Abwanderungsgebieten die körperlich und geistig weniger wertvolle Bevölkerung zurückbleibt, Zuwanderungsgebiete dagegen an solcher gewinnen, was nicht ohne Einfluß auf die Wehrfähigkeit bleiben kann.

Eine Betrachtung unserer Zahlen (Sp. 2 u. 6 der Übersicht 16), in denen der oben auf S. 293 besprochene, möglicherweise vorhandene Einfluß einer schärferen Aushebungsweise in Auswanderungsgebieten bereits ausgeglichen ist, ergibt aber das Gegenteil des Erwarteten: die höchste Tauglichkeit trifft überwiegend mit den größten Zahlen der zur Stellung Nichterschienenen zusammen.

---

[1]) B. A. Gould, Investigations in the Military and Anthropological Statistics of American Soldiers, S. 180.

[2]) O. Ammon a. a. O. S. 82: Die sehr interessanten Zahlen, in denen unter Langköpfen alle Indices unter 80, unter Rundköpfen alle Indices von 85 und darüber gezählt sind, lauten:

Übersicht 22.

	Unter je 100 ländlichen	eingewanderten	halbstädtischen (von eingewanderten Vätern Abstammenden)	städtischen Wehrpflichtigen fand sich die nebenstehende Kopfform
Karlsruhe				
Langköpfe	12,2	14,9	25,9	33,3
Rundköpfe	38,2	33,3	18,4	12,4
Freiburg				
Langköpfe	12,2	12,4	22,5	43,7
Rundköpfe	38,2	31,3	27,7	14,8

Es ergibt sich aus diesen Zahlen nicht nur, daß die Langköpfe unter den Eingewanderten stärker vertreten sind als unter dem ländlichen Durchschnitte, sondern auch, daß sie, offenbar infolge geistiger Ueberlegenheit, im städtischen Kampfe ums Dasein besser bestehen als die Rundköpfe, weshalb sie schon unter den Söhnen der Eingewanderten, besonders aber unter den eigentlichen Städtern, wesentlich stärker vertreten sind.

Damit ist natürlich kein Gegenbeweis gegen den ungünstigen Einfluß der Abwanderung erbracht, ebensowenig wie aus der vorwiegend niedrigen Tauglichkeit der Zuwanderungsgegenden. Es folgt daraus nur, daß dieser Zusammenhang nicht stark genug ist, um trotz stärkeren, entgegengesetzt wirkenden Ursachen zum Ausdrucke zu kommen, sondern daß er durch diese anderen Ursachen verwischt, ja ins gerade Gegenteil verkehrt wird. Trotzdem bleibt es kaum zweifelhaft, daß die Auswanderung an der ungünstigen Gesamtentwicklung der körperlichen Tüchtigkeit in Österreich ihren, wenn auch nicht zahlenmäßig feststellbaren Anteil hat.

7. Siedlung nach Stadt und Land und Militärtauglichkeit[1]). Diese Frage ist in Deutschland vielfach untersucht und, man kann wohl behaupten, eindeutig geklärt worden. Die deutschen amtlichen Erhebungen der Herkunft von Stadt und Land bei der Stellung haben ergeben, daß unzweifelhaft die Landgeborenen im Durchschnitte eine höhere relative Tauglichkeitsziffer haben als die Stadtgeborenen. (Schwiening a. a. O. S. 104).

Übersicht 23.

Die Zahl der Ausgehobenen auf 100 endgültig Abgefertigten betrug im Durchschnitte der Jahre 1908/10[2])

bei den Landgeborenen	59,7
„ „ Stadtgeborenen	51,3
Durchschnitt	56,3

Des weiteren hat R. Kuczinsky folgende Zahlen berechnet[3]).

Übersicht 24.

Es waren im Durchschnitte der Jahre 1907/08 tauglich von je 100 Abgefertigten, geboren in

Berlin	29,7	Proz.
Städten mit 500 000—1 000 000 Einwohnern	42,0	„
„ „ 100 000— 500 000 „	49,5	„
„ „ 50 000— 100 000 „	51,7	„
„ „ weniger als 50 000 „	53,4	„
den Landgemeinden	57,8	„
Deutsches Reich	54,7	Proz.

---

[1]) In zahlreichen Untersuchungen über die Tauglichkeit ist auch der Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdichte und Tauglichkeit behandelt worden. Wir halten diesen Gesichtspunkt nicht für besonders glücklich, da die Beziehung der Bevölkerung auf einen Quadratkilometer feinere Unterschiede der Siedlungsweise verwischt. Das in der gleichen Richtung liegende Merkmal der Siedlung nach Stadt und Land, insbesondere nach dem Größenverhältnisse der Städte, ist wichtiger und aufklärender.

[2]) Berechnet nach Schwiening a. a. O. S. 100ff.

[3]) Heeresergänzungsgeschäft in den Jahren 1907/08, Statistisches Jahrbuch deutscher Städte. Breslau 1910.

Die je nach dem Kleinerwerden der städtischen Größenstufe ansteigende Tauglichkeit läßt den Einfluß des städtischen Lebens auf diese wohl erkennen.

Die Tatsache des tauglichkeitsmindernden Einflusses der Städte hat auch in anderweitigen Untersuchungen eine Bestätigung gefunden. Ammon[1]) hat in seinen Rekrutenmessungen ebenso eindeutig den größeren Brustumfang der Landbevölkerung festgestellt, wie Meinshausen[2]). Letzterer stellt diese Tatsache sowohl durch einen Vergleich zwischen dem Berliner und Badischen Rekrutenersatze, als auch durch die Nebeneinanderstellung des Berliner städtischen und zugewanderten Ersatzes im Jahre 1872 fest. Er weist ferner an einem Vergleiche der Berliner städtischen Untersuchten von 1872 und 1892 nach, daß letzterer Jahrgang zwar kräftiger war als der Jahrgang 1872 Berlins, dagegen schwächer als der Jahrgang 1872 der Zugezogenen. Diese Zahlen deutet er dahin, daß der großstädtische Einfluß sich im 2. Gliede bereits nachteilig äußere, daß aber diese Schädigung durch den ständigen starken Zuzug vom Lande aufgehoben und sogar überwogen worden sei, so daß der Berliner Jahrgang 1892 stärker erscheine als derjenige von 1872. Wenn Meinshausen auf Grund dieser unzweifelhaft richtigen Tatsachen doch die Entwicklung der Berliner Bevölkerung nicht ungünstig beurteilt, so können wir ihm hierin nur bedingungsweise Recht geben. Es sind hier offenbar zwei ganz verschiedene Ursachen im Spiele, die miteinander gar nichts gemein haben, als das Endergebnis: der schädigende Einfluß der Großstadt und der belebende Einfluß der Zuwanderung. Die erstere Ursache wird dadurch nicht weniger nachteilig, daß sie in ihrer Wirkung durch eine zweite scheinbar aufgehoben oder gar in das Gegenteil verkehrt wird. Sie ist ohne Zweifel vorhanden und wirkt verheerend, auch wenn ihre Wirkung im Endergebnisse nicht zutage tritt. Die beste Probe auf ihr Vorhandensein wäre die Ausschaltung der zweiten, entgegengesetzt wirkenden Ursache, der ländlichen Zuwanderung. Dann würde der schädigende Einfluß der Großstadt sofort zu erkennen sein, ebenso wie er auf jeden Fall, besonders bei zunehmender Städtebildung, im Gesamtergebnisse eines größeren Gebietes (Land, Reich) in einer verhältnismäßigen Verschlechterung der körperlichen Gesamttüchtigkeit zum Vorschein kommen muß.

---

[1]) Ammon a. a. O. S. 130.

[2]) Stabsarzt Meinshausen „Ist die Auffassung gerechtfertigt, daß die Berliner Bevölkerung körperlich entartet?" in diesem Archive IX. Bd., 1914, S. 6 ff.

Über Österreich geben uns die Zahlen der Übersicht 16, Sp. 2, 7 und 8 einige Aufklärung. Zwar ist die auf Grund der Summarischen Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom Jahre 1910 berechnete Anteilsgliederung nach Städten mit 2001 bis 20000 Einwohnern und über 20001 Einwohnern nicht besonders eingehend, die erstere Gruppe wegen der zahlreichen österreichischen Städte mit über 2000 Einwohnern von dörfischem Charakter zudem auch nicht eindeutig. Auch dringt die für uns allein mögliche Betrachtungsweise nach Ergänzungsbezirken als kleinsten ausgewiesenen örtlichen Einheiten nicht in die feineren Einzelheiten nach Stadt und Land ein, da der beträchtliche Umfang der Ergänzungsbezirke diese Unterschiede eher verwischt. Wenn wir trotzdem auch schon aus unseren mangelhaften Zahlen eindeutige Antworten erhalten, so spricht das für den ausgeprägten Charakter und die starke Wirkung dieser Ursache.

Wenn wir zunächst das Verhältnis der Spalte von 2 und 8 einer allgemeinen Betrachtung unterziehen, so finden wir die Zweimillionenstadt Wien an letzter Stelle der Reihe. Aber auch der die zweitgrößte Stadt von Österreich, Prag, einschließende Ergänzungsbezirk kann sich keiner besonders günstigen Tauglichkeitsverhältnisse berühmen. Sein Tauglichkeitsprozent von 47,9 steht sowohl unter dem Durchschnitte der tschechischen Gebiete überhaupt (50,9 Proz.) als auch der rein tschechischen Gebiete Böhmens (48,8 Proz.). Der Ergänzungsbezirk Lemberg befindet sich unter den sonst günstige Tauglichkeitsverhältnisse aufweisenden ostpolnischen Ergänzungsbezirken an vorletzter Stelle und wird nur durch den gleichfalls stark städtischen Bezirk Tarnopol unterboten. Auch der Bezirk Krakau nimmt eine ungünstige Stellung ein, ebenso die stark städtischen Bezirke Graz und Pilsen.[1])

Noch klarer und schärfer prägt sich diese Erscheinung aus, wenn wir die Ergänzungsbezirke nach ihrem Anteile an städtischer Bevölkerung (Städte mit über 20000 Einwohnern) in Gruppen zusammenfassen, wobei den oben festgestellten nationalen Verschiedenheiten Rechnung getragen werden soll.

Es ergibt sich darnach folgende Übersicht:

(Siehe Übersicht 25 auf der nächsten Seite.)

Die Gruppierung der Zahlen gibt ein so eindeutiges Bild, als wir es nur überhaupt bei der Grobzügigkeit unseres Materials erwarten können. Innerhalb von vier Volksstämmen, den Serbokroaten, den Ukrainern, Slovenen und Deutschen finden wir die Abstufung mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit ausgeprägt.

---

[1]) Der günstige Großstadtbezirk Kriegsmarine Triest ist wegen seiner wehrpolitischen und nationalen Sonderstellung leider nicht vergleichbar.

Übersicht 25.

Ergänzungsbezirke mit einem Anteile an städtischer Bevölkerung (über 20000 Einwohnern) von

Nationalität	0 Proz.		1—10 Proz.		10—30 Proz.		über 30 Proz.	
	Zahl	Taugl.-Proz.	Zahl	Taugl.-Proz.	Zahl	Taugl.-Proz.	Zahl	Taugl.-Proz.
serbo-kroatisch	2	60,2	1	60,1	—	—	—	—
ukrainisch	4	57,4	2	56,0	2	49,7	—	—
slovenisch	1	55,4	2	54,3	—	—	—	—
polnisch	3	49,7	4	56,7	1	63,6	2	51,4
tschechisch	9	49,6	2	53,0	5	52,2	1	47,6
deutsch	2	58,0	9	51,0	5	50,2	1	42,3
Summe	21	52,9	20	53,4	13	51,6	4	46,8

Nur bei den Polen und Tschechen ergeben sich Abweichungen, die größtenteils auf die Durchkreuzung dieses Gesichtspunktes mit noch einem andern hinweisen[1]). Diese Ausnahmen bringen zwar auch eine kleine Störung in die Durchschnittssumme für alle betrachteten Nationalitäten, doch sind sie weitaus nicht imstande, die grundsätzliche Richtigkeit des bei der Mehrzahl der Völker beobachteten Zusammenhanges zu entkräften.

Über die Bedeutung sowohl der Störungen als auch des als regelmäßig erkannten Zusammenhanges soll noch im weiteren gehandelt werden.

8. Beruf und Tauglichkeit. Die letzte Betrachtung über die Wirkung von Stadt und Land auf die körperliche Tauglichkeit hängt mit der Frage nach der Einwirkung des Berufes auf das engste zusammen. Denn der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung ist in der Regel bestimmt durch die jeweilige wirtschaftliche Gliederung, ohne daß jedoch dieser Zusammenhang zwingend wäre. Ein stark entwickelter Handel wird wohl immer mit großstädtischer Entwicklung verbunden sein, eine starke Industrieentwicklung meistens. So wird sich die Frage nach dem Einflusse von Stadt und Land auf die Tauglichkeit zum großen Teile überdecken mit derjenigen nach dem Einflusse von Landwirtschaft, Industrie, Handel usw.

Diese Frage war besonders in Deutschland der Gegenstand heftiger wissenschaftlicher und politischer Stritte. Ein schier

[1]) Zu einem großen Teile ist an diesen Störungen der Tauglichkeitsunterschied zwischen den Ost- und den Westpolen, sowie zwischen den Tschechen und den Mährern beteiligt.

unübersehbares Schrifttum für und wider ist daraus hervorgegangen, darunter auch sehr wertvolle Untersuchungen[1]).

Auf dem Höhepunkte des Streites stehen sich die bekannten Volkswirtschaftsgelehrten Brentano und Sehring gegenüber. Brentano gab zwar zu, daß die verhältnismäßige Tauglichkeit der industriellen Bevölkerung kleiner sein dürfte als die der landwirtschaftlichen, wies aber darauf hin, daß erst die Industrie durch den Reichtum, der aus ihr fließe, die Grundlage für eine dichtere Siedlung und damit auch für eine größere Bevölkerungs- und Rekrutenzahl abgebe. Sehring bekämpfte diesen Standpunkt, indem er hervorhob, daß die höhere verhältnismäßige Tauglichkeit der Landwirtschaft das Ausschlaggebende sei; die landwirtschaftliche Bevölkerung sei das Behältnis, aus dem die Industrie ihre erschöpften Arbeiterbestände immer wieder auffrische.

Ohne zu diesem Streite, der von den hohen wissenschaftlichen Standpunkten der beiden Gelehrten bis zu den niedersten Tiefen eigensüchtigen Parteiinteresses hundertfältig widerklang, hier noch Stellung zu nehmen, wollen wir vorerst die anderwärts darüber erzielten statistischen Ergebnisse betrachten, die dem Streite zum großen Teile ihr Dasein verdanken.

In Deutschland wardie bereits oben auf S. 307 erwähnte Gliederung nach Landgeborenen und Stadtgeborenen verbunden mit der Gliederung nach landwirtschaftlich und anderweitig Beschäftigten. Es ergaben sich da für den Durchschnitt 1902—1910 folgende Zahlen:[2])

Übersicht 26.

Auf je 100 endgültig Abgefertigte entfielen Taugliche:

Bei den landwirtschaftlich beschäftigten Landgeborenen	59,4
„ „ „ „ Stadtgeborenen	57,7
Bei den landwirtschaftlich Beschäftigten überhaupt	59,2
Bei den anderweitig beschäftigten Landgeborenen	59,9
„ „ „ „ Stadtgeborenen	50,8
Bei den anderweitig Beschättigten überhaupt	55,1

Obzwar die Gliederung in landwirtschaftlich Beschäftigte und anderweitig Beschäftigte noch weitaus keine befriedigende Beant-

---

[1]) Gute Übersichten. über den Verlauf dieses Streites finden sich bei Schwiening a. a. O. S. 92 ff., bei Otto Mayer „Die Geschichte und der heutige Stand des Streites über die Grundlagen der deutschen Wehrkraft“ in Conrads] Jahrbüchern III. Folge 38. Bd. 1909 S. 92 und bei R. Kuczynski „Ist die Landwirtschaft die wichtigste Grundlage der deutschen Wehrkraft?“ Volkswirtschaftliche Zeitfragen, Heft 213—214.

[2]) Berechnet nach Übersicht 13 u. 14 bei Schwiening a. a. O. S. 100 ff.

wortung der Frage des Berufseinflusses bedeutet, geben die obigen Zahlen doch einige wichtige Aufklärungen. Die günstigste Tauglichkeit erreichten nicht die landwirtschaftlich beschäftigten Landgeborenen, sondern die anderweitig Beschäftigten Landgeborenen mit 59,9 Proz. Dies mag wohl zum Teile mit den besseren sozialen Verhältnissen der anderweitig Beschäftigten, zum Teile mit der oben erwähnten Tatsache zu begründen sein, daß es gerade die tüchtigeren Elemente sind, die vom Lande in die Stadt abwandern und außerhalb der Landwirtschaft Beschäftigung suchen. Demgegenüber steht der Umstand, daß die landwirtschaftlich beschäftigten Stadtgeborenen eine weit höhere Tauglichkeit zeigten, als die anderweitig beschäftigten Stadtgeborenen, wobei wieder zu bedenken ist, daß es sich bei ersteren um eine Auslese von kräftigeren Leuten handeln muß, welche diesen nicht ganz gewöhnlichen Berufsweg einschlagen. So können uns auch die beiden durchschnittlichen Tauglichkeitszahlen der landwirtschaftlichen Beschäftigten von 59,2 Proz. und der anderweitig Beschäftigten von 55,1 Proz. keine endgültige Antwort darauf geben, wie Landwirtschaft und „anderweitige Beschäftigung“ unter sonst gleichen Umständen auf die Bevölkerung einwirken. Wie sie unter den verschiedenen Verhältnissen von Landaufenthalt einerseits und Stadtgebundenheit andererseits wirken, machen uns die Unterschiede in der Tauglichkeit der landgeborenen landwirtschaftlich Beschäftigten (59,4 Proz.) und der stadtgeborenen anderweitig Beschäftigten (50,8 Proz.) offenbar.

Auf ein kleineres Gebiet und nur auf ein Jahr beziehen sich die bayerischen Tauglichkeitszahlen vom Jahre 1896/97. Danach betrugen die Tauglichkeitszahlen (einschließlich Überzählige und freiwillig Eingetretene auf je 100 Abgefertigte[1]):

Übersicht 27.

Land- und Forstwirtschaft	52,7
Industrie und Gewerbe	55,8
Handel und Verkehr	48,0
Sonstige Berufe	44,1
Berufslose	31,1
Zusammen	53,1

Hiernach stünde Industrie und Gewerbe in ihrer Tauglichkeit mit 55,8 Proz. oben an, die Land- und Forstwirtschaft würde mit 52,7 Proz. an zweiter Stelle folgen. Dagegen hat die gleiche Erhebung ein Überwiegen der Tauglichkeit des flachen Landes gegen-

[1]) Schwiening a. a. O. S. 95 und 96.

über der der Städte ergeben, indem sie bei ersteren 54,7 Proz., bei letzteren 47,7 Proz. betrug.

Die Zahlen dieser Erhebung beziehen sich leider nur auf 1 Jahr und sind daher bei dem bekannten Schwankungsspielraume der Aushebungsergebnisse nicht ganz beweiskräftig.

In der Schweiz lagen nach Rosenfeld[1]) folgende Tauglichkeitsverhältnisse nach Berufen vor:

Übersicht 28.

Von je 100 zur Stellung Gelangten der nebenstehenden Berufe waren im Durchschnitt der Jahre 1884—1891 tauglich:

Landarbeiter	49,6
Gärtner	54,9
Fabriksarbeiter	36,5
Durchschnitt Schweiz	50,5

Die drei angeführten Berufe sind aus vielen meist gewerblichen Berufen herausgegriffen. Auch sie geben uns leider keine zuverlässige Beantwortung der Frage. Zwar sind, wie ein Blick in die benützte Quelle[2]) erkennen läßt, unter „Landarbeitern" hier die landwirtschaftlich Berufstätigen vollständig enthalten, dagegen bedeuten die „Fabriksarbeiter" nur „Fabriksarbeiter ohne nähere Bezeichnung". Nach obigen Zahlen stünden die landwirtschaftlich Berufstätigen etwas, die Fabriksarbeiter ohne nähere Bezeichnung dagegen stark unter dem Tauglichkeitsdurchschnitte der Schweiz. Hiebei bliebe sowohl für die Schweiz, als auch für Bayern, beide Gebirgsgebiete, zu untersuchen, inwieweit an der nicht besonders hohen Tauglichkeit der landwirtschaftlich Berufstätigen der Kropf beteiligt ist.

Hinsichtlich des Brustumfanges standen die Landarbeiter und Gärtner etwas über, die Fabriksarbeiter dagegen stark unter dem Durchschnitte. Auch nach Ammons Messungen[3]) war die Überlegenheit der Landwirte gegenüber den Fabriksarbeitern hinsichtlich des Brustumfanges ganz bedeutend.

Die spätere, von V. Noack[4]) auf jüngere Zahlen begründete Feststellung bezüglich der Schweiz, „daß die industriell Stellungs-

[1]) Dr. S. Rosenfeld a. a. O. S. 156 „Einige Ergebnisse aus den Schweizer Rekrutenuntersuchungen" Allgemeines statistisches Archiv Bd. V., 1899.

[2]) Resultate der ärztlichen Rekrutenuntersuchung, Schweizerische Statistik, Lieferung LXII, 65, 68 usw.

[3]) a. a. O. S. 100 ff.

[4]) V. Noack, „Die Wehrkraft der Schweiz" in diesem Archiv, 10. Bd., 1915, S. 254.

pflichtigen" verhältnismäßig tauglicher sind als die Stellungspflichtigen landwirtschaftlicher Berufe, nämlich mit 62,27 Proz. gegenüber 62,12 Proz. der Abgefertigten, leidet an dem Übelstande unklarer Begriffsfassung. Denn unter „landwirtschaftlich" ist hier die gesamte Urerzeugung (einschließlich Bergbau), unter „industriell" auch das Kleingewerbe, die freien Berufe usw. verstanden. Durch solch eine Begriffsabgrenzung wird natürlich die heiß umstrittene Frage eher getrübt als geklärt.

Die einzige Untersuchung, welche die Tauglichkeitsverhältnisse der industriellen Arbeiter unmittelbar erfaßt, ist unseres Wissens eine Studie von J. Singer über die sozialen Zustände in Nordostböhmen.[1]) Der Verfasser gelangt durch unmittelbare Aufarbeitung der Aushebungsergebnisse zu folgenden Zahlen:

Übersicht 29.

In den Jahren 1881, 1882 und 1883 wurden

Stellungsbezirk	ärztlich untersucht		von je 100 Untersuchten ausgehoben	
	überhaupt	darunter Fabriksarbeiter	überhaupt	bei den Fabriksarbeitern
Reichenberg, Stadt	999	349	6,0	2,3
Braunau	3 226	1 114	16,5	4,6
Friedland	2 908	—	11,7	—
Gablonz	3 483	1 844	9,1	4,4
Hohenelbe	2 773	988	11,0	3,3
Königinhof	3 260	682	16,6	9,9
Neustadt a. d. Mettau	5 813	—	15,4	—
Reichenberg Umgebung	4 484	1 806	6,9	3,5
Trautenau	3 935	857	12,2	5,7
Turnau	2 902	268	19,9	3,3
Summe	33 783	7 908	12,9	4,6

Nach diesen Zahlen ist der in allen Bezirken durchgreifende Unterschied in der Tauglichkeit der Fabriksarbeiter und der Untersuchten überhaupt sehr beträchtlich. Singer glaubt, ihn weniger auf die Berufsarbeit als auf die herrschenden Arbeitsverhältnisse zurückführen zu müssen.

Vor dem Eingehen auf unsere Zahlen ist ein Versuch über die Tauglichkeitsverhältnisse nach Berufen usw. in Österreich-Ungarn von V. Noack zu erwähnen[2]). Diese Arbeit leidet im voraus daran, daß der Verfasser sowohl be-

[1]) J. Singer, Untersuchungen über die sozialen Zustände in den Fabriksbezirken des nordöstlichen Böhmens. Leipzig, 1885, S. 232 ff.

[2]) V. Noack, „Militärdiensttauglichkeit und Berufstätigkeit, soziale Stellung und Wohnweise in Österreich-Ungarn, insbesondere in Wien", in diesem Archiv, 10. Bd., 1. u. 2. Heft.

züglich der bis 1894 vorhandenen absoluten Zahlen, als auch hinsichtlich der von ihm benützten, bis 1905 reichenden, von Myrdacz veröffentlichten Verhältniszahlen[1]) an die theoretisch nicht einwandfreie Aufbereitungsweise der Militärstatistischen Jahrbücher gewiesen war. Aber auch sonst können wir uns mit ihr wenig einverstanden erklären. Von den zahlreichen bedenklichen Betrachtungsweisen des Verfassers seien hier nur folgende zwei als unmittelbar zu unserem Gegenstande gehörig besprochen. Noack berechnet bei seiner Untersuchung über den Zusammenhang zwischen der Militärtauglichkeit und dem wirtschaftlichen Charakter und sozialem Gefüge der Ergänzungsbezirke nicht etwa die einschlägigen Berufszahlen für den ganzen Ergänzungsbezirk, sondern begnügt sich zu seiner Beweisführung zum Teile mit den Zahlen der politischen Bezirke, in denen der Sitz des Ergänzungsbezirkskommandos liegt, zum Teile gar nur mit den Zahlen des städtischen Mittelpunktes der Ergänzungsbezirke.[2]) Daraus müssen die größten Irrtümer folgen. So stellt Noack den landwirtschaftlichen Charakter des Ergänzungsbezirkes Krakau auf Grund der geringen Zahl landwirtschaftlicher Bevölkerung der Stadt Krakau in Abrede. Ja er unternimmt es, aus der beruflichen Zusammensetzung der Stadt Klagenfurt auf die des ganzen Landes Kärnten zu schließen. Es ist klar, daß die auf solche Weise gewonnenen „überraschenden Ergebnisse" den Leser nur nach einer Richtung hin überraschen können.

Dazu kommt noch ein Zweites. Noack hängt seine Beweisführung an einige, am oberen und unteren Ende der Tauglichkeitsreihe gelegene Fälle, läßt aber die Hauptmasse der Bezirke, deren Verhältnisse doch für die Richtigkeit oder Unrichtigkeit des Zusammenhanges hauptsächlich maßgebend sind, beiseite. In vollständiger Unkenntnis der in der Volkszugehörigkeit gegebenen Tauglichkeitsunterschiede greift er z. B. vom unteren Ende der Reihe die polnischen, deutschen und tschechischen Ergänzungsbezirke Neusandec, Tarnow, Krakau, Wien, Klagenfurt und Prag heraus, stellt die Störefriede Wien und Prag als besondere Fälle beiseite und gelangt neben dem „Beweise" eines in Wirklichkeit gar nicht nachgewiesenen Zusammenhanges zwischen höherer Tauglichkeit und größerem Anteil an selbständig Berufstätigen aus seinen oben beleuchteten ungenügenden Zahlen noch zu der Erkenntnis, daß die zu unterst stehenden Ergänzungsbezirke Neusandec und Tarnow landwirtschaftliche Gebiete waren. Daß diese beiden Bezirke über die größte Zahl an Mindermäßigen verfügten und stark an endemischem Kropfe litten, zwei Ursachen, die örtlich begrenzt waren und mit dem landwirtschaftlichen Charakter nicht unmittelbar oder gar nicht zusammenhingen, ist dem Verfasser ebenso entgangen, wie, daß die Mehrzahl der anderen rein landwirtschaftlichen polnischen Ergänzungsbezirke sich vorzüglicher Tauglichkeitsverhältnisse erfreuten. Es bedarf keiner weiteren Begründung, um die so erlangten Ergebnisse als wertlos und für weitere Arbeiten unverwendbar zu bezeichnen.[3])

---

[1]) Dr. Myrdacz, „Ärztliche Rekrutierungsstatistik von Österreich-Ungarn in den Jahren 1894 bis 1905", Wien 1907.

[2]) Noack, „Militärdiensttauglichkeit" usw. S. 121.

[3]) Von gleicher Unbegreiflichkeit ist es, wenn Noack aus der absolut größten Zahl an Militärtaxpflichtigen des weitaus größten Wiener Bezirkes Ottakring auf die schlechteste Militärtauglichkeit dieses Bezirkes schließt (a. a. O. S. 110) oder wenn er stark ausgezackte Kurven über die oberen Spitzenpunkte ausgleicht.

Wenn wir uns nun unsern eigenen Zahlen zuwenden, so können wir von diesen nur infolge der auch hier allein möglichen gebietsweisen Betrachtung einen Überblick nach Berufsklassen verlangen, Einzelheiten innerhalb der Berufsklasse können sie uns nicht geben.[1])

Ein erster allgemeiner Überblick über die drei letzten Spalten der Übersicht 16 läßt erkennen, daß wir hohe Tauglichkeitsprozente vorwiegend in den Bezirken mit landwirtschaftlichem Charakter, niedrige Tauglichkeitsprozente vorwiegend in Bezirken mit industriellem Charakter vorfinden. Bei der Vielheit der wirkenden Ursachen erscheint diese Lagerung allerdings nicht einheitlich durchgeführt und es kommen auch zahlreiche Ausnahmen vor. Daß der Zusammenhang aber wirklich besteht, beweist die Zusammenfassung in größere Gruppen, bei der die örtlichen und sonstigen Störungen mehr oder weniger ausgeschaltet werden. Es ergibt sich dabei, wieder in der Untergliederung nach Nationalitäten, folgendes Zahlenbild:

Übersicht 30.

Prozente der endgültig Tauglichen nach dem landwirtschaftlichen Charakter der Ergänzungsbezirke:

	landwirtschaftl. Bevölkerung 75 Proz. und darüber		50—74,9 Proz.		unter 50 Proz.	
	Zahl der Bez.	Taugl.-Proz.	Zahl der Bez.	Taugl.-Proz.	Zahl der Bez.	Taugl. Proz.
serbo-kroatisch	3	60,2	—	—	—	—
ukrainisch	8	55,2	—	—	—	—
slovenisch	2	55,0	1	53,2	—	—
polnisch	8	54,8	2	51,4	—	—
tschechisch	—	—	10	51,0	7	50,8
deutsch	1	50,7	9	52,1	7	47,6
Summe [2])	22	55,2	22	51,6	14	49,1

Es wird übrigens von Interesse sein, daß auch W. Hecke die gleiche Arbeit Noacks in einer anderen als der hier behandelten Richtung abgelehnt hat (Statist. Monatsschrift, N. F. XX. Jahrg., 1915, S. 389).

[1]) Wohl enthalten die Militärstatistischen Jahrbücher auch Ausweise über gewisse auf das Heereskontingent ausgehobene „Professionisten", doch lassen sich diese Zahlen nicht zu Schlüssen auf deren Tauglichkeit verwenden, da „Professionisten" wegen des herrschenden Bedarfes schärfer, insbesondere auch unter dem Militärmaß, ausgehoben wurden. Auch würden zu einer richtigen Berechnung von Beziehungszahlen die nicht vorhandenen Zahlen der überhaupt Abgefertigten der betrachteten Berufe notwendig sein.

[2]) Es fehlen die zwei italienischen Bezirke Trient und Kriegsmarine Triest.

Die Abstufung der Tauglichkeit, die wir hier nach dem Grade des landwirtschaftlichen Anteiles, sowohl in der Gesamtsumme, als auch innerhalb der hier in Frage kommenden Volksstämme vorfinden, ist noch ausgesprochener als bei der Gliederung nach dem städtischen Anteile der Bevölkerung. Nur ein einziger Fall, dargestellt durch einen einzelnen Bezirk, stört die Regelmäßigkeit: der überwiegend deutsche Ergänzungsbezirk Marburg; dieser ist ein Bestandteil des an und für sich ungünstigen Ostalpengebietes, daß hier eine ähnliche Störung verursacht, wie wir sie bei den Polen und Tschechen in der Gliederung nach dem städtischen Anteile vorfanden. Aber schon innerhalb dieses Ostgebietes tritt die Abstufung wesentlich zutage:

Übersicht 31.

Bezirk	landwirtschaftlicher Anteil an der Berufstätigkeit	endgültige Tauglichkeit auf 100 Abgefertigte
Marburg	82,0 Proz.	50,7 Proz.
Klagenfurt	67,2 „	46,6 „
Graz	52,2 „	44,1 „

Die Störung ist somit nur scheinbar und offenbar durch Stammesverschiedenheit innerhalb der betrachteten deutschen Bezirke hervorgerufen.

In einer gleich ausgeprägten Weise tritt bei ähnlicher Gruppenbildung der umgekehrte Einfluß von Industrie und Gewerbe und Handel zutage, wie ja auch dem komplementären Charakter dieser Anteilszahlen mit denen der Landwirtschaft zu erwarten steht. Für die Abstufung nach dem Anteile von gewerblicher und industrieller Bevölkerung ergibt sich z. B. folgende Übersicht:

Übersicht 32.

Prozente der endgültigen Tauglichen nach dem gewerblichen und industriellen Charakter der Ergänzungsbezirke:

	gewerbliche und industrielle Bevölkerung von							
	0—10 Proz.		10,1—20 Proz.		20,1—40 Proz.		über 40 Proz.	
	Zahl d. Bez.	Taugl.-Proz.	Zahl d. Bez.	Taugl.-Proz.	Zahl d. Bez.	Taugl.-Proz.	Zahl d. Bez.	Taugl.-Proz.
serbo-kroat.	3	60,2	—	—	—	—	—	—
ukrainisch	8	55,2	—	—	—	—	—	—
slovenisch	—	—	3	54,5	—	—	—	—
polnisch	7	55,7	3	50,8	—	—	—	—
tschechisch	—	—	—	—	11	51,7	6	49,6
deutsch	—	—	3	56,5	7	50,8	7	47,6
Summe	18	55,8	9	53,7	18	51,3	13	48,1

---

bei denen die Abstufung gleichfalls beobachtet werden kann, die aber wegen ihres besonderen Charakters hier nicht mit herangezogen wurden und der nationalgemischte Bezirk Czernowitz, der als einziger und nicht maßgebender Vertreter der rumänischen Nationalität hier gleichfalls beiseite gelassen wurde.

Es sind somit hier wiederum die Bezirke mit niedrigstem Anteile an gewerblich-industrieller Bevölkerung, die die höchste Tauglichkeit haben und umgekehrt.

Das gleiche Bild wiederholt sich auch bei der Betrachtung der Tauchlichkeit nach dem Anteile der Handelsbevölkerung, schon deshalb, weil große Anteile an Handelsbevölkerung meistens auch mit solchen an gewerblicher Bevölkerung verbunden sind.[1])

Die Zahlen der österreichischen Tauglichkeitsstatistik offenbaren also in der klarsten und eindeutigsten Weise die Wirkungen der landwirtschaftlichen, gewerblich-industriellen und händlerischen Berufsbetätigung auf die Tauglichkeit. Sie zeigen ebenso den tauglichkeitsfördernden Einfluß der landwirtschaftlichen wie den tauglichkeitshemmenden Einfluß der gewerblich-industriellen und händlerischen Beschäftigung. Diese Feststellung kann nicht überraschen. Ist doch die landwirtschaftliche Betätigung eine Freiluftbetätigung, die gewerblich-industrielle und händlerische eine solche, die sich überwiegend in geschlossenen Räumen, oft bei verdorbener Luft, abspielt. Für die Vermutung der günstigen Tauglichkeit der landwirtschaftlichen Gebiete sprechen auch die günstigen Sterblichkeits- und Tuberkuloseverhältnisse der Landwirtschaft und anderes.[2])

Wenn wir trotzdem in einzelnen Fällen landwirtschaftliche Bezirke mit besonders ungünstiger Tauglichkeit vorfinden, so handelt es sich dabei um Ausnahmen, deren Ursache eine nähere Unter-

---

[1]) Die betreffenden Zahlen lauten:

Übersicht 33.

Prozente der endgültig Tauglichen nach dem Handelscharakter der Ergänzungsbezirke:

	Handelsbevölkerung von 0—10 Proz. Zahl der Bez.	0—10 Proz. Taugl.-Proz.	10,1—20 Proz. Zahl der Bez.	10,1—20 Proz. Taugl.-Proz.	über 20 Proz. Zahl der Bez.	über 20 Proz. Taugl.-Proz.
serbo-kroatisch	3	60,2	—	—	—	—
ukrainisch	8	55,2	—	—	—	—
slovenisch	3	54,0	—	—	—	—
polnisch	8	54,8	2	51,4	—	—
tschechisch	12	51,3	4	51,9	1	47,9
deutsch	4	55,6	12	50,0	1	42,3
Summe	38	54,1	18	50,9	2	44,4

Die Regelmäßigkeit der Abstufung liegt also auch hier vor. Wegen der Störung bei den tschechischen Bezirken in der zweiten Größenstufe vergleiche das oben bei der Abstufung nach dem städtischen Anteil Gesagte (S. 310).

[2]) Vergleiche hierzu auch Rosenfeld a. a. O. S. 166.

suchung jeweils in örtlichen oder Rasseeinflüssen aufzudecken imstande sein wird.

9. Stellung im Berufe und Tauglichkeit. Auch dieser Frage ist in der Literatur über die Tauglichkeitsursachen einige Bedeutung beigelegt worden. Man hat angenommen, daß der selbständigen Erwerbstätigkeit in der Regel günstigere Einkommens- und damit günstigere Tauglichkeitsverhältnisse zukommen. In dieser Richtung hat besonders Fischer[1]) Untersuchungen angestellt und auch Evert hat bei der großen im Jahre 1906 vorgenommenen Erhebung über die Herkunft der deutschen Soldaten[2]) die soziale Stellung der Väter zum Gegenstande der Betrachtung gemacht. Die Ergebnisse, die auf eine günstigere Tauglichkeit der Söhne von selbständig Erwerbstätigen hindeuteten, sind nicht unwidersprochen geblieben, ja Claaßen hat die Vermutung aufgestellt, daß bei den Unselbständigen der Landwirtschaft sogar günstigere Tauchlichkeitsverhältnisse vorliegen dürften als bei den Selbständigen dieser Berufsklasse.[3])

Wenn wir unser Material nach dieser Richtung hin betrachten, so sind wir durch die bisher festgestellten drei Hauptursachen der Tauglichkeit nach Rasse, Siedlungsweise in Stadt und Land und Berufsgliederung in der Wahl unserer Beispiele eingeschränkt. Wir können zum Vergleiche nur diejenigen Bezirke heranziehen, in denen jede der erwähnten Ursachen jeweils gleich stark wirkt, so daß die in Rede stehende Verschiedenheit nach dem Anteile der Selbständigen, wenn sie vorhanden ist, in Erscheinung treten kann. Wir stellen somit alle Bezirksgruppen oder Bezirkspaare, die der gestellten Bedingung entsprechen, also gleicher Nationalität und annähernd gleicher städtischer und landwirtschaftlicher Anteile sind, nebeneinander.[4])

---

[1]) A. Fischer, „Rekrutenstatistik und Volksgesundheit" in Conrads Jahrbüchern, III. Folge, 39. Bd., 1909, S. 471 ff.

[2]) Ergänzungsheft Nr. 28 zur Zeitschr. des Kgl. Preuß. Statistischen Landesamtes, Berlin 1908.

[3]) W. Claaßen, „Der Einfluß von Fruchtbarkeit, Sterblichkeit und Konstitutionskraft auf den Heeresersatz nach Wohndichtigkeit, sozialer Stellung und Berufe", Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie, VI. Jhrg., S. 483 ff.

[4]) Eine Vorsicht, an die, wie oben auf S. 315 erwähnt, Noack in seiner gleichen Untersuchung nicht denkt.

Übersicht 34.

Ergänzungsbezirk	Anteil der selbständig Erwerbstätigen von je 100 Erwerbstätigen	Städtischer Anteil (über 20 000 Einwohner)	Landwirtschaftlicher Anteil	Endgültig Taugliche auf 100 Abgefertigte	Übereinstimmung zwischen d. Beweg. v. Selbständigkeit u. Tauglichkeit (+) oder Nichtübereinstimmung (—)[1]
Czortkow	35,33	—	89,2	53,5	— } —
Brzezany	33,66	—	91,0	55,2	— }
Grodek	32,51	—	91,6	60,9	
Kolomea	36,43	7,9	89,1	53,6	} —
Stry	34,21	7,2	88,3	59,0	}
Stanislau	36,00	10,5	86,9	49,8	} ?
Sambor	35,37	12,8	84,7	49,6	}
Neusandec	35,10	—	89,9	43,4	} —
Sanok	32,49	—	88,9	59,2	}
Pisek	39,23	—	68,6	45,7	} —
Beneschau	38,84	—	68,6	46,7	}
Neuhaus	37,48	—	66,8	50,6	— } —
Kremsier	37,10	—	67,1	54,4	}
Caslau	34,66	—	65,9	52,1	? }
Turnau	31,52	13,2	27,4	50,1	} +
Theresienstadt	29,13	10,4	27,5	49,2	}

In der vorstehenden Zusammenstellung haben wir in der letzten Reihe die Ergebnisse der Suche nach einer Gleichläufigkeit zwischen Größe des Anteils an Selbständigen und Tauglichkeitsgröße niedergelegt. Übereinstimmung ist mit +, Nichtübereinstimmung mit —, eine Übereinstimmung, die aber schon genügend im städtischen oder landwirtschaftlichen Anteile begründet erscheint, mit ? gekennzeichnet. Da ergibt sich nun das ganz überraschende Bild, daß von den 11 in Frage kommenden Möglichkeiten 8 eine Nichtübereinstimmung und nur 3 eine Übereinstimmung zeigen, von denen gar noch zwei schon anderweitig genügend erklärt sind. Wir geben gerne zu, daß dieses Zusammentreffen einem Zufalle sein Dasein verdanken kann und noch keinen ausreichenden Beweis für eine etwa vorhandene ungünstige Einwirkung eines größeren Anteiles an Selbständigen auf die Tauglichkeit abgibt. Wir begnügen uns deshalb mit der Feststellung, daß ein begünstigender

[1]) Wo 3 Bezirke zusammengefaßt sind, bezieht sich das dritte rechtsstehende Zeichen auf das Verhältnis des 1. und 3. Bezirkes.

Einfluß eines höheren Selbständigenanteiles auf die Tauglichkeit in den Zahlen der österreichischen Tauglichkeitsstatistik nicht nachweisbar ist, sondern daß es eher den Anschein hat, als ob das Gegenteil der Fall wäre.

Es würde uns jedoch keinesfalls überraschen, wenn das oben zutage geförderte Ergebnis den Tatsachen ebenso entspräche wie anderswo das Gegenteil. Ist doch der Begriff der Selbständigkeit und Unselbständigkeit so weit, daß eine Verwendung in diesem Falle besonders für verschiedene Gebiete und verschiedene Zeiten gar nicht zu eindeutigen Ergebnissen führen kann. Der reiche Fabrikant wird ebenso als selbständig erwerbstätig gezählt wie der darbende Flickschuster, der erfolgreiche Bankdirektor ebenso als unselbständig erwerbstätig wie der arbeitslose Taglöhner. Wirklich zutreffende Ergebnisse könnten nur bei Beschränkung der Unterscheidungsgruppen auf tatsächliche Verhältnisse der Über- und Unterordnung im Berufe (z. B. Bauer und Knecht, Meister und Gehilfe usw.) erlangt werden.

10. Die Hauptursachen der Tauglichkeit, Abgrenzung und Würdigung. Unter den vielen die Tauglichkeit bestimmenden Einflüssen haben wir drei als die anderen an Stärke weit überragend erkannt: den Einfluß der Rasse, der Siedlungsart und der Berufsgliederung. Während wir aber die Wirkung der beiden letzteren ohne Einschränkung feststellen konnten, mußten wir bei der ersteren noch die Untersuchung vorbehalten, wieweit an der ihr oben (auf S. 296) zugeschriebenen Wirkung kulturelle und wirtschaftliche Unterschiede (dargestellt hauptsächlich durch die der Siedlungsart und Berufsgliederung), und wieweit eigentliche Rassenunterschiede beteiligt sind. Wir stellen zu diesem Zwecke folgende Zahlen nebeneinander:

Übersicht 35.

Nationalität	Durchschnittliche Tauglichkeitsprozente	Durchschnittlicher Anteil städtischer Bevölkerung (über 20 000 Einwohner)	Durchschnittlicher Anteil der landwirtschaftlich berufstätigen Bevölkerung
Serbokroaten	60,2	3,3	91,9
Ukrainer	55,2	4,8	88,6
Slovenen	54,2	6,4	78,7
Polen	53,0	12,5	83,3
Tschechen	50,0	13,3	49,9
Deutsche	48,6	27,7	43,3

Der Verlauf der drei Reihen ist mit der einzigen Ausnahme, der Umstellung des landwirtschaftlichen Anteils der Slovenen und Polen, durchaus regelmäßig. Die Tauglichkeit der betrachteten Volksstämme sinkt, indem ihr Anteil an städtischer Bevölkerung steigt und der an landwirtschaftlich Berufstätigen sinkt. Die Tauglichkeitsunterschiede der Nationalitäten erscheinen somit in der Hauptsache bestimmt durch ihr verschiedenes kulturelles und wirtschaftliches Leben. Für die eigentlichen Rasseunterschiede bleibt danach innerhalb unserer Zahlen kein allzuweiter Spielraum. Wir haben oben schon auf den Einfluß hingewiesen, den die verschiedene Durchschnittsgröße der Volksstämme auf die Militärtauglichkeit ausübt. Danach würden die Zahlen für die hochgewachsenen Serbokroaten und Slowenen etwas niedriger, die der kleinen Ukrainer und Polen etwas höher anzunehmen sein, womit sich vielleicht auch die Störung in der Reihenfolge der Landwirtschaft bei den Slowenen und der große Tauglichkeitssprung von den Serbokroaten auf die Ukrainer erklären ließe (ähnlich, wie wir oben auf S. 304 damit die Störung in der Reihe der Geburtenhäufigkeit erklären oder wenigstens abschwächen zu können glaubten). Außerdem weisen möglicherweise auch noch die Unregelmäßigkeiten, die wir im Verlauf der auf die beiden Ursachen bezogenen Tauglichkeitskurven vorfinden, auf Rassenunterschiede hin. Die Tauglichkeitskurve über den Abszissen der landwirtschaftlichen Anteile stürzt zuerst jäh ab, mäßigt dann von den Ukrainern auf die Polen das Gefälle, bildet bei den Slowenen eine Rückfallskuppe und verläuft dann in flachem Konkavbogen über die Tschechen zu den Deutschen. Die auf die städtischen Anteile bezogene Kurve stürzt gleichfalls jäh ab, mäßigt dann ihr Gefälle über die Slowenen zu den Polen, stürzt abermals zu den Tschechen ab, läuft dann ganz flach zu den Deutschen weiter. — Da wir die Wirksamkeit der beiden Ursachen nicht vereinzeln können und zudem noch die Rassewirkung als Unbekannte daneben stehen haben, ist es ungeheuer schwer, aus diesem Verlaufe der beiden Kurven auch nur einigermaßen wahrscheinliche Annahmen aufzustellen. Die einfachere ist die erste Kurve. Wenn wir die Tauglichkeitszahl der Serbokroaten und Slowenen entsprechend der begünstigenden Wirkung der Körpergröße vermindert denken, so nimmt die Kurve, ausgeglichen gedacht, einen linearen Verlauf an, was die naheliegende und wohlbegreifliche Vermutung begründen würde, daß landwirtschaftlicher Anteil und Tauglichkeit der Bevölke-

rung im Verhältnisse gerader Proportionalität stehen. Anders bei der auf den städtischen Anteil bezogenen Tauglichkeitskurve. Hier besteht neben dem Absturz von den Serbokroaten zu den Ukrainern noch der von den Polen auf die Tschechen und der flache Verlauf von diesen zu den Deutschen, so daß die ausgeglichene Kurve unter allen Umständen eine Konvexkurve bleibt. Wenn hier nicht etwa Rassemomente hereinspielen, so würde daraus folgen, daß die schädigende Wirkung zwar von Größenstufe zu Größenstufe der Städte wächst, aber mit der Größe der Städte in jeweils abnehmendem Maße. Zur Stützung dieser Vermutung könnten die oben auf S. 307 angeführten Zahlen von Kuczynski über die deutsche Tauglichkeit nach Größenstufen der Städte herangezogen werden. Auch dort wird man, wenn man sich durch die verschiedene Fassung der Größenstufen nicht täuschen läßt und die Tauglichkeiten auf die mittleren Größen bezieht, einen ähnlichen starken Absturz der Tauglichkeitskurve am Anfange und ein flaches Verlaufen im weiteren beobachten können. Auch würde dieser Zusammenhang durchaus nicht der reinen Überlegung widersprechen. Man hätte dann in dem die Abnahme der Tauglichkeit hemmenden Momente den Einfluß der von Größenstufe zu Größenstufe der Städte wachsenden sozialen und hygienischen Fürsorge zu erblicken. Angesichts der Unvollkommenheit der Grundlagen bleibt dies aber nur eine interessante Vermutung, für oder gegen die noch weiterer Beweisstoff beizubringen sein wird.

Ein Eindringen in die Einzelheiten des Materials, insbesondere auch in Verbindung mit Abschnitt VI (Gebrechen), wird noch manchen Beitrag zur Frage der Rasseeinflüsse liefern können. Wir weisen nur hin auf den Unterschied zwischen Ost und West bei den Polen und in den deutschen Alpenbezirken, ferner, sicher zum Teile auf Stammesunterschiede zurückgehend, zwischen den Tschechen und Mährern usw.

Wenn wir das Ergebnis unserer Untersuchung noch einmal überblicken, so finden wir die Abstufung, die sich in den Tauglichkeitsverhältnissen Österreichs von Ost nach West und von Südost nach Nordwest vollzog, in der Hauptsache als eine Wirkung des Fortschreitens der städtisch-industriellen Lebensformen. Diese Feststellung ist von der größten Bedeutung sowohl in örtlicher als auch in zeitlicher Beziehung. Örtlich deshalb, weil wir nicht annehmen können, daß die Regelmäßigkeit, die uns in so vollendeter Form im Rahmen des alten Österreichs entgegen-

trat, an den Grenzen dieses Staates stehen bliebe. Wären die Tauglichkeitsstatistiken der Staaten Europas untereinander vergleichbar, so müßte auch unter ihnen, sofern nicht Rasseunterschiede und volksgesundheitliche Gewohnheiten Ausnahmen hervorriefen, die gleiche Gesetzmäßigkeit der Kulturwirkung, wie innerhalb Österreichs, zum Ausdrucke kommen. (Örtliches Gesetz der Kulturwirkung).[1])

Die zweite wichtige Seite unserer Feststellung besteht darin, daß der im Momentbilde unserer Darstellung veranschaulichte Grad städtischer und wirtschaftlicher Kultur der einzelnen Volksstämme nicht etwas Starres, an und für sich Gegebenes, sondern ein in fließender Bewegung befindlicher Zustand ist. Es sind das Stufen einer Entwicklung, die bis zu einem gewissen Grade jedes dieser Völker mitgemacht hat oder mitmachen wird. So geben die örtlichen Verschiedenheiten der Völker ein Bild des zeitlichen Entwicklungsganges jedes einzelnen und des aus ihnen gebildeten Ganzen. In welchem Maße diese zeitliche Entwicklung in Österreich beim städtischen Anteile der Bevölkerung vor sich gegangen ist, darüber gibt uns die Arbeit Engelmanns „Österreichs Städtische Wohnplätze mit mehr als 25000 Einwohnern Ende 1910" die gewünschten Aufklärungen.[2])

Übersicht 36.

Von je 100 Personen der nebenstehenden Bevölkerungsgruppen lebten in städtischen Wohnplätzen.[3])

	1869	1880	1890	1900	1910
Gesamtbevölkerung	11,7	13,6	15,4	17,8	19,8
Deutsche	—	21,9	24,5	27,8	30,5
Tschechen	—	9,4	11,9	15,3	17,0
Polen	—	9,4	11,2	12,9	14,9
Slowenen	—	4,4	5,0	5,8	9,3
Ukrainer	—	1,39	1,65	2,08	2,54
Serbokroaten	—	0,73	0,84	0,75	1,53

[1]) Wobei wir, wie nochmals betont werden mag, eine städtisch-industriell bestimmte Kultur im Auge haben.

[2]) Statistische Monatsschrift N. F., Jahrg. 1914, S. 504 u. 505.

[3]) Das ist solchen, die im Jahre 1910 mehr als 25000 Einwohner zählten. Die hier abgedruckten Zahlen weichen von den oben auf S. 310 berechneten nicht nur wegen der verschiedenen Abgrenzung der Stadtgröße, sondern auch deshalb ab, weil die Zahlen hier auf persönlicher, jene auf gebietsweiser Anrechnung der Nationalität beruhen.

Im Jahre 1910 finden wir somit nahezu $^1/_5$ der österreichischen Bevölkerung in städtischen Wohnplätzen versammelt. Den Hauptanteil der städtischen Bevölkerung stellten die Deutschen, es folgten die Tschechen, die Polen, die Slowenen, die Ruthenen und die Serbokroaten — also genau in der gleichen Reihenfolge wie oben auf S. 321 beim städtischen Anteil und umgekehrt wie bei der Tauglichkeit.

In der Entwicklung seit 1869 (1880) zeigt sich nicht nur in der Summe der Bevölkerung, sondern auch bei jedem einzelnen Volksstamme eine in ihrer Regelmäßigkeit vollkommene Zunahme der städtischen Bevölkerung.[1] Wir finden jeweils das niederstehende Volk im Jahre 1910 in einem Zustande der Verstadtlichung angelangt, den das nächsthöherstehende Volk einige Jahrzehnte vorher durchschritten hat. Es gelangen die Serbokroaten im Jahre 1910 etwa dorthin, wo die Ukrainer im Jahre 1890 standen, diese vergleichen sich im Jahre 1910 einem vor 1880 liegenden Zustande der Slowenen, diese im Jahre 1910 der Entwicklung der Polen von 1880 usw. So sehen wir die städtische Kulturentwicklung Österreichs in ihre Bestandteile zerlegt und den Fortschritt des Ganzen aus dem Fortschritte aller seiner Teile erklärt.

In ähnlicher Weise hat sich in den betrachteten Jahrzehnten der Rückgang des landwirtschaftlichen Anteils der Bevölkerung vollzogen, wie folgende Zahlen der österreichischen Berufszählungen zeigen.[2]

Übersicht 37.

Es entfielen auf je 100 Berufstätige überhaupt solche der Berufsklasse

	A. Landwirtschaft	B. Industrie u. Gewerbe	C. Handel	D. Öffentlicher Dienst und freie Berufe
1910	53,10	22,64	9,84	14,42
1900	58,16	20,87	8,72	12,25
1890	62,41	20,02	7,44	10,13

Die landwirtschaftliche Bevölkerung hat somit verhältnismäßig beinahe ein Sechstel ihres Bestandes eingebüßt und an die anderen, vorwiegend städtischen Berufsklassen abgegeben.

[1]) Die einzige Störung bei den Serbokroaten im Jahre 1900 geht offenbar auf Zählungsverschiedenheiten der serbokroatischen Bevölkerung in den italienisch verwalteten Küstenstädten Dalmatiens zurück.

[2]) Die Zeit vor 1890 ist leider aus zähltechnischen Gründen nicht vergleichbar.

So sehen wir nicht nur die städtische, sondern auch die Berufsentwicklung gleichlaufend und zum großen Teile sich überdeckend in einer der Tauglichkeitsentwicklung feindlichen Entwicklung begriffen.[1]) Die Folgerung auf die entsprechende Entwicklung der Tauglichkeit in der betrachteten Zeit ist klar und zwingend. Wir müssen aus dem oben geführten Nachweis der tauglichkeitsmindernden Wirkung der bewußten Zustände und ihrem weiteren Fortschreiten auch ohne jeden weiteren Anhaltspunkt mit Recht auf den Rückgang der Tauglichkeit schließen können. Wir tun dies mit um so größerer Sicherheit, als der Rückgang bereits in den Tauglichkeits- und Überprüfungszahlen selbst ausgedrückt ist. Wir sprechen somit aus: *die Zunahme des städtischen Lebens und der Rückgang der landwirtschaftlichen Berufstätigkeit haben in Österreich und fraglos auch unter gleichen Verhältnissen in den übrigen Kulturstaaten in den letzten Jahrzehnten einen mit dem Geburtenrückgange parallel laufenden Rückgang der körperlichen Tüchtigkeit zur Folge gehabt.* (*Zeitliches Gesetz der Kulturwirkung.*)

---

[1]) Über den *Grad der Einwirkung* der beiden Ursachen geben uns folgende Zahlen einen interessanten Aufschluß:

Die nebenstehende Entwicklung betrug Prozente des Ausgangsstandes:

	zeitliche Entwicklung 1890—1910	örtliche Abstufung von den Serbokroaten zu den Deutschen
Zunahme d. städt. Bevölkerung	28,6	739,0
Abnahme d. landw. „	14,9	52,9
Abnahme der Tauglichkeit	9,8	19,3

Diese Zahlen sind insofern nicht vergleichbar, als der Sprung von den Serbokroaten zu den Deutschen einem viel längeren zeitlichen Entwicklungsgange entspricht, als es zwei Jahrzehnte sind. Aber die Lage der Zahlen zueinander ist, ohne daß wir natürlich eine genaue Übereinstimmung in ihrer Größe fordern dürften, doch dieselbe geblieben. Wir finden in beiden Fällen eine größere städtische und eine kleinere landwirtschaftliche Veränderung, beide noch immer größer als die Tauglichkeitsänderung. Wir erblicken in dieser Übereinstimmung vor allem eine Bestätigung der grundsätzlichen Richtigkeit unserer Betrachtung — wenn es einer solchen bei der großen Klarheit der Zusammenhänge noch bedarf. — Wir lesen daraus aber auch noch ein zweites: daß die ursächliche Wirkung der Abnahme des landwirtschaftlichen Anteiles auf die Tauglichkeit stärker sein dürfte als die der städtischen Zunahme, eine Vermutung, mit der wir zwar mit landläufigen Ansichten in Widerspruch treten, die aber in zahlreichen Fällen, wo wir eine entgegengesetzte Bewegung der beiden Ursachen beobachten können, in der meistens der landwirtschaftlichen Veränderung angepaßten Bewegung der Tauglichkeit eine Stütze findet.

So tragen die Mittel, die eine günstige Bevölkerungsentfaltung, Wohlstand, Macht nach außen und ein reiches geistiges Leben nach innen ermöglichen, zugleich auch schon den Anstoß zum Niedergange eines Volkes in sich.[1])

V. Die Gebrechen, welche Waffenunfähigkeit oder Untauglichkeit begründeten.

1. Allgemeine Bemerkungen zur Gebrechenstatistik. Die Betrachtungen über die Gestaltung der Tauglichkeit in Österreich wären unvollständig, würde ihnen nicht eine solche über die Art der Untauglichkeit beigefügt. Denn es genügt noch nicht, die bloße Zu- oder Abnahme der Tauglichkeit im zeitlichen Verlaufe, oder in der örtlichen Gliederung festgestellt zu haben, wenn nicht ein Bild von den körperlichen Gebrechen beigegeben wird, aus denen die Untauglichkeit entspringt. Insbesondere für die Beurteilung der Frage, inwieweit die städtische und industrielle Entwicklung der neueren Zeit tauglichkeitsmindernd eingewirkt hat, ist es von Bedeutung zu wissen, in der Richtung welcher Gebrechen dieser Einfluß auftritt.

Allerdings ist die Gefahr von fehlerhaften Beurteilungen in der Gebrechenstatistik noch größer als in der übrigen Tauglichkeitsstatistik.[2]) Das gilt vor allem vom Schwankungsspielraum der Begriffe. Denn hier wirkt nicht nur die subjektive Beurteilungsverschiedenheit, die teils auf zeitlich und örtlich schwankendem Beurteilungsvermögen, teils auf Verschiedenheiten im Heeresbedarfe beruht, im Sinne einer Fehlermöglichkeit, sondern es kommt auch noch das hinzu, daß die verschiedenen Gebrechen untereinander schwankende oder sich überkreuzende Grenzen haben, die je nach Auffassung und Mühewaltung bald ein stärkeres Betonen des einen, bald des anderen Gebrechens zur Folge haben können.[3]) Hier kommt ferner der Mangel der Statistik in Betracht, daß sie bei

[1]) Zu dem gleichen Ergebnisse hätten wir kommen müssen, wenn wir uns der ungeheuerlichen Mühe unterzogen hätten, die Tauglichkeitsprozente aller Bezirke in allen betrachteten Jahren auf Taugliche nach endgültig Abgefertigten und endgültig Taugliche zu berechnen, diese Zahlenreihen auszugleichen und dann mit dem Gewichte der Heimatbevölkerung in die nationalen Gruppen zu vereinigen. Der von uns eingeschlagene Beweisweg ist nicht nur weitaus einfacher, sondern im Hinblicke auf die oben (S. 290) dargetanen zeitlichen Schwankungen der Tauglichkeitszahlen auch sicherer.

[2]) Vgl. hierzu auch Schwiening a. a. O. S. 126 ff.

[3]) Hierbei kommt vor allem die Abgrenzung der „Körperschwäche“ gegen die übrigen, besonders inneren Gebrechen in Frage.

Zusammentreffen mehrerer Gebrechen nur eines ausweist, dann, daß bei Auffindung eines wesentlichen Gebrechens die Untersuchung abgebrochen werden durfte, wobei andere vielleicht schwerere Gebrechen gar nicht in Erwähnung kamen. Ein weiterer Mangel ergibt sich dann aus der die sachlichen Interessen oft nicht genügend berücksichtigenden Zusammenfassung der Gebrechen in Rubriken.

Zu diesen allgemeinen Fehlerquellen kommt bei der Darstellung der Militärstatistischen Jahrbücher noch eine besondere in der unrichtigen Beziehung nicht auf die endgültig Abgefertigten, sondern auf die ärztlich Untersuchten aller drei Altersklassen. Hierdurch werden die wahren Verhältnisse in einer manchmal recht weitgehenden Weise entstellt und verzerrt. Denn es kommen hier nicht nur die Verschiedenheiten in Betracht, die in der zeitlichen Entwicklung oder örtlichen Gliederung durch das verschiedene Maß der Zurückstellungen hervorgerufen werden können (vgl. S. 224), sondern in örtlicher Beziehung auch noch die Verschiedenheiten in dem Maße, in dem die Zurückstellungen infolge der einzelnen Gebrechen hier oder dort stattfinden.[1])

Für die zeitliche Entwicklung der Gebrechen hinsichtlich ganz Österreichs haben wir die Umrechnung der Zahlen der Militärstatistischen Jahrbücher auf die endgültig Abgefertigten für die Zeit von 1889 bis 1912 aus den gegebenen Unterlagen bewirken können. Für die örtliche Gliederung der Gebrechen nach Ergänzungsbezirken ist mangels der absoluten Zahlen eine solche Umrechnung nicht möglich. Es könnte zwar an den gegebenen Gebrechenprozenten unter Errechnung der Abgefertigtentauglichkeit für den Ergänzungsbezirk aus einer anderen Tabelle der Militärstatistischen Jahrbücher eine teilweise Berichtigung vorgenommen werden; durch diese würde der Übelstand der Verschiedenheit in den Zurückstellungen an sich beseitigt, während ihnen der zweite Fehler der verschiedenen Zurückstellungen innerhalb der einzelnen Gebrechen weiter anhaften bliebe, weshalb auch den berichtigten Zahlen noch ein reichliches Maß Unsicherheit anhaftete, so daß auch aus ihnen nur innerhalb großer Umrisse Folgerungen gezogen werden könnten. Wir geben daher in Tafel III nur

[1]) Wenn z. B. unter 100 Untersuchten der ersten Altersklasse 90 abgefertigt und 10 wegen Kropfes jeweils in erster und zweiter Stellung zurückgestellt werden, so ergibt das auf 120 Erschienene 30 Kropfige, also 25 Proz. gegenüber nur 10 Proz., wenn die Abfertigung gleich im ersten Jahrgange erfolgte.

die unberichtigten Zahlen der Militärstatistischen Jahrbücher im Durchschnitte der letzten 5 Jahre wieder, da der Berichtigungsvorgang ziemlich verwickelt ist und das Mehr an Genauigkeit, die dadurch erzielbar ist, wohl bei Sonderstudien, nicht aber innerhalb unserer weiten Umrisse eine Rolle spielen kann.

2. Die zeitliche Entwicklung der Gebrechen in Österreich. Die zeitliche Entwicklung der Gebrechen in Österreich nach Abgefertigten entnehmen wir der Übersicht 38.

(Siehe Übersicht 38 auf Seite 330 und 331.)

Die Zahlen der Spalte 3 in Übersicht 38, die die Gebrechen überhaupt betreffen, ergänzen sich mit den zugehörigen Tauglichkeitszahlen und den Zahlen der Mindermäßigen[1]) jeweils auf 1000. Die Tauglichkeitszahlen haben in ausgeglichener Reihe abgenommen, ebenso wie schon ohne jeden Ausgleich die Zahlen der Mindermäßigen die eine Abnahme deutlich zur Schau tragen. Es muß daher, wie man aus den Zahlen der Spalte 3 unmittelbar ersehen kann, ein um so stärkerer Zuwachs der Gebrechen stattgefunden haben.

Von den einzelnen Gebrechen nimmt durch die Größe des Anteils die Körperschwäche den ersten und für die Höhe der Tauglichkeit überhaupt ausschlaggebenden Platz ein. Bei der Körperschwäche ist trotz den mehrfachen Schwankungen, die sie im Laufe der betrachteten Zeit erlitten hat, eine deutliche starke Zunahme wahrzunehmen; sie stieg, wenn die Reihe ausgeglichen wird, von 169,9 Prom. im Jahre 1889 auf 208,2 Prom. oder fast um $^1/_4$. Diese Zunahme gewinnt dadurch an Bedeutung, daß sie auch in Deutschland beobachtet wurde,[2]) und daß sie sich gegen den scharf wachsenden Heeresbedarf der letzten betrachteten Jahre durchzusetzen vermochte. Das gleiche gilt von der Fettleibigkeit (Spalte 5), dem Kretinismus usw. (Spalte 11), von den Krankheiten der Atmungsorgane (Spalte 15) und den Herzfehlern (Spalte 16). Auch diese 4 Gebrechen (oder Gebrechengruppen) haben übereinstimmend mit den Beobachtungen in Deutschland[3]) eine deutliche Zunahme erfahren und dem wachsenden Heeresbedarfe Trotz geboten.

---

[1]) Allerdings nicht in der uns allein zugänglichen Form in Spalte 28, sondern in Beziehung auf die endgültig Abgefertigten.

[2]) Schwiening a. a. O. S. 150.

[3]) Schwiening a. a. O. S. 147 ff.

Die die Waffenunfähigkeit und Untauglichkeit begründen-
(Auf je 100 end-

Jahrgang	Summe der endgültig Abgefertigten	Gebrechen überhaupt	Körperschwäche	Fettleibigkeit	Wechselfieber	Tuberkulose der Lymphdrüsen (Skrophulose)	Tuberkulose der Lungen und übrigen Organe	Stottern	Fallsucht	Auffällig zurückgebliebene geistige Entwicklung, Kretinismus u. Blödsinn[1]	Trübungen und Narben der Hornhaut	Kurzsichtigkeit	Schielen
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.
1912	253,770	430,3	236,2	1,59	0,036	2,96	0,942	0,682	0,883	3,84	3,54	3,06	1,67
1911	226,799	444,5	223,2	1,55	0,040	3,44	1,040	0,670	0,701	3,13	4,06	3,23	2,61
1910	239,267	371,5	203,3	1,58	0,000	3,06	1,170	0,694	0,690	3.77	4,09	2,84	1,90
1909	247,618	408,6	197,7	1,68	0,069	3,59	1,170	0,735	0,711	3,50	4,09	3,50	2,18
1908	232,070	449,2	225,2	1.72	0,069	3,54	1,170	0,646	0,806	3,46	4,66	3,82	2,29
1907	228,978	466,5	228,0	1,27	0,070	3,69	1,420	0,760	1,140	3,74	4,91	3,92	2,57
1906	221,731	497,2	224,1	1,09	0,180	4,85	1,190	0,803	1,100	3,03	5,91	4,46	2,91
1905	229,271	467,6	202,4	1,03	0.236	4,44	1,200	0,816	1,100	2,93	5,47	3,70	2,90
1904	225.555	449,7	184,2	0,816	0,372	4,31	0,829	0,568	1.010	2,70	4,80	3,51	2,14
1903	225,743	440,1	178,3	0,713	0,288	4,20	1,290	0,558	0,846	2,43	5,49	3,60	2,45
1902	229,950	443,9	175,7	0,913	0,183	4,21	1,020	0,596	0,848	2,75	5,56	3,44	2,55
1901	226,172	419,6	163,6	0,946	0,261	3,74	1,010	0,668	0,982	2,96	5,20	3,36	2,38
1900	227,155	401,3	154,1	0.700	0,247	4,36	1,390	0,586	1,030	2,87	5,38	3,56	2,06
1899	234,368	396,9	155,2	0,823	0,111	4,08	0,990	0,508	0,845	2,53	4.83	3,38	1,98
1898	233,762	400,5	162,8	0,753	0,158	4,02	0.984	0,667	0,834	2,49	4,80	2,89	2,07
1897	240 635	376,0	161,5	0,752	0,287	3,97	1,230	0,478	0,690	2,43	5,18	2.95	1,92
1896	226 956	419,4	186,6	0,679	0,167	4,59	1,150	0,599	0,833	2,91	4,94	3,08	2,14
1895	207,900	432,0	201,3	0,823	0,255	5,05	0,784	0,621	0,837	2,66	5,58	3,12	2,12
1894	209 609	399,7	179,2	0,720	0,234	5,46	1,460	0,778	0,973	3,32	5,45	3,17	2,49
1893	204,698	428,1	210,1	0,537	0,464	4,68	1,590	0,591	0,938	2,67	4,20	2,93	2,13
1892	199,463	487.8	246,7	0,536	0,116	4,93	1,380	0,737	0,928	2,82	4,78	3.54	2,39
1891	181.502	413,3	184,0	0,432	0,309	4,80	1,460	0,689	1,150	3,32	4,15	3,47	2,02
1890	184,575	351,5	151,4	0.423	0,309	4,25	1,370	0,666	0,845	2,48	4,27	3,29	2,19
1889	151,786	396,6	148,8	0,461	0,428	5,25	1,870	0,764	1,170	1,87	5,65	4,36	2,54

Die Zunahme der geistigen Minderwertigkeit drückt nur eine Seite der allgemeinen Zunahme der Geisteskrankheiten aus, wie sie sonst in der Gesundheitsstatistik zum Vorscheine kommt.[2]) An diese Zunahme werden allerdings nicht unberechtigte Zweifel geknüpft, daß die Anstaltsstatistik der Geisteskrankheiten kein vollständiges Bild gebe und daß die Kunst der Ärzte, Geisteskrankheiten zu erkennen, gewachsen sei. Bei dem ganz besonderen Ausschnitte, den unsere Zahlen aus den Geistes-

[1]) 1889—1893 Kretinismus und Geisteskrankheiten.

[2]) Vgl. z. B. Prinzing, Handbuch der medizinischen Statistik, Fischer, Jena 1906, S. 168.

Übersicht 38.

den Gebrechen in Österreich in den Jahren 1889—1912.

gültig Abgefertigte.)

Krankheiten d. Atmungsorgane	Herzfehler	Kropf (Blähals)	Mangel der Zähne und Zahnfäule	Eingeweidevorlagerungen (Brüche)	Konstitutionelle Syphylis	Schweißfüße	Chronische Hautausschläge (variköse Geschwüre)	Narben	Kniebohrer	Säbelbeine	Plattfuß	Überzahl, Verlust einzelner Finger- u. Zehenteile od. ganzer Finger u. Zehen	Von je 1000 in der ersten Altersklasse ärztl. Untersuchten wurd. weg. Mindermäßigkeit nicht assentiert
15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.
4,50	9,39	23,4	2,73	17,3	—	0,233	1,54	5,17	9,06	2,42	11,7	5,75	15
3,69	8,43	28,8	3,99	21,6	—	0,353	1,67	5,23	10,40	3.14	11,5	5,35	20
3,16	7,99	26,6	3,36	21,7	—	0,288	1,48	5,12	9,87	2,60	11,2	5,60	20
3,28	8,20	25,7	3,76	21,4	—	0,271	1,36	4,96	10,40	2,97	10,6	5,30	21
3,93	8,05	26,3	3,33	24,3	—	0,336	1,51	6,17	11.00	2,98	11,2	5,47	23
3,18	8,29	27,7	4,46	25,7	—	0,520	1,79	5,44	12,40	3,40	11,9	5,54	24
3,01	7,80	29,9	6,70	27,4	—	0,162	1,89	5,70	13,70	3,15	26,9	7,45	24
2,48	6,37	29,0	6,10	24,7	—	0,174	1,90	6,29	14,10	3,47	25,6	5,70	25
1,76	5,24	28,6	5,12	26,0	0,062	0,115	1,43	5,59	14,70	3,48	25,2	6,01	29
1,37	4,14	26.5	5,04	24,7	0,044	0,195	1,75	6,14	15,60	3,38	23,8	6,65	31
1,37	4,24	30,0	6,98	27,5	0,074	0,248	1,42	6,14	16,50	3,37	24,8	6,71	31
1,22	3,90	28,7	4,66	25,1	0,168	0,234	1,85	5,39	16,30	3,29	25,9	6,59	32
1,26	3,48	26,5	4,41	26,9	0,026	0,198	1.79	5,28	15,30	2,74	23,6	6,31	33
1,06	3,00	27,5	4,37	27,2	0,043	0,222	1,71	5,50	14,10	2,56	20,6	5,81	34
1,13	2,90	28,0	4.10	26,5	0 064	0,235	1,71	5,29	12,70	2,87	21,5	5,93	37
0,823	2,53	23,4	4,15	21,9	0,050	0.287	1,64	5.12	12,30	2,14	17,7	5,30	37
0,837	2,08	27,3	4,62	23,5	0,084	0,313	1,81	5,24	13,10	2,64	16,9	6,43	40
0,731	1,83	24,3	5,06	24,2	0,067	0.390	2,12	5,28	14,40	2,85	17,7	6,81	39
1,660	2,01	23,2	3,96	21 8	0,205	0,630	2,18	5,65	12.60	2,60	14,8	8,54	40
0,752	1,64	25,3	3,59	18,9	0,098	0,703	1,00	5,16	12,10	2,25	13,7	—	45
1,000	1,75	28,9	3,61	25,8	0 105	0.737	1,12	5,41	14,20	2 95	14.2	—	43
1,130	1,78	27,1	2,61	23,5	0,270	0,463	1,01	4,70	12.50	2,60	12,4	—	46
1,350	1,61	22.6	2,32	19,0	0,146	0,368	0,964	4,90	9,95	1,67	8,47	—	48
1,310	2,17	24,9	3,00	28,6	0,132	1,030	1,350	6,46	11,00	1,63	10,80	—	37

krankheiten bieten und bei der besonderen Gelegenheit ihrer Gewinnung werden beide Gründe als wenig triftig befunden werden müssen und wir werden wohl mit der Annahme nicht fehlgehen, daß die in ihnen ausgedrückte Zunahme wirklich vor sich gegangen ist. Auch legt die parallel laufende Zunahme der Selbstmorde die Vermutung nahe, daß die in Spalte 11 ausgeprägte Entwicklung eines Teiles der Geisteskrankheiten den tatsächlichen Verhältnissen entspricht.[1])

[1]) Es betrug die Zahl der Selbstmorde in Österreich:

Ähnliche Zweifel sind bezüglich der auch in der deutschen Rekrutenstatistik beobachtenden Zunahme der Krankheiten der Atmungsorgane und der Herzklappenfehler laut geworden. In der Tat legte die überaus starke Zunahme dieser Gebrechen in jüngster Zeit die Vermutung nahe, daß an ihrem Ansteigen die verbesserte Fähigkeit der Ärzte, sie zu erkennen, mitbeteiligt sei. Immerhin nehmen auch optimistische Beurteiler an, daß wahrscheinlich auch eine tatsächliche Zunahme dieser Gebrechen stattgefunden habe [1]) und Schultheß hat bezüglich der Herzerkrankungen in der Schweizer Armee den Beweis der Tatsächlichkeit dieser Zunahme geradezu erbracht.[2]) Wir finden dafür auch eine Bestätigung in der österreichischen Todesursachenstatistik. Diese ist zwar mit unserer Gebrechenstatistik nicht streng vergleichbar, doch ist es für uns immerhin wichtig, in den einzigen zwei Fällen, die einen Vergleich überhaupt zulassen, Übereinstimmung festzustellen: in der Zunahme der Herzkrankheiten und in der im folgenden zu besprechenden Abnahme der Tuberkulose.[3])

Die durch die Zunahme der inneren Krankheiten angezeigte wachsende Empfindlichkeit der inneren Organe gewinnt neben der Zunahme der Körperschwäche, mit der sie in Verbindung steht, eine besondere Bedeutung.

Neben den Fällen der ausgesprochenen Zunahme interessieren uns weiter die der ausgesprochenen Abnahme. Eine solche finden wir bei folgenden Leiden: Wechselfieber (Spalte 6), Tuberkulose der Lungen und Drüsen (Spalte 7 und 8) und konstitutionelle Syphilis (Spalte 20), letztere leider nur ausge-

---

Übersicht 39.

	absolut	auf 1000 der Bevölkerung
1895	3,551	0,14
1900	4,215	0,16
1905	5,041	0,19
1911	5,592	0,20

[1]) Vgl. z. B. Schwiening a. a. O. S. 151.

[2]) Dr. Hermann Schultheß „Die Herzkrankheiten bei der Aushebung und Ausmusterung der schweizerischen Armee in den Jahren 1875—1904", Zeitschrift für Schweizerische Statistik, 42. Jahrg., 1906.

[3]) Die Zahlen der Herzfehler als Todesursachen, zusammengefaßt mit Gehirnschlagfluß, auf 1000 der Bevölkerung, sind von 1895 bis 1911 in nahezu regelmäßiger Bewegung von 1,32 auf 1,74 gestiegen, die der Tuberkulose von 3,72 auf 2,95 gesunken (Österreichische Statistik, VIII. Bd., 1. Heft, S. 19). Weitere auf die ganze Bevölkerung bezügliche Vergleiche erlaubt leider die österreichische Gesundheitsstatistik nicht.

wiesen bis zum Jahre 1904. Wir werden wohl kaum irre gehen, wenn wir in dieser Bewegung die Erfolge medizinischer, insbesondere serologischer Wissenschaft erblicken.

Es verbleibt schließlich die Gruppe derjenigen Gebrechen, die sich entweder ausgesprochen auf gleicher Höhe gehalten haben, wie das Stottern, die Fallsucht und die Sehgebrechen, Narben, Überzahl und Verlust einzelner Finger u. dgl., oder die den jeweils vorliegenden Strömungen des Heeresbedarfes gefolgt sind und dessen Schwankungen im allgemeinen mitgemacht haben, ohne sich wahrscheinlich in Wirklichkeit wesentlich zu ändern. Hierher gehören der Kropf, Mängel an den Zähnen, Brüche, chronische Hautausschläge, Kniebohrer, Säbelbeine und Plattfüße.

So ergibt sich trotz der vielfachen Schwankungen und Ungewißheiten doch in großen Zügen ein fest umrissenes Bild von dem Gange der gesundheitlichen Entwicklung in Österreich von 1889 bis 1912. Wir finden genau wie in Deutschland eine Zunahme der Körperschwäche, der Geistes- und der inneren Krankheiten und ein annäherndes Gleichbleiben und damit verhältnismäßiges Zurückgehen der äußeren Krankheiten, eine Entwicklung, die im Zusammenhange mit dem infolge fortschreitender Entwicklung der Städte und Rückganges der landwirtschaftlichen Berufstätigkeit aufgetretenen Sinken der Tauglichkeit von Bedeutung ist.

3. Örtliche Darstellung der Gebrechen in Österreich. Haben wir im Vorausgehenden erkannt, daß die allgemeine Abnahme der Tauglichkeit hauptsächlich auf einige charakteristische Gebrechen: Körperschwäche, Geistes- und innere Gebrechen zurückgeht und haben wir die Vermutung ausgesprochen, daß diese Verschiebung durch die städtisch-industrielle Entwicklung bestimmt sei, so bleibt hier noch die Prüfung übrig, ob die örtliche Lagerung der Gebrechen auch dieser Vermutung entspricht (Tafel III im Anhang).

Wenn wir vorerst die Gebrechen der Körperschwäche auf ihr Vorkommen untersuchen, so finden wir unter den deutschen Bezirken die Millionenstadt Wien und die industrielle Umgebung Wien B ebenso an der Spitze, wie unter den tschechischen Bezirken Prag und Brünn und die Industriegebiete Pilsen, Königgrätz und allen voran das Kohlengebiet Teschen, wie unter den polnischen Bezirken die städtischeren Bezirke Krakau und Lemberg. Der Zusammenhang zwischen städtischem und industriellem Cha-

rakter und Körperschwäche tritt in unseren Zahlen also ebenso deutlich hervor, wie in der Heeresergänzungsstatistik Deutschlands, wo die Brigadebezirke Berlin, München, Hamburg, Bremen und Altona die höchsten Zahlen der Körperschwäche zeigen.[1])

Auch Fettleibigkeit kam vorwiegend in städtischen und industriellen Bezirken vor: Wien A, Wien B, Turnau, Komotau, Prag, usw. Ähnlich lag es in Deutschland, wo an erster Stelle die Brigadebezirke München, Berlin und Nürnberg-Erlangen standen: Die starke Beteiligung Bayerns scheint auf den Biergenuß als Ursache hinzuweisen.

An auffälliger geistiger Zurückgebliebenheit, Cretinismus und Blödsinn, litten aus naheliegenden Gründen weniger städtische und industrielle Gebiete als ländliche, worin sich offenbar mit eine Auslesewirkung der starken Abwanderung vom Lande äußert. Besonders stark trat geistige Minderwertigkeit im Zusammenhange mit endemischem Kropf in den deutschösterreichischen Alpengebieten, einzelnen Teilen Böhmens, Mährens und besonders auch Westgaliziens auf, während der Osten Galiziens von beiden Übeln, Dalmatien nur von dem letzteren verschont blieb.

Finden wir also bei den hier betrachteten Geistesübeln das Land bevorzugt, so würden wir, wenn die Zahlen darüber vorhanden wären, von den übrigen Geisteskrankheiten wohl hauptsächlich die städtischen Gebiete betroffen finden.[2]) Die Zunahmen beider Arten von Krankheiten sind traurig genug. Zeigt uns die der ländlichen die Wirkung der Abwanderung der Tüchtigeren vom Lande, so kann uns die letztere als ein Sinnbild für die zerstörende Wirkung der Städte dienen.

Weniger deutlich als bei den bisher besprochenen Gebrechen finden wir im Westen Österreichs die örtliche Lagerung bei den Krankheiten der Atmungsorgane und den Herzklappenfehlern ausgedrückt. Es stehen da neben städtischen und industriellen Bezirken mit hohen Anteilen auch landwirtschaftliche mit hohen Anteilen, und umgekehrt. Ein deutlicheres Bild ergibt sich erst, wenn wir auch die östlichen und südöstlichen Gebiete zum Vergleiche mit heranziehen. Wir finden dann die polnischen, ruthenischen und mit vereinzelten Ausnahmen auch die slowenischen und serbokroatischen Bezirke unter weitaus günstigeren Verhält-

---

[1]) Vgl. Schwiening a. a. O. S. 160.

[2]) Wie auch die Selbstmordhäufigkeit in den Städten größer ist als auf dem Lande (vgl. Dr. Georg v. Mayr, Statistik und Gesellschaftslehre III. Bd., Moralstatistik, Tübingen 1917, S. 273).

nissen als die deutschen und tschechischen. So tritt, was offenbar bei dem stärkeren städtischen und industriellen Einschlage auch der landwirtschaftlichen deutschen und tschechischen Bezirken nicht ganz genau möglich war, der Zusammenhang zwischen diesen inneren Krankheiten und städtischem und industriellem Leben wenigstens in diesen großen Grenzen deutlich hervor.

Da sich bei den vorstehenden uns hauptsächlich berührenden, zunehmenden Gebrechen eine Übereinstimmung mit den übrigen Ergebnissen unserer Untersuchung herausgestellt hat, können wir uns bei den restlichen Gebrechen kürzer fassen.

Von Lungentuberkulose erscheinen vorwiegend städtische und industrielle Gebiete, von Tuberkulose der Drüsen mehr ländliche betroffen.

Von Mangel der Zähne, Unterleibsbrüchen und Säbelbeinen, sind, wenn auch nicht die Großstädte, so doch die ländlichen industriellen Bezirke schwerer betroffen und auch die städtisch und industriell weiter entwickelten westlichen Völker treten uns mit höheren Zahlen entgegen als die östlichen Polen und Ruthenen. Bei den Gruppen Kniebohrer, Plattfüße, Narben und schlecht geheilte Knochenbrüche ist das Verhältnis umgekehrt; hier finden wir die Städte und Industriebezirke begünstigt, die ländlichen Bezirke dagegen mit diesen Gebrechen schwerer belastet.

Wenn wir aus unserer Untersuchung über die zeitliche Entwicklung und örtliche Gliederung der Gebrechen das Ergebnis ziehen, so finden wir die Städte und Industriegebiete hauptsächlich durch Körperschwäche, durch die inneren und eine Anzahl äußerer Gebrechen belastet, das flache Land dagegen vorwiegend durch geistige Zurückgebliebenheit, Kropf und eine Reihe von äußeren Gebrechen. Diese Körperschwäche und die inneren Krankheiten sind es aber hauptsächlich, die den Rückgang der Tauglichkeit bewirkt haben. So sehen wir die Tauglichkeitsabnahme hier weiter bis zu ihren letzten Quellen verfolgt und den Zusammenhang mit der Zunahme der städtischen Siedlungsweise und Abnahme der landwirtschaftlichen Berufstätigkeit auch hier nachgewiesen.[1])

---

[1]) Mit unseren Feststellungen stimmt auch die in Deutschland gemachte Wahrnehmung überein, daß die vorwiegend aus städtischen Kreisen stammenden Einjährigen hinsichtlich der inneren Krankheiten höhere Zahlen, hinsichtlich der äußeren Krankheiten dagegen niedrige Zahlen ausweisen als die übrigen Militärpflichtigen (Schwiening a. a. O. S. 187).

Als Kehrseite der Vereinigung der geistigen Kräfte in den Städten und des dadurch erzielten Aufschwunges derselben steht auf seiten des flachen Landes eine Gebrechengruppe in Zunahme: die der geistigen Zurückgebliebenheit, des Kretinismus und Blödsinns.

So bewahrheiten diese Gebrechenzahlen vollinhaltlich die vorausgehenden Ergebnisse über den schädlichen Einfluß der städtisch-industriellen Entwicklung auf die Volksgesundheit.

VI. Körpergröße und Tauglichkeit.

1. Zusammenhang von Körpergröße und Tauglichkeit. Körpergröße und Tauglichkeit stehen in mehrfacher Abhängigkeit voneinander, weshalb auch noch diese Beziehung hier zu behandeln ist, um ein vollständiges Bild von der Tauglichkeit und ihrer Entwicklung zu gewinnen.

Zunächst liegt ein formaler Zusammenhang zwischen Körpergröße und Militärtauglichkeit vor, vermittelt durch das Mindestmaß. Zum größeren Teile aus Schönheitsrücksichten, ist in allen Militärstaaten die Aufnahme kleiner Leute in den Heeresverband durch Aufstellung eines Mindestmaßes von jeweils verschiedener Strenge begrenzt. Damit hat die Heeresverwaltung im Frieden auf die militärische Ausbildung einer Anzahl sonst gesunder und kräftiger Leute verzichtet, die um so größer war, eine je kleinere Durchschnittsgröße die betreffende Bevölkerung hatte. So ist dadurch im voraus in die Begriffe Militärtauglichkeit und körperliche Tüchtigkeit überhaupt ein Unterschied getragen worden, den man bei Schlüssen aus der ersteren auf die letztere, wohl berücksichtigen muß.

Welchen Einfluß die Veränderung der Bestimmungen über das Mindestmaß auf die Tauglichkeit genommen hat, ist bereits oben auf S. 226 dargetan worden. Es ist auch gelegentlich der Besprechung der zeitlichen Entwicklung der Gebrechen darauf hingewiesen worden, daß der Rückgang der Mindermäßigen auch innerhalb Perioden gleichen Mindestmaßes (z. B. von 1889 bis 1911) unter sonst gleichen Umständen eine Steigerung der Tauglichkeitsergebnisse hätte herbeiführen müssen. Wenn wir trotzdem einen Rückgang beobachten konnten, so mußte daraus geschlossen werden, daß die körperliche Tüchtigkeit in um so stärkerem Maße abgenommen hat. Auch das örtliche Ausmaß der Mindermäßigen ist in Tafel III zugleich mit den Gebrechen ausgewiesen worden. Das nähere Verständnis dieser Zahlen wird sich aus der weiter unten

folgenden Besprechung der Ursachen der Körpergrößenverschiedenheiten ergeben.

Eine zweite tatsächliche Beziehung zwischen Körpergröße und körperlicher Tüchtigkeit liegt darin, daß nach übereinstimmenden Beobachtungen, die man an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten gemacht hat, die höheren Größenstufen gegenüber den niederen günstigere Tauglichkeitsergebnisse zeigen und erst wieder in den höchsten Stufen eine Abnahme der Tauglichkeit bemerkbar ist. So entfielen z. B. in Österreich im Durchschnitte der Jahre 1907—11 in der ersten Altersklasse auf je 100 ärztliche Untersuchte der nebenstehenden Größenstufen Taugliche:

Übersicht 40.

unter 153 cm	0,0
153—154 „	2,2
155—160 „	22,2
161—165 „	31,4
166—170 „	37,2
171—175 „	38,7
176—180 „	36,9
181 cm und darüber	32,9
Im Durchschnitte	32,4

Wir können somit bis zur Größenstufe 171—175 cm, auf welche der größte Anteil entfällt, eine Zunahme beobachten, der nur in den Größenstufen 176—180 und 181 und darüber Abnahmen folgen.[1])

Diese Tatsache hat nun in Verbindung mit der in vielen Staaten Europas beobachteten Zunahme der durchschnittlichen Körpergröße der gemessenen Stellungspflichtigen zu der Vermutung geführt, daß die körperliche Tüchtigkeit in Wirklichkeit in Zunahme begriffen sei und ist von vielen Schriftstellern als Gegengrund gegen die Annahme eines Entartungsprozesses ins Treffen geführt worden.

Wenn wir die österreichischen Verhältnisse ins Auge fassen, so ergibt sich aus der in Übersicht 16 Spalte 6 mitgeteilten Zahlen auch für Österreich eine beständige Zunahme der mittleren Körper-

[1]) Die gleiche Erscheinung hat Schjerning und Schwiening (Schwiening a. a. O. S. 236) für Deutschland und Rosenfeld (a. a. O. S. 153) für die Schweiz festgestellt. Auch Lexis (Art. „Anthropologie" im Handwörterbuche der Staatswissenschaften S. 533) weist auf den Zusammenhang zwischen Körpergröße und Kräftigkeit hin und hebt hervor, daß derjenige Völkerstamm, der in Europa die größte Körperlänge besitzt, die Norweger (durchschnittlich 1,73 m) auch die längste durchschnittliche Lebensdauer aufweist.

größe der ärztlich Untersuchten des ersten Altersjahrganges (21 jährige). Diese ist im Jahre 1890—1912 von 164,9 auf 166,9 cm, also um volle 2 cm gestiegen.[1])

Die Zunahme der Körpergröße könnte jedoch nur in dem Falle als Beweis für die Besserung der körperlichen Tüchtigkeit angeführt werden, wenn gleichzeitig der Beweis geführt würde, daß sich auch die übrigen Körpermaße, insbesondere der Brustumfang, in einem entsprechenden Verhältnisse erhöht hätten. Hätte diese Zunahme nicht stattgefunden, so müßte die Zunahme der Körpergröße nicht nur als für die Entwicklung der körperlichen Tüchtigkeit gleichgültig, sondern sogar als bedenklich erscheinen.

Leider wird in den meisten Heeresergänzungsstatistiken dem Messen des Brustumfanges nicht die gleiche Aufmerksamkeit gewidmet wie jenem der Körpergröße. Die österreichische Heeresergänzungsstatistik hat den Brustumfang der ärztlich Untersuchten nur für die ersten 8 Jahre ihres Bestandes, für die Jahre 1870 bis 1877, dargestellt. Immerhin geben uns auch schon diese wenigen Zahlen recht deutliche Hinweise über die Bedeutung des Wachstumes der Rekruten und die Entwicklung der körperlichen Tüchtigkeit in Österreich überhaupt.

Übersicht 41.

Es betrug in Österreich

	die mittlere Körpergröße [2]) der ärztlich Untersuchten der ersten drei Altersklassen	der mittlere Brustumfang [2]) der ärztlich Untersuchten der ersten drei Altersklassen
im Jahre 1870	163,56	83,75 cm
„ „ 1871	163,59	83,37 „
„ „ 1872	163,83	83,09 „
„ „ 1873	163,87	82,39 „
„ „ 1874	164,12	82,34 „
„ „ 1875	164,34	82,73 „
„ „ 1876	164,34	81,93 „
„ „ 1877	164,39	81,47 „

[1]) Die Zahlen vor 1889 sind nicht vergleichbar, da vor diesem Jahre die Stellungspflicht mit dem 20. Jahre begann und die Größenzahlen nur für die Summe aller 3 (4) Jahrgänge ausgewiesen sind. Auch das Jahr 1889 eignet sich deshalb weniger zum Vergleiche, weil in diesem Jahre der erste Jahrgang bereits einmal durchgemustert war.

Die Größenzahlen sind darum in Übersicht 16 aufgenommen worden, weil es galt, die von Fechner (a. a. O. S. 380) an belgischen und Leipziger Rekruten beobachteten Jahresschwankungen der Körpergröße mit den Tauglichkeitsschwankungen in Beziehung zu bringen. Wir haben indessen, wie Fechner zwischen Körpergröße und Getreidepreisen des Geburtsjahres, so zwischen Körpergröße und Tauglichkeit keine Beziehung finden können.

[2]) Zentralwerte.

Die beiden Reihen zeigen eine deutlich ausgeprägte Richtung. Die Körpergröße hat in der betrachteten Zeit nahezu regelmäßig von Jahr zu Jahr zugenommen, der Brustumfang mit einer einzigen Störung regelmäßig abgenommen. Dies tritt auch in folgenden Zahlen hervor, die den Zusammenhang zwischen Körpergröße und Brustumfang ausdrücken.

Übersicht 42.

Von je 1000 ärztlich Untersuchten der ersten 3 Altersklassen, welche die als Mindestmaß vorgeschriebene Körpergröße von 155,4 cm erreichten, hatten den Brustumfang:

	unter der Hälfte der Körpergröße	in der Hälfte der Körpergröße	über der Hälfte der Körpergröße
1870	336	621	443
1871	346	236	418
1872	369	235	396
1873	422	236	342
1874	432	239	329
1875	405	239	356
1876	467	193	340
1877	506	196	298

Es sind also nach diesen Zahlen schon in den beobachteten 8 Jahren die Fälle, in denen der Brustumfang weniger als die Hälfte der Körpergröße betrug, von 336 Prom. der Untersuchten auf 506 Prom. oder um ungefähr die Hälfte gestiegen, die Fälle, in denen der Brustumfang die Hälfte der Körpergröße übertraf, dagegen von 443 auf 298 oder um $^1/_3$ gesunken. Es drückt sich also auch in diesen Zahlen aus, wie sehr die körperliche Tüchtigkeit schon in der kurzen betrachteten Zeit zurückgegangen ist. Für uns hat dieses Ergebnis noch eine zweite Bedeutung; weist es uns doch daraufhin, daß die ungünstige Entwicklung der Tauglichkeit, die wir mit Sicherheit für die Zeit von 1889 bis 1911 feststellen konnten, auch schon in den 70er Jahren in Kraft stand.

2. Die Ursachen des Wachstums in Österreich. Wir werden die Ursachen des Wachstums in Österreich am leichtesten erfassen können, wenn wir von den bestehenden Verschiedenheiten ausgehen und uns dann fragen, inwieweit wir es mit einem allgemeinen, gleichmäßigen Wachstum oder nur mit Kräfteverschiebungen unter den einzelnen Gruppen zu tun haben.

Die hervorstechendste Größenverschiedenheit ist hervorgerufen durch die Stammesunterschiede.

Übersicht 43.

Die mittlere Größe betrug:

	im Durchschnitte 1870/73 [1])	1913 [2])
bei den Serbokroaten	167,2—170,0	170,952 cm
„ „ Slowenen	165,8—167,3	168,264 „
„ „ Tschechen	163,2—165,9	167,964 „
„ „ Deutschen	163,2—167,3	166,866 „
„ „ Italienern	— [3])	165,799 „
„ „ Polen	159,3—162,0	165,558 „
„ „ Ukrainern [4])	160,6—162,0	165,530 „

Wenn wir zunächst die im Jahre 1913 festgestellten Größenverhältnisse der Völker Österreichs betrachten, so finden wir zwischen dem kleinstgewachsenen Volke, den Ukrainern und dem größten, den Serbokroaten einen Unterschied von über 5 cm. Die Deutschen hielten sich in der Mitte zwischen beiden, übertrafen an Größe die Italiener, Polen und Ukrainer, waren dagegen kleiner als die Serbokroaten, Slowenen und Tschechen.

Ein Vergleich mit den beigefügten Zahlen für den Durchschnitt 1870 bis 1873 ist dadurch erschwert, daß diese Zahlen nur Rahmenzahlen sind. Immerhin entnehmen wir ihnen, daß an dem Wachstume in Österreich alle Volksstämme beteiligt waren. Das Größerwerden ist also nicht etwa auf das Wachsen eines oder einzelner Völker zurückzuführen, sondern ist eine allen Völkern gemeinsame Erscheinung.[5]) Es bleibt uns daher zu ihrer Erklärung nichts übrig, als unsere Blicke wiederum auf die sozialen Unterschiede zu lenken. Es ist seit den Untersuchungen von Livi, Ammon, Rosenfeld und anderen eine erwiesene Tatsache, daß Stadtleben und Beruf auf das Wachstum einen großen Einfluß nehmen. Die Stellungspflichtigen städtischer Herkunft zeigten eine bessere Wachstumsentwicklung als die ländlicher, ebenso wie die gemessenen Studenten die Angehörigen „anderer Berufe" und mehr noch die Landwirte an Größe übertrafen.[6])

[1]) Nach Dr. V. Göhlert, angeführt in der Statistischen Monatsschrift, VIII. Jahrg., 1882, S. 38.

[2]) Berechnet nach einem handschriftlichen Material des ehemaligen technischen Militärkomitees.

[3]) In der Quelle nicht ausgewiesen.

[4]) Nur überwiegend ruthenische Bezirke.

[5]) Auch kann es nicht mit einer stärkeren Vermehrung der großgewachsenen Volksstämme erklärt werden, was schon mit der Allgemeinheit des Wachstums, aber auch mit den im alten Österreich herrschenden Vermehrungsverhältnissen und ihrer Bedeutung für die Gesamtvermehrung in Widerspruch stünde.

[6]) Vgl. auch R. Martin, Lehrbuch d. Anthropologie, Fischer, Jena 1914, S. 225.

Wenn wir die reindeutschen Ergänzungsbezirke Österreichs in dieser Richtung betrachten, so finden wir im Jahre 1913 folgende Zusammenhänge zwischen Körpergröße, städtischem und landwirtschaftlichem Anteile.

Übersicht 44.

Ergänzungsbezirk	städt. Anteil in Proz.	landwirtsch. Anteil in Proz.	durchschnittl. Körpergröße in cm
Wien A	100,0	1,2	167,149
Graz	21,0	52,2	167,206
Innsbruck	12,6	51,6	168,332
Linz	11,5	63,2	166,217
Eger	9,7	32,0	167,404
Salzburg	7,6	62,4	167,215
Wien B	3,7	50,1	166,839
St. Pölten	3,6	64,7	165,131

Beim ersten Zusehen scheint die vorstehende Zusammenstellung keine Spur von dem anderwärts gefundenen Zusammenhange aufzuweisen. Bei näherer Untersuchung ergibt sich aber, daß die Störungen der erwarteten Regelmäßigkeit nur von geographisch getrennten und stammesmäßig verschiedenen Bezirken ausgehen. Es ergeben sich hierbei, ebenso wie in Übersicht 17 bei den Tauglichkeitszahlen, deutlich 4 Gruppen: Die niederösterreichische Gruppe Wien A, Wien B und St. Pölten, die westalpenländische Gruppe Innsbruck, Salzburg und Linz, die ostalpenländische Gruppe, vertreten hier nur durch Graz, und die Sudetengruppe, vertreten hier nur durch Eger. Innerhalb der ersten beiden Gruppen, die für einen Vergleich allein in Betracht kommen, finden wir die Reihenfolge nach dem landwirtschaftlichen Charakter durchaus. die nach dem städtischen in 5 von 6 Fällen eingehalten. Denn es stufen sich bei der ersten Gruppe die Körpergrößen ab: Wien A, Wien B und St. Pölten, bei der zweiten: Innsbruck, Salzburg und Linz (letztere durchaus entsprechend dem landwirtschaftlichen Anteile, dagegen unter Verletzung des städtischen Anteiles bei den Bezirken Linz und Salzburg). In ähnlicher Weise finden wir die industriellen und städtischen Bezirke Pilsen und Prag an der Spitze der tschechischen, Lemberg an der der polnischen, Budapest an der der ungarischen Bezirke usw.[1])

Der Einfluß des städtischen und industriellen Charakters der Ergänzungsbezirke auf das Wachstum erscheint daher auch in den österreichischen Zahlen auf das Deutlichste ausgeprägt. Befördert aber das städtische Leben das Wachstum der Jugend, und hält es die landwirtschaftliche Berufszugehörigkeit zurück, dann ist es keine überraschende Erscheinung, wenn wir bei der beständigen Zunahme der Städte und der verhältnismäßigen Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung von Jahr zu Jahr eine höhere

[1]) Eine genauere Untersuchung und Darstellung der Größenverhältnisse im alten Österreich-Ungarn und der hierbei mitspielenden Ursachen wird einer eigenen Abhandlung vorbehalten.

Körpergröße bei den ärztlich untersuchten Wehrpflichtigen vorfinden. So erklärt sich die Zunahme der durchschnittlichen Körpergröße als eine Begleiterscheinung jener ersteren Kulturentwicklung, die wir als schädlich für die körperliche Tüchtigkeit der Bevölkerung erkannt haben. Auch das Wachstum trägt die Spuren dieser ungünstigen Einwirkung an sich, ja es erscheint geradezu als wichtigste Ursache der wachsenden Untauglichkeit. Denn die Zunahme der Körpergröße bei gleichzeitiger Abnahme des Brustumfanges in den städtischen und schwach landwirtschaftlichen Gebieten ist nichts anderes als das zunehmende Gebrechen der Körperschwäche, das den Hauptgrund der Tauglichkeitsabnahme bildet und welchen wir vornehmlich in Städten und schwach landwirtschaftlichen Gebieten angetroffen haben. So zeigen uns besonders deutlich die Zahlen dieses Abschnittes, welchen Weg unsere körperliche Tüchtigkeit unter dem Einflusse der städtisch-industriellen Kulturentwicklung geht. Es ist nicht das Wachsen zu höherer, harmonischer Kraftentfaltung, es ist ein treibhausartiges, ungesundes Emporschießen zu einem matten Körper, zu einem blassen, blutleeren Wesen.[1])

VII. Zusammenfassung und Schluß.

Der Kreis der Ergebnisse, die wir aus der österreichischen Heeresergänzungsstatistik für die Beurteilung der Entwicklung der körperlichen Tüchtigkeit in Österreich in den letzten 40 Jahren vor dem Kriege heranziehen konnten, ist nun gezogen. Wir sehen uns einem geschlossenen Ringe von Tatsachen gegenüber, die alle nach dem einen Mittelpunkte hinweisen, dem Rückgange der körperlichen Tüchtigkeit in dieser Zeit.

Die im allgemeinen sinkenden Tauglichkeitszahlen allein hätten in ihren schwankenden, vielfach von äußeren Ursachen beeinflußten Bewegungen noch keinen genügenden Beweis für den Rückgang der körperlichen Tüchtigkeit geliefert.

Von Wert, aber auch an und für sich noch nicht beweiskräftig genug, war das Hinzukommen der von Jahr zu Jahr steigenden Ausscheidungszahlen durch Überprüfung: daß nämlich im Laufe der Zeit die Zahl derjenigen, die bis zum Ende des Aus-

---

[1]) Im wesentlichen zu ähnlichen Schlüssen gelangt auch Meinshausen, a. a. O. und in diesem Archiv, 14. Bd. 1. Heft.

hebungsjahres wieder entlassen werden mußten, bis auf ein Zehntel der Ausgehobenen gestiegen ist.

Einen vollen, einwandfreien Beweis bot aber die örtliche Verteilung der Tauglichkeit nach Nationalitäten, Stadt und Land und der Berufsgliederung der Bevölkerung. So wie sich in Österreich die Geburtenhäufigkeit von Osten nach Westen und von Südosten nach Nordwesten abstufte, ebenso sank die Zahl der für den Heeresdienst tauglichen Männer. Es war dies aber eine weitaus nicht in den Rasseeigentümlichkeiten allein begründete Gliederung, sondern diese ging aufs engste verbunden einher mit dem Fortschreiten der Völker zu städtischer Siedlung und industriell-händlerischem Wirtschaftsleben. Diese örtlichen Unterschiede bedeuten aber nichts anderes als verschiedene Zeitstufen eines Entwicklungsganges, in dem sich jedes einzelne dieser Völker in mehr oder weniger vorgeschrittenem Grade befand. Und so wie wir örtlich an die höhere Kulturstufe die niedrigere Tauglichkeit gebunden fanden (örtliches Gesetz der Kulturwirkung), so mußten wir mit zwingender Notwendigkeit auch aus dem zeitlichen Fortschreiten zu höherer Kulturstufe einen Rückgang der Tauglichkeit folgern. (Zeitliches Gesetz der Kulturwirkung.)

Nähere Auskunft über die Art des Tauglichkeitsrückganges gab uns die Untersuchung über die zeitliche Entwicklung und die örtliche Lagerung der Gebrechen. Wir fanden in Übereinstimmung mit dem Vorausgehenden als Hauptursache der Untauglichkeit die zunehmende Körperschwäche und inneren Krankheiten in den städtisch-industriellen Gebieten und die offenbar durch die Auslesewirkung der Abwanderung verursachte wachsende geistige Minderwertigkeit auf dem Lande.

Den Schluß macht in einer an Eindringlichkeit kaum zu überbietenden Sprache die Statistik der Körpergröße und des Brustumfanges und des Verhältnisses der beiden zueinander in den für diese Untersuchung leider allein zur Verfügung stehenden 8 Jahren 1870—1877. Wohl wuchs die Durchschnittsgröße der untersuchten Wehrpflichtigen, doch nahm gleichzeitig ihr durchschnittlicher Brustumfang nicht nur nicht zu, sondern sogar ab. Auch dieses ungesunde, treibhausmäßige Wachsen ging auf die städtisch-industrielle Entwicklung zurück; es erklärte die Zunahme der Körperschwäche und der inneren Krankheiten als Ursachen der Untauglichkeit.

Die hier in knappen Zügen gezeigte Entwicklung, wie sie in

dem reichen, hier noch weitaus nicht ausgeschöpften Materiale der Militärstatistischen Jahrbücher niedergelegt ist, hat sich unter den Augen der österreichisch-ungarischen Heeresverwaltung vollzogen, ohne ihr aber mangels einer fachgemäßen Aufarbeitung des Materials zur Kenntnis zu gelangen. In Verbindung mit der im ersten Teile der Arbeit niedergelegten Feststellung, daß das auf der Heimatzugehörigkeit beruhende Wehrsystem der österr.-ung. Monarchie sich offenkundig nicht bewährt hat und mangels der Möglichkeit einer richtigen Führung von Stellungslisten einer wachsenden Zahl von Stellungsflüchtigen Vorschub leistete, hätte die Tatsache der fortschreitenden Untüchtigkeit der Bevölkerung der Heeresverwaltung die ernstesten Bedenken nahelegen müssen. Wir behaupten nicht zu viel, wenn wir sagen, daß in diesen Tatsachen die ungeheuren Ersatznöte Österreichs im Weltkriege vorausgesagt sind, die es zur Heranziehung der 55 jährigen zwangen und so den wirtschaftlichen und seelischen Zusammenbruch des Hinterlandes vorbereiteten. Eine richtige Einschätzung seiner schon in dieser Richtung liegenden Schwäche hätte Österreich-Ungarn verhindern müssen, in der gegebenen politischen Zusammensetzung den verhängnisvollen Krieg zu beginnen.

Die Tragweite des Rückganges der körperlichen Tüchtigkeit ist aber mit der Feststellung dieser militärischen und politischen Wirkungen noch weitaus nicht erschöpft; denn es scheint hier nicht nur der unglückliche Ausgang eines in seinen Folgen vergänglichen geschichtlichen Ereignisses bestimmt, sondern das Gesamtwohl des Volkes in seinem zeitlichen Bestande bedroht. Legt doch die festgestellte Verminderung der körperlichen Tüchtigkeit die viel erörterte Besorgnis eines vorhandenen Entartungsvorganges nahe, wie ihn manche Rassehygieniker aus verschiedenen Gründen annehmen zu müssen glauben. Ammon sieht die Gefahr in der oben erörterten Auslesewirkung der Städte, Schallmeyer in der geringen Vermehrung der höheren gegenüber der niederen Schichten usw. A. Forel sagt: „Entartet sind wir und zwar bedenklich“.[1])

Demgegenüber behauptet sich allerdings eine optimistische Richtung, die sich bemüht, die für einen Entartungsvorgang ins Treffen geführten Gründe zu entkräften. Ihr gehört unter anderen F. Prinzing an, der in seinem Handbuche der medizinischen Statistik der Entartungsfrage einen eigenen Abschnitt widmet. (S. 251 u. ff.) Prinzing bestreitet das Vorhandensein eines Entartungs-

---

[1]) Angeführt bei Schallmeyer a. a. O. S. 105.

vorganges in der heutigen Kulturwelt und wendet sich insbesondere dagegen, daß aus den Zahlen für wenige Jahrzehnte auf Rasseentwicklungen geschlossen werde, die sich in jahrhundertelangen Zeiträumen vollziehen.

Unser Nachweis des Rückganges der körperlichen Tüchtigkeit der Bevölkerung Österreichs bezieht sich auf einen nur 40jährigen Zeitraum, soweit nämlich die Zahlen der Tauglichkeitsstatistik zur Verfügung stehen. Die nachgewiesenen schädigenden Ursachen dagegen, die Zunahme der städtischen und Abnahme der Landwirtschaftlichen Bevölkerung, haben in den europäischen Kulturstaaten, je nach der Entwicklungsstufe früher oder später einsetzend, schon vor der betrachteten Zeit gewirkt und werden wahrscheinlich auch nach dem Kriege wieder wirken. Wir finden also nur die Nachweismöglichkeit der schädlichen Wirkungen auf vier Jahrzehnte eingeschränkt, nicht aber die Wirkungsdauer der Ursachen und damit auch nicht den naheliegenden Schluß auf die schädigende Wirkung während dieser ganzen Zeit. Welche Folgerungen sich aus dieser Dauerwirkung für die Erbmasse der Bevölkerung ergeben und ob die nachgewiesene Zunahme der Körperschwäche und der inneren Krankheiten in den städtischen und industriellen Mittelpunkten und der geistigen Minderwertigkeit auf dem Lande genügen, um einen Entartungsvorgang anzunehmen, darüber muß den Biologen das letzte Wort vorbehalten bleiben. Wir können uns hier darauf beschränken, festzustellen, daß die beobachtete Entwicklung auf jeden Fall bedenklich ist und die größte Aufmerksamkeit der berufenen Organe erfordert.

In diesen Entwicklungsgang ist der Weltkrieg mit seinen vielfachen unbestrittenen Rasseschädigungen hereingebrochen. Die Todesauslese der Besten, die verheerenden Wirkungen von Überanstrengungen, Hunger und Not bei den Überlebenden, das Umsichgreifen der Geschlechtskrankheiten, der ungeheure Geburtenausfall und vieles andere wäre geeignet gewesen, die Rassetüchtigkeit auch in einer aufsteigenden Entwicklung auf Jahrzehnte zurückzuwerfen. In der niedergehenden Entwicklung, in der wir uns befunden haben, erscheinen diese Kriegswirkungen als doppelt bedrohlich.

Haben wir oben bei den Tauglichkeitsverhältnissen die Deutschen in Österreich an letzter Stelle gefunden, so stehen sie bei den Kriegsverlusten an erster: die Rasseschäden des Krieges haben dasjenige Volk in Österreich am schwersten getroffen, das in seiner körperlichen Tüchtigkeit schon im Frieden am tiefsten stand. Und

ähnlich schwer dürfte das ganze deutsche Volk durch den Krieg gelitten haben.

Angesichts dieses Standes der Dinge erscheint es für uns als eine Lebensfrage, welche Stellung wir zu den schädigenden Grundlagen unserer Entwicklung nehmen. Es treten uns die beiden Fragen entgegen: Stadt oder Land? und „industrielle oder landwirtschaftliche Einstellung unserer Wirtschaftspolitik?“

Die erstere Frage wird — wenigstens theoretisch — ziemlich einmütig zugunsten des Landes beantwortet. Es macht sich eine starke Werbetätigkeit zugunsten der Verlegung der Industrien von den Städten auf das Land geltend, die in ihrer Verwirklichung tatsächlich zu einem teilweisen Abbaue des Stadtlebens führen müßten. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Standortsfrage der Industrien zum größeren Teile eine Frage der Verkehrsmöglichkeiten ist und daß die Städte als Verkehrsknotenpunkte immer eine bevorzugte Stellung einnehmen werden. Ferner ist zu bedenken, daß der Handel immer an die städtischen Mittelpunkte gebunden bleiben wird. Es darf daher dieser theoretischen Bewegung keine allzugroße Bedeutung beigemessen werden. Die heute herrschenden Versorgungsschwierigkeiten der Städte sind wohl geeignet, ihr Wachstum zeitweilig zu hemmen, doch darf man sich darüber keinem Zweifel hingeben, daß der starke, vor dem Kriege in der ganzen Kulturwelt beobachtete Zug vom Lande in die Städte auch in der Zukunft nach Rückkehr normaler Verhältnisse wieder einsetzen wird.

Die zweite Frage, industrielle oder landwirtschaftliche Einstellung der Wirtschaftspolitik, ist nichts anderes als der bereits oben auf S. 311 erwähnte Streit Brentano-Sering, der vor dem Kriege in Deutschland entbrannte, ohne zu einer Entscheidung zu kommen.

Wenn wir dazu, ohne die schwierige und verwickelte Frage bei weitem ausschöpfen zu wollen, Stellung nehmen dürfen, so möchten wir glauben, daß der Streit der beiden Gelehrten letzten Endes auf einen sozial-philosophischen Weltanschauungsunterschied zurückführt, nämlich auf die verschiedene Beantwortung der Frage: welche sind die Grenzen des Sichauslebendürfens eines Kulturvolkes, damit es seine geschichtliche Sendung erfülle? Ist es nach Brentano die größtmögliche Bevölkerungs- und Machtentfaltung des Ganzen, selbst auf die Gefahr der Schädigung der Einzelglieder und der Zukunft oder liegen die Grenzen weiter zurück, bei einem wirtschaftlichen Zustande, bei dem die Bevölkerung ihre volle

körperliche Tüchtigkeit behält, ohne dabei allerdings den Nahrungsspielraum zu voller Entfaltung bringen zu können, so daß ein Teil derselben zur Auswanderung gezwungen wird? Die Antwort ist schwerer zu finden als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Denn die Möglichkeit, den Bevölkerungsüberschuß im Lande zu behalten, ist ebenso bestechend, wie der dadurch hervorgerufene Rückgang der körperlichen Tüchtigkeit bedenklich ist. Dabei scheint der Weg des kulturellen Fortschrittes nur über eine städtisch-industrielle Entwicklung führen zu können. Es wird daher der Kulturpolitiker ebensowenig auf diese Vorbedingungen höherer Kulturentfaltung verzichten wollen, als der Rassehygieniker der ungesunden Treibhausentwicklung des Volkes ruhig zusehen wird, die die lebendigen Quellen der Volkskraft zu verschütten droht. Eine Vereinfachung der Frage scheint allerdings darin zu liegen, daß die wirtschaftliche Entwicklung zum großen Teile dem Zwange der natürlichen Bedingungen und des geschichtlichen Überkommens unterliegt. Es kann daher höchstens Aufgabe der Staatspolitik sein, Auswüchse zu bekämpfen und einen solchen Mittelweg zu finden, bei welchem weder die zahlenmäßige Volksentwicklung und der kulturelle Fortschritt, noch die körperliche Tüchtigkeit Schaden leiden.

Daß ein solcher Weg möglich ist, darüber besteht kein Zweifel. Wenn wir oben der Kürze halber von städtisch-industrieller Einwirkung sprachen, so meinten wir damit nicht eine einheitliche Ursache, die wie ein Verhängnis über diesen Lebensformen schwebt. Denn dieser Einfluß setzt sich zusammen aus den ungünstigen Wohnverhältnissen, aus Ernährungsverhältnissen, aus Berufs- und anderen sozialen Einwirkungen, zum großen Teile aber auch aus der gewählten Art der Vergnügungen (Alkoholismus, geschlechtliche Ausschweifungen usw.). Wir wissen, daß wir diesen Einflüssen nicht ganz wehrlos gegenüberstehen. Eine umstürzende Erneuerung des Wohnwesens, der Ausbau der sozialen Maßnahmen, insbesondere aber eine tiefgreifende körperliche und sittliche Ertüchtigung des Volkes, namentlich der Jugend, erscheinen als die wirksamsten Gegenmittel gegen den bisherigen Niedergang. Wie wenig in der Richtung der körperlichen Ausbildung bisher in Österreich und Deutschland geschehen ist und wie sehr wir hinter anderen Völkern zurückgeblieben sind, zeigt die nachstehende Übersicht über die Erfolge bei den Olympischen Spielen im Jahre 1912:

Übersicht 45.

Olympische Spiele im Jahre 1912 — Erzielte Punkte — und Platzzahl der wettbewerbenden Völker.

Land	Absolute Zahlen		Auf je 10 Mill. Einwohner entfielen	
	Punkte	Plätze	Punkte	Plätze
Schweden	125	59	226	107
Finnland	48	23	154	74
Dänemark	17	10	62	36
Norwegen	10	6	42	25
Südafrika	16	6	27	10
Australien	13	7	23	13
Canada	13	5	18	7
England	76	41	17	9
Griechenland	4	2	15	8
Belgien	11	6	15	8
Vereinigte Staaten	129	62	14	7
Ungarn	18	9	9	4
Frankreich	29	13	7	3
Deutschland	47	24	7	4
Holland	3	3	5	5
Italien	13	6	4	2
Österreich	6	4	2	1
Rußland	5	3	0,4	0,2

Österreich steht in der auf die Bevölkerung bezogenen Zahl der erzielten Punkte an vorletzter, Deutschland an sechstletzter Stelle. Weit voran gehen die Industriestaaten Belgien und England, aber ganz an der Spitze außer Wettbewerb stehen die nordischen Staaten Schweden, Finnland, Dänemark und Norwegen. Wohl handelt es sich hier nur um Gipfelleistungen, die für die Höhe des körperlichen Allgemeindurchschnittes nicht maßgebend sein müssen. Doch geben uns diese Zahlen jedenfalls einen wichtigen Gradmesser für die Aufmerksamkeit, die den körperlichen Übungen in den verschiedenen Staaten zugewendet werden. Das Zusammentreffen eines anderweitig dargelegten körperlichen Niederganges und des Tiefstandes körperlicher Übungen ist jedenfalls eine Mahnung, die nicht übersehen werden darf.

Alle Maßnahmen, so wichtig und nützlich jede für sich sein mag, erscheinen jedoch nur halb und matt, wenn nicht die *erste und wichtigste Voraussetzung* erfüllt wird: *eine Volksseele, die bei aller Empfänglichkeit für die Segnungen der neuzeitlichen Kultur nicht ihren Giften zum Opfer wird.* Sind wir noch imstande, ein frisches, ursprüng-

liches Volk zu bleiben, oder sind wir unrettbar dem Krämergeiste der neuen Zeit, der niedrigen Selbst- und Vergnügungssucht und damit dem Untergange verfallen?

Die Frage des körperlichen und Rassebestandes erscheint uns also in der Hauptsache als eine Frage der Erziehung des ganzen Volkes zu einer neuen, verinnerlichten Weltanschauung. In unserer heutigen Verfassung, angenagt an Leib und Seele, gleiten wir ohne Zweifel dem Abgrunde entgegen. Haben wir aber die Kraft, uns an den wachsenden Verführungen der materiellen Umgebung vorbei in das Reich der hohen Ideale zurückzuretten und unserem Volke ein starkes, tatenfrohes, von keiner selbstsüchtigen Bedenklichkeit angekränkeltes Geschlecht heranzuziehen, dann wird sich auch unsere Zukunft aus der trüben Gegenwart zu neuem Glanze erheben.

Anhang.

Tafel I.

Die Stellungspflichtigen und die zur Stellung Erschienenen in Österreich, Ungarn und Bosnien und Herzegowina in den Jahren 1870—1912.

Jahr (1. Altersjahrgang [1])	In den Stellungslisten verzeichnete Stellungspflichtige		Von den Stellungspflichtigen der 1. Altersklasse sind		Von je 100		
					Stellungspflichtigen	Erschienenen	Stellungspflichtigen der 1. Altersklasse sind bei der Stellung nicht erschienen
	der ersten drei [1]) Altersjahrgänge	des ersten Altersjahrganges	erschienen	nicht erschienen	der 1. Altersklasse der Gesamtmonarchie entfielen auf das betrachtete Staatsgebiet		
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
			1. Österreich.				
1912 (1891)	593 520	268 608	228 437	40 171	55,6	55,6	15,0
1911 (1890)	572 715	249 295	207 971	41 324	58,0	58,1	16,6
1910 (1889)	578 354	256 520	217 821	38 699	56,3	59,3	15,1
1909 (1888)	585 952	254 416	215 467	38 949	56,3	56,6	13,5
1908 (1887)	578 041	255 753	215 458	40 295	56,3	56,3	15,8
1907 (1886)	563 018	248 014	216 378	31 636	55,4	56,7	12,8
1906 (1885)	544 460	243 177	214 995	28 182	55,3	58,9	11,6
1905 (1884)	538 901	244 887	219 210	25 677	55,4	59,2	10,5
1904 (1883)	526 497	242 282	217 114	25 168	55,1	56,0	10,4
1903 (1882)	514 636	243 219	220 639	22 580	56,3	59,1	9,3
1902 (1881)	507 336	232 551	214 248	18 303	56,3	56,7	7,9
1901 (1880)	504 329	230 047	211 570	18 477	57,0	57,0	8,0
1900 (1879)	504 287	240 164	222 166	17 998	57,2	57,2	7,5
1899 (1878)	500 416	231 870	216 775	15 095	58,0	58,3	6,5
1898 (1877)	506 653	228 427	213 741	14 686	58,2	58,3	6,4
1897 (1876)	524 590	231 154	215 259	15 895	57,2	57,3	6,9
1896 (1875)	525 616	229 476	215 485	13 991	57,2	57,7	6,1
1895 (1874)	509 294	225 271	211 903	13 368	59,2	59,6	5,9
1894 (1873)	497 755	218 871	205 915	12 956	60,0	60,6	5,9
1893 (1872)	494 054	205 720	193 546	12 174	60,4	61,0	5,9
1892 (1871)	496 174	206 799	194 437	12 362	59,5	60,0	6,0
1891 (1870)	478 646	210 351	197 009	13 342	58,8	59,2	6,3
1890 (1869)	460 362	213 189	200 871	12 318	58,1	58,5	5,8
1889 (1868)	406 703	169 368	159 338	10 030	56,4	57,1	5,9
1888 (1868)	522 688	207 065	198 423	8 642	56,6	57,5	4,2
1887 (1867)	516 801	204 582	196 204	8 378	57,7	58,6	4,1
1886 (1866)	538 403	203 122	191 185	11 937	56,3	57,6	5,9
1885 (1865)	515 167	201 831	188 220	13 611	55,5	56,7	6,7
1884 (1864)	514 572	211 305	197 752	13 553	56,7	58,2	6,4
1883 (1863)	518 058	209 083	195 546	13 537	56,0	57,6	6,5

[1]) Für die Jahre 1883—1888 teilweise vier.

Jahr (1. Altersjahrgang)	In den Stellungslisten verzeichnete Stellungspflichtige: der ersten drei Altersjahrgänge	des ersten Altersjahrganges	Von den Stellungspflichtigen der 1. Altersklasse sind: erschienen	nicht erschienen	Von je 100 Stellungspflichtigen	Von je 100 Erschienenen (der 1. Altersklasse der Gesamtmonarchie entfielen auf das betrachtete Staatsgebiet)	Stellungspflichtigen der 1. Altersklasse sind bei der Stellung nicht erschienen
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
1882 (1862)	465 143	198 658	174 805	23 853	56,3	57,9	12,0
1881 (1861)	473 631	194 944	170 640	24 304	57,0	58,6	12,5
1880 (1860)	481 599	197 739	173 449	24 290	56,6	58,3	12,3
1879 (1859)	490 451	212 800	184 723	28 077	56,4	58,0	13,2
1878 (1858)	468 251	205 729	178 220	27 509	56,6	58,1	13,4
1877 (1857)	440 013	208 619	179 104	29 515	55,7	57,1	14,1
1876 (1856)	408 781	189 745	162 009	27 736	55,6	57,2	14,6
1875 (1855)	398 363	168 204	142 096	26 108	53,7	55,6	15,5
1874 (1854)	405 468	175 918	145 010	30 908	55,6	57,3	12,1
1873 (1853)	406 130	187 452	153 348	34 104	55,5	58,4	18,2
1872 (1852)	400 594	180 369	144 562	35 807	53,1	55,8	19,9
1871 (1851)	408 721	190 409	150 376	40 033	56,7	59,1	21,0
1870 (1850)	406 996	188 297	145 761	42 536	56,8	59,9	22,6
2. Ungarn.							
1912 (1891)	429 855	196 633	165 629	31 004	40,7	40,3	15,8
1911 (1890)	434 349	180 642	149 838	30 804	42,0	41,9	17,1
1910 (1889)	444 453	199 208	149 766	49 442	43,7	40,7	24,8
1909 (1888)	446 644	197 491	165 308	32 183	43,7	43,4	16,3
1908 (1887)	445 973	198 518	166 939	31 579	43,7	43,7	15,9
1907 (1886)	446 048	199 284	165 005	34 279	44,6	43,3	17,2
1906 (1885)	435 361	196 778	149 867	46 911	44,7	41,1	23,8
1905 (1884)	429 067	197 166	151 174	45 992	44,6	40,8	23,3
1904 (1883)	408 562	197 623	170 783	26 840	44,9	44,0	13,6
1903 (1882)	377 830	188 512	152 691	35 821	43,7	40,9	19,0
1902 (1881)	365 378	180 341	163 623	16 718	43,7	43,3	9,3
1901 (1880)	356 295	173 450	159 497	13 953	43,0	43,0	8,0
1900 (1879)	356 515	179 982	166 310	13 672	42,8	42,8	7,6
1899 (1878)	349 098	167 581	155 072	12 509	42,0	41,7	7,5
1898 (1877)	350 120	164 398	152 615	11 783	41,8	41,7	7,2
1897 (1876)	360 200	172 695	160 224	12 471	42,8	42,7	7,2
1896 (1875)	345 468	171 661	158 257	13 404	42,8	42,3	7,8
1895 (1874)	320 486	155 510	143 697	11 813	40,8	40,4	7,6
1894 (1873)	319 003	146 048	134 100	11 948	40,0	39,4	8,2
1893 (1872)	318 980	134 948	123 727	11 221	39,6	39,0	8,3
1892 (1871)	335 939	140 968	129 602	11 366	40,5	40,0	8,1
1891 (1870)	351 744	147 442	135 931	11 511	41,2	40,8	7,8
1890 (1869)	347 662	153 987	142 676	11 311	41,9	41,5	7,3
1889 (1868)	327 488	131 061	119 763	11 298	43,6	42,9	8,6
1888 (1868)	435 321	158 522	146 951	11 571	43,4	42,5	7,3
1887 (1867)	413 616	150 179	138 854	11 325	42,3	41,4	7,5
1886 (1866)	429 952	157 374	140 780	16 594	43,7	42,4	10,5
1885 (1865)	403 092	161 552	143 656	17 896	44,5	43,3	11,1
1884 (1864)	377 049	161 375	142 063	19 312	43,3	41,8	12,0
1883 (1863)	382 097	164 051	144 168	19 883	44,0	42,4	12,1

Jahr (1. Altersjahrgang)	In den Stellungslisten verzeichnete Stellungspflichtige		Von den Stellungspflichtigen der 1. Altersklasse sind		Von je 100		
	der ersten drei Altersjahrgänge	des ersten Altersjahrganges	erschienen	nicht erschienen	Stellungspflichtigen	Erschienenen	Stellungspflichtigen der 1. Altersklasse sind bei der Stellung nicht erschienen
					der 1. Altersklasse der Gesamtmonarchie entfielen auf das betrachtete Staatsgebiet		
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
1882 (1862)	365 760	153 998	127 107	26 891	43,7	42,1	17,5
1881 (1861)	368 611	146 760	120 506	26 254	43,0	41,4	17,9
1880 (1860)	376 011	151 637	124 114	27 523	43,4	41,7	18,2
1879 (1859)	385 262	164 711	133 789	30 922	43,6	42,0	18,8
1878 (1858)	372 901	157 440	128 604	28 836	43,4	41,9	18,3
1877 (1857)	362 504	165 692	134 532	31 160	44,3	42,9	18,8
1876 (1856)	338 781	151 331	121 192	30 139	44,4	42,8	19,9
1875 (1855)	330 955	144 899	113 482	31 417	46,3	44,4	21,7
1874 (1854)	321 135	140 410	108 106	32 304	44,4	42,7	23,0
1873 (1853)	316 603	150 627	109 111	41 516	44,5	41,6	21,4
1872 (1852)	311 495	159 572	114 385	45 187	46,9	44,2	28,3
1871 (1851)	292 787	145 650	104 095	41 555	43,3	40,9	28,5
1870 (1850)	290 558	143 274	97 702	45 572	43,2	40,1	31,8
3. Bosnien und Herzegovina.							
1912 (1891)	47 476	18 019	16 552	1 468	3,7	4,1	8,1
4. Die österr.-ungarische Monarchie.							
1912 (1891)	1 070 851	483 260	410 618	72 642	100,0	100,0	15,0
1911 (1890)	1 007 064	429 937	357 809	72 128	100,0	100,0	16,8
1910 (1889)	1 022 807	455 728	367 587	88 141	100,0	100,0	19,3
1909 (1888)	1 032 596	451 907	380 775	71 132	100,0	100,0	15,7
1908 (1887)	1 024 014	454 271	382 397	71 874	100,0	100,0	15,8
1907 (1886)	1 009 066	447 298	381 383	65 915	100,0	100,0	14,7
1906 (1885)	979 821	439 955	364 862	75 093	100,0	100,0	17,0
1905 (1884)	967 968	442 053	370 384	71 669	100,0	100,0	16,2
1904 (1883)	935 059	439 905	387 897	52 008	100,0	100,0	11,8
1903 (1882)	892 466	431 731	373 330	58 401	100,0	100,0	13,5
1902 (1881)	872 714	412 892	377 871	35 021	100,0	100,0	8,5
1901 (1880)	860 624	403 497	371 067	32 430	100,0	100,0	8,0
1900 (1879)	860 802	420 146	388 476	31 670	100,0	100,0	7,5
1899 (1878)	849 514	399 451	371 847	27 604	100,0	100,0	6,9
1898 (1877)	856 773	392 825	366 356	26 469	100,0	100,0	6,7
1897 (1876)	884 790	403 849	375 483	28 366	100,0	100,0	7,0
1896 (1875)	871 102	401 137	373 742	27 395	100,0	100,0	6,8
1895 (1874)	829 780	380 781	355 600	25 181	100,0	100,0	6,6
1894 (1873)	816 758	364 919	340 015	24 904	100,0	100,0	6,8
1893 (1872)	813 034	340 668	317 273	23 395	100,0	100,0	6,9
1892 (1871)	832 113	347 767	324 039	23 728	100,0	100,0	6,8
1891 (1870)	830 390	357 793	332 940	24 853	100,0	100,0	6,9
1890 (1869)	808 024	367 176	343 547	23 629	100,0	100,0	6,4
1889 (1868)	734 191	300 429	279 101	21 328	100,0	100,0	7,1

Jahr (1. Altersjahrgang)	In den Stellungslisten verzeichnete Stellungspflichtige		Von den Stellungspflichtigen der 1. Altersklasse sind		Von je 100		
	der ersten drei Altersjahrgänge	des ersten Altersjahrganges	erschienen	nicht erschienen	Stellungspflichtigen	Erschienenen	Stellungspflichtigen der 1. Altersklasse sind bei der Stellung nicht erschienen
					der 1. Altersklasse der Gesamtmonarchie entfielen auf das betrachtete Staatsgebiet		
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
1888 (1868)	958 009	365 587	345 374	20 213	100,0	100,0	5,5
1887 (1867)	930 417	354 761	335 058	19 703	100,0	100,0	5,6
1886 (1866)	968 355	360 496	331 965	28 531	100,0	100,0	7,9
1885 (1865)	918 259	363 383	331 876	31 507	100,0	100,0	8,7
1884 (1864)	891 621	372 680	339 815	32 865	100,0	100,0	8,8
1883 (1863)	900 155	373 134	339 714	33 420	100,0	100,0	9,0
1882 (1862)	830 903	352 656	301 912	50 744	100,0	100,0	14,4
1881 (1861)	842 242	341 704	291 146	50 558	100,0	100,0	14,8
1880 (1860)	857 610	349 376	297 563	51 813	100,0	100,0	14,8
1879 (1859)	875 713	377 511	318 512	58 999	100,0	100,0	15,6
1878 (1858)	841 152	363 169	306 824	56 345	100,0	100,0	15,5
1877 (1857)	802 517	374 311	313 636	60 675	100,0	100,0	16,2
1876 (1856)	747 562	341 076	283 201	57 875	100,0	100,0	17,0
1875 (1855)	729 318	313 103	255 578	57 525	100 0	100,0	18,3
1874 (1854)	726 603	316 328	253 116	63 212	100,0	100,0	22,5
1873 (1853)	722 733	338 079	262 459	75 620	100,0	100,0	22,4
1872 (1852)	712 089	339 941	258 947	80 994	100,0	100,0	23,8
1871 (1851)	701 508	336 059	254 471	81 588	100,0	100,0	24,3
1870 (1850)	697 554	331 571	243 463	88 108	100,0	100,0	26,6

Tafel II.

Das Aushebungsergebnis in Österreich-Ungarn in den Jahren 1870—1912.

Aushebungsjahr (1. Altersjahrgang)	Von sämtlichen zur Stellung Erschienenen wurden: tauglich befunden: auf das Rekrutenkontingent	tauglich befunden: in die Ersatzreserve	tauglich befunden: Sonstige	tauglich befunden: Überhaupt (Summe von 2—4)	Als waffenunfähig befunden	Als offenkundig oder zu jedem Dienste untaugl. gelöscht	Nicht im Wege der Stellung ausgehobene Freiwillige: mit der Begünstigung des 1jähr.-Präs.-Dienstes, 2jähr. Präs.-Dienstes i. d. Kr.-Marine	Nicht im Wege der Stellung ausgehobene Freiwillige: Sonstige	Zahl der Ausgehobenen überhaupt (einschließl. der freiwillig Assentierten)	Zahl der endgültig Abgefertigten	Von je 100 endgültig Abgefertigten waren: tauglich	waffenunfähig	untauglich
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1. Österreich.													
1912 (1891)	118 914	22 668	1 048	142 630 [4])	105 798	6 295	3 271 [5])	8 770	154 671	266 764	58,0	39,7	2,3
1911 (1890)	87 342	35 830 [2])	69	123 241	98 227	6 010	1 890	5 502	130 633	234 870	55,6	41,8	2,6
1910 (1889)	89 495	47 687	76	137 258	96 120	6 615	1 952	5 439	144 649	247 384	58,5	38,8	2,7
1909 (1888)	90 405	52 903	110	143 418	98 919	5 915	1 507	4 216	149 141	253 975	58,7	39,0	2,3
1908 (1887)	90 099	34 834	115	125 048	102 273	5 862	1 648	4 588	131 284	239 419	54,8	42,7	2,5
1907 (1886)	87 704	31 435	203	119 342	105 106	5 455	1 499	4 119	124 960	235 521	53,1	44,6	2,3
1906 (1885)	79 826	28 347	178	108 351	108 626	5 659	1 460	4 733	114 544	228 829	50,0	47,5	2,5
1905 (1884)	82 270	36 091	264	118 625	105 782	5 646	1 598	4 837	125 060	236 488	52,9	44,7	2,4
1904 (1883)	81 814	38 194	293	120 301	100 027	5 878	1 471	4 879	126 651	232 556	54,5	43,0	2,5
1903 (1882)	80 323	41 801	358	122 482	97 528	6 493	1 384	4 853	128 719	232 740	55,3	41,9	2,8
1902 (1881)	76 114	47 115	316	123 545	101 345	5 808	1 349	4 759	129 653	236 806	54,8	42,8	2,4
1901 (1880)	76 383	50 809	406	127 598	94 078	5 596	1 277	3 870	132 745	232 419	57,1	40,5	2,4
1900 (1879)	76 123	55 147	365	131 635	90 140	6 158	1 208	3 561	136 404	232 702	58,6	38,7	2,7
1899 (1878)	75 410	60 881	368	136 659	92 779	5 464	1 207	3 509	141 375	239 618	59,0	38,7	2,3
1898 (1877)	74 343	60 731	275	135 349	93 348	5 866	1 334	3 880	140 563	239 777	58,6	38,9	2,5
1897 (1876)	74 182	71 256	217	145 655	89 925	5 761	1 283	3 406	150 344	246 030	61,1	36,6	2,3
1896 (1875)	73 973	53 223	231	127 427	94 620	5 667	1 305	3 231	131 963	232 250	56,8	40,7	2,5
1895 (1874)	73 995	39 228	332	113 555	89 308	5 692	1 416	3 049	118 020	213 020	55,4	41,9	2,7
1894 (1873)	75 768	45 233	449	121 450	83 256	5 624	1 631	2 809	125 890	214 770	58,6	38,8	2,6
1893 (1872)	79 744	33 161	385	113 290	89 227	6 162	1 507	2 668	117 465	212 854	55,2	41,9	2,9
1892 (1871)	71 623	26 420	373	98 416	98 341	6 199	1 883	2 839	103 138	207 678	49,7	47,3	3,0

1891 (1870)	73 443	29 360	294	103 097	75 026	6 277	1 792	2 713	107 602	188 905	57,0	39,7	3,3
1890 (1869)	79 885	36 973	325	117 183	64 794	6 247	1 027	2 747	120 957	191 998	63 0	33,8	3,2
1889 (1868)	58 226	30 904	345	89 475	61 043	3 003	1 963	1 541	92 979	157 025	59,2	38,9	1,9
1888 (1868)	54 991 [1]	5 499 [3]	30 191	90 681	65 224	15 189	— [6]	— [7]	90 681	171 094	53,0	38,1	8,9
1887 (1867)	54 991	5 499	49 700	110 190	49 168	15 417	—	—	110 190	174 775	63,1	28,1	8,8
1886 (1866)	54 991	5 499	47 089	107 579	52 898	34 540	—	—	107 579	195 017	55,2	27,1	17,7
1885 (1865)	54 991	5 499	7 293	67 783	70 533	36 723	—	—	67 783	175 039	38,7	40,3	21,0
1884 (1864)	54 991	5 499	12 250	72 740	55 983	39 233	—	—	72 740	167 956	43,3	33,3	23,4
1883 (1863)	54 991	5 499	19 006	79 496	59 190	43 691	—	—	79 496	182 377	43,6	32,5	23,9
1882 (1862)	54 991	3 215	2 164	60 370	86 649	23 214	—	—	60 370	170 233	35,5	50,9	13,6
1881 (1861)	53 332	3 720	4 830	61 882	91 686	26 356	—	—	61 882	179 924	34,4	51,0	14,6
1880 (1860)	53 332	3 970	2 411	59 713	89 170	28 024	—	—	59 713	176 907	33,8	50,4	15,8
1879 (1859)	53 332	5 202	6 501	65 035	88 832	24 994	—	—	65 035	178 861	36,4	49,7	13,9
1878 (1858)	53 332	4 740	7 842	65 914	76 797	21 978	—	—	65 914	164 689	40,0	46,6	13,4
1877 (1857)	53 332	3 693	5 792	62 817	64 191	24 938	—	—	62 817	151 946	41,3	42,3	16,4
1876 (1856)	53 332	2 906	5 171	61 409	64 274	24 568	—	—	61 409	150 251	40,9	42,8	16,3
1875 (1855)	53 332	3 746	4 466	61 544	64 457	25 322	—	—	61 544	151 323	40,7	42,6	16,7
1874 (1854)	53 332	4 431	1 560	59 323	54 901	27 840	—	—	59 323	142 064	41,8	38,6	19,6
1873 (1853)	54 385	6 459	4 894	65 738	52 124	26 420	—	—	65 738	144 282	45,6	36,1	18,3
1872 (1852)	54 899	9 296	13 810	78 005	44 160	30 650	—	—	78 005	152 815	51,0	28,9	20,1
1871 (1851)	54 660	9 706	16 042	80 408	46 214	30 324	—	—	80 408	156 946	51,2	29,5	19,3
1870 (1850)	54 601	9 420	19 943	83 964	38 404	33 528	—	—	83 964	155 896	53,9	24,6	21,5

1) Für 1870—1888 Rekrutenkontingent an Stelle der für diese Jahre nicht ausgewiesenen Zahl der auf das Rekrutenkontingent Ausgehobenen.

2) Darunter mindertauglich in den ersten drei und höheren Altersklassen: 1911 17 032, 1910 19 799, 1909 21 256, 1908 15 795, 1907 15 271, 1906 14 869, 1905 16 689, 1904 16 326, 1903 16 096, 1902 17 376, 1901 17 174, 1900 20 342, 1899 21 296, 1898 22 592, 1897 25 026, 1896 24 376, 1895 22 004, 1894 22 330, (von hier an bloß in den ersten drei Altersklassen) 1893 20 070, 1892 19 001, 1891 17 841, 1890 20 012, 1889 21 904.

3) Für 1882—1888 Ersatzreservekontingent an Stelle der für dieses Jahr nicht ausgewiesenen Zahl der auf das Ersatzreservekontingent Ausgehobenen. Die Zahlen der für die Jahre 1883—1888 hier enthaltenen bedingt Tauglichen sind nur in der Reichssumme ausgewiesen. (Siehe dort!)

4) Darunter tauglich zu Hilfsdiensten 3 220, davon auf das Rekrutenkontingent 44.

5) Für die Jahre 1889—1912 sind die im Wege der regelmäßigen Stellung ausgehobenen Einjährig-Freiwilligen in den Zahlen der Spalte 2 (und 5) mitenthalten.

6) Für die Zeit von 1870—1888 nicht ausgewiesen, in den Zahlen der Spalte 2 (5) enthalten.

7) Für die Zeit von 1870—1888 nicht ausgewiesen, in Spalte 5 nicht mitenthalten.

Tafel II (Fortsetzung).

Aushebungsjahr (1. Altersjahrgang)	Von sämtlichen zur Stellung Erschienenen wurden: tauglich befunden: auf das Rekrutenkontingent	in die Ersatzreserve	Sonstige	Überhaupt (Summe von 2—4)	Als waffenunfähig befunden	Als offenkundig oder zu jedem Dienste untaugl. gelöscht	Nicht im Wege der Stellung ausgehobene Freiwillige: mit der Begünstigung des 1jähr. Präs.-Dienstes, 2jähr. Präs.-Dienstes i. d. Kr.-Marine	Sonstige	Zahl der Ausgehobenen überhaupt (einschließl. der freiwillig Assentierten)	Zahl der endgültig Abgefertigten	Von je 100 endgültig Abgefertigten waren: tauglich	waffenunfähig	untauglich
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
2. Ungarn.													
1912 (1891)	90 465	22 905	700	114 070 [4])	72 118	3 815	1 431 [5])	5 212	120 713	196 646	61,4	36,7	1,9
1911 (1890)	66 816	42 517 [2])	224	109 557	72 781	3 972	946	3 787	114 290	191 043	59,8	38,1	2,1
1910 (1889)	62 429	35 661	29	98 119	59 344	3 198	1 009	3 358	102 486	165 028	62,1	36,0	1,9
1909 (1888)	65 238	45 244	280	110 762	71 266	4 528	761	2 880	114 403	190 197	60,1	37,5	2,4
1908 (1887)	67 855	39 031	368	107 254	76 976	4 366	836	2 956	111 046	192 388	57,7	40,0	2,3
1907 (1886)	72 989	33 810	349	107 148	73 995	4 217	439	2 519	110 106	188 318	58,5	39,3	2,2
1906 (1885)	59 487	35 693	80	95 260	66 472	3 360	954	1 912	98 126	167 958	58,4	39,6	2,0
1905 (1884)	61 019	37 351	35	98 405	62 824	3 067	2 123	8 412	108 940	174 831	62,3	35,9	1,8
1904 (1883)	60 400	36 724	209	97 333	65 504	3 638	281	1 818	99 432	168 574	59,0	38,8	2,2
1903 (1882)	56 369	33 681	24	90 074	56 481	3 634	2 057	10 456	102 587	162 702	63,1	34,7	2,2
1902 (1881)	63 060	41 650	322	105 032	63 708	3 409	774	3 366	109 172	176 289	61,9	36,2	1,9
1901 (1880)	63 658	43 583	372	107 613	59 707	3 459	695	3 007	111 315	174 481	63,8	34,2	2,0
1900 (1879)	63 874	47 381	327	111 582	57 969	3 804	756	2 995	115 333	177 106	65,1	32,7	2,2
1899 (1878)	63 523	42 740	345	106 658	61 224	3 734	714	2 659	110 031	174 989	62,9	35,0	2,1
1898 (1877)	63 811	38 279	478	102 568	61 735	3 833	646	2 373	105 587	171 155	61,7	36,1	2,2
1897 (1876)	64 249	49 262	393	113 904	55 870	4 100	729	2 297	116 930	176 900	66,1	31,6	2,3
1896 (1875)	66 623	30 103	558	97 284	54 668	3 708	619	2 097	100 000	158 376	63,1	34,5	2,4
1895 (1874)	67 841	18 164	390	86 395	54 592	3 567	737	1 648	88 780	146 939	60,4	37,2	2,4
1894 (1873)	73 413	21 054	794	95 261	53 940	3 117	726	1 463	97 450	154 507	63,1	34,9	2,0
1893 (1872)	63 616	14 194	776	78 586	61 482	3 108	747	1 186	80 519	145 109	55,5	42,4	2,1
1892 (1871)	61 071	15 548	760	77 379	67 654	3 697	766	1 499	79 644	150 995	52,7	44,8	2,5

1891 (1870)	70 126	19 432	1 359	90 917	59 959	3 483	836	1 642	93 395	156 837	59,6	38,2	2,2
1890 (1869)	54 502	20 318	890	75 710	61 066	3 819	526	1 572	77 808	142 693	54,5	42,8	2,7
1889 (1868)	38 425	28 443	758	67 626	55 856	2 080	847	748	69 221	127 157	54,4	43,9	1,7
1888 (1868)	39 552 [1])	3 955 [3])	16 805	60 312	35 639	8 942	— [6])	— [7])	60 312	104 893	57,5	34,0	8,5
1887 (1867)	39 552	3 955	23 183	66 690	25 666	9 777	—	—	66 690	102 133	65,3	25,1	9,6
1886 (1866)	39 552	3 955	26 381	69 888	25 313	23 269	—	—	69 888	118 470	59,0	21,4	19,6
1885 (1865)	39 552	3 955	9 012	52 519	19 885	25 175	—	—	52 519	97 579	53,8	20,4	25,8
1884 (1864)	39 552	3 955	13 808	57 315	58 973	26 002	—	—	57 315	142 290	40,3	41,4	18,3
1883 (1863)	39 552	3 955	26 503	70 010	55 469	25 618	—	—	70 010	151 097	46,3	36,7	17,0
1882 (1862)	39 552	4 031	4 292	47 875	60 568	13 619	—	—	47 875	122 062	39,2	49,6	11,2
1881 (1861)	40 933	4 342	2 639	47 914	64 437	15 411	—	—	47 914	127 762	37,5	50,4	12,1
1880 (1860)	40 933	4 423	7 270	52 626	58 901	14 629	—	—	52 626	126 156	41,7	46,7	11,6
1879 (1859)	40 933	6 375	8 962	56 270	59 437	17 198	—	—	56 270	132 905	42,3	44,7	13,0
1878 (1858)	40 933	6 203	9 268	56 404	52 059	17 018	—	—	56 404	125 481	45,0	41,5	13,5
1877 (1857)	40 933	6 581	5 513	53 027	46 716	19 809	—	—	53 027	119 552	44,3	39,1	16,6
1876 (1856)	40 933	7 121	3 081	51 135	42 632	17 684	—	—	51 135	111 451	45,9	38,2	15,9
1875 (1855)	40 933	8 855	3 513	53 301	40 703	16 493	—	—	53 301	110 497	48,2	36,9	14,9
1874 (1854)	40 933	8 680	3 271	52 884	36 979	18 011	—	—	52 884	107 874	49,0	34,3	16,7
1873 (1853)	39 829	10 573	13 070	63 472	23 878	17 082	—	—	63 472	104 432	60,8	22,9	16,3
1872 (1852)	40 246	11 108	24 317	75 671	19 945	15 544	—	—	75 671	111 160	68,1	17,9	14,0
1871 (1851)	39 834	8 751	28 590	77 175	16 069	14 570	—	—	77 175	107 814	71,6	14,9	13,5
1870 (1850)	39 339	5 214	20 162	64 715	16 459	23 667	—	—	64 715	104 841	61,7	15,7	22,6

1) Für 1870—1888 Rekrutenkontingent an Stelle der für diese Jahre nicht ausgewiesenen Zahl der auf das Rekrutenkontingent Ausgehobenen.

2) Darunter mindertauglich in den ersten drei und den höheren Altersklassen: 1911 15 791, 1910 14 369, 1909 17 245, 1908 14 426, 1907 14 202, 1906 26 827, 1905 11 806, 1904 11 041, 1903 9 332, 1902 10 388, 1901 11 577, 1900 11 968, 1899 13 491, 1898 12 240, 1897 13 130, 1896 10 501, 1895 9 157, 1894 10 820, (von hier an bloß in den ersten drei Altersklassen) 1893 9 639, 1892 11 615, 1891 15 712, 1890 16 001, 1889 18 746.

3) Für 1882—1888 Ersatzreservekontingent an Stelle der für dieses Jahr nicht ausgewiesenen Zahl der auf das Ersatzreservekontingent Ausgehobenen. — Die Zahlen der für die Jahre 1883—1888 hier enthaltenen bedingt Tauglichen sind nur in der Reichssumme ausgewiesen. (Siehe dort!)

4) Darunter tauglich zu Hilfsdiensten 998, davon auf das Rekrutenkontingent 20.

5) Für die Jahre 1889—1912 sind die im Wege der regelmäßigen Stellung ausgehobenen Einjährig-Freiwilligen in den Zahlen der Spalte 2 (und 5) mitenthalten.

6) Für die Zeit von 1870—1888 nicht ausgewiesen, in den Zahlen der Spalte 2 (5) enthalten.

7) Für die Zeit von 1870—1888 nicht ausgewiesen, in Spalte 5 nicht mitenthalten.

Tafel II (Fortsetzung).

Aushebungsjahr (1. Altersjahrgang)	Von sämtlichen zur Stellung Erschienenen wurden: tauglich befunden: auf das Rekruten-kontingent	in die Ersatzreserve	Sonstige	Überhaupt (Summe von 2—4)	Als waffenunfähig befunden	Als offenkundig oder zu jedem Dienste untaugl. gelöscht	Nicht im Wege der Stellung ausgehobene Freiwillige: mit der Begünstigung des 1jähr. Präs.-Dienstes, 2jähr. Präs.-Dienstes i. d. Kr.-Marine	Sonstige	Zahl der Ausgehobenen überhaupt (einschließl. der freiwillig Assentierten)	Zahl der endgültig Abgefertigten	Von je 100 endgültig Abgefertigten waren: tauglich	waffenunfähig	untauglich
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
3. Bosnien und Hercegovina.													
1912 (1891)	6 367	4 369	28	10 764 [1])	10 042	880	11 [2])	15	10 790	21 712	49,7	46,3	4,0
4. Österreichisch-Ungarische Monarchie.													
1912 (1891)	215 746	49 942	1 776	267 464 [6])	187 958	10 990	4 713 [7])	13 997	286 174	485 122	59,0	38,7	2,3
1911 (1890)	154 158	78 347 [4])	293	232 798	171 008	9 982	2 836	9 289	244 923	425 913	57,5	40,2	2,3
1910 (1889)	151 924	83 348	105	235 377	155 464	9 813	2 961	8 797	247 135	412 412	59,9	37,7	2,4
1909 (1888)	155 643	98 147	390	254 180	170 185	10 443	2 268	7 096	263 544	444 172	59,3	38,3	2,4
1908 (1887)	157 954	73 865	483	232 302	179 249	10 228	2 484	7 544	242 330	431 807	56,1	41,5	2,4
1907 (1886)	160 693	65 245	552	226 490	179 101	9 672	1 938	6 638	235 066	423 839	55,5	42,2	2,3
1906 (1885)	139 313	64 040	258	203 611	175 098	9 019	2 414	6 645	212 670	396 787	53,6	44,1	2,3
1905 (1884)	143 289	73 442	299	217 030	168 606	8 713	3 721	13 249	234 000	411 319	56,9	41,0	2,1
1904 (1883)	142 214	74 918	502	217 634	165 531	9 516	1 752	6 697	226 083	401 130	56,3	41,3	2,4
1903 (1882)	136 692	75 482	382	212 556	154 009	10 127	3 441	15 309	231 306	395 442	58,5	38,9	2,6
1902 (1881)	139 174	88 765	638	228 577	165 053	9 217	2 123	8 125	238 825	413 095	57,8	40,0	2,2
1901 (1880)	140 041	94 392	778	235 211	153 785	9 055	1 972	6 877	244 060	406 900	60,0	37,8	2,2
1900 (1879)	139 977	102 528	692	243 217	148 109	9 962	1 964	6 556	251 737	409 808	61,4	36,2	2,4
1899 (1878)	138 933	103 621	763	243 317	154 003	9 198	1 921	6 168	251 406	414 607	60,6	37,2	2,2
1898 (1877)	138 154	99 010	753	237 917	155 083	9 699	1 980	6 253	246 150	410 932	59,9	37,7	2,4
1897 (1876)	138 431	120 518	610	259 559	145 795	9 861	2 012	5 703	267 274	422 930	63,2	34,5	2,3
1896 (1875)	140 596	83 326	789	224 711	149 288	9 375	1 924	5 328	231 963	390 626	59,4	38,2	2,4
1895 (1874)	141 836	57 392	722	199 950	143 900	9 259	2 153	4 697	206 800	359 959	57,5	40,0	2,5
1894 (1873)	149 181	66 287	1 243	216 711	137 196	8 741	2 357	4 272	223 340	369 277	60,5	37,1	2,4
1893 (1872)	143 360	47 355	1 161	191 876	150 709	9 270	2 254	3 854	197 984	357 963	55,3	42,1	2,6
1892 (1871)	132 694	41 968	1 133	175 795	165 995	9 896	2 649	4 338	182 782	358 673	51,0	46,3	2,7

1891 (1870)	143 569	48 792	1 653	194 014	134 985	9 760	2 628	4 355	200 997	345 742	58,1	39,1	2,8
1890 (1869)	134 387	57 291	1 215	192 893	125 860	10 066	1 553	4 319	198 765	334 691	59,4	37,6	3,0
1889 (1868)	96 651	59 347	1 103	157 101	116 899	5 083	2 810	2 289	162 200	284 182	57,1	41,1	1,8
1888 (1868)	94 543 [3])	9 454 [5])	46 996	150 993	100 863	24 131	— [8])	— [9])	150 993	275 987	54,7	36,5	8,8
1887 (1867)	94 543	9 454	72 883	176 880	74 834	25 194	—	—	176 880	276 908	63,9	27,0	9,1
1886 (1866)	94 543	9 454	73 470	177 467	78 211	57 809	—	—	177 467	313 487	56,6	25,0	18,4
1885 (1865)	94 543	9 454	16 305	120 302	90 418	61 898	—	—	120 302	272 618	44,1	33,2	22,7
1884 (1864)	94 543	9 454	26 058	130 055	114 956	65 235	—	—	130 055	310 246	41,9	37,1	21,0
1883 (1863)	94 543	9 454	45 509	149 506	114 659	69 309	—	—	149 506	333 474	44,8	34,4	20,8
1882 (1862)	94 543	7 246	6 456	108 245	147 217	36 833	—	—	108 245	292 295	37,0	50,4	12,6
1881 (1861)	94 265	8 062	7 469	109 796	156 123	41 767	—	—	109 796	307 686	35,7	50,7	13,6
1880 (1860)	94 265	8 393	9 681	112 339	148 071	42 653	—	—	112 339	303 063	37,1	48,9	14,0
1879 (1859)	94 265	11 577	15 463	121 305	148 269	42 192	—	—	121 305	311 766	38,9	47,6	13,5
1878 (1858)	94 265	10 943	17 110	122 318	128 856	38 996	—	—	122 318	290 170	42,2	44,4	13,4
1877 (1857)	94 265	10 274	11 305	115 844	110 907	44 747	—	—	115 844	271 498	42,7	40,8	16,5
1876 (1856)	94 265	10 027	8 252	112 544	106 906	42 252	—	—	112 544	261 702	43,0	40,9	16,1
1875 (1855)	94 265	12 601	7 979	114 845	105 160	41 815	—	—	114 845	261 820	43,9	40,1	16,0
1874 (1854)	94 265	13 111	4 831	112 207	91 880	45 851	—	—	112 207	249 938	44,9	36,8	18,3
1873 (1853)	94 214	17 032	17 964	129 210	76 002	43 502	—	—	129 210	248 714	52,0	30,6	17,4
1872 (1852)	95 145	20 404	38 127	153 676	64 105	46 194	—	—	153 676	263 975	58,2	24,3	17,5
1871 (1851)	94 494	18 457	44 632	157 583	62 283	44 894	—	—	157 583	264 760	59,5	23,5	17,0
1870 (1850)	93 940	14 634	40 105	148 679	54 863	57 195	—	—	148 679	260 737	57,0	21,0	22,0

1) Darunter tauglich zu Hilfsdiensten 78, alle auf das Rekrutenkontingent.

2) Die im Wege der regelmäßigen Stellung ausgehobenen Einjährig-Freiwilligen sind in den Zahlen der Spalte 2 (und 5) mitenthalten.

3) Für 1870—1888 Rekrutenkontingent an Stelle der für diese Jahre nicht ausgewiesenen Zahl der auf das Rekrutenkontingent Ausgehobenen.

4) Darunter mindertauglich in den ersten drei und den höheren Altersklassen: 1911 32 823, 1910 34 168, 1909 38 501, 1908 30 221, 1907 29 473, 1906 26 827, 1905 28 495, 1904 27 367, 1903 25 428, 1902 27 764, 1901 28 751, 1900 32 310, 1899 34 787, 1898 34 832, 1897 38 156, 1896 34 877, 1895 31 161, 1894 33 150, (von hier an bloß in den ersten drei Altersklassen) 1893 29 709, 1892 30 616, 1891 33 553, 1890 36 013, 1889 40 650.

5) Für 1882—1888 Ersatzreservekontingent anstelle der für dieses Jahr nicht ausgewiesenen Zahl der auf das Ersatzreservekontingent Ausgehobenen. — Darunter bedingt Taugliche im Jahre 1888 6 676, 1887 6 982, 1886 7 829, 1885 5 739, 1884 5 030.

6) Darunter tauglich zu Hilfsdiensten 4 296, davon auf das Rekrutenkontingent 142.

7) Für die Jahre 1889—1912 sind die im Wege der regelmäßigen Stellung ausgehobenen Einjährig-Freiwilligen in den Zahlen der Spalte 2 (und 5) mitenthalten.

8) Für die Zeit von 1870—1888 nicht ausgewiesen, in den Zahlen der Spalte 2 (5) enthalten.

9) Für die Zeit von 1870—1888 nicht ausgewiesen, in Spalte 5 nicht mitenthalten.

Tafel III.

Die Waffenunfähigkeit und Untauglichkeit begründenden nach Er-

Ergänzungs-bezirk	Von je 1000 ärztlich Untersuchten, die in den ersten 3 Altersklassen das														
	Gebrechen überhaupt	Körperschwäche	Lungentuberkulose	Tuberkulose der Drüsen usw.	Trachom	Fettleibigkeit	Fallsucht	Auffällig zurückgebliebene geistige Entwicklung, Kretinismus und Blödsinn	Stottern	Krankheiten der Lider und der Tränenorgane	Narben, Trübungen, Formveränderungen der Hornhaut	Herabsetzung der Sehschärfe	Kurzsichtigkeit	Schielen	Eitrige Mittelohrentzündung
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Wien A	789,60	518,74	1,14	2,00	—	6,46	—	0,72	0,84	0,44	3,30	11,14	5,36	1,60	2,70
Wien B	762,84	518,80	1,96	1,76	—	5,56	0,90	2,68	0,90	1,64	5,32	7,60	8,52	3,68	3,32
St. Pölten	688,06	472,12	0,30	1,32	0,06	1,20	0,14	2,74	0,38	1,00	5,10	10,56	3,94	1,64	4,08
Linz	709,02	364,28	0,52	5,08	0,14	1,76	0,56	2,62	0,30	1,00	4,04	7,00	4,36	2,24	3,88
Salzburg	701,68	297,76	0,40	1,46	—	2,56	0,66	3,34	0,74	0,68	3,72	6,82	3,90	2,76	4,08
Innsbruck	651,58	270,54	0,18	0,60	0,04	1,92	0,66	2,60	1,28	1,28	3,42	13,56	7,98	2,32	3,78
Graz	771,70	350,30	0,42	0,92	0,12	1,16	0,44	5,78	0,90	1,38	3,80	6,26	2,00	2,06	1,68
Klagenfurt	760,70	379,88	1,40	2,38	0,80	0,76	0,46	7,40	1,14	1,30	1,86	4,94	2,82	2,66	1,96
Marburg	725,22	347,32	1,52	1,28	0,14	1,84	0,70	12,26	0,44	0,92	3,18	7,22	1,94	2,44	2,76
Brixen	632,16	323,00	0,40	1,94	0,04	2,00	0,56	3,08	1,24	0,52	3,28	8,36	4,30	1,10	3,78
Znaim	665,72	449,88	1,34	6,32	1,42	1,42	0,54	1,10	0,86	1,04	6,16	10,06	7,02	1,70	5,58
Mähr. Schönberg	649,78	384,44	0,82	4,12	0,68	0,80	0,32	3,58	0,78	0,66	4,78	7,34	3,02	1,46	4,96
Troppau	717,90	455,16	0,78	3,12	0,76	1,72	0,56	2,08	0,74	2,28	4,26	9,08	6,26	3,28	5,16
Turnau	741,34	432,12	0,50	3,56	0,80	6,42	0,64	1,20	0,68	1,70	5,18	9,98	4,26	2,34	7,10
Theresienstadt	726,36	469,82	0,36	6,16	0,26	3,22	0,52	1,10	0,98	0,48	3,12	6,62	2,34	2,28	5,14
Komotau	744,08	471,44	1,12	2,92	0,34	3,10	0,34	2,10	0,34	1,38	3,20	8,34	2,62	2,40	5,18
Eger	767,04	392,56	1,04	1,10	0,06	2,06	0,78	2,20	1,20	1,40	4,38	11,84	6,46	2,66	7,24
Prag	765,24	491,38	2,02	1,94	0,66	3,94	0,48	2,24	0,50	0,82	5,68	6,32	6,38	2,78	6,06
Beraun	723,10	440,86	0,46	1,60	0,58	4,96	0,66	3,16	1,68	1,24	6,36	13,80	3,08	2,92	5,92
Beneschau	770,64	396,50	1,90	1,54	0,34	1,02	0,34	1,92	0,98	0,46	1,58	6,60	2,58	2,14	4,74
Pilsen	795,20	471,74	0,24	2,22	0,38	2,56	0,24	2,16	0,82	1,18	4,26	3,68	3,78	4,98	3,10
Pisek	772,14	406,50	0,64	3,40	0,56	3,08	0,30	3,02	1,42	2,80	6,26	5,10	3,14	3,92	4,58
Budweis	737,78	418,54	1,96	5,72	0,58	0,90	0,62	0,80	0,94	1,72	3,26	5,70	2,06	2,36	3,10
Neuhaus	798,54	478,98	0,78	3,16	0,48	0,92	0,60	1,82	0,46	0,64	3,20	4,14	3,62	2,32	3,54
Jungbunzlau	750,66	446,96	0,30	3,52	1,02	2,18	0,40	1,64	1,16	1,24	5,58	6,32	3,18	2,72	6,66
Caslau	719,74	477,60	0,92	1,86	0,36	2,64	0,30	1,12	0,68	0,34	1,68	2,82	2,22	0,90	3,52
Hohenmauth	721,94	422,78	0,96	3,56	1,10	1,26	0,98	3,78	2,32	2,78	7,40	8,66	4,56	5,78	6,74
Königgrätz	727,00	472,82	0,08	7,42	0,84	1,22	1,12	2,10	—	0,12	8,52	7,60	2,66	3,20	7,52
Jicin	760,12	347,66	3,22	5,12	6,20	4,24	1,46	1,44	2,22	2,88	13,70	24,16	14,48	6,66	15,72
Iglau	700,04	429,72	0,78	1,22	0,84	1,84	0,56	2,08	0,82	0,84	5,42	7,14	2,74	1,08	4,14
Brünn	726,26	486,42	1,84	4,08	9,34	3,00	0,42	2,04	1,22	1,12	6,28	17,20	3,52	3,10	5,00
Olmütz	651,90	430,62	0,40	5,76	1,44	2,46	0,42	0,78	0,76	0,82	5,00	8,14	2,96	2,18	8,18
Kremsier	703,18	468,56	0,20	7,56	5,30	3,16	0,24	1,64	0,76	0,78	5,72	7,36	2,92	2,36	6,22
Teschen	731,94	536,82	1,10	8,94	2,06	1,46	0,20	2,26	0,76	0,18	3,50	6,98	1,98	1,66	3,38
Krakau	721,46	541,08	1,54	3,22	4,68	3,30	0,92	4,64	1,62	1,22	4,40	3,44	2,92	1,88	4,32
Wadowice	719,00	473,54	1,00	6,42	13,06	0,60	0,48	3,40	1,16	1,46	3,18	4,82	0,88	1,12	4,08
Neusandec	762,68	405,72	0,40	7,40	2,18	0,28	0,08	2,30	0,52	0,30	1,30	2,40	0,56	0,40	2,38
Tarnow	727,40	485,60	4,20	12,52	4,04	0,58	0,12	11,52	0,58	2,14	5,88	2,14	1,86	2,92	3,58
Rzeszow	683,58	487,48	1,14	2,50	13,20	0,40	1,06	3,06	0,64	0,38	5,16	3,28	2,58	2,26	5,90
Jaroslau	619,96	438,20	0,70	5,90	14,00	0,42	0,42	2,00	0,18	0,68	2,90	2,24	1,90	1,42	4,18
Przemysl	633,82	363,66	1,40	7,16	4,96	0,80	0,16	5,26	0,50	1,56	3,24	5,38	2,80	1,14	4,68

Gebrechen im Durchschnitte der Jahre 1908 bis 1912 in Österreich
gänzungsbezirken.

Mindestmaß erreichten, und den nicht unter das Maß Gelangten wurden nicht assentiert																		
Durchlöcherung des Trommelfelles	Herabsetzung der Hörschärfe	Krankheiten der Atmungsorgane	Herzklappenfehler	Kropf	Erweiterung der Blutadern	Mangel der Zähne und Zahnfäule	Eingeweidevorlagerungen (Unterleibsbrüche)	Mastdarmvorfall	Ueberzahl, Mangel u. Verlust von Fingern u. Zehengliedern (m. Ausschl. d. Selbstverstmlg.)	Säbelbeine	Kniebohrer	Plattfuß	Gelenksteifheit, Kontrakturen	Schweißfüße	Chronische Hautausschläge	Narben	Schlecht geheilte Knochenbrüche und Verrenkungen	Von je 1000 ärztl. Untersuchten d. 1. Alterskl. wurden i. Drchschn. d. J. 1907—1911 wegen Nichterreichg. d. Mindestmaß. (153cm) nicht assent.
17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35
0,88	2,26	4,38	10,08	16,58	24,70	2,88	18,08	—	3,14	3,02	6,40	10,50	5,74	0,48	0,92	4,70	0,90	11,2
1,08	7,30	4,10	8,70	22,26	23,94	12,68	27,22	0,02	6,74	6,88	15,68	36,42	7,60	0,16	2.50	8,40	7,44	11,8
0,54	3,72	3,38	21,10	23,96	21,74	9,60	23,60	0,06	2.36	1,80	12,24	16,88	0,98	1,16	2,44	4,56	1,14	25,0
0,18	3,02	5,00	16,18	97.24	32,48	5,90	39,26	—	2,24	1,62	19,28	25,46	7,34	0,08	1,54	7,64	3,20	31,0
0,22	3,04	2,88	29,88	151,32	39,76	4,92	51,02	0,02	4,08	1,22	8,14	13,56	7,54	0,14	1,08	7,22	4,50	21,8
1,44	5,68	8,46	13,42	175,56	20,36	6,08	18,70	0,02	6,82	5,14	5,32	20,78	8,16	8,50	2,18	8,86	2,70	5,2
0,18	1,28	1,44	11,96	182,06	34,82	4,80	42,18	0,04	8,80	2,66	15,38	29,54	6,18	0.42	1,36	9,68	8,18	32,2
0,32	1,80	0,96	6,82	186,49	23,54	1,40	35,66	0,22	6,04	2,96	13.80	16,30	12,50	0,36	2,76	8,92	4,04	14,8
0,18	2,28	2,56	15,46	124,50	38,92	1,20	40,14	0,18	7,70	1,90	14,90	27,16	11,46	0,14	1,88	6,88	9,10	22,8
0,16	1,82	2,94	16,32	108,02	25,66	0,80	26,48	—	2,92	0,52	5,72	26,08	8,44	0,54	1,22	9,78	7,60	15,2
0,06	2,66	2,66	7,90	2,68	32,02	2,94	15,16	0,08	3,22	2,50	7.02	15,60	6.62	0,26	1,78	8,36	3,64	3,8
0,38	1,88	4,54	11,20	21,06	43,92	9,68	30,58	0,06	3,74	2,44	10,78	9,80	12,58	0,10	1,78	7,70	3,02	23,0
0,12	2,50	6,64	8,44	35,90	40,80	8,62	24.48	0,02	8,60	7,16	16,78	14,50	10,54	0,56	2,32	8,86	5,62	26,4
0,08	1,00	5,92	19,24	34,26	34,78	13,46	40 92	0,12	2,30	4,42	12,74	11,26	3,64	0,08	0,90	7,24	2,80	2,4
—	0,62	4,28	12,46	33.98	29,66	9,64	42,14	—	3,92	3,84	10,48	9,16	6,42	0,28	1,56	4,28	2,94	23,4
0,12	0,82	7,14	15,58	32,12	32,06	8,84	37,50	0,02	2,64	8,52	16,24	13,26	2,12	0,12	1,58	5,36	2,94	18,0
2,24	3,42	4,78	16,74	40,78	68,22	6,28	47,84	0,06	11,58	15,18	17,72	27,76	8,30	0,12	3,50	6,08	2,38	14,4
0,68	1,26	8,52	10,96	13,56	42,04	2,10	32,92	0,06	5,02	10,06	19,74	14,24	3,92	0,12	2,32	5,48	1,92	11,4
1,10	2,62	12,26	13,84	18,28	56,40	3,00	30,46	0,06	8,00	6,00	11,34	25,50	8,08	0,62	1,98	13,74	4,00	9,2
0,42	3,00	11,66	11,66	38,58	68,16	1.66	35,40	—	6,30	6,70	28,40	41,90	8,02	0,14	2,54	6,08	4,44	10,6
0,24	1,08	2,86	7,10	29,78	53,68	4,76	34,12	0,02	1,74	6,82	29,76	19.98	3,46	0,32	1,06	9,26	1,92	9,8
1,00	1,70	4,16	9,16	66,46	68,28	5,84	39,66	0,06	6,52	9,04	34,64	21,38	31,66	0,76	2.54	11,22	3,70	14,4
0,94	1,90	37,84	6,86	31,16	45,12	4,60	42,34	0,06	3,46	4.86	32.52	11,58	7,62	—	0,58	3,90	9,60	16,0
0,20	0,84	1,56	8,04	23,30	59,82	2,36	32,14	—	4,70	2,82	20,14	22,66	8,14	0,08	2,16	5,06	1,52	14,6
1,04	1,56	6,44	11,42	5,96	58,24	5,50	41,60	0,12	6,78	7,02	16,40	19,92	5,74	0,20	1,76	9,12	5,62	8,0
0,42	1,04	0,70	4,26	31,06	37,88	1,62	28,74	0,02	7,12	5,10	22,36	14,22	2,62	0,06	1,08	4,40	1,36	12,8
2,16	3,52	2,88	11.82	29,34	32.16	9,40	28,00	—	5,08	9.56	23,88	25,88	4,28	0,60	4,76	10,62	5,10	25,6
—	0,20	12,90	19,42	10,32	32,14	4,10	52,62	—	6,28	2.56	5,52	9,56	8,66	—	2,18	8,74	3,90	19,6
8,64	13,04	2,22	28,38	26,08	41,68	25,98	47,62	—	9,14	11,54	17,68	9,98	5,48	0,80	2,54	9,18	5,90	11,0
0,84	1,74	3,96	8,18	18,48	49.82	2,46	29,20	—	2,48	2,58	12,76	29,52	5,70	0,12	2,10	7,64	1,76	11,8
0,56	3,58	2,64	10,04	6,14	33,74	1,04	22,02	0,02	5,86	2,52	6,72	9,76	9,56	0,22	2.88	12,60	3,76	13,6
0,28	1,16	6,58	9,80	8,28	36,92	3,90	30,82	—	1,50	2.52	7,10	7,44	4 86	—	1.56	9,08	1,92	18,0
0,06	1,28	2,70	9,54	23,18	41,06	1,88	27,38	—	6,68	4,50	23,84	11,58	5,62	0,12	0,76	7,96	1,74	18,8
0,22	0,82	3,80	7,74	10,44	30,44	2,76	22,40	0,04	4,60	3,34	10,80	7,56	7,54	0,28	1,90	9,34	4,04	16,4
1,62	2,60	2,80	3,68	28,04	12,26	4,00	16,98	1,80	3,52	4,08	12,70	9,72	1,88	0,04	2,94	7,30	1,58	20,4
0,40	2,44	2,62	3,00	85,76	27,42	2,40	26,94	0,22	7,54	1,62	6,18	6,34	4,98	—	2,06	7,48	2,64	49,4
—	0,62	—	2,00	152,00	26,44	0,84	28,46	0.02	3,62	1,08	24,62	12,20	0,80	0,06	1.24	5,88	2,12	79,2
0,56	0,98	1,46	2,64	47,86	28,40	1,18	15,52	0,74	4,20	3,94	23,72	17,26	7,02	1,14	1,56	7,12	7,68	40,0
0,52	2,98	2,66	5,42	7,42	30,64	0,58	24.56	0,04	9,92	3,78	19,70	19,50	4,74	0.12	2,84	6,20	8,52	24,6
0,28	0,88	2,04	3,14	8,38	27,68	0,14	24,36	0,42	2,46	0,98	14,50	9,02	2,78	0,16	2,90	8,10	2,22	24,2
0,14	1,82	6,02	4,50	63,54	16,68	0,14	27,34	0,44	2,04	2,04	36,72	7,34	10,96	0,10	2,58	5,00	5,44	54,2

Tafel III (Fortsetzung)

Ergänzungs-bezirk	Von je 1000 ärztlich Untersuchten, die in den ersten 3 Altersklassen das														
	Gebrechen überhaupt	Körperschwäche	Lungentuberkulose	Tuberkulose der Drüsen usw.	Trachom	Fettleibigkeit	Fallsucht	Auffällig zurückgebliebene geistige Entwicklung, Kretinismus und Blödsinn	Stottern	Krankheiten der Lider und der Tränenorgane	Narben, Trübungen, Formveränderungen der Hornhaut	Herabsetzung der Sehschärfe	Kurzsichtigkeit	Schielen	Eitrige Mittelohrentzündung
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Sanok	669,06	357,44	0,44	13,06	5,80	0,74	0,44	3,60	0.50	0,98	3,14	4,32	2,00	2,52	5,52
Lemberg	726,10	511,56	1,48	9,24	7,16	3,16	0,70	1,08	1,50	3.56	5,50	8,42	5,44	3,58	7,22
Tarnopol	717,96	430,90	0,30	17,66	9,50	1,14	0,90	1,96	0,26	0,30	7,42	2,32	2,96	1,94	8,10
Cilli	705,16	279,80	0.18	1,44	0,06	0,92	0,38	1,42	0,68	1,44	5,16	1,34	1,20	2,88	1,90
Laibach	708,92	392,88	2,04	5,80	0,76	3,72	0,64	2,10	1,90	2,04	4,74	9,10	4,24	2,60	4,12
Triest	700,60	423,40	0,74	3,24	1,18	1.44	0,34	1,64	1,44	0,62	4,98	6,24	3,18	4,12	3,12
Grodek-Jagielonski	670,98	482,74	1,90	1,16	14,18	0,52	0,48	3,50	0,24	0,20	5,14	2,58	4,20	2,70	4,00
Sambor	766,44	526,08	1,08	8,52	10.60	0,52	0,42	1.28	0,18	2,24	6,58	3,86	3,54	1,96	2,96
Stryj	699,00	532,98	1,08	6,16	2,50	0,40	0,54	0,74	0,44	1,16	4,84	2,26	4,34	2,08	2,62
Zloczow	664,08	488,26	0,42	9,78	2,08	0,92	0,50	0,82	0,18	0,36	6,60	2,72	1,80	1,32	5,50
Brzezany	697,56	464,20	0,62	7,76	7,88	0,50	0,20	1,22	0,24	0,30	5,24	1,54	1,64	1,10	6,44
Stanislau	724,44	594,28	0.14	2,62	2,60	0,30	0.64	1,10	0,32	1,02	2,74	4,16	2,28	0,96	5,24
Czortkow	708,62	521,62	0,04	3,84	3,70	0,56	0,54	0,66	0,36	0,38	3,54	1,52	2,94	1,02	4,36
Kolomea	692,36	455,32	0,80	5,40	3,84	1,12	0,92	2,60	1,16	1,26	4,50	2,88	4,32	2,68	4,70
Castelnuovo	639,02	384,46	4,42	2,42	7,22	3,12	1,68	6,88	2,42	2,70	4,24	9,74	8,54	5,40	3,12
Kr.-Mar.Sebenico	638,10	454,56	1,22	3,44	1,32	1,23	0,68	3,46	1,26	2,94	6,40	4,18	3,39	3,12	4,80
Sinj	651,00	533,28	0,38	4,72	1,90	0,30	0,20	1,30	0,36	1,92	4,74	2,20	0,98	1,22	2,12
Czernowitz	755,04	540,48	1,02	2,88	5,48	0,96	0,52	2,16	0,76	0,42	2,90	2,52	2,24	1,48	4,24
Trient	650,30	502,60	0,04	2,54	—	0,44	—	0,36	0,98	3,16	5,16	7,08	1,76	0,44	6,20
Kr.-Mar. Triest	651,34	395,98	2,18	4,04	3,40	6,62	1,42	1,72	1,40	4,30	9,62	11,50	6,86	2,62	5,12
Durchschnitt d. im Reichsrate vertretenen Königreiche u. Länder	720,96	450,64	1,00	4,26	2,74	2,24	0,54	2,48	0,86	1,20	4,80	6,78	3,84	2,40	4,72

indestmaß erreichten, und den nicht unter das Maß Gelangten wurden nicht assentiert																		
Durchlöcherung Trommelfells	Herabsetzung der Hörschärfe	Krankheiten der Atmungsorgane	Herzklappenfehler	Kropf	Erweiterung der Blutadern	Mangel der Zähne und Zahnfäule	Eingeweidevorlagerungen (Unterleibsbrüche)	Mastdarmvorfall	Ueberzahl. Mangel und Verlust von Fingern u. Zehengliedern (m. Ausschl. d. Selbstverstmlg.)	Säbelbeine	Kniebohrer	Plattfuß	Gelenksteifheit, Kontrakturen	Schweißfüße	Chronische Hautausschläge	Narben	Schlecht geheilte Knochenbrüche und Verrenkungen	Von je 1000 ärztl. Untersuchten d. 1. Alterskl. wurden i. Drchschn. d. J. 1907—1911 wegen Nichterreichg. d. Mindestmaß. (158 cm) nicht assent.
17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35
0,24	1,44	1,92	3,24	61,40	31,68	0,48	31,40	0,34	6,02	2,80	22,28	24,98	4.00	0,56	2,06	6,88	3,92	52,2
1,44	5,14	4,44	4,14	2,52	25,72	2,28	20,22	0,68	4,84	7,38	13,82	6,08	5,14	0,20	3,82	6,62	2,58	35,2
—	0,48	2,60	2,84	1,80	67,96	0,64	21,58	0,14	2,78	1,96	16,56	12,78	3,78	1,66	2,94	8,54	2,84	28,8
0,26	1,22	0,48	1,96	142,82	46,50	1,16	51,68	—	9,96	2,14	22,58	66,80	2,04	0,66	1,62	7,08	1,64	28,6
1,36	2,92	3,16	7,10	53,44	41,74	2,96	36,62	0,62	11,50	5,46	22,92	20,06	5,50	0,78	2,88	11,60	5,42	11,0
1,12	1,10	2,74	2,74	20,12	43,98	9,86	19,64	0,26	7,40	9,36	27,30	30,84	2,26	1,38	2,02	8,66	2,62	11,8
2,14	0,90	0,36	1,80	1,48	27,38	0,22	20,50	0,34	2,02	4,12	30,04	5,86	2,14	—	1,42	3,52	2.00	37,6
0,52	2,08	5,74	1,66	31,62	33,80	1,60	21,42	0,92	10,48	7,72	34,60	11,74	5,82	0,52	3,64	6,40	2,18	62,6
0,72	1,26	2,62	2,58	4,62	12,58	0,62	15,98	0,12	5,18	0,84	20,18	1,04	6,62	0,70	5,22	6,08	2,18	32,2
0,70	1,14	4,50	4,46	1,14	23,22	0,18	21,22	0,28	1,06	1,62	11,70	7.16	3.10	0.04	1,66	5,86	3.08	20,6
0,12	0,90	2,18	3,98	3,68	31,84	0,06	23,24	0,34	1,36	2,06	20,36	13,58	1,84	0,22	1,98	4,94	3,16	35,2
—	1,56	1,12	1,04	8,60	13,46	0,36	14,58	0,80	3,06	1,14	16,14	5,54	4,06	—	3,58	3,38	1,10	46.8
1,36	0,70	1,20	3,72	3,18	32,88	0,04	18,56	0,16	1,46	2,76	18,54	8,34	1,54	0,08	1,00	3,86	2,06	20,0
1,70	2,10	3,68	3,10	32,24	26,86	0,60	22,40	0,88	10,66	2,66	16,10	7,84	5,54	0,40	3,78	8,48	3.94	30,0
0,98	4,62	28,42	18,52	0,98	1,68	1,92	41,16	2,56	17,24	2,20	6,22	13,40	16,62	7,48	4,66	9,80	13,24	4,8
0,86	1,46	5,34	7,08	0,12	6,06	0,94	34,44	0,10	3,86	1,76	7,22	5,08	7,20	0,62	1,86	10,16	8,42	8,0
0,16	1,10	5,42	0,86	0,16	7,70	—	23,42	0,06	3,72	0,28	4,76	1,10	8,46	—	1,62	6,34	6,22	5,6
0,82	1,06	1,58	2,34	31,52	47,14	0,30	20,24	0,10	3,80	1,98	20,58	10,40	6,30	0,10	3,16	6,46	3,44	20,0
0,76	7,98	1,48	9,18	28,32	2,14	0,04	10,20	0,74	4,40	—	0,36	2,30	10,16	0,50	0,52	2 98	2,12	1,0
0,68	2,32	6,60	7,58	2,84	38,96	34,02	19,36	1,10	5,78	12,62	4,92	14,78	11,90	3,82	4,22	11,08	2,46	6.6
0,78	2,32	4,48	9,10	40,28	35,16	4,50	29,00	0,18	5,30	4,48	16,46	16,40	6,36	0,46	2,20	7,36	3,66	22,23

Miszellen.

Der Einfluß der Industrie auf die Rasse und Volksgesundheit.

Kurze Übersicht.

Von Dr. Herman Lundborg.
Prof. u. Chef des schwedischen Instituts für Rassenbiologie, Uppsala.

Bedauerlicherweise hat in unserer Zeit zwischen den verschiedenen Kulturvölkern ein förmlicher Wettlauf stattgefunden, da es sich darum handelte, alle möglichen und unmöglichen Industrieerzeugnisse, sowohl nützliche und notwendige als auch Luxusartikel, in Unmasse zu produzieren und zu verkaufen. So ist eine Rivalität um den Weltmarkt entstanden und mußte ja früher oder später zwischen den vornehmlich industrietreibenden Nationen entstehen. Dies dürfte wohl die eigentlichste Ursache zum Weltkrieg gewesen sein. Es ist kein Zufall, daß Deutschland und England, die zwei ersten Industriestaaten Europas, in eine Fehde auf Leben und Tod miteinander verwickelt wurden, und daß Amerika als drittes großes Industrieland in diesen Wirbel mit hineingerissen wurde.

Die Industrie hat im Laufe von Jahrzehnten diese und andere Länder um Milliarden bereichert. Der allgemeine Wohlstand hat in unerhörter Weise zugenommen, höchst bedeutende Milieuverbesserungen sind zustande gekommen, aber nichtsdestoweniger liegt unsere moderne Kultur nahezu in Trümmern. Alle diese Reichtümer haben also keinen Nutzen gebracht, sondern im Gegenteil vielleicht unheilbaren Schaden angerichtet. Der Industrialismus ist ohne Zweifel eine besonders harte Geißel der heute lebenden Kulturvölker. Von vielen Seiten, so auch in England, wird in Berichten nachgewiesen, daß die Industrie die größte Volks- und Rassenverderberin ist.

In einem englischen militärärztlichen Berichte über die körperliche Untersuchung von 2½ Mill. junger Engländer aus allen Teilen des Landes wurde während des Krieges festgestellt, daß nur 36 Proz. militärdiensttauglich gewesen sind. Mehr als 10 Proz. waren so minderwertig, daß sie als zu jeglichem Militär- und Zivildienst untauglich angesehen werden mußten und infolgedessen darauf angewiesen sind, auf Anderer Kosten zu leben. Campbell-Bannemann, der später Staatsminister wurde, behauptete 1903 in einer Rede in London, daß über 12 Mill. Engländer als arme Proletarier auf der Grenze der Hungersnot lebten. Der General der Heilsarmee, Booth, sah sich seinerzeit veranlaßt, den Schluß zu ziehen, daß etwa 1½ Mill. Menschen in London (= 32 Proz. der Bevölkerung) in chronischer Armut lebten — dies in der vielleicht reichsten Stadt der Welt. Das sind wahrlich traurige Ziffern. So weit ist es schon mit einem alten Kulturvolk gekommen, das sich zuerst von allen anderen industrialisierte. Es ist leicht zu verstehen, daß in England große Unruhe über die Schwäche- und Entartungszeichen herrscht, die nun so augenfällig zu werden beginnen.

Die Menschen im allgemeinen haben keine deutliche Vorstellung davon, wie gefährlich die Wirkungen der Industrie für die Individuen und die Gesellschaft sind. Es ist dies ein sehr verwickeltes Kapitel, aber im folgenden will ich diese Fragen von rassenbiogischen Gesichtspunkten aus näher beleuchten und mich nicht damit begnügen, nur auf die in bezug auf das Milieu meist augenfälligen Schäden hinzuweisen. Soziologen und auch Ärzte sehen in der Regel allzu oberflächlich auf diese Dinge. Sie urteilen gewöhnlich so: Die Reichtümer, welche dem Lande dank einer immer rascher gesteigerten Industrie zufließen, sind für uns willkommen und vorteilhaft. Also gut! Gleichzeitig müssen wir zwar auf ein gutes Milieu und eine verbesserte allgemeine Hygiene hinarbeiten, um den Schäden die Stange zu halten. Ein solcher Gedankengang ist falsch, denn viele der Gefahren, die mit dem Namen Industrialismus verknüpft sind, können nicht so einfach behoben werden, was ich gleich zeigen werde.

Zunächst kann man ernstlich die Frage erwägen, ob die dem Lande zuströmenden Millionen einem Volke zu wirklichem Nutzen gereichen. Mit Recht kann man dies bezweifeln, denn die Erfahrung lehrt, daß ein rascher und stark vermehrter Wohlstand sowohl in alten Zeiten als auch heutzutage Bedürfnisse bis ins Unendliche hervorruft; der Luxus nimmt zu, es entsteht Verweichlichung, die Arbeitslust wird geringer usw. Das Wohlleben bringt eine allzugroße Bequemlichkeit mit sich, welche bald genug auf die Kinder übergeht. Die Frauen entziehen sich immer mehr der Mutterschaft, und wir sehen überall um uns herum wie das 0-, 1-, 2-Kindersystem, angefangen in den geborgeneren Gesellschaftsklassen, blüht. Nach und nach geht dieser Prozeß tiefer und vertilgt allmählich früher

lebenskräftige Völker. Dies ist es, was man als Rassenselbstmord bezeichnet.

Wir Bewohner des Nordens sollten unsere Ideale nicht z. B. in Frankreich suchen, welches zwar eines der fruchtbarsten Länder Europas ist, wo aber das Volk nicht den Willen oder die Kraft hat, eine genügende Anzahl Kinder zu gebären und zu erziehen, sondern statt dessen langsam hinsiecht und stirbt oder mit anderen, schlechteren Völkerschaften, wie Afrikanern u. a. vermischt wird.

Unser schwedisches Volk hat bis in die neueste Zeit herein in Armut gelebt, aber in den Familien hat es an Kindern nicht gefehlt. Der größte Teil derselben hat sich durchschlagen müssen, und trotzdem haben wir bis auf die heutige Zeit unsere Ebenbürtigkeit sowohl physisch als auch intellektuell zu wahren vermocht. Wird dies auch weiter so gehen? Kaum, jedenfalls nicht, wenn wir so gefährliche Wege wandern, wie wir sie nun eingeschlagen haben. Das Wohlleben und die sinkende Nativität in den geborgeneren Klassen verheißen nichts Gutes. Hierzu kommt noch ein sich mehr und mehr ausbreitender Industrialismus, welcher uns schließlich ganz vertilgt.

Ein Volk, das sich nicht vermehrt, entartet. Meines Wissens gibt es kein historisches Beispiel dafür, daß ein Volk, das eine jährlich geringere Geburtenzahl als Todesfälle aufweist, sich zu erholen vermag. Es geht seinem Untergang entgegen.

Hätten unsere Mütter und Großmütter dem 1—2-Kindersystem in der Ausdehnung gehuldigt, wie dies heute in Frankreich und in einer ganzen Reihe von Familien bei uns der Fall ist, so würde der größte Teil der Kulturträger unseres Landes niemals das Tageslicht erblickt haben. Dies zeigt sich am besten beim Durchsehen eines größeren genealogischen Werkes. Verfasser dieser Zeilen, als vierter von sieben Geschwistern, würde nicht geboren sein. Es ist nicht zu verwundern, daß eine solche Lehre, welche aus Bequemlichkeit und Egoismus eine Tugend macht, in unserer Zeit von vielen mit Enthusiasmus aufgenommen wird.

Um nicht mißverstanden zu werden, will ich hervorheben, daß ich selbstverständlich bei den Menschen keineswegs eine wahllose „Kaninchenproduktion“ als wünschenswert ansehe, aber ich wage bestimmt zu behaupten, daß gesunde und taugliche Eltern in einigermaßen guten Umständen ein Verbrechen gegen die Natur und gegen ihre eigene Rasse begehen, wenn sie sich mit einem oder

zwei Kindern begnügen, zumal die am schwächsten ausgerüsteten Volksschichten sich andauernd stark vermehren, was wiederum keinesfalls erstrebenswert ist.

Die Staatsmächte trifft sicher eine bedeutende Schuld an den eben besprochenen Verhältnissen. Sie unterstützen die hochwertigen Volkselemente in ihrem Streben, ein Heim zu bilden und die Familien zu erhalten, in nicht genügendem Maße. Unsere individualistische Zeit nimmt viel größere Rücksichten auf die „Rechte" der Einzelnen und kümmert sich wenig darum, wie es um die Familien und um die Rasse in ihrer Gesamtheit steht. Man führt heutzutage, könnte man sagen, einen Ausrottungskrieg gegen Familien und Kinder, und die Behörden gehen oft mit schlechtem Beispiel voran. Lohnpolitik, Wohnungsnot, Teuerung u. a. tragen dazu bei, den Bestand der Familien zu untergraben. Kann man unter solchen Umständen verlangen, daß sich die Rasse auf die Dauer konkurrenzkräftig oder gar lebenstauglich erhalten soll? Gegen die Gefahren dieses Systems müssen wir wachsam sein. Die Zukunft der Geschlechter und der Rasse müssen vor allem sichergestellt werden. — Es ist unzweifelhaft schädlich, junge Leute — ich denke dabei an die Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen —, welche noch keine Familie gegründet haben, mit unverhältnismäßig großen Einkommen wirtschaften zu lassen, welche sie oft in Saus und Braus verleben. Deren ältere Kameraden, welche Frau und Kinder zu versorgen haben, hungern geradezu.

Daß die Frauen in den Konkurrenzkampf mit den Männern, besonders in die industrielle Tretmühle, hineingeworfen wurden, ist entschieden schlimm für sie selbst und für die Gesellschaft. Ein großer Teil dieser Frauen ist sicher ein besseres Los wert als ihnen zuteil wird. Hinter den Fabrikmauern sammeln sich alle möglichen, sowohl schlechte als auch gute Elemente. Ein großer Teil derselben geht infolge des erbärmlichen Milieus zugrunde. Es fällt ihnen schwer, sich zu versorgen, sie fallen Vergnügungen, Genußleben, Unsittlichkeit, ja der Prostitution anheim. Bald genug knüpfen sie nach rechts und links Liebesverhältnisse an — in der Regel nicht aus Not, sondern infolge von Versuchungen und Genußsucht. Es gibt leider mehr als genug Männer, welche, wenn ihnen derartige Verbindungen leicht zur Verfügung stehen, dieses unregelmäßige Leben bei Weibern, Alkohol, Tanz und Lustbarkeit, dem zu einem eigenen Heim führenden Weg der Entsagung in wirtschaftlicher Hinsicht vorziehen.

Dieses zieht so viele verfehlte Leben nach sich. Nicht wenige

von diesen gehen vorzeitig zugrunde. Allmählich stellt sich eine Versumpfung in der Gesellschaft, eine Frivolität, eine Verrohung ein, welche sich überall bemerkbar macht. Wer trägt die Schuld? Und wo liegt die Verantwortlichkeit?

Es ist nicht leicht, volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, aber soviel ist sicher, daß die Industrie eine beträchtliche Schuld daran hat, da sie ein männliches wie weibliches Proletariat züchtet, das oft früher oder später Armenhäuser, Krankenhäuser, Zwangsarbeitsanstalten und Gefängnisse bevölkert.

Das Schuldregister der Industrie ist damit jedoch bei weitem nicht erschöpft. Es wären noch die am meisten rassenverderbenden Momente zu nennen. Eingehende Forschungen und statistische Zusammenstellungen zeigen, daß die Landarbeiterbevölkerung, besonders der Bauernstamm, in allen Ländern an Gesundheit und Rassentauglichkeit die Industriearbeiter übertrifft. Das hat seinen Grund nicht, wie manche glauben, einzig und allein im gesünderen Landleben, sondern in der Konstitution selbst, welche ihrerseits auf guten und wohl abgepaßten Erbanlagen beruhend an und für sich besser ist. Der Bauernstand hat seit altersgrauen Zeiten einen reichen Schatz an guten Anlagen, eine starke Rassenkraft, in sich. Dies ist also nicht in erster Linie ein Milieuphänomen, sondern beruht auf der Beschaffenheit der Erbeinheiten (oder Gene) und deren verschiedenartigen Kombinationen. Das Milieu wird zwar immer schlechter, je tiefer man in die Gesellschaftsschichten kommt, dies ist aber nicht die eigentliche Ursache dazu, daß die Individuen, welche dort ihr Dasein fristen, eine schlechtere Konstitution haben. Überall stellt sich bei einem Volke, wo nicht unvernünftiger Despotismus oder Anarchie herrscht, eine natürliche Schichtung ein. Die Menschen, welche günstigeren Erbkombinationen ihr Dasein verdanken, zeigen Tendenz, höher zu kommen, während diejenigen wiederum mit ungünstigeren tiefer hinabsinken. Die niedrigsten Proletarier weisen eine schlechte und kaum gut abgepaßte Konstitution auf. Personen, welche sich mit einem schlechten Milieu begnügen oder begnügen müssen, sind in der Regel nicht rassentauglich. Es ist eine oberflächliche und unrichtige Auffassung zu glauben, daß das Milieu die Menschen ungefähr ebenso wie der Künstler sein Werk in Ton oder Marmor formt. Gegebenermaßen ist das Verhältnis so, daß die innewohnenden Erbanlagen verschiedene Persönlichkeiten, taugliche oder weniger taugliche, schaffen. In Übereinstimmung damit paßt sich das Milieu an.

Die wie Pilze aus dem Boden schießenden Fabriken ziehen die jungen Söhne und Töchter des Landes an sich. Die kürzere Arbeitszeit, die höheren Löhne, das wechselreiche Leben lockt mit wunderbarer Kraft. Das flache Land wird entvölkert. Die Städte und die Industrieorte wachsen rasch. Die Milieuverhältnisse in diesen sind schlimmer als auf dem Lande. Tuberkulose, Alkoholismus, Geschlechtskrankheiten und anderes Elend beginnen ihre Verheerungen und halten unter einer solchen Bevölkerung eine reiche Ernte. Die Industrie verschluckt einen großen Teil des Bauernstammes; ein anderer Teil, welcher nicht unter dieses Joch will, wandert nach fremden Ländern aus und legt dort den Grund zu neuen, mit der Zeit vielleicht blühenden Völkern und Gemeinden. Das Resultat davon ist, daß der Bauernstamm in den alten Ländern, wo man seinen Wert nicht mehr zu verstehen scheint, sondern das Ganze als eine Geldware betrachtet, verschwindet. Ein wirklich gutes Volksmaterial kann man jedoch auf keinem Markt kaufen. Es nimmt Jahrhunderte und Jahrtausende in Anspruch, wiederum eine rassentaugliche Bauernklasse zu bekommen, wenn die alte vernichtet ist.

Es unterliegt also keinem Zweifel, daß ein Volk, welches seinen Bauernstamm untergräbt und ausrottet, schweren Zeiten entgegengeht. Davon zeugt die Geschichte vieler Völker. Ein Zeichen der Zeit ist, daß sich der Ackerbau in Industrieländern einer Industrie gegenüber, die ohne jegliche Einschränkung wild in die Höhe wachsen darf, nicht genügend konkurrenzkräftig zu behaupten vermag.

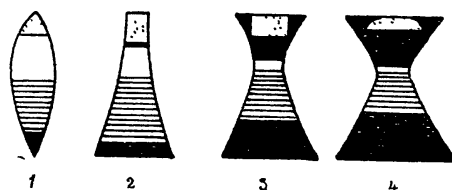
Um die Veränderungen und Verschiebungen, welche sich in der Volksstruktur eines sich rasch industrialisierenden Landes abspielen, deutlicher als mit Worten zu veranschaulichen, habe ich nachstehendes Schema aufgezeichnet (s. Seite 370).

Ein gesundes und rassentaugliches Volk hat, wie das Stadium 1 zeigt, eine starke Mittelklasse. Diese entspricht dem weißen Felde. Zu dieser Klasse zähle ich auch begüterte Bauern. Das getüpfelte kleine Feld in der oberen Spitze vertritt die Oberklasse oder richtiger ausgedrückt, die kulturell führenden Personen und die höheren Beamten. Diese Schichten haben trotz ihrer Kulturtauglichkeit, weil sie in der Regel rasch aussterben, einen geringeren rassenbiologischen Wert als die Mittelklasse und müssen immerfort aus den unteren Schichten neu ergänzt werden. Das gestrichelte Feld setzt sich aus dem großen Block der Arbeiter zusammen, und ganz unten der Boden aus verschiedenem mehr oder weniger untaug-

lichem Menschenmaterial, wie Vagabunden, Gewohnheitsverbrecher und anderen asozialen Elementen. Die gemachten Untersuchungen zeigen, daß je tiefer man in diese Schicht kommt, die Konstitution desto schlechter abgepaßt ist.

Schema.

Die Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur bei einem Volke darstellend, welches industrialisiert worden ist und entartet.



Die weißen Felder in der Mitte entsprechen der Mittelklasse (einschließlich des Bauernstammes).

Die getüpfelten Felder vertreten die kulturell führenden Schichten.

Die gestrichelten Felder vertreten die Arbeiterklasse.

Die schwarzen Felder vertreten die sozial Untauglichen (die Entarteten) in sowohl Ober- wie Unterklasse.

Bei fortschreitender Industrialisierung geschehen, wie die Stadien 2, 3 und 4 zeigen, Veränderungen im Volkskörper vor allem so, daß sich die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit recht bedeutend vermehrt; die Industriearbeit vermag nämlich viele zu ernähren, gleichzeitig vollzieht sich aber eine sehr bemerkbare Umwälzung in der Struktur der Gesellschaft: Die alte Mittelklasse nimmt ab und verschwindet nahezu vollständig; es bildet sich zwar wieder eine neue Mittelklasse, aber sie ist von anderer und schlechterer Art als die frühere; Hand in Hand damit vermehren sich sowohl Ober- als auch Unterklasse, am meisten jedoch die letztere. Auch in der Oberklasse tritt Proletarisierung auf. Die zahlreichste Schicht bilden mit der Zeit die Fabrikarbeiter, sowie ein ständig zunehmender Bodensatz, der menschliche Abschaum.

Das Allerbedenklichste in diesem ganzen Prozeß ist die starke Zunahme der Bodenschicht, denn körperliche und geistige Minderwertigkeit ist gerade in der Struktur dieser zahlreichen Schicht ein Kennzeichen. Die höheren Arbeiterklassen werden selbstverständlich von diesem Urteil nicht betroffen.

Gewisse Industriearbeit fordert nämlich ein so geringes Maß von Intelligenz und Tauglichkeit im übrigen, daß alle möglichen problematischen Individuen, welche sich auf andere Weise nicht versorgen können, nicht nur für sich selbst, sondern auch für eine

Familie Möglichkeiten zu einem Auskommen haben. Viele von diesen, sowohl Männer wie Weiber, wollen zwar nicht heiraten, haben aber gleichwohl sexuelle Triebe und bekommen deshalb Nachkommenschaft, welche in vielen Fällen der Armenpflege zur Last fallen, und dies verbessert natürlich die Sache keineswegs. Da die Mittelklasse gleichzeitig zusammenschrumpft und die in den Städten wohnende Oberklasse nur wenige Sprößlinge bekommt, ist es ja klar, daß das Volk proletarisiert wird und seine Rassenbeschaffenheit schlechter wird als vor der Industrialisierung. Es entsteht mit anderen Worten ein ganzes Heer von mehr oder weniger schwach ausgerüsteten Individuen, und diese machen bald ihren Willen geltend. Geht es nicht im Guten, so greifen sie zu revolutionären oder anarchistischen (Bolschewik-)Methoden und machen mit allen, die sich widersetzen, kurzen Prozeß, d. h. die höheren Klassen müssen darunter leiden. Es kommt zu einem Schreckensregiment. Alles gerät in Unordnung. Die Kultur sinkt. Das Volk entartet nun rasch und geht seinem Untergang entgegen. Neue Völker dringen ein. Es kann dann abhängig von der Beschaffenheit des Volkes, das sich zum Herren des Landes macht, etwas Besseres, aber auch etwas Schlechteres entstehen.

Dieser ganze Prozeß kann sich mehr oder weniger rasch vollziehen, aber sicher ist, daß die „Entartung“ nicht lange auf sich warten läßt. Die große Masse, ebenso wie eine Menge von Sozialpolitikern, vermag diesen Prozeß, welcher einen Zeitraum von mehreren Menschenaltern in Anspruch nimmt, nicht zu überblicken. Sie sehen nicht die wirkliche und eigentlichste Ursache, sondern nur die Außenseite. Ihre Ziele und Bestrebungen werden deshalb nur eine symptomatische, aber keine radikale Behandlung.

Aus dem eben Gesagten geht deutlich hervor, daß wir auf unrechten Wegen sind. Wir setzen die einfachsten Forderungen der Natur hintan. *Eine unbegrenzte Industrie treibt immer Raubwirtschaft am Menschenmaterial* und zwar in einer solchen Ausdehnung, daß man zu dem befremdlich klingenden Paradoxon berechtigt ist: Wir können wirklich die Industrie, trotzdem sie uns Milliarden einbringt, nicht wachsen lassen, denn unsere ganze Lebenskraft und unsere Zukunft als selbständiges Volk stehen auf dem Spiel.

Es gibt zwar in allen Ländern eine absolut notwendige Industrie, deren wir uns nicht entziehen können und sollen, aber das Maß ist längst schon überschritten. Die Entwicklung eines Volkes in gesunder Richtung fordert unabweisbar, daß die Industrie in

geziemenden Grenzen gehalten wird. Sie soll und muß in einem proportionalen Verhältnis zu den übrigen Berufen und Erwerbszweigen stehen. Die Aktionäre und Direktoren der Industrie haben wohl kein Recht, das übrige Volk in die Gefahren und Verwüstung, welche uns und unserer ganzen Kultur mit Untergang drohen, hineinzustürzen. Dem Tanz um das goldene Kalb muß Einhalt geboten werden, so lange noch Zeit ist. Hierauf wird wahrscheinlich von nationalökonomischer Seite geantwortet: Wie ist das möglich? Die Staatsfinanzen erfordern eine größere Industrie, sonst machen wir früher oder später Staatsbankrott. Ich will mit einer Gegenfrage antworten: Ist es zu einer zufälligen Linderung des Elendes erlaubt, unser letztes Reservekapital, die Volkskraft und die Rassentauglichkeit zu opfern? Erinnert das nicht sehr an einen unverbesserlichen Spieler, welcher seine allerletzten Mittel, vielleicht einige alte, an Erinnerungen reiche Familienkleinode nimmt, um beim Spiel noch einmal das Glück zu versuchen mit dem großen Risiko, auch diese zu verlieren und dann als völlig entblößter Bettler dazustehen und vielleicht zum — Selbstmord getrieben zu werden?

Was nützen uns ganze Berge von Gold, ja die Reichtümer der ganzen Welt, wenn wir auf diese Weise unruhigen Zeiten entgegengehen und in verhältnismäßig kurzer Zeit entarten. Für den einzelnen Mann ist es nicht leicht, allen Versuchungen, welche der Reichtum heraufbeschwört, zu widerstehen. Noch schwerer ist es vielleicht für ein Volk, den Weg der Entsagung zu wandern und anstatt in Vergnügen und Genüssen zu schwelgen, ein sparsames und arbeitsames Leben zu führen, das Verbesserung mit sich bringt. Es kommt zwar die Zeit, wo die rassenverderbende Industrie der Neuzeit in gebührenden Grenzen gehalten werden wird, wo man einsieht, daß die Industrialisierung der Neuzeit weit gefährlichere Wirkungen als das alte seinerzeit verworfene Merkantilsystem hat.

Es wird die Aufgabe der Kulturvölker sein — eine gewiß nicht leichte Aufgabe — die Fragen gemeinsam auf zufriedenstellende Weise zu lösen.

Die Natur ist indessen eine strenge Meisterin, welche uns übermütige und unwissende Menschenkinder früher oder später zu Gehorsamkeit zwingt. Für uns selbst wäre es gut, wenn wir uns gelehriger, weniger trübäugig und nicht so dickfellig zeigten.

Kritische Besprechungen.

Neuere schwedische Literatur über Rassenbiologie und Rassenhygiene.

Svenska Folktyper. (Schwedische Volkstypen.) Eine Bildergallerie nach rassenbiologischen Prinzipien geordnet und mit einer orientierenden Übersicht versehen von Dr. H. Lundborg. Stockholm 1919. H. 1—7. Hasse W. Tullberg.

Rasfrågor i modern belysning. (Rassenfragen in moderner Beleuchtung.) Volkstümliche Anleitung unter Mitwirkung von Fachmännern herausgegeben von H. Lundborg. Stockholm 1919. Norstedt & Söner.

Om rashygien. (Über Rassenhygiene.) Deren Voraussetzungen, Ziele und Mittel von Prof. Dr. V. Hultkrantz. Schriftenserie der Schwedischen Gesellschaft für Rassenhygiene. Heft I. Uppsala 1919. J. A. Lindblad.

En svensk bondesläkts historia. (Die Geschichte eines schwedischen Bauerngeschlechtes in rassenbiologischer Beleuchtung.) Von H. Lundborg. Schriftenserie der Schwedischen Gesellschaft für Rassenhygiene. Heft II. Stockholm 1920. Norstedt & Söner.

Ein Mann, der aus Liebe zur Wissenschaft sich unter Selbstaufopferung einer Forschungsarbeit trotz ungünstiger äußerer Umstände widmet, ist heute eine Seltenheit. Es tut einem deshalb in der Seele wohl, zu sehen, wie der hervorragendste Vertreter der rassenbiologischen Forschung in unserem Lande, Prof. Dr. H. Lundborg in Uppsala, unverzagt und trotz des der Sache entgegengebrachten geringen Verständnisses und anderer Schwierigkeiten seine Arbeit unermüdlich fortsetzt.

Die Forscherarbeit des Prof. Lundborg ist von solcher Beschaffenheit, daß sie nicht bloß rein theoretische Werte schafft. Sie ist auch für den einfachen Mann und für unser ganzes Volk von größter Bedeutung und größtem Interesse. Als einen Zweig seiner Forschungen hat er die Popularisierung der Rassenbiologie ebenfalls mit aufgenommen.

Ein Glied in der rassenbiologischen Aufklärungsarbeit war die Ausstellung von schwedischen Volkstypen, welche im vorigen Jahre zu Stockholm stattfand und der Initiative von Lundborg nebst einigen akademischen Vereinigungen in Uppsala zu verdanken ist. Diese Ausstellung erregte berechtigtes Aufsehen und wurde an allen Orten, wo sie zugänglich gemacht wurde, mit dem größten Interesse aufgenommen. Es konnten indessen nur verhältnismäßig wenige Orte bedacht werden. Um jedoch die Kenntnis über die Rassenelemente unseres eigenen Volkes in weiteren Kreisen zu verbreiten, wurde die Herausgabe von etwa 800 auf der Volkstypenausstellung vorgezeigten Photographien angeordnet; dieses gleich einzigartige wie prachtvolle Bilderwerk lag Ende 1919 unter dem Titel: „Svenska Folktyper“ (Schwedische Volkstypen) fertig vor. Damit haben wir unser erstes Bilderwerk über uns selbst. Dies mag vielleicht etwas verwunderlich erscheinen, ist aber in Wirklichkeit der Fall. Lundborg kann daher mit vollem Rechte folgende bemerkenswerte Worte aussprechen: „Die Menschen sind wahrlich inkonsequent —. Das kleinste Wesen, welches man im Mikroskop findet oder mit Mühe in Wald und Heide entdecken kann, wird der eingehendsten Untersuchung und Beschreibung unterworfen, ebenso wie die Erzeugnisse und Werke, welche im Laufe der Zeiten von Menschen verfertigt wurden, aber für den Menschen selbst und seine Beschaffenheit interessiert sich die Mehrzahl kaum. Ich will dies bloß an einigen Beispielen aus unserem Lande zeigen. Teure Werke mit Bildern wurden über Pilze und andere Pflanzen, Schmetterlinge, Fische, Vögel und Säugetiere, über schwedische Schlösser und Herrensitze, über schwedische Kirchen, über Volkstrachten, ferner zahlreiche Sammlungen von Naturbildern in schwedischer Kunst herausgegeben.“

Nachdem nun aber ein nach rassenbiologischen Grundsätzen geordnetes Werk über unser Volk vorliegt, ist zu hoffen, daß es auch die Verbreitung findet, welche es infolge der Wichtigkeit dieser Frage verdient. Für den einzelnen bildet der Preis wohl in vielen Fällen ein Anschaffungshindernis und deswegen wären vor allem die Volksbibliotheken berufen, dasselbe zugänglich zu halten.

Um nun nicht nur im Bilde, sondern auch in Worten das Interesse für die Rassenfrage zu wecken, wurde gleichzeitig mit dem genannten Bilderwerk auch eine Arbeit über: „Rassenfragen in moderner Beleuchtung“ redigiert vom Prof. Lundborg herausgegeben, in welchem dieser selbst zwei Aufsätze: „Rassenhygienische Ideen und Bestrebungen in der Neuzeit“ und „Über Rassenmischungen und Verwandtenehen aus biologischen Gesichtspunkten“ geschrieben hat.

Im übrigen werden in dieser Arbeit von verschiedenen Fachmännern die Elemente, aus denen sich unser Volk zusammensetzt, die Entstehung unseres Volkes nach den Zeugnissen aus Vorgeschichtsfunden und der Anthropologie als auch im Lichte der Erblichkeitslehre beleuchtet. Sämtliche Aufsätze bilden kleine Kunstwerke der Konzentration und dürfte selten eine populärwissenschaftliche Arbeit mit so großen Nutzen wie diese gelesen werden.

Um durch populärwissenschaftliche Abhandlungen die Verbreitung von Kenntnissen über Rassenfragen zu fördern, hat die Schwedische Gesellschaft für Rassenhygiene die Herausgabe einer Schriftenfolge unter der Redaktion des Prof. Lundborg begonnen. Das erste Heft derselben erschien bereits im vorigen Jahre unter dem Titel: „Über Rassenhygiene“ von Professor V. Hultkrantz in Uppsala. Diese Schrift liefert einen vortrefflichen Überblick über das Rassenproblem, dessen biologische Anknüpfungen und praktische Folgen. Das zweite Heft ist kürzlich erschienen und ist eine Schrift von Lundborg mit dem Titel: „Die Geschichte eines schwedischen Bauerngeschlechts“. Diese gibt eine gedrängte Übersicht über die Untersuchung eines Blekinger Bauerngeschlechts von mehr als 2000 Personen, welche Arbeit von ihm ausgeführt wurde und seinen Namen in der wissenschaftlichen Welt berühmt gemacht hat.[1]) Diese Untersuchung zeigt mit schlagender Deutlichkeit, von welcher fundamentalen Bedeutung die Erblichkeitskonstitution eines Geschlechts ist.

Für denjenigen, welcher sich mit der Rassenbiologie, deren Mittel und Zweck vertraut machen will, fehlt es nunmehr nicht an Mitteln, sich mit dem Gegenstande eingehender zu beschäftigen. Es ist daher wünschenswert, daß keine sich für soziale Fragen und kulturelle Arbeit interessierende Person die rassenbiologische

---

[1]) Das große Werk von H. Lundborg, Medizinisch-biologische Familienforschungen usw. G. Fischer, Jena 1913.

Frage außer acht läßt. Denn es kann ohne Übertreibung behauptet werden, daß diese die vitalste Frage unserer Zeit ist. Sie betrifft ja das Volk selbst und die Frage, ob es sich auf seiner kulturellen Höhe behaupten kann oder nicht. Es handelt sich um die gesamte westeuropäische Kultur und ob diese ihre leitende Stellung im Kampf der Völker um die Herrschaft wird beibehalten können, oder ob sie von anderen Völkern überflügelt wird. Daß man die Wichtigkeit einer praktischen Lösung der rassenbiologischen Frage erfreulicherweise einsieht, und daß die leitenden Politiker aus voneinander weitentfernten Lagern sich darüber im klaren sind, daß von seiten der Staatsmächte etwas geschehen muß, beweist am deutlichsten eine Vorlage der Drr. W. Björck und A. Petrén u. a. an den diesjährigen schwedischen Reichstag betreffend Ermittlungen über die Errichtung eines schwedischen rassenbiologischen Institutes, welche Vorlage unter anderen auch von den früheren Ministerpräsidenten Branting und Lindman unterzeichnet wurde. Und wenn irgendeine Frage über den Parteien steht, so ist es wohl die rassenbiologische, denn keinerlei Partei kann sich ein anderes als ein biologisch kräftiges und gesundes Volk wünschen. Es ist daher zu hoffen, daß diese Frage vor dem diesjährigen Reichstag einen Schritt vorwärts gebracht wird und daß unser Land eines der ersten sein wird, welches ein vollständig modern ausgerüstetes rassenbiologisches Institut erhält. Denn es ist vor allem Pflicht der vom Kriege verschonten Länder voranzugehen, wenn es sich um eine Frage handelt, die nicht allein von fundamentaler Bedeutung für das eigene Volk, sondern von internationaler Tragweite ist. Bei dem Wiederaufbau Europas können die rassenbiologischen Gesichtspunkte unmöglich unbeachtet gelassen werden.[1])

Privatdozent Nils Heribert Nilsson,
Lund, Schweden.

Eijk, H. H. van, Sociale geneeskunde als onderwijsvak. De wetenschappelijke opleiding van sociaalgeneeskundigen. (Nederlandsch Tijdschrift voor geneeskunde. Jaargang 1920, Tweede Helft, No. 20, 23.)

Die für die weitere Entwicklung der sozialen Hygiene wichtigste Frage der besonderen Ausbildung von Fachärzten auf diesem Gebiete ist in den Niederlanden dadurch akut geworden, daß dort mit Beginn des Jahres 1919 ein Unterrichtsrat gebildet wurde,

[1]) Das geplante Institut ist schon vom schwedischen Staate errichtet und Prof. Lundborg ist als Chef ernannt.

dessen erste Abteilung die Aufgabe hat, den Hochschulunterricht den Zeitverhältnissen anzupassen. Da zu erwarten ist, daß hierbei auch die Frage der besonderen Ausbildung von Sozialärzten in Erwägung gezogen wird, fühlte sich der obenerwähnte Verfasser auf Grund seiner praktischen Erfahrungen berufen, hierzu Stellung zu nehmen. Die von ihm aufgestellten Forderungen gehen weit über das Ziel der gleichartigen Bestrebungen in Deutschland hinaus und dürften daher auch für deutsche Fachkreise von Interesse sein.

Nach Ansicht des Verfassers werden die zu erwartenden Veränderungen auf „gesellschaftlichem Gebiete“ auch für den Arzt ein neues Arbeitsfeld mit sich bringen, dessen Ausdehnung so groß sein wird, daß nur besonders ausgebildete und sich ausschließlich mit diesem neuen Arbeitsfeld beschäftigende Ärzte sich mit Erfolg hierin betätigen werden können. Dieses Arbeitsfeld müsse alle diejenigen Gebiete der Medizin und Hygiene umfassen, die eine Berührung mit der Gesellschaft haben, wie die soziale Pathologie, soziale Therapie und Hygiene, die Verkehrs-, Gewerbe-, Fabrik- und Schulhygiene, die soziale Versicherung und Berufsberatung, die gerichtliche Medizin und medizinische Gesetzgebung, einschließlich der Armenversorgung und Gesundheitspolizei, die Mutterschafts-, Säuglings- und Kinderfürsorge, der Unterricht in der Gesundheitslehre in den Schulen, die Lehre von den Nahrungsmitteln und deren ärztliche Beaufsichtigung, die Epidemiologie und insbesondere die soziale Bedeutung der Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, die Krankenfürsorge und Wohnungshygiene. Zur richtigen Beurteilung aller dieser und anderer Gebiete sei aber das Studium der medizinischen Statistick unerläßlich.

Entsprechend der praktischen Bedeutung dieser Teilgebiete müßten auch verschiedene ärztliche Amtsstellen geschaffen werden. Schon jetzt sei es nötig, Arbeits- und Fabrikinspektoren, Direktoren des Gesundheitsdienstes, Lehrer für Hygiene in den Schulen, Nahrungsmittelinspektoren, Serologen, Bakteriologen, Psychologen für die Berufsberatung usw. anzustellen. Da die bisherige ärztliche Ausbildung, die sich in der Hauptsache auf die individuelle ärztliche Behandlung beschränke — in den Niederlanden ist, nebenbei bemerkt, zurzeit noch die ärztliche Prüfungsordnung aus dem Jahre 1865 in Kraft —, gar nicht auf die Ausbildung solcher Sozialärzte zugeschnitten sei, mache sich eine Trennung des ärztlichen Studienganges nach Absolvierung der propädeutischen Fächer nötig. Im Gegensatz zum praktischen Arzt bedürfe der soziale Arzt nur geringe Kenntnisse auf dem

Gebiete der speziellen Chirurgie, Geburtshilfe und anderer klinischer Spezialfächer, dafür desto mehr Kenntnisse auf dem Gebiete der sozialen Hygiene und anderer Fächer von sozialer Bedeutung. (Ein ähnlicher, allerdings viel zu kurz skizzierter Vorschlag wurde von Jankau, Ein Vorschlag zum medizinischen Studium der Zukunft. „Der Praktische Arzt“ 1919, Heft 11/12, gemacht.)

Diese von großem Verständnis für die heutigen Zeitverhältnisse zeugenden Vorschläge sind gewiß beachtenswert. Man geht wohl nicht fehl, wenn man angesichts der sozialen Tendenz der gegenwärtigen Gesetzgebung in vielen Kulturländern voraussagt, daß die zukünftige Entwicklung des ärztlichen Berufes sich in den hier angedeuteten Bahnen bewegen wird. Sobald ein diesbezüglicher Anstoß in einem Lande erfolgen wird, dürften wohl bald die anderen Kulturländer nachfolgen; denn man wird wohl zu der auch von dem Verfasser ausgesprochenen Ansicht gelangen, daß es praktisch und finanziell verfehlt ist, mit der Ausbildung des Sozialarztes erst nach Abschluß des medizinischen Examens zu beginnen, um dann in wenigen Wochen oder Monaten ihn in das große und ihm bisher ganz unbekannte Gebiet der sozialen Hygiene, das fortan seinen eigentlichen Lebensberuf bilden soll, im Fluge einzuführen.

Wie eigenartig muß im In- und Ausland gegenüber solchen weitgehenden, jedoch praktischen Nutzen versprechenden Vorschlägen die Erklärung der deutschen Hygiene-Professoren gegen die vom preußischen Landtag beantragte Errichtung besonderer Lehrstühle für soziale Hygiene auf den Universitäten wirken, welche Erklärung bekanntlich dahin ging, daß die soziale Hygiene bisher schon genügend in den Vorlesungen über Hygiene berücksichtigt werde und daher ihre besondere Vertretung auf den Universitäten nicht befürwortet werden könne. Ebenso rasch wie diese Erklärung durch die Gründung besonderer sozialhygienischer Akademien in Preußen hinfällig wurde, dürften vielleicht die obigen Vorschläge von dem einen oder anderen Lande verwirklicht und damit eine zeitgemäße Scheidung zwischen der individuellen und sozialen Tätigkeit des Arztes zum Wohle des Einzelnen wie der Gemeinschaft herbeigeführt werden. E. Roesle, Berlin.

Peller, S. (Wien), Die Morbidität im Wiener Drechslergewerbe 1900—1913. Statist. Monatsschrift, 1916, 21. Jahrgang. S. 631—672.

Es liegt hier eine vorzügliche Aufbereitung des Materials der Wiener genossenschaftlichen Gehilfenkrankenkasse des Drechsler-

gewerbes vor. Die weiblichen Mitglieder sind in die Untersuchung wegen ihrer kleinen Grundzahlen nicht einbezogen. Die Altersbesetzung der Mitglieder wurde für die Jahre 1900, 1905 und 1910 berechnet. Erhöhungen des Krankengeldes fanden Mitte Mai 1901, Anfang Januar 1902 und 1908 statt. Im Jahre 1900 war die Geschäftslage sehr gut, sie wurde 1903 schlecht, besserte sich 1905 bis 1907, wurde Ende 1907 sehr kritisch und nahm erst 1910 wieder einen Aufschwung. Ein deutlicher Zusammenhang zwischen Geschäftsgang und Erkrankungsverhältnissen ließ sich jedoch nicht feststellen, dagegen wurde die Altersgliederung des Mitgliederstandes dadurch erheblich beeinflußt. Am meisten kommt dies bei der Knopfbranche zum Ausdruck. Von 100 Mitgliedern derselben waren alt

	1900	1905	1910
bis 20 Jahre	4,6	5,6	6,2
21—25 „	11,2	7,2	12,7
26—30 „	24,1	10,9	8,2
31—40 „	40,2	41,5	27,7
41—50 „	15,0	26,6	31,6
51—60 „	3,5	6,1	11,8
über 60 „	1,0	1,9	1,7

Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse eines Gewerbes hält den Nachwuchs zurück und bringt Abwanderung zu anderen Berufen. Die Gesamtkrankenziffern müssen allein hierdurch eine Änderung erfahren. Bei den einzelnen Zweigen des Drechslergewerbes ist die Altersgliederung sehr verschieden. Von 100 Mitgliedern waren 1905 alt

	Knopfbranche	Rauchbranche	Stockbranche	Holzbranche	Metallbranche
bis 20 Jahre	5,6	6,5	9,5	12,3	16,7
21—25 „	7,2	16,9	17,4	22,7	29,1
26—30 „	10,9	15,4	18,6	19,6	20,0
31—40 „	41,5	23,6	29,0	24,8	21,6
41—50 „	26,6	18,2	14,1	13,6	7,4
51—60 „	6,1	13,9	9,8	5,4	2,2
üb. 60 „	1,9	5,4	1,6	1,7	2,4
Zahl d. Mitgl.	1 855	1 269	827	653	460

Die Morbiditätsverhältnisse sind bei diesen Berufszweigen sehr verschieden, am ungünstigsten sind sie bei den Knopfdrechslern, am günstigsten in der Rauchwarenbranche. Auf 100 Mitglieder kamen 1904—1907 durchschnittlich im Jahre Erkrankungen

Alter	Knopfbranche	Rauchbranche	Stockbranche	Holzbranche	Metallbranche
bis 20 Jahre	55,2	46,9	77,9	56,2	60,5
21—30 „	50,5	33,4	40,9	42,8	37,7
31—40 „	43,7	31,0	32,0	38,5	34,3
41—50 „	47,6	27,2	29,9	44,3	57,3
51—60 „	73,9	28,8	40,7	54,2	60,0
üb. 60 „	55,5	50,7	53,8	54,5	36,3
Standardziff.	48,6	31,5	36,5	43,0	44,0

Die höhere Morbidität der Knopfdrechsler ist zum großen Teil durch die Häufigkeit der Tuberkulose bedingt; die Standardziffern derselben auf 100 Mitglieder waren für 1904—1907 bei den Knopfdrechslern 14,3, bei den Rauchdrechslern 6,9 und bei den Stockdrechslern 7,2. Diese höhere Tuberkulosesterblichkeit besteht aber bei den Knopfdrechslern vor dem 21. Lebensjahre nicht; in den Jahren 1904—1907 kamen auf 100 Mitglieder Tuberkuloseerkrankungen

Alter	Knopfbranche	Rauchbranche	Stockbranche
bis 20 Jahre	7,1	7,8	8,8
21—30 „	13,0	6,5	8,0
31—40 „	15,4	8,2	7,7
41—50 „	15,1	5,6	4,9
51—60 „	15,6	5,6	7,4

Für die Krankheiten der Atmungsorgane (Bronchialkatarrh, Lungenentzündung) ergibt sich dasselbe Verhältnis. Peller schließt daraus, daß besondere berufliche, vielleicht auch soziale Momente bei den Knopfdrechslern die erhöhte Tuberkulosemorbidität verursachen.

Bei den Verletzungen und deren Folgen (Zellgewebs-, Lymphgefäßentzündung) fallen die großen Zahlen der jüngsten Altersklasse auf. Auf 100 Mitglieder kamen 1904—1907 jährlich solche Erkrankungen

Alter	Knopfbranche	Rauchbranche	Stockbranche
bis 20 Jahre	24,2	18,4	23,7
21—30 „	13,8	9,2	11,0
31—40 „	8,6	5,2	6,6
41—50 „	7,2	4,3	7,0
51—60 „	6,5	3,3	7,0

Die höhere Morbidität der Stockdrechsler gegenüber den Rauchdrechslern ist zum großen Teil durch die Mehrzahl der Verletzungen und deren Folgen bedingt. Auch die gewerblichen Hautkrankheiten sind bei ihnen häufiger. Die Zahl der Verletzungen hat während der Jahre 1900—1913 bei den Knopf- und Stockdrechslern erheblich zugenommen; Peller vermutet, daß die Zunahme der maschinellen Betriebe die Schuld hieran trage. Prinzing, Ulm.

Mitteilungen.

Arbeitsgemeinschaft sozialhygienischer Reichsfachverbände. Die Deutsche Vereinigung für Säuglingsschutz, das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose, die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge und der Deutsche Verein gegen den Alkoholismus haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen (Geschäftsstelle: Charlottenburg, Frankstraße). Der Zweck ist, ein engeres Zusammenarbeiten der vereinigten Verbände herbeizuführen, sich gegenseitig zu fördern, zu ergänzen und zu unterstützen und zu Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen gemeinsam Stellung zu nehmen.

Amerikanischer National-Gesundheitsrat. Wie die „Public Health Reports" in der Nummer vom 2. September 1921 melden, wurde in den Vereinigten Staaten von Amerika anläßlich einer Konferenz einer Reihe von freiwilligen Vereinigungen, die sich mit der öffentlichen Gesundheitspflege beschäftigen, am 10. Dezember 1920 in Washington ein National-Gesundheitsrat (National Health Council) gegründet. Mitglieder dieser Organisation sind folgende 9 Vereinigungen:

die Amerikanische Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege,
das Amerikanische Rote Kreuz,
die Amerikanische Gesellschaft für soziale Hygiene,
die Konferenz der staatlichen und provinzialen Gesundheitsbehörden von Nordamerika,
der Rat für Gesundheitspflege und Volksbelehrung der Amerikanischen Medizinischen Gesellschaft,
der Nationalrat für Gesundheitspflege der Kinder,
das Nationalkomitee für Irrenpflege,
die Nationalorganisation für öffentliche Gesundheitspflege,
die Nationalvereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Zu den Beratungen des National-Gesundheitsrats wird außerdem das Gesundheitsamt der Vereinigten Staaten als „Konferenzmitglied" zugezogen.

Durch diese zentrale Organisation soll ein Zusammenarbeiten der oben genannten Vereinigungen bezweckt werden und hierdurch der weitere Ausbau der öffentlichen Gesundheitspflege in den Vereinigten Staaten gefördert werden. Zur Erreichung dieses Zweckes wurde bereits auf der Gründungsversammlung die Errichtung eines Informationsbüros für den speziellen Dienst der Mitglieder, eines gesetzvorbereitenden Büros für die föderale und staatliche Gesundheitsgesetzgebung und eines statistischen Büros genehmigt. Auf Grund seiner bisherigen organisatorischen Wirksamkeit wird angenommen, daß mit der Gründung des National-Gesundheitsrats eine neue Epoche in dem Forschritt der öffentlichen Gesundheitspflege in den Vereinigten Staaten eingeleitet wird.

Errichtung eines Instituts für öffentliche Gesundheitspflege in den Vereinigten Staaten von Amerika. Nach einer Mitteilung in den „Public Health Reports“, Vol. 36, Nr. 35, 1921, sah sich das Gesundheitsamt der Vereinigten Staaten (Public Health Service) im Hinblick auf das große Interesse, welches das neu begründete Institut für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und für soziale Hygiene gefunden hat, veranlaßt, die Errichtung eines Allgemeinen Instituts für öffentliche Gesundheitspflege in Vorschlag zu bringen. Es ist geplant, im Herbst 1921 in diesem Institut 25—30 Kurse über wichtige Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege von den führenden Autoritäten auf diesen Gebieten abhalten zu lassen, zu deren Teilnahme die Amtsärzte, Ärzte und soziale Helfer eingeladen werden sollen.

Ministerien für öffentliche Gesundheitspflege in außereuropäischen Ländern. Nach einer Mitteilung in den „Public Health Reports“, Vol. 36, Nr. 19, 1921, hat das Federal Executive Council von Australien am 7. März 1921 die Errichtung eines selbständigen Departements für öffentliche Gesundheitspflege für den Australischen Staatenbund (Commonwealth) beschlossen. Diesem Departement wird die Ausübung des Quarantänegesetzes, die Untersuchungen über alle Arten von Krankheiten, die Errichtung und Kontrolle von Untersuchungslaboratorien, die Kontrolle des Australischen Instituts für Tropenmedizin und die Bekämpfung von Infektionskrankheiten unter den entlassenen Mannschaften der australischen Streitkräfte übertragen.

Nach der gleichen Quelle ist der im Jahre 1919 dem House of Commons of the Dominion of Canada vorgelegte Gesetzentwurf betreffs Gründung eines Federal Departments of Health für Kanada am 6. Juni des gleichen Jahres genehmigt worden. Ebenso wurde in den Vereinigten Staaten von Südafrika im Jahre 1919 ein Departement für öffentliche Gesundheitspflege gegründet.

Nach einer Mitteilung in der „Nederlandsch Tijdschrift voor Geneeskunde“ soll im Jahre 1921 auch in Japan ein Gesundheitsministerium errichtet worden sein.

Namenverzeichnis.

G. Pätz'sche Buchdr. Lippert & Co. G. m. b. H., Naumburg a. d. S.


UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 07672 3140

